

Hungerstreikpolitik und Anschläge S.: 7

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 15, Nr. 255, 11. 2. 85 — 4 DM Förderpreis DM 5,- — C 21734 E

Friedenspolitik
Die Raketen werden stationiert ,,Star Wars'' droht und **in Genf wird wieder verhandelt**. Das kapitalistische Lager jubelt: Sieg der harten Reagan-Linie. Der sowjetischen Diplomatie schien der Weg nach Genf angeraten. Ihr Bier. Doch muß man deswegen hierzulande linientreu in Jubel ausbrechen? Die DKP propagiert in der Friedensbewegung: Den Druck verstärken, dann wird's was in Genf. Statt ,Weg mit den Raketen' soll es nur noch Stopp heißen, ,Freeze' ist angesagt.
Seite 6

Internationales
,,Seit Jahren gibt es in **Israel** eine kontinuierliche Rechtsentwicklung und eine Zunahme des religiösen Fanatismus ... Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen im Zionismus selbst begründet, vor allem in der revanchistischen Strömung.'' **Zur Innenpolitik Israels**
Seite 29

,,Die Regierung rückt nicht vom argentinischen Führungsanspruch ... gegenüber den Nachbarstaaten ab, sie begründet ihn neu, nämlich mit dem demokratischen Vorbildcharakter des Landes''. **Die politische Entwicklung Argentiniens** seit dem Wahlsieg Raúl Alfonsins.
Seite 39

Um die **Arbeitsbrigaden** für Nicarágua ist es ruhiger geworden. Die Reisen westdeutscher Brigadist/inn/en haben viel vom revolutionsromantischen Flair verloren. Und die Wirklichkeit in Nicaragua, auch die der Gäste ist hart und wenig romantisch. **Ein Interview** mit zwei Zurückgekehrten auf
Seite 36
Seite 36

Kultur
,,Natürlich habe ich in meinem Leben eine Menge Fehler begangen, kleine und große, die verschiedene Ursachen gehabt haben mögen. Aber im Grunde hat es jedesmal, wenn ich einen Fehler machte, daran gelegen, daß ich nicht radikal genug war''.
Die Entwicklung von Jean Paul Sartre zum politischen Menschen, individualistisch, eigenwillig, unbequem, die Ereignisse, die sein Leben bestimmten, werden beschrieben.

Schlesien bleibt polnisch!



Hieß es noch vor kurzem aus Bonn, es gebe keinen Revanchismus, so hat heuer die Diskussion um Grenzverschiebungen nach Osten ihre größte Konjunktur seit der Auseinandersetzung um die Ostverträge. Diesen ,,Verdienst'' kann sich Vertriebenen-Renner Hupka zu recht an die Brust heften. Und es sind ja nicht nur weltfremde Spinner, wie der Verfasser des Schlesier-Artikels, der den Bundeswehr-Blitzkrieg als friedfertigste Methode der Heimholung verlorener Ostgebiete empfiehlt, gerne tituliert wird. Weil er schrieb, was alle in christdemokratischen Kreisen denken, mußte er gehen. Denn sowas schreibt man heute nicht. Von Grenzveränderungen reden aber alle, von Dregger bis Kohl. Das neue Motto **,,SCHLESIEN BLEIBT UNSERe Zukunft im Europa freier Völker''** ist zwar nicht besser und weniger revanchistisch als das alte, es klingt nur anders. Und Hupka will ja auch nicht auf einmal die Grenzen anerkennen. Der Mann, der im Juni Kohl auf dem Schlesier-Treffen emp-
ja auch nicht auf einmal die Grenzen anerkennen. Der Mann, der im Juni Kohl auf dem Schlesier-Treffen emp-
fängt, hat seinerseits noch 1983 kriegerische Phantasien zum besten gegeben, inspiriert von militärischen Aktionen der Engländer zur ,,Heimholung'' der ,,Falkland-Inseln'': *,,Der Konflikt um die Falkland-Inseln erlaubt uns Deutschen, ja sollte uns zwingen, im Analogieschluß Lehren für die eigene Situation und unser Handeln zu ziehen ... Ein nach Großbritannien ausgewanderter Sudentendeutscher hat gleich zu Beginn der Konflikts auf diese Schlußfolgerung hingewiesen. Im ,Sudentenboten', der in Kanada erscheint, schrieb Harvey Hochfelder: ,Es gibt nicht 1.800, sondern über drei Millionen Sudentendeutsche, und das Sudentenland gehörte ihnen bereits ein paar hundert Jahre, als die Falkland-Inseln entdeckt wurden. Das Sudentenland ist weder tausend, noch hundert Kilometer vom deutschen Sprachgebiet entfernt, es grenzt unmittelbar daran und gehört dazu. Wenn ein Territorium wie die Falkland-Inseln von etwa 12.000 Quadratkilometern 150 Jahre nach seiner Besitznahme durch die Briten noch auf einer Tagesordnung der Weltgeschichte steht, um wieviel berechtigter sind wir, unseren Anspruch, unseren Anspruch auf Rückgabe des Sudetenlandes zu erheben.' ''*

Wer auch dies noch als Spinnereien eines alternden Polit-Zombies abtun möchte, der sei daran erinnert, daß derlei wüste Phantasien durchaus ihre Entsprechung in militär-strategischen Diskussionen haben. So war in ,,Foreign Policy'', einer der wichtigsten außenpolitischen Fachzeitschriften der USA, im Herbst 1984 ein Denkmodel des Strategie-Experten Dimitri K. Simes zu lesen: *,,Das weitestgehende, was die NATO realistischerweise versuchen kann, ist, eine Ausrüstung und Strategie für militärische Bewegungen in Mitteleuropa zu entwickeln, die den Westen in die Lage versetzen würde, **Operationen innerhalb des Gebietes***
in Mitteleuropa zu entwickeln, die den Westen in die Lage versetzen würde, Operationen innerhalb des Gebietes
***des Warschauer Vertrages durchzuführen** ... Eine solche Kapazität würde nicht mehr bedeuten als eine mäßige Veränderung der militärischen Eindringfähigkeit der NATO ... Sich die Fähigkeit zu erwerben, **einer Warschauer-Pakt-Regierung zu helfen, wenn sie sich gegen den Kreml auflehnt**, wäre ganz einfach ein glückliches Nebenprodukt legitimer Verbeserung der westlichen Verteidigungsfähigkeit ... In der Tat, die NATO-Strategie entwickelt sich genau in dieser Richtung. Die Einführung intelligenter Munition, die Annahme der AirLand Battle-Doktrin, die neue Betonung von Bewegungskrieg statt Abnutzungskrieg sind der Anfang eines willkommenen und grundsätzlichen Wandels.''*

Fortsetzung nächste Seite

Der 2. Weltkrieg

Im Mittelpunkt unserer Serie steht in dieser Ausgabe der Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion. Der Verlauf des Krieges, der *,,Vernichtungskampf''* (Hitler) gegen den *,,Bolschewismus''*, den *,,Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes''* wird beschrieben. Schließlich die deutsche Niederlage bei Stalingrad, der Wendepunkt im Kriegsverlauf, die Veränderung des strategischen Kräfteverhältnisses zwischen den Kriegführenden. Sowie die Produktionsschlacht in der Sowjetunion als Voraussetzung für den Sieg.

In zwei folgenden Teilen wird der 2. Wetkrieg weiter behandelt: Die Politik der USA bis zum Kriegseintritt, die Politik Japans und der Krieg in Ostasien/Pazifik. Zuletzt die Kriegsphase 1944/45, die ,Anti-Hitler-Koalition' sowie die erkennbare Entwicklung hin zum ,,Kalten Krieg'' nach 1945.
Auf den Seiten 14 - 18

Demonstration am 23.2. in Köln zum 10 Jahrestag des BVG-Urteils



Am 25. Februar jährt sich zum 10. Mal der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht die 1974 im Bundestag verabschiedete Fristenregelung für verfassungswidrig erklärte. Ein schwarzer Tag für eine damals machtvolle Bewegung gegen den § 218, deren Forderung die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen und das Selbstbestimmungsrecht der Frau war. Seit Monaten ist der § 218 wieder verstärkt in der Diskussion, die von rechts initiiert wurde und ein Wiederaufleben der 218-Bewegung zur Folge hat. Aber ist das noch ,,die 218-Bewegung''? Was hat sich verändert? Diesen Fragen gehen wir nach auf S. 20

WAA-Standort-Entscheidung gefallen

Strauß greift zur Bombe

Die Entscheidung über das teuerste und zugleich ökonomisch und ökologisch unsinnigste Investitionsvorhaben der BRD in Höhe von (mindestens) 10 Milliarden DM ist nach jahrelangem Poker gefallen: Die erste bundesdeutsche atomare Wiederaufbereitungsanlage im großindustriellem Maßstab wird in Wackersdorf/Schwandorf (Bayern) errichtet. Eine Woche zuvor hatte die Bundesregierung befunden, daß die direkte Endlagerung abgebrannter Atombrennstäbe nicht der im *,,Atomgesetz geforderten geordneten Entsorgung entspricht''* — jetzt soll nur noch die WAA als Entsorgungsnachweis gelten, d.h. die WAA ist damit ,,gesetzlich vorgeschrieben''.

DWK: ,,Politische Erwägungen haben keine Rolle gespielt''

Die DWK behauptete, daß für die Standortentscheidung *,,Unternehmensinteressen den Ausschlag gegeben hätten und daß politische Erwägungen keine Rolle gespielt hätten''* (,,Mittelbayerische Zeitung'', 8.2.85). Hingegen besagt der Standortkriterienkatalog der DWK, daß viele kostensparende und sicherheitstechnische Vorteile für Dragahn gesprochen haben: Allein die Transportmehrkosten für die 600 km vom Zwischenlager (Gorleben) zur WAA werden jährlich 10 Mio. DM betragen. Es **muß** also rein politische Gründe für die Standortentscheidung geben. Zum einen ist Bayerns politische Stabilität geradezu ein Begriff: Ganz im Gegensatz zu Strauß kann der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht übrhaupt nicht die Garantie liefern, nächstes Jahr bei den Landtagswahlen die Regierungs,,verantwor-

Fortsetzung nächste Seite

Pershing-Handbuch aufgefunden

Mit einem sog. ,,Soldaten-Handbuch'' werden die Begleitmannschaften der Pershing II-Raketen in ihren nicht ganz unbedeutenden Job eingewiesen. Ebenso einfache wie zeitgemäße Instruktionen zeigen den Soldaten selbst in schwierigen Situationen einen Ausweg, z.B. ,,chemischer Angriff — halte den Atem an!'' Der Text enthält Verhaltensegeln, wie man einer feindlichen Kommando-Aktion begegnet, pazifistische Störenfriede oder schwerhörige Spaziergänger in die Beine schießt (solange sie nicht in Gruppen auftreten), und wie man unter Bedingungen eines ABC-Waffeneinsatzes die eigene Kampfkraft sichert. Ferner ist es überaus beruhigend zu erfahren, daß mit den Atomsprengköpfen jeweils mindestens zwei ,,kompetente'' Personen umgehen müssen, um ein unbeabsichtigtes Abschiessen der Superwaffe zu verhindern. Umgekehrt fragt man sich, ob zwei Männer, die sich wirklich einig sind, den Weltkrieg auslösen könnten (siehe Anm.) — davon einmal abgesehen, wozu die Rakete auch von alleine in der Lage ist,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Pershing...

wie die Beinahe-Katastrophe auf dem US-Stützpunkt Waldheide bei Heilbronn zeigt. Man muß zugeben, daß die Bundesregierung nicht ganz zu Unrecht beansprucht, mehr Sicherheit geschaffen zu haben. Wir leben heute idioten-sicher (der Kanzler hält es nur für überflüssig, das immer voll auszusprechen, weil er glaubt, die Leute verstehen ihn schon richtig). Das der Öffentlichkeit bisher unbekannte „Soldaten-Handbuch" wurde von der Pressehütte Mutlangen gefunden und übersetzt.

Die Pershing II verbleibt nicht fest an den Stationierungs-Orten Schwäbisch Gmünd/Mutlangen, Heilbronn und (demnächst) Neu-Ulm, sondern wird von dort zu sog. „Kampfbereitschafts-Plätzen" (Combat Alert Sites/CAS) hin- und zurückgefahren. Diese Alarmstellungen sind über einen breiten Gürtel von Bayern bis Rheinland-Pfalz verstreut. Sie sind meist unbefestigt, d.h. sie werden vorübergehend von den US-Streitkräften an vorbestimmten Orten errichtet, mal im Wald, mal an einem Ortsrand, mal im Naturschutzgebiet und mal direkt auf einem Trimm-dich-Pfad. So ist ein Viertel der Raketen ständig unterwegs, was das System vor Überraschungsangriffen schützen soll. Derjenige Heeresteil der Army, der mit den Pershing II ausgerüstet ist, ist die 56. Feldartillerie-Brigade. Dieser ist die 41. Infanterie-Brigade unterstellt, welche direkt Bewachung, Wartung und den Transport zu den CAS-Abschußplätzen vornimmt. Jeder Soldat der letztgenannten Begleittruppe ist mit dem „handbook" ausgestattet, welches dem AK vorliegt.

Hat ein solcher Pershing-Transport sein Ziel, die Alarmstellung, erreicht, so gilt als erste Maßnahme: *„Zwei Mann-Kontrolle und Sprengkopf-Sicherung veranlassen"*. Es kann also kein Zweifel daran bestehen, daß bei Raketen-Bewegungen Sprengköpfe mitgeführt werden. Was auf den „Combat Alert Sites" mithin durchgeführt wird, sind nicht nur Übungen, bei denen die Handhabung der Waffe lediglich simuliert wird. Ständig ist ein Teil der Raketen tatsächlich zum Abschuß bereit aufgestellt (Quick Reaction Alert/QRA-Stellungen). Der Trupp hat einen „Countdown" zu starten und die „richtige Stationierung" zu überprüfen, Voraussetzung für den punktgenauen Zielschuß.

Und dann hängt alles von „mindestens zwei autorisierten Personen" ab, *„wovon jede fähig ist, inkorrektes oder nicht autorisiertes Vorgehen hinsichtlich der Wichtigkeit der ausgeführten Aufgabe aufzudecken, und wovon jede vertraut ist mit den anzuwendenden Sicherheitsvorkehrungen"*. Die Beiden *„müssen während jeder Operation gegenwärtig sein, in der Zugang zu Material nötig ist, das besonderen Schutz unter der Zwei Mann-Regel erfordert (Pershing-Sprengköpfe). Die Zwei-Mann-Regel verbietet einem einzelnen Individuum den Zugang zu Sprengköpfen, um auszuschliessen, daß entweder unabsichtlich oder absichtlich Schaden verursacht wird, ferner das nicht autorisierte Abschiessen, Aufstellen oder Explodieren einer Waffe."*

Im Gegensatz zu allen öffentlichen Verlautbarungen, wonach allein der US-Präsident (und dieser auch nur nach Konsultation des Bundeskanzlers...) den Befehl zum Einsatz des Schreckens geben könne, geht das Handbuch ausdrücklich von der Möglichkeit eines absichtlichen oder unabsichtlichen Abschiessens der Raketen aus. So unglaublich es klingt — die Trupps der 41. Infanterie-Brigade scheinen auch selbständig in der Lage zu sein... Jedenfalls sollen sie sich mit dem Gedanken des Ernstfalls frühzeitig vertraut machen. Das Papier enthält am unteren Rand der ersten beiden Seiten die psychologische Aufstachelung: *„Gewinnen alleine reicht nicht, Gewinnen ist die einzige Möglichkeit zu überleben. Wenn du nicht zu den Gewinnern gehörst, bist du tot."* Trügt uns die Erinnerung oder haben wir solche Sprüche schon mal gehört? Zum Beispiel während der Olympischen Spiele in Los Angeles.

Einstweilen noch gilt als „derzeitige Bedrohung" ein Angriff einer *„paramilitärischen Einheit von bis zu 17 Mann,... die darauf aus sind, Atomwaffen zu zerstören oder sie unter ihre Kontrolle zu bringen"* (letzteres angeblich ein Ding der Unmöglichkeit, wie die Propaganda der Nachrüster behauptete). Darauf ist man natürlich vorbereitet und schläft deshalb nur mit scharf geladener und jederzeit griffbereiter Waffe im Schlafsack (*„Tragegurt ums Bein geschlungen"*).

Bißchen schwieriger, aber nicht unlösbar wird die Situation, wenn eine „atomare Explosion" stattfindet: *„1. Schutz suchen, 2. nackte Haut schützen, 3. Zeit vom Blitz bis Knall mitzählen, 4. Warten, bis die Druckwelle vorüber ist, 5. Meldung machen."* Bei ra-

zen, 3. Zeit vom Blitz bis Knall mitzählen, 4. Warten, bis die Druckwelle vorüber ist, 5. Meldung machen." Bei ra-

dioaktivem Niederschlag wird mit „Fall out" gewarnt, und dann heißt es: *„1. Ziehe deinen Umhang über, 2. Gehe so schnell wie möglich unter eine Überdachung, 3. Bürste den Staub mehrmals ab, 4. Atme den Staub nicht ein."*

Sollte aber jemand „Gas" rufen oder (wenn er dazu nicht mehr in der Lage ist) mit zwei Metallgegenständen aufeinanderschlagen, dann deutet das auf einen chemischen Angriff hin: *„1. Halt den Atem an, 2. Maskierung, 3. Schlag Alarm, 4. Suche Schutz, 5. Meldung, 6. Teste, um welches Gas es sich handelt."* Menschlich-fürsorglich, wie der Westen auch im Kriegsfall ist (sozusagen traditionell), wird der Soldat über die unterschiedlichen Symptome unterrichtet, welche bei den anscheinend gebräuchlichen Kampfgasen auftreten, damit er in „Erster Hilfe" das richtige Gegenmittel einsetzt. Zum Beispiel bei Nervengas Injektion von bis zu drei Spritzen und „wenn möglich ins Lazarett bringen". Schlimm ist vor allem Erstickungsgas; da bleibt nichts als „Opfer maskieren" und „medizinische Hilfe suchen". Wenn möglich... Auch für den ABC-Krieg gelten offenbar Reagans Worte: Schluß mit der Miesmacherei, weg mit dem Pessimismus, Mut zur Zukunft und Amerika ist stark. Du gewinnst oder du bist tot.

Allerdings gibt es auch die Möglichkeit gänzlich anderer Bedrohungen des kostbaren Waffensystems. Es könnte sich auch um unbewaffnete Menschen handeln, die in das „verbotene Gebiet" eindringen und das Code-Wort nicht beherrschen. *„Behandle jede sich nähernde Person als einen potentiellen Feind"*, ist der GI angewiesen (außerhalb eines militärischen Sperrbezirks soll die Polizei die Raketen-Transporte bewachen; hier wird beschrieben, was passiert, wenn man beispielsweise, was durchaus unvermutet geschehen kann, im Wald in eine getarnte Pershing-Stellung gerät): *„Wenn eine Person nicht auf die Anweisungen einer Wache reagiert, benutze diese Maßregeln, um die Person mit der geringstmöglichen Gewaltanwendung aufzuhalten: 1. Sage ‚Halt!' Wenn die Person nicht anhält: 2. Entsichere die Waffe, laß eine Kugel in die Kammer, sage nochmals mit lauter Stimme ‚Halt!' Wenn die Person nicht stehenbleibt: 3. Sage ‚Halt oder ich werde schiessen' und feuere einen Warnschuß in die Luft. Wenn die Person nicht stehenbleibt: 4. Benutze die geringstmögliche Gewaltanwendung, um die Person aufzuhalten. Solange es keine Gruppe ist und es klar ist, daß die Person nicht bewaffnet ist, schiesse, um unterhalb der Gürtellinie zu verletzen. 5. Eine letzte Maßnahme (fünf weitere Personen springen gerade aus den Büschen): Schiesse, um zu töten."*

Und damit es der GI auch ganz gewiß nicht mißversteht, heißt es noch einmal, die Anwendung tödlicher Gewalt sei *„berechtigt, um Zugang zu verbotenen Gebieten zu verhindern."*

Drei amerikanische Soldaten haben bei dem Heilbronner Raketen-Unfall ihr Leben gelassen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieses Waffensystem die nächsten Toten fordert.

PS. Die Grünen im Frankfurter Römer haben darauf aufmerksam gemacht, daß Grundstücke der US-Army mit neuen Schildern versehen wurden: „Bei unerlaubtem Betreten wird von tödlichen Maßnahmen Gebrauch gemacht". Daraufhin haben sich alle Frankfurter Parteien der Forderung

„Bei unerlaubtem Betreten wird von tödlichen Maßnahmen Gebrauch gemacht". Daraufhin haben sich alle Frankfurter Parteien der Forderung

angeschlossen, die US-Streitkräfte möchten diese Schilder entfernen. Schwachsinn! Umgekehrt ist es notwendig, daß sich der deutsche Michel klar darüber wird — in den „verbotenen Gebieten" herrscht der Tod.

Anmerkung: Atomraketen sollen im allgemeinen erst nach Erhalt eines oder mehrerer Codes abgeschossen werden können. Für Atom-U-Boote ist allerdings bekannt geworden, daß auch die Möglichkeit eines nicht herstellbaren Funkkontakts einkalkuliert ist. In einem solchen Fall sind die Besatzungen trotzdem in der Lage, die Waffen einzusetzen; sie sind dann zu eigenmächtigem Handeln sogar verpflichtet. Ähnliches ist auch für die Pershing-Einheiten denkbar.

Planungen zum Weltwirtschaftsgipfel

Alle Kräfte außer den Grünen, Autonomen und Unabhängigen (BUF) haben nach bisherigem Stand lediglich die Bereitschaft zu einem „Gegengipfel" (Tribunal) gegen den Weltwirtschaftsgipfel (WWG) am 2. - 4. Mai in Bonn erklärt. Die Jusos haben einen ausdrücklichen Beschluß gegen Aktionen gefaßt. VVN und DKP, die auf eine Demonstration am 4.5. in Köln (sowie in Frankfurt und in Hamburg) orientierten, haben die Bereitschaft signalisiert, diese Demo von Köln nach Bonn zu verlegen, wenn die SPD-orientierten Kräfte mitziehen. Das war der Stand eines Treffens, zu dem der BBU am Wochenende vom 2./3. Februar eingeladen hatte.

Vor diesem Hintergrund trafen sich am 9.2. auf Einladung der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung etwa 350 Leute in Göttingen, um über Aktionen gegen den WWG zu beraten.

Drei Themen wurden an diesem Tag diskutiert: a) Inhalte der Aktionen; b) Tribunal / Konferenz und c) Aktionen gegen den WWG am 4.5. (Großdemonstration, Kundgebung, Störaktionen). Im Ergebnis hat die Konferenz lediglich die Inhalte für die Aktionen festgelegt und sich für ein Tribunal ausgesprochen, auf dem diese Inhalte behandelt werden sollen. Offen blieben die näheren Bedingungen des Tribunals (wann es stattfindet, ob ein Trägerkreis dazu gebildet wird, und wer dort mitarbeitet), offen blieb die Frage, ob am 4. Mai in Bonn am Ort des Geschehens eine Großdemonstration stattfindet. Offenblieb auch, wie überhaupt weiter diskutiert werden soll (z.B. wurde keine neue Konferenz festgelegt).

Mehrere gleichberechtigte inhaltliche Schwerpunkte

Während sich bislang die Inhalte der Anti-AKW-Bundeskonferenz v.a. auf den WWG selbst, d.h. auf die Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung in der sog. 3. Welt und in den westlichen Industrienationen, bezogen, ist auf der Konferenz auf Antrag des BUF(Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen) eine Erweiterung um drei andere inhaltliche Schwerpunkte erreicht worden. Gleichfalls werden die Kriegs- und Interventionspolitik der NATO thematisiert — schließlich treffen sich in Bonn die Hauptkriegstreiber der Welt — aus Anlaß des 8. Mai wird das Thema „40 Jahre Niederwerfung des Hitlerfaschismus" mit aufge-

fen sich in Bonn die Hauptkriegstreiber der Welt — aus Anlaß des 8. Mai wird das Thema „40 Jahre Niederwerfung des Hitlerfaschismus" mit aufge-

nommen (auf Betreiben der Bundesregierung wurde der WWG extra vom Juni auf den Mai vorverlegt) und aufgrund der Verzahnung von Imperialismus und Patriachat soll ein gesonderter Frauenthemenblock einbezogen werden.

Auf dem Tribunal, das diese Themenschwerpunkte behandeln soll, sollen Betroffene, am Widerstand Beteiligte und bekannte Persönlichkeiten zu Wort kommen.

... aber keine Großdemonstration?

Uneinig war sich die Konferenz in der Frage einer Großdemonstration am 4. Mai in Bonn am Ort des Geschehens. Im Laufe einer mehrstündigen chaotischen und verfahrenen Diskussion hat es dazu folgende Meinungsbilder (kein Beschluß!) gegeben: a) mehr als drei Viertel aller Anwesenden sprachen sich für eine zentrale Aktion am 4.5. in Bonn aus; b) ein Antrag auf Verschiebung dieser Frage auf eine weitere Konferenz am März wurde abgelehnt; c) demgegenüber ist ein Antrag des BUF, eine Großdemonstration am 4.5. in Bonn am Ort des Geschehens durchzuführen, mehrheitlich angenommen worden.

Weshalb nach diesem Meinungsbild dennoch kein Beschluß über eine Großdemo gefaßt werden konnte und die Konferenz gefrustet und ergebnislos auseinanderlief, lag an der Haltung eines Teils der Autonomen, die ihr Störaktionskonzept nicht hatten durchsetzen können. Grob gesagt gab es zur Frage der Großdemonstration drei unterschiedliche Positionen:

— ein Teil der Autonomen wollte dezentrale Aktionen und Störaktionen in Bonn nach einem Kleingruppenkonzeüt (Motto: Sturm auf den WWG), was sie unter sich bereits am Vorabend gesondert diskutiert hatten. Wie sie sich eine Störung konkret vorstellen, haben sie auf der Konferenz nicht zur Diskussion gestellt; sie hatten offensichtlich kein Interesse an der Festschreibung und Planung auch nur irgendeines Großdemonstrationskonzepts.— Der BUF wollte auf Antrag der Hamburger Friedenskoordination eine Festlegung auf eine Großdemonstration in Bonn am 4.5. am Ort des Geschehens. Mit dieser Festlegung auf eine klar definierte Aktion sollte allen an der Demo Interessierten die Teilnahme ermöglicht werden. Deshalb sollte ein entsprechend offener Trägerkreis für so eine Aktion gebildet werden.

— Ein dritter, aus Göttingen stammender Vorschlag, wollte zwischen diesen Positionen vermitteln: Eine Großaktion sollte die Elemente Kundgebung sowie vielfältige Protest- und Widerstandsaktionen enthalten; eine Großdemonstration sollte aber offen gehalten werden. Dieser Antrag hatte aber keine Chance.

Wir finden es bedauerlich, daß die Konferenz im Frust und Desaster auseinandergegangen ist und keine Festlegung für den weiteren Diskussionsprozeß getroffen hat. Dazu sollten Anstrengungen unternommen werden.

Weitere Meldungen

zeß getroffen hat. Dazu sollten Anstrengungen unternommen werden.

Weitere Meldungen

Auf einem Treffen des Trägerkreises des BUF, das am Tag darauf stattfand, sind vor dem Hintergrnd der Ergebnisse der Konferenz gegen den WWG folgende Beschlüsse gefaßt worden:

1) Der BUF ruft zur Bildung eines Trägerkreises zur Vorbereitung einer Großdemo in Bonn auf (erstes Trägerkreis-Treffen wahrscheinlich am 2. März in Bonn).

2) Die Positionen zur Großdemo und zu den inhaltlichen Schwerpunkten (siehe oben) wurden mit geringfügigen Modifizierungen bestätigt.

Auf der Grundlage dieses Beschlusses arbeitet der BUF auch an einem Tribunal mit, daß im Zusammenhang mit der Großdemo stehen soll.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schlesien bleibt polnisch!

Daß NATO-Strategie und NATO-Bewaffnung das Ewig-Gestrige wieder in den Rang des Künftig-Denkbaren erheben, daß großdeutsche Träume einer aussterbenden Vertriebenen-Spezies ihre Wiedergeburt in einer „neuen Deutschen Welle" und gen Osten gerichteter Militärplanungen finden, ist das eigentlich Bedenkliche der aktuellen Grenzdiskussion.

Darauf kann es nur die Antwort der Friedensbewegung geben: Anerkennung der Nachkriegs-Grenzen, Schlesien bleibt polnisch!

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

tung" nicht an die SPD (zentrales Wahlkampfthema: Gegen die WAA) und die Grünen abgeben zu müssen. Doch letztendlich kann der Bund, aufgrund der Bundeskompetenz beim Atomgesetz die Länder auch gegen ihren Willen (dann jedoch mit zeitlicher Verzögerung) zwingen, z.B. die WAA oder eben auch das Endlager zu errichten. Die Bundesregierung läßt bereits Albrecht gegenüber durchblicken, der jetzt droht, sich beim Endlager „auf den Schlauch zu stellen", nachdem er „seine" WAA nicht bekommen hat.

Andererseits ist auch die politische Stabilität in Sachen „Widerstand" — zumindest bis jetzt — in Bayern gewährleistet. Die örtlichen bayerischen BIs sind absolut staatstragend und orientieren auf den „Rechtsweg", während Niedersachsen doch ein buntes, gut verankertes Widerstandspotential mit bundesdeutscher Beteiligung zu bieten hat.

Ob dies ausreicht, die Entscheidung für Wackersdorf zu erklären, ist jedoch fraglich. Es mag durchaus noch andere Erklärungen geben.

Strauß und die Bombe

Wenn mensch überhaupt bei einem Politiker sicher sein kann, daß er bei der WAA den militärischen Aspekt im Auge hat, dann ist es mit Sicherheit F.J. Strauß. Er, der sich als entschiedenster Verfechter einer deutschen Atombewaffnung profilierte und in den 50er Jahren erster Atomminister wurde, wollte damals die Zuständigkeit der gesamten Atomenergieforschung und -produktion in seiner Hand konzentrieren. Dazu wäre jedoch eine Grundgesetzänderung, die eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag erfordert, nötig gewesen. Dies gelang nicht. Weder innen- noch außenpolitisch konnte er seine damaligen Pläne für eine bundesdeutsche Atomwaffenproduktion durchsetzen.

Selbst in den 70er Jahren noch stimmte Strauß, und stimmten mit ihm 90 CDU/CSU Abgeordnete, gegen die Unterzeichnung des sog. Atomwaffensperrtrags — die CSU mit der ausdrücklichen Begründung, dieser Vertrag *„verbietet eine Atombewaffnung der Bundeswehr"*.

Derselbe Strauß sitzt jetzt im Aufsichtsrat der Bayernwerke, die angeblich in der Lage waren, den mächtigen und für die Entscheidung ausschlaggebenden Energiekonzern RWE so zu ködern, daß er das Versprechen abgab, für den Standort in der Oberpfalz zu stimmen (nach „Die Woche", Regensburger Wochenzeitung, 31.01.85).

Albrecht schmollt

Albrecht selbst war es nun, der einige Fakten über die gigantischen Subventionen für die WAA öffentlich machte. Er schmollt, weil er seine WAA nicht bekommen hat. Jetzt will er zumindest einen Ausgleich — unter einem „Schnellen Brüter" scheint er es nicht machen zu wollen. Durch Albrecht wurde bekannt, daß Strauß nicht nur eine Landesbürgschaft zugesichert hat, die alleine schon einen nicht versiegenden Geldfluß in Milliardenhöhe bedeuten kann (siehe die Kostenentwicklung Schnellen Brüters in Kalkar). zudem hat der bayerische Umweltminister Dick gegenüber dem Bundesforschungsministerium geäußert, daß *„die bayerische Staatsregierung grundsätzlich bereit ist, eine solche Anlage mitzufinanzieren"* (FAZ, 7.2.85). Konkret wurde bis jetzt bekannt, daß Bayern Subventionen für eine Krypton-Pilotanlage sowie die Mitfinanzierung der Tritiumverpressung angeboten hat (FR, 7.2.85) — dazu die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur und den quasi verschenkten Staatswald (1,70 DM pro Quadratmeter).

Der Einwand, daß damit ja auch eine enorme Belebung des wirtschaftlichen Lebens, steigende Gewerbesteuereinnahmen, Arbeitsplätze etc. verbunden sind, trifft zwar zu, kann aber nicht der eigentliche Grund für das Interesse Bayerns an der WAA sein. Die Milliarden, die hier voraussichtlich von Staatsseite langfristig hineingebuttert werden, ließen sich auch in andere Strukturentwicklungsprogramme investieren, die wesentlich mehr Arbeitsplätze schaffen würden und gewinnbringender wären.

Auf diesem Hintergrund und bei dem Wissen um die unvorstellbaren Gefahren für Mensch und Umwelt, die von einer WAA ausgehen (Bophal läßt ahnen, was geschehen kann, wenn ...), sind alle Menschen in der BRD dazu aufgefordert mit dazu beizutragen, dieses WAAhnsinnsprojekt zu verhindern.

Auftakt wird die **Demonstration am 16.2.85 in Schwandorf/Oberpfalz** sein. Auf der Kundgebung werden u.a. Robert Jungk, Lilo Wollny/Gorleben, Otto Schily/Grüne und Vertreter der örtlichen BIs reden. Im Anschluß wird zu einer Bauplatzbesichtigung in Wackersdorf aufgerufen.

Nach Gorleben und Dragahn: Auch keine WAA in Wackersdorf und anderswo! Für die Stillegung aller Atomanlagen!

A./KB Nürnberg

Ein neuer, schwerer Skandal industrieller Umweltvergiftung bewegt die Hamburger. Nach den Funden auf dem Gelände des (ehemaligen) Giftgasproduzenten Stoltzenberg 1979, nach den Giftfunden (u.a. Dioxin) auf der Mülldeponie Georgswerder 1983, nach der Schließung des Dioxin-Produzenten Boehringer 1984, handelt es sich diesmal um Arsen- und andere Schwermetall-Vergiftungen durch die Kupferhütte Norddeutsche Affinerie, kurz Affi genannt.

Neuer Umweltskandal in Hamburg:
Affi fordert: Weitervergiften oder wir gehen!

Kein Bedarf für Sofortmaßnahmen

Die Hamburger „taz"-Redaktion veröffentlichte am 5. Februar Auszüge eines Protokolls einer internen Behördenbesprechung vom 18.12.84 über die Bodenverseuchung durch die Affi. Diese Veröffentlichung schlug wie eine Bombe ins Rathaus ein. Was da enthüllt wurde, war die Leitfertigkeit im Umgang mit industriellen Umweltverschmutzern und die Fahrlässigkeit im Umgang mit den betroffenen Menschen. Sozialdemokratische Umweltpolitik, gerade erst mit der Anwerbung des renommierten Umwelt-Experten Vahrenholt (Autor des Buches „Seveso ist überall") zum Staatssekretär in der Umweltbehörde aufpoliert, erweist sich als die Legalisierung der Vergiftung der Hamburger Bevölkerung durch Industriebetriebe.

Anlaß für die Behördenbesprechung — streng vertraulich gehalten — waren die Behandlung der Emmissionserklärung der Affi und selbst der Umweltbehörde nicht verborgen gebliebene Messungen besorgniserregender Bodenverseuchung. Hier liege *„kein lokales Problem vor, sondern eine über viele Quadratkilometer reichende regionale Belastung, von der verschiedene Nutzungen betroffen sind"*, wurde festgestellt.

Gleichzeitig bemühte man sich, die Folgen abzuschwächen. Die Wasserwerke sähen *„keine Hinweise auf eine flächenhafte Kontamination des Grundwassers"*, und das, obwohl das Wasserwerk Kaltehofe nicht nur in der Nähe der Affi liegt, sondern auch mehrere offene Becken hat. Die Gesundheitsbehörde konnte keine *„Häufungen schwermetall- und arsenbedingter Krankheitsbilder"* erkennen. Entweder ist das fahrlässig oder man hält Erkenntnisse bewußt zurück. So lange nur die bekannten, spezifischen Krankheitssymptome bei schleichender Arsenvergiftung, wie Müdigkeit, Schnupfen, Kopfschmerzen, Haarausfall und Nierenschmerzen gesehen werden, kann man diese auch nicht auf ihre Ursachen zurückführen, sondern bequem auf alle möglichen Einflüsse schieben. Zwar hat mittlerweile auch die Gesundheitssenatorin reagiert und Untersuchungen der Bevölkerung angekündt, allerdings nur, *„um Daten für eine epidemologische Untersuchung zu gewinnen"*. Statt Sofortmaßnahmen Statistiken.

Immerhin sahen die Behördenvertreter eine *„mögliche Gefährdung der Kinder"*. Auch hier wurde „gehandelt" (nach der „taz"-Veröffentlichung). Da insbesondere kleine Kinder bei Bodenkontakt besonders gefährdet sind, werden Warnschilder aufgestellt, denn Umweltsenator Curilla hat erkannt: *„Wenn ein Kind dort spielen würde, müßte man dafür sorgen, daß entsprechende Bodenaufnahmen nicht erfolgen"* („Tagesthemen", 6.2.85).

Weil Kleinkinder nicht lesen können, aber besonders gerne den Bodenkontakt suchen und allerlei in den Mund nehmen, fragt die GAL angesichts solchen bürokratischen Zynismus: *„Was will uns der Senator damit sagen? Maulkörbe oder Gasmasken für alle Kinder? Oder Verbot und Beschlagnahme aller Sandschäufelchen? Oder, am besten, Verbot aller Kinder?"*

Das Behördenprotokoll kommt zu dem Ergebnis: *„Sofortmaßnahmen müssen aus Sicht der jeweils zuständigen Dienststelle nicht ergriffen werden. Grundsätzlich werden aber weitere Maßnahmen für notwendig gehalten"*. Um die Bürger nicht unnötig zu beunruhigen, sollte *„eine Unterrichtung der Presse erst erfolgen, wenn erste Handlungskonzepte der betroffenen Dienststellen vorliegen"*. Ohne die vorzeitige Veröffentlichung wäre über Monate nichts passiert: Die Besprechung war am 18.12.84, das Protokoll ist vom 16.1.85 datiert, der Termin einer Folgebesprechung war noch nicht einmal festgelegt...



Idylle aus der Affi-Werkszeitung „NA - intern" 53/1984

Affi: Ein Betrieb macht Politik

Mehr als 3000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt die Norddeutsche Affinerie (Aktienanteile: 40% Degussa, 40% Metallgesellschaft, 20% British Metal). Sie ist die größte Gewerbesteuerzahlerin Hamburgs. Die Gewerbesteuer wird für 1982 mit 61 Millionen DM angegeben, 1983 waren es nur 25 Millionen DM durch Abschreibung von Umweltschutzmaßnahmen. Hamburg für Industriebetriebe attraktiv zu halten, war immer schon sozialdemokratische Senatspolitik und ist mit der Rede Bürgermeister Dohnanyis vom „Unternehmen Hamburg" Ende 1983 zum erneuten politischen Schwerpunkt erklärt worden. Eine solche Politik erfordert geradezu eine Unterordnung unter die unmittelbaren Profitinteressen der Unternehmen, was schönklingend „Sorge um die Arbeitsplätze" umschrieben wird. Die Affi hat sich hierüber immer Vorteile verschafft. Sei es ein günstiger Strompreis, seien es verringerte, viel zu späte oder auf ihre Einhaltung nie wirksam kontrollierte Umweltschutzauflagen. Dabei sind auch schon mal von der Umweltbehörde erwogene härtere Auflagen nach entsprechendem Affi-Protest in den Schubladen verschwunden. Dieses Zusammenspiel von Konzerninteresse und gefälliger Politik macht solche Umwelt-Skandale überhaupt erst möglich. Und selbst jetzt vollzieht sich dieses Spiel weiter. Seitens des Affi-Vorstandes werden die Folgen der Produktion nicht nur verharmlost, sondern sogar bestritten (siehe nebenstehendes Interview aus der BILD-Zeitung). *„Damit kann die Umwelt leben"*, behauptet Vorstandssprecher Berndt. Und an die Adresse des Senats richtet er die deutliche Drohung, dem öffentlichen Druck nach Auflagen nicht nachzugeben: *„Wir machen langfristig dicht, wenn unsere Produktion durch überzogene Umweltschutzauflagen eingeschränkt wird"* (BILD, 9.2.).

Verschiedene Umweltgruppen und die GAL haben in ihren Reaktionen darauf hingewiesen, daß spätestens seit 1977 die bedrohliche Entwicklung der Umweltvergiftung durch die Affi auch den Behörden bekannt ist und verweisen auf entsprechende Untersuchungen aus den Jahren 1977, 1981 und 1982. Es ist ja auch nicht so, daß sich in der Folge nichts getan hätte. Die ursprüngliche Ausstoßmenge von jährlich 20 Tonnen Arsen durch die Affi wurde auf zuletzt 6 Tonnen begrenzt, die Affi behauptet in ihren eigenen Erklärungen, „nur" 4 Tonnen auszustoßen. Einmal weiß man, daß auch das viel zu viel ist, zum anderen addiert sich die über Jahre erfolgte Belastung, so daß bei den alarmierenden Testergebnissen Bodenbelastungen bis zu 918 ppm (Milligramm Arsen pro Kilogramm Boden) festgestellt wurden. International gibt es Grenzwerte von 20 ppm, die Umweltbehörde ging intern bislang von 50 ppm aus. In der BRD gibt es hierfür nur Richtwerte, so daß der Umweltsenator in einem Interview zugab, daß er eigenmächtig die Grenze auf 200 ppm hochgesetzt hat, was einfacher ist, als der Affi Auflagen zu machen.

Bei den bekanntgewordenen Extremwerten reicht ein Teelöffel Erde (mit 5 Milligramm Arsen), um ein Kleinkind zu töten. Dabei stammen solche hohen Werte gar nicht mal nur aus der unmittelbaren Umgebung der Affi, sondern wurden kilometerweit weg an verschiedenen Orten festgestellt. Der notwendige Sanierungsbedarf bezieht sich deshalb nicht nur auf den Betrieb, sondern ist flächendeckend.

Und es sollte über die Debatte um das Arsen nicht vergessen werden, daß die Affi jährlich über 17.000 Tonnen Dreck produziert (täglich 50 Tonnen). Im Affi-Stadtteil Veddel ermittelte die Umweltbehörde 1983 bei 85 Proben *„grenzüberschreitende Anreicherungen"* für Blei (46 mal), Kupfer (24 mal), Zink (27 mal), Arsen (21 mal), während das bislang geläufigste, gefährliche Schwermetall Cadmium „nur" 5 mal auftauchte („Modellgutachten Umweltschutz Hamburg"). Es wurden durchschnittliche Bleiwerte ermittelt, die sich nur mit entsprechenden Bleiniederschlägen nahe berüchtigter Bleihütten messen können.

Druckmittel Arbeitsplätze

Brisanter noch, als bei der Boehringer-Schließung (250 Beschäftigte), stellt sich bei der Affi das Arbeitsplatzproblem. Stellungnahmen des Betriebsrats und der IG Chemie zielen in die Richtung, mal wieder ‚die Umweltschützer' für mögliche Arbeitsplatzfolgen verantwortlich zu machen. Der Betriebsrat erkennt keine Arbeitsplatzgefährdung in der extrem umweltbelastenden Affi-Produktion und macht sich die Sprachregelung der Geschäftsleitung zu eigen, daß abgesehen von den „Altlasten" die Affi in den letzten Jahren alles für den Umweltschutz getan habe und weiterhin zu tun bereit sei.

Der Feind wird in der GAL gesehen, die sehr differenziert den sofortigen Produktionsstop bis zum Einbau der *„fortschrittlichsten Vermeidungstechnologie"* bei vollem Lohnausgleich gefordert hat. Statt gewerkschaftlicher Auseinandersetzung hierüber wird demagogisch nur davon gesprochen, die GAL wolle den Laden dichtmachen und 3000 Arbeiter vor die Tür setzen. Angesichts der Tatsache, daß nur 35 % des Affi-Drecks über Schornsteine gepustet werden, 65 % aber aus anderen Quellen (Luken, Fenster, Dächer z.B.) ausströmen, erweist sich ein solches Vorgehen als besonders unverantwortlich gegenüber den Beschäftigten, die ja mindestens acht Stunden täglich in diesem Dreck arbeiten müssen. Hier wird einfach auf die regelmäßigen Untersuchungen im Betrieb auf Schwermetallbelastung verwiesen. Doch das hat Boehringer gezeigt: Solange keiner am Arbeitsplatz umkippt und stirbt, gilt alles als in Ordnung.

Daß hier gewerkschaftlich viel Aufklärung gegenüber der Verbrüderung Belegschaft und Vorstandsverantwortlichen für die Schmutzproduktion nötig ist, zeigen auch Mutmaßungen von Affi-Kennern, die die aktuellen Verlagerungsdrohungen der Affi nicht nur für leeres Gewäsch halten. Sie weisen darauf hin, daß der größte Teil der Affi-Anlagen abgeschrieben ist. Verglichen mit anderen Kupferhütten sind die Standortbedingungen schlecht (weit weg von Erzlagerstätten). Außerdem könnte die Erwartung nicht unerheblicher Auflagen und Sanierungskosten zu der Berechnung führen, daß ein neues Werk an günstigerem Standort besser sei. Betriebsrat und Gewerkschaften könnten dann zum ersten Mal, wie im Fall Boehringer auch, darüber nachdenken, daß möglicherweise mit der Art des Produzierens bei der Affi was nicht gestimmt hat. Nur für die Arbeitsplätze ist es dann zu spät.

P.S.: Weitblick haben offensichtlich die bewiesen, die am 25. Januar den Anschlag auf Strommasten des AKW Krümmel durchgeführt haben. Die Affi mußte in der Folge die Produktion runterfahren, da sie zu wenig Strom für die Kupfer-Elektrolyse-Anlage hatte...

Die Forderung der GAL Hamburg:
Sofortiger Produktionsstillstand bei vollem Lohnausgleich
— Sämtliche Daten und Untersuchungen des betroffenen Gebiets sind unverzüglich zu veröffentlichen, insbesondere der 3. Zwischenbericht des Ordinariats für Bodenkunde sowie in diesem Bereich durchgeführte Gesundheitsuntersuchungen, beispielsweise über die Bleibelastung von Kindern.
— Im betroffenen Gebiet besteht eine akute Gesundheitsgefährdung. Sofortmaßnahmen, wie die Absperrung bestimmter Gebiete oder Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge sind unver-
gen sind auf Kosten der NA zu beseitigen, betroffene Dritte (z. B. Gemüsebauern) sind von der NA zu entschädigen, Überbrückungshilfen für Umsiedlungsmaßnahmen o. ä. sind von der NA zu gewähren.
— Die unverzügliche Schließung der Produktion bei der NA ist zu veranlassen, bis sichergestellt ist, daß die laufende Produktion keine Schwermetallverseuchungen von Luft, Boden und Wasser verursacht, sowie die fort-

Die Forderung der GAL Hamburg:
Sofortiger Produktionsstillstand bei vollem Lohnausgleich

— Sämtliche Daten und Untersuchungen des betroffenen Gebiets sind unverzüglich zu veröffentlichen, insbesondere der 3. Zwischenbericht des Ordinariats für Bodenkunde sowie in diesem Bereich durchgeführte Gesundheitsuntersuchungen, beispielsweise über die Bleibelastung von Kindern.

— Im betroffenen Gebiet besteht eine akute Gesundheitsgefährdung. Sofortmaßnahmen, wie die Absperrung bestimmter Gebiete oder Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge sind unverzüglich unter öffentlicher Beteiligung zu konzipieren und durchzuführen.

— Die Bewirtschaftung arsenbelasteter Böden ist zu untersagen, Beurteilungskriterium sollte der Richtwert für Kulturböden von 20 ppm sein.

— Das im Belastungsmaximum liegende Wasserwerk Kaltehofe ist von der Hamburger Trinkwasserversorgung abzukoppeln.

— Hauptverursacher der Verseuchung ist die Norddeutsche Affinerie (NA). Sämtliche aufgetretenen Verseuchungen sind auf Kosten der NA zu beseitigen, betroffene Dritte (z. B. Gemüsebauern) sind von der NA zu entschädigen, Überbrückungshilfen für Umsiedlungsmaßnahmen o. ä. sind von der NA zu gewähren.

— Die unverzügliche Schließung der Produktion bei der NA ist zu veranlassen, bis sichergestellt ist, daß die laufende Produktion keine Schwermetallverseuchungen von Luft, Boden und Wasser verursacht, sowie die fortschrittlichste Vermeidungstechnologie im Werk installiert ist. Sämtliche Kosten sind von der NA zu tragen, insbesondere sind die Arbeiter der NA in vollem zeitlichen Umfang von der NA weiterhin zu entlohnen. Die Sanierung der Produktionsanlagen, des Werksgeländes sowie der verseuchten Stadtteile ist unter öffentlicher Beteiligung durchzuführen, die wieder einmal katastrophale Informationspolitik des Senats bedarf einer entsprechenden 180-Grad-Wendung.

Schubladen verschwunden. Dieses Zusammenspiel von Konzerninteresse und gefälliger Politik macht solche Umwelt-Skandale überhaupt erst möglich. Und selbst jetzt vollzieht sich dieses Spiel weiter. Seitens des Affi-Vorstandes werden die Folgen der Produktion nicht nur verharmlost, sondern sogar bestritten (siehe nebenstehendes Interview aus der BILD-Zeitung). „Damit kann die Umwelt leben", behauptet Vorstandssprecher Berndt. Und an die Adresse des Senats richtet er die deutliche Drohung, dem öffentlichen Druck nach Auflagen nicht nachzugeben: „Wir machen langfristig dicht, wenn unsere Produktion durch überzogene Umweltschutzauflagen eingeschränkt wird" (BILD, 9.2.).
Verschiedene Umweltgruppen und die GAL haben in ihren Reaktionen darauf hingewiesen, daß spätestens seit
dung in der extrem umweltbelastenden Affi-Produktion und macht sich die Sprachregelung der Geschäftsleitung zu eigen, daß abgesehen von den „Altlasten" die Affi in den letzten Jahren alles für den Umweltschutz getan habe und weiterhin zu tun bereit sei.
Der Feind wird in der GAL gesehen, die sehr differenziert den sofortigen Produktionsstop bis zum Einbau der „fortschrittlichsten Vermeidungstechnologie" bei vollem Lohnausgleich gefordert hat. Statt gewerkschaftlicher Auseinandersetzung hierüber wird demagogisch nur davon gesprochen, die GAL wolle den Laden dichtmachen und 3000 Arbeiter vor die Tür setzen. Angesichts der Tatsache, daß nur 35 % des Affi-Drecks über Schornsteine gepustet werden, 65 % aber aus anderen Quellen (Luken, Fenster, Dächer z.B.)
(weit weg von Erzlagerstätten). Außerdem könnte die Erwartung nicht unerheblicher Auflagen und Sanierungskosten zu der Berechnung führen, daß ein neues Werk an günstigerem Standort besser sei. Betriebsrat und Gewerkschaften könnten dann zum ersten Mal, wie im Fall Boehringer auch, darüber nachdenken, daß möglicherweise mit der Art des Produzierens bei der Affi was nicht gestimmt hat. Nur für die Arbeitsplätze ist es dann zu spät.
P.S.: Weitblick haben offensichtlich die bewiesen, die am 25. Januar den Anschlag auf Strommasten des AKW Krümmel durchgeführt haben. Die Affi mußte in der Folge die Produktion runterfahren, da sie zu wenig Strom für die Kupfer-Elektrolyse-Anlage hatte...

BILD interviewt Affi-Hausanwalt:
»Arsen findet sich überall in der NATUR«

Wie beurteilt die „Norddeutsche Affinerie" den Arsen-Alarm?

Syndikus Dr. Norbert Kruhme (45) Wir kennen die genauen Werte noch nicht. Aber Arsen im Boden ist etwas ganz Natürliches, Arsen findet sich überall in der Natur.

BILD: Welche Konsequenzen ziehen Sie?

Kruhme Keine, denn wir haben bereits vor Jahren Maßnahmen getroffen. So bauten wir für über 20 Millionen Mark modernste Filter ein. Sie reduzieren den Arsengehalt in den Abgasen von 15 Tonnen im Jahr auf jetzt noch vier Tonnen. Und das bei einer Produktion von 200.000 Tonnen Kupfer im Jahr!

BILD: Sind vier Tonnen nicht noch zuviel?

Kruhme: Die moderne Technik ist leider noch nicht in der Lage, die Abgaswerte auf Null zu bringen.

BILD: Und wenn die Umweltbehörde noch geringeren Arsen-Ausstoß zur Bedingung macht?

Kruhme Dann müssen wir die Produktion runterfahren, am Ende entlassen. Bei Null-Emission, also überhaupt kein Arsen mehr, muß das Werk schließen.

BILD: Oder verlagern?

Kruhme: Möglicherweise, das heißt ins Ausland. Aber wir sind ja nicht die größten Arsen-Produzenten. Die Kohlekraftwerke und Müllverbrennungsanlagen der Stadt pusten wesentlich mehr in die Luft als wir!

(aus: „Bild"-Hamburg, 6.2.85)

Der Betriebsrat NORDDEUTSCHE AFFINERIE informiert!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Aufgrund der aktuellen Situation und der Berichte in den Medien (Presse, Funk und Fernsehen) über die Arsenfunde im Erdreich von verschiedenen Stadtteilen Hamburgs hält es der Betriebsrat für angebracht, eine Stellungnahme aus seiner Sicht abzugeben und alle Mitarbeiter über den gegenwärtigen Stand sachlich zu unterrichten.

Tatsache ist, daß die Emissionen aus den Essen der NA schon seit längerer Zeit unter den von den Behörden verlangten Werten liegen. Damit steht eindeutig fest, daß die gefundenen Mengen im Erdreich schon vor langer Zeit dorthin gelangt sind.

Es wird in diesem Zusammenhang auch mit Recht von sogenannter "Altlast" gesprochen. Es muß außerdem davon ausgegangen werden, daß nicht allein die NA Verursacher für diese "Altlast" ist.

Es ist uns allen bekannt, daß die von der NA in den letzten Jahren durchgeführten Sanierungsmaßnahmen erheblich zur Entlastung der Luft- und Wasserverunreinigung beigetragen haben.

Es soll nur daran erinnert werden, daß

1. Erzflammöfen und Rösthütte stillgelegt,
2. etliche Filteranlagen neu installiert,
3. Regenwasserabsetzbecken auf dem Gelände Werk Ost und Nord gebaut,
4. Gesamte Kanalisation auf dem übrigen Werksgelände modernisiert,
5. Trennung des Oberflächenwassers,
6. Aufbereitung und Reinigung des Prozeß- Kühl- und Schmutzwassers,
7. Bau der größten Konzentratlagerhalle

und Vieles andere mehr errichtet wurde.

Dies alles bestärkt den Betriebsrat in seiner Auffassung, daß unsere Arbeitsplätze auch in Zukunft nicht gefährdet sind.

Eine Stillegung der Affi - wie die GAL fordert - wird nach unserer festen Überzeugung nicht stattfinden.

Die GAL-Forderung ist in höchstem Maße unsachlich und arbeitnehmerfeindlich.

Der Betriebsrat unterstützt nach wie vor die Bemühungen, zusammen mit der Umweltbehörde die Emission von Schadstoffen auf das technisch mögliche Minimum zu begrenzen.

Hamburg, im Februar 1985

Neuester Entwurf eines Zivilschutz-Gesetzes:

Die Verbunkerung der Republik

Notstandsplanung im dritten Anlauf: Zivilschutz-Dienstpflicht, Kriegsmedizin, Bunker-Pflicht

Bunker unter jedem neuen Eigenheim, Luftschutz-Übungen in jedem Dorf, am Schwarzen Brett im Krankenhaus hängt der Einsatzplan für den Tag X. Keine Vision aus dem 127. Apokalypse-Film, sondern der Entwurf für ein Stück bundesdeutsche Realität. Apokalypse in Paragraphen gegossen: Der neueste Entwurf für ein Zivilschutzgesetz. Datiert vom November vergangenen Jahres, doch der Öffentlichkeit noch vorenthalten. Geht es doch gerade darum, auf möglichst geschmacklose Weise das Ende des letzten Krieges zu feiern — wie unschicklich, da schon vom nächsten zu reden. Machen doch ein paar Schlesier alleine noch keinen Krieg, den pflegen Deutsche gewissenhafter vorzubereiten. Sehen wir uns an, wie es an der Heimatfront aussehen soll (1).

Die Bunker-Baupflicht für Wohnhäuser ist ein alter Schlager der CDU/CSU, dem sie allerdings praktisch selber nie zum Durchbruch verhelfen konnte: 1957 wurden bereits die diesbezüglichen Vorschriften des ersten Selbstschutz-Gesetzes suspendiert; 1965 wurde im Rahmen der Notstandsdebatte ein neues Schutzbaugesetz verabschiedet, doch im selben Jahr schon wieder außer Kraft gesetzt, zunächst vorläufig, ab 1967 dann unbegrenzt bis heute. Die Ursache des Scheiterns war jedesmal die Erkenntnis, daß die vorgesehenen staatlichen Zuschüsse dafür im Massenmaßstab überhaupt nicht zu finanzieren waren. Seit 1969 gibt es die freiwillige Förderung des freiwilligen Baus von Privatbunkern, aber nur rund 200 Eigenheim-Besitzer pro Jahr waren dadurch zu bewegen, ihren Partykeller kriegsmäßig herzurichten. 1977 grübelte man im Innenministerium erneut über eine Bunker-Pflicht, rechnete aus, daß der Staat dafür jährlich 600 Millionen Mark ausgeben müßte — und schloß den Aktendeckel daraufhin schnell wieder.

Im jüngsten Gesetzentwurf, der mit der Überlebbarkeit eines konventionellen oder „begrenzt atomaren" Krieges argumentiert, heißt es nun: *„Beim Neubau von Gebäuden, die ausschließlich oder überwiegend Wohnzwecken dienen, sind Schutzräume mit einer ausreichenden Anzahl von Schutzplätzen für die in dem Gebäude ständig wohnenden Personen zu errichten. Schutzräume sollen so angelegt werden, daß sie im Frieden für andere Zwecke genutzt werden können."* Diese Bunker *„müssen für einen längeren Aufenthalt geeignet sein"* und *„gegen herabfallende Gebäudetrümmer, Brandeinwirkungen, radioaktive Niederschläge sowie lebens- und gesundheitsgefährdende Kampfstoffe Schutz bieten."*

Für andere Gebäude, wie Betriebe, Schulen und Krankenhäuser, sieht der Gesetzentwurf nur eine „soll"-Vorschrift vor. Über die Untauglichkeit derartiger Bunker muß wohl an dieser Stelle nicht mehr aufgeklärt werden. Der Architekt Professor Jürgen Pahl sagte dazu in der „Monitor"-Sendung am 22. Januar treffend, der Gesetzentwurf *„orientiert sich an Schutzvorstellungen, die schon im Trümmerhagel und in den Feuerstürmen des Zweiten Weltkriegs begraben wurden."* Daß sich der Staat mit der geplanten Bunker-Pflicht auf eine wachsende „Einsicht" der Bevölkerung in die Notwendigkeit derartiger Kriegsvorbereitungen stützen könnte, ist anscheinend und zum Glück nicht der Fall: **„So sprachen sich bei Umfragen zu Beginn der 80er Jahre noch 70 Prozent für Schutzraumbau aus, während sich einer EMNID-Erhebung vom Beginn diesen Jahres zufolge das Verhältnis umgekehrt hat — 69 Prozent der Bürger, so heißt es, würden sich keinen Bunker bauen, selbst wenn der Staat die gesamten Kosten dafür übernähme; 76 Prozent glauben außerdem überhaupt nicht daran, einen Atomkrieg im Schutzraum überleben zukönnen.** Offensichtlich hat die Propaganda gegen die Argumente der Friedensbewegung in dieser Hinsicht wenig verfangen — in der Vorstellung der meisten Menschen ist der nächste Krieg so grauenvoll, daß sie ihn nicht aus der Maulwurfs-Perspektive überleben wollen.



Die Bundestags-Grünen bezeichneten den Gesetzentwurf in einer Stellungnahme vom Dezember als „Skandal ersten Ranges" und kündigten „parlamentarische Schritte" dagegen an, über die allerdings bei Verfassen dieses Artikels noch nichts bekannt war. Als Nebeneffekt der Bunkerbaupflicht witterten die Grünen ein „dickes Geschäft für die Bauindustrie" — angesichts der Tatsache, daß Zahlen von etwa 300.000 neuen Bunkern pro Jahr bei Anwendung dieses Gesetzes gehandelt werden, sicherlich ein nicht von der Hand zu weisender Effekt, doch lassen sich derartige Pläne damit alleine natürlich nicht erklären. Von der anderen Seite her argumentierte der Friedens-Therapeut Horst-Eberhard Richter, der in der genannten „Monitor"-Sendung die Bunker-Pflicht als *„Maßnahme der psychologischen Infrastruktur der Aufrüstung"* bezeichnete und als *„psychologische Ersatzhandlung gegen die Kriegsangst"* auf Seiten der Bevölkerung.

Wichtiger als die reale Durchsetzung des massenhaften Bunker-Baus könnte für den Staat dabei allerdings sein, ob die Öffentlichkeit diese bittere Pille schluckt — dies wäre ein gewaltiger Schritt voran in dem sonst nicht sehr erfolgreichen reaktionären Gesellschaftskonzept, nach dem jeder wieder mehr in die Pflicht genommen werden muß, das Eigenwohl der Staatsraison unterzuordnen hat usw.

In diesem Sinne beklagte der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Paul Wilhelm Kolb, bereits Ende 1983 auf einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung, *„die auf einem Mißverständnis von Liberalität beruhende Toleranz"*, die die *„notwendige Produktion von Sicherheit der freiwilligen Entscheidung, d.h. letztlich dem Belieben des Bürgers, anheimstellt"*. Der oberste Zivilschützer forderte die Bunker-Pflicht dabei mit folgender interessanten Begründung: **„Mit dem pflichtigen Handeln entwickelt sich dann auch jenes lebensnahe Bewußtsein, ohne daß Vorsorge und Existenz in Krisenzeiten nicht denkbar ist."** Im Klartext: Krise und Krieg und die opferbereite Verantwortung des einzelnen in der bedrohten Gemeinschaft müssen wieder denkbar werden, in „lebensnahen" Schritten eingeübt werden.

Rekrutierung einer Zivil-Armee im Dienste des Militärs

Während der vorangegangene Entwurf des Zivilschutzgesetzes vom Juni '84 noch leicht verblümt von der „Heranziehung von Helfern im Spannungs- und Verteidigungsfall" sprach, ist im jüngsten Entwurf die „Zivilschutzdienstpflicht" offen festgeschrieben und bezieht sich direkt auf den Notstandsparagraphen 80 a des Grundgesetzes. Zur Zivilschutzdienstpflicht können demnach Wehrpflichtige zeitlich unbegrenzt bis zum 60. Lebensjahr eingezogen werden, sobald der Bundestag den „Spannungsfall" verkündet hat. Dazu gehören natürlich auch Kriegsdienstverweigerer, und zwar nicht nur, wenn sie in einer Gesundheits-Einrichtung ihren Zivildienst abgeleistet haben.

Die Verpflichtungsbehörden für diesen „zivilen" Kriegsdienst sind dabei die Städte und Kreise. Damit diese Verwaltungen das künftige Zivilschutz-Korps auch entsprechend verplanen können, gibt der Gesetzentwurf einen Freibrief für den totalen Datenfluß: **„Die Kreiswehrersatzämter, Arbeitsämter (!) und Meldebehörden sowie das Bundesmt für Zivildienst haben der Verpflichtungsbehörde alle erforderlichen Informationen über die den für eine Verpflichtung in Betracht kommenden Prsonenkreis zu geben."** Neu in diesem Reigen ist das Arbeitsamt, während bisher bereits seit der Novellierung des KDV-Gesetzes 1983 die automatische Datenweitergabe zwischen Meldebehörden, Bundesamt und Kreiswehrersatzämtern praktiziert wird. Der jetzige Gesetzentwurf schlägt damit direkt den Bogen zu dem Notstandsgesetz über Arbeitssicherstellung.

Die Befürchtung, die die KDV-Organisationen in den vergangenen Jahren immer wieder versucht haben, an die Öffentlichkeit zu bringen, daß nämlich die „Zivis" als Personalreserve für den Krieg überwacht und eingeplant werden, bestätigt sich mit dem neuesten Gesetzentwurf nun endgültig. In einer Stellungnahme der Hamburger „Informationsstelle für totale Kriegsdienstverweigerer" heißt es dazu: *„Künftig dürfte es Staatsanwälten und Gerichten, aber auch Zivildienstleistenden sehr schwerfallen, unsere Analyse des Zivildienstes als ‚Kriegsdienst ohne Waffen' als zusammenfabuliertes Konstrukt zu diffamieren."* Nach amtlichen Definitionen des Zivilschutzes und erst recht nach bekanntgewordenen Planspielen und Manövern reichen die künftigen Aufgaben dieser Einheiten vom Bunker-Bau und Luftschutz über die „Aufenhaltsregelung" (das heißt das In-Schach-Halten der Bevölkerung) bis hin zur personellen Verstärkung der direkten Repressions-Einheiten zum Beispiel bei der Sabotage-Bekämpfung.

Gesundheitswesen: Vorbereitung auf Massen von Opfern

Nachdem der Protest gegen die bisherigen Anläufe eine „Gesundheitssicherstellungsgesetzes" verhallt ist, weil von dieser Militarisierung des Gesundheitswesens längere Zeit nicht mehr die Rede war, will der neue Zivilschutz-Entwurf auch dieses Konfliktthema in einem Aufwasch vom Tisch bekommen.



Zuständig sind wiederum die Städte und Kreise: *„Sie können die Träger und Inhaber von Krankenhäusern verpflichten, abgestimmte Einsatz- und Alarmpläne zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten und Erkrankten im Verteidigungsfall aufzustellen, fortzuschreiben und dem Krankenpersonal in regelmäßigen Abständen bekannt zu machen."* Die Ärztekammern, kassenärztlichen und sonstigen Berufsvereinigungen müssen die Behörden dabei unterstützen, und eine „Bedarfsplanung" für den Kriegsfall aufstellen. Die Gesundheitseinrichtungen müssen auf Verlangen alle Auskünfte und Daten für diese Zwecke liefern. Der ermittelte Bedarf an Personal und Material muß mit dem Sanitätswesen der Bundeswehr abgestimmt werden. Das Bundesamt für Zivilschutz meldet den kommunalen Verwaltungen wiederum die Zivildienstleistenden, die ihren Dienst in einer Gesundheitseinrichtung abgeleistet haben. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird im Gesetzentwurf ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates eine Meldepflicht für **nichtberufstätige** Angehörige des Gesundheitswesens einzuführen mit einem entsprechenden Verfahren für deren Erfassung.

Die Verpflichtung für Ärzte, sich in der Kriegsmedizin auszubilden, taucht in diesem Entwurf direkt nicht mehr auf — allerdings sind die Anordnungen für die Krankenhäuser so pauschal gehalten, daß darunter alles Mögliche fallen kann; geht es doch um „die Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten", und die würde bekanntlich so aussehen daß die Ärzte die Opfer nach den Kategorien „nicht mehr zu retten" und „vielleicht noch zu retten" selektieren müssen. Im Übrigen können Einzelheiten für das Gesundheitswesen später noch in den Landes-Katastrophenschutzgesetzen festgelegt werden, wie zum Teil schon geschehen.

Für die Angehörigen der Gesundheitsberufe und die Initiativen „Ärzte gegen Atomkrieg" ist es also höchste Zeit, den Widerstand gegen diese Kriegsvorbereitungen wieder zu beleben ein Protest, der ja vor zwei Jahren großen Widerhall gefunden hatte und auch jetzt nicht ohne Wirkung bleiben dürfte, wenn die Lähmung der „Nach-Nachrüstungs-Ära" überwunden werden kann.

Kommt dieFriedensbewegung dagegen auf die Füße?

Kaum eine Frage war bislang in der Friedensbewegung weniger umstritten als die Ablehnung von Bunkern, Kriegsmedizin und der Einführung einer neuen Dienstpflicht. Allerdings fehlte (abgesehen von Klein-Aktionen gegen U-Bahn-Bunker) der Stein des Anstoßes, der nicht nur bestimmte Berufsgruppen wie die Gesundheitsarbeiter auf die Barrikaden bringt. Kommt die Friedensbewegung nun gegen dieses Notstandsgesetz in die Puschen?

Ist dieses Gesetz für sich schon ein Skandal, so müßte es eigentlich erst Recht für Empörung sorgen, daß die Republik in den nächsten Monaten das Herauskriechen aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs feiert, während die „Bedarfsplanung" für das nächste Inferno schon als fertige Tischvorlage in der Schublade liegt.

Ch.

Anmerkung:
(1) Der noch unveröffentlichte Entwurf des Zivilschutzgesetzes liegt dem ARBEITERKAMPF vor. Der vorangegangene Referentenentwurf vom Juni '84, der in AK Nr. 250 vorgestellt wurde, ist dabei zum Teil übernommen worden, zumTeil aber auch noch einmal verschärft worden. Offengeblieben war damals noch die Streitfrage einer Bunkerbau-Pflicht. In diesem AK wird nicht mehr eingegangen auf die speziellen Notstands-Paragraphen für Beamte.

Kirkskothen - Urban

Die Zivildienst - Überwachung

damit der nächste Krieg auch klappt!

Zivildienstleistende! VERWEIGERT

Ehemalige ZDL! DEN KRIEG

Broschüre zum Thema

Im Rahmen der Kampagne „Verweigert den Krieg!" hat die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden/Marburg eine Broschüre herausgegeben „Die Zivildienst-Überwachung — damit der nächste Krieg auch klappt!" Darin konnte zwar noch nicht der neueste Entwurf eines Zivilschutzgesetzes berücksichtigt werden, aber die Broschüre liefert gute Informationen über die bisherige Einplanung von Zivildienstleistenden in Kriegspläne und die militärische Bedeutung des Meldewesens. Das Heft ist zum Einzelpreis von 2,50 Mark zu beziehen über: Uwe Gerkens, Renthof 27, 3550 Marburg.

Die Zimmermann-Orgel

MBB entwickelt Polizeiwaffe mit Eigenantrieb

Es ist still geworden um jene Gummigeschosse, die im Raketenstationierungsjahr 1983 Schlagzeilen machten. Doch hinter den Kulissen, in den Instituten und Produktionsstätten für Innere Sicherheit, wird das Projekt weiterbetrieben. Vorläufiges Ergebnis: ein Entwicklungsauftrag an Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), eine „Distanzwaffe" mit Raketenantrieb zu entwickeln — in Fachkreisen mittlerweile „Zimmermann-Orgel" genannt.

Seit mehr als zwölf Jahren untersuchen verschiedene Kommissionen und Ausschüsse der Innenministerkonferenz (IMK), der Polizeiführungsakademie und staatlicher Institute technische Errungenschaften für bundesdeutsche Bereitschaftspolizeien und den Bundesgrenzschutz. Nach und nach ist praktisch alles modernisiert worden, was Polizeibeamte für die Aufrechterhaltung der Ordnung am Körper tragen: Helme, Jacken, Schienbein-, Sack-, und Armschützer, aber auch Schilde und verschiedene Waffen, im Gesetz „Hilfsmittel des unmittelbaren Zwangs" genannt.

Diese „humanen" Waffen haben die Funktion, bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols die Überlegenheit der Polizei zu sichern. Sie sollen abschrecken und Widerstandshandlungen brechen, aber möglichst nicht tödlich wirken.

Das vorhandene Arsenal zeugt von deutschem Perfektionsgeist: Die Distanz von 0-120 Meter ist vollständig — zum Teil überlappend — abgedeckt:

— Der Schlagstock aus Hartgummi oder Eschenholz verlängert den Beamtenarm auf zwei Meter. Ein bereits 1981 entwickelter Kunststoffschlagstock wird in den nächsten Jahren die alten Modelle ablösen;
— Die Chemische Keule trifft noch auf sieben Meter;
— Hunde erweitern den Einsatzraum auf fünf bis zwölf Meter, sofern sie angeleint bleiben;
— Der Wirkkreis des Pepper-fog-Verneblers und des TRGG (Tragbares Reizstoffgroßgerät, die chemische Riesenkeule) liegt bei 20 Meter;
— Kampfgas-Wurfkörper decken eine Distanz bis 40 Meter ab;
— Hochdruckwasserwerfer erzielen Reichweiten von 65 Metern, und
— abschießbare CN/CS-Petarden landen bei maximal 120 Metern.

Fortsetzung nächste Seite



Foto: T. Kortmann

Fortsetzung von vorheriger Seite

Nachdem im Mai 1980 zum Auftakt der Friedensbewegung 300 Militante die Rekrutenvereidigung mit Karl Carstens im Bremer Weserstadion arg in Bedrängnis brachten, geistert ein weiteres „polizeitypisches Einsatzmittel" durch die Fachpresse: Gummigeschosse, konzipiert mit der Absicht, werfende „Störer" an der 40-60 Meter Marke gezielt vertreiben oder zur Strecke bringen zu können.

Blutige Spuren von Belfast bis Kapstadt

Die international gebräuchlichen Vorläufer- und Vergleichsmodelle — zumeist aus angelsächsischer Produktion — zeigten auch im vergangenen Jahr blutige, häufig tödliche Auswirkungen.

Im britisch besetzten Nordirland starben durch Gummi- und Plastikgeschosse seit den siebziger Jahren insgesamt 15 Menschen, davon sieben Kinder unter 16 Jahren. Das vorläufig letzte Todesopfer war im August 1984 der 22-jährige Sean Downes. Er wurde bei einem Überfall nordirischer Polizeieinheiten auf eine Versammlung vor dem Belfaster SINN-FEIN-Hauptquartier samt 15 Menschen, davon sieben Kinder unter 16 Jahren. Das vorläufig letzte Todesopfer war im August 1984 der 22-jährige Sean Downes. Er wurde bei einem Überfall nordirischer Polizeieinheiten auf eine Versammlung vor dem Belfaster SINN-FEIN-Hauptquartier aus zwei Meter Entfernung von einem Plastikgeschoß getroffen und starb wenige Minuten später an einem Herzbeutelriß.

In Südafrika kommen neben scharfen Schußwaffen des Militärs und den üblichen Polizeiwaffen auch Schrotpatronen (sog. Vogelschrot) sowie Gummigeschosse zum Einsatz. Ein 14-jähriger Schwarzer starb im Oktober '84 an den Folgen dieser im englischen Expertenjargon „low-lethal" (gering tödlich) genannten Waffe.

Kurz zuvor schlugen iranische Wachmannschaften einen Aufruhr irakischer Kriegsgefangener nieder. Eingesetzt wurden dabei auch Plastikgeschosse, die noch zu Schah-Zeiten aus Großbritannien an das damalige Regime geliefert worden waren. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) durchbrach anläßlich dieses Vorfalls seine ansonsten in offiziellen Verlautbarungen sorgsam gepflegte Zurückhaltung und mußte sich prompt von der Revolutionsregierung der Ajatollahs der „iranfeindlichen Propaganda" bezichtigen lassen.

Auch in Chile gehören Gummigeschosse zum Arsenal der Polizeitruppen in Barrikadenkämpfen und bei den Nationalen Protesttagen.

In Europa verfügen neben der britischen Polizei nur ihre schweizer und spanischen Kollegen über Gummigeschosse. In Zürich kosteten Gummischrote im Verlauf der Jugendunruhen in sieben Fällen den teilweisen oder vollständigen Verlust eines Augenlichtes; und im Baskenland ballert die Guardia Civil seit Francos Zeiten mit Gummigeschossen um sich, kürzlich erst wieder bei der Erstürmung der besetzten Werft ‚Euzkalduna' in Bilbao.

Gesetze der Ballistik wiederentdeckt

Bundesdeutscher Innovationsdrang führte im Auftrag der Innenministerkonferenz zu zwei Prototypen. Im Herbst 1982 stellte die schwäbische Waffenfirma Heckler & Koch die MZP 1 — Mehrzweckpistole 1 mit zwei verschiedenen Munitionsarten vor: eine Schrotpatrone mit 16 viertelkreisförmigen, augengroßen Hartgummisegmenten und ein aufklappbares Kompaktgeschoß, Durchmesser 24 Zentimeter, ebenfalls aus Hartgummi und ganze 180 Gramm schwer. Technische Experten der Polizei sahen die MZP 1 als geeignet an, „eine logistische Bereinigung des Bestandes an Einsatzmitteln" zu ermöglichen, weil mit ihr nicht nur Gummigeschosse, sondern auch Kampfgaspatronen, Nebelkörper, Leuchtspur- und Markierungsmunition 120 Meter und im Steilschuß bis 350 Meter weit verschossen werden können. Die Gummimunition jedoch erhielt eine negative Beurteilung der Sicherheitsfachleute: Die Schrotladungen hatten bereits auf 25 Meter Entfernung einen Streukreis von drei Metern, lassen also ein gezieltes Vorgehen gegen Einzelpersonen nicht zu, und die Wuchtgeschosse klappten bei Testvorführungen häufig nicht auf, sondern trafen stattdessen mit kleiner Oberfläche so kräftig auf wie die tödlichen PVC-Projektile der Briten.

Die IMK kam daraufhin im August 1983 zu dem Ergebnis, die Polizei könne mögliche Eskalationen im „Heißen Herbst" auch mit dem vorhandenen che so kräftig auf wie die tödlichen PVC-Projektile der Briten. Die IMK kam daraufhin im August 1983 zu dem Ergebnis, die Polizei könne mögliche Eskalationen im „Heißen Herbst" auch mit dem vorhandenen Arsenal im Griff halten. Die Mehrheit der christdemokratischen Innenminister hatte zu diesem Zeitpunkt ihre Polizeieinheiten bereits mit CS ausgerüstet, falls die Anti-Raketenbewegung unerwartet doch aus dem Ruder laufen sollte. Von Seiten der Friedensbewegung war zudem Protest laut geworden gegen die Absicht, die in einem Polizeimagazin auch „Lücke im Mittelstreckenbereich polizeitypischer Einsatzmittel" genannte Aufrüstungsbegierde mit Gummigeschossen zu befriedigen. Polizeipraktiker und sozialdemokratische Ordnungspolitiker konnten sich gegen ihre christdemokratischen Kollegen mit der Argumentationslinie durchsetzen, die Einführung von Gummigeschossen gefährde nur unnötig die staatliche Gewaltvermeidungsstrategie gegenüber den Aufrüstungsprotesten.

Ein erneuter Untersuchungsauftrag rettete den Konsens: Das Frankfurter Batelle-Institut hatte sich bereits Mitte der siebziger Jahre mit Forschungen über die Wirkung verschiedener Kampfstoffe in geschlossenen Räumen empfohlen und erhielt deshalb den Auftrag, die physikalischen Grundlagen für eine geeignete Polizeiwaffe wiederzuentdecken. Drei Bedingungen galt es zu erfüllen: Auf eine Entfernung von 60 Metern soll das Geschoß eine gleichbleibende Geschwindigkeit und damit auch konstante Auftreffwucht entwickeln, es soll zielgenau treffen, und es soll umwerfen, aber nicht ernsthaft verletzen dürfen. Das Institut kam demzufolge zu dem Ergebnis, nur ein Geschoß mit Eigenantrieb könne diese polizeitaktisch-politisch motivierten Vorgaben mit den Gesetzen der Ballistik in Übereinstimmung bringen. Selbst das Organ der Gewerkschaft der Polizei, „Deutsche Polizei" (4/84), konnte sich den ironischen Kommentar nicht verkneifen, „rein theoretisch" sei „diese technische Lösungsmöglichkeit einleuchtend". In Insiderkreisen haben Spaßvögel dem nur noch mit ideologischen Sachzwängen begründbaren Projekt deshalb auch den Namen „Zimmermann-Orgel" verpaßt. Die IMK ließ dennoch nicht locker. Sie beauftragte im Juni '84 die Münchner Waffenschmiede Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), die theoretischen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen. Entwickelt wird nun ein „Wirkkörper mit Eigenantrieb", der sich beim Auftreffen zerlegt und wahlweise CN oder CS freigibt. Ein zweiter Auftrag lautet, ein „großformatiges Weichgeschoß" zu konstruieren, das sich erst am Getroffenen aufklappt. Beide Projektile sollen ein Zurückwerfen ausschließen, denn immer häufiger klagen Polizeieinheiten über erfahrene Demonstranten, die CN-Wurfkörper postwendend an die Ordnungshüter zurückbefördern. US-amerikanische Kampfgas-Behälter mit einer Ummantelung aus Gummi und mehreren Ausströmdüsen haben dieses Problem zwar längst gelöst, weil sie laut Herstellerwerbung „froschähnlich" in der Gegend umherspringen, aber auch im Bereich der Inneren Sicherheit gilt, daß sich nationale Konzerne gern mit absurden Produktaufträgen subventionieren lassen. Aus Firmenkreisen ist unterdessen zu vernehmen, daß die Konstruktion des raketenähnlichen Antriebs einige technische Schwierigkeiten bereitet.

Fliegende Bullen?

vernehmen, daß die Konstruktion des raketenähnlichen Antriebs einige technische Schwierigkeiten bereitet.

Fliegende Bullen?

Eine einfache Lösungsmöglichkeit drängt sich auf: „Weiches Material? Gleichbleibende Geschwindigkeit? Großes Format? Umwerfende, aber nicht verletzende Wirkung? — Da können wir doch gleich den Beamten einen NASA-Düsenkoffer auf den Rücken schnallen und sie in die Demonstration fliegen lassen", zitiert die Zeitschrift KONKRET in ihrer Februar-Ausgabe einen namentlich nicht genannten höheren Polizeibeamten.

Schon optisch hätten diese Flugkörper gewiß einen umwerfenden Erfolg.

Redaktion Straßenmedizin
Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen

Neues aus dem Pershing-Ländle:

Volksbegehren abgelehnt

Am 11.Januar wurde der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens gegen ABC-Waffen im Stuttgarter Ininnenministerium übergeben.

Zwei Stunden später zerbarst eine Pershing 2 auf dem Atomstützpunkt Heilbronn. War das die „Schrift an der Wand", die den Tyrannen zur Umkehr bringen sollte? Dann war es vergebens: Die Landesregierung schmetterte das „Volksbegehren für den Frieden" am 30. Januar zurück. Was muß eigentlich noch passieren, damit die Verantwortlichen umzudenken beginnen?

Eine Premiere

Zum ersten Mal in der Landesgeschichte war mit unserer Initiative das Recht auf Volksbegehren wahrgenommen worden. 110.000 Bürgerinnen und Bürger forderten mit ihrer — amtlich bestätigten! — Unterschrift die Zulassung des Plebiszits über ABC-Waffen in Baden-Württemberg. Schon im Vorfeld der Abgabe hatte es Rangeleien mit dem Innenministerium gegeben: Wir hatten bezüglich der späteren Durchführung des Volksbegehrens beantragt, die Einschreibemöglichkeit zur Unterstützung des Volksbegehrens sehr bürgerfreundlich zu handhaben: Öffnungszeiten der Einschreibelokalitäten bis in die späten Abendstunden, Einrichtung dieser Lokalitäten in etwa der selben räumlichen Dichte wie Wahllokale, vor allem aber die Einführung eines Verfahrens analog zur Briefwahl.

Der Innenminister hat alle diese Wünsche zurückgewiesen, und so gerade alten, kranken und bettlägerigen Menschen das Recht auf Unterstützung des Volksbegehrens genommen, für Berufstätige die Teilnahme am Einschreibeverfahren wesentlich erschwert. Gegen diese Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes werden wir auf jeden Fall den Gerichtsweg beschreiten.

Die Arroganz der Macht

Der Ablehnungsbescheid des Innenministers geht kaltschnäuzig auf die besondere Betroffenheit, die bei uns nach dem Raketenunfall herrscht, hinweg.

Die Arroganz der Macht

Der Ablehnungsbescheid des Innenministers geht kaltschnäuzig auf die besondere Betroffenheit, die bei uns nach dem Raketenunfall herrscht, hinweg.

Immerhin hat sich der Heilbronner Stadtrat, der noch ein halbes Jahr zuvor nur per Gerichtsbeschluß überhaupt zur Debatte der Raketenstationierung gezwungen werden konnte, nunmehr einstimmig (!) die Auflösung des Atomstützpunktes Waldheide verlangt.

Diese Kaltschnäuzigkeit als Sachlichkeit verkauft, läßt den Innenminister stur seine formaljuristische Argumentation herunterbeten. Besonderen Bezug wird auf das BVG-Urteil aus dem Jahre 1958 genommen, mit dem damals Volksbefragungen gegen die deutsche Atombewaffnung verboten wurden. Jedoch: Ist dieser fast 30 Jahre alte Richterspruch ein mosaisches Gestzeswerk, das auch noch der heutigen Situation und der immens gewachsenen Gefährdung gerecht wird?

Bestimmte Ausführungen des Herrn Ministers Schlee können wir allerdings voll unterstützen, so wenn er z.B. schreibt: „*Die Landesregierung soll durch die Gesetzesvorlage auf eine Politik verpflichtet werden, die der verteidigungspolitischen Konzeption der (...) Bundesorgane diametral entgegengesetzt ist. Die Landesregierung und die Behörden des Landes sollen die ihnen zustehenden Anhörungsrechte nach Bundesrecht und die Kompetenzen zur Ausführung der Gesetze dazu benutzen, die mit den NATO-Staaten vereinbarte Verteidigungspolitik des Bundes zu unterlaufen.*"

Genau so ist es, genau das wollen wir! Denn diese NATO-Militärpolitik hat mit „Verteidigung" nichts mehr zu tun, sie bereitet sich im Gegenteil mit den bei uns stationierten Waffensystemen auf den Angriffskrieg vor. Allerdings irrt Minister Schlee, wenn er meint, damit verstoße unser Gesetzentwurf gegen die „Bundestreue", nach der eine Landesregierung von ihren Kompetenzen nur so Gebrauch machen darf, „*daß es die Belange des Gesamtstaates und der anderen Länder nicht in unvertretbarer Weise schädigt oder beeinträchtigt.*"

Offensichtlich verwechselt Schlee hier das „Bundeswohl' mit dem Wohl der CDU-Bundesregierung und den CDU-geführten Länderregierungen! Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Durch das Inkrafttreten unseres Gesetzes würde Baden-Württemberg die NATO-Kriegsvorbereitungen empfindlich beeinträchtigen, und genau dadurch „*dem Bund und den anderen Ländern*" und vor allem der bundesdeutschen Bevölkerung einen sehr großen Gefallen erweisen! Die Politik der Landesregierung jedoch, die die Hochrüstung des „Ländles" zur atomaren Abschußrampe unterstützt, bringt dadurch großes Unglück nicht nur über ihre eigenen Landeskinder, sondern über die gesamte Bundesrepublik (und die übrigen Völker Europas, doch dieser Gesichtspunkt interessiert die Formaljuristen schon gar nicht mehr ...).

Ein Fazit

Das Verbot des „Volksbegehrens für den Frieden" steht nicht alleine. Schon die Volksbefragungen gegen die Remilitarisierung (1951) und die deutsche Atombewaffnung (1957/58) wurden verboten.

Die Bevölkerung soll zwar alle Folgen der Raketenstationierung tragen, jedoch keinerlei Mitbestimmungsrechte haben! Und dies in der BRD, dem Land mit der größen ABC-Waffendichte auf dem gesamten Erdball. Wir „dürfen" zwar alle 4 Jahre gen der Raketenstationierung tragen, jedoch keinerlei Mitbestimmungsrechte haben! Und dies in der BRD, dem Land mit der größen ABC-Waffendichte auf dem gesamten Erdball. Wir „dürfen" zwar alle 4 Jahre zum Bundestag wählen, aber die „Volksvertreter" dort sind in der Zwischenzeit nicht mehr durch unseren Willen beeinflußbar. Im Unterschied zum machtlosen Bürger vermag aber die Rüstungsindustrie und Militärlobby sehr wohl ihre Interessen im Parlament durchzusetzen, notfalls mittels Korruption, wie das Beispiel der Waffenschmiede „Rheinmetall" zeigt ... In diesen „parlamentarischen Absolutismus" wollen wir eine Bresche schlagen, und durch den Bescheid des Innenministers werden wir uns nicht davon abbringen lassen. Als nächstes werden wir vor den Staatsgerichtshof gehen, um dort eine Zulassung des Volksbegehrens zu erzwingen. Der Fall „Volkszählung" hat bewiesen, daß mit außerparlamentarischem Druck auch konservative Gerichte zur Respektierung des Bürgerwillens gebracht werden können. Immerhin geht es hier um eine Frage, die alle angeht: Ob Baden-Württemberg den Weg zum „Musterländle für Demokratie" geht, oder zur Abschußrampe für Atomraketen!

(aus: FRIEDEN JETZT, Zeitung des Volksbegehrens.)

VOLKSENTSCHEID JETZT



»Genf eine echte Chance geben ... «

Denkanstöße aus der DKP

,,Die Zukunftsangst nimmt ab — EG-Bürger sind optimistisch/Deutsche sogar glücklich'', mit dieser Überschrift faßte die ,,Frankfurter Rundschau'' (vom 19.1.85 neueste Umfrageergebnisse zusammen. Als Reagan 1980 sein gigantisches Aufrüstungsprogramm begann und dies offen als Plan zur Beseitigung des Kommunismus bezeichnete und von atomaren ,,Demonstrationsschlägen'' stammelte, schnellte in Europa die Kriegsfurcht in die Höhe. 1980/81 bejahten 32% die Frage : ,,Halten Sie einen neuen Weltkrieg in den nächsten Jahren für wahrscheinlich ?'' (in Frankreich sogar 42%). Inzwischen beginnen sich die Gemüter zu beruhigen. Im Oktober 1983 (bei Stationierungsbeginn) bejahten noch 18% im EG-Durchschnitt diese Frage, Ende 1984 waren es noch 13% (in der BRD 14%). Nur die Niederlande, bei denen die Stationierungsdebatte noch weiter geführt wird, ragen hier mit 21% noch heraus.

Nun hat sich aber an Reagans Rüstungsprogramm überhaupt nichts Beruhigendes getan, im Gegenteil, inzwischen ist das Programm des ,,Star Wars'' hinzugekommen. Geändert hat sich aber Reagans seinerzeit auch von den Herrschenden in Europa so gefürchtete Rhetorik und geändert hat sich, daß die Sowjetunion inzwischen an den Verhandlungstisch zurückgekehrt ist, den sie bei Stationierungsbeginn verlassen hatte.

Daß es bei solchen Verhandlungen eh nicht darum geht, irgendwelche Abrüstungsvereinbarungen zu treffen, ist aus der jüngsten Geschichte solcher Verhandlungen und Abkommen (seit 1959) hinlänglich bekannt. In diesem Falle wurde durch die USA noch ,,zur Sicherheit'' hinzugefügt, daß es nachgerade Voraussetzung für die Verhandlungen sei, daß die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenrakten und das ,,Star War''-Programm kräftig vorangetrieben werde. Trotzdem werden in der bürgerlichen Presse die neuen Verhandlungen als ,,Sieg'' Reagans abgefeiert. ,,*Widerlegt und blamiert*'' habe sich die Friedensbewegung, höhnte die ,,Frankfurter Allgemeine'', die Konzeption der Friedensbewegung, die ,,*mit ihren Weltuntergangsvoraussagen die Völker, vor allem die Deutschen, um den Verstand zu bringen versuchten*'', sei gescheitert (FAZ, 10.1.85).

Wer aber wie die TAZ (am 10.1.85) Genf als ,,Welttheater'' mit der Funk-

Wer aber wie die TAZ (am 10.1.85) Genf als ,,Welttheater'' mit der Funk-

tion, die Aufrüstungsspirale geschliffen zu halten oder als ,,Valium für die Friedensbewegung'' bezeichnet, der hat zwar recht, ist aber der DKP zufolge vollkommen schief gewickelt. Mit diesem Artikel soll eine kleine Führung durch die neue Traumwelt der DKP gemacht werden. Danach stehen der Friedensbewegung heute noch größere Chancen als bisher — mehr als 1983 — bevor, einen Druchbruch zu erringen. Von selbst kommt das aber nicht ganz, die Friedensbewegung darf zumindest in ihrem Druck ,,nicht nachlassen'', andere Stellungnahmen machen sogar einen ,,verstärkten Druck'' zur Voraussetzung solcher Erfolge.

Ganz so einfach ist es mit dem Träumen natürlich nicht. Denn vor dem ,,Hintergrund'' des Star-War-Programms ,,entpuppt sich'' für Hubert Reichel (in der UZ vom 16.11.84) ,,*Reagans ,neues Verhandlungsangebot' als pure Demagogie. Tatsächlich ist es eine klare Absage an wirklich konstruktive, sachliche Verhandlungen. (...) Es ist die gleiche Taktik, die Washington bei den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der atomaren Mittelstreckenwaffen verfolgt: (...) Bei den Verhandlungen die konkreten Vorschläge der sowjetischen Seite blockieren und gleichzeitig vollendete Tatsachen schaffen.*'' Auch die Hamburger DKP gibt (in ihrem Beitrag zum 2. Ratschlag des Hamburger Forums) zu: ,,*Richtig ist daher auch, daß es die Absicht der Reagan-Administration ist, die neuen Verhandlungen zu nutzen, um durch ein ,Theater in Genf' den eigenen Kriegsvorbereitungskurs zu verschleiern.*'' Aber eben nur ,,*auch*'' richtig, im Grunde aber falsch. Für Martha Buschmann (Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP) hat Eppler mit seiner ,,Valium-Aussage'' eine ,,sehr einseitige Wertung'' vorgenommen (UZ, 20.12.84), denn ihr hat schon im November 1984, bei der Ankündigung der Gespräche, der Puls höher geschlagen: ,,*Schon im November 1984 wurde diese Nachricht in aller Welt mit Erleichterung aufgenommen und inzwischen verbinden vor allem die Friedensbewegungen die bevorstehende Begegnung mit der Hoffnung, daß sich hier ein neuer Weg auftue, die über der Menschheit schwebende Gefahr eines Atomkrieges abzuwenden und den Weltfrieden zu sichern.*'' (UZ, 5.1.85). ,,*Es ist ausgezeichnet, daß die Gespräche zwischen Shultz und Gromyko mit dem Ziel endeten, Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und die Verhinderung der Weltraumrüstung aufzunehmen*'', meinte Klaus Balzer, der sich gern als Sprecher des Hamburger Forums titulieren läßt (in UZ vom 12.1.85). Man müsse jetzt ,,*günstige Voraussetzungen für ein Gelingen der überlebensnotwendigen Genfer Verhandlungen... schaffen*'', heißt es in der Einleitung eines UZ-Artikels (vom 8.2.85), der eigentlich nur den Stand der Ostermarschvorbereitung darstellen will.

Der erste ,,Denk''-Fehler, den wir nach Ansicht der DKP alle machen, liegt darin, daß wir davon ausgehen, daß sich die USA im e i g e n e n Interesse an den Verhandlungstisch setzen könnten: ,,*Verhandlungen über Abrüstung liegen nicht im Interesse des Aufrüstungskurses und der Stärkepolitik des US-Imperialismus. Er müßte auch zu den neuen Verhandlungen gezwungen gezwungen werden. Denn ganz offenbar signalisiert die plötzliche Bereitschaft der US-Führung zu Verhandlungen Kräftekonstellationen, die*



Bereitschaft der US-Führung zu Verhandlungen Kräftekonstellationen, die

gegen eine gradlinige Verfolgung des Kriegsführungskurses wirken.'' (DKP-Hamburg, s.o.) Insofern gilt — anders ausgedrückt — die Formel : Verhandlungen in Genf = ,,*Ein erster Schritt ist getan*'' (UZ, 11.1.85) oder gar: ,,*ein erster Schritt v o r a n*'', wozu ,,*die Friedensbewegung diesseits und jenseits des Atlantiks viel beigetragen*'' habe. ,,*Das Weitermachen nach dem Stationierungsbeginn hat sich also gelohnt. Dieser politischen Wirksamkeit sollte man sich bewußt sein*'' (ebenda). Oder im DKP-Agitationsstil : ,,*Der Reagan-Administration, die im übrigen derzeit nicht gerade das Bild von Geschlossenheit bietet* (das sieht beim ZK der KPdSU besser aus — Anm.AK), *schmecken die neuen Verhandlungen wie Schmierseife. Hat sie doch gegen ihre innerste Überzeugung vorab zu Protokoll gegeben, es gehe in Genf darum, das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und das Wettrüsten auf der Erde zu verhindern.*

Denn das genau ist schon immer das Programm Moskaus ,,und'' der Friedensbewegung.'' (Matthias Dohmen in UZ, 17.1.85)

Dazu muß man natürlich schon die Tatsache übergehen, daß es ja die Sowjetunion war, die nach dem Stationierungsbeginn (logischerweise) die Verhandlungen für gescheitert erklärt hatte und nun ohne die ursprünglich geforderte Nicht-Aufrüstung mit neuen Atomraketen und nicht einmal mit dem Zugeständnis eines Stationierungsmoratoriums an den Verhandlungstisch zurückgekehrt ist. Natürlich ist der Vorgang leicht zu verstehen, daß die sowjetische Diplomatie angesichts öffentlicher Vergeßlichkeit und der bevorstehenden Klärung, ob und wann Belgien und die Niederlande stationeren (die CM-Stationierung in der BRD beginnt ebenfalls im kommenden Jahr), noch einmal das Moratorium auf Genfer Bühne anbieten und zudem die Forderung nach einem Stopp der Weltraumrüstung ins Gespräch bringen will. Aber hören wir die UZ dazu. ,,Dregger lügt'', meint Hubert Reichel, weil er Genf als Erfolg der konsequenten Haltung in der Stationierungsfrage bezeichnet. (...) ,,*Und Tatsache ist, daß nicht die Sowjetunion an den Verhandlungstisch gezwungen werden mußte. Sie war es schließlich, die (...) das von Sternenkrieg und militärischer Überlegenheit träumende Washington erneut an den Verhandlungstisch zwang.*'' (wie das ? —Anm.AK) Es folgt dann der Gromyko-Forderung, ,,daß das Wettrüsten im Weltraum nicht erst beginnt und daß es auf der Erde eingestellt wird'', die Begeisterung auf den Rängen: ,,*Diese Erkenntnis bricht sich mehr und mehr Bahn. Das zeigt der endlose Strom positiver Reaktionen auf Genf. Das zeigt die immer stärker werdende Forderung nach wirklich effektiven ernsthaften Verhandlungen. Diesem Trend wollen die Stationierungspolitiker wie Dregger entgegenwirken. (...)Sie führen unser Land damit in eine bedenkliche und gefährliche Isolierung.*'' (UZ, 18.1.85).

Wenn es für die Herrschenden schon nachgerade gefährlich geworden ist, sich dem Abrüstungsdruck nicht bald zu beugen, dann fragt man sich doch, warum es dann nicht schon früher zu tatsächlichen Abrüstungsverhandlungen gekommen ist, aber das ist ja - der DKP zufolge — wieder völlig falsch: Erst einmal gilt die Faustregel: ,,*Zehnmal zu verhandeln ist besser, als einmal zu schießen*'' (UZ, 11.1.85) oder noch besser: ,,*Ein Jahr Verhandlungen ist immer besser als eine Minute Atomkrieg*'' (DKP-Hamburg, s.o., nach

immer besser als eine Minute Atomkrieg'' (DKP-Hamburg, s.o., nach

dem Motto: Aus der Zeit, wo Kriege noch sportlich faire Wettkämpfe waren). Aber wir können auch aus der Geschichte zahlreicher, erfolgreicher Verhandlungen aus jüngster Zeit lernen:

,,*Denn alle Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß ein tatsächlicher Stopp des gefahrvollen Wettrüstens und Fortschritte zur Abrüstung nur auf dem Weg von Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den Weltmächten auf der Grundlage des Prinzips der gleichen Sicherheit und des militärischen Kräftegleichgewichts möglich sind. Deshalb gibt es zum Ringen um erfolgreiche Verhandlungen keine Alternative.*'' (Georg Polikeit in UZ, am 25.1.85)

Der AK-Leser hat diese Erfahrungen nicht ? Naja, ,,Skepsis'' sei ,,immer angebracht'', meint die Hamburger DKP, aber : ,,*Dennoch haben Verhandlungen in der Vergangenheit auch reale Rüstungsbeschränkungen gebracht : Die Entmilitarisierung der Antarktis (1959)* (da wollte die BRD ihre Atomwaffen stationieren — Anm.AK), *das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser (1963)* (nur China, Frankreich und Indien haben sich nicht daran gehalten, wie die USA und die SU nur noch unterirdische Atom-Versuche zu machen — Pfui) *die Erklärung Südamerikas zur atomwaffenfreien Zone (Vertrag von Tlateleco 1967)* (danach haben Brasilien und Argentinien ihr Atomprogramm aufgegeben), *den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (1968)* (damit die BRD keine bekommt), *das Verbot bakteriologischer Waffen (1972) und die SALT-Abkommen (...)* (die bekanntlich die Zahl der Atomsprengköpfe eingefroren haben und selbst Reagan muß trotz seiner Verweigerung der Unterschrift unter SALT II sich bis heute an diesen Vertrag halten). *So oft diese Verträge auch im Einzelfall unterlaufen wurden, so haben sie doch Aufrüstungsschritte in verschiedenen Bereichen gehemmt und eingeschränkt. Das heißt, sie waren zur Erhaltung des Weltfriedens nützlich. (...) Und auch für die neuen Verhandlungen gibt es keine sinnvolle Alternative (...) Wie anders als durch Verhandlungen sollen Abrüstungsschritte konkret vereinbart werden ? Soll die Sowjetunion einseitig abrüsten, wie es USA und NATO schon immer gefordert haben ? Glaubt jemand ernsthaft, der US-Imperialismus würde auf einseitige Vorleistungen nach dem Prinzip der Fairneß mit Abrüstung seinerseits beginnen ? (...) Oder hat man gar ein solch verklärtes Bild vom Imperialismus, daß man diesen zu einseitiger Abrüstung veranlassen könne, wenn er noch nicht einmal bereit ist, eine beiderseitige Abrüstung der beiden Militärblöcke zu akzeptieren ?*'' — Oh, der letzte Satz war der DKP ausgerutscht, er wird dann auch im nächsten durch das Gegenteil korrigiert: ,,*Abrüstung in einem System antagonistischer Großmächte kann nur ein kollektiver Prozeß sein, der ein ungefähres Gleichgewicht als Grundlage hat. Hierüber sind Verhandlungen notwendig.*'' Lange Rede, kurzer Sinn: An die Möglichkeit, daß in irgendwelchen Ländern der NATO gesellschaftliche Änderunge möglich sein könnten, bzw. für Abrüstung notwendig sein könnten, auf dieses ,,verklärte Bild'' kommt bei der DKP — der einzigen revolutionären Partei der Arbeiterklasse — niemand (mehr ?).

(mehr ?).
Jetzt fehlt also noch die Erklärung,

Jetzt fehlt also noch die Erklärung, warum dieser ,,kollektive Prozeß'' gerade jetzt näher denn je herbeigekommen sein soll, wo Reagan doch gerade das Gegenteil tut; das ist so: ,,*Es hat eine nicht zu unterschätzende Wirkung, daß (...) die USA heute schon international in eine starke politische Isolierung geführt haben. (...) Die konstruktive Friedenspolitik der Sowjetunion und der verbündeten sozialistischen Staatengemeinschaft wird demgegenüber von vielen zunehmend als eine sinnvolle politische Alternative erkannt*''. (die DKP-Mitgliederzahl insgesamt stagniert zwar, aber Achtung: in Hamburg steigt sie) ,,*Die Friedensinitiativen der Nichtpaktgebundenen, die Abrüstungsdebatten der UNO, die internationale Friedensbewegung insgesamt schaffen ein Klima der öffentlichen Weltmeinung, das einen starken Druck auf die Reagan-Regierung ausübt*'' (wie wir es ja bei der Stationierung schon gesehen haben). ,,*Zugleich wächst selbst in den führenden Kreisen des USA-Kapitals immer mehr die Erkenntnis, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten (...) in der Lage sind, jede zusätzliche militärische Bedrohung (...) mit gleichwertigen (!) Gegenmaßnahmen zu beantworten.*'' Die Zielsetzung der militärischen Überlegenheit sei ,,*letztlich eine Fehlkalkulation. Aber auch die Wirtschaftskraft der USA wird dadurch in einem Ausmaß belastet, daß sich realistischer denkende Kreise in Washington zunehmend die Frage stellen, ob dabei am Ende nicht eine Schwächung statt einer Stärkung der Weltmachtposition der USA herauskommt*'' (Georg Polikeits Zusammfassung über das ,,Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Treffen'' der DKP, s.o.). Die kritische Haltung ,,in Teilen des großen Kapitals'' rühre daher, daß der Rüstungshaushalt ,,zwar Rüstungskonzernen und Banken'' gefalle, aber hoher Zins, Staatsdefizite und hoher Dollarkurs die Konkurrenzfähigkeit der US-Industrie verschlechtere. Diese ,,*negativen Folgen der Rüstungsexpansion für den Nicht-Rüstungsbereich der US-Wirtschaft überwiegen eindeutig die wirtschaftlichen Impulse, die vom Rüstungsboom ausgehen.*'' *(s. Anmerkung)*

Ausdruck davon sei der Widerstand im Kongreß (der ,,bekanntlich'' das Reagan-Rüstungsprogramm dort dauernd anhält...). Es wird zudem die zunehmende Armut in den USA angeführt und insofern werde sich dort ,,*immer klarer die Erkenntnis herausschälen : Ohne den Stopp dieser Hochrüstung gibt es keine Chance, der sozialen Krise zu entrinnen...*'' (Conrad Schuhler in UZ, 5.1.85).

So ergießt sich dann der Strom der Forderungen zu Genf aus aller bürgerlicher Munde in der UZ, am liebsten aber ist der UZ das so :

,,*In der Tat zeigen schon die ersten Stellungnahmen, daß jetzt auch ein Bonner Beitrag zu einem günstigen Verhandlungsklima gefordert wird. Der* **SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel** *tritt für einen sofortigen Stationierungsstopp... und ein Moratorium ... ein.*

Der **DGB** *hat schon ... einen sofortigen Verzicht ... und ... zu stoppen....*

,,*Eigene Beiträge ...*'', *verlangte auch der* **DKP-Vorsitzende**...'' (UZ, 11.1.85). Die Friedensbewegung verbindet diese Troika immer mehr, am 20.10.84 hatte nämlich nur noch der DGB-Chef gefehlt, hieß es doch in der UZ damals: ,,*Vom Auseinanderfallen der Friedensbewegung war vor dem 20. Oktober oft die Rede — auch das wurde widerlegt. Am Rhein standen der* **SPD-Vorsitzende Willy Brandt** *in seinem Wohnort Unkel und der* **DKP-Vorsitzende Herbert Mies** *auf der Kennedybrücke in Bonn in einer Menschenkette*'' (UZ, 23.10.84 — Fettdruck im Original).

Von der inhaltlichen Seite ist der Beitrag der UZ zu Genf sehr positiv für die Kultur in diesem Lande, wo es sonst wenig zu lachen gibt. Man wundert sich immer wieder, warum die UZ bei DKP-Mitgliedern so vollkommen unbeliebt ist, aber wer lacht schon gerne über seinen eigenen Laden. Jedenfalls bemüht sich z.B. die dvz/die Tat darum, derartige Pro-Genf-Plattheiten nur ab und zu in ihren Zeilen aufkommen zu lassen...



Das ganze hat aber auch eine praktische Seite: ,,*Welche Ergebnisse diese Verhandlungen bringen, wird nicht zuletzt an dem Druck liegen, den die Friedensbewegungen in der Bundesrepublik und der anderen Länder ausüben*'', (UZ, 12.1.85). Die DKP sieht in den Genfer Verhandlungen ,,*vor allem eine neue Aufgabe für die Friedensbewegung und einen neuen Anstoß zur Verstärkung ihrer Anstrengungen. (...) Eine Wende zum Besseren in der Weltpolitik ist (...) schwierig, aber nicht unmöglich. Sie ist erreichbar — wenn die Friedenskräfte weltweit in ihren Anstrenungen und mit ihrem politischen Druck nicht nachlassen*'' (UZ, 25.1.85). Ebenso wie täglich die neue Anstrengung, der Druck der Friedensbewegung angepriesen wird, ,,*gegen den keine Regierung längerfristig handeln kann*'' (wie Achim Maske für das KoFAZ am 7.12.84 formulierte), folgt die tägliche Warnung vor dem ,,Skeptizismus'': ,,*Würde diese Skepsis zum passiven Abwarten verleiten, verringerten sich in der Tat die Chancen für die neuen komplizierten Verhandlungen. Setzt die Skepsis aber positive Energie frei, alles für Fortschritte bei den Verhandlungen zu tun, dann ver-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

größern sich die Chancen'' (Wolfgang Breuer, UZ, 11.1.85). Offensichtlich bedarf die Partei dieser ,,Aufmunterung'', um stärker in Trapp zu kommen. Wenn die DKP dabei gleichzeitig für die ,,*Festigung des politischen Grundkonsenses... für das gemeinsame Handeln, nicht die Verengung, sondern die weitere Verbreiterung der Friedensbewegung*'' fordert (LLL-Treffen der DKP, s.o.), dann muß man genau hinsehen. Richtig müßte es heißen: Verengung der Friedensbewegung auf den Grundgedanken der Abrüstungsverhandlungen und des Moratoriums = Stopp = Freeze, stärker ran an die SPD, zumindest deren Programm.

Nachdem erst einmal die alte Parole: ,,Weg mit den neuen US-Raketen'' nach der Stationierung in ,,Stopp und Abbau'' umformuliert worden war, wird nun, seit der letzten Krefelder Initiative im vergangenen Herbst, darangegangen, das Ganze zu einem ,,Stufenplan'' umzubasteln und dasgleiche durch den Stufenplan erst Stopp und dann Abbau der Rüstungsausgaben ergänzt. Bisweilen wird dann der Stopp schon als 1.Schritt des Abbaus bezeichnet. Im Hamburger DKP-Papier vom letzten Herbst wird dieser Stufenplan folgendermaßen beschrieben :

,,*Die konkreteste durchsetzbare Forderung wird in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem Stopp des Stationierungsprozesses sein — als erster Schritt, um die Raketen wieder aus dem Land zu bekommen. In diesem Sinn konzentriert sich auch der Hiroshima-Aufruf der Krefelder Initiative vom 8./9. September 1984 ganz auf die Forderung nach einem Stopp, einem Einfrieren des Stationierungsprozesses und des Rüstungshaushaltes.*'' Der Stopp der Rüstungsausgaben sei die ,,*zweite zentrale Forderung*'', die ,,auch längerfristig in den Vordergrund gestellt werden'' müsse. Hier würden ,,*sich quasi die Anliegen von Arbeiter- und Friedensbewegung in unmittelbarer Konfrontation mit der Bundesregierung und ihrer Haushaltspolitik*'' bündeln. Von uns übersetzt: der Stationierung-

und ihrer Haushaltspolitik'' bündeln. Von uns übersetzt: der Stationierung-

sprozeß und die Rüstungsausgaben sollen auch nach dem zuletzt verabschiedeten SPD-Programm gestoppt werden. Sieht man von so kleinen ,,Schönheitsfehlern'' ab, daß die SPD den Rüstungshaushalt immerhin mit der Inflationsrate steigen lassen will, und daß sie dann in Genf für den Abbau der Raketen die SU zur Abrüstung auf den Stand von 1979 erpressen will (Waldspaziergangsmodell), wäre sie dann als voller Teil des Friedensbündnisses zu betrachten. In der Tat rechnet die neueste Hamburger DKP-Erklärung (s.o.) die SPD schon dazu. Aus dieser Warte heraus wird dann auf die Grünen eingeschlagen, die es doch wagen, eine Große Koalition einzukalkulieren; wo die SPD doch von der Friedensbewegung soweit ,,unter Druck'' gesetzt worden sei, ,,*daß die Sozialdemokratie in grundlegenden Fragen der Sicherheitspolitik ihre Position über Bord werfen mußte*''...und da wollen Grüne aus ,,wahltaktischen Gründen'' nicht mitspielen: ,,*Vor allem die fortgesetzten Ausgrenzungs- und Entlarvungsversuche von Teilen der Grünen gegenüber der SPD übersteigen das notwendige Maß an Wachsamkeit ... bei weitem!*'' (s.o.)

Einen Haken hat diese DKP-Strategie allerdings : Je mehr es ihr gelingt, als stärkste organisatorische Kraft in der Friedensbewegung diesen Kurs — Ran an die SPD, ran ans Freeze — durchzuboxen, umso größer wird die Gefahr, daß Linke und vor allem auch die Grünen da nicht mehr mitspielen wollen. Warum sollten sie eine völlige Pro-SPD-Richtung in der Friedensbewegung, die noch gegen sie agiert, wo ihre Auffassungen über die der SPD hinausgehen, noch mittragen ? Ein Restfriedensbündnis, in dem parteipolitisch neben Einzelpersonen sich SPD und DKP-orientierte Kräfte allein versammeln, ist für die SPD völlig unattraktiv. So war es beim KA-Streit, im Bonner Koordinationsausschuß, auch den linken Sozialdemokraten klar, daß sie allein mit der DKP von der Mutterpartei zurückgepfiffen worden wären.

HH

Anmerkung : Natürlich ist es richtig, daß auf die Dauer die Verschuldung und der Pump der USA nicht beliebig zu steigern ist, daß es sogar möglich ist, daß der jetzigen Phase eine Krise und Schwächung in den USA folgt. Andererseits ist es natürlich an den Haaren herbeigezogen, daß die ,,nicht-militärischen'' Teile des Kapitals derzeit in den USA im Regen stünden und Reagans Wirtschaftsprogramm ernsthaft umstritten wäre.
Tatsache ist auch, daß die profiliertesten Kritiker des derzeitigen Rüstungskurses, die sog. Viererbande (McNamara, Bundy, etc.), nicht die H ö h e des Etats kritisieren, sondern m e h r für konventionelle Waffen ausgeben wollen.

Haftbedingungen — Hungerstreik — Bewaffneter Kampf

Zwei Monate lang waren 36 Gefangene — größtenteils aus der RAF — im Hungerstreik. Beendet wurde er in der ersten Februarwoche, ohne daß Bundes- oder Länderregierungen auch nur ein Zugeständnis zur Verbesserung der Haftbedingungen gemacht hätten. Der Hungerstreik wurde begleitet von einer Serie kleinerer oder größerer, gelungener oder mißlungener Anschläge. In Paris wurde General René Audran (Direktor für internationale Angelegenheiten im französischen Verteidigungs-Ministerium) durch die Action directe, in München Ernst Zimmermann (Vorsitzender der Geschäftsführung von MTU) durch ein Kommando der RAF erschossen. Ein Zusammenhang zwischen Hungerstreik und Anschlägen ist nicht zu leugnen, wird er doch sowohl in der Hungerstreik-Erklärung der Gefangenen als auch in diversen Kommando-Mitteilungen zu den Aktionen ausdrücklich betont. Waren die Gefangenen also insofern erfolgreich, als eine antiimperialistische Mobilisierung (in ihrem Sinn) stattgefunden hat? Wie wäre — vorausgesetzt sie sehen es so — dieser ,,Erfolg'' einzuschätzen?



Offensive, wo der Feind am stärksten ist? Nie gehört!

Laut Hungerstreik-Erklärung der Gefangenen aus der RAF gibt es ,,*die sich vereinheitlichende Kraft der internationalen Kämpfe für die Befreiung, auch in Europa*''. Wie groß die Gemeinsamkeiten der Befreiungsbewegungen untereinander weltweit heute sind, mag dahingestellt sein. Bei der ,,sich vereinheitlichenden Kraft der Kämpfe in (West-?)Europa'' handelt es sich dagegen klar um ein Phantasie-Produkt. Weiter heißt es:

Dagegen ,,*türmen die Imperialisten Kriegs- und Repressionsmittel aufeinander... Denn nach der Niederlage des US-Systems in Vietnam und seiner Rekonstruktionsphase, in der sie die NATO zum strategischen Militärbündnis für die US-Politik nach innen und außen faschistisch ausrichten, weil sie bei jeder Intervention dabei sein soll, ist es für sie zu einer existentiellen Frage geworden, die westeuropäischen Metropolen im Griff zu haben und zu halten; gegen den anhaltenden Druck der Befreiungskriege und seine Rückwirkung in die imperialistischen Zentren, gegen die jungen Nationalstaaten und die sozialistischen Länder im Osten und gegen die Entstehung von Front im Zentrum selbst, die sich durch mehr als zehn Jahre bewaffneter Politik in Westeuropa in ihren strategischen Angriffen als antiimperialistische Front konkretisiert und in der sich die verschiedenen revolutionären Kämpfe hier zum Antagonismus und offensiver Funktion für die globale Front entwickelt haben.*''

Das sind Sätze, mit denen man der ,,Staatsschutzpresse'' willkommene Gelegenheit zum Hohn bietet. Was aber tatsächlich schlimm ist: Sie sind nicht durchdacht. Daß die westeuropäischen Metropolen für die USA von großer Bedeutung sind, ist ebenso richtig wie es falsch ist, zu glauben, es seien heute besondere Anstrengungen der USA vonnöten, um sie ,,im Griff zu halten''. Daß es einen ,,Druck der Befreiungskriege'' gibt, ist ebenso richtig wie es falsch ist, daraus auf eine ,,Rückwirkung'' in den imperialistischen Zentren selbst zu schliessen (im Sinne gesellschaftlicher Veränderung — und so ist es ja gemeint, wenn hier nicht nur Trivialitäten aneinandergereiht werden sollen).

Daß es junge Nationalstaaten in der Dritten Welt und sozialistische Länder im Osten (wenn schon, dann auch im Westen: Kuba) gibt, ist ebenso richtig wie es falsch, nein grotesk ist, eine fiktive antiimperialistische Front im Zentrum, welche sich seit über zehn Jahren in papiernen Erklärungen konkretisiert, im gleichen Atemzug zu nennen, um ihr suggestiv gleichrangige Bedeutung zu verleihen. Daß es allerdings Kämpfe in den Zentren gibt, ist schließlich ebenso richtig wie es falsch ist, daß diese ihrem Wesen nach revolutionär, antagonistisch (zum herrschenden System) oder offensiv seien. Schon diese letzte Steigerung, die beim geringsten analytischen Anspruch umgekehrt verlaufen müßte, ergibt so wenig Sinn wie die rätselhafte Sprachschöpfung ,,Entstehen **von** Front''. So gesehen müßte der KB an seinem bescheidenen ,,Frontabschnitt'' hocherfreut auf 15 Jahre ,,Entstehen von Kommunismus'' zurückblicken...

Aus der Sicht der Verfasser der Hungerstreik-Erklärung folgt aus der globalen Einschätzung für ihre eigene Situation: ,,*Die Kriegsgefangenen in Westeuropa sind sich nah, ihre Kämpfe sind Antagonismus und Offensive gegen das System des Kapitals und die Konterrevolution der NATO. Sie zerreissen den totalitären Anspruch des imperialistischen Projekts auf dem Terrain, wo er die größte Macht besitzt. Wenn es das Projekt der NATO-Staaten ist, die Entwicklung der Front an diesem Abschnitt — den Gefangenen — auszulöschen, so ist es unsere Sache, sie genau hier mit Strategie und Moral der Front, die wir wollen, zu konfrontieren.*''

Nichts Geringschätziges soll und wird von uns über die subjektive Kraft, über Mut, Ausdauer und Standhaftigkeit der Gefangenen gesagt werden — im Gegenteil! Objektiv gesehen ist jedoch der Anspruch, den Feind dort, ,,wo er die größte Macht besitzt'' — und wo man selbst also am schwächsten ist! — **,,offensiv''** bekämpfen zu wollen, ein Unding und nicht nur das: es ist die exakte Umkehrung aller Erfahrungen und Lehren des Guerilla-Kampfes von Mao bis Ho Tschi Minh, Sandino bis Che Guevara und Arafat und... Objektiv gesehen zeigt es — nur allzu deutlich — die Kraft der Kraft, von der die Rede ist.

Da sich die RAF als Teil eines Befreiungskrieges versteht, und sich die Gefangenen daher als Kriegsgefangene definieren, fordern sie ,,*Haftbedingungen, wie sie in den Genfer Konventionen als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung für Kriegsgefangene festgehalten sind*''. Das heißt:

- Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen,
- Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation, der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle,
- Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information.

Im Konkreten sind dies berechtigte Forderungen; sie sollten von allen Linken unterstützt werden. Und man sollte auch nicht müde werden, den Staat damit zu konfrontieren, daß dies **machbare** Forderungen sind, realpolitische Reformen, die von einem Tag auf den anderen verwirklicht werden könnten. Sie sind keineswegs ,,antagonistisch'', setzen nicht die sozialistische Revolution, wohl aber entwickelte bürgerliche Demokratie voraus.

Was schließlich eine Anerkennung der RAF als Guerilla angeht, so könnte sie in einem revolutionären Selbstverständnis wenn überhaupt nur durch die Volksmassen geschehen. Daß diese Forderung per Genfer Konvention an den Staat gerichtet wird, um über diesen Umweg Akzeptanz in der Solidaritätsbewegung zu erreichen, ist nicht nur widersinnig, sondern auch kontraproduktiv für die Verbesserung der Haftbedingungen.

Nach Auffassung der Hungerstreik-Erklärung integriert sich der Kampf der Gefangenen ,,*in die Aufgabe, die sich der ganzen revolutionären Linken hier stellt: Entweder sie kämpft sich in der Praxis des Widerstands zum authentischen revolutionären Prozeß in Westeuropa vor, indem sie Subjekt des Kampfes um Befreiung ist, oder sie kann nur als marginale Opposition die Verbrechen des Imperialismus und den Weg in den durchstrukturierten faschistischen Staatsschutzstaat kommentieren.*''

Man muß diesen Satz umstellen: Daß die revolutionäre Linke ein Subjekt des Kampfes um Befreiung sein **will**, und daß sie dabei besonders entschieden und besonders scharfsinnig sein möchte, ist banal. Wenn das Subjekt des Kampfes um Befreiung aber von ihr alleine gebildet wird und nicht mehr umfaßt, dann **kann** sie nur als marginale Opposition kommentieren. So sehr sie sich anderes wünschen würde. So stimmt es authentisch!

Schließlich wollten die Gefangenen mit ihrer Aktion dazu beitragen, daß die Linke aus der Defensive herauskommt. ,,*Auch in unserer Lage ist das aus der gesamten Situation die gleiche Entscheidung, vor der alle Teile der revolutionären Linken stehen: aus einem festgefahrenen Kräfteverhältnis die Defensive zu durchbrechen — die Suche, die Anläufe, den Willen in Kampf zu verwandeln und neue politische Durchbrüche zu schaffen.*''

Auch hier wieder eine verschwommene Sprache, die viel mit Suggestion, aber wenig mit Tatsachen zu tun hat. Subjektive Entscheidungen und Anstrengungen Einzelner können eventuell neue Hoffnungen bringen, neue Ideen u.ä.m. Das Kräfteverhältnis ändern, die Defensive beenden, den Durchbruch bringen können sie nicht. (Da sind andere Quantitäten erforderlich, um in Qualität umzuschlagen). Dies wäre allenfalls in einer instabilen, nicht festgefahrenen Situation möglich. ,,*Wir wollen (ein) Zusammenkommen mit allen, die den Bruch mit diesem System gemacht haben, die gegen Knast, Staat, Imperialismus und Staatsdenken von den revolutionären Kämpfen, Initiativen und Erfahrungen ausgehen, die Konsequenz daraus wollen im gemeinsamen Angriff jetzt.*''

Sorry, aber das ist bestenfalls als Revolutions-Romantik verständlich. Wir wollen kämpfen mit denen, die kämpfen wollen. Es reduziert sich objektiv auf: Hungerstreik ist Konjunktur für Anschläge. Kaum zu glauben, daß der Imperialismus deshalb in Verlegenheit gerät.

,,Von draußen'' gibt es nun ein Bekennerschreiben zur Erschiessung eines Münchner Rüstungs-Managers mit Namen Zimmermann, in welchem die politischen Fehler ins Absurde verlängert werden: ,,*Wir haben mit dem Kommando Patsy OHara den Präsidenten des BDLI (Bundesverband der Deutschen Luft-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie) und MTU-Chef Ernst Zimmermann erschossen. Im Angriff gegen die Säulen der imperialistischen Macht in der BRD/Westeuropa greifen wir in die sich verschärfende Krise ein und bestimmen ihren Verlauf und ihre Lösung für die Offensive des Befreiungskrieges. Das Terrain, auf dem sich das europäische Proletariat rekonstruieren wird zur Klasse, die die vollständige Umwälzung der Produktionsverhältnisse erkämpft, ist der Kampf für die Einheit der revolutionären Front, die Organisierung des Klassenkrieges in Westeuropa. Die westeuropäische Guerilla erschüttert das imperialistische Zentrum. Rote Armee Fraktion, 1.2.1985.*''

Zunächst ist festzuhalten, wie schlecht informiert man als Kommunist(in) heute anscheinend ist. Welches eine Säule imperialistischer Macht in der BRD ist, muß unsereinem(r) erst erklärt werden, nachdem die Guerilla aktiv war. Kann aber sein, daß die Säulen des Imperialismus ausgesprochen gut getarnt sind... Jedenfalls: Glücklicher Befreiungskrieg, der du nun beruhigt in die Offensive gehen kannst, denn der Ausgang des Unternehmens, die ,,Lösung der Krise'' ist dir vorbestimmt. Im Unterschied zu früher kann nichts mehr schiefgehen. Und glückliches (west-?)europäisches Proletariat, das du dich nun endlich zur Klasse rekonstruierst, ohne einen Finger dafür krümmen zu müssen, denn das erledigen gottlob Rote Armee Fraktion, Action directe und Cellules Communistes Combattantes für dich. So schön möchte man es auch mal haben als Revolutionär. —

Communistes Combattantes für dich. So schön möchte man es auch mal haben als Revolutionär. —

Für die Linke stellte sich wieder einmal die Frage nach der richtigen Unterstützung des Hungerstreiks. Nimmt man die Hungerstreik-Erklärung ernst — und das nicht zu tun, hieße, den Gefangenen ihre Identität abzusprechen — so wünschten die Gefangenen ausdrücklich keine Solidarisierung auf demokratischer oder humanitärer Ebene. ,,*Es geht also nicht um Aufklärung über die Tatsache der Folter, es geht also um revolutionäre Gegenmacht und Aktion.*''

Es ist das gute Recht der RAF-Gefangenen, zu sagen, was sie wollen. Da wir jedoch die Einschätzung der RAF über die Weltlage und zweitens über den bewaffneten Kampf in Westeuropa als wichtigstes revolutionäres Ereignis seit Jahr und Tag nicht teilen und darüberhinaus die Propagierung eines Guerilla-Kampfes hierzulande als aktuelles Mittel, aus der Defensive zu kommen, für einen schwerwiegenden politischen Fehler halten, können wir an einer Kampagne, die uns die Unterschrift unter die RAF-Strategie abverlangt, nicht teilnehmen, obwohl wir die Verbesserung der Haftbedingungen uneingeschränkt unterstützen.

Der AK hat sich während des Hungerstreiks darauf beschränkt, die Ereignisse zu dokumentieren und erneut über die Haftbedingungen zu berichten. Sicherlich mit ähnlichen Überlegungen haben Teile der Linken und fortschrittliche Menschen oder Organisationen das Thema Haftbedingungen wieder zu dem ihren gemacht. Sie haben zum Teil die Forderungen der Gefangenen übernommen, zum Teil eigene Forderungen zur Verbesserung der Haftsituation erhoben.

Festzustellen ist jedoch, daß demokratischer Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen von Hungerstreik zu Hungerstreik eher abnimmt. In den Zeiten zwischen den Aktionen der Gefangenen gibt es kaum mehr Anteilnahme an ihrer Situation. So ergänzen sich in fataler Weise weitgehende Untätigkeit der Linken in bezug auf die Situation im Knast und politische Einäugigkeit und Borniertheit der RAF-Gefangenen.

Fragt sich bloß, wer der lachende Dritte ist.

B., Westberlin und de.



Anschläge: Eine Bilanz

Teil 2

Nach den tödlichen Anschlag auf den Rüstungsmanager Ernst Zimmermann am 31.1. erklärte die RAF in einem Bekennerschreiben: ,,*Die westeuropäische Guerilla erschüttert das imperialistische System.*'' Sie begründete den sofort nach dem Attentat erfolgten Abbruch des Hungerstreiks in einem zweiten Schreiben mit der Feststellung: ,,*Was er an Mobilisierung erreichen konnte, hat er erreicht ... Der Sprung zur Einheit der westeuropäischen Guerilla und die Realisierung einer neuen Qualität von Angriffsstrukturen der Front in der BRD ist jetzt möglich. Auf dieses politische und praktische Ziel muß die ganze Anstrengung jetzt gerichtet werden.*''

Der folgende Artikel soll — in Anknüpfung an den Artikel ,,Anschläge, ‚Angriffe', Sabotage — Versuch einer Zählung'' aus AK 254 — die Bilanzierung der Fakten fortsetzen, an denen solche Selbsteinschätzungen von Seiten der RAF gemessen werden muß.

25 Anschläge verschiedenster Art, bzw. Versuche dazu wurden in den ersten sechs Wochen des Hungerstreiks bekannt (siehe dazu AK 254, S. 4). In den drei Wochen bis zum Schluß des Hungerstreiks am Wochenende des 2./3. Februar 85 waren es noch einmal viele.

Das ist eine Steigerung der Anschlagshäufigkeit mit zunehmender Dauer des Hungerstreiks gegen 50 %. Auch die Intensität der Anschläge, gemessen an Ziel, Methode, Gelingen oder Mißlingen in der technischen Durchführung ist gewachsen. Zweifellos ist die Erschießung zweier für die deutsch-französische Rüstungskooperation verantwortlicher Männer, des franz. Generals René Audran durch die ,,action directe'' in Paris und die des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Motoren- und Turbinen-Union (MTU) und Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI), Ernst Zimmermann in München der bisherige Höhepunkt der gegenwärtigen Anschlagsserie.

Darüberhinaus aber sind auch gerade die vielen kleineren und Kleinstanschläge bemerkenswert, die auf breitere und keineswegs mit der RAF identische militante Aktivistenkreise rund um oder auch neben der RAF schließen lassen. Gehen wir ins Detail:

Der letzte in AK 254 erwähnte Anschlag war der gegen die Stromversorgung an der Startbahn-West am 10.1.85. Es folgte eine Woche relativer Ruhe, jedenfalls ohne öffentlich bekanntgewordene Anschläge. Dann allerdings geht's wieder Schlag auf Schlag:

— **15.1.85:** Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der US-Armee beim Hauptquartier der NATO in Brüssel, in dem Büros der logistischen Abteilung des **NATO-Oberkommandos SHAPE** untergebracht sind, sowie ein Gesellschaftshaus zur Betreuung der dort stationierten Soldaten der US-Armee. Das Gebäude wurde schwer beschädigt, zwei Militärpolizisten leicht verletzt. Der Anschlag wurde, ähnlich wie in Oberammergau versucht, mit einem sprengstoffbeladenen PKW durchgeführt, der vor das Gebäude gefahren, dort geparkt und dann nachts gegen 3.30 Uhr gezündet wurde.

In einem Bekennerbrief an die Tageszeitung ‚Le soir' bekannte sich die Gruppe ,,Zellen kommunistischer Kämpfer'' (CCC) zu dem Attentat. Der Anschlag sei als Unterstützung für den Hungerstreik verübt worden. In dem Brief wird an den Tod von Ulrike Meinhof und Andreas Baader erinnert. Weitere Anschläge auf Einrichtungen des US-Militärs und ,,seiner Komplicen'' werden angekündigt. Gleichzeitig heißt es auch: ,,*Die heutige Aktion, die bisher offensivste ihrer Art, schließt die erste Phase unserer antiimperialistischen Kampagne ab.*''

Diese Feststellung nimmt Bezug auf die Tatsache, daß die ,,CCC'' seit Oktober eine in ihrem Sinne außerordentlich erfolgreiche Aktivität entwickelt haben: Binnen weniger Tage sprengten
tober eine in ihrem Sinne außerordentlich erfolgreiche Aktivität entwickelt haben: Binnen weniger Tage sprengten
sie im Oktober die Gebäude von Rüstungsfirmen wie Litton, MAN, Honeywell. Begründung: ,,Wichtige Waffenlieferanten''.

Im Dezember jagten sie an sechs verschiedenen Stellen die Pumpstationen von — unterirdisch verlegten — Pipelines in die Luft. Dazu bemerkt der ,,Spiegel'' geradezu bewundernd: ,,*Die Aktion war ein Meisterstück an Planung und bewies zudem, daß die Terrorkommandos sich Zugang zu Informationen der NATO beschaffen konnten.*'' (siehe dazu AK 254)

Insgesamt 13 Anschläge dieses Kalibers kennzeichnen die ,,erste Phase'' der ,,CCC''-Aktivitäten. Bleibt abzuwarten, wie die nächste Phase aussehen soll. (FR, 16.1.85; Welt, 16.1.85; taz, 16.1.85; Spiegel Nr. 6, 4.2.85)

— **15.1.85:** Zwei **Züge in West-Berlin** gestoppt. Im D-303 von West-Berlin nach München auf dem Bahnhof Charlottenburg zog jemand die Notbremse. Sechs Personen sprangen aus dem Zug und besprühten mehrere Waggons mit Parolen. Aufenthalt des Zuges: 45 Minuten.

Zehn Stunden später wurde der D-342 von Westberlin nach Hannover zwischen den Stadtbahnhöfen Grunewald und Wannsee durch fünf auf den Gleisen übereinandergestapelte brennende Reifen gestoppt. Hinter der Brandstelle befand sich ein Transparent zur Solidarität mit dem Hungerstreik. Der Zug mußte bremsen, Aufenthalt: ca. 30 Minuten. (Welt, 16.1.85)

— **18.1.85:** versuchter Sprengstoffanschlag auf das **niedersächsische Innenministerium/Hannover** wird nach Eingang eines Bekennerbriefes entdeckt. Der Sprengsatz war in einem Feuerlöscher in einer Mauerecke unterhalb des Büros von Innenminister Egbert Möcklinghof deponiert worden. In dem Bekennerschreiben hieß es, das Ministerium sei ,,am 31. Tag des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF'' — d.h. also bereits Anfang Januar — ,,angegriffen'' worden.

Offenbar hatte aber die Zündung nicht funktioniert (Welt, 19.1.85; FR, 19.1.85).

— **19./20.1.85:** Brandanschlag auf das Gebäude einer **Datenverarbeitungsfirma in Karlsruhe.** Es wurden Molotow-Cocktails in einen Büroraum der Firma geworfen, die sich dort entzündeten. Mehrere Computer wurden stark beschädigt. Sachschaden: ca. 400.000 DM. Kein Bekennerbrief (taz, 21.1.85).

— **20.1.85:** versuchter Sprengstoffanschlag im Industriegebiet von Stuttgart/Vaihingen. Die Bombe explodiert vorzeitig und trifft anscheinend diejenigen, die sie transportierten. Johannes Thimme wird getötet; Claudia Wannersdörfer wird schwerverletzt festgenommen und ins Haftkrankenhaus Hohenasperg gebracht. Über ihren Zustand wurde Nachrichtensperre verhängt. Unterschiedlichen Presseinformationen zufolge sollte der Anschlag dem Rechenzentrum einer Baufirma gelten (Startbahn West) oder aber der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft-und Raumfahrt (DFVLR). Diese soll jedoch laut ,,Spiegel'' aus dem Gebäude, in dessen Nähe die Explosion stattfand, ausgezogen sein. Manche(r) mag bei diesem schrecklichen Tod Parallelen ziehen zu anderen Attentätern, die ebenfalls umkamen. Dabei sollte bedacht werden, daß Industriegebiete an einem Sonntag Abend i.a. menschenleer sind. Nichts deutet bisher darauf hin, daß mit diesem Anschlag Menschenleben gefährdet werden sollten.

— **21.2.85:** Sprengstoffanschlag auf eine **IBM-Zweigstelle in West-Berlin,** Stadtteil Charlottenberg. Der in einem Feuerlöscher untergebrachte Sprengsatz explodierte an der Rückfront eines der Zweigstelle benachbarten Versicherungsgebäudes. Sachschaden: ca. 12.000 DM. Kein Bekennerbrief (Bild, 22.1.85; taz, 22.1.85; FR, 22.1.85)
rungsgebäudes. Sachschaden: ca. 12.000 DM. Kein Bekennerbrief (Bild, 22.1.85; taz, 22.1.85; FR, 22.1.85)

— **22.1.85:** Anschläge auf vier **Westberliner Banken.** Bei der Sparkasse in Marienfelde wurden die Fenster eingeschlagen und ein Brandsatz deponiert. Die Feuerwehr mußte löschen. Bei zwei Banken in Grunewald und einer in Tempelhof wurden lediglich die Fenster eingeschlagen. Keine Bekennerschreiben (taz, 23.1.85)

— **23.1.85: Bombenalarm in Hamburg.** Auf St. Pauli wird ein Mann von Zivilfahndern festgenommen, der eine Bombe in einer Aktentasche mit sich herumträgt. Später wird auf seinem Dachboden noch eine zweite gleichartige Bombe gefunden. Die Polizei vermutete Zusammenhänge zwischen dem Festgenommenen und der RAF (Bild, 24.1.85; taz, 24.1.85)

— **25.1.85:** Sprengstoffanschlag auf das **Stromversorgungsnetz des AKW-Krümmel** in Geesthacht/Hamburg. Genau an der Stelle, an der der Strom aus dem AKW-Krümmel in das Hamburger und in das schleswig-holsteinische Netz eingespeist wird, explodierte gegen vier Uhr nachts ein Sprengsatz. Er riß einen der riesigen Hochspannungsmasten nur wenige hundert Meter hinter dem AKW um. Durch das Zuggewicht der tonnenschweren Leitungen knickte ein weiterer Mast um, der auch noch einen dritten erheblich beschädigte. Die Medien überschlugen sich in der Schilderung des ,,perfekt ausgeführten'' Sabotageaktes. Bilanz: ein 380.000 Volt-Mast der HEW, ein 110.000 Volt-Mast der,,Hamburgischen Elektrizitätswerke'' (HEW), ein 110.000 Volt-Mast der ,,Nordwestdeutschen Kraftwerksunion'' (NWK) und ein 10.000 Volt-Mast der Schleswag waren lahmgelegt. Über eine Schnellabschaltung wurde das AKW automatisch stillgelegt, weil über einen der Masten auch die Eigenversorgung führte. Die Versorgung des Stomnetzes mußte kurzfristig von anderen Kraftwerken übernommen werden. Der Sachschaden wurde von der Polizei mit ,,Millionenhöhe'' angegeben. Am 4.2. nahm das AKW über eine Notschaltung die Arbeit wieder auf. Die Reparaturen insgesamt werden 3 bis 4 Wochen dauern.

Die Verantwortung für den Anschlag übernahm in einem Bekennerschreiben an die ,,Elbe-Jeetzel-Zeitung'' eine ,,Gruppe hau weg den Scheiß''. Die Aktion sei die Antwort ,,auf die Bedrohung durch diesen Atomstaat.'' Außerdem unterstützte die Gruppe ,,konsequenterweise auch die Forderungen der im Hungerstreik befindlichen inhaftierten politischen Gefangenen.''

Diese Formulierung weist darauf hin, daß es sich bei der Gruppe ,,Hau weg den Scheiß'' nicht um eine Gruppe des ,,antiimperialistischen Widerstands'', sondern um eine andere, nämlich die AKW-Szene, handelt, die ihre Planung unabhängig von der Hungerstreik-Strategie der RAF verfolgt haben. Dafür spricht auch die lange Anlaufzeit bis zu diesem gelungenen Anschlag, dem schon mehrere Ansätze vorangegangen waren, u.a. im vergangenen Jahr, wo es bereits einen Anschlag auf eine Leitung gegeben hatte, die Strom in den Lüneburger Raum transportiert. Damals war nur ein Teil des Mastes getroffen worden, so daß eine Abschaltung nicht nötig war. Der neueste Anschlag war offensichtlich das Ergebnis aus solchen Erfahrungen (NDR am Nachmittag, 25.1.85; taz, 26.1.85; FR, 26.1.85; FR, 28.1.85; taz, 31.1.85, taz, 4.2.85).

— **26.1.85:** Schußwaffenattentat auf den französischen **General René Audran.**

In einem Pariser Vorort wird der General, Direktor der Abteilung für internationale Angelegenheiten (DAI) im franz. Verteidigungsministerium, an der Einfahrt zu seiner Garage von sechs (oder acht?) Pistolenschüssen tödlich getroffen. Schon zwanzig Minuten nach dem Vorfall übernimmt ein ,,Kommando Elysabeth von Dyck, Mitglied der Roten Armee Fraktion, hingerichtet in Nürnberg 1978'' im Namen der ,,action directe'' die Verantwortung für die ,,Hinrichtung''.

Im franz. Verteidigungsministerium kommt der 1961 gebildeten Abteilung, die Audran seit 1963 leitete, eine Schlüsselfunktion zu. Audran war insbesondere für die Koordinierung der franz. Waffenexporte und der internationalen Gemeinschaftsprojekte in der Rüstungsproduktion, insbesondere auch die deutsch-französische Kooperation zuständig. (Einer seiner engeren Geschäftspartner war u.a der am 1.2. in Stuttgart erschossene MTU- und BDLI-Manager Ernst Zimmermann).

Schon zwei Wochen vor dem Attentat auf Audran hatten ,,action directe'' und ,,RAF'' in einer gemeinsam deutsch-französisch abgefaßten Erklärung die Bildung einer ,,politisch-militärischen Front in Westeuropa'' und Anschläge gegen NATO-Einrichtungen angekündigt.

Wie auch die ,,CCC'' in Belgien, so war die ,,action directe'', deren führende Mitglieder 1981 per Amnestie haftentlassen wurden, schon vor diesem neuesten Anschlag in letzter Zeit mit einer Serie von Bombenanschlägen auf französische Rüstungsunternehmen und Einrichtungen, die sich mit ,,Verteidigungspolitik'' befassen, in Erscheinung getreten. Ein großangelegter Sprengstoffanschlag auf den Sitz der Westeuropäischen Union (WEU) im August 1984 ging nur knapp daneben. Der Sprengstoff dazu stammte nach Angaben der Polizei aus Beständen der belgischen ,,CCC'', den diese bei einem Überfall auf einen Steinbruch bei Brüssel an Land gezogen hatten — ebenso übrigens wie der Sprengstoff des versuchten Anschlags auf die NATO-Schule in Oberammergau vom 18.12.84. Die französische Polizei wertete den Anschlag auf Audran als Beweis für die Kooperation von westdeutschen und französischen bewaffneten Gruppen und als Beginn einer gegen militärische Einrichtungen der EG und NATO gerichteten internationalen Terrorwelle und forderte die BRD-Polizei zu verstärkter gemeinsamer Fahndung auf (taz, 28.1.85; FR, 28.1.85; taz, 31.1.85; taz, 1.2.85; FR, 29.1.85).

— **28.1.85:** Bombenanschlag auf drei **Kriegsschiffe der NATO im Hafen von Lissabon.** Kurz nach 3.00 nachts kam es in der Nähe von dreien der sechs Schiffe dieses Verbandes, zu der als Flaggschiff auch der Zerstörer ,,Hamburg'' gehört, zu Einschlägen ins Wasser. Die Polizei vermutete, daß es sich um Mörsergranaten handelte, die vom Hafenrand her auf die Schiffe abgeschossen wurden. Ein Bekennerschreiben gibt es bisher nicht. Allerdings hatte sich zu vergleichbaren Anschlägen zuvor die Gruppe ,,Volkskräfte des 25. April'' (FP-25) bekannt. So am 25. Nov. 1984, als die amerikanische Botschaft in Lissabon mit vier 60-Millimeter-Granaten beschossen wurde. Drei Fahrzeuge wurden dabei beschädigt. So als ein NATO-Stützpunkt bei Oeiras mit Mörsern beschossen wurde — wobei ein Auto beschädigt wurde.

Die ,,Gruppe Volkskräfte des 25. April'' erklärte ihr Vorgehen als Protest gegen die portugiesischen Bündnisverträge mit den USA, gegen die Mitgliedschaft Portugals in der NATO und die Kreditverträge Lissabons mit dem internationalen Währungsfonds.

Polizeisprecher zogen Verbindungen zur RAF. Mehr als einen zeitgleichen Zusammenhang dürfte es allerdings — bei aller ,,Internationalisierung'' der ,,westeuropäischen Guerilla'' — in diesem Fall (noch) nicht geben, auch wenn das Objekt der Anschläge, NATO und EG, die gleichen sind (FAZ, 29.1.85; FR, 29.1.85; Bild 29.1.85)

— **28.1.85:** Blockade des Autotunnels unter der **Startbahn-West** durch ca. 120 Demonstranten für rund eine Stunde. Sie hatten sämtliche Notruf- und Feuermeldeanlagen im Tunnel zerstört und sämtliche Signale auf Rot geschaltet. Mehrere Polizeifahrzeuge wurden demoliert.

29.1.85: Brandanschlag auf das **Amtsgericht Pinneberg.** Das Feuer konnte allerdings ohne allzugroßen Schaden verursacht zu haben, bald gelöscht werden. Keine Erklärung. (taz, 30.1.85)

— **29.1.85:** Brandanschlag auf das **Bundeswehrdepot in Glinde/Schleswig/Holstein.** Zwei Mannschaftswagen und das Gebäude wurden beschädigt, Schaden: ca. 20.000 DM. In einem Bekennerbrief heißt es:,,*mit dem hungerstreik der revolutionären gefangenen in der brd und frankreich hat ein neuer abschnitt in unserem kampf um befreiung begonnen. es geht jetzt darum, die front aus guerilla und widerstand in ganz westeuropa zu festigen, materiell werden zu lassen, das heißt für uns: uns subjektiv und objektiv aus den festgefahrenen strukturen, dem lähmenden, sinnlosen alltag zu lösen, um die konfrontation, den kampf ums ganze, aufzunehmen ...wir haben uns auf den weg gemacht.*''(taz, 30.1.85/BILD, 29.1.85)

— **30.1.85: Drohbriefe** an drei in Hannover erscheinende Zeitungen, in denen ein ,,Kommando Knut Folkerts'' Attentate auf Ministerpräsident Albrecht und Innenminister Egbert Möcklinghoff androht. Ein Sprecher des Innenministerium erklärt, man nehme die Drohungen ,,im Rahmen
Möcklinghoff androht. Ein Sprecher des Innenministerium erklärt, man nehme die Drohungen ,,im Rahmen
des Möglichen ernst.'' Immerhin war ja knapp zwei Wochen zuvor eine Bombe vor dem Gebäude des Innenministeriums in Hannover gefunden worden. (taz, 30.1.85)

— **30.1.85:** Farbanschlag auf **Kreisgeschäftsstelle der CDU** in Bochum. Sechs Demonstranten drangen in das Büro ein und verwüsteten nach Angaben der Polizei die Räume u.a. durch Werfen von Farbbeuteln. Der Kreisgeschäftsführer der CDU Bochum fand, es sei ‚erheblicher Schaden' entstanden. Die Aktion richtete sich nach Angaben eines anonym gebliebenen Anrufers, der sich im Bonner Büro von dpa meldete, gegen die Mittelamerika-Politik der Bundesregierung. (FR, 30.1.85/ taz, 30.1.85)

— **31.1.85: Brennende Barrikaden in der Hafenstraße** in Hamburg. Von einem Baugerüst an einem der ehemals besetzten Häuser wurde, während die Polizei mit Löscharbeiten beschäftigt war, eine Erklärung zum Hungerstreik verlesen. (taz, 1.2.85)

— **31.1.85: Drohbrief** gegen ,,namhafte Persönlichkeiten''an die Adresse der FR. Darin heißt es:

,,*Folgende Angeklagte werden zum Tode verurteilt: Helmut Schmidt, F.J.Strauß, Kurt Rebmann, Horst Herold, Schüler, Maihofer, Vogel, K. Bölling, Helmut Kohl und Knospe.*'' Die Urteile würden ,,*Zug um Zug in revolutionäre Praxis umgesetzt.*''Außerdem kündigen die Verfasser des Schreibens an, ,,*das jeweils zuständige Ministerschwein umzulegen, sollte es zum erneuten Tod eines Gefangenen kommen.*''Unterzeichnet ist das

---

Ein Beispiel für viele:
Einer von vielen Bekennerbriefen der letzten Zeit

In der Nacht vom 27.1.85 zum 28.1.85 vernichteten wir durch einen Brandanschlag eine Reihe von Unimogs, die auf dem Bundeswehrgelände des Gerätedepots in Glinde abgestellt waren. Diese LKWs waren bestimmt zum Abtransport in die Türkei, zum Einsatz gegen den Kampf der dort unterdrückten und ausgebeuteten Menschen (konkret sollen sie nach Kurdistan) durch das dortige NATO-Regime. NATO-Regime deshalb, weil es dort wie hier die gleichen sind, die herrschen und bestimmen wollen; die NATO als das wesentliche Instrument, das zentral — über scheinbar nationale Grenzen hinaus — in jedem Land die jeweils notwendigen Bedingungen für die Entwicklung des internationalen Kapitals schaffen soll.

Wir unterstützen den Befreiungskampf der in der Türkei lebenden Völker. Solidarität mit dem Hungerstreik der kurdischen Gefangenen. In dem Wissen um die Einheit der Kämpfe gegen den imperialistischen Koloß freuen wir uns sehr über den materiellen Schaden, den wir der NATO zugefügt haben. Und so, wie wir den türkischen und kurdischen Genossinnen und Genossen in dieser Aktion näher gerückt sind, wollen wir allen kämpfenden Menschen näherkommen.

Mit dem Hungerstreik der revolutionären Gefangenen in der BRD und Frankreich hat ein neuer Abschnitt in unserem Kampf um Befreiung begonnen. Es geht jetzt darum, die Front aus Guerilla und Widerstand in ganz Westeuropa zu festigen, materiell werden zu lassen. Das heißt für uns: uns subjektiv und objektiv aus den festgefahrenen Strukturen, dem lähmenden, sinnlosen Alltag zu lösen, um die Konfrontation, den Kampf ums Ganze, aufzunehmen.

Die Genossen aus den Guerillaorganisationen in Frankreich und der BRD, action directe und Rote Armee Fraktion, haben für sich einen notwendigen Schritt zur internationalen Einheit der revolutionären Kräfte in Westeuropa unternommen, den Prozeß des Zusammenschlusses ihrer beiden Organisationen einzuleiten.

Wir grüßen unsere gefangenen Genossen in Frankreich und der BRD mit großer Liebe. Ihr Kampf, ihre Entschlossenheit und der Kampf draußen von Guerilla und Widerstand — das wird die Front sein, die den Sieg über dieses abgewirtschaftete System, das uns nichts mehr bieten kann, denkbar macht, wir wollen ein Teil davon sein, denn nur im Kampf können wir lebendig sein, uns gegenseitig Kraft geben, ernst nehmen, kritisieren. Wir haben uns auf den Weg gemacht.

Wir fordern die Erfüllung der Forderungen der gefangenen Revolutionäre, nach Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention.

Per Post zugeschickt am 6.2.85

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schreiben von einem „Kommando Holger Meins" und vier anderen, von der FR nicht geannten, „terroristischen Gruppen."

In einer „Stellungnahme zuständiger Ermittlungsbeamter" heißt es, der Text lasse daran zweifeln, daß es sich um einen Brief der RAF handele. Andere mögliche Verfasser wurden allerdings nicht angegeben. (FR, 31.1.85)

— **31.1.85:** Brandanschlag auf die **Akademie für Führungskräfte in Bad Harzburg.** Ein Bekennerschreiben, ohne Gruppenangabe ging bei der FR ein. (FR, 31.1.85)

— **31.1.85:** Bombenanschlag auf die **bundesdeutsche Militärsiedlung des Luftwaffenstützpunktes Beja** im Süden Portugals. Innerhalb einer Stunde explodierten acht Bomben auf einem Parkplatz des Wohngeländes. Sie zerstörten 18 PKWs, verursachten Schaden an den Gebäuden und verletzten die Frau eines westdeutschen Soldaten leicht durch Glassplitter.

Zu dem Anschlag bekannte sich die Gruppe „Volkskräfte des 25. April" (FP-25). Der Anschlag habe die Forderung unterstützen sollen, den Stützpunkt Beja zu schließen. Die Angehörigen der Bundeswehr müßten abziehen. Über Zusammenhänge zur „action directe", „CCC" oder der „RAF" ist nichts bekannt. (FR, 2.2.85/taz, 2.2.85)

— **1.2.85:** Tödliches Schußwaffenattentat auf den Rüstungsmanager Ernst Zimmermann, Vorsitzender der Motoren- und Turbinen-Union (MTU) und Präsident des „Bundesverbandes der deutschen Luft-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie" (BDLI). Im Münchner Vorort Gauting wurde Zimmermann in seiner eigenen Wohnung niedergeschossen. Er starb anschließend im Krankenhaus. Kurze Zeit nach dem Attentat übernahm ein „Kommando P. O'Hara" namens der „RAF" die Verantwortung, mit der Erklärung, die Guerilla werde das westeuropäische Establishment erschüttern.

Nach Darstellung der Frau Zimmermanns und der Polizei verlief das Attentat wie folgt: Gegen 7.20 Uhr läutete eine junge Frau an der Tür von Zimmermanns Haus, angeblich um einen Brief abzugeben, dessen Empfang sie sich von dem Unternehmer selbst quittieren lassen wollte. Als die Tür daraufhin geöffnet wurde, sei ein Mann mit Maschinenpistole gefolgt. Die beiden Eindringlinge hätten das Ehepaar gezwungen, sich auf den Boden zu legen und es dann gefesselt und geknebelt. Anschließend sei Zimmermann in ein Nebenzimmer gebracht worden, wo mit der Maschinenpistole auf ihn geschossen worden sei.

Nach dieser Darstellung des Attentat-Ablaufs ging ein einhelliger Aufschrei durch dieses unser Land: „Mörder", „Killer", schäumte die bürgerliche Presse. Aber auch in der taz wurde die Polizeiversion ohne Einschränkung wiedergegeben.

Klaus Hartung überschrieb seinen Kommentar mit: „Zum Mord an Zim-

taz wurde die Polizeiversion ohne Einschränkung wiedergegeben.

Klaus Hartung überschrieb seinen Kommentar mit: „Zum Mord an Zim-

mermann — Scharfrichter." Taz-Kommentator Klaus Wolschner kam unter der Fragestellung: „Wer verhindert die RAF" bis zu der Feststellung: „Vernichtungsphantasien gibt es, aber gerade auch auf Seiten der RAF. Ihre Killermethoden übertreffen den Polizeiapparat allemal an unmittelbarer Skrupellosigkeit." (taz, 7.2.85)

Wer sich nach wie vor seine Skepsis gegenüber polizeilichen Versionen politischer Ereignisse, insbesondere im Bereich der Terroristenfahndung trotz all der vielen vertrauensbildenden Maßnahmen der Polizei in den letzten Jahren bewahrt hat, die/der mag sich eine Aufklärung, mindestens eine Korrektur zum Ablauf der tatsächlichen Vorgänge durch ein Bekennerschreiben der RAF erhofft haben.

Die Bekennerschreiben der RAF, die dann am Montag, den 4.2.85 von der Bundesanwaltschaft der Öffentlichkeit übergeben wurden, verzichteten aber trotz der von der Presse verbreiteten Sachlage auf jede derartige Aufklärung. Sie beschränkten sich darauf, lediglich noch einmal zu bestätigen: „*Wir haben... Ernst Zimmermann erschossen. Im Angriff gegen die Säulen der imperialistischen Macht in der BRD/Westeuropa greifen wir in die sich verschärfende Krise ein und bestimmen ihren Verlauf und ihre Lösung für die Offensive des Befreiungskrieges. Das Terrain, auf dem sich das europäische Proletariat rekonstruieren wird, zur Klasse, die die vollständige Umwälzung der Produktionsverhältnisse erkämpft, ist der Kampf für die Einheit der revolutionären Front, die Organisierung des Klassenkriegs in Westeuropa. Die westeuropäische Guerilla erschüttert das imperialistische Zentrum.*" Nach diesem Bekennerbrief muß mensch davon ausgehen, daß die RAF die Erschießung Ernst Zimmermanns als erfolgreiche „Hinrichtung" — wie schon vorher im Fall Audran — betrachtet, deren Umstände im Einzelnen nicht erörterungswürdig sind. Dies gibt der RAF-Politik in der Tat eine neue Qualität, die nicht nur „den Imperialismus", sondern auch die Linke herausfordert.

Das gleiche gilt in Bezug auf den zweiten Brief, in dem die RAF die Hungerstreikenden auffordert, den Streik abzubrechen, weil er an Mobilisierung das erreicht habe, was er erreichen konnte. Dies schlägt selbstverständlich jeder humanitären Argumentation gutgläubiger, naiver oder auch radikal-demokratischer Unterstützer des Hungerstreiks ins Gesicht. Dieses krasse Bekenntnis zur Funktionalisierung des Hungerstreiks für eine Mobilisierung im Sinne der RAF-Politik kennzeichnet ebenfalls eine neue Qualität der RAF, mit der in Zukunft gerechnet werden muß: Die RAF begreift sich nach diesem Hungerstreik als eine sich im politischen Aufwind befindliche „antiimperialistische Front" in Westeuropa.

Läßt mensch die Bilanz des Hungerstreiks Revue passieren, dann sprechen drei Punkte für diese Selbsteinschätzung der RAF:

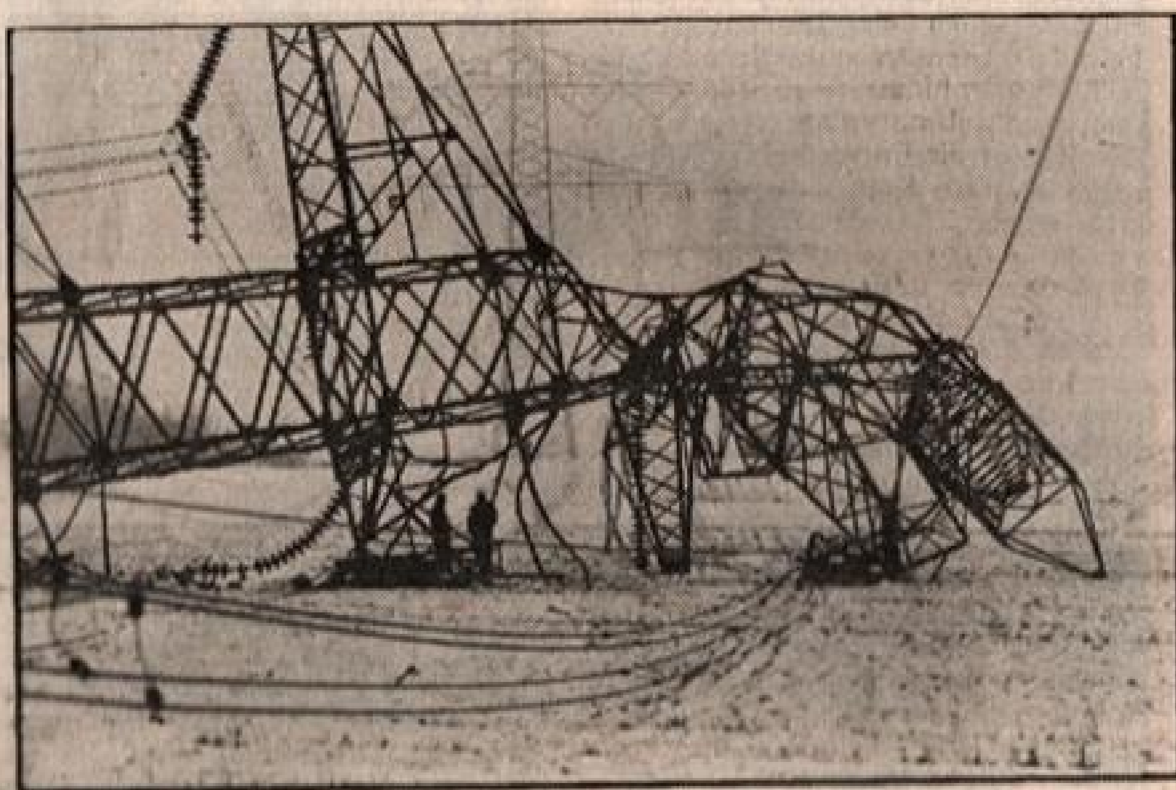
* Eine ansatzweise theoretische und idelogische Erneuerung der Perspektiven vom „bewaffneten Kampf in Westeuropa" durch die Kooperation mit „action directe" und „CCC": Die Propagierung einer „antiimperialistischen Front" gegen EG, WEU und NATO trifft auf reale politische Motivationen, Bewegungen bzw. auch den Frust von Stagnation an dieser Front. Die praktischen Erfolge in der Abstimmung der Operationen und der Effektivierung der logistischen Basis stärken die organisatorische Kraft und Anziehungskraft der Gruppen. Insgesamt gehen von dem Zusammenschluß auf jeden Fall Attraktion und Erneuerungsimpulse aus, in deren Rahmen selbst die popeligsten Anschläge für ihre Urheber ihren Sinn erhalten (siehe die Erklärung zum Anschlag auf Glinde).
* Die Rekrutierung von mindestens zehn, vermutlich aber mehr Mitgliedern für den illegalen Kader der RAF. Zehn neue Gesichter enthält allein das neue Fahndungsplakat des BKA. Wenn mensch davon ausgeht, daß das BKA bei allem Fahndungseifer mit seinen Ausschreibungen doch immer etwas hinter der tatsächlichen Entwicklung zurückbleibt, dürfte die doppelte Zahl von Neu-Rekrutierungen — mindestens — nicht zu hoch gegriffen sein. Dies schwebt naturgemäß im Vagen — und da wollen wir es auch lassen.
* Die planmäßig und auf Stichwort mobilisierbare Bereitschaft einer relativ diffusen militanten Szene zu einer konzentrierten Anschlags- und Sabotagekampagne, wie im Zuge dieses Hungerstreiks erwiesen. Die Durchführung von mehr als 50 Anschlägen in zwei Monaten setzt — ein bißchen üben für so einen Anschlag vorausgesetzt und bescheiden gerechnet — sicherlich die unmittelbare Beteiligung von etwa 100

so einen Anschlag vorausgesetzt und bescheiden gerechnet — sicherlich die unmittelbare Beteiligung von etwa 100

Menschen voraus — ganz zu schweigen von dem organisatorischen, logistischen und persönlichen Umfeld, das jeder dieser Anschläge erfordert. Summa summarum steht fest: Aus diesem Hungerstreik ging die RAF im Gegensatz zu dem von 1981 gestärkt hervor. Sie hat bewiesen: Sie ist wieder da. Sie hat weitere Aktivitäten angekündigt. Die berufsmäßigen „Sicherheitsvertreter" rüsten zur Terroristenjagd im europäischen Rahmen.

Die Linke wird sich auf diese neue Runde einzustellen haben.

F.



„hau weg den Scheiß!"

Eine Front in Europa?

Anmerkungen zum »Kommando Patsy O'Hara«

„Patsy O'Hara" nannte sich jenes RAF-Kommando, das sich für die Erschießung des MTU-Geschäftsführers Zimmermann verantwortlich erklärte. Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit wird mit diesem Namen vermutlich nicht viel anfangen können. Patsy O'Hara ist heute in Derry, der Stadt des „bloody sunday", so etwas wie ein „Nationalheld". Er war einer jener 10 irischen politischen Gefangenen, die 1981 nach einem Hungerstreik im Belfaster „Maze"-Gefängnis dem Hungertod erlagen, und deren Namen und Konterfeis noch immer die Mauern der Elendsviertel nordirischer Städte zieren. O'Hara war der erste Hungerstreiktote der „Irish National Liberation Army" (INLA), des militärischen Arms der „Irish Republican Socialist Party" (IRSP). Die IRSP ist eine republikanisch-sozialistische Partei von erheblich geringerer Bedeutung als der politische Flügel der IRA Sinn Fein („Provos"). In der legalen und illegalen politischen Sphäre Irlands spielen Partei und Armee dennoch eine erheblich größere Rolle, als sagen wir einmal die verbliebenen Reste linker Organisationen in der BRD zusammen. Immerhin reicht die Zustimmung, die der IRSP aus der Bevölkerung zukommt, aus, um im „Norden" wie im „Süden" einige Sitze in den Kommunalparlamenten einzunehmen. Die IRSP hat sich bei ihrer Gründung als möglicher organisatorischer Kristallisationspunkt für linke „Officials", die die Aufgabe des bewaffneten Kampfes durch ihre Organisation kritisierten, und linke „Provos", denen bewaffneter Kampf allein nicht ausreichte, verstanden. Die linkssozialistische Orientierung der „neuen" „Provo"—Führung um Gerry Adams macht es allerdings dieser Organisation der radikal-republikanischen Bewegung zunehmend schwerer, sich neben den „Provos" noch als eigenständige politische und militärische Kraft zu profilieren. In gewissem Sinne hat sich das Projekt IRSP, so gut es auch seinerzeit gemeint gewesen sein mag, politisch überlebt.

Soweit zur IRSP/INLA und zurück nach Gauting. Es ist nicht das erste Mal, daß die RAF sich auf die realexistierende Guerilla in Nordirland bezieht. „RAF, Brigaden, ETA, IRA — eine Front in Europa" lautet ein Kalauer, wie er auf Demonstrationen aus einschlägigen Blöcken immer wieder skandiert wird. Wie sich IRSP und INLA zu derartigen Analogien stellen, können wir nur vermuten. Bei Sinn Fein und der IRA liegen die Dinge einfacher. Es ist allerdings ein offenes Geheimnis, daß es um die internationalen Kontakte der IRSP/INLA mehr als schlecht bestellt ist, was nicht nur im „insulanen" Politikverständnis, wie es auch bisweilen bei den „Provos" an-

schlecht bestellt ist, was nicht nur im „insulanen" Politikverständnis, wie es auch bisweilen bei den „Provos" an-

zutreffen ist, begründet liegt. Als wir 1982 in Dublin mit einer hohen IRSP-Funktionärin konferierten, hörten wir zu unserem Erstaunen Dinge über die Entwicklung der Klassenkämpfe und des antiimperialistischen Widerstandes in der BRD, von denen wir bis dahin nichts wußten. So wurde die Auffassung geäußert, die RAF sei wohl eine „Guerilla", mit der sich nicht nur die komplette westdeutsche Linke umstandslos solidarisiere, sondern auch ein nicht unbedeutender Teil der hiesigen Bevölkerung. Zwar keine Guerilla vom Format und mit der sozialen Basis der irischen, aber immerhin ... Von der realen politischen und sozialen Isoliertheit der RAF hörte sie dann im Gespräch mit uns zum ersten Mal. Der Grund für diese späte Lektion war äußerst schlicht: Bis dahin hatte die IRSP ausschließlich aus einer obskuren Quelle, in der Nähe von Frankfurt angesiedelt, ihre Informationen über das, was in der BRD politisch vor sich ging (bzw. auch nicht) bezogen. An dieser Stelle sei ausdrücklich angemerkt, daß dieses Erlebnis allein noch gar nichts über die IRSP aussagt, sondern erst einmal nur einiges über die Seriosität ihrer damaligen westdeutschen Informanten. Und unsere Gesprächspartnerin von damals zählt noch immer zu den Persönlichkeiten der radikalrepublikanischen Bewegung, die wir politisch und persönlich hochschätzen.

Bei Sinn Fein passierte uns das trotzdem nicht. Im „Foreign Affairs", damals noch am Parnell Square in Dublin beheimatet, trafen wir sehr dezidierte Vorstellungen darüber an, was die RAF ist und was sie nicht ist. Anders erging es uns allerdings einmal in der Provinz (Kerry): Hier erläuterte uns ein mittlerer Sinn-Fein-Funktionär unbefangen, worin er die Parallelen zwischen RAF und IRA sehen würde: Beide würden für die Wiedervereinigung ihrer geteilten Vaterländer kämpfen. Da sahen wir uns dann doch genötigt, ein gutes Wort für die RAF einzulegen.

Doch zur Sache: Daß sich das RAF-Kommando von Gauting „Patsy O'Hara" und nicht „Bobby Sands" nannte, dürfte somit einen plausiblen Grund haben. Und nicht nur den, daß sich Tote gegen ihre Funktionalisierung biologisch bedingt ohnehin nicht mehr widersetzen können, sondern: Die IRSP und die INLA, so steht zu befürchten, werden dies vermutlich ebenfalls nicht tun.

Die „Provos" haben hingegen in den letzten Jahren wiederholt deutlich zur RAF Position bezogen. 1981 kam es im Dubliner Anti-H-Block-Komitee zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen „Provos" und IRSP. Gegenstand war eine Solidaritätserklärung mit dem damaligen RAF—Hungerstreik. Auf Druck der „Provos" hin wurde diese, von der IRSP eingebrachte Solidaritätserklärung, zurückgezogen. Als wenig später ehemalige IRA-Gefangene der BRD einen Besuch abstatteten, bekamen sie die Order mit auf den Weg, sich nicht zur RAF zu äußern, sondern sich „lediglich" mit dem Kampf gegen die Haftbedingungen solidarisch zu erklären. Auch wurde ihnen untersagt, auf Veranstaltungen gemeinsam mit „Antiimpis" das Podium zu bestellen. Ein gutes Jahr später verabschiedete der Sinn-Fein-Parteitag einstimmig eine Resolution, in der jedem Vergleich von „Provos" mit RAF und Rote Brigaden heftigst widersprochen wird. Stattdessen werden diese beiden Formationen als „middle class youth"-Gruppen denunziert. Auch zum aktuellen Hungerstreik mochte man sich in Dublin und Belfast partout nicht äußern. Zugesandtes Material wurde dankend in Empfang genommen. Ja, man habe schon davon gehört. Natürlich sei man gegen die Haftbedingungen in den westdeutschen Knästen, allein schon aus humanitären Gründen. Sicherlich, was die Haftbedingungen anbelange, da gebe es sicherlich Parallelen. Aber ansonsten seien das hier in Irland und bei uns in der BRD doch total verschiedene Dinge. Die RAF sei nicht die IRA...

Man mag die Berührungsängste der „Provos" für überzogen erachten und zudem zu sehr von diplomatischen Erwägungen bestimmt. Aber man sollte dabei auch nicht vergessen, daß die „Provos" in der Vergangenheit mehr als einmal in dieser Hinsicht übers Ohr gehauen wurden. Denjenigen, die dieses Geschäft auch in Zukunft weiter zu betreiben gedenken, sei hier nun anempfohlen, dies wenigstens auch mit letzter Konsequenz zu tun. Da lohnt es sich z.B., einmal etwas genauer den Aufbau der Anti-H-Block-Kampagne Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre zu analysieren. Irland erlebte damals, es war die Zeit des „großen Hungerstreiks", wie es heute in den Annalen heißt, die größten Demonstrationen seiner Geschichte. In diesem Jahr gab es in keinem anderen Land Westeuropas so viele Demonstrationen mit so großer Beteiligung (gemessen an der Bevölkerungszahl) wie auf der „grünen Insel". Und dies war nicht allein der notorischen Radikalität und Demonstrationsfreudigkeit der Iren geschuldet. Dies hatte auch sehr viel mit dem Vorgehen der „Provos" in der Sache zu tun, die sich, obwohl ungleich stärker als ihre westdeutschen „Nachahmer", nicht zu schade waren, humanitäre Aspekte des Kampfes um bessere Haftbedingungen in den Vordergrund zu stellen und um die Unterstützung der „Liberalalas" und „Pfaffen" zu buhlen. Zu keinem Zeitpunkt haben die „Provos" versucht, die Unterstützung der IRA-Politik zur Voraussetzung eines Mittuns in der Kampagne zu machen. Denn selbst unter „irischen Bedingungen" wäre dann die angestrebte und realisierte „breite Front", die immerhin einen südirischen Premier stürzte, nicht zustande gekommen.

dsm

Die Waffenproduktion von MTU

Für vierundzwanzig Stunden rückten nach der Ermordung des Vorstandsvorsitzenden der Motoren- und Turbinen-Union (MTU), Zimmermann, die militärischen Aktivitäten dieses fünftgrößten westdeutschen Rüstungskonzerns ein wenig an das Licht der Öffentlichkeit.

Dabei gaben sich die Kommentatoren alle Mühe, Zimmermann als jemanden darzustellen, der eine Verlagerung der MTU-Schwerpunkte auf den zivilen Sektor für „goldrichtig" gehalten habe. Ungeachtet solcher Herzenswünsche sprechen die Tatsachen eine andere, klare Sprache. Zimmermann gehörte dem „Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis" an, dessen Sitzungen in der Regel vom jeweiligen Verteidigungsminister und Offizieren besucht werden, um über „die frühzeitige Verzahnung von militärischer und privatwirtschaftlicher Rüstungsplanung" übereinzukommen (Huffschmid, Hrsg., Rüstungs- oder Sozialstaat, 1981).

Mit einem militärischen Produktionsanteil von 75-80 Prozent hat diese Verzahnung bei MTU immer vorzüglich geklappt. Bei MTU blickt man auf eine lange Tradition im Rüstungsgeschäft zurück, denn bereits die Kampfflugzeuge der Faschisten flogen mit den Motoren der damaligen BMW-Tochter. 1968 übernahmen Daimler-Benz und Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (M.A.N.), beide selbst stark in Rüstungsgeschäften engagiert, MTU mit jeweils 50-prozentigen Anteilen. Seitdem expandiert MTU, wozu insbesondere die Beteiligung am Triebwerkbau des Tornado beitrug, die derzeit zu 56 % die Auftragsbücher füllt. Flugzeugmotoren stellte MTU außerdem für den Starfighter, die Phantom und, in internationaler Zusammenarbeit, für die Atlantic, die Transall und den Alpha-Jet her. Gerade Zimmermann galt als wichtiger Fürsprecher deutsch-französischer Rüstungskooperation. 326 Mio. Mark wurden von MTU für den Motorenbau des Leopard 2 eingenommen (Jahresumsatz 1983: 2,18 Mrd. DM). Für die Panzer Gepard und Marder stellte MTU ebenfalls die Motoren her. Daneben ist MTU auch Produzent von Schiffsmotoren und in dieser Funktion am Bau der Fregatten F-122 beteiligt. MTU gehört auch zu den Firmen, die direkt das UN-Waffenembargo gegenüber Südafrika gebrochen haben, indem sie dorthin mehrere Spezialmotoren für Kriegsschiffe exportierten.

Über die Zukunftsaktivitäten von MTU hat auch Ernst Zimmermann nie einen Zweifel aufkommen lassen. Nachdem die Triebwerkproduktion für den Panzerabwehrhubschrauber PAH-2 angelaufen ist, sollte als nächstes der Einstieg in das „ungeheuer interessante" (O-Ton Zimmermann) Geschäft mit dem „Jäger 90" folgen. Dank solcher Geschäfte dürfte es auch weiterhin lukrativ bleiben, dem Vorstand von MTU anzugehören, selbst wenn man bedenkt, daß auch der später verstobene Hanns-Martin Schleyer bis 1977 dem MTU-Vorstand angehörte.

Fo.

Zur politischen Auseinandersetzung mit der Hungerstreikerklärung der RAF

Diskussionsbeitrag Stuttgarter Autonomer

In einer Situation, in der der Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und ,,Widerstand'' in die 8. Woche geht, in der sich die gesundheitliche Situation einiger dieser Gefangenen dramatisch verschlechtert und in der sich immer klarer abzeichnet, daß Justiz und Staatsapparat wieder einmal bereit sind, Tote in Kauf zu nehmen, muß es vordringliche Aufgabe der Linken sein, Solidarität gegen die Vernichtungshaft zu organisieren. Neben dem Bemühen, das Leben der Gefangenen zu retten und ihnen endlich Haftbedingungen zu verschaffen, die ein Überleben im Knast als politische Subjekte unter menschenwürdigen Bedingungen ermöglichen, darf aber nicht die Diskussion mit den Genossen/innen im Knast und draußen zurücktreten, die für sich eine andere Analyse der heutigen gesellschaftlichen Situation und der Perspektiven revolutionärer Umgestaltung gefunden haben als weite Bereiche der übrigen Linken.

Wir wollen an dieser Stelle nicht wieder in eine Debatte über die **Praxis** der RAF und von Teilen des ,,Widerstandes'' einsteigen, sondern uns darauf beschränken, ein paar Aspekte der Ideologie der RAF, wie sie sich in der Erklärung zum Hungerstreik vom Dezember 84 darstellen, zu untersuchen. Wir wollen hier auch nicht auf die in unseren Augen unzulänglichen Imperialismus- und Faschismusanalysen der RAF eingehen, weil sie im genannten Papier nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Eine ideologische Diskussion mit der RAF wird heute von vielen Linken verweigert, unserer Ansicht nach steht aber außer Frage, daß ein guter Teil dieser Weigerung auch Produkt jahrelanger Staatsschutzpropaganda ist, die es heute vielen unmöglich erscheinen läßt, sich mit der RAF politisch auseinanderzusetzen wie beispielsweise mit anderen, in der gleichen Zeit — Ende der 60er/Anfang der 70er — entstandenen Organisationen der ,,Neuen Linken''.

Diese Debatte scheint uns aus zwei Hauptgründen wichtig: Einmal, um ein Verständnis davon zu bekommen, wo die RAF heute politisch-ideologisch steht und ob es überhaupt Berührungspunkte derer, die sich selbst als ,,Antiimperialisten'' und den ,,Widerstand'' bezeichnen, zu anderen, autonomen, radikalen und revolutionären Sektoren der Linken, gibt. Zum anderen, um selbst Positionen zu bestimmen, von denen aus eine Solidarität mit den Gefangenen auch jenseits der ,,antiimperialistischen Front'' möglich ist. Wir wollen versuchen, anhand der Hungerstreikerklärung die Punkte anzugehen, wo aus unserer Sicht die ideologischen Bruchstellen eingebaut sind, die RAF und ,,Antiimperialisten'' heute vom Großteil der radikalen Linken trennen und der Propaganda zum Hungerstreik jeglichen Zugang zu anderern Bereichen der Gesellschaft versperren — etwa zu Liberalen, Grünen, Friedensbewegung, aufgeschlossenen Christen.

Die Erklärung beginnt mit der Feststellung, die ,,Dialektik revolutionärer Kämpfe'' sei ,,gewichtiger als die imperialistische Doktrin der harten Haltung''. Ganz abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob eine Dialektik gewichtiger als eine Doktrin sei, können wir für die BRD heute nur feststellen, daß das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution auf seiten der letzteren liegt. Daran kann auch die Behauptung nichts ändern, die ,,Geschichte'' würde ,,weltweit den Bruch mit dem Kapitalsystem verlangen'', sie solle von den Imperialisten ,,erstickt'' werden. Die Geschichte an sich verlangt nichts, sie ist ganz platt — das Ergebnis der Klassenkämpfe weltweit und hier. Daß das Kapital seine Herrschaft sichern will, versteht sich von selbst. Deshalb ist seine Macht aber nicht ,,hohl, nur Gewalt, sonst nichts'', sondern genau das — Gewaltapparat — und dem hat sich die Linke zu stellen.

Wir denken, daß diese einleitenden Sätze der Erklärung den Blick verstellen für die tatsächliche gesellschaftliche Realität in Westeuropa. Marx' dialektische Betrachtung der Geschichte und Maos These über den Papiertiger Imperialismus auf den Kopf zu stellen, ein umgekehrtes Kräfteverhältnis herbeizudefinieren, kann der Entwicklung revolutionärer Kämpfe nicht förderlich sein, auch wenn die RAF versucht, diesen Kämpfen eine vereinheitlichende Kraft zu unterstellen, die wir derzeit nicht sehen.

Nach dieser Einleitung, deren Thesen uns noch beschäftigen werden, wird das Ziel des jetzigen Hungerstreiks klar benannt: Zusammenlegung gegen Isolierung und Folter und als Schutz der Gefangenen, und wir denken, daß von dieser Forderung keine Abstriche von Linken gemacht werden dürfen, auch wenn die folgende Einschätzung der Situation Widerspruch provoziert. Es ist nicht einsichtig, warum der Hungerstreik ,,aus einem festgefahrenen Kräfteverhältnis die ... Defensive durchbrechen ... neue politische Durchbrüche schaffen'' soll. Es ist richtig, daß die Aufgabe der Revolutionäre die Revolution ist, aber die Bedingungen dafür heute als ,,substantielle Instabilität und ... fortschreitenden Verlust an Legitimität'' des Staates zu bezeichnen, geht an den Tatsachen vorbei. Wenn wir wirklich — und vieles spricht dafür — auf dem ,,Weg in den durchstrukturierten faschistischen Staatsschutzstaat'' sind, dann ist dazu festzuhalten, daß dieser in der BRD und Westeuropa über eine relativ stabile Massenbasis verfügt. Ohne Verlust dieser Massenbasis wird aber der revolutionäre Prozeß nie ein ,,authentischer'' sein. Es ist also nicht die Frage, ob die Linke die Verbrechen des Imperialismus nur ,,kommentiert'', ohne Zweifel hat sie Widerstand zu leisten, die Frage ist aber, wie sie die Loyalität der Massen in Massenkämpfe umwandelt. Dies wird nicht damit abgehen, daß ,,die Suche, die Anläufe, der Willen in Kampf'' verwandelt werden, diese Sicht ist undialektisch, idealistisch. Um Perspektiven revolutionärer Politik zu schaffen, bedarf es etwas anderem als des Willens, — so notwendig dieser subjektiv auch ist.

Nach diesem Höhenflug des Idealismus wird das Ziel des Hungerstreiks noch mal so umschrieben: Die Zusammenlegung ist ,,praktische Bedingung des Kollektivs der Gefangenen'' und dieses ,,der praktische Schutz gegen Folter, gegen den permanenten Terror'', ,,die Totalität der Belagerung bricht am kollektiven Prozeß''. Dies ist tatsächlich ,,starke subjektive politische Erfahrung für jeden, der hier zu kämpfen beginnt'', vielleicht auch ,,der Kern revolutionärer Moral'' gegen ,,Trennung, Differenzierung, Vernichtung''. Wir lehnen auch die These, daß ,,Kollektivität Struktur und Ziel des Befreiungskrieges ist'' nicht rundweg ab, obwohl das so ziemlich verkürzt ist. Wenn die RAF aber postuliert, Kollektivität sei ,,subjektiv und objektiv notwendige Struktur, besonders in der Metropole: aus dem Fehlen revolutionärer Massenkämpfe, der Schwäche breiter legaler Organisationsformen gegen den Faschismus hier, aus der Erfahrung der Unverbindlichkeit ihrer politischen Struktur, ihrer Sporadik'', so drückt dies klar aus, daß es ihr offenbar einstweilen nicht um das Erreichen einer revolutionären Situation geht, sondern daß eine bestimmte Struktur zum Befreiungskrieg stilisiert wird. So beantwortet sich auch die Frage nach den Bedingungen des revolutionären Prozesses. Das Kollektiv RAF tritt an die Stelle der Massenkämpfe. Diese Sicht geht noch über die Politik der unbewaffneten marxistisch-leninistischen Kaderparteien hinaus, die immerhin nur Vorhut in den Klassenkämpfen sein woll(t)en.

So gesehen bleibt wirklich nur der Schluß: ,,gegen ihr terroristisches Programm gibts allerdings nur eins: zu kämpfen ... mit dem, was sie uns auch hier nicht nehmen können ohne zu töten: unser kollektives Bewußtsein und unseren Willen zu siegen.'' Aber wir wissen, daß sie töten können und dies auch tun und wieder tun werden.

Wir fürchten, daß der Wille zu siegen, nicht ausreichen wird, auch nur die ,,Machtfrage'', was mit den Gefangenen geschieht, zugunsten der Gefangenen zu entscheiden. Noch mehr bezweifeln wir, daß augenblicklich tatsächlich ein ,,Durchbruch', den der Widerstand zur Front im Innern schafft'' als ,,Machtfrage'' auf der Tagesordnung steht. Wir fragen aber auch, wie ernst es RAF und ,,Widerstand'' mit der Durchsetzung auch nur der Mindestgarantien der Genfer Konvention ist, wenn sie einerseits richtig feststellen, daß wir es zu tun haben mit einer ,,Normalität, die auf Gewöhnung aus ist, weil die Gewohnheit wieder die Ruhe darüber schafft; nichts zu fühlen, nichts zu denken, nichts zu verstehen'', andererseits aber sofort feststellen: ,,es geht also nicht um Aufklärung über die Tatsache der Folter, es geht um revolutionäre Gegenmacht und Aktion.''

Wir meinen, daß es heute auch und wieder ganz verdammt um Aufklärung und Propaganda geht, daß es an der Frage der Haftbedingungen darum geht, gesellschaftliche Sektoren für die Forderung nach Zusammenlegung zu gewinnen, die längst nicht zu ,,revolutionärer Gegenmacht'' bereit sind. Vielleicht ist die Frage nach möglichen Bündnispartnern für RAF und ,,antiimperialistischen Widerstand'' ja beantwortet, vielleicht glauben sie an eine Situation, die sie so beschreiben: ,,Die neue Phase in der Entwicklung des revolutionären Krieges hier freizukämpfen — den Sprung jetzt zu machen ... die revolutionäre Lösung gegen die Konterrevolutionäre durchkämpfen, das globale Projekt der Reaktion zerschlagen'' — aber mit wem?

Die gesellschaftliche Lage der BRD heute muß jede Strategie revolutionärer Politik, die sich auf die eigene Kraft beschränkt, zum Scheitern verurteilen. Die politischen und sozialen Bewegungen der letzten 15 Jahre — mögen sie teilweise auch sporadische sein — haben ihre eigene Dynamik, die wesentlich aus der Betroffenheit wächst. Auch wo sie tendenziell Massencharakter angenommen haben — wie Anti-AKW-, Häuser, Frauen-, Friedens- und Antikriegsbewegung aber auch verschiedene Streikbewegungen — haben sie noch lange kein tatsächliches revolutionäres Potential dargestellt, das hier die Verhältnisse kippen könnte. Teilweise haben sie sich auch reibungslos in das System parlamentarischer Demokratie (re)integrieren lassen. Aber sie haben und hatten auch immer in sich den Kern von ,,Staatsverdrossenheit'', den Willen, das Bestehende nicht hinzunehmen, sich zu wehren, der erst in der Massenhaftigkeit die reale Chance eröffnet, gesellschaftlich wirksam zu werden in der Perspektive zu einer authentischen revolutionären Bewegung zu werden.

Diese Gesellschaft produziert über ihre Widersprüche (Antagonismen) genügend Zündstoff, um sich selbst zu sprengen ... Genau deshalb müssen Staat und Kapital auch die ständige präventive Konterrevolution betreiben, der eigenen Bevölkerung als polizeilich/militärisch hochgerüsteter Apparat mit der entsprechenden Sicherheitsideologie gegenübertreten. Aber auch hier wird dieses Instrumentarium nicht ausreichen, Massenkämpfe — wie z.B. den britischen Bergarbeiterstreik — wirksam zu unterbinden. Es genügt aber allemal, politisch-ideologisch und organisatorisch nicht nur von der Bevölkerung sondern auch von Teilen der Linken isolierte Gruppen unter Kontrolle zu halten und sie im Zuge der psychologischen Kriegsführung auch noch für die Aussichtslosigkeit von Widerstand ins Feld zu führen.

Wir denken, daß es für RAF und ,,Antiimperialisten'' an der Zeit ist, sich der Debatte darüber zu stellen, warum ihr politischer Einfluß auf die Linke gering und auf andere gesellschaftliche Bereiche so gut wie Null ist. Die Linke insgesamt muß sich der Situation stellen, daß ihre Attraktivität längst von Grünen und Alternativen überflügelt wurde. Eine wichtige Voraussetzung für einen solchen Dialog (und nicht etwa für einen mit der Macht) ist unserer Ansicht nach, die gegenseitigen Ausgrenzungen und Diffamierungen einzustellen. Bei allen Unterschieden in Analyse, Strategie und Praxis muß es möglich sein, sich auseinanderzusetzen, ohne einerseits Kritik an der RAF als Staatsschutzpropaganda abzutun und andererseits zu versichern, man ,,bekämpfe die RAF politisch'' (so einige grüne MdL), wenn man sich für bessere Haftbedingungen einsetzt.

Wir sehen im Aufgreifen der Forderungen des Hungerstreiks eine Chance für eine breitere Diskussion der Linken hier. Diese Diskussion kann aber für die RAF nicht mir der Feststellung erledigt sein ,,die Imperialisten wollen die Trakte und KZ's zur ‚Fabrik der Vernichtung des Klassenwiderspruchs' machen''. Gefängnisse haben den Klassenwiderspruch noch nie aufheben oder vernichten können — und die Imperialisten sind sicher nicht blöde genug, das zu glauben. Die Hauptfrage, die sich angesichts der Klassenkämpfe stellt, ist nicht der Knast. So sehr wir diesen in die Diskussion einbeziehen müssen, so wenig darf unser Blick auf die gesellschaftliche Realität von seinen Mauern verstellt werden. Wir müssen uns der Situation stellen — und dies gilt auch für die Gefangenen aus der RAF — daß sich weder in Deutschland noch in Spanien, England/Irland oder Türkei der Stand der Klassenkämpfe an der ,,revolutionären Moral'' und den Aktionen der Gefangenen orientiert. Umgekehrt aber zur Lage der Gefangenen zu schweigen, für die Verbesserung ihrer Haftbedingungen nicht zu kämpfen, nimmt Linken und Liberalen, Grünen und Friedensbewegten jeden moralischen Anspruch auf Kritik an diesen Gefangenen.

Einige Stuttgarter Genossen/innen

Action directe ....

Das tödliche Attentat auf General René Audran am 25.1.85 war die erste personen-bezogene Aktion der Gruppe ,,Action directe''. Diese hatte erstmals vor sechs Jahren von sich hören lassen, als sie sich zu einem am 1.5.79 verübten Anschlag auf den Sitz des ,,CNPF'' (dem BDI vergleichbar) in Paris bekannte.

Darauf folgten: 18.3.80: Anschlag auf das Ministerium für Kooperation (mit den sog. französischen Überseegebieten); 15.4.80: Anschlag auf das Transport-Ministerium; 15.9.80: Anschlag auf die Militärschule in Paris.

Im September 1980 wurden Jean-Marc Rouillan, der als Chef der Gruppe gilt, und Nathalie Ménigon verhaftet. In einer von Mitterrand nach der Wahl '81 verfügten Amnestie kamen sie mit 15 Mitgliedern von ,,Action directe'' (AD) frei. 1982 erklärte AD, einen Anschlag auf ein Pariser Büro des israelischen Verteidigungs-Ministeriums am 31.3. durchgeführt zu haben. Im Sommer des gleichen Jahres, während des Einmarsches israelischer Truppen in den Südlibanon, übernahm die Gruppe die Verantwortung für Anschläge auf eine israelische Bank, einen jüdischen Laden und ein Auto mit israelischem Kennzeichen. Ebenfalls im Sommer '82 wird das Attentat auf ein jüdisches Restaurant in der Pariser Rue de Rosiers verübt, bei welchem sechs Menschen ihr Leben verloren. Als Täter werden zunächst westdeutsche Neonazis der VSBD (Kexel und Co.) verdächtigt; dann breitet sich Schweigen über die blutige Tat und ihre Hintergründe. Rouillan betont in einem Interview mit ,,Libération'', daß ,,Action directe'' mit diesem Anschlag nichts zu tun habe; allerdings herrsche nun mal Krieg.

Am 18.8.82 wird AD per Regierungserlaß aufgelöst. Die Gruppe antwortet einen Tag später mit einer Bombe, die am Sitz der faschistischen Wochenzeitschrift ,,Minute'' hochgeht. Es folgen im April '83 die Verwüstung des Pariser Museums der Ehrenlegion, im August zwei Anschläge gegen den Pariser Sitz der PS, einer auf das Verteidigungs-Ministerium sowie im September ein Anschlag auf eine Dépendance desselben.

Zehn Anschläge verbuchte ,,Action directe'' letztes Jahr auf ihr Konto. 29.1.: auf den Sitz der Gesellschaft Panhard-Levassor (Paris); 12.7.: auf den Sitz des Atlantischen Instituts für internationale Beziehungen (Paris); 13.7.: auf eine Dépendance des Verteidigungs-Ministeriums; 14.7.: auf ein Gebäude des Industrie-Ministeriums; 2.8.: auf den Sitz der Europäischen Weltraumgesellschaft (ESA, Paris); 23.8.: auf den Sitz der Westeuropäischen Union (WEU, Paris); 20.10.: auf eine Filiale des Dassault-Konzerns in der Pariser Region; 9.12.: auf den Pariser Sitz der RPR (Chirac-Partei); 10.12.: auf den Sitz der Gesellschaft Elf-Aquitaine.

Jean-Marc Rouillan hatte zunächst gegen den Franco-Faschismus gekämpft. Als 1973 der junge Anti-Franquist Puig Antich in Barcelona verhaftet wurde, trug Rouillan zur Bildung der ,,GARI'' bei (revolutionär-internationalistische Aktionsgruppen), die sich in Frankreich, Italien und Belgien entwickelten. Ihr Ziel war die Freilassung des Gefangenen. Doch Puig Antich wurde im März '74 zum Tod durch die Garotte verurteilt — er war das letzte Opfer des Franco-Regimes.

,,Wir hatten mit allen legalen und illegalen Mitteln versucht, Puig Antich zu retten. Die einzige Lösung bestand in radikaleren Aktionen zur Rettung unserer anderen Genossen'', so Rouillan (zitiert nach ,,Le Monde'', 29.1.85). Die französischen ,,GARI''-Mitglieder werden in Zusammenhang mit verschiedenen Attentaten im Laufe des Jahres 1974 verhaftet, darunter auch Rouillan, der wegen Waffentransports zweieinhalb Jahre bekommt. In der Zwischenzeit entstehen in Frankreich die ,,NAPAP'' (bewaffnete Kerne für Volksautonomie), inspiriert durch die italienischen Autonomen. ,,Action directe'' begreift sich hingegen als ,,kommunistisch'' und verfolgt eine ,,kommunistische Befreiungsstrategie des Proletariats''.

Um den Jahreswechsel '82/83 versuchte die französische Regierung Baumsche Lösungen. Der hohe Polizeioffizier Barril richtete an den gesuchten Rouillan die Botschaft: ,,Ich möchte Sie, wann und wo auch immer Sie wollen, persönlich treffen, um mit Ihnen über die Regelung Ihrer Situation zu sprechen. Ich bin vom Präsidenten der Republik zu direkten Verhandlungen mit Ihnen ermächtigt. Bis bald, hoffentlich''. Zur Zeit gibt es 19 Gefangene, die AD zugerechnet werden, während nach 7 weiteren vermeintlichen Mitgliedern gefahndet wird.

An der Anti-NATO-Stoßrichtung der AD-Erklärungen glaubt ,,Le Monde'' (Überschrift in der Ausgabe v. 2.2.85: ,,Action directe ist eine deutsch-französische Gruppe geworden'') zu erkennen, daß die Gruppe ,,sowjetischen Thesen'' folge, zum Beispiel in der Einschätzung Frankreichs als Bestandteil einer ,,kollektiven Organisierung der pro-atlantischen und pro-europäischen Verteidigung''. Mitterrand persönlich erklärte: *,,Frankreich wird mit seinen europäischen Partnern solidarisch sein... Es wird jeden direkten oder indirekten Schutz für den wirklichen, aktiven und blutigen Terrorismus ablehnen... Ein französischer Offizier. Dann ein deutscher Industrieller. So ist der Gang der Dinge, sobald eine Minderheit sich, aus Haß gegen jede gesellschaftliche Ordnung, immer und überall im Recht fühlt und dabei manchmal bewußt oder unbewußt internationalen Strategien nützlich ist. Sie morden und morden. Man muß sie zur Vernunft bringen.''* (LM, 4.2.85). Auf den Vorwurf des italienischen Verteidigungsministers Spadolini, Frankreich beherberge eine ,,Multinationale des Terrors'', die ,,in ganz Europa zuschlagen'' könne, entgegnete Mitterrand: ,,... *ich habe die Auslieferung einer gewissen Anzahl von Personen beschlossen, denen Verbrechen zur Last gelegt werden. Ich mache daraus keine Politik. Das Asylrecht wird immer respektiert werden. Ich lehne es ab, Menschen, die insbesondere aus Italien gekommen sind und sich hier in der einen oder anderen Weise integriert haben, a priori als gefährliche und aktive Terroristen zu betrachten. Ob sie total Reuige sind oder nur zur Hälfte, weiß ich nicht... Darunter gibt es wahrscheinlich rund 30 aktive und entschlossene Terroristen. Das sind gerade diejenigen, die man nicht unter Kontrolle hat. Man weiß nicht, wo sie sich befinden. Es wird gesagt, sie seien in Frankreich... Es gibt Behauptungen, die ich nicht akzeptiere. Sie stammen aus diesem oder jenem anderen Land, das sich selbst durch Vorwürfe an andere zu entlasten sucht. Frankreich ist ein Land, das den Terrorismus ablehnt, auch unseren eigenen.''* (ebenda).

Frankreich-Kommission

Grüne und Hungerstreik: Probleme mit der Gewaltfreiheit

Muß der bisher aus 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehende Bundestagsapparat der Grünen um eine weitere Referentenstelle erweitert werden? Wenn die Interpretation des Bonner AL-Abgeordneten Dirk Schneider zutrifft, die er zur Erklärung der grünen Probleme mit dem Hungerstreik der RAF heranzieht, wäre ein psychologischer Betreuer dringend notwendig. Dirk Schneider diagnostiziert im Verhalten einiger seiner Parlamentskollegen den Ärger ehemaliger Revoluzzer, die sich nun in einer auf den „*dialogischen Weg*" festgelegten Partei wiederfinden, daß „*da noch immer einige Revolutionäre sind*". Die heftigen Proteste, die Schneider für diese lästerliche Äußerung in der Fraktion erntete, hätte der (noch einzustellende) Psycho-Referent sicher als Beleg gedeutet, wie dringend seine einfühlsame, persönlichkeitsstabilisierende Arbeit hier gefordert wäre.

Nun ist der AK bekanntermaßen kein psychologisches Fachblatt und überläßt daher die Vertiefung dieser interessanten Problematik den Sachverständigen. Hier soll es um die politische Auseinandersetzung gehen, die anläßlich des Hungerstreiks über den weiteren Weg der Grünen stattgefunden hat.

Zurück zur Rechtsstaatlichkeit

Die aktuellen, auf den laufenden Hungerstreik zugeschnittenen Aussagen der Bundestagsgrünen sind schon ärgerlich genug. Die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung wird nicht unterstützt, anders als in den Stellungnahmen etwa der GAL Hamburg oder in der Erklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie, auf das die Grünen sich ausdrücklich berufen. Der Vergleich der grünen Erklärung mit der des Komitees fällt für die Grünen besonders wenig schmeichelhaft aus. Auch in der Komitee-Erklärung wird ganz „rechtsstaatlich" argumentiert, aber auch humanitär, während das den Grünen einfach nicht ausgewogen genug ist. An der „*Gewaltspirale*" drehen aus grüner Sicht beide Seiten, die RAF-Gefangenen haben es aber in der Hand, durch Abbruch des Hungerstreiks und Absage an die „Gewalt" einer „gerechten und friedlichen Gesellschaft" näherzukommen. Die Grünen könnten dann noch viel glaubwürdiger die „*Auflösung der Isolationsgefängnisse*, „*menschenwürdige Haftbedingungen*" und „*eine staatliche Rückbesinnung auf strikte Rechtsstaatlichkeit*" fordern.

Wo soll das hinführen?

Aufschlußreicher als der beschlossene Text ist die darum in der Fraktion geführte Debatte. Die an dem Entwurf von Joschka Fischer vorgenommenen Streichungen betreffen lediglich besonders drastische Formulierungen: den „*alle Vorstellungen übersteigenden Vernichtungskapazitäten des bestehenden Systems*" würde durch die RAF ein „*weiteres Vernichtungspotential hinzugefügt*"; der zusammenfassende Schlußsatz „*Als gewaltfreie Partei fühlen wir uns diesen Forderungen gleichermaßen verpflichtet*", den Forderungen nämlich nach „Rechtsstaatlichkeit" etc. einerseits und dem „*Ende des bewaffneten Kampfes andererseits*". An der Stoßrichtung des Textes ändern diese Streichungen nichts. Die „Vernichtungspotentiale" beider Seiten werden auch in der veröffentlichten Fassung auf eine Stufe gestellt, auch wenn dieser fatale Oberbegriff für den staatlichen Repressionsapparat und die selbstgebastelten Sprengsätze der RAF und ihrer Unterstützer darin nicht mehr auftaucht. Von der RAF erwarten die Grünen gar noch die entscheidenden Impulse für eine allgemeine Wende zum Guten.

Einwände gegen die Gleichsetzung von staatlicher und „terroristischer" Gewalt wurden in der Fraktion abgebügelt. Otto Schily betonte, auch er sei gegen eine solche Gleichsetzung, aber genau „andersherum" als etwa Gaby Gottwald, die das als Kritik an dem Entwurf von Joschka Fischer formuliert hatte. Andersherum, das heißt: Zustimmung zum staatlichen Gewaltmonopol, bei strikter Festlegung der Protestbewegungen auf Gewaltfreiheit. „*Dialogfähigkeit ist eine zivilisatorische Errungenschaft*", sagt Otto Schily; wer mit Gewalt beginne, setze eine Spirale in Gang, die mit der „*Libanonisierung der Gesellschaft*" ende. Nur konsequent, daß er forderte, „*endlich mal die Staatsdiskussion zu führen*".

Wenn in der Antwort des GAL-Landesvorstands auf die Bonner Fraktionserklärung kritisiert wird, daß bei einem Teil der Grünen das „*Bekenntnis zur Gewaltfreiheit durchaus eine Teilnahme am staatlichen Gewaltmonopol mit vorsieht*", dann ist das für Schily schon gar kein Vorwurf mehr: „zivilisatorische Errungenschaften" müssen schließlich verteidigt werden, mit rechtsstaatlichen Mitteln natürlich. Den Gewaltmonopolisten vom Einsatz seiner „alle Vorstellungen übersteigenden Vernichtungskapazitäten" (Fischer) abzuhalten, bliebe Aufgabe grüner Parlamentarier. An Argumenten fehlt es nicht, wie eine Bundestagsrede Joschka Fischers vom 24.1.85 beweist: Die Regierung könne gefahrlos „*die Sackgasse bloßer staatlicher Repression verlassen*" — „*Diese Republik, Herr Justizminister, würde nichts verlieren, wenn sie die Zusammenlegungsforderung der Hungerstreikenden erfüllen würde. Aber sie hätte dadurch viel an innerem Frieden und Humanität zu gewinnen.*"

„Bewaffneten Kampf" akzeptieren?

„*Gewaltfreiheit bedeutet nicht Wehrlosigkeit*", lautet ein grüner Leitsatz. Wie allerdings grundlegende Gesellschaftsveränderungen allein über Sitzblockaden und wehrhaftes Sich-Wegtragen-Lassen durchgesetzt werden sollen, konnte bisher noch nicht plausibel gemacht werden. Dieter Burgmann, Altgrüner noch aus der AUD und bisher über jeden Zweifel an seiner ökologisch-basisdemokratisch-gewaltfrei-sozialen, 100% grünen Gesinnung erhaben, hat dieses Dilemma in der Hungerstreikdebatte der Fraktion auch eingestanden. „*Die Grünen seien bislang den Beweis schuldig geblieben, daß eine gewaltfreie Veränderung der Gesellschaft möglich sei — falls sich herausstellte, daß die Grünen diesen Beweis nicht führen könnten, müsse man 'in einer zerstörerischen Gesellschaft auch den bewaffneten Kampf als ein Mittel' akzeptieren*" (zitiert nach „taz", 17.1.85).

Darauf entgegnete Schily: „*Dieter, ich bin von deiner rein taktischen Position entsetzt*"! Zur Umsetzung der in der Debatte immer wieder erhobenen Forderung, in Abgrenzung zur RAF den eigenen, gewaltfreien Weg deutlich zu machen, konnte er nichts beisteuern. Neu aufgenommen wurde dieser trostreiche Satz: „*Die Friedens- und Ökologiebewegungen haben mit ihren gewaltfreien Aktionsformen eine große Mobilisierung der Bevölkerung erreicht, die auch die Chance zur realen Veränderung eröffnet.*" Daß „Chancen zur realen Veränderung" häufig da gesehen werden, wo es keine gibt, wissen wir aus der grünen „Perspektivdebatte" (Grüne und SPD). Wie die Nicaragua-Debatte in der Fraktion (Dokument) zeigt, hält die Dürftigkeit der Vorstellungen vom eigenen gewaltfrei gesellschaftsverändernden Weg die Grünen nicht davon ab, Gewaltfreiheit zum weltweit gültigen Prinzip zu erklären.

Js./Hamburg

den eigenen, gewaltfreien Weg deutlich
zu machen, konnte er nichts beisteu-

Js./Hamburg

INTERVIEW

Mit Joschka Fischer (MdB Grüne) zum Hungerstreik

Wer hier in der Gegend rumballert...

TAZ: Ich rufe Dich an, weil die jetzt vorliegende Erklärung der Bundestagsfraktion zum Hungerstreik in wesentlichen Passagen auf einem Entwurf von Dir basiert.

Joschka Fischer: Das muß ich korrigieren. Da handelte es sich um eine Zusammenfassung einer Diskussion im zuständigen Arbeitskreis Recht und Gesellschaft, nicht um einen persönlichen Entwurf.

TAZ: In Eurer Erklärung befindet sich ein Bruch: Einerseits sprecht Ihr Euch recht allgemein gegen die Haftbedingungen mit all ihren Folgen aus. Gleichzeitig fordert Ihr den Abbruch des Hungerstreiks ohne eine Alternative anzubieten, nämlich die, wie diese Haftbedingungen verändert werden könnten.

J. F.: Ich sehe diesen Bruch nicht so. Wir fordern nicht den Abbruch des Hungerstreiks, sondern wir wollen nicht, daß es Tote gibt.

TAZ: Natürlich fordert Ihr den Abbruch.

J. F.: Wir wollen nicht, daß der Hungerstreik bis zum Ende geführt wird, weil ich darin auch keinen Sinn sehe. Wir unterstützen z.B. den Vermittlungsversuch, der von den Europa-Grünen gemacht wird. Ich finde, es wäre wesentlich produktiver, in Richtung Amnestie zu denken, was wahrscheinlich in der augenblicklichen Situation zu weit geht. Wenn es bei dem Hungerstreik um eine Verbesserung der Haftbedingungen geht, sind wir Grüne gefordert, und da gibt es auch keinen Widerspruch bei uns in der Fraktion.

TAZ: Aber auch für Euch gilt, daß Ihr über diese Haftbedingungen erst redet und euch richtig kümmert, seit es den Hungerstreik gibt.

J. F.: Das ist zweifellos richtig, aber es gibt noch andere Bereiche. Wir haben erstmal auf der juristischen Ebene versucht, den 129 a wegzubringen und eine Revision der ganzen Anti-Terror-Gesetze zu erreichen.

TAZ: Warum reagiert Ihr aber an diesem konkreten Punkt so spät? Wo Ihr doch eigentlich am Drücker sitzt und Ihr doch ein Forum seid, um Öffentlichkeit über die Situation herzustellen?

J. F.: Es bedurfte einer kollektiven Reaktion der Fraktion, und die kam gestern zustande.

TAZ: Für meine Begriffe spielt ihr in einem Passus die Verantwortung für verschärfte Repression des Staates den Gefangenen zu. Der Staat bleibt da außen vor.

J. F.: Echt wahr? Hast Du dieselbe Erklärung vorliegen wie ich ...

TAZ: Ja, natürlich ...

J. F.: Ich kann Dir nur sagen, daß ich da nicht mit Dir übereinstimme. Ich finde, wir machen sehr klare Aussagen, was die Situation in Gefängnissen betrifft, mit welcher Funktion bewußt die Haftsituation eingesetzt wird und mit welchem Zweck diese Sondergesetze gemacht wurden. Unsere Forderungen richten sich eindeutig dagegen. Ich lasse mir aber nicht aufschwatzen, daß man hier in der Gegend rumballert und meint, das würde zu keinen Konsequenzen führen. Ich habe den Deutschen Herbst noch viel zu gut in Erinnerung und weiß, was für eine Spirale da losgetreten wurde.

TAZ: Stellt Ihr damit nicht die Verhältnisse auf den Kopf?

J.F.: Das ist nicht wahr. Unsere Erklärung handelt zu zwei Dritteln nicht davon. Ich will es noch klarer sagen: Wenn ein BKA-Mann sagt, die RAF ist eine Hydra, muß man sagen, daß BKA und Bundesanwaltschaft gerade durch Haftbedingungen und Sondergesetze kräftig mitdrehen. Die Position, daß sich der Staat die Repressionsmaßnahmen einfach schafft, wie es ihm gerade paßt, halte ich für naiv. Das tut er, soweit er die politische Legitimationsgrundlage dafür schaffen kann. Das ist richtig. Aber man kann politische Situationen herstellen, in dem es ihm schwerer fällt, gar unmöglich ist oder aber sehr einfach.

Wenn man meint, den revolutionären Krieg erklären zu können, auf Staatsrepräsentanten schießen und Bomben legen, wird es ihm sehr einfach gemacht, weil er dann mit den Ängsten und faschistoiden Potentialen der Leute arbeiten kann. Wenn es gelingt, den gewaltfreien Widerstand zu vermassen und das auch auf institutioneller Ebene durchzusetzen, wird es ihm sehr schwer bis unmöglich gemacht.

TAZ: In Eurer Erklärung fehlt die Forderung nach Zusammenlegung in großen Gruppen.

J.F.: Die Frage ist, was diese Forderung bezwecken soll. Und da gab es bei uns keine Einigkeit.

TAZ: Und wie ist es bei Dir konkret?

J.F.: Ich habe mir, ehrlich gesagt, darüber noch keine Gedanken gemacht, was damit bezweckt werden soll.

TAZ: Aber Du kannst doch sagen, wie Du zu dieser Forderung stehst.

J.F.: Ich bin für menschenwürdige Haftbedingungen, sofern man Haft überhaupt haben muß und gegen Sondervollzug. Wenn dahinter die Vorstellung von Kombattantenstatus steht oder die Vorstellung, die RAF als Organisation, als Einheit erhalten zu wollen, halte ich das für illusionär, und das würde ich auch nicht unterstützen.

(aus taz, 17.1.85)

Die GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Pressedienst 7/85

Hungerstreik der „RAF"-Gefangenen:

GRÜNE fordern unverzügliche Aufhebung der Isolationshaft

Zu dem Hungerstreik von Gefangenen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) er-
spruch zu den geltenden Vollzugszielen steht.

Zu dem Hungerstreik von Gefangenen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) erklärt der Bundesvorstand der GRÜNEN:

Der am 4. Dezember 1984 begonnene Hungerstreik von Gefangenen der „Rote Armee Fraktion (RAF) geht inzwischen in die 7. Woche, Obwohl der gesundheitliche Zustand einzelner bereits kritisch ist, scheinen die Hungerstreikenden entschlossen, ihre Forderungen unter allen Umständen durchsetzen zu wollen. Es sind dieselben Forderungen wie beim letzten Hungerstreik 1981, der nach dem Tod von Sigurd Debus und den danach gegebenen Versprechen der Justizbehörden, auf die Forderungen einzugehen, abgebrochen wurde.

Bekanntlich haben die Justizbehörden ihre damalige Zusage nicht erfüllt. Die Öffentlichkeit nahm dies schweigend bis zustimmend zur Kenntnis.

Gegen den Versuch, diese Situation jetzt mit einem erneuten Hungerstreik zu durchbrechen, kündigte die Bundesjustiz von Anfang an eine knallharte Linie an. Man sieht sich nicht veranlaßt, auf die Forderungen einzugehen, um keine vermeintliche „Schwäche des Staates" zu zeigen. Wie schon bei früheren Hungerstreiks werden im namen einer fragwürdigen Staatsräson Tote in Kauf genommen.

Der Bundesvorstand der GRÜNEN sieht in dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen keinen Angriff auf den Staat, sondern eine Notwehrmaßnahme, die niemanden außer den Gefangenen selbst schädigt. Diese Aktion appelliert an die Humanität und das Gewissen der Öffentlichkeit wie der Politiker. Erreicht werden soll damit die Aufhebung der Isolationshaft — die Aufhebung eines Zustandes also, der nicht in eine demokratische, freiheitliche Rechts- und Gesellschaftsordnung paßt und der im eklatanten Widerspruch zu den geltenden Vollzugszielen steht.

Der Bundesvorstand der GRÜNEN verweist auf den bisher nicht beachteten „Dringenden Appell" von amnesty international aus dem Jahre 1979, in dem die politisch Verantwortlichen aufgefordert wurden, „nach Alternativen zu suchen für Isolationshaft und Kleingruppenisolation als regulärer Haftform für Häftlinge, die wegen politisch motivierter Straftaten inhaftiert sind". Der Bundesvorstand teilt nachdrücklich die Auffassung von amnesty international, daß Isolationshaft als Folter zu bezeichnen ist.

Die Justizbehörden müssen sich darüber im Klaren sein, daß die Erfüllung der Forderungen der Hungerstreikenden nichts anderes bedeutet als die Verwirklichung der in der Verfassung verankerten Grundrechte auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit.

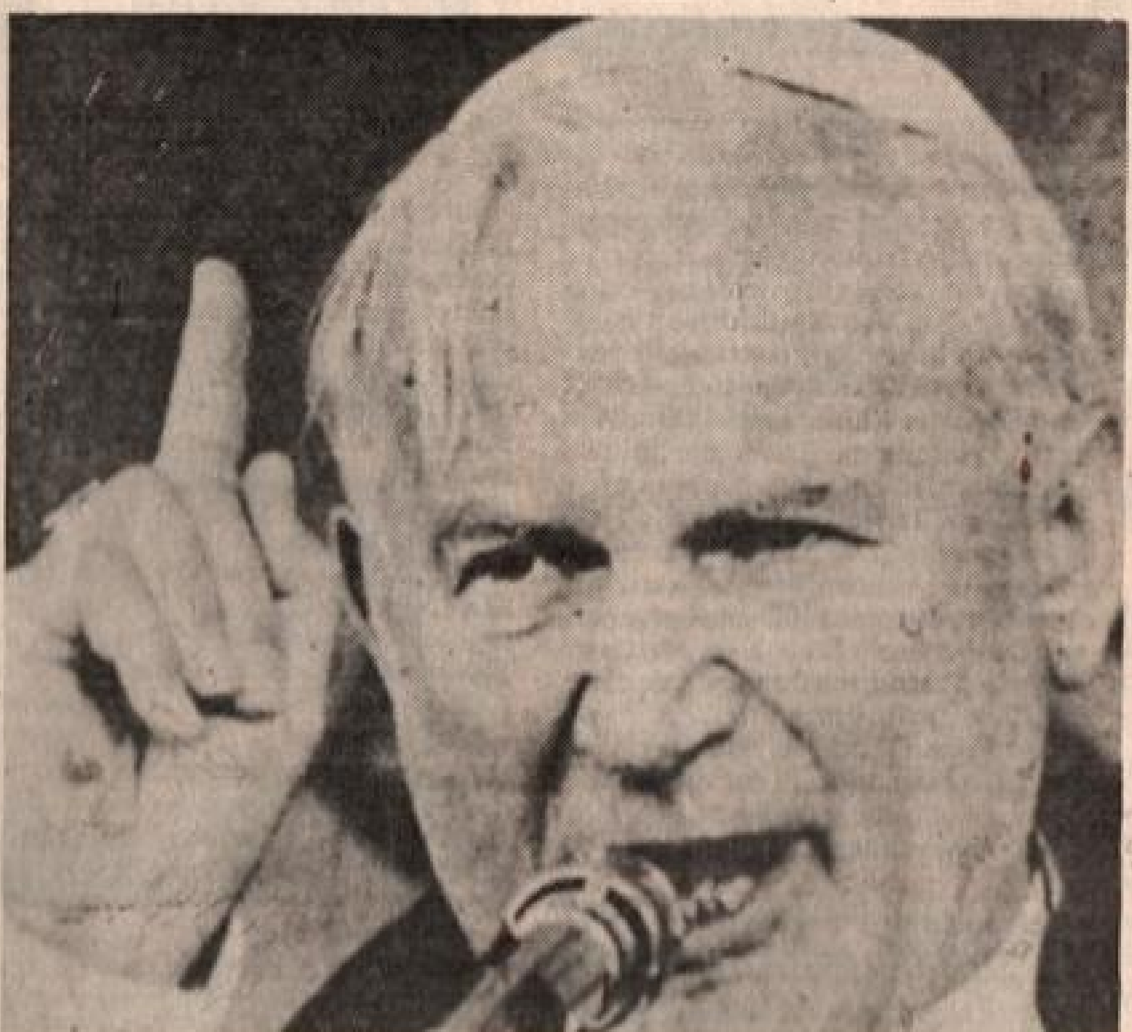
Die Verantwortung zur Beendigung des Hungerstreiks, bevor es — wie schon zweimal — zu Toten kommt, liegt bei den verantwortlichen Länderministern: **sie** können und müssen für Haftbedingungen sorgen, die solche Aktionen überflüssig machen. Angesichts des Fortgangs des Hungerstreiks und des teilweise besorgniserregenden Zustands einer Reihe von Gefangenen müssen diese Maßnahmen **unverzüglich** getroffen werden.

Ungeachtet unseres tiefgreifenden Widerspruchs zu den Zielen und Methoden der RAF fordern wir die Justizminister der Länder auf, gleiche Haftbedingungen für alle Gefangenen herzustellen und Hochsicherheitstrakte sowie andere Sonderhaftbereiche zu schließen. Solange aber politisch motivierte Straftäter Sonderhaftbedingungen unterworfen sind, fordern wir die Justizminister auf, dem Wunsch der Gefangenen nach Zusammenlegung nachzukommen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Der Papst redet der Guerrilla ins Gewissen

Eindringlich forderte Papst Johannes Paul II. in der peruanischen Andenstadt Ayacucho die Terroristen des „Sendero Luminoso" auf, vom Morden abzulassen, da die „erbarmungslose Logik der Gewalt" nur wieder zu Gewalt führe. Foto AP



Nachdrücklich schloß sich Kardinal Josef Fischer in der rheinischen Kleinstadt Bad Godesberg dieser Aufforderung an und warnte vor der „Gewaltspirale von Staat und Guerilla". Kenner verweisen darauf, daß die katholische Kirche jede Spirale als Verhütungsmittel ablehne und allein Knaus-Incognito akzeptieren kann.

GRÜNE fordern Beendigung der Isolationsfolter/Appell an die Hungerstreikenden

Pressemitteilung Nr. 17/85

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG erklären zum Hungerstreik inhaftierter Mitglieder der „Roten Armee Fraktion" im Anschluß an eine mehrstündige Debatte auf der gestrigen Fraktionssitzung:

Im Dezember 1984 haben inhaftierte Mitglieder der RAF einen Hungerstreik begonnen, der sich gegen ihre Haftbedingungen richtet und die Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen fordert. Mittlerweile muß täglich mit den ersten Toten in westdeutschen Gefängnissen gerechnet werden.

Die Haftbedingungen gefangener RAF-Mitglieder sind in der Tat ein Hohn auf die Menschenwürde und eine Absage gegenüber rechtsstaatlichen Minimalgarantien für die Häftlinge. Verschärfte Einzelhaft über Jahre hinweg, schallisolierte Zellen, Trennscheiben bei Besuchen, andauernde entwürdigende körperliche Durchsuchungen, Zerstörung der menschlichen Kontakte nach außen, Isolierung innerhalb des Gefängnisses und die permanente, Tag und Nacht währende Kontrolle jeder Lebensäußerung schaffen Verhältnisse, welche die menschliche und politische Identität der Gefangenen zerstören und sie zu gebrochenen Menschen machen sollen. Form und Zweck dieser Haftbedingungen zielen auf die Menschenwürde der Häftlinge, sie setzen grundgesetzlich garantierte rechtsstaatliche Verfahren zugunsten von Notstandsmaßnahmen außer Kraft.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG appellieren an die Gefangenen aus der RAF, ihren Hungerstreik abzubrechen und ihn nicht bis zur Selbstvernichtung fortzusetzen, denn dadurch würde weder in der Gesellschaft noch in den Ge-

fortzusetzen, denn dadurch würde weder in der Gesellschaft noch in den Ge-

fängnissen eine wirkliche Veränderung zum Besseren erreicht. Im Gegenteil: ein solcher Tod würde eine weitere Drehung der Gewaltspirale zwischen Stadtguerilla und staatlicher Unterdrückung mit sich bringen, denn das hieße eine Fortsetzung des Tötens, hieße weitere Notstands-und Überwachungsmaßnahmen, hieße weitere Isolationsgefängnisse, hieße weitere Gefangene und sinnlose Opfer.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG sehen keinen Anlaß, erneut die Diskussion über den bewaffneten Kampf aufzunehmen, sondern wir sehen die Notwendigkeit, über neue Formen des gewaltfreien Widerstandes nachzudenken. Die Friedens- und Ökologiebewegungen haben mit ihren gewaltfreien Aktionsformen eine große Mobilisierung der Bevölkerung erreicht, die auch die Chance zur realen Veränderung eröffnet.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG appellieren daher eindringlich an die Gefangenen aus der RAF und an deren Mitglieder im Untergrund, endlich zu begreifen, daß man mit Gewalt, mit Morden, Menschenraub und Raub einer gerechten und friedlichen Gesellschaft nicht näherkommt. Die GRÜNEN IM BUNDESTAG werden sich weder in staatliche verordnete Distanzierungszwänge treiben noch ihre Solidarität gegen die unmenschlichen Haftbedingungen von der Stadtguerilla instrumentalisieren lassen. Was not tut, ist eine sofortige Auflösung der Isolationsgefängnisse, sind menschenwürdige Haftbedingungen und eine staatliche Rückbesinnung auf strikte Rechtsstaatlichkeit.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern daher:

— einen Verzicht auf jegliche Form von Isolationsfolter,
— die Beseitigung menschenunwürdiger verschärfter Haftbedingungen,
— die Aufhebung all jener Notstandsgesetze, welche unter dem Begriff Anti-Terror-Gesetze international einen traurigen Ruf erlangt haben (z.B. § 129a, Kontaktsperregesetz, etc.).

Gemeinsam mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie fordern wir angesichts der sich bedrohlich zuspitzenden Situation alle Verantwortlichen auf, umgehend nach konkreten Möglichkeiten zu suchen, die die Hungerstreikenden zum Abbruch ihrer Aktion motivieren könnten. Das bloße Abwarten und Inkaufnehmen des möglichen Todes eines oder mehrerer Hungerstreikenden kann kein Weg sein, das Gesicht des Rechtsstaates zu wahren.

Protokoll der Grünen-Bundestagsfraktion vom 26.11.84:

Roland Vogt betont, daß es sich hier nicht um ein persönliches, sondern um ein sehr grundsätzliches Problem handelt. Er erkennt an, daß Joschka Solidarität ausdrücken wollte und in freier Rede gesprochen hat. Wie würde Joschka, wie sollten die GRÜNEN sich bei einer Zuspitzung der Lage in Westeuropa verhalten? Würden sie dann auch hier Waffen nehmen? Joschkas Äußerung widerspricht dem GRÜNEN-Friedensmanifest. Sie hat zu großer Irritation in der gewaltfreien Bewegung geführt. Viele Menschen sind gerade wegen der Verheißung der Gewaltfreiheit in der grünen Partei. Hier aber sind einige Aspekte der Gewaltfreiheit nicht zu Ende gedacht: Bei zunehmender Beteiligung der GRÜNEN an Macht und Staatsgewalt (in Kommunen, Bundesländern) stellt sich die Frage, wie das Prinzip Gewaltfreiheit mit dem Staatsapparat, Militär und Verwaltung sich vertragen kann. Er beantragt, daß Joschka sich persönlich äußern soll, ebenso die Fraktion, daß aber außerdem die Diskussion über das Prinzip der Gewaltfreiheit in der Partei geführt werden muß.

Joschka: Er betont, daß er seinen Satz („.... in einer ähnlichen Situation würden Sie und ich Waffen nehmen, woher man sie bekommt") in der zugespitzten Situation in der Aktuellen Stunde und in freier Rede gehalten hat. Er hat diesen Satz ausschließlich auf die Situation in Nicaragua bezogen. Er selbst sieht die Gefahren der Militarisierung und Hochrüstung in Nicaragua, nennt als warnendes Beispiel Kuba, wo nach der Invasion in der Schweinebucht eine stärkere innere Militarisierung einsetzte. Es geht nicht um die Frage, ob mit kriegerischen Mitteln überhaupt ein Frieden zu machen ist. In Nicaragua gehe es um die Frage des **Überlebens.** Er akzeptiert, wenn Leute in solchen zugespitzten Situationen zur Waffe greifen. Als Beispiel nennt er den bewaffneten Aufstand im Warschauer Ghetto, der als Fanal dienen und die Entwicklung „Gewaltfrei in die Vernichtung" durchbrechen sollte. **In Westeuro-**

„Gewaltfrei in die Vernichtung" durchbrechen sollte. In Westeuro-

pa/BRD allerdings ist angesichts thermonuklearer Bedrohung usw. jeder bewaffnete Widerstand sinnlos und das Beharren auf „Gewaltfreiheit" berechtigt. Dies ist aber eine politische Gewaltfreiheit, nicht eine ethisch-moralische. Auch die „Aufstände" in Polen und der CSSR waren — richtigerweise — nicht bewaffnet. Er ist als heute in Mitteleuropa lebender Mensch von der Notwendigkeit der Gewaltfreiheit hier überzeugt und hat dies auch immer zum Ausdruck gebracht.

Wolfgang Ehmke: In der Diskussion um das Friedensmanifest sind beide Verständnisse von Gewaltfreiheit legitim vertreten worden. In der Bevölkerung ist das Verständnis von Gewaltfreiheit und sozialer Verteidigung noch keineswegs verbreitet. Deshalb ist u.U. **für eine Übergangszeit eine defensive Verteidigung nötig/möglich.**

Christa Nickels: Joschkas Rede hat ein ungeklärtes Grundsatzprinzip der GRÜNEN an die Oberfläche gebracht. Interessanterweise werden jetzt — mit Zunahme der Wählerstimmen und des Einflusses — auf einmal grüne Grundsätze diskutiert. Sie lehnt das Beispiel des Warschauer Aufstandes ab: bei den Juden hatte es sich eher um Schicksalsgläubigkeit und Ohnmacht gehandelt und nicht um Gewaltfreiheit im Sinne von gewaltfreiem Widerstand. Gewaltfreiheit ist auch nicht zu verwechseln mit Feigheit und Ohnmacht.

Petra Kelly: Sie meint, daß es vielleicht doch einmal in einer ferneren „Grünen Republik" zu vergleichbaren Verhältnissen wie in Nicaragua kommen könnte, Putschversuch von rechts, stärkere Eingriffe der Amerikaner u.ä. Wo hört man/frau in einem solchen Falle mit dem Kampf, der Vernichtung auf, wo ist die Grenze der Selbstverteidigung? Wie können die GRÜNEN Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterstützen? Es geht darum, auch dort einen Ausweg aufzuzeigen und nicht die immer angewandten Methoden mit ihrer Eskalation zu wiederholen (Außenminister Shultz will den Nicaraguanern die Kehle durchschneiden, die Nicaraguane den Amerikanern ebenso). Es geht darum, einen anderen Ansatz aufzuzeigen, sonst müßten die GRÜNEN eingestehen, daß auch sie keinen anderen Ausweg sehen, als nur Waffen zu sammeln. Dieser Ausweg kann nur im Prinzip der Gewaltfreiheit liegen.

Wolfgang Daniels: Das Verhältnis der GRÜNEN zu bewaffneten Befreiungsbewegungen muß geklärt werden: Verständnis für die jeweilige Situation, aber keine aktive Beteiligung.

Gert Jannsen: Die Diskussion ist zu vereinfachend. Gewaltfreiheit ist keine Lösungsformel für Weltprobleme (keine „Weltformel"). Beispiele aus anderen Regionen oder Zeiten können weder die Richtigkeit noch Unrichtigkeit des Prinzips Gewaltfreiheit belegen. Das Hauptproblem in Nicaragua ist die erzwungene Militarisierung. Deswegen wird auch in Mittelamerika ernsthaft diskutiert, ob die einzige Chance für Nicaragua nicht darin liegt, tatsächlich die Waffen wegzuwerfen. Die durch Joschkas Worte entfachte Grundsatzdiskussion krankt daran, daß bei allen Beteiligten auch deshalb Unklarheiten bestehen, weil sie selbst noch nie in einer vergleichbaren Situation waren und weil es tatsächlich objektiv fraglich und auch noch unentschieden ist, ob die Gewaltfreiheit als Prinzip eine Lösungsformel ist. Erfahrungen von Gandhi, Martin Luther-King u.a. sind nicht automatisch auf Mittelamerika oder Europa übertragbar. Was in Mittelamerika getan werden muß, können die Leute nur selbst entscheiden. Z.B. können die Bauern in den Grenzgebieten von Nicaragua nur um den Preis des Abgeschlachtetwerdens gewaltfrei reagieren. Sie können nur aus der Region wegziehen, dies aber nur unter dem Schutz des eigenen Militärs.

Roland Vogt erinnert an die Prinzipien von Gandhi, daß — wenn ein Volk die Prinzipien des gewaltfreien Widerstands noch nicht beherrscht —, der „Kampf" dem würdelosen Untergang vorzuziehen ist. Gerade deshalb müssen aber die gewaltfreien Lösungen favorisiert und propagiert werden. In diesem Sinne arbeitet er auch im Fraktions-Krisenstab. Er erinnert nochmal an die „Entmilitarisierung in Costa Rica".

Christa Reetz: ist vor allem über Joschkas Satz, daß er Waffen annehmen würde, egal von wem, sehr erschrocken. Sie sieht diesen Satz als Ausdruck einer Richtung bei den GRÜNEN, bei der frühere Revolutionstheorien nun als grüne Politik wiederkehren. Sie könne diesen Satz auf keinen Fall mittragen.

Jo Müller: Bewertet Joschkas Ausführungen als die beste und plausibelste von den politisch-taktischen Äußerungen zur Gewaltfreiheit. Er selber vertritt den moralisch-ethischen Begriff der Gewaltfreiheit. Dies ist auch die Grundlage der GRÜNEN. Aber die andere Auffassung gehört auch zu den GRÜNEN. Diese beiden Strömungen sind in der grünen Partei eine Koalition eingegangen. Die politisch-taktische Position darf nicht ausgegrenzt werden, beide Positionen müssen sensibel miteinander umgehen, u.a. in der Hoffnung auf einen Lernprozeß bei den „politisch-taktischen".

Milan Horacek: Er bekennt sich zu dem grünen Prinzip der Gewaltfreiheit und hält es für verbindlich für die BRD, Übertragbarkeit auf andere Länder ist aber nicht möglich. Im Einzelfall ist eine konkrete Entscheidung äußerst schwierig, z.B. das Heydrich-Attentat in Prag oder die **Situation in Afghanistan.** Er schildert Erlebnisse von seiner Reise nach Afghanistan. Wir als Mitteleuropäer (mit unserer Geschichte und unseren Erfahrungen) müßten für Gewaltfreiheit sein. Wir können aber trotzdem für Befreiungsbewegungen parteiisch sein, z.B. als Sanitäter in Nicaragua oder Afghanistan.

Gaby Gottwald: Dogmen wie das der Gewaltfreiheit können keine Probleme lösen. Sie nennt das Beispiel Guatemala, wo die Menschen seit Jahrzehnten in permanenter Gewalt leben, schon als Christen von der Ermordung bedroht sind. Hier z.B. ist kein Raum für gewaltfreien Widerstand. Solche Völker müssen die Möglichkeit und das Recht auf eine adäquate Verteidigung haben, sich unter Umständen auch bewaffnet zu wehren. Sie stellt fest, daß es ungeachtet der Differenzen in der jetzigen Diskussion offenbar Konsens darüber gibt, daß in Mitteleuropa am Prinzip der Gewaltfreiheit festgehalten werden muß. Auch darüber, daß die GRÜNEN als Partei daran festhalten müssen und z.B. nicht für Waffen sammeln können. Es muß aber für die GRÜNEN andere Unterstützungsmöglichkeiten geben, auch wenn diese indirekt einem System (z.B. in Mittelamerika) helfen, was Gewalt anwenden will/muß.

Gestrichene Passagen aus dem „Entwurf einer Erklärung zum Hungerstreik" (Joschka Fischer)

„*Den alle Vorstellungen übersteigenden Vernichtungskapazitäten der bestehenden politischen Systems fügt man* (durch den bewaffneten Kampf; Anm. AK) *lediglich noch ein weiteres Vernichtungspotential hinzu und zwar mit allen schlimmen Folgen, welche dies für die innere Freiheit in der Bundesrepublik mit sich bringt. Ihr müßt endlich begreifen, daß sich diese Gesellschaft nicht mit Bomben und Attentaten verändern läßt, und wenn Ihr das als Niederlage begreift, so solltet Ihr dazu stehen!*"

„*Was not tut ist eine sofortige Auflösung der Isolationsgefängnisse, sind menschenwürdige Haftbedingungen und eine staatliche Rückbesinnung auf strikte Rechtsstaatlichkeit* (bis hier in die verabschiedete Erklärung übernommen; Anm. AK) *einerseits und ein Ende des bewaffneten Kampfes andererseits. Als gewaltfreie Partei fühlen wir uns diesen Forderungen gleichermaßen verpflichtet.*"

Weitere grüne Aktivitäten zum Hungerstreik

Die Bundestagsgrünen haben auf einer Fraktionssitzung am 29.1. den Entwurf eines Gesetzes zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen beschlossen und zwei Tage später in den Bundestag eingebracht. „*Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, im Bereich der Straf- und Untersuchungshaft den völkerrechtlichen Konventionen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung weitergehende innerstaatliche Rechtsverbindlichkeit zu verschaffen.*" Verboten werden sollen u.a. „*die systematische Zufügung von akutem physischen Schmerz*", „*die systematische Zufügung psychischen Schmerzes*", „*die Verwendung von Chemikalien und Drogen (...) zur Beugung des Willens des Gefangenen*", „*die Zufügung von starkem körperlichen Schmerz oder seelischem Leiden zur Erzwingung einer Aussage oder eines Geständnisses*", „*die Isolation des Untersuchungsgefangenen von anderen Gefangenen*", „*das generelle Fernhalten oder das systematische Behindern von Besuchen und anderen Außenkontakten*".

Der Gesetzesinitiative haben sich auch grüne Landesverbände und die GAL Hamburg angeschlossen, die entsprechende Anträge in die Länderparlamente eingebracht haben.

Der Vorschlag von Fraktionssprecherin Christa Nickels, die Bundestagsfraktion solle die RAF-Gefangenen demonstrativ im Gefängnis besuchen, wurde nicht weiterverfolgt. Initiativen ergriffen in dieser Frage die grünen Europa-Parlamentarier. Auf Initiative von Brigitte Heinrich und Benny Härlin wurde eine Delegation zusammengestellt, der Abgeordnete aus verschiedenen Ländern und Parteien angehörten. Der geplante Besuch im Moabiter Frauengefängnis scheiterte am Berliner Senat, der Bedingungen stellte, die von beiden Seiten abgelehnt wurden: komplette Durchsuchung der Besucher, überwachtes 30-minütiges Gespräche mit nur einer Gefangenen (nach „taz", 30.1.).

Parlamentarische Initiativen der Europa-Grünen wurden abgebügelt. Auf einer Pressekonferenz forderten Brigitte Heinrich und Benny Härlin von der Bundesregierung, daß sie sich der Anti-Folter-Deklaration des Europarats anschließt, und betonten, daß die in der BRD praktizierte Isolationshaft nach Artikel 7 des UN-Paktes über politische Rechte und nach einer Entschließung der Vereinten Nationen 1975 zur Folter zählt („taz", 17.1.).

Die Bremer Grünen, die sich der Forderung nach Abschaffung der Hochsicherheitstrakte, der Isolationshaft und der Sonderbehandlung von Gefangenen anschließen, warnten in einer Erklärung vom 24.1. gleichzeitig davor, „*eine öffentliche Terrorismus-Hysterie zu entfachen, in deren Kielwasser immer mehr Formen politischen Widerstands als ‚terroristisch' abgestempelt werden — wie z.B. in Bremen die Blockade der Bombenzüge oder die Friedensarbeit der Initiative ‚Krieg dem Krieg'*".

„*Zu den Anhängern des Terrorismus abgestempelt*" sieht sich auch der grüne Bundesvorstand. Vorstandssprecher Lukas Beckmann verwahrte sich gegen den „*infamen Versuche der CDU*" einen „*fester (werdenden) Schulterschluß zwischen Grünen und Sympathisanten des RAF-Terrors*" (CDU-Sprecher Tiesenhausen) zu suggerieren. Beckmann: „*Unsere Position der Gewaltfreiheit ist weder mit unmenschlichen Haftbedingungen — für wen auch immer — noch mit Gewaltanwendung durch den Staat oder durch einzelne gesellschaftliche Gruppen zu vereinbaren.*" („FR", 4.2.).

Im Mittelpunkt der innerparteilichen Diskussion stand der Appell der Bundestagsfraktion zum Abbruch des Hungerstreiks. Die Erklärung des Bundesvorstands, die auf die Entschließung der Bundestagsgrünen nicht ausdrücklich eingeht, ist gleichwohl als deutliche Kritik daran gemeint. Das bestätigte der Pressesprecher des Bundesvorstands, Michael Schroeren, gegenüber der „taz" (18.1.): „*Zwar habe der Bundesvorstand der Grünen, so Michael Schroeren, zum Hungerstreik und der Situation im Knast ‚in der Tendenz' die gleiche Position wie die Fraktion. Doch in der Fraktionserklärung fehle eine explizite Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen, die die Hungerstreikenden selbst als eine zentrale Forderung aufgestellt haben. Außerdem bemängelte der Sprecher in der Fraktionserklärung, daß ‚die Reihenfolge der Appelle nicht stimmt'. Der erste Appell habe sich an die Regierung zu richten, die Haftbedingungen zu verändern, und nicht an die Inhaftierten, den Hungerstreik abzubrechen. Um deren Verhalten gehe es erst ‚in zweiter Linie'. Grundsätzlich sei es auch problematisch, von den Gefangenen einen Abbruch des Hungerstreiks zu fordern, da der Hungerstreik ‚ihr letztes und einziges Mittel überhaupt' sei, nachhaltig auf ihre Haftbedingungen aufmerksam zu machen. Fragwürdig sei, den Betroffenen Ratschläge zu geben, wie sie sich im Gefängnis zu verhalten haben.*"

Der Bundeshauptausschuß der Grünen, laut Satzung höchstens beschlußfassendes Gremium zwischen den Parteitagen, hat sich der Erklärung des Bundesvorstands und der Kritik an der Bundestagsfraktion mit großer Mehrheit angeschlossen.

Kritik an der Fraktion kam auch vom Westberliner AL-Abgeordneten Dieter Kunzelmann, der den Appell an die Gefangenen als „*luxurierende Einmischung*" („taz", 17.1.) bezeichnete, und vom Landesvorstand der Hamburger GAL, der die Bonner Parteifreunde ausdrücklich aufforderte, ihre Erklärung „*zurückzunehmen und ihre Position zu revidieren*".

Eine andere Haltung zur Zusammenlegungsforderung der RAF-Gefangenen als die Bundestagsgrünen nehmen auch die Grünen im niedersächsischen Landtag und der Landesverband Baden-Württemberg ein. Die Niedersachsen haben laut „taz" die „*Aufhebung der Kleingruppenisolation und die Zusammenlegung der Gefangenen der RAF und des Widerstandes*" gefordert. Die baden-württembergischen Grünen forderten in einem Brief an Justizminister Eyrich, daß „*ehrliche Zusagen gemacht werden, die sich auf die Forderungen der Gefangenen im Hungerstreik beziehen und nicht leere Versprechungen, wie 1981, die dann nicht eingehalten werden*"" („taz", 17.1.).

Am radikalsten äußerte sich Rudolf Bahro, der vom Bundeshauptausschuß der Grünen „*eine generelle Amnestiekampagne unter dem Motto ‚Raus aus den Knästen — überwindet die Mauern' angeleiert sehen wollte. Um die ‚festgefahrene Situation zu deblockieren, dürften die Grünen sich jetzt nicht auf eine Wischi-Waschi-Menschenrechtsposition' beschränken, sondern müßten mit der Amnestieforderung Perspektiven aufzeigen, die einen ‚Ausstieg aus der Todesspirale' ermöglichten*" („taz", 28.1.). Am Rande der Karlsruher Hungerstreikdemo am 26.1. soll Bahro gegenüber einem „taz"-Reporter darüberhinaus die Meinung vertreten haben, „*daß diese Leute, die hier demonstrierten, durchaus sich der fundamentalistischen Richtung innerhalb der Grünen anschließen könnten, so wie er sie verstehe*" („taz", 28.1.).

Pflicht zur Zwangsernährung abgeschafft

Am 24.1.85 hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der regierenden Koalitionsparteien eine Neuregelung zur Zwangsernährung hungerstreikender Gefangener verabschiedet — gegen die Stimmen der Grünen, die die Abschaffung der Zwangsernährung überhaupt gefordert hatten, und bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion.
Aus der bisherigen Rechtsgrundlage für die Zwangsernährung — dem § 101 des Strafvollzuggesetzes (StVollzG) — wurde ein Halbsatz gestrichen, dessen Fehlen es in Zukunft erlauben soll, mit medizinischen Zwangsmaßnahmen bei hungerstreikenden Gefangenen abzuwarten, bis bei ihnen nicht mehr von einer „*freien Willensbestimmung*“ gesprochen werden kann.

Hintergrund der Neuregelung sind die massiven Proteste der Ärzte während des Hungerstreiks im Frühjahr 1981, die dazu führten, daß es der Justizverwaltung beispielsweise in Westberlin nicht gelingen konnte, überhaupt noch einen Arzt zu finden, der zu Zwangsernährung bereit war.

So hatten damals sämtliche vom Justizsenator für Zwangsernährungen angesprochenen Intensivmediziner in einer gemeinsamen Erklärung dargelegt,

— daß sie grundsätzlich keinen Menschen gegen seinen ausdrücklichen Willen behandeln können,
— daß eine Behandlung nur mit Einwilligung des Betroffenen vorgenommen wird bzw. dann, wenn der Zustand eines Patienten sich so verschlechtert hat, daß er unfähig ist, eine Willenserklärung abzugeben,
— daß sie die Verantwortlichen nachdrücklich darauf hinweisen, daß eine intensivmedizinische Behandlung, die im Endstadium eines Hungerprozesses einsetzt, d. h. dann, wenn der Patient bewußtlos wird, oft eine weitere Verschlechterung und damit einen tödlichen Ausgang nicht verhindern kann. (1)

Die Ärzte waren nicht länger bereit, die Verantwortung für eine Situation zu tragen, deren Lösung allein auf der politischen Ebene zu suchen ist. „*Angesichts der Möglichkeit, daß bei Fortsetzung des Hungerstreiks mit dem Tod eines Gefangenen gerechnet werden muß, richten die Ärzte nochmals dringend den Appell an die politisch Verantwortlichen, ihre Haltung zu den Forderungen der Gefangenen nach Veränderung der Haftbedingungen erneut zu überprüfen und zu den möglichen Folgen ins Verhältnis zu setzen.*“ (2)

Auch Anstaltsärzte weigerten sich damals, Zwangsernährungen bei Hun-

damals, Zwangsernährungen bei Hun-

gerstreikenden durchzuführen. Beispielhaft sei hier Dr. Leschhorn genannt, dessen Selbsttötung Anfang 1982 im direkten Zusammenhang mit den Pressionen seitens der Justizverwaltung gegen ihn zu sehen ist.

Zur Erinnerung: Nach Beendigung es Hungerstreiks 1981 wurde Dr. Leschhorn im Juli vom Moabiter Gefängniskrankenhaus in das Tegeler Haftkrankenhaus strafversetzt. Unter anderem wegen seiner Weigerung, Zwangsernährungen durchzuführen, war ihm „*Sympathisantentum für den Terrorismus*“ vorgeworfen worden (3).

Zwangsernährung im letzten Hungerstreik

Daß Zwangsernährung für Gefangene Folter ist, daran kann es keinen Zweifel geben. Rolf Clemens Wagner beschreibt die Zwangsernährung — bei ihm bereits ab dem 7.1.85 viermal wöchentlich durchgeführt — so:

„... was ich von dem Gemurmel mitgekriegt hab', waren so zwei Satzfetzen: ... Heute werden wir mal ... vielleicht macht er's dann ...

Dann kam er mit seiner üblichen Aufforderung abzubrechen und fing dann an, indem er die Sonde nicht mehr 'nur' durch die Nase in den Rachen und — wenn er endlich die richtige Röhre hat — weiter in den Magen stößt, sondern mit dem Ende des Plastikschlauchs im hinteren Nasenbereich hin- und herscharrt, dabei nicht nur die ganze Schleimhaut kaputt macht, sondern auch ganz gezielt — unter dem Vorwand, er käme nicht durch — die Nerven da sucht und wie wild drauf rumstochert. Wenn er dann so schmerzhaft wie möglich endlich im Rachenraum ist, fängt das gleiche da an: Schrappt an allem rum, was man da hat, sucht gezielt die schmerzempfindlichsten Stellen, drückt das Schlauchende da rein. Wenn er die Speiseröhre erwischt, fährt er da ein bißchen rauf und runter, wischt den blutigen Schleim ab, fettet neu ein und fängt die gleiche Tour von vorn an, ca. fünf- bis sechsmal, geschätzt 15 bis 20 Minuten lang. Am Freitag hat ihm dann die Anästhesistin, die vorher würgend rausgelaufen war, weil es ihr offenbar speiübel geworden war, die Sonde abgenommen, sich auch nochmals ein paar Takte ausgetobt und dann das Ding endlich in den Magen praktiziert, worauf er dann mit ziemlicher Geschwindigkeit mir diesen Liter Pampe abgefüllt hat. Danach nur noch ein Gefühl von schmerzhaftem Matsch, Kopf, Hals, Ohr, jede Bewegung tat weh, ich konnte praktisch nicht mehr reden,

Hals, Ohr, jede Bewegung tat weh, ich konnte praktisch nicht mehr reden,

weil alles total zugeschwollen war, trotz irren Dursts auch nichts saufen. Erst spät in der Nacht konnte ich mir irgendwie 'ne Tasse Wasser reinwürgen, wobei mir bei jedem Schlückchen die Tränen in die Augen geschossen sind. Den ganzen Samstag habe ich noch blutig gelben aus Nase und Rachen geholt. Am Sonntag ging's, hatte auch die Bluterei aufgehört.

Aber war natürlich doch alles wahnsinnig empfindlich, als das Montag wieder losging. Da ham'se dann, als er mal wieder den Schlauch losgelassen hatte, die Katze aus dem Sack gelassen, als einer der Sanis fragte, ob ich denn nicht die Soße so trinken wollte.

Der Zwang wäre ja immer noch gegeben, aber man könnte sich doch die ganze Tierquälerei sparen, wär' doch für alle Beteiligten grauenhaft usw.

Ich hab' dann gekrächzt, daß das gezielt physische Folter ist, daß sie alle ein eingespieltes Folterteam sind. Worauf Schleifer brüllte, ich solle endlich aufhören, alles zu verdrehen, hier würde nicht gefoltert, sondern ich würde gezielt Widerstand leisten und dann wäre das eben so.

Er hätte keinerlei politische Motivation, nur rein medizinische etc. ...“ (4).

Im übrigen war seitens der Bundesanwaltschaft die Zwangsernährung für alle hungerstreikenden Gefangenen bereits vor Weihnachten 1984 beantragt und für mindestens neun Gefangene spätestens am 19.12.84 genehmigt worden (5).

Außer Rolf Clemens Wagner wurden mindestens Sieglinde Hoffmann, Adelheid Schulz und Helmut Pohl zwangsernärt; dieser bereits nach 23 Tagen im Hungerstreik, am 27.12.84. Entgegen den Vermutungen von Medizinern und Strafvollzugexperten, die vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages am 14.12.84 gehört worden waren (6), hatten jedenfalls einzelne Länderbehörden doch Ärzte gefunden, die zu Zwangsernährungen bereit waren. Ob auch hier, wie 1981 in Westberlin, „behandlungsbereiten“ Ärzten die Bestimmung der Höhe des eigenen Honorars selbst überlassen blieb, wissen wir nicht.

Gegen Ende des Hungerstreiks wurden die Zwangsernährungen der Gefangenen eingestellt, sicher nicht zu-



Lutz Taufer vor der Medizinischen Klinik in Hannover

letzt unter dem Eindruck der Verabschiedung der „Reform“.

letzt unter dem Eindruck der Verabschiedung der „Reform“.

Möglicherweise aber auch deshalb, weil den behandelnden Ärzten bekannt war, daß Zwangsernährungen eher gesundheitsschädlich als heilsam sind.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Tod von Sigurd Debus im Hungerstreik 1981, der an den Folgen einer Masseblutung im Gehirn gestorben ist, die eine typische Folge von „dumpfer Gewaltanwendung“ auf den Kopf ist. Wahrscheinlich hatten Krankenpfleger Sigurd Debus vor der Zwangsernährung am 5. April 1981 beim Festschnallen Schläge auf den Kopf verpaßt (7).

Der Westberliner Gefängnisarzt Dr. Meixner schätzte das Vorgehen des Hamburger „Kollegen“ Dr. Friedland damals so ein: „*Sie* (die Gefangenen) *dürfen sterben, aber sie dürfen nicht verhungern*“ (8).

... und dann: die Thatcher-Linie

Tatsächlich hatten 1981 immerhin 178 Ärzte erklärt: „*Wir können in keinem Fall akzeptieren, daß die Justizbehörden — im Wissen um unsere Hilfe keine Anstalten machen, die wesentlichsten Hafterleichterungen zu gewähren*“ (9).

Mit der Ablehnung der Zwangsernährungen ließen sich die Ärzte nicht in die Strategie des Staates gegen die hungerstreikenden Häftlinge einspannen. Darauf hat der Staat BRD mit der jetzt verabschiedeten Regelung reagiert, indem er den Ärzten die Verantwortung für die Gefangenen weitestgehend abgenommen hat. Jedoch ist der Staat BRD nicht gewillt, auf Forderungen von Ärzten und Gefangenen nach veränderten Haftbedingungen auch nur ansatzweise einzugehen. Vielmehr haben sich die regierenden Parteien entschlossen, zuzusehen bzw. zusehen zu lassen, wie die Gefangenen verhungern.

„Mit dem Hungerstreik verfolgt ein Mensch nicht das Ziel, sich selbst umzubringen, sondern er will damit gerade dokumentieren, daß er leben will und zwar unter anderen Bedingungen“ (10).

Eine solche Haltung findet mensch bei der regierenden Koalition nicht wieder. Hier ein paar Kostproben aus der Bundestagsdebatte vor der Verabschiedung des geänderten § 101

der Bundestagsdebatte vor der Verabschiedung des geänderten § 101

StVollzG:

„*Eine Einschränkung des Grundrechts der Menschenwürde gibt es nicht. Auch für den Strafgefangenen und den Mitarbeiter im Vollzug (!) gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar ...*

Straf- und Untersuchungsgefangene haben auch schon in der Vergangenheit in einer Vielzahl von Fällen versucht, durch organisierte Hungerstreikaktionen den Staat und seine Bürger zur Erfüllung meist illegitimer Forderungen zu veranlassen. Da man solchen Angriffen widerstehen will, müssen die Organe unseres Staates nach geltendem Recht die Gefangenen medizinisch ernähren ... Eine so weitgehende Verpflichtung zur Zwangsernährung ist nicht gerechtfertigt und nicht zumutbar ... Die freie Willensentscheidung eines Gefangenen, den Hungerstreik als Waffe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung einzusetzen, sollte gemäß Art. 2 des Grundgesetzes (freie Entfaltung der Persönlichkeit) ebenso hingenommen werden, wie der Arzt die Entscheidung eines ihm anvertrauten Patienten zu respektieren hat, der eine lebensrettende Operation ablehnt ... Wer sich kaltblütig zum Hungerstreik als Kampfmittel und zur Selbstmorddrohung entschließt, kann nicht einem Gefangenen gleichgestellt werden, der ... am Leben verzweifelt und diesem ein Ende setzen will. Letzterem muß Hilfe zuteil werden, wozu die Organe des Staates ... auch verpflichtet sind. Der im Hungerstreik befindliche Erpresser kann dieses Recht nicht für sich in Anspuch nehmen ...

Jeder, der in einen Hungerstreik tritt, weiß in Zukunft, daß mit einem Eingreifen eines Arztes nicht zu rechnen ist, solange er diesem ärztlichen Tun widerspricht oder gar Widerstand leistet ...

Die freie Selbstbestimmung wird anerkannt, wenn es um seine Person, um sein Leben geht. Wir sichern damit die Menschenwürde.“ (11) Soweit der Abgeordnete Seesing für die CDU/CSU-Fraktion am 24.1.85 im Deutschen Bundestag. Zynischer dürfte es kaum noch gehen.

Und FDP-Abgeordnete Beckmann: „*Von einer immer wieder heraufbeschworenen Isolationshaft kann überhaupt keine Rede sein. Diesen Gefangenen steht jederzeit die Möglichkeit offen ... am allgemeinen Normalvollzug teilzunehmen. Im übrigen sind die Gefangenen in kleinen, sogenannten interaktionsfähigen Gruppen zusammengefaßt ...* (12)

Tatsache ist demgegenüber, daß eine Gruppe **ab fünfzehn Personen** als „*interaktionsfähig*“ bezeichnet wird.

Weil es an den Haftbedingungen nicht liegen kann, daß Gefangene in einen Hungerstreik treten, ist es für den Abgeordneten Saurin (Nomen est Omen), ebenfalls CDU/CSU-Fraktion, unverständlich, „*weshalb der Gefangene gewaltsam daran gehindert werden soll, seine ureigensten persönlichen Freiheitsrechte wahrzunehmen. Dieser Eingriff in seine persönlichen Freiheitsrechte geschieht durch die Zwangsernährung auf eine diesen Menschen in seiner Körperlichkeit vergewaltigenden Weise ... Zudem wird* (durch die bisherige Regelung — Anm. AK) *der Eindruck erweckt, daß im Falle der Nahrungsverweigerung auch bei akuter Lebensgefahr ... der Eintritt des Todes verhindert werden kann. Dieser Sachverhalt stärkt ... zum Beginn und zur Fortführung der Nahrungsmittelverweigerung ... In Großbritannien hat eine in Grundzügen vergleichbare Praxis dazu geführt, daß es seit der Abschaffung der Zwangsernährung keine spektakulären Hungerstreikaktionen mehr gegeben hat ... Seitdem den Gefangenen dort dreimal täglich Mahlzeit in die Zelle gestellt wird und sie darauf hingewiesen werden, welche Folgen sie mit ihrem Hungerstreik für sich selbst eingehen, hat es in England keine einzige spektakuläre Hungerstreikaktion mehr gegeben.*“ (13)

Damit haben sich die regierenden Koalitionsparteien als Vertreter der sogenannten „Englischen Linie“ zu erkennen gegeben. Die britische Thatcher-Regierung hatte dem Hungerstreik der nordirischen IRA-Gefangenen im Jahre 1981 so lange — und ohne zu verhandeln, geschweige denn die Haftbedingungen zu verändern — zugeschaut, bis vier Gefangene, unter ihnen Bobby Sands und Patrick O'Hara, gestorben waren und der Hungerstreik abgebrochen wurde (14).

ne, unter ihnen Bobby Sands und Patrick O'Hara, gestorben waren und der Hungerstreik abgebrochen wurde (14).

„Er hat sich selbst getötet, indem er Nahrung und medizinische Behandlung verweigerte“ — das war damals der zynische Kommentar der Thatcher-Regierung zum Tode von Bobby Sands.

Ungeachtet allen Herumgeredes von „Menschenwürde“ ist der Kern der aktuellen „Reform“ also: Laßt sie doch verhungern.

Sollte es aber zu irgendeinem Zeitpunkt wieder opportun erscheinen, Zwangsernährungen durchführen, werden sich auch dafür Wege finden. Schon wollen Abgeordnete und Juristen in der Klausel des § 56 StVollzG, der dem Staat die Gesundheitsfürsorge von Gefangenen anheimstellt, eine Rechtsgrundlage für Zwangsernährungen ausmachen. Ein Verbot der Zwangsernährung gibt es jedenfalls nicht.

Anti-Repressions-Kommission KB/Westberlin

§ 101 des Strafvollzuggesetzes (StVollzG) lautet:

§ 101. Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge. (1) Medizinische Untersuchung und Behandlung sowie Ernährung sind zwangsweise nur bei Lebensgefahr, bei schwerwiegender Gefahr für die Gesundheit des Gefangenen oder bei Gefahr für die Gesundheit anderer Personen zulässig; die Maßnahmen müssen für die Beteiligten zumutbar und dürfen nicht mit erheblicher Gefahr für Leben oder Gesundheit des Gefangenen verbunden sein. Zur Durchführung der Maßnahmen ist die Vollzugsbehörde nicht verpflichtet, solange von einer freien Willensbestimmung des Gefangenen ausgegangen werden kann, es sei denn, es besteht akute Lebensgefahr.

(2) Zum Gesundheitsschutz und zur Hygiene ist die zwangsweise körperliche Untersuchung außer im Falle des Absatzes 1 zulässig, wenn sie nicht mit einem körperlichen Eingriff verbunden ist.

(3) Die Maßnahmen dürfen nur auf Anordnung und unter Leitung eines Arztes durchgeführt werden, unbeschadet der Leistung erster Hilfe für den Fall, daß ein Arzt nicht rechtzeitig erreichbar und mit einem Aufschub Lebensgefahr verbunden ist.

Gestrichen wurde der letzte Halbsatz im ersten Abschnitt, alles andere wurde beibehalten.

Anmerkungen

(1) Zur Zwangsernährung verpflichtet?, S. 25, Berlin 1981
(2) s. o., S. 26
(3) AK 224
(4) „taz“, 2.2.85
(5) „taz“, 20.12.84
(6) „Frankfurter Rundschau“, 15.12.84
(7) AK 224
(8) „taz“, 5.4.82
(9) Zur Zwangsernährung verpflichtet! S. 91
(10) s. o., S. 84
(11) Protokolle des Deutschen Bundestages — 10. Wahlperiode — 117. Sitzung, 24.1.85, S. 8639
(12) s. o., S. 8644
(13) s. o., S. 8653
(14) AK 202

Zur Geschichte der Weltkriege
Teil 6

Der 2. Weltkrieg



Wir setzen unsere in AK 250 unterbrochene Artikel-Serie „Zwischen den Weltkriegen" nun mit einer Darstellung zum 2. Weltkrieg fort. Wegen des Umfangs des Themas haben wir daraus drei Teile machen müssen. Der erste beschäftigt sich in erster Linie mit dem Angriff auf die Sowjetunion und dem Kriegsverlauf bis zu diesem Zeitpunkt. Er führt bis zur Wende des Krieges 1942/43. Der zweite Teil wird die Politik der USA bis zu ihrem Kriegseintritt im Dezember 1941, ebenso die Politik Japans bis dahin und schließlich den Krieg in Ostasien/Pazifik behandeln. Der dritte Teil soll sich mit der letzten Kriegsphase 1944/45, vor allem aber mit der ‚Anti-Hitler-Koalition' beschäftigen. Es soll dort betrachtet werden, wie sich in dem Zweckbündnis der westlichen Großmächte mit der Sowjetunion schon die gleichen Widersprüche geltend machten, die nach 1945 den „Kalten Krieg" bestimmten.

AK-Redaktion

Das erste Kriegsjahr

Der ‚Polen-Feldzug' war der erste einer ganzen Serie von ‚Blitzkriegen' der Wehrmacht. Auf Kriegführung d i e s e r Art, und n u r dieser Art hin war die nazistische Kriegsplanung seit 1933 angelegt gewesen. Zentrale Bedingungen dieser Strategie waren hohe Beweglichkeit und Durchschlagskraft, ausgedrückt in Panzerdivisionen und motorisierten Infanteriedivisionen. Diese Strategie konnte es ermöglichen, sich gegen eine insgesamt an Kräften überlegene gegnerische Koalition durchzusetzen, indem man die Gegner einzeln nacheinander angriff, und zwar in so raschem Tempo, daß die gegnerische Kriegs-Koalition weder zur Entfaltung einer gemeinsamen strategischen Kriegführung noch gar zu einem für das Deutsche Reich problematischen ‚Abnutzungskrieg' in der Lage sein durfte. Die Wehrmacht griff Polen am 1.9.39 mit 1,6 Millionen Mann in 63 Divisionen an, davon 7 Panzerdivisionen, d.h. alle vorhandenen. Die polnische Armee war mit 1 Mio. Mann schon zahlenmäßig unterlegen; bei Panzern und Flugzeugen lag diese Unterlegenheit sogar im Verhältnis 5:1. (1) Die Strategie der Wehrmacht sah ähnlich aus wie 1941 gegen die Sowjetunion: mit tiefen Zangenangriffen auf der ganzen Breite der Front wurden große gegnerische Kräfte überlaufen und eingeschlossen. Etwa am 17.9. (an diesem Tag verließ die Regierung Warschau und flüchtete nach Rumänien) war der ‚Feldzug' entschieden, auch wenn polnische Einheiten noch bis Ende des Monats Widerstand leisteten und Warschau erst am 28.9. kapitulierte.

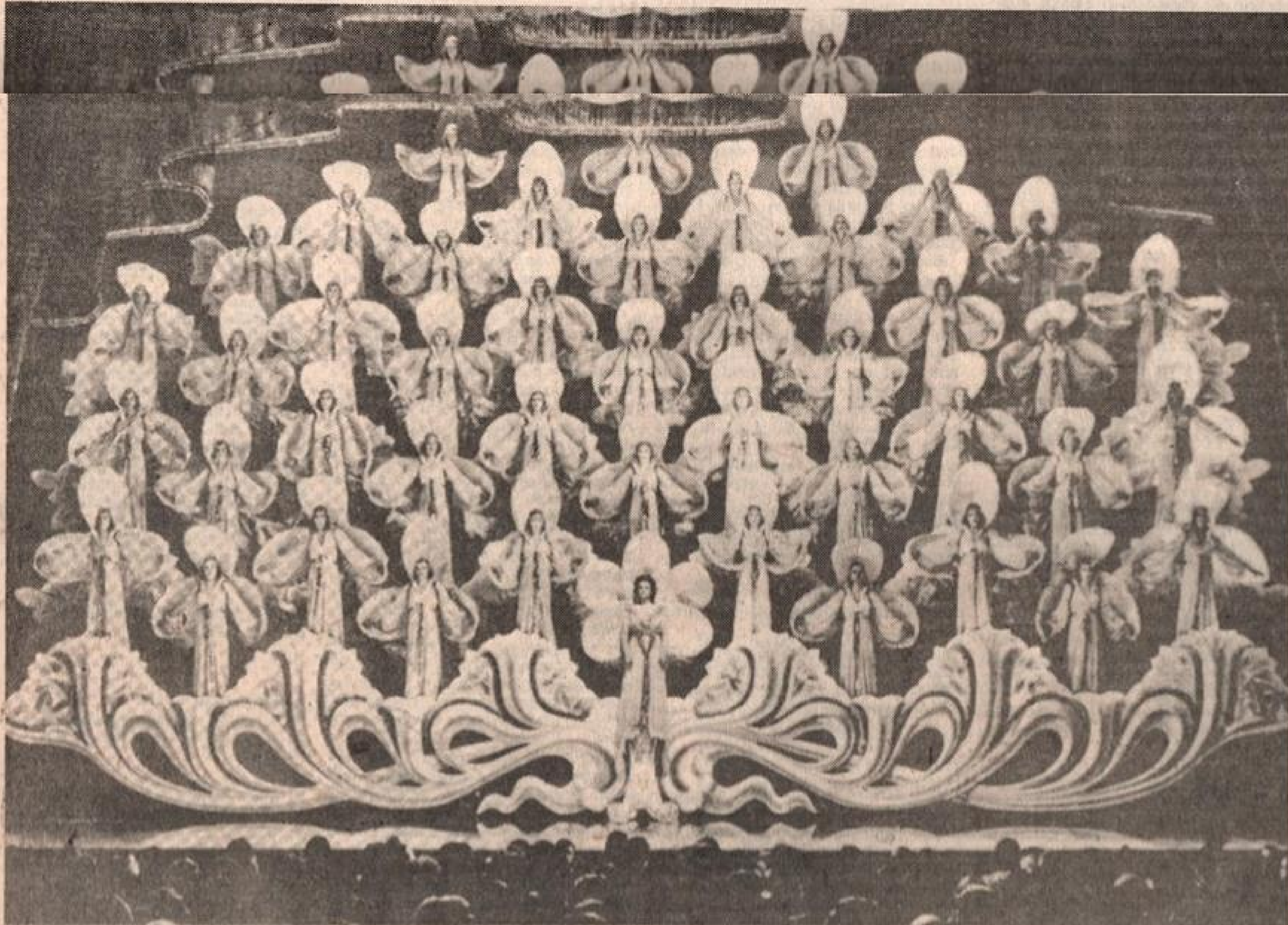
Der ‚Blitzkrieg' gegen Polen war möglich, weil sich die deutsche Führung hinreichend sicher war, im Westen zunächst keine Schwierigkeiten zu bekommen, sodaß nur relativ wenige und schwache Divisionen in der ersten Septemberhälfte die deutsch-französische Grenze „hüteten". Eine französische Offensive hätten sie keinesfalls aufhalten können. Die deutsche Führung konnte sich aber in dieser Sache sehr sicher sein, weil sie die Militärvereinbarungen zwischen Frankreich und Polen kannte. Danach hätte die französische Armee erst am 15. Tag nach Beginn eines deutschen Angriffs auf Polen mit dem „Gros" ihrer Kräfte Deutschland attackieren sollen. Dies war für ausreichend gehalten worden, weil man die militärische Widerstandskraft Polens höher eingeschätzt hatte, als sie sich dann in der Praxis darstellte. Diese alliierte Planung scheiterte, weil die Wehrmacht schon ab Mitte September Divisionen aus Polen herausziehen und nach Westen verlegen konnte. Wie weit darüber hinaus auch mangelnde Bereitschaft, real gegen Deutschland Krieg zu führen, eine Rolle spielte (wie es vor allem die sowjetische und pro-sowjetische Geschichtsschreibung behauptet) (2), ist schwer zu ergründen. Tatsache ist, daß Hitler mit seinen Versuchen, im Herbst 1939 nach Abschluß des ‚Polen-Feldzugs' zu einem Friedensschluß auf Basis der mit Gewalt geschaffenen Tatsachen zu kommen, nicht erfolgreich war. Das spricht gegen die gradlinige Interpretation, es sei den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens nur darum gegangen, sich im Geiste des „Appeasement" nicht mit dem NS-Staat anzulegen. Wahr ist aber, daß sie für einen Krieg gegen Deutschland keine praktikable Strategie hatten, und nach dem Wegfall ihres Verbündeten Polen noch viel weniger als vorher. Ein großer Teil der Überlegungen der führenden Kreise Frankreichs und Großbritanniens im Zeitraum Herbst 1939 bis Frühjahr 1940 beschäftigte sich daher mit Möglichkeiten, das Potential der eigenen Koalition dadurch zu vergrößern, daß man neue Staaten in den Krieg hineinzog: Griechenland, die Türkei, Norwegen, Schweden in erster Linie, langfristig natürlich auch die USA. Als hätte man sonst keine Sorgen, dachte man in Paris und London sogar an eine Intervention im sowjetisch-finnischen ‚Winterkrieg' 1939/40 und an Bombenangriffe auf die sowjetischen Öl-Quellen im Kaukasus-Gebiet. (3) Keines dieser Projekte wurde realisiert.

Die strategische Initiative blieb bei der deutschen Führung, die am 9.4.40 mit 9 Divisionen Dänemark und Norwegen angreifen ließ. Während Dänemark im Nu überrannt war, zogen sich die Kämpfe in Norwegen bis Anfang Juni hin. Ab 14.4. waren daran auch an mehreren Punkten gelandete britische und französische Einheiten beteiligt. Diese Kräfte waren allerdings nur schwach und konnten sich lediglich in den Kämpfen um Narvik behaupten. Die Intervention wurde Ende Mai 1940 abgebrochen und alle alliierten Truppen aus Norwegen evakuiert, als sich die Niederlage in Frankreich abzeichnete.

Die deutsche Führung rechtfertigte den Überfall auf das neutrale Norwegen mit dem Argument, sie sei damit einer geplanten Intervention Großbritanniens und Frankreichs zuvorgekommen. Das ist doppelt falsch, denn 1. stand eine solche Intervention real zumindest zu diesem Zeitpunkt nicht bevor, und 2. war der Überfall auf Norwegen schon im Dezember 1939 fest beschlossen worden. Richtig ist jedoch, daß die Alliierten im Winter/Frühjahr 1939/40 permanent an Projekten gebastelt hatten, um die Eisenerz-Zufuhren für Deutschland aus Schweden, die über Norwegen verschifft wurden, abzuschneiden. So hatte auch bei Projekten einer militärischen Hilfsaktion für Finnland der Gedanke im Vordergrund gestanden, auf diesem Weg die norwegischen Häfen in die Hand zu kriegen. Real herausgekommen war schließlich nur eine Aktion zur Verminung der norwegischen Küste, zufällig am 8.4., also einen Tag vor Beginn des deutschen Angriffs. Ein Nebeneffekt des ‚Norwegen-Feldzugs' war, daß Deutschland fast alle seine Überwasser-Kriegsschiffe einbüßte. (4)

Am 10.5.40 begann der ‚West-Feldzug' mit dem deutschen Angriff auf Belgien und die Niederlande. Das militärische Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und den Alliierten (incl. Niederlande und Belgien) war ungefähr ausgeglichen, bei leichten Übergewichten der Alliierten, vor allem in der Artillerie. Nur in der Luft gab es eine deutsche Überlegenheit. (5)

Der Krieg an dieser Front wurde im wesentlichen dadurch entschieden, daß ein deutscher Stoßkeil aus den Ardennen quer durch Belgien zur Kanalküste durchbrechen konnte, die am 20.5. erreicht wurde. Dadurch waren die alliierten Kräfte in Belgien (darunter das Gros der britischen Divisionen) von denen in Frankreich getrennt. Die alliierten Einheiten in Belgien wurden in den folgenden Tagen in einen immer engeren Kessel um Dünkirchen zusammengedrängt und mußten von dort unter schweren Luftangriffen ausgeschifft
folgenden Tagen in einen immer engeren Kessel um Dünkirchen zusammengedrängt und mußten von dort unter schweren Luftangriffen ausgeschifft
werden. (6) Am 5.6. begann die Wehrmacht mit der 2. Phase dieses ‚Feldzuges', dem Angriff auf Frankreich. Großbritannien ging nun sehr schnell dazu über, auch aus Frankreich seine Truppen zu evakuieren, während man zugleich dem Verbündeten flammende Appelle zum Durchhalten und Weiterkämpfen schickte. Am 14.6. zogen deutsche Truppen in Paris ein, am 22.6. mußte Frankreich den Waffenstillstand von Compiègne unterzeichnen. Ein großer Teil des Landes, einschließlich der gesamten Kanal- und Atlantikküste, blieb unter deutscher Besatzung. Der Rest bildete einen dem Namen nach autonomen Stat mit einer kollaborierenden Regierung in Vichy. Frankreich behielt auch seine sämtlichen Kolonien, ohne daß irgendwo deutsche Truppen stationiert wurden. Das führte zu den unklaren, von Ort zu Ort sehr unterschiedlichen Situationen, wie sie Freunden des Films „Casablanca" geläufig sind. Teils sympathisierten die französischen Militärs und Behörden in den Kolonien mit den Alliierten und der Widerstandsfront De Gaulle's, teils leisteten sie diesen aber später auch militärischen Widerstand, wie in Teilen Marokkos und Algeriens nach der Landung der Alliierten im November 1942. Dem entsprach auf deutscher Seite eine allerdings nie konsequent in Praxis umgesetzte Neigung, Vichy-Frankreich in die Front der ‚Achsenmächte' einzubauen. (7) Vor dem Gelingen dieses strategisch gar nicht so uninteressanten Vorhabens wurde die Welt zum Glück durch die unglaubliche nationale Überheblichkeit der NS-Führer bewahrt, die zu einer solidarischen Bündnispolitik nicht einmal gegenüber ihren Partnern Italien und Japan fähig waren, ge-



Revue-Szene aus dem Film „Die große Liebe" mit Zarah Leander und Viktor Staal. Der Film hat am 12. Juni 1942 Premiere. Die deutsche Siegesgewißheit ist auf dem Höhepunkt. Wenig später werden neue Sondermeldungen den Vormarsch der Wehrmacht auf Stalingrad und Kairo verkünden. Die Massenmord-Industrie in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern arbeitet schon seit einigen Monaten auf vollen Touren.

schweige denn gegenüber einem militärisch geschlagenen Gegner.

Nach dem Abschluß des ,West-Feldzugs' Ende Juni 1940 rückte ein Angriff auf die britische Insel in das Zentrum der Planung. Eine Denkschrift des Generals Jodl (Chef des Wehrmachtführungsamtes) vom 30.6.40 gab zwei Möglichkeiten zur Weiterführung des Krieges gegen Großbritannien an: ,,*a) durch Kampf gegen das englische Mutterland; b) durch Ausweitung des Krieges an der Peripherie*''. Zu a) waren drei Unterpunkte genannt: ,,*1. die ,Belagerung' ...; 2. der Terrorangriff gegen die englischen Bevölkerungszentren; 3. die Landung mit dem Ziel, England zu besetzen.*'' Zum ,,Krieg an der Peripherie'', dem Jodl gegenüber den eben zitierten drei Optionen den Vorzug zu geben schien, stand in der Denkschrift: Deutschland müsse sich dabei anderer Länder bedienen, ,,*die am Zerfall des englischen Weltreichs interessiert sind*''. Das seien ,,*in erster Linie Italien, Spanien, Rußland und Japan*''. Konkret gedacht war u.a. an einen Angriff auf den Suez-Kanal, an die Förderung von Revolten im arabischen Raum und an die Eroberung des britischen Stützpunkts Gibraltar. (8)

Das Oberkommando der Wehrmacht/OKW kam am 2.7.40 zu der Einschätzung, daß eine Invasion der britischen Insel nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich sei. Die wichtigste davon sei die Erkämpfung der Luftherrschaft, um die britische Überlegenheit zur See neutralisieren zu können. Am 16.7.40 gab Hitler Anweisung, eine Invasion (,,Unternehmen Seelöwe'') vorzubereiten; die Vorbereitungen sollten bis Mitte August abgeschlossen sein. Detaillierte Pläne für die Landung in mehreren Brückenköpfen an der südenglischen Küste wurden entworfen und eine große Transport-Flotte wurde in den Kanalhäfen konzentriert. Falls diese Pläne jemals e r n s t h a f t betrieben wurden — was sehr zweifelhaft ist —, so scheiterten sie jedenfalls an der deutschen Niederlage im Kampf um die Luftherrschaft.

Dieser Kampf begann am 13.8.40 mit dem Ziel, die britische Luftwaffe systematisch zu zerschlagen. Angegriffen werden sollten zu diesem Zweck in erster Linie Flugplätze und Wartungsanlagen sowie Produktionsstätten für Kriegsflugzeuge. Außerdem sollten die britischen Jagdflieger dazu gebracht werden, sich möglichst oft zum Luftkampf zu ,stellen', um sie dank der zahlenmäßigen und qualitativen Überlegenheit der deutschen Luftwaffe, die man sich einbildete, rasch dezimieren zu können. Dieser Rahmen wurde Anfang September erweitert um Bombenangriffe auf Häfen, Industrieanlagen und Wohngebiete in erster Linie in London. Das Resultat war, daß die deutschen Verluste höher waren als die britischen (u.a. wegen besserer Qualität der britischen Maschinen und höherem Ausbildungsstand der Piloten), und daß Großbritannien besser als Deutschland in der Lage war, seine Verluste durch Neubauten zu ersetzen. (9) Am 12.10.40 wurde das ,,Unternehmen Seelöwe'' nach mehrmaligem Aufschub endgültig abgeblasen, dem Wortlaut nach allerdings nur auf einen unbestimmten Termin im Jahre 1941 verschoben.

An der Südflanke

Der Mittelmeer-Raum blieb bis Ende 1942 ein Nebenschauplatz des Krieges. Entsprechend der Arbeitsteilung unter den ,Achsenmächten' hätte die Kriegsführung und die politische Dominanz in diesem Raum im Wesentlichen Italien vorbehalten bleiben sollen. Es zeigte sich jedoch, daß die italienischen Streitkräfte dazu, trotz einer auf dem Papier gar nicht ungünstigen Ausgangslage, überhaupt nicht in der Lage waren.

Am 28.10.40 griff Italien von seiner Kolonie Albanien aus Griechenland an. Trotz großer Überlegenheit Italiens an Panzern und Flugzeugen lief der Angriff sich nicht nur fest, sondern wurde weit auf albanisches Gebiet zurückgeworfen. Die deutsche Führung hatte sich gegenüber dem italienischen Vorgehen desinteressiert oder sogar unwillig gezeigt. Angeblich lief der Überfall ihres Verbündeten ihrer eigenen strategischen Absicht zuwider, auf dem Balkan keine weitere Kriegsfront entstehen zu lassen. Indessen spricht die Logik der deutschen Strategie im 2. Weltkrieg dafür, daß ein sehr großes Interesse daran bestanden haben muß, vor dem geplanten Angriff auf die Sowjetunion noch rasch die Balkan-Flanke abzusichern, also militärisch zu besetzen. Insofern kam das Versagen der italienischen Streitkräfte nicht einmal ungelegen: war nun doch ein zwingender Grund für das Erscheinen deutscher Truppen auf dem Schauplatz gegeben. In der ,Weisung' Nr. 18 (12.11.40) war erstmals die Rede von ,,Vorbereitungen'', um ,,im Bedarfsfall'' vom verbündeten Bulgarien aus Griechenland zu besetzen ,,*und damit die Voraussetzung für den Einsatz deutscher Fliegerverbände gegen Ziele im ostwärtigen Mittelmeer zu schaffen*''. (10) In der ,Weisung' Nr. 20 (13.12.40) wurden Details des Aufmarsches zum Überfall auf Griechenland (jetzt als ,,Unternehmen Marita'' betitelt) festgelegt. Voraussichtlicher Angriffstermin war März 1941 (11). Der Angriff begann schließlich am 6.4.41, und gleichzeitig auch gegen Jugoslawien. Dort war wenige Tage vorher die profaschistische Regierung gestürzt worden, nachdem sie dem ,Achsen'-Pakt beigetreten war. Jugoslawien mußte am 17.4. kapitulieren; Griechenland war bis April 1941 im Wesentlichen unterworfen. Die beiden britischen Divisionen, die nach dem italienischen Überfall nach Griechenland verlegt worden waren, mußten evakuiert werden. Am 20.5.- 1.6.41 besetzte die Wehrmacht mit einem Luftlande-Unternehmen auch noch die Insel Kreta. Damit war — mit Ausnahme Gibraltars — die britische Armee vollständig vom Kontinent vertrieben worden.

Schwerpunkt der Kriegsführung im Mittelmeer wurde nun Nordafrika. Hier waren italienische Truppen Mitte September 1940 von ihrer Kolonie Libyen aus nach Ägypten eingedrungen. Eine Anfang Dezember 1940 einsetzende britische Gegenoffensive warf die Angreifer weit zurück, sodaß nun Libyen selbst gefährdet war. Das veranlaßte die deutsche Führung im Winter 40/41, zwei Divisionen nach Libyen zu verlegen (,Afrikakorps'). Dieser schmale Kräfteeinsatz zeigt, wie wenig strategisches Interesse die deutsche Führung an diesem Kriegsschauplatz hatte — jedenfalls solange die Sowjetunion noch nicht ,,erledigt'' war. Das ,Afrikakorps' sollte einstweilen defensiv agieren, um die italienische Flanke zu halten. Mehr war kräftemäßig gar nicht möglich, auch wenn diese Tatsache zeitweise durch erstaunliche Momentserfolge gegen die zahlenmäßig und materiell weit überlegenen britischen Truppen verdeckt war. Das gilt besonders für die letzte große Offensive, mit der das ,Afrikakorps' Anfang Juli 1942 bis zurz vor El Alamein kam, ehe die Front stabilisiert werden konnte. Mit der britischen Ggenoffensive ab Ende Oktober 1942 und der fast gleichzeitigen Landung amerikanischer und britischer Truppen in Marokko und Algerien (ab 8.11.42) waren die ,Achsen'-Kräfte in Nordafrika einem zangenförmigen Zugriff ausgesetzt. Obwohl nun plötzlich erhebliche deutsche Verstärkungen nach Nordafrika gebracht wurden, wurden die ,Achsen'-Kräfte schließlich in der Nordecke Tunnesiens zusammengedrängt, wo am 13.5.43 rund 250.000 Mann kapitulierten. Der Weg nach Italien war geöffnet.

Die deutsche Führung hatte den Krieg in Nordafrika/Nahost ihrem Zeitplan untergeordnet, und das heißt, daß vor ,,Erledigung'' der Sowjetunion dort keine strategische Initiative möglich war. Das wäre auch nicht wesentlich anders gewesen, wenn dem ,Afrika-Korps' 1942 ein paar Divisionen mehr zur Verfügung gestellt worden wären: Die Kriegsführung hier wie überall hing von der Organisierung und Sicherung eines ausreichenden Nachschubs ab. Dieser lief für die ,Achsenmächte' von Italien nach Libyen über das Mittelmeer, während der britische Nachschub nach Ägypten größtenteils um das Kap herumgeführt wurde. Der ,Achsen'-Nachschub über das Mittelmeer war in hohem Maß der Vernichtung durch britische Kriegsschiffe, U-Boote und Flugzeuge ausgesetzt. So ging beispielsweise im August 1942 (während der Kämpfe um El Alamain) der ,Achse' ein Drittel des eingesetzten Schiffsraums verloren, und es wurde nur halb soviel Nachschub angelandet, wie nötig gewesen wäre. Im März 1943 betrugen die Verluste des eingesetzten Schiffsraums bereits 57%, und statt der benötigten 140.000 t Nachschub konnten nur noch 21.600 t angelandet werden. Diese Bedingungen wären in Grenzen veränderbar gewesen, sofern die britische Überlegenheit zur See durch eine deutsche Luftüberlegenheit im Mittelmeerraum ausgeglichen worden wäre, was aber wegen der Erfordernisse 1. der Kriegsführung gegen die Sowjetunion und 2. der Abwehr der zunehmenden alliierten Bomber-Offensive gegen Deutschland nicht möglich war.

Die Entscheidung zum Überfall auf die Sowjetunion

Mit der Sowjetunion hatte die deutsche Regierung wenige Tage vor dem Überfall auf Polen einen Nichtangriffspakt abgeschlossen (siehe AK 250). Sobald aber der ,Frankreich-Feldzug' erfolgreich abgeschlossen war (Ende Juni 1940), gab Hitler der militärischen Führung Hinweise, jetzt ,,den Blick nach Osten zu richten'' und ,,das russische Problem in Angriff zu nehmen''. Diese Hinweise verdichteten sich zu konkreten Handlungsanweisungen in einer Konferenz Hitlers mit der militärischen Führung am 31.7.40. In der Mitschrift des Chefs des Generalstabs des Heeres, Halder, lesen sich Hitlers Ausführungen dazu so: ,, ...*Entschluß: Im Zuge dieser Auseinandersetzung muß Rußland erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Rußland zerschlagen, umso besser. Operation hat nur Sinn, wenn wir Staat in einem Zug schwer zerschlagen. Gewisser Raumgewinn allein genügt nicht. Stillstehen im Winter bedenklich. Daher besser warten, aber bestimmter Entschluß, Rußland zu erledigen ... Mai 1941. 5 Monate Zeit zur Durchführung. Am liebsten noch in diesem Jahre. Geht aber nicht, um Operation einheitlich durchzuführen. Ziel: Vernichtung der Lebenskraft Rußlands* ...''(21). Es begann die Ausarbeitung analytischer und strategischer Studien für den ,Rußland-Feldzug', die in der OKW-Weisung Nr. 21 vom 18.12.40 einmündeten (22).

Für die Entscheidung zum Angriff auf die Sowjetunion sind viele Gründe angeführt worden, bis hin zu der NS-offiziellen Legende, man habe präventiv auf einen sowjetischen Aufmarsch reagieren müssen. Die Hauptmotive liegen in Folgendem:

1. Allgemein betrachtet war die Zerschlagung und Eroberung der Sowjetunion (bis zum Ural) d a s deutsche Kriegsziel und überhaupt d a s Ziel der nazistischen Politik seit ihren Anfängen in den 20er Jahren. Hitler hatte schon in ,,Mein Kampf'' (1924-27) ausführlich seine These dargestellt, daß Deutschland sich nicht auf eine Konfrontation mit Großbritannien durch Anstreben eines Übersee-Imperiums einlassen könne und dürfe, sondern daß die Zukunft des deutschen Imperialismus sich auf die Kolonisierung Osteuropas und der westlichen Sowjetunion ausrichten müsse. Im Osten Europas sollte, so sahen es dann auch die sich konkretisierenden Planungen seit 1941 vor, ein ,,Großgermanisches Reich'' entstehen. Das beinhaltete neben der Ansiedlung von einigen Millionen Deutschen die systematische Entvölkerung des Landes: aus der slawischen Bevölkerung sollten die ,,Gutrassigen'' (,,germanisch'' aussehenden) aussortiert und ,,eingedeutscht'' werden; der überwiegende Rest sollte, wie es im NS-Jargon hieß, ,,ausgesiedelt'' werden. Dieses Wort stand, wie schon im Fall der ,,Endlösung der Judenfrage'', für industriemäßig organisierten Massenmord. Abgesehen von den Juden, deren ,,Vernichtung'' durch spezielle Einheiten sofort 1941 begann und schließlich in der Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 einen organisierten Rahmen für das ganze besetzte Europa bekam (23), sollte die ,,Aussiedlung'' der Bevölkerung des besetzten Ostens erst nach Kriegsende beginnen, um Probleme für die Kriegführung zu vermeiden.

2. Der Zeitpunkt. Das allgemeine Interesse des NS-Imperialismus an der Sowjetunion erklärt allerdings noch nicht den konkreten Zeitpunkt des Überfalls, der in der Praxis dazu führte, daß Deutschland sich in einen aussichtslosen 2-Fronten-Krieg verstrickte. So paradox es klingt, war es allerdings gerade die Absicht gewesen, durch den Angriff auf die Sowjetunion die Risiken und Lasten eines Krieges an mehreren Fronten zu v e r m e i d e n . Strategisch war zwischen Deutschland und Großbritannien 1940/41 ein Patt eingetreten: Deutschland war in absehbarer Zeit nicht in der Lage, die britischen Inseln zu erobern. Umgekehrt war Großbritannien vorerst nicht zu einer Rückkehr auf den Kontinent fähig. Vorauszusehen war, daß die USA immer mehr in den Krieg intervenieren würden und daß dieser dadurch — entgegen den ursprünglichen deutschen Plänen, die alle auf der ,,Blitzkriegsstrategie'' aufbauten — den Charakter eines langen Materialkampfes bekommen würde. Die USA waren aber, so das später durch die Praxis bestätigte Kalkül der deutschen Führung, frühestens 1942 in der Lage, mit ihrer eigenen Kampfkraft spürbar einzugreifen. Der Grundgedanke des Überfalls auf die Sowjetunion bestand demnach darin, das zeitweise Patt von 1940/41 zu nutzen, um sich durch ,,Erledigung'' der Sowjetunion die materialmäßige Basis für einen globalen Krieg von langer Dauer zu sichern (24). Zugleich sollte dann eine große Verschiebung der Kriegsproduktion weg von den Landkriegswaffen hin zur Produktion von Flugzeugen (darunter insbesondere auch strategische Bomber) und Kriegsschiffen stattfinden. — Das alles setzte voraus, daß der ,Rußland-Feldzug im wesentlichen noch vor dem Winterbeginn 1941 abzuschließen war. Das war eine feste Annahme der gesamten deutschen Führung, und sie stand mit dieser Einschätzung durchaus nicht allein: führende Miliärs und Politiker der USA und Großbritanniens gaben der sowjetischen Abwehrkraft gleichfalls nur eine Überlebenschance von höchstens drei Monaten (25). Das wirkte sich zunächst auch auf die Bereitschaft, der Sowjetunion materiell zu helfen, destruktiv aus.

Aus der OKW-Weisung Nr. 32 (,,Vorbereitungen für die Zeit nach ,Barbarossa' '') vom 11.6.41 wird der strategische Grundplan deutlich: Der Angriff auf die Sowjetunion sollte spätestens bis zum Winter soweit abgeschlossen sein, daß nur noch maximal 60 deutsche Divisionen im Osten benötigt würden. Schon ab November 1941 hätte dann eine neue Schwerpunktbildung im Mittelmeerraum erfolgen sollen, mit der Hauptstoßrichtung auf den Suezkanal. Wäre der deutsche Angriff in der Sowjetunion im geplanten Tempo vorangekommen, so hätte der Vorstoß zum Suez-Kanal gleichzeitig von Nordafrika und vom eroberten Kaukasus aus laufen sollen. Durch politische Bemühungen um einen Kriegseintritt der Türkei wurde zusätzlich noch eine dritte Stoßlinie in Richtung Nahost angestrebt. Zur gleichen Zeit hätte auch das ,,Unternehmen Felix'' (Wegnahme des britischen Stützpunkts Gibraltar von Spanien aus), das schon im Herbst 1940 erörtert worden war, durchgeführt werden sollen. (26) Weitere Pläne für die ,,Zeit nach ,Barbarossa' '' galten der Ausnutzung französischer Westafrika-Stützpunkte durch die deutsche Kriegsmarine und Luftwaffe, sowie einer eventuellen Besetzung der atlantischen Inseln (Kanarische Inseln, Azoren), u.a. mit dem langfristigen Ziel, von hier aus eine noch zu schaffende strategische Bomber-Streitmacht gegen das Gebiet der USA operieren zu lassen. Pläne des OKW und OKH (Oberkommando des Heeres) sahen für die Zeit nach dem ,Rußland-Feldzug' den Einsatz von 8 Divisionen in Nordafrika und von 14 Divisionen für den Vorstoß durch die Türkei vor. (27) Zusammen also (ohne eine dritte Stoßlinie aus dem Kaukasus) 22 Divisionen zum Angriff auf den britischen Nahen Osten, gegen den 1941 nur 2-3 deutsche Divisionen plus 7 italienische von Libyen aus angesetzt waren. Darüber hinaus sah eine OKH-

Die 30 erfolgreichsten deutschen Filme der Jahre 1940 bis 1942 (nach einer Aufstellung des Instituts für Konjunkturforschung, 1943)

Titel	Jahr	Kosten in Mill. RM	Einspielergebnis Mill.RM
Die große Liebe	1942	2,9	8,0
Wunschkonzert	1940	0,9	7,6
Frauen sind doch bessere Diplomaten	1941	2,6	7,0
Wiener Blut	1942	2,7	7,0
Annelie	1941	1,3	6,5
Jud Süß	1940	1,9	6,2
Der große König	1942	4,7	6,0
Hochzeit auf Bärenhof	1942	1,4	6,0
Die Entlassung	1942	3,2	6,0
Ich klage an	1941	0,9	5,3
Ohm Krüger	1941	5,4	5,5
Operette	1940	2,1	5,0
... reitet für Deutschland	1941	1,4	5,0
Quax, der Bruchpilot	1941	1,7	5,0
Heimkehr	1941	3,7	4,9
Zwei in einer großen Stadt	1942	0,5	4,5
Rembrandt	1942	3,4	4,5
Tanz mit dem Kaiser	1941	2,3	4,5
Frau Luna	1941	1,3	4,2
Kampfgeschwader Lützow	1941	2,1	4,1
Meineidbauer	1941	1,2	4,0
Immer nur Du	1941	1,2	3,8
Das andere Ich	1941	0,9	3,7
Kellnerin Anna	1941	0,9	3,6
Wiener G'schichten	1940	0,7	3,5
Carl Peters	1941	3,1	3,3
Wir bitten zum Tanz	1941	1,0	3,3
Was geschah in dieser Nacht	1941	0,7	3,0
Der verkaufte Großvater	1942	0,8	3,0
Illusion	1941	0,9	3,0



Werner Krauss als Rabbi Löw in Veit Harlans ,,Jud Süß''. Dieser 1940 angelaufene Film lag auf Platz 6 unter den erfolgreichsten Filmen der Jahre 1940 bis 1942. Die Gestapo-Gerichte, die ständig das Ohr am Volksmund hatten, verzeichneten spontane antijüdische Ausbrüche während der Vorführungen.

Planung vom 7.4.41 einen Vorstoß von Afghanistan aus nach Indien vor, für den 17 deutsche Divisionen angesetzt werden sollten. (28) Wenn es möglich gewesen wäre, die Rote Armee 1941 so weit zu zerschlagen, daß die ‚Ostfront' mit ca. 60 Divisionen hätte gehalten werden können (womit u.a. auch Churchill rechnete), wären in der Tat 90 deutsche Divisionen anderweitig verfügbar geworden.

Insofern war der Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941, der immanent betrachtet selbstverständlich d e r kriegsentscheidende Fehler des NS-Staates war, doch nicht so irrational, wie er im Rückblick auf den Ablauf der Ereignisse erscheinen muß. Soweit er auf falschen Vorstellungen über die Abwehrkraft und innere Stabilität der Sowjetunion beruhte, waren das die Vorstellungen fast der gesamten kapitalistischen Welt. Dahinter standen massive ideologische Vorurteile: sozialistische Mißwirtschaft, russische Rückständigkeit, explosive nationale Widersprüche, Isolierung der Kommunistischen Partei vom Volk. Also selbstbetrügerische Fehleinschätzungen, wie sie bis zum heutigen Tag in Blüte stehen.

„Es handelt sich um einen Vernichtungskampf"

Schon am 3.3.41 hatte Hitler angeordnet: ,,*Dieser kommende Feldzug''* (gegen die Sowjetunion) ,,*ist mehr als nur ein Kampf der Waffen; er führt auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen...* **Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz, als bisheriger ‚Unterdrücker' des Volkes, muß b e s e i t i g t werden.''**(29) Dieser Grundgedanke wurde bei Besprechungen Hitlers mit den militärischen Führern immer wieder vorgetragen: ,,*Die von Stalin eingesetzte Intelligenz muß vernichtet werden. Die Führermaschine des russischen Reiches muß zerschlagen werden. Im großrussischen Bereich ist Anwendung brutalster Gewalt notwendig. Weltanschauliche Bande halten das russische Volk noch nicht fest genug zusammen. Es wird mit dem Beseitigen der Funktionäre zerreißen.''* (30) ,,*Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander. Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechertum. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad.* **Es handelt sich um einen Vernichtungskampf...***Kampf gegen Rußland: Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz...Der Kampf muß geführt werden gegen das Gift der Zersetzung. Das ist keine Frage der Kriegsgeschichte. Die Führer der Truppe müssen wissen, worum es geht. Sie müssen in dem Kampf führen... Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt*
pe müssen wissen, worum es geht. Sie müssen in dem Kampf führen... Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt
werden...Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen.''(31)

Formalen Ausdruck fand diese Zielsetzung in zwei Erlassen Hitlers: der Straflosigkeit von Verbrechen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung (13.5.41) und dem Befehl zur Ermordung aller gefangenen Polit-Kommissare der Roten Armee (6.6.41). Die Kernsätze des Erlasses vom 13.5.41 lauten: ,,*Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist. Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, daß der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluß zurückzuführen war und daß kein Deutscher dies vergessen hat...Der Gerichtsherr ordnet die Verfolgung von Taten gegen die Landeseinwohner im kriegsgerichtlichen Verfahren nur dann an, wenn es die Aufrechterhaltung der Manneszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert.''* (32) Das Oberkommando der Wehrmacht / OKW schob diesem Erlaß am 19.5.41 ergänzende Richtlinien nach, die mit den Sätzen beginnen: ,,**Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf.** *Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschwistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden, und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes.''* (33)

F(ührer-)H(aupt-)Qu(artier), 16. September 1941

Der Chef
des Oberkommandos
der Wehrmacht

Betr. Kommunistische Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten

1.) Seit Beginn des Feldzuges gegen Sowjet-Rußland sind in den von Deutschland besetzten Gebieten allenthalben kommunistische Aufstandsbewegungen ausgebrochen. Die Formen des Vorgehens steigern sich von propagandistischen Maßnahmen und Anschlägen gegen einzelne Wehrmachtsangehörige bis zu offenem Aufruhr und verbreitetem Bandenkrieg.

Es ist festzustellen, daß es sich hierbei um eine von Moskau einheitlich geleitete Massenbewegung handelt, der auch die geringfügig erscheinenden Einzelfälle in bisher sonst ruhigen Gebieten zur Last zu legen sind.

Angesichts der vielfachen politischen und wirtschaftlichen Spannungen in den besetzten Gebieten muß außerdem damit gerechnet werden, daß nationalistische und andere Kreise diese Gelegenheit ausnutzen, um durch Anschluß an den kommunistischen Aufruhr Schwierigkeiten für die deutsche Besatzungsmacht hervorzurufen.

Auf diese Weise entsteht in zunehmendem Maße eine Gefahr für die deutsche Kriegführung, die sich zunächst in einer allgemeinen Unsicherheit für die Besatzungstruppe zeigt und auch bereits zum Abzug von Kräften nach den hauptsächlichen Unruheherden geführt hat.

2.) Die bisherigen Maßnahmen, um dieser allgemeinen kommunistischen Aufstandsbewegung zu begegnen, haben sich als unzureichend erwiesen.

Der Führer hat nunmehr angeordnet, daß überall mit den schärfsten Mitteln einzugreifen ist, um die Bewegung in kürzester Zeit niederzuschlagen.

Nur auf diese Weise, die in der Geschichte der Machterweiterung großer Völker immer mit Erfolg angewandt worden ist, kann die Ruhe wieder hergestellt werden.

3.) Hierbei ist nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

a) Bei jedem Vorfall der Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht, gleichgültig wie die Umstände im einzelnen liegen mögen, muß auf kommunistische Ursprünge geschlossen werden.

b) Um die Umtriebe im Keine zu ersticken, sind beim ersten Anlaß unverzüglich die schärfsten Mittel anzuwenden, um die Autorität der Besatzungsmacht durchzusetzen und einem weiteren Umsichgreifen vorzubeugen. Dabei ist zu bedenken, daß ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann. Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muß in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muß die abschreckende Wirkung noch erhöhen.

Das umgekehrte Verfahren, zunächst mit verhältnismäßig milden Strafen vorzugehen und zur Abschreckung sich mit Androhung verschärfter Maßnahmen zu begnügen, entspricht diesen Grundsätzen nicht und ist daher nicht anzuwenden.

c) Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem betroffenen Lande sind für das Verhalten der militärischen Besatzungsbehörde nicht maßgebend.

Es ist vielmehr zu bedenken und auch propagandistisch herauszustellen, daß scharfes Zugreifen auch die einheimische Bevölkerung von den kommunistischen Verbrechern befreit und ihr damit selbst zugute kommt.

Eine geschickte Propaganda dieser Art wird infolgedessen auch nicht dazu führen, daß sich aus den scharfen Maßnahmen gegen die Kommunisten unerwünschte Rückwirkungen in den gutgesinnten Teilen der Bevölkerung ergeben.

d) Landeseigene Kräfte werden im allgemeinen zur Durchgsetzung solcher Gewaltmaßnahmen versagen. Ihre Verstärkung bringt erhöhte Gefahren für die eigene Truppe mit sich und muß daher unterbleiben.

Dagegen kann von Prämien und Belohnungen für die Bevölkerung in reichem Maße Gebrauch gemacht werden, um ihre Mithilfe in geeigneter Form zu sichern.

e) Soweit ausnahmsweise kriegsgerichtliche Verfahren in Verbindung mit kommunistischem Aufruhr oder mit sonstigen Verstößen gegen die deutsche Besatzungsmacht anhängig gemacht werden sollten, sind die schärfsten Strafen geboten.

Ein wirkliches Mittel der Abschreckung kann hierbei nur die Todesstrafe sein. Insbesondere müssen Spionagehandlungen, Sabotageakte und Versuche, in eine fremde Wehrmacht einzutreten, grundsätzlich mit dem Tode bestraft werden. Auch bei Fällen des unerlaubten Waffenbesitzes ist im allgemeinen die Todesstrafe zu verhängen.

4.) Die Befehlshaber in den besetzten Gebieten sorgen dafür, daß diese Grundsätze allen militärischen Dienststellen, die mit der Behandlung kommunistischer Aufruhrmaßnahmen befaßt werden, unverzüglich bekanntgegeben werden.

gez. Keitel

In der Anweisung vom 6.6.41 ('Kommissar-Befehl') hieß es: ,,...In diesem Kampf ist Schonung und völ-

In der Anweisung vom 6.6.41 ('Kommissar-Befehl') hieß es: ,,...*In diesem Kampf ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedigung der eroberten Gebiete. Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muß daher s o f o r t und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden. Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen... Dies gilt für Kommissare jeder Art und Stellung, auch wenn sie nur des Widerstandes, der Sabotage oder der Anstiftung hierzu verdächtig sind.''* (34) Diese Praxis kennzeichnet recht genau die historischen Umstände, unter denen das Wort ,,Politkommissar'' im deutschen Sprachgebrauch zu einem gern benutzten Schimpfwort wurde. (Als solches hat es, wie so manches den ,,Zusammenbruch'' von 1945 bestens überlebt)

Zuständig für Massenmord und Terror in den besetzten Gebieten war neben der Wehrmacht in erster Linie der Apparat des ‚Reichsführers SS' (Himmler). Schon am 13.3.41 hatte das OKW in Vorbereitung des ,,Unternehmen Barbarossa'' festgelegt: ,,*Im Operationsgebiet des Heeres erhält der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung* **Sonderaufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben.** *Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbstständig und in eigener Verantwortung.''* (35) Am 28.4.41 legte das Oberkommando des Heeres / OKH nach Absprache mit Heydrich (Chef der Sicherheitspolizei und des SD) fest, daß für die oben skizzierten ,,Sonderaufgaben'', die sich aus dem Charakter des Vernichtungskrieges ergaben, ,,Sonderkommandos'' von

SD/SS eingesetzt werden sollten. (36) Diese ,,Sonderkommandos'' oder ,,Einsatzgruppen'' hatten nach Beginn

SD/SS eingesetzt werden sollten. (36) Diese ,,Sonderkommandos'' oder ,,Einsatzgruppen'' hatten nach Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion auch die Aufgabe, Massaker unter der jüdischen Bevölkerung durchzuführen. Raul Hilberg schätzt aufgrund von Berichten mehrerer ,,Einsatzgruppen'', daß in der Zeit vom Beginn des Überfalls (22.6.41) bis Ende 1942 1,4 Millionen Juden ermordet wurden. (37) Zur Vermeidung von Mißverständnissen: Hier ist lediglich von Massakern durch mobile ,,Einsatzgruppen'' die Rede, und nicht vom industriemäßig organisierten Massenmord in den großen Vernichtungslagern, der 1942 begann. Bei den Motiven für dieses Vorgehen ist neben den bekannten psychologischen (Hitlers Haß auf die Juden) und pseudo-politischen (Rache an den Juden, da sie den 2.Weltkrieg angezettelt hätten) auch dies noch zu berücksichtigen: 1. Nach der Planung sollte sich die Wehrmacht in der Sowjetunion ,,aus dem Lande ernähren'', also nicht zusätzlich der strapazierten deutschen ,,Ernährungsbilanz'' zur Last fallen. Das legte in der bekannten NS-Mentalität den Gedanken nahe, sich auf der anderen Seite einige Millionen ,,unnütze Esser'' vom Halse zu schaffen; diese Logik sprach Hitler auch offen aus, als er die Vernichtung Leningrads und Moskaus befahl. (38) 2. Die ,,Endlösung der Judenfrage'' diente der organisatorischen, technischen und auch politisch-psychologischen Vorbereitung eines noch weit umfangreicheren Massenmordens, das nach dem Krieg ,,im Ostraum'' stattfinden sollte: Die Gesamtzahl der ermordeten europäischen Juden wird auf etwa 5 Millionen geschätzt (39). Dagegen ergibt sich aus dem 1941/42 vom Himmler-Heydrich-Apparat ausgearbeiteten ,,Generalplan Ost'' schon als M i n i m u m eine Summe von 31 Millionen ,,auszusiedelnden'' (d.h. mutmaßlich abzuschlachtenden) ,,Fremdvölkischen'' lediglich für Polen, die Tschechoslowakei und den äußersten Westen der Sowjetunion. Eine plausible Gegenrechnung kam für das gleiche Gebiet auf 51 Millionen ,,Auszusiedelnde'' — also ein Unternehmen vom zehnfachen Umfang der ,,Endlösung der Judenfrage''. (40) Und dieses Gebiet umfaßte höchstens ein Drittel des angestrebten ,,Großgermanischen Reichs''.

Nach Stalingrad und zurück

Mit über 3 Millionen Mann in 152 Divisionen (41) trat am 22.6.41 die größte Armee, die jemals für einen Feldzug konzentriert worden war, zum Angriff gegen die Sowjetunion auf der gesamten Breite der Grenze an. Hinzu kamen 37 Divisionen (900.000 Mann) der Verbündeten: Rumänien, Italien, Finnland, Ungarn und Slowakei. (42) Verglichen damit war die Rote Armee in der Abwehr zunächst sogar zahlenmäßig unterlegen: zur Verfügung standen in den westlichen Militärbezirken lediglich 170 Divisionen mit 2,68 Mio. Mann. (Sowjetische Divisionen waren sehr viel kleiner als die deutschen). Etwa 1,5 Mio.Mann mußten in Ostsibirien bereit gehalten werden, um Japan von einer Aggression abzuschrecken. (43) Die Zahl der sowjetischen Panzer und Flugzeuge übertraf die der Angreifer bei weitem; jedoch bestand bei den kriegsentscheidenden, modernsten Waffentypen, die es mit denen der Wehrmacht aufnehmen konnten, ein ungefähres zahlenmäßiges Gleichgewicht. (44) Auf dieser Basis konnte sich das ,,know how'' der Wehrmacht, die vier Kriegskampagnen erfolgreich abgeschlossen hatte, in den ersten Kriegsmonaten voll entfalten. Hinzu kam als wichtiger Faktor die unvergleichlich bessere Ausstattung der deutschen Truppen mit Kraftfahrzeugen.

Der strategische Plan der deutschen Führung sah vor, bis zum Jahresende 1941 etwa eine (weit östlich von Moskau verlaufende) Linie von Archangelsk im Norden über Gorki bis nach Astrachan an der Mündung der Wolga ins Kaspische Meer zu erreichen. Danach erwartete man, gegen die geschlagene Sowjetunion mit weit geringeren Kräften (40-60 Divisionen) auszukommen und schon ab September 1941 einen Großteil der Divisionen von der Ostfront neuen Aufgaben zuführen zu können. Für die Umsetzung dieser Strategie war entscheidend, daß nicht nur Boden gewonnen werden sollte, sondern auch möglichst viel sowjetische Kampfkraft vernichtet werden sollte. Dafür war es wichtig, ,,*die Masse der sowjetischen Streitkräfte in den westlichen Landesteilen durch einseitige oder doppelseitige Umfassungsoperationen zu vernichten. Durch zügige Verfolgung sollte die Bildung neuer Verteidigungslinien in der Tiefe des sowjetischen Territoriums verhindert und aus dem Landesinneren herangeführte Reserven möglichst in Bewegungsgefechten zerschlagen werden.''*
wjetischen Territoriums verhindert und aus dem Landesinneren herangeführte Reserven möglichst in Bewegungsgefechten zerschlagen werden.''
(45) Die typische Form dieser Strategie war die ‚Kesselschlacht', bei der Hunderttausende von Soldaten durch schnelle, tiefe Vorstöße von den Flanken her eingeschlossen wurden. Die deutsche strategische Zielstellung wurde im Sommer/Herbst 1941 zwar in einem für die Rote Armee katastrophalen Ausmaß (46), aber dennoch nicht in der von der deutschen Führung angestrebten kriegsentscheidenden Dimension erreicht. Immerhin lagen die sowjetischen Verluste Anfang November 1941 nach einer vermutlich zu niedrigen Angabe Stalins bei über 1,7 Millionen Mann (Verwundete eingeschlossen), also über 60% der Kräfte, die zunächst zur Verfügung gestanden hatten. Auf der anderen Seite waren auch die deutschen Verluste — 830.00 bis Jahresende 1941 — extrem schwer, nämlich 3-4 mal so hoch wie die gesamten Verluste der Wehrmacht auf allen anderen Kriegsplätzen bis zu diesem Zeitpunkt. (47) Der erste Punkt, an dem der deutsche Angriff sein strategisches Ziel verfehlte, war Leningrad: die Stadt, die seit Mitte Juli 1941 angegriffen wurde, konnte zwar Anfang September weitgehend eingeschlossen, aber nicht, wie vorgesehen, gestürmt und ,,dem Erdboden gleichgemacht werden''. (48) **,,Im ersten Halbjahr 1942 starben über 600.000 Einwohner Leningrads vor Hunger''** (49). Die Gesamtzahl der Bewohnerinnen und Bewohner Leningrads, die durch die deutsche Belagerung ums Leben kamen, wird auf bis zu 1,5 Millionen geschätzt. (50) Der zweite Punkt, wo die Ziele der deutschen Führung nicht erreicht wurden, war Moskau. Zum erstenmal in diesem Krieg wurde die Wehrmacht schwer geschlagen: nachdem man im November 30 km vor Moskau stand, am 2.12. einige Abteilungen bis in die Vororte der Hauptstadt vorgestoßen waren und Hitler befohlen hatte, eine Kapitulation Moskaus nicht anzunehmen (51), warf eine am 5./6.12.41 beginnende Gegenoffensive der Roten Armee die deutschen Truppen 100 bis 250 km weit zurück und kostete sie 120.000 Mann an Verlusten. Ein totaler Zusammenbruch des Frontabschnitts konnte nur mühsam verhindert werden. Nach sowjetischen Angaben hatte die Rote Armee an diesem Abschnitt 40,3% aller Soldaten, 35% aller Panzer, 44,1% aller Geschütze und 32,7% aller Flugzeuge, die sie in der Sowjetunion hatte, für den Angriff auf Moskau konzentriert. Dies alles in einem Abschnitt, der vielleicht 15% der gesamten Front ausmachte. Der Charakter einer ersten 'Entscheidungsschlacht' wird darin deutlich, und die Niederlage der Wehrmacht wurde als ein **Wendepunkt des Krieges** international registriert.

Dennoch lag auch 1942 die strategische Initiative im Osten noch auf Seiten der Wehrmacht. Die deutsche Planung für die Sommeroffensive 1942 sah vor, sich im wesentlichen auf den Südteil der Front zu konzentrieren. Die Hauptziele waren das Erreichen der Wolga (und damit die Unterbrechung dieser wichtigen sowjetischen Transportlinie - 53) und die Besetzung des Kaukasus-Gebiets. Damit wären die dortigen Erdölvorkommen in deutsche Hand geraten und zugleich der sowjetischen Kriegführung entzogen worden. Der strategische Effekt wäre riesig gewesen, denn zu dieser Zeit lagen dort 80-90% der gesamten sowjetischen Öl-Förderung und ihrer Raffinerie-Kapazität. Außerdem hätte das Kaukasus-Gebiet als Basis für eine
gen dort 80-90% der gesamten sowjetischen Öl-Förderung und ihrer Raffinerie-Kapazität. Außerdem hätte das Kaukasus-Gebiet als Basis für eine
spätere Offensive gegen die britischen Positionen im Nahen Osten und Ägypten dienen können. Man versprach sich von der Eroberung dieses Gebiets auch einen entscheidenden stärkeren Druck auf die Türkei, an der Seite der ‚Achsenmächte' in den Krieg einzutreten.

Die deutsche Offensive 1942 kam zunächst zügig voran und erreichte Ende August 1942 in der Nähe von Stalingrad die Wolga, wo sie schließlich in



Front am Dec. 1, 1941
Front Nov. 1, 1942

wochenlangen Kämpfen aufgehalten werden konnte. In diesem Abschnitt baute die Rote Armee nun Kräfte für eine Gegenoffensive auf: an einer Frontlänge von ca. 700 km (ca. 12% der Gesamtlänge der deutsch-sowjetischen Front) wurden 25% der sowjetischen Truppen und Flugzeuge sowie bis zu 60% ihrer Panzer und motorisierten Einheiten konzentriert. Dadurch wurde (den sowjetischen Angaben folgend) eine Überlegenheit der Roten Armee in diesem Abschnitt von 1,2 : 1 bei den Truppen, 1,8 : 1 bei Artillerie und Panzern sowie 1,3 : 1 bei den Luftstreitkräften aufgebaut. (54) Am 19. bzw. 20.11.42 wurden mit schnellen Stoßkeilen fast gleichzeitig nördlich und südlich der Stadt die (mit rumänischen Divisionen besetzten) Flanken der deutschen Stalingrad-Front durchbrochen; am 22./23.11.42 war die Falle geschlossen und konnte nicht wieder aufgebrochen werden. Ende November 1942 lagen zwischen dem ,Stalingrader Kessel' und der deutschen Hauptfront bereits 40 bis 80 km Abstand. Ende Januar/Anfang Februar 1943 kapitulierten die Reste der eingeschlossenen Truppen. 26 Divisionen mit rund 300.000 Mann waren auf diese Weise vernichtet worden. Dies allein wäre nicht von kriegsentscheidender Bedeutung gewesen (Die Rote Armee hat 1941 mehrere Niederlagen ähnlicher Größenordnung ,,verdauen'' müssen), wenn die Schlacht von Stalingrad nicht Ausdruck der Tatsache gewesen wäre, daß insgesamt **eine strategische Wende im Kräfteverhältnis des 2. Weltkrieges** eingetreten war. Eine der Folgen von Stalingrad war, daß die rumänische Regierung Ende Januar 1943 darum bat, ihre Truppen aus der Kampfzone abzuziehen, nachdem Rumänien in den letzten Monaten 18 Divisionen und 200.000 Tote verloren hatte. — Sowjetische Offensiven im Winter 1942/43 brachten weiten Bodengewinn nördlich des Kaukasus und in der Ukraine. Im Norden konnte im Januar 1943 der Einkreisungsring um Leningrad endlich aufgebrochen und wieder eine Landverbindung zu der Stadt hergestellt werden. (Die einzige Verbindung mit der belagerten Stadt hatte bis dahin über den Ladoga-See geführt).

Das Kräfteverhältnis erlaubte der deutschen Führung 1943 keine großen strategischen Konzepte im Stil der Jahre 1941 und 1942 mehr. Stattdessen sah die Planung vor, aus der strategischen Defensive heraus Einkreisungs- und Vernichtungsschlachten an einzelnen Frontabschnitten herbeizuführen, um in erster Linie Zeit zu gewinnen und um zweitens vielleicht doch noch eine Umkehrung des Kräfteverhältnisses zu erreichen. In diesem Sinn wurde für den Sommer 1943 eine große Offensive gegen den 'Kursker Bogen' angesetzt: eine weite, halbkreisförmige sowjetische Frontausbuchtung, die durch schnelle, tiefe Panzer-Durchbrüche von beiden Seiten her abgeschnitten werden sollte. Unter dem Namen ,Unternehmen Zitadelle' ist diese Offensive als letzter deutscher Versuch, die strategische Initiative an der Ostfront zurückzugewinnen, in der Kriegsgeschichte notiert. Alle verfügbaren schweren Panzer, vor allem die ganz neuen Typen ,,Tiger'' und ,,Panther'' wurden eingesetzt...und zu Hunderten abgeschossen. Die Rote Armee, die über die deutsche Planung rechtzeitig informiert war, hatte den Kursker Abschnitt stark und tief befestigt. Auf rund 13% der gesamten deutsch-sowjetischen Front hatte die Rote Armee 29% ihrer Truppen, 26% ihrer Geschütze, 33,5% ihrer Flugzeuge und 46% ihrer Panzer und Sturmgeschütze bereitgestellt. (55) Die deutsche Offensive, die am 4.Juli begonnen hatte, wurde am 13.Juli auf Befehl Hitlers abgebrochen, nachdem sie nur geringen Bodengewinn gemacht hatte. Eine Rolle spielte bei dieser schnellen Entscheidung, daß am 10.Juli 1943 amerikanische und britische Truppen auf Sizilien gelandet waren und Kräfte für diese neue Front freigemacht werden sollten. Die Sowjetunion stieß mit großen Gegenoffensiven nach.



Träume vom Großgermanischen Reich: aus Leni Riefenstahls Olympia-Film 1936

Der deutsche Verteidigungs-Auftrag

Am 18.2.43, wenige Tage nach der Kapitulation in Stalingrad, verkündete Propagandaminister Goebbels im Berliner Sportpalast den ,,totalen Krieg'', ,,totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können''. Im Zentrum der Rede stand die These, daß das nazistische Deutschland der einzige Schutzwall Europas und der Welt gegen den Bolschewismus sei. Hierzu sagte Goebbels u.a.: ,,Stalingrad war und ist der große Alarmruf des Schicksals an die deutsche Nation! ... Der Ansturm der Steppe gegen unseren ehrwürdigen Kontinent ist in diesem Winter mit einer Wucht losgebrochen, die alle menschlichen und geschichtlichen Vorstellungen in den Schatten stellt. Die deutsche Wehrmacht bildet dagegen mit ihren Verbündeten den einzigen überhaupt in Frage kommenden Schutzwall ... Ich wende mich in meinen Ausführungen zuerst an die W e l t ö f f e n t l i c h k e i t und proklamiere ihr gegenüber drei Thesen unseres Kampfes gegen die bolschewistische Gefahr im Osten. Die erste dieser Thesen lautet: Wäre die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage, die Gefahr aus dem Osten zu brechen, so wäre damit das Reich und in kurzer Folge ganz Europa dem Bolschewismus verfallen. Die zweite dieser Thesen lautet: Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk allein besitzen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung durchzuführen. Die dritte dieser Thesen lautet: Gefahr ist im Verzuge. Es muß schnell und gründlich gehandelt werden, sonst ist es zu spät ... Der Bolschewismus hat seit jeher ganz offen das Ziel proklamiert, nicht nur Europa, sondern die ganze Welt zu revolutionieren und sie in ein bolschewistisches Chaos zu stürzen ... Es ist klar, daß Stalin und die anderen Sowjetgrößen, je mehr sie glauben, sich der Verwirklichung ihrer weltzerstörerischen Absichten zu nähern, umso mehr auch bestrebt sind, diese zu tarnen und zu verschleiern. Das kann uns nicht beirren ... Damit ist aber auch eine unmittelbare akute Lebensbedrohung für alle europäischen Mächte gegeben. Man soll nicht glauben, daß der Bolschewismus, hätte er die Gelegenheit, seinen Siegeszug über das Reich anzutreten, irgendwo an unseren Grenzen Halt machen würde. Er treibt eine Aggressionspolitik und Aggressionskriegführung, die ausgesprochen auf die Bolschewisierung aller Länder und Völker ausgeht ... Wir wissen damit also, vor welcher geschichtlichen Aufgabe wir stehen. Eine zweitausendjährige Aufbauarbeit der abendländischen Menscheit ist in Gefahr ... Der Krieg der mechanisierten R o b o t e r gegen Deutschland und gegen Europa ist auf seinen Höhepunkt gestiegen.

Das deutsche Volk erfüllt mit seinen Achsenpartnern im wahrsten Sinne des Wortes eine e u r o p ä i s c h e Mission, wenn es dieser unmittelbaren und ernsten Lebensbedrohung mit den Waffen entgegentritt.''

Ende 1943 hatte die Rote Armee rund 6,35 Mio. Mann gegen 4,91 Mio. Mann der ,Achsenmächte' an der Front. (56) Die Sowjetunion produzierte von allen wichtigen Waffen mehr als das Deutsche Reich. Der Krieg war 1943 materiell entschieden, und alles übrige war nur noch eine Frage der Zeit. Als die USA und Großbritannien im Juni 1944 endlich die ,,2. Front'' in Frankreich aufbauten, hatte die Rote Armee fast vollständig die sowjetischen Vorkriegsgrenzen erreicht und sie in der ganzen Südhälfte der Front sogar schon überschritten. Anfang 1944 standen immer noch fast zwei Drittel (62,7%) der deutschen Einheiten an der Ostfront und nur 6,2% an den übrigen Fronten, d.h. konkret in Italien. (Der Rest war in den besetzten Ländern stationiert). (57) Die sowjetische Ansicht, nicht nur die Hauptlast des Krieges getragen zu haben (was absolut unbestreitbar ist), sondern den Aggressor auch völlig aus eigener Kraft geschlagen zu haben, findet also Grund in den Tatsachen.

Produktionsschlacht

Wie die wirtschaftlichen Grundlagen des sowjetischen Sieges geschaffen wurden, das ist das erstaunlichste Kapitel des 2. Weltkrieges. Wer nur in Vorurteilen (,,sozialistische Mißwirtschaft'') zu denken gewohnt ist, kann dabei einiges dazulernen. Die Voraussetzungen waren alles andere als gut: Nach sowjetischen Quellen überstieg 1940/41 die deutsche Produktion (einschließlich der besetzten Länder) die der Sowjetunion bei Kohle fast um das 2,5fache, bei Stahl um das 1,5fache und bei Roheisen um das 1,3fache. (58) Auf dem Ende 1941 besetzten Gebiet der Sowjetunion waren vor dem Krieg 63% der Kohleförderung, 68% der Roheisenproduktion, 58% der Stahlproduktion und 60% der Aluminium-Produktion des Landes angesiedelt. (58) Riesig war auch der landwirtschaftliche Verlust durch die Besetzung (59). ,,*Die Bruttoproduktion der gesamten sowjetischen Industrie sank von Juni bis November um mehr als die Hälfte, und bei Walzeisen ging sie im Dezember 1941 gegenüber Juni 1941 sogar unter ein Drittel zurück.*'' (60) Dieser Trend hielt großenteils noch 1942 an: die Produktionszahlen von Elektroenergie, Erdöl (wegen Transportschwierigkeiten und Mangel an Rohren), Kohle, Roheisen, Stahl, Kupfer u.a. lagen im 1. Halbjahr 1942 weit unter denen des 2. Halbjahres 1941; Werkzeugmaschinen wurden in dieser Zeit nur halb soviel produziert wie im vorhergehenden Halbjahr. (61) Die Produktion von Panzern, Flugzeugen und Munition aller Art sank gegen Ende 1941 stark ab, zeigte aber schon seit dem ersten Halbjahr 1942 deutliche Zeichen der Erholung oder zumindest der Stabilisierung. (62)

Entscheidend für diesen Umschwung war, daß die Sowjetunion es 1941 geschafft hatte, einen großen Teil der kriegswirtschaftlich wichtigen Industrieanlagen zu demontieren, abzutransportieren und weit im Osten wieder in Gang zu bringen. Angesichts des Tempos des deutschen Vormarsches in den ersten Monaten und der Beschränktheit der sowjetischen Transportmittel eine wunderbare Leistung. ,,*Aus der frontnahen Zone wurden im zweiten Halbjahr 1941 vollständig oder teilweise 1523 Industriebetriebe, darunter 1360 Großbetriebe und Fabriken, nach Osten verlagert. Davon kamen 226 ins Wolgagebiet, 667 in den Ural, 224 nach Westsibirien, 78 nach Ostsibirien sowie 308 nach Kasachstan und Mittelasien.*'' (63) ,,*Die Produktionsaufnahme in den nach Osten evakuierten Betrieben war in bedeutendem Maße nur deshalb möglich, weil dort in der Zeit der Vorkriegsfünfjahrpläne eine große Industrie-, Brennstoff- und Energiebasis geschaffen, Bodenschätze erkundet und neue Verkehrsmagistralen errichtet worden waren.*'' (64) Nach Osten verlagert wurden zur gleichen Zeit auch Getreide- und andere Lebensmittel-Vorräte, Zehntausende Traktoren und Landmaschinen sowie 2,4 Millionen Stück Vieh. (65) Eine zusätzliche Belastung der Transportmittel ergab sich daraus, daß insgesamt mehrere Millionen Menschen vor der anrückenden Wehrmacht evakuiert wurden.

Schon 1942 produzierte die Sowjetunion mehr Panzer, Flugzeuge und Geschütze als Deutschland. Bei Panzern z.B. fast 25.000 gegenüber 5.500. Auch wenn der deutschen Kriegswirtschaft in den Jahren 1942-44 trotz zunehmender Bombardements eine ungeheure Steigerung (um das 3-4fache) gelang — durch den Einsatz von Millionen Zwangsarbeitern, durch Einschränkung anderer Produktionszweige und durch Rationalisierungsmaßnahmen — lag die sowjetische Produktion von Waffen weiter auf allen Gebieten über der deutschen. (66) Damit verglichen blieben die Hilfslieferungen der USA und Großbritanniens an die Sowjetunion, die im Herbst 1941 eingesetzt hatten, bescheiden. Beispielsweise bei Panzern und Flugzeugen (in der Zeit bis Juli 1943) nur rund 6% der sowjetischen Eigenproduktion. Zudem beschwerten sich die sowjetischen Stellen — sicher mit Vergnügen, aber sachlich wohl nicht unbegründet —, daß die Qualität der gelieferten Waffen oft schlechter sei als die ihrer eigenen. Der Anteil der Lieferungen von Industriewaren durch die USA und Großbritannien hat während des gesamten Krieges (nach sowjetischen Quellen) nur rund 4% der sowjetischen Eigenproduktion ausgemacht. (67) Nach westlichen Quellen sieht es eher so aus, als hätten die gelieferten Panzer und Flugzeuge gut 10% der sowjetischen Eigenproduktion betragen. Sehr wichtig waren sicher die Lieferungen von LKWs und Jeeps, die weit über der sowjetischen Eigenproduktion lagen. (68) Es soll nicht ignoriert werden — und wurde von der Sowjetunion während des Krieges auch nicht ignoriert - , daß diese Lieferungen zum großen Teil unter Lebensgefahr ausgeführt wurden, denn aus den Konvoys durch das Nordmeer wurden viele Schiffe von deutschen U-Booten versenkt, und daß sie als Ausdruck der Solidarität gegen Nazi-Deutschland einen Wert hatten, der über den rein materiellen Aspekt hinausging.

Die prozentuale Verteilung der faschistischen Landstreitkräfte 1941 bis 1945

Zeit	Deutsch-sowjetische Front	Übrige Fronten	Okkupierte Gebiete
22. Juni 1941	69,9	0,9	29,5
1. Januar 1942	70,0	1,3	28,7
1. Januar 1943	70,8	2,0	27,2
1. Januar 1944	62,7	6,2	31,1
1. Juli 1944	51,8	28,8	19,4
1. Januar 1945	60,6	34,9	4,5

Anmerkungen

1) Geschichte des 2. Weltkrieges, Moskau 1974, Bd. 3, S. 30.
2) Beispielsweise: „In diesem sogenannten seltsamen Krieg" (d.h. der Situation an der deutsch-französischen Grenze zwischen 1.9.39 und 10.5.40) „offenbarte sich das Streben der regierenden Kreise in Großbritannien und Frankreich, die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnenden Widersprüche dem faschistischen Konkurrenten gegenüber auf nichtmilitärische Weise zu lösen und diesen zum Krieg gegen die Sowjetunion zu ermuntern. Dem dienten Geheimverhandlungen mit Vertretern des deutschen Monopolkapitals und der Hitlerregierung, die sich bis zum März 1940 hinzogen und an denen auch Vertreter der USA teilnahmen. So war der ,seltsame' Krieg seinem politischen Wesen nach die Fortsetzung der berüchtigten Münchner Befriedungspolitik unter neuen Bedingungen." (Förster / Helmert / Schnitter: Der Zweite Weltkrieg, Berlin/DDR 1972, S. 54).
3) Mehr dazu in AK 250. Einen gründlichen, gut dokumentierten Überblick über die damaligen britisch-französischen Planspiele gegen die Sowjetunion gibt: Hans-Joachim Lorbeer, Westmächte gegen die Sowjetunion 1939 - 1941, Freiburg 1975.
4) Die deutsche Marine verlor 3 Kreuzer, 10 Zertörer, 6 U-Boote. Die alliierten Verluste waren kaum geringer, wogen aber wegen der großen zahlenmäßigen Überlegenheit der britischen Flotte relativ viel weniger.
5) 144 Divisionen der Alliierten gegen 141 deutsche. Geschütze 14.000 zu 7.400. Panzer 3.380 zu 2.450. Flugzeuge 3.100 gegen 4.000; bei Bombern deutsche Überlegenheit 2:1, bei Kampfflugzeugen alliierter Vorteil (Das deutsche Reich und der 2. Weltkrieg, Stuttgart 1979, Bd. 2, S. 282).
6) Aus Dünkirchen wurden in ca. 10 Tagen 370.000 alliierte Soldaten ausgeschifft, davon etwa 139.000 Franzosen (Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg, S. 296).
7) Z.B. Hitler in der „Weisung Nr. 18", (12.11.40): „Das Ziel meiner Politik gegenüber Frankreich ist, mit diesem Land in einer für die zukünftige Kriegführung gegen England möglichst wirkungsvollen Weise zusammenzuarbeiten. Frankreich wird dabei vorläufig die Rolle einer ,nicht kriegführenden' Macht zufallen, die in ihrem Hoheitsgebiet, besonders in den afrikanischen Kolonien, Maßnahmen der deutschen Kriegsführung zu dulden und, soweit erforderlich, auch durch Einsatz eigener Verteidigungsmittel zu unterstützen hat ... Aus dieser Aufgabe kann sich die Teilnahme Frankreichs am Krieg gegen England in vollem Maße entwickeln." (ADAP, Serie D, Bd. XV.1, Nr. 323).
8) Klee, Dokumente zum „Unternehmen Seelöwe", S. 298 f.
9) An Gründen sind zu berücksichtigen: 1. Die eigentliche Operationszeit der deutschen Jagdflugzeuge über der britischen Insel war relativ kurz, da der Treibstoff für Hin- und Rückflug über den Kanal reichen mußte. 2. Für eine beschädigte deutsche Maschine war es problematisch, den Rückflug nach Belgien oder Nordfrankreich zu schaffen. Britische Maschinen konnten in gleicher Situation schnell irgendwo notlanden. 3. Der Ausbildungsstand der britischen Piloten war zweifellos besser, und vermutliche gab es auch eine qualitative Überlegenheit britischer Maschinen.
10) ADAP, Serie D, Bd. XI.1, Nr. 323
11) ADAP, Serie D, Bd. XI.2, Nr. 511.

Anm. 12 - 20 entfallen

21) Halder, Kriegstagebuch.Zit. nach ADAP, Serie D, Bd.X, S. 304-306. Veranschlagt wurden bei dieser Konferenz für den Überfall 120 deutsche Divisionen, also 33 weniger, als dann am 22.6.41 antraten.
22) ADAP, Serie D, Bd. XI. 2, Nr. 532
23) Die Wannsee-Konferenz (20.1.42) war weder der Ort, wo die „Endlösung" b e s c h l o s s e n wurde, noch hatte sie bei ihrer relativ kurzen Dauer (nicht einmal 2 Stunden) den Charakter eine organisatorischen „Arbeitskonferenz". Ihr Zweck kann am ehesten so interpretiert werden, daß eine Reihe von bisher nicht d i r e k t einbezogenen Ressorts (z.B. Außenministerium) bei dieser Gelegenheit mit dem vollen Umfang der Planung vertraut gemacht werden sollten. Zu diesem Zeitpunkt waren wesentliche Vorbereitungen zur „Endlösung" bereits angelaufen aufgrund einer Weisung, die Göring am 31.7.41 an Heydrich gegeben hatte. Als Summe der „im Zuge dieser Endlösung in Betracht kommenden" europäischen Juden (einschließlich unbesetzter Länder wie Großbritannien, Schweiz, Spanien!) wurde bei der Wannsee-Konferenz die Zahl 11 Millionen genannt, davon rund 3,1 Millionen in Polen und 5 Millionen in der Sowjetunion. (Protokoll in ADAP, Serie E, Bd. I, Nr. 150)
24) Hitler am 30.3.41 in einer Ansprache vor der militärischen Führung: „Nur so werden wir in der Lage sein, in zwei Jahren materiell und personell unsere Aufgaben in der Luft und auf den Weltmeeren zu meistern, wenn wir die Landfrage endgültig und gründlich lösen." (zit. nach Max Domarus, Hitler, Bd. II.2, S. 1681) Die kriegswirtschaftlichen Daten zeigen eindeutig, daß diese Rechnung aber nur aufgehen konnte, wenn es gelang, die Sowjetunion bis mindestens einschließlich des Ural-Gebiets zu unterwerfen. Wie in AK 250 dargestellt, wurde der deutsche Rohstoffbedarf 1940/41 aufgrund von Handelsverträgen in teilweise beträchtlichem Ausmaß durch die Sowjetunion gedeckt. Der Krieg gegen die Sowjetunion mußte selbstverständlich als äußerstes Minimum d i e

Mengen sichern, die man bisher schon auf dem Wege des friedlichen Handels bekommen hatte. Das war jedoch problematisch: 1. Laut OKW-Planungsunterlagen vom Mai 1941 hatten die europäischen ‚Achsenmächte' einen Mineralöl-Bedarf von monatlich 1,15 Millionen Tonnen. Zur Verfügung standen (ohne die sowjetischen Lieferungen) aber nur 850.000 t. Mit Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion entfielen selbstverständlich die sowjetischen Lieferungen. Die sich dadurch ergebende Deckungslücke von 300.000 t pro Monat würde sich durch den Bedarf der Kriegführung in der Sowjetunion noch vergrößern. Man mußte also, wenn der Angriff sich überhaupt „lohnen" sollte, unbedingt und möglichst schnell die sowjetischen Erdölvorkommen besetzen. Die lagen aber fast ausschließlich im Kaukasus-Gebiet und wurden von der Wehrmacht niemals erreicht. Da die sowjetische Landwirtschaft zu dieser Zeit schon erheblich mechanisiert und somit vom Öl abhängig war, ergab sich, daß Deutschland sich ohne Eroberung der sowjetischen Erdölfelder auch nicht den Traum von der Ukraine als „Kornkammer des Reiches" erfüllen konnte. (OKW-Studie „Das Kaukasische Ölgebiet", 4.5.41. Zit. nach „Fall Barbarossa", Berlin/DDR 1970, S. 178 ff). 2. Zwar befand sich die sowjetische Industrie zu 70-90% im Westen des Landes. Die Rohstoffe aber, mit denen diese Industrie arbeitete, kamen großenteils aus dem Ural-Gebiet, mit Ausnahmes von Kohle (Donez-Becken) und Eisenerz. Bei kriegswichtigen Rohstoffen wie Chrom, Kupfer, Nickel, Wolfram, Asbest und Platin, die die Sowjetunion bisher im Rahmen der Handelsverträge geliefert hatte, entstanden durch den Überfall empfindliche Lücken, solange die Eroberung des Ural-Gebiets nicht gelang. (aus einer Studie des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, 13.2.41. Zit. nach „Fall Barbarossa", Berlin/DDR, 1970, S. 338ff.) Mit dem Überfall auf die Sowjetunion brach außerdem sofort die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen aus Asien, vor allem Kautschuk, ab, die bis dahin durch die SU transportiert worden waren. — Hinzu kam in der Praxis dann noch ein Umstand, mit dem die deutschen Planer nicht annähernd gerechnet hatten: der Sowjetunion gelang es in einem beispiellosen Kraftakt, einen großen Teil ihrer Industrieanlagen rechtzeitig nach Osten zu verlagern.

25) US-Kriegsminister Stimson am 23.6.41 in einem Memorandum: „Um die Sowjetunion zu schlagen, werden die Deutschen mindestens einen, höchstens drei Monate brauchen." (H. Feis: Churchill, Roosevelt, Stalin ..., London 1957, S. 10). US-Marineminister Knox am 23.6.41 an Roosevelt: „Die beste Meinung, die ich äußern kann, ist: Hitler wird so oder so sechs Wochen bis zwei Monate brauchen, um mit Rußland fertig zu werden." (ebenda) Der britische Generalstab rechnete damit, daß die deutschen Truppen schon Ende August/Anfang September 1941 den Kaukasus erreichen würden. (Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 444). Der Chef des Empire-Generalstabs, Sir John Dill, schätzte die Widerstandsfähigkeit der Sowjetunion auf 6-7 Wochen. (The Eden Memoirs, Bd. 2, S. 269) Churchill schrieb im Oktober 1941 an seinen Außenminister Attlee: Selbst wenn Leningrad und Moskau gehalten werden können, werde die Sowjetunion auf das Niveau einer zweitklassigen Militärmacht herabgedrückt sein. Hitler könne jederzeit ca. ein Drittel seiner Truppen an der Ostfront lassen und würde dann immer noch stark genug sein, um Großbritannien zu bedrohen und Druck auf Spanien auszuüben. (Memoiren, Bd. 3, S. 486) An General Ismay schrieb Churchill am 5.11.41: Man wisse noch nicht, wann die Deutschen den Kaukasus erreichen. Jedenfalls habe er überhaupt kein Zutrauen, daß die Deutschen an der Besetzung der Ölfelder gehindert werden könnten oder daß die Russen die Felder effektiv zerstören könnten. Außer der Verlegung von einigen Bombern in den Nordiran könne Großbritannien dagegen nichts tun. (Memoiren, Bd. 3, S. 466)

26) ADAP, Serie D, BD. XII.2, Nr. 617

27) Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 382

28) Ebenda, S. 383. Zum Vergleich: Großbritannien standen 1942 in den gleichen Regionen zur Verfügung 16 Divisionen in Ägypten und Nahost, 9 Divisionen in Irak und Iran sowie 8 Divisionen in Indien. (Churchill Memoiren, Bd. 3, S. 453). Die Mannschaftsstärke britischer Divisionen war etwas größer als die der deutschen.

29) Anweisungen Hitlers für die endgültige Fassung der „Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall ‚Barbarossa')", 3.3.41. Zit. nach „Fall Barbarossa", Berlin/DDR 1970, S. 285 f.

30) Kriegstagebuch Halder (Chef des Generalstabs des Heeres) über eine Besprechung am 17.3.41. Zit nach „Fall Barbarossa", S. 291.

31) KTB Halder über eine Besprechung am 30.3.41. Zit. nach „Fall Barbarossa", S. 291

32) zit. nach „Fall Barbarossa", S. 316ff. Ein zweiter Teil dieses Erlasses befaßt sich mit der „Behandlung von Straftaten feindlicher Zivilpersonen": „Freischärler sind durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen". Auch jeder andere Widerstand ist „mit den äußersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen". „Kollektive Gewaltmaßnahmen" gegen ganze Dörfer sollen durchgeführt werden, „wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten".

33) zit. nach „Fall Barbarossa", S. 318 ff.

34) zit. nach „Fall Barbarossa", S. 321 ff.

35) zit. nach „Fall Barbarossa", S. 287 ff.

36) zit. nach „Fall Barbarossa", S. 305 ff.

37) Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, 1961. S. 256

38) siehe Anm. 48 und 51

39) Gerald Fleming, Hitler und die Endlösung, Wiesbaden/München 1982, S. 207. Raul Hilberg (S. 767) gibt als Summe 5,1 Millionen Ermordete an.

40) Nach: „Stellungnahmen und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS" von Dr. Wetzel, Regierungsrat in Rosenbergs Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. (27.4.42) Abgedruckt in: Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S. 868 ff. „Ausgesiedelt" werden sollten z.B. 80-85% aller Polen, 65% der Ukrainer, 50% der Tschechen.

41) Deutsche und sowjetische Quellen differieren nur geringfügig zwischen 3,05 Millionen und 3,3 Millionen Mann für die deutschen Bodentruppen. Hinzu kamen nach sowjetischen Quellen noch 1,2 Millionen Mann der Luftwaffe und 100.000 der Kriegsmarine, so daß die gesamte deutsche Angriffskraft 4,6 Mio. Mann betragen habe. (vgl. z.B. Andreas Hillgruber/Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkriegs, Düsseldorf 1978. Für die sowjetischen Angaben: Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Bd. 4, S. 31, Moskau 1975) Zur gleichen Zeit hatte die Wehrmacht 38 Divisionen in Frankreich, 7 in Norwegen, 1 in Dänemark, 7 auf dem Balkan und 2 in Nordafrika. (Albert Seaton, Der russisch-deutsche Krieg 1941-45, FfM. 1973, S. 75)

42) Der deutsche Überfall begann ohne Kriegserklärung. Italien und Rumänien erklärten der Sowjetunion nach Einleitung des Angriffs den Krieg, die Slowakei folgte am 23.6., Finnland am 26.6. und Ungarn 27.6.41. Das zur ‚Achse' gehörende Bulgarien stellte aufgrund der traditionellen russisch-bulgarischen Beziehungen keine Truppen zur Verfügung. (Angabe zur Stärke der Verbündeten: Geschichte des 2. Weltkriegs, Bd. 4, S. 31)

43) Sowjet. Geschichte des 2. Weltkriegs, Bd. 4, S. 36

44) Beispielhaft läßt sich das an Panzern zeigen: die Sowjetunion hatte zum Zeitpunkt des Überfalls 24.000 Panzer. (Ploetz, Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Teil 2, S. 465). Die Zahl 24.000 war offiziell von Stalin genannt worden. (Seaton, S. 126) Da die Wehrmacht für den Angriff etwa 3.200 Panzer bereitgestellt hatte (Ploetz, Teil 2, S.166 — die sowjetische Darstellung rechnet die Sturmgeschütze mit und kommt dann auf „über 4.000"), ergibt sich eine scheinbare sowjetische Überlegenheit von über 7: 1. Nimmt man indessen nur die vergleichbaren modernen und schweren Panzer heraus, so hatte die Wehrmacht 1404 Stück der Typen Pz III und Pz IV, während die Sowjetunion 1475 T 34 und KW 1 hatte. (Ploetz, S.166; Geschichte d. 2.Weltkr., Bd.4, S.36). Das Gros der sowjetischen Panzer war veraltet und/oder den deutschen Panzern nicht gewachsen; die meisten gingen in den ersten Kriegsmonaten verloren. Der T 34, der allerdings erst seit Frühjahr 1942 massenhaft zur Verfügung gestellt werden konnte, gilt in der Summe seiner Eigenschaften als bester Panzer des 2. Weltkrieges. Dem deutschen Gegenüber, dem Pz IV, war er in j e d e m wichtigen Punkt überlegen: höhere Geschwindigkeit, größerer Aktionsradius, stärkere Panzerung, stärkere Feuerkraft, geringerer Treibstoff-Verbrauch und last not least bessere Eignung für die Massenproduktion. Lediglich im verbandsmäßigen taktischen Einsatz der Panzer war die Wehrmacht der Roten Armee anfangs weit überlegen. Es soll bei dieser Gelegenheit nicht unterschlagen werden, daß der T 34 eigentlich schon Anfang der 30er Jahre entwickelt worden war; damals wurden im Zuge einer im internationalen Maßstab sehr „fortschrittlichen" Kriegstheorie auch spezielle Panzerverbände gebildet. Dieser Vorsprung wurde durch die Mitte der 30er Jahre einsetzenden „Säuberungen", die auch die militärische Führung schwer trafen (1937/38), zunichte gemacht; die Panzerverbände wurden aufgelöst, die Massenproduktion des T 34 bis 1941 nicht weiter betrieben.

45) Förster/Helmert/Schnitter, Der Zweite Weltkrieg, Berlin/DDR 1972, S.100

46) Allein an G e f a n g e n e n geben Hillgruber/Hümmelchen für die großen Kesselschlachten 1941 folgende Zahlen: Minsk (bis Anfang Juli) 324.000. Smolensk (Juli/August) 310.000. Uman (bis Anfang August) 100.000. Gomel (bis August) 78.000. Kiew (bis Ende September) 665.000. Wjasma/Brjansk (Oktober) 670.000. Dabei sind die übertriebenen offiziellen deutschen Angaben zugrunde gelegt. Nach diesen waren bis zum 20.12.41 angeblich schon 3.35 Mio sowjetische Soldaten gefangen genommen. (Hillgruber, Hitlers Strategie, S.550).

47) Angabe Stalin nach Hillgruber/Hümmelchen, S.102. Im Einzelnen waren es laut Stalin 350.000 Tote, 378.000 Verwundete und etwas mehr als eine Million Vermißte, zumeist wohl Gefangene. Deutsche Veluste in der Sowjetunion und an den anderen Fronten nach gleicher Quelle (S.113).

48) Hitler befahl am 8.7.41, Moskau und Leningrad sollten „dem Erdboden gleichgemacht werden", „um zu verhindern, daß Menschen darin bleiben, die wir dann im Winter ernähren müßten". (zit. nach Hillgruber/Hümmelchen, S.84) — Die weibliche Bevölkerung Leningrads sollte deportiert, der männliche Teil gleich „vernichtet" werden. (A. Seaton, der russisch-deutsche Krieg, Ffm 1973, S.71)

49) Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd.4, S.383

50) Gesamtschätzung nach Louis L.Snyders „Historical Guide to World War", London 1982, S.392

51) Am 7.10.41. Nach Hillgruber/Hümmelchen, S.99

52) Vor Moskau und Stalingrad ..., S.50. Die Angabe bezieht sich auf den „Zeitpunkt der faschistischen Generaloffensive im Moskauer Frontabschnitt". Zur Gegenoffensive wurde die sowjetische Konzentration noch erheblich verstärkt. Angabe zur deutschen Konzentration ebenda, S.51. Die sowjetischen Angaben zum absoluten Kriegsverhältnis während der „Schlacht vor Moskau" sind etwas verworren und scheinen widersprüchlich, da sie sich auf unterschiedliche Zeitpunkte beziehen. Jedenfalls legen die sowjetischen Militärhistoriker Wert auf die Feststellung, daß die Rote Armee nicht mit der deutscherseits gern behaupteten „erdrückenden Überlegenheit" operiert habe, sondern daß (in Zahlen) im Gegenteil anfangs eine erhebliche deutsche Überlegenheit und später allenfalls ein Gleichstand bestanden habe. An der gesamten Front hatte zu dieser Zeit die Rote Armee 3.4 Mio Mann und die Wehrmacht 3.2 Mio Mann. (Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd.4, S.329/330)

53) Über die Wolga lief fast die Hälfte des gesamten sowjetischen Binnenschiffsverkehrs. U.a. verband die Wolga, bzw. ein Wolga-Kanal, Moskau mit dem Kaspischen Meer und somit dem Kaukasus-Gebiet. Die Wolga war also eine zentrale Transport-Achse für das Erdöl.

54) Vor Moskau und Stalingrad ..., S.38

55) ebenda, S.39

56) Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd.8, S.60

57) ebenda, S.26

58) Vor Moskau und Stalingrad ..., S.20

59) „Die Bruttogetreideernte ging von 95.6 Millionen t im Jahre 1940 auf 55.9. Millionen t im Jahre 1941 zurück ... Auch der Viehbestand sank stark ab. Laut Stand vom 1.Januar 1942 war er im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres wie folgt zurückgegangen: Rinder von 54.8 Millionen auf 31.4. Millionen, Schweine von 27.6 Millionen auf 8.2 Millionen..., Pferde von 21 Millionen auf 10 Millionen ..." (Geschichte des 2. Weltkrieges, Bd.4, S.182). Negativ wirkte sich auch aus, daß die Landwirtschaft Zehntausende von LKW's und Traktoren an die Armee abgeben mußte; so sank die Zahl der LKWs in der Landwirtschaft 1941 auf ein Drittel des Vorjahres. (ebenda, S.181)

60) ebenda, S.190

61) ebenda, S.196. Einige Zahlen: Elektroenergie von 19.3 auf 14.1 Mrd. kWh. Erdöl von 15.7 auf 11.7. Mio t. Kohle von 59.5 auf 35.7 Mio t. Stahl von 6.5 auf 3.9. Mio t. Kupfer von 93.200 auf 59.900 t.

62) ebenda, S.197. Vom 2. Halbjahr 1941 zum 1. Halbjahr 1942 entwickelte sich die Produktion wie folgt: Panzer von 4.800 auf 11.200. Kampfflugzeuge von 8.200 auf 8.300. Geschütze von 30.200 auf 53.600. MG's von 106.200 auf 134.100. Maschinenpistolen von 89.700 auf 535.400. Munition von 62.9 auf 65.8 Millionen Stück.

63) ebenda, S.175

64) ebenda, S.176

65) ebenda

66) sowjetische Quellen, sowie: Albert Seaton, Der russisch-deutsche Krieg, S.302-305. „In den letzten drei Jahren des Großen Vaterländischen Krieges wurden in der UdSSR jährlich 120.000 Artilleriegeschütze, 40.000 Flugzeuge, 30.000 Panzer und 193.9 Mio. Artilleriegeschosse hergestellt. Deutschland produzierte von 1942 bis 1944 jährlich nur 14.700 bis 37.000 Flugzeuge — oder durchschnittlich 26.000 — und 9.300 bis 27.300 Panzer — oder 19.000 jährlich." (Vor Moskau und Stalingrad ..., S.21). — Diese Produktionsziffern sind natürlich alle gigantisch, wenn man sie mit dem Bestand vergleicht, der am 22.6.41 auf beiden Seiten vorhanden war.

67) Vor Moskau und Stalingrad ..., S.24

68) Robert Huhn Jones, The Roads to Russia. United States Lend-Lease to the Soviet Union. Oklahoma, 1969 — Der Autor gibt z.B. an, der SU seien von 1941 bis 1944 von den USA 14.000 Flugzeuge geliefert worden, wähernd sie selbst 116.000 produzierte. Bei Panzern: 8000 gegen 84.000. Bei LKW's: 362.000 gelieferte gegen 128.000 selbstproduzierte. (S. 229). Die gesamten Lieferungen der USA an die Sowjetunion nach dem Lend-Lease-System (d.h. praktisch kostenlos) hatten einen Wert von 11 Milliarden Dollar; das ist nur ein Drittel der Land-Lease-Hilfe, die Großbritannien bekam. (ebenda, S.239).

Kt., Hamburg

Vor 50 Jahren: Die »Nürnberger Gesetze«

Das Jahr 1935 stand für Deutschlands Juden unter dem Schatten der „Nürnberger Gesetze". Die genaueste Eingruppierung der deutschen Bevölkerung in „Volljuden", „Geltungsjuden", „Rassenjuden", „Mischlinge 1. Grades", „Mischlinge 2. Grades" und „Arier" sollte der Beginn eines Schematismus werden, welchem sich umfangreiche Verordnungen und ausufernde Stigmatisierungen bis hin zum Massenmord anschlossen. Menschen mit ihren unterschiedlichen Lebensgeschichten, Glaubensbekenntnisen, politischen Einstellungen und Berufen wurden aufgrund einer perversen „Rassendefinition" katalogisiert.



Fortan wurden als „Juden" solche Personen bezeichnet, welche mindestens drei Großeltern hatten, die der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehört hatten. Desweiteren solche Personen, welche zwei jüdische Großeltern hatten und selbst der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörten. Auch Personen mit zwei jüdischen Großeltern nicht-jüdischen Glaubens, welche eine Person mit mindestens drei jüdischen Großeltern geheiratet hatten, galten als „Juden". Als „Mischlinge 1. Grades" galten Personen mit zwei jüdischen Großeltern, welche weder der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörten, noch mit einer Person mit mindestens drei jüdischen Großeltern verheiratet waren. Als „Mischling 2. Grades" galt eine Person mit einem jüdischen Großelternteil und als „Arier" eine Person ohne jüdische Großelternteile.

Die Einteilung der Deutschen nach diesen Kriterien galt fortan für das Recht auf Eheschließung nach dem „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 15.9.1935. Außerdem wurden zahllose Berufsverbote verhängt. Die Rassendefinition lag 1938 dem Gesetz zur Änderung von Vor- und Familiennamen (keine Verdeutschung von jüdischen Namen) zugrunde, der Anmeldung von Vermögen, der Erfassung von „Juden" und „Mischlingen" in der Volkszählung vom 17. Mai 1938, der Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe (14. Juni 1938), der Hinzufügung der Vornamen Israel und Sara ab 1. Januar 1939 und vielen anderen kleineren und größeren Maßnahmen, welche sich seit der „Reichskristallnacht" häuften. 1939 wurde auch die Einführung des „gelben Sterns" nach eben diesen „Nürnberger Gesetzen" vorgenommen, zunächst in Polen, dann in allen von Deutschen kontrollierten Gebieten. Später wurde die Deportation nach diesen Kriterien vorgenommen. Schließlich wurde durch die „Wannseekonferenz" letzlich das Schicksal der als „Juden" klassifizierten Personen besiegelt (20. Januar 1942). Kaum neun Monate später, am 27.10.1942, wurde im Reichssicherheitshauptamt eine sehr ähnliche Erklärung über das Schicksal der „Mischlinge 1. Grades" formuliert, welche KZ oder Sterilisierung auch für diesen Personenkreis vorsah.

Die vor 50 Jahren beschlossenen „Nürnberger Gesetze" wirkten schicksalhaft weit über ihre unmittelbare Bedeutung für das „Hissen von deutschen Fahnen" und die Bekämpfung der „Rassenschande" hinaus. Nichtsdestotrotz wurden 380 Menschen allein im Jahre 1936 wegen „Rassenschande" verurteilt, 1937 waren es gar 565 Personen, bis 1939 weitere 892 Menschen. Auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches (Stand von 1933) wurden durch die „Nürnberger Gesetze" etwa 840.000 Menschen ausgegrenzt. Etwa 500.000 gehörten den verschiedensten „israelitischen" Glaubensgemeinschaften an, weitere 50.000 waren bekenntnislose Personen oder zum Christentum konvertierte Juden, weitere 210.000 galten als „Mischlinge 1. Grades", nochmal 80.000 als „Mischlinge 2. Grades". Alle übrigen Deutschen galten als „Arier", behielten ihre vollen Bürgerrechte, wobei noch gesondert über das grauenvolle Schicksal der Sinti und Roma und auch der „Rheinland-Bastarde" (Nachkommen farbiger französischer Besatzungssoldaten und deutscher Frauen) zu sprechen wäre.

Später sollte diese Einteilung in quantitativ unvorstellbar größerem Ausmaß für Menschen nicht-deutscher Nationalität von grauenhafter Bedeutung werden. Die Wannsee-Konferenz zählte in ihrem Protokoll lapidar 11 Millionen Menschen auf, welche der „Endlösung" zugeführt werden sollten, und fügt noch hinzu: *„Bei den angegebenen Judenzahlen der verschiedenen ausländischen Staaten handelt es sich jedoch nur (!) um Glaubensjuden, da die Begriffsbestimmung der Juden nach rassischen Gesichtspunkten teilweise dort noch fehlt."* Hier sollten also ebenfalls die „Nürnberger Gesetze" Anwendung finden, was die deutschen Mordpläne noch um Millionen von Menschen ausgeweitet hätte.

Welches waren die Kriterien dieser folgenschweren Gesetze? Wer gehörte nun der „jüdischen Rasse" an? Menschen mit drei oder vier jüdischen Großeltern waren „Volljuden", auch wenn sie einer anderen Glaubensgemeinschaft angehörten. Wonach aber wurden die als jüdisch bezeichneten Großeltern definiert? Nach der Religion! So war also eine Person, deren drei oder vier Großelternteile alle vom Protestantismus zum Judentum konvertiert waren, ebenfalls „Rassejude". Ebenso war eine Person mit zwei jüdischen Großeltern, die selbst nicht dem jüdischen Glauben angehörte, dann „Jude" („Geltungsjude"), wenn sie eine Jüdin oder einen Juden geheiratet hatte — ein Sachverhalt, der mit „Blutsanteilen" ja wenig zu tun hatte. Hingegen war ein „Mischling 1. Grades" auch „Jude", wenn er dem mosaischen Glauben angehörte, was wiederum das NS-Motto: „Der Glauben ist uns einerlei, in der Rasse steckt die Schweinerei" widerlegt.

Sollte aber umgekehrt eine Person vier christliche Großelternteile gehabt haben, welche alle von konvertierten Juden abstammten, so war diese „Arier". Selbst wenn man also die These der „Höherwertigkeit" und „Niederwertigkeit" von Rassen unterstützen würde, müßten einen die Durchführungsbestimmungen der „Nürnberger Gesetze" zweifeln lassen. Das Gegenteil war jedoch der Fall. NS-Wissenschaftler und Nobelpreisträger Prof. Dr. Lenard beispielsweise fühlte sich durch die „Nürnberger Gesetze" inspiriert, in seinem Buch „Deutsche Physik" (1936) die Unterscheidung von „arisch" und „jüdisch" auf die Physik anzuwenden. So schreibt er über den „wohl reinblütigen Juden A.Einstein" folgendes: *„Seine 'Relativitätstheorien' wollten die ganze Physik umgestalten und beherrschen, gegenüber der Wirklichkeit haben sie schon lange ausgespielt. Sie wollten wohl auch gar nie wahr sein. Beim Juden fehlt auffallend das Verständnis für Wahrheit...im Gegensatz zum ebenso unbändigen als besorgnisvollen Wahrwillen der arischen Forscher."*

Wenn wir nun die vorliegenden Ausführungen eines deutschen Physikers auf uns wirken lassen, kommen wir unweigerlich auf einen anderen, noch weitgehend unerforschten Aspekt der „Nürnberger Gesetze": den psycholo-

Fortsetzung nächste Seite

gischen Aspekt. Warum war gerade ein so vergleichsweise heterogenes Volk gewillt, eine so starke, in sich unlogische Zensur durch die eigenen Reihen vorzunehmen? Aufgeteilt in mehrere Glaubensgemeinschaften, ein Gemisch aus römischen, slawischen und germanischen Volksschaften, Menschen mit unterschiedlichsten Dialekten, zurückblickend auf eine sehr junge neuere staatliche Geschichte, konnte sich gerade in Deutschland ein Bedürfnis durchsetzen, sich als ,,Arier'' abzugrenzen gegen ,,Nicht-Arier''. Nichtsdergleichen hatten die überwiegend blondhaarigen und protestantischen Schweden je im Sinn oder die fast ausschließlich schwarzhaarigen katholischen Franzosen. Gerade die Deutschen, welche mit Mühe und Not gerade ihre Sprache seit der lutherischen Bibelübersetzung vereinheitlicht hatten, waren zu solcher psychopathischen Ausgrenzung fähig. Nicht nur widerwillig folgten viele Deutsche dem Aufruf der Despoten, nein, sie schlossen sich der Ahnenforscherei geradezu fanatisch an, als ob sie ihre eigene Identität erst mit Hilfe der Ahnentafel zu erkennen glaubten.

Auch heute noch, 50 Jahre nach den ,,Nürnberger Gesetzen'', ist für die Frage nach der deutschen Staatsbürgerschaft Abstammung (also das ,,Bluterbe'') weit bedeutsamer als Sozialisation, Geburtsort, Sprachkenntnisse oder einfach die Auffassung der betreffenden Person. Dies wurde vor kurzem am Fall eines DDR-Bürgers deutlich, welcher in die BRD auswanderte, hier jedoch nicht als Deutscher im Sinne des Grundgesetzes anerkannt wurde, da er, obwohl in der DDR geboren und aufgewachsen, von italienischen Eltern stamme. Ähnliches trifft für die ca. 70 bis 80.000 Kinder zu, welche alljährlich in der BRD als Kinder von Ausländern geboren werden und nach der Logik hiesiger Staatsbürgerschafts-Philosophie ebenfalls ,,Ausländer'' sind. Heute noch, wie im ,,Arbeiterkampf'' 241 berichtet (,,Am besten Arier-Nachweise''), müssen einbürgerungswillige Menschen den Anforderungen des ,,Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes'' (RuStAG) genügen. Im AK wurde aus einem Artikel des ,,Kölner Stadtanzeigers'' zitiert: *,,Die Behörde gab folgenden freundlichen Tip: 'das Verfahren durch das Beibringen eines Ariernachweises der NS-Zeit abzukürzen'''*.

Zu alldem paßt, wenn aktuell Frankfurts ,,weltoffener'' CDU-Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann in Wahlplakaten für die Kommunalwahl verkünden läßt: *,,Frankfurts Ausländerproblem liegt in ihrer Hand...So will*
plakaten für die Kommunalwahl verkünden läßt: ,,Frankfurts Ausländerproblem liegt in ihrer Hand...So will
Wallmann weitermachen: Der Erlaß des hessischen Innenministers wird nicht befolgt, weil es unmenschlich ist, daß 16-18 jährige Ausländer, die nicht deutsch sprechen, zu uns nachziehen dürfen. Denn sie werden weder einen Ausbildungs- noch Arbeitsplatz bekommen. Wallmann ist gegen eine großzügigere Regelung des Ausländernachzuges. Zusammen mit nachziehenden Jugendlichen könnte das zu einer Zuwanderung von mehr als 10.000 Ausländern führen... Wallmann ist gegen das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Wallmann wird sich auch in Zukunft nicht durch die Landesregierung einschüchtern lassen...''.

Offener könnte man wohl nicht an die ausländerfeindlichen Ressentiments in der Bevölkerung appellieren. Aufgrund der Vergangenheit dieses Landes und der gegenwärtigen Situation in der Ausländerpolitik ist es daher dringend notwendig, in die Offensive zu treten und Programme für eine multikulturelle, multinationale Gesellschaft vorzulegen und zu propagieren.

Sollten wir dies nicht verstehen, haben wir die Lektion der ,,Nürnberger Gesetze'', ihren irrationalen Wahnwitz, trotz des größten Genozids der Menschengeschichte nicht gelernt.

Fr., Frankfurt
(Mitglied im jüdischen Studentenverband)

Literaturhinweise und Quellen

,,Die katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich'', 1971, v. Lutz-Eugen Reutter;
,,Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre'', 15.9.1935, veröffentlicht RGBl. I, Nr. 100/135;
,,Sterilisierung der Rheinland-Bastarde'', Droste-Verlag, Düsseldorf 1979, v. Rainer Pommerin;
,,Das Dritte Reich und die Juden'', v. Leon Poliakov und Josef Wulf, 1983, Ullstein-Verlag;
,,Kennzeichen J'', Röderberg-Verlag, 1979;
,,Wannseeprotokoll vom 20.1.1942'', im Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal, Fall XI, Dok. 2586-NG;
,,Deutsche Physik'', München 1936, Lehmann-Verlag, v. Prof. Dr. Lenard, zitiert nach *,,Kennzeichen J''* und *,,Das Dritte Reich und die Juden''*, s.o.;
AK 241, *,,Am besten Arienachweis''*, 14.4.1983;
Werbeplakat der CDU-Frankfurt, Kommunalwahlkampf 1985 für Wallmann.

Vertriebenenverbände machen mobil

Nach einigen Jahren Mauerblümchen-Dasein riskieren die Vertriebenenverbände seit der ,,Wende'' wieder eine große Lippe. Angestachelt werden sie dabei durch Äußerungen wie denen von Innenminister Zimmermann, der am 29. Januar 1983 auf der Landesversammlung des bayerischen ,,Bundes der Vertriebenen'' (BdV) erklärte: *,,Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.''* (,,Deutscher Ostdienst'', 3.2.83).

Aber die ,,Vertriebenen'' wollen mehr. BdV-Vizepräsident Hupka sieht die Sache so: *,,Es gibt keine Garantie, daß das zu vollendende Deutschland deckungsgleich sein wir mit dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937. Wir haben die Pflicht, die Substanz ganz Deutschlands zu sichern, zu behaupten und weiterzugeben.* (,,Deutschland-Union-Dienst'', 18. 5. 1983). Was mit der ,,ganzen Substanz'' gemeint ist, erläutert an anderer Stelle: *,, ,,Ostdeutschland'' umfaßt nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und*



Neiße, also den heute unter polnischer und sowjetischer Herrschaft stehenden
Neiße, also den heute unter polnischer und sowjetischer Herrschaft stehenden
Teil des Deutschen Reiches, sondern auch das Sudetenland und die deutschen Siedlungsgebiete zwischen Ostsee und Schwarzem Meer.'' (Kulturpolit. Korrespondenz, 25.1.83).

Der stellvertretende Sprecher der ,,Landsmannschaft Ostpreußen'', Harry Poley, hält die *,,Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen vom 31.8. 1939''*, also mit Teilen der CSSR und mit Österreich, für *,,rechtmäßig''*.

Die extrem rechte ,,Gemeinschaft ost- und sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter'' spinnt die Sache noch weiter: *,,Wir müssen also erkennen, daß die Niederländer ebenso einen Teil des vielfältigen deutschen Volkes bilden wie die Deutschen im Gebiet des Deutschen Reiches. Die Elsässer, Luxemburger und die Deutschschweizer zählen selbstverständlich auch dazu. Die Niederländer sind ebenso wie das Deutsche Reich — ein Teil von Deutschland.''* (,,Anzeiger der Notverwaltung des deutschen Ostens'', Nr. 5-6/1983). Und im ,,Schlesier'' wird ein ganz besonderes Rechtsverständnis ausgebreitet: *,,Die illegale Fremdbesiedlung Ostdeutschlands stellt absolut kein Faktum dar, an dem nicht mehr gerüttelt werden dürfte. Eine Repatriierung der dort nach 1945 angesiedelten Menschen wäre beileibe keine ,,zweite Vertreibung''. Vertrieben und zwangsangesiedelt wurden diejenigen, die bis 1945 dort ansässig waren. Es ist nicht unbillig, vom Unrechtsverursacher zu verlangen, die ihm durch Wiederherstellung des Rechtszustandes entstehenden Härten in Kauf zu nehmen''* (,,Der Schlesier'', 25.5.84).

Herbert Czaja

Herbert Czaja und Herbert Hupka, die mit Abstand einflußreichsten Amtsträger landsmannschaftlich organisierten Revanchismus'' sind Herbert Czaja und Herbert Hupka.

Czaja, 1914 in Teschen (,,Oberschlesien'') geboren, wirkte er schon 1937 aktiv im nazistischen ,,Deutschen Verband zur nationalen Befreiung Europas''. Ab 1939 nahm er als Beamter der faschistischen Besatzungsbehörde an der Okkupation Polens teil und war in der ,,Treuhandstelle der Universität Krakow'' tätig, von der die Verschleppung von 183 Wissenschaftlern in Konzentrationslager veranlaßt wurde.

Nach dem 2. Weltkrieg ist Czaja in den Westzonen aktiv an der Gründung revanchistischer Organisationen beteiligt. Die ,,Sudetendeutsche Zeitung'' lobte sein Wirken gegen die Ostverträge in den 70er Jahren: *,,An maßgeblicher Stelle zählte er zu der Gruppe jener Abgeordneten, die die Art und Weise, wie die Verträge von Moskau und Warschau ausgehandelt wurden, auf das schärste ablehnten: ,,Wir werden ihre Geltung bestreiten und uns mit allen ... Mitteln dagegen zur Wehr setzen.'' ''*. In Publikationen beharrte Czaja auf dem Anspruch ,,Deutschlands'' auf weite Territorien Polens und anderer Länder. Er bedient sich dabei fleißig u.a. des Geistes der alten ,,Volk-ohne-Raum'' Propaganda.

Ein Schlesier aus Ceylon

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß Herbert Hupka (MdB, CDU), der sich das Flair des ,,Erzschlesiers'' geschaffen hat, fern vom Deutschen Reich auf Sri Lanka (damals Ceylon genannt) geboren wurde. Nur die Jugendjahre verbrachte er in Schlesien (1919 — 1934). 1948 gehörte
Nur die Jugendjahre verbrachte er in Schlesien (1919 — 1934). 1948 gehörte
er zu den Mitbegründern des Schlesier-Vereins in München, bald darauf begann sein unaufhaltsamer Aufstieg als Funktionsträger der ,,Landsmannschaft Schlesien''. 1945 in die SPD eingetreten, gibt er sein Parteibuch 1972 aus Protest gegen die ,,neue Ostpolitik'' zurück. Als Chef der ,,Schlesier'' und Vizepräsident der Vertriebenen gehört er in der Folge zu den Initiatoren der Verfassungsklage gegen die Ostverträge.

Vertriebenenverbände

Czaja und Hupka beherrschen die Spitze eines Organisationssystems, das zu den größten in der BRD zählt. Drei Dachverbände halten ein dichtes Geflecht von ,,Basisgruppen'' zusammen:
— die ,,Deutsche Jugend des Ostens'';
— der ,,Bund der Mitteldeutschen'';
— und der ,,Bund der Vertriebenen''.

Die **,,Deutsche Jugend des Ostens''** (DJO), 1951 gegründet, gibt bundesweit 160.000 Mitglieder an.

Im **,,Bund der Mitteldeutschen''** (BMD) haben sich sechs Landsmannschaften mit 230.000 Mitglieder zusammengefunden, die sich ganz oder teilweise auf das Staatsgebiet der DDR beziehen. Dazu gehören Organisationen mit illustren Namen wie: ,,Bundesverband Mitteldeutscher Flüchtlinge'', ,,Gemeinschaftsverband politischer Sowjetgefangener'', ,,Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe'', ,,Heimatverdrängtes Landvolk''.

Vor der BMD-Gründung 1969 gab es die ,,Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands'', die im Forschungsbeirat der BRD-Regierung ,,für Fragen der Wiedervereinigung'' mitarbeiteten (dort wurde in ,,Grauen Plänen'' über die Wiedereinführung des Kapitalismus in der DDR nachgedacht).

Schwerpunkt der BMD — laut Aktionsprogramm von 1976 Interessenvertretung der DDR-Bürger in ihrer Gesamtheit — ist die Besuchstätigkeit und Kontaktarbeit ,,drüben''. Zur Bundesregierung bestanden schon früher gute Beziehungen: Hermann Kreutzer, BMD-Präsident von 73 - 75, war gleichzeitig u.a. ,,Bevollmächtigter der Bundesregierung'' in Westberlin. Der jetzige Präsident, Manfred Schmidt, gehörte von 1975 - 80 dem Bundestag und dort dem ,,Ausschuß für innerdeutsche Beziehung'' an.

Der **,,Bund der Vertriebenen''** (BdV), 1958 gegründet, ist die größte revanchistische Vereinigung, hat nach eigenen Angaben 2,4 Millionen Mitglieder. Angegliedert sind ihm insgesamt 20 Landsmannschaften.

Die ,,Sudetendeutsche Landsmannschaft'' und die ,,Schlesische Landsmannschaft'' haben seit jeher die Funktion von Leitverbänden. Einerseits, weil sie am mitgliederstärksten sind, andererseits, weil sich ihre politischen Ziele auf beträchtliche Teile der tschechischen bzw. polnischen Gebietes richten. Vor allem aber: Sie verfügen über glänzende Verbindungen.

Die **,,Sudetendeutschen''** sind die größte Landsmannschaft. Neben dem ,,Sudetendeutschen Archiv'' gibt es ,,Heimatstuben'' der ,,Sudeten'' in 80 Städten, mehrere Schulungszentren, Verlage und ein ,,Filmwerk''. Der ,,Sudetendeutsche Rat'' dient als Schaltstelle zwischen der Landsmannschaft und den etablierten Parteien: Jeweils nach der Neuwahl des Bundestags benennen die Fraktionen entsprechend ihrer errungenen Sitze Vertreter für diesen ,,Rat'' — ein Modus, der
chend ihrer errungenen Sitze Vertreter für diesen ,,Rat'' — ein Modus, der
auch während der ,,Entspannungspolitik'' beibehalten worden war. Dieser ,,Rat'' strengte gemeinsam mit der Landsmannschaft 1973 die Verfassungsklage gegen die Ostverträge an.

Die ,,Sudetendeutschen'' genießen die besondere Fürsorge ihres ,,Patenlandes'' Bayern und seiner CSU-Regierung: Die ,,Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft'', die sich als ,,Exilparlament'' versteht, durfte 1984 offiziell im bayerischen Landtagsgebäude tagen. Das ,,Sudetendeutsche Haus'' in München, ein Schulungszentrum des Verbandes, wurde im letzten Jahr zur Hälfte mit bayerischen Landesmitteln errichtet — Baukosten: 22 Millionen DM. Die wichtigsten Führungsfunktionäre sind gleichzeitig CSU-Mitglieder, der Sprecher der ,,Sudeten'' sogar bayerischer Staatsminister (Franz Neubauer). Den ,,Sudetendeutschen'' angeschlossen ist der Witiko-Bund, eine geheimbündlerische Verbindung, die ihre prominenten Mitglieder vor allem in der CDU/CSU und der rechten FDP hat, und die vornehmlich für politische Schachzüge (z.B. Sturz der Regierung Brandt) eingesetzt wird.

Die **,,Schlesier''** genießen die Schirmherrschaft der niedersächsischen Landesregierung. Vom ,,Patenland'' Niedersachsen kam die Staatsknete für das neue Schulungszentrum bei Bonn, ebenso wie Zusagen von Geldern für ein ,,Institut'' und ein ,,Museum''.

Die ,,Oberschlesier'', die formal einen eigenen Verein unterhalten, werden in ähnlicher Höhe von der SPD-Regierung in NRW gefördert.

Den ,,Schlesiern'' mit ihren 300.000 Mitgliedern sind u.a. Verbände mit so klangvollen Namen angeschlossen wie die ,,Traditionsgemeinschaft schlesischer Flieger'', die ,,Arbeitsgemeinschaft von Kameradschaftsverbänden ehemaliger schlesischer Truppen'' (1983 gegründet) und die ,,Vereinigung des schlesischen Adels''.

Neben Herbert Czaja (Sprecher der ,,Oberschlesier'') und Herbert Hupka (Bundesvorsitzender der ,,Schlesier'') vertreten auch Bernhard Jagoda und Helmut Sauer (alle CDU) die Interessen der ,,Schlesier'' im 10. Bundestag.

In der Existenz und Förderung der anderen Landsmannschaften manifestiert sich ein Anspruch des BRD-Imperialismus auf fremdes Staatsgebiet weit im Osten Europas. Schon ihre Titel nehmen sich angesichts der heutigen territorialen Realitäten bizarr aus: Neben der **,,Pommerschen Landsmannschaft''** (Patenkind der Landesregierung Schleswig-Holsteins) und den **,,Ostpreußen''** (ihr Sprecher Hennig ist seit 1982 Parlamentarischer Staatssekretär) gibt es da u.a. die ,,Karpatendeutschen'', Landsmannschaften für die ,,Deutschen aus Ungarn'', die ,,Bessarabiendeutschen'', die ,,Dodrudscha- und Bulgariendeutschen'' sowie die ,,Deutschen aus Rußland''.

Und sie werden immer mehr, die Vertriebenen. 1949 soll es in der BRD 7,7 Millionen gegeben haben. 1983 ist ihre Zahl jedoch nicht infolge unvermeidlicher Sterblichkeit gesunken, das Innenministerium zählte vielmehr 16 Millionen Vertriebene, was etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung der BRD entspricht. Urheber dieser geheimnisvollen Vermehrung ist das ,,Bundesvertriebenengesetz'' von 1953 (1971 geringfügig verändert), demzufolge nicht nur die Flüchtlinge von 1944/45 als Vertriebene gelten, sondern auch sämtliche anderen Ost-Aussiedler bis zum heutigen Tage. Mehr noch: In Paragraph 7 legt das Gesetz fest, daß die ,,Vertriebeneneigenschaft'' erblich ist: *,,Kinder, die nach der Vertreibung geboren sind, erwerben die Eigenschaft als Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling des Elternteils, dem im Zeitpunkt der Geburt oder Legitimation das Recht der Personensorge zustand oder zusteht''* (Bundesgesetzblatt 1971, S. 1565 ff.). Gemäß dieser Bestimmung gilt z.B. ein 1982 in der BRD geborenes Kind eines 1960 in der BRD geborenen Vaters als ,,Vertriebener'', wenn Opa oder Oma vor 1945 in den ,,deutschen Ostgebieten'' gelebt hat.

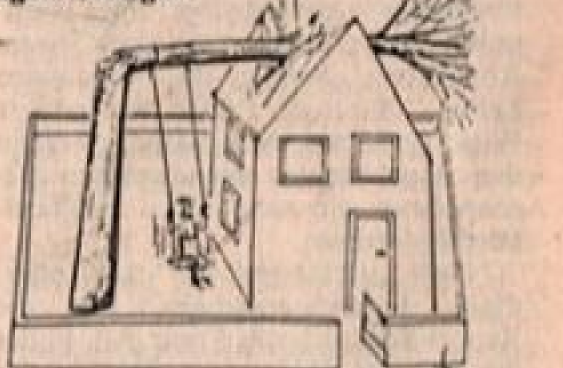
„Bekenntnisschlesier"

Im Sommer 1984 erläuterte Hupka, die Landsmannschaften bestünden zur Zeit nicht nur aus ,,Geburtenschlesiern'' und ,,Abstammungsschlesiern'', sondern
siern'' und ,,Abstammungsschlesiern'', sondern
auch aus ,,Bekenntnisschlesiern''; laut Hupka sind das *,,Mitbürger vor allem der jungen Generation, die sich als Angehörige unseres deutschen Volkes zu Schlesien bekennen''*. (Die Welt, 21.6.84)

Dem Ziel, zunehmend nicht mehr als Traditionsverband, sondern vor allem als **revanchistisches Sammelbecken** zu wirken, dient vor allem die forcierte Jugendarbeit:
— 1974 gab sich die ,,Deutsche Jugend des Ostens'' den weniger verstaubten Beinamen ,,Deutsche Jugend in Europa''.
— Bundesgeschäftsführerin der ,,Schlesischen Jugend'' wurde 1984 eine Jurastudentin, deren Eltern in keinerlei persönlicher Beziehung zur ,,alten Heimat'' standen: sie stammen beide aus Franken.
— In der ,,Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde 1982 ein ,,Arbeitskreis Studenten'' initiiert.
— Diese Bemühungen, die sich auch in den Vertriebenen-Zeitungen auf ,,Jugendseiten'' zunehmend widerspiegeln, wurden im Mai 1984 zusammengefaßt: Erstmals fand ein ,,Bundeskongreß der jungen Generation des Bundes der Vertriebenen'' statt.

Der Presseschnelldienst des BdV stellte als Ziel dieser neuen Ausrichtung dar, *,,vor allem auch für jüngere Parteimitglieder attraktiv zu werden, die keine Vertriebenen oder Flüchtlinge sind, die sich aber besonders in der Deutschlandpolitik betätigen wollen.''* (OSmipress, 18.6. 1981)

Jügen/Stuttgart



Der Artikel beruht auf einer Zusammenfassung des Buches: „Kreuzritter in Trachten — Organisierter Revanchismus und seine Macher" von Flach/Kouschil, Urania-Verlag, Leipzig 1984.

§ 218 — 10 Jahre und kein bißchen weiter?

Was wollen die Abtreibungsgegner?

Die im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel allseits befürchteten Gesetzesverschärfungen haben bisher nicht stattgefunden. Im Gegnteil: Alle Anläufe in diese Richtung sind vorerst zurückgepfiffen worden. Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen, ist abgewiesen worden — aus formalen Gründen. Und auch die Gesetzesinitiative von CDU/CSU-Abgeordneten zum selben Thema ist mit einer formalen Begründung (Beschlußunfähigkeit) auf Eis gelegt. Familienminister Geißler wird auch nicht müde, zu betonen, daß am Gesetz nichts geändert werden soll, stattdessen kündigte er bereits Ende 1983 eine große Kampagne zur „Bewußtseinsveränderung" der deutschen Bevölkerung an, um dem „Mißbrauch" des § 218 und „der großen Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen wirksam zu begegnen". Dies sind Zitate aus dem Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum „Schutz des ungeborenen Lebens", die eigens zu diesem Zweck eingerichtet wurde. Ein erstes Ergebnis dieser Arbeitsgruppe war die Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens", mit der Geißler 20.000 Schwangerschaftsabbrüche im Jahr verhindern wollte. Die ersten Erfahrungen mit dieser Stiftung haben die Erwartung bestätigt, daß Frauen sich nicht durch Almosen von ihrem Entschluß abbringen lassen, eine ungewollte Schwangerschaft abzubrechen. Die Stiftungsgelder haben

daß Frauen sich nicht durch Almosen von ihrem Entschluß abbringen lassen, eine ungewollte Schwangerschaft abzubrechen. Die Stiftungsgelder haben

sich fast ausschließlich Frauen abgeholt, die ihr Kind ohnehin kriegen wollten. Aber das kann Geißler in seiner Bewußtseins-Kampagne nicht stoppen. Er triumphiert, die Stiftung sei ein Erfolg, das Geld sei restlos an in Not geratene Frauen ausgegeben worden!

Parallel zu seiner Bewußtseins-Kampagne hat er keinen Zweifel daran gelassen, daß er Kritik und Widerspruch nicht dulde. Der Pro Familia wollte er kurzerhand die Gelder entziehen, weil diese sich weigerte, die Stiftungsgelder mitzuverteilen.

Das zweite Mittel, das Geißler einsetzen will, um das Bewußtsein gegenüber dem „Werdenden Leben" zu verändern, ist eine großzügig bebilderte Hochglanzbroschüre, in der in vielfacher Vergrößerung die Entwicklungsstufen eines Embryos dargestellt werden, in blumiger Sprache kommentiert. Mit einer Auflage vom 300.000 soll dieses Werk in allen Beratungsstellen ausgelegt werden.

Nicht in sein Konzept paßte Geißler eine noch unter der alten Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung, in der die Handhabung des § 218 im Ländervergleich dargestellt wird. Die Veröffentlichung dieser Broschüre hatte er kurzerhand verboten. Unter dem Druck der öffentlichen Reaktionen nahm er das allerdings zurück. Ende Februar soll die Broschüre erhältlich sein, und sie wird zeigen, daß Geißler recht hat: Das Gesetz braucht für seine Zwecke nicht geändert zu werden. Es ist schwammig genug, um genau so ausgelegt werden zu können wie das z.B. in Bayern der Fall ist, wo Frauen kaum die Möglichkeit haben, einen Abbruch zu bekommen. Es ist tatsächlich eine Frage des Bewußtseins, ob Frauen und sie unterstützende Ärzte, Institutionen, und die liberaleren Landesregierungen, das Gesetz offensiv und in ihrem Sinne auslegen und handhaben.

Die Rolle der Medien

Unterstützung für ihre ideologische Kampagne erfahren Geißler und seine Regierung in den Medien. Eine kontinuierliche Berieselung mit dem Thema Abtreibung/„Schutz des werdenden Lebens" durch die Presse, werden ihre Wirkung haben. Alle Naslang werden den Aussprüchen irgendwelcher Kirchenoberen ein paar Zeilen auf Titelseiten gewidmet.

Noch „wirkungsvoller" sind allerdings Fernsehsendungen wie die Report-Sendung von Franz Alt, in der die gleichen Bilder, die jetzt in der Geißler-Broschüre erscheinen, (und vorher schon im Zeit-Magazin erschienen waren. Alles von derselben Autorin: Katarina Zimmer.) im Film gezeigt wurden, mit entsprechenden Bewegungen, ebenfalls in vielfacher Vergrößerung. Dieser Art gab es mehrere Sendungen im Hauptprogramm des Fernsehens in letzter Zeit. Und das ist neu, wenn auch die Bilder und dazu verbreitete Argumente nicht neu sind. Sie werden allerdings etwas geschickter dargeboten, wissenschaftlicher; es ist nicht mehr so leicht mit einem Lächeln darüber hinwegzugehen.

Geschickt scheint uns auch die Zielgruppe für diese Art ideologische Kampagne gewählt. Zumindest Franz Alt hat mit seiner Report Sendung gezielt die Friedensbewegung angesprochen, der er sich verbunden fühlt. „Wer Abrüstung fordert, kann Abtreibung nicht gutheißen", meint er, und weiter: „Wie will die Friedensbewegung auf Dauer glaubhaft eine Bewegung der Gewaltlosigkeit sein, aber schweigen zur Gewalt in Form massenhafter Abtreibung?"

Doch auch einige Kirchenoberen richten sich mit ihren Appellen an ein ähnliches Spektrum, indem sie die Grünen angreifen, gegen die Tötung von Robbenbabys zu protestieren, aber zu schweigen, angesichts des „Massenmordes von Menschenbabys". Ob die Kampagne greift, und welche Reaktionen sie hervorrief, wollen wir im folgenden darstellen.

Wo steht die § 218-Bewegung heute?

Die Angriffe auf die derzeitige Praxis des § 218 und vor allem die Angriffe auf die Pro Familia haben erfreuliche Reaktionen hervorgerufen, vor allem in Kreisen, die bisher nicht gerade aktiv gegen den § 218 waren, z.B. Ge-

auf die Pro Familia haben erfreuliche Reaktionen hervorgerufen, vor allem in Kreisen, die bisher nicht gerade aktiv gegen den § 218 waren, z.B. Ge-

werkschaften, evangelische Frauengruppen. Gemessen allerdings an der machtvollen Bewegung gegen den § 218 in den 70er Jahren, nimmt sich die heutige Entwicklung noch eher bescheiden aus. Hatte der § 218 für die autonome Frauenbewegung einmal zentrale Bedeutung, so ist er für viele dieser Frauen heute kein Thema mehr. Die Frauen hatten sich nach der Niederlage durch die Verabschiedung der Fristenregelung im Bundestag, und vor allem durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil, das diese Fristenregelung wieder aufhob, anderen Themen zugewandt. Im Laufe der Jahre haben die Frauen sich dann auch mit der Indikationsregelung arrangiert, weil sie eine Verbesserung gegenüber der Illegalität war, in der Abbrüche vorher stattfinden mußten, und weil die liberale Handhabung in einigen Bundesländern Frauen einen einigermaßen humanen Abbruch ermöglichte. Dabei hatte sich in vielen CDU-regierten Bundesländern die Situation für die Frauen kaum verändert gegen der illegalen Zeit. Aber die Frauen konnten statt nach Holland nun auch nach Bremen, Hamburg oder Hessen fahren, um legal einen ambulanten Abbruch zu erhalten. Diese Situation hat dazu geführt, daß das Spektrum der Frauen, die nach wie vor konsequent die ersatzlose Streichung des § 218 und das Selbstbestimmungsrecht der Frau fordern und dafür kämpfen wollen, klein geworden ist.

In jüngster Zeit hat eine Diskussion und Auseinandersetzung um diese Forderung begonnen, die einerseits deutlich macht, daß 1. vielfach gar nicht mehr klar ist, was diese Forderung bedeutet, warum sie richtig ist, 2. aber auch, daß die ganze Diskussion um den „Schutz des ungeborenen Lebens" seine Früchte trägt; andererseits hat diese Auseinandersetzung zu ersten Positionsänderungen geführt, (siehe Darstellung der Diskussion auf dem Frauen-Ratschlag in diesem Artikel).

Die verschiedenen Strömungen

Als erste soll hier die Strömung genannt werden, die sich konsequent für die ersatzlose Streichung des § 218 einsetzt, die vertritt, daß die Entscheidung einer Frau, ob sie ein Kind auf die Welt bringen will, nur sie selbst treffen soll, ohne Androhung von Strafe, ohne Bevormundung und ohne Rechtfertigungszwang gegenüber einer Institution, ohne die entwürdigenden Bittgänge für die Genehmigung eines Schwangerschaftsabbruchs. Für diese Forderung setzt sich z.B. die EMMA ein, die immer wieder Artikel zum Thema in ihrer Frauenzeitschrift bringt, in denen auch die Defensive der Frauen angegriffen wird. „Die naive Lösung ‚Hände weg vom § 218' ist fatal. Denn dieser § 218 öffnet der Bevormundung von Frauen Tor und Tür" (Alice Schwarzer).

Kontinuierlich hatte auch ein kleines Restchen von § 218 Gruppen für die Forderung nach ersatzloser Streichung gearbeitet. Seit dem Regierungswechsel haben die § 218 Gruppen wieder etwas Zulauf und es sind einige neu entstanden. Der bundesweite Zusammenschluß dieser Gruppen, die Koordination gegen den § 218, umfaßt inzwischen ca. 40 Gruppen und trifft sich regelmäßig. Hier entstand auch die Initiative, am 23. 2. eine bundesweite Demonstration gegen den § 218 zu veranstalten, anläßlich des 10. Jahrestages des BVG-Urteils, die inzwischen von erfreulich vielen Gruppen unterstützt wird (s. nebenstehenden Aufruf).

Positiv in der derzeitigen Auseinandersetzung machen sich die Beschlüsse der ÖTV und HBV-Frauen auf ihren Gewerkschaftstagen, mit denen sie die Aufnahme der ersatzlosen Streichung des § 218 in ihre Programme erreichten. Sie haben damit eine heftige Diskussion in ihren Gewerkschaften angezettelt.

SPD und Umfeld

Seit der sich andeutenden Verschärfung des § 218 durch die CDU, äußert sich auch das SPD-Spektrum zum Thema. Die Forderungen gehen aber nicht über das Retten-wollen der SPD-„Reform" hinaus. „Hände weg vom § 218" oder „Erhalt der Notlagenindikation" ist der Minimalkonsens für eine Bündnisbeteiligung ihrerseits. Eine kritische Würdigung der 218-Politik der SPD-Regierung führt zum Ausstieg oder der Nichtbeteiligung an Bündnissen (so geschehen bei einem geplanten Kongreß der Initiative „Frauen entscheiden selbst"). Auch wenn die SPD früher die Fristenregelung gefordert hat, und SPD-Frauen eingestehen, daß das Indikations-Modell ein Kompromiß war, gelte es jetzt, dafür zu kämpfen, daß wenigstens dieser Kompromiß verteidigt wird. Unterstützung erfährt die SPD in dieser Haltung vom DKP-Lager. Auch wenn die DKP im Programm die Fristenregelung, in regionalen Programmen häufig gar die ersatzlose Streichung vertritt, stellten sie ihre Forderungen wegen der Bündisfähigkeit gegenüber der SPD gern zurück.

Allerdings sind die Positionen im SPD/DKP-Spektrum nicht einheitlich. Immerhin unterstützen in Hamburg ASF und DKP den Demo-Aufruf für Köln mit der Forderung nach ersatzloser Streichung, in Bremen finden sich als Unterzeichner die DKP und die Gleichstellungsstelle. Diese unterschiedlichen Reaktionen lassen Hoffnungen auf eine Auseinandersetzung zu, die dort, wo sie geführt wurde, auch erste Erfolge zu verzeichnen hat: Das Muttertags-Bündnis (hauptsächlich aus SPD und DKP-Kreisen zusammengesetzt), bot im letzten Jahr gerade mit seiner 218-Forderung („Erhalt der Notlagenindikation") Anlaß zu Auseinandersetzung und Kritik. Die § 218-Koordination verteilte auf der Muttertags-Demo ein Flugblatt dazu, das auf großes Interesse stieß. In diesem Jahr heißt die Forderung: „Das Selbstentscheidungsrecht der Frau beim Schwangerschaftsabbruch". Und auf dem „Frauen-Ratschlag", den das Muttertagsbündnis Ende Januar veranstaltete, fand diese Auseinandersetzung seinen Niederschlag im Diskussionsergebnis der § 218-AG. Geeinigt wurde sich hier auf Forderungen nach „Streichungen des § 218 aus dem Strafgesetzbuch" und dem „Selbstbestimmungsrecht der Frau". Bei diesem „Ratschlag" waren SPD-Frauen allerdings nur vereinzelt anwesend! Die bisher dargestellten Strömungen sind, mögen ihre Forderungen auch noch so eingeschränkt sein, die positive Seite der heutigen Bewegung gegen den § 218. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir hier unsere Bündnispartnerinnen finden werden. Aber was ist mit dem Spektrum, das in den 70er Jahren für die ersatzlose Streichung des § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau auf die Straße ging?

Die Autonomen/Alternativen

Susanne v. Paczensky schreibt in ihrem Buch „Die neuen Moralisten": „*Ich glaube aber, daß der wichtigste Grund der Lähmung in unserer eigenen Prinzipientreue liegt: Die radikale Forderung nach der Abschaffung des § 218 steht uns im Weg ... doch wenn wir uns gegen den Rückschritt stemmen wollen, ist es manchmal nötig, fest auf der Stelle zu verharren. In der gegenwärtigen Bedrohung scheint es mir besser, die Möglichkeiten, die wir bereits haben, kräftig zu verteidigen und auszubauen, uns dabei nicht selbst ein Bein zu stellen, indem wir gleichzeitig das Gegenteil fordern: Der Paragraph muß weg! — Der Paragraph muß bleiben wie er ist! Diese Stoßmichziehdich-Politik macht unbeweglich.*"

Ist es tatsächlich ein Widerspruch, die Abschaffung des § 218 zu fordern und sich gleichzeitig gegen jede Verschlechterung der heutigen Abtreibungsbedingungen zu wehren? Dies wird wohl kaum der Grund für die „Lähmung" sein. Da kann schon eher die zweite Begründung, die sie im selben Artikel anführt, zutreffen: daß die Realisierung der Forderung nach ersatzloser Streichung illusionär erscheint und deshalb die Frauen nicht mehr dahinterstehen würden.

Aber dies scheint uns nur die halbe Wahrheit zu sein, vielmehr haben die ideologische Kampagne der Rechten und Lebensschützer und die damit einhergehende Veränderung des Klimas ihre Wirkung auch in das alternative und linke Spektrum hinein nicht verfehlt.

Wir wollen versuchen, diese Behauptung anhand einiger Beispiele, die wir im Rahmen unserer 218-Arbeit (auf Veranstaltungen u.a.) erleben, mit Inhalt zu füllen.

Thema Zwangsberatung

Die Notlagenindikation sieht die Zwangsberatung für Frauen, die einen Abbruch wollen, vor. Nach Verabschiedung des Gesetzes war dies einer der Hauptkritikpunkte, heute ist sie vielfach verinnerlicht und akzeptiert. Weil Frauen in ihrem Kinderwunsch häufig so ambivalent seien, hätten sie in der Beratung die Gelegenheit der Reflexion, und manchmal sei es auch gut, wenn sie dazu gezwungen würden, da andererseits die Gefahr der Verdrängung bestehe. Dahinter steckt, daß Frauen die eigenverantwortliche Entscheidung abgesprochen wird. Wir wollen uns nicht gegen Beratungsangebote aussprechen, aber bitte freiwillig.

„Schutz des werdenden Lebens"

„Schutz des werdenden Lebens"

Auf Veranstaltungen zum Thema § 218 stehen Frauen auf, die früher für die ersatzlose Streichung auf die Straße gegangen sind, aber seit sie wüßten, daß es nicht nur ein Zellklumpen sei, sondern Leben, was bei einer Abtreibung entfernt würde, könnten sie die Forderung nicht mehr vertreten. Der Report-Film von Franz Alt hat viele Frauen schockiert, obwohl es die Hochglanzbroschüren der kirchlichen Lebensschützer schon immer gegeben hat. Möglicherweise rächt sich hier ein Fehler der früheren 218-Bewegung, die „Lebens"diskussion zu tabuisieren. Auf die Diskussion der Moralisten, wann Leben beginnt, wollte frau sich nicht einlassen. Die Auseinandersetzung wurde politisch geführt, was nach wie vor natürlich richtig ist, dennoch meinen wir, daß wir dem Tötungsvorwurf offensiver begegnen müssen. Es handelt sich hier um Leben, das wird gerade mithilfe der neuen Reproduktionstechnologien (Retortenzeugung usw.) und der Technik (Ultraschall) immer deutlicher vor Augen geführt. Das Recht der Frau, die Entwicklung dieses Lebens in ihrem Körper zu beenden, weil ihr Leben und ihre Lebensperspektive im Vordergrund stehen, und nur sie entscheiden kann, ob sie mit oder ohne Kind leben will, muß von uns entschieden vertreten werden. Jedes Drumrumlavieren wird uns langfristig lähmen. Denn wer wird schon für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung auf die Straße gehen, wenn er oder sie ein moralisches Unbehagen gegenüber Abtreibungen empfindet. Und für die individuellen „Lösungen", die Frauen sich selbst oder anderen zugestehen, gibt es ja die Pro Familia. Aber die wird angegriffen und zwar nicht nur von rechts.

Fragen wie: „Wie haltet ihr das nur aus" — oder: „Macht ihr euch das nicht zu leicht, wenn ihr in jedem Fall die Entscheidung der Frau akzeptiert?" an Ärzte und Beraterinnen, die Schwangerschaftsabbrüche bzw. Beratungen durchführen, standen auf dem Gesundheitstag in Bremen im Mittelpunkt der Diskussion auf Veranstaltungen zum § 218. Es wurden die psychischen Belastungen, mit denen die Frauen dann allein gelassen werden, beklagt und es wurde gefordert, daß auch Männer abtreibender Frauen zur Beratung kommen müßten, weil auch sie zu leiden hätten. Wie repräsentativ diese Strömung ist, vermögen wir nicht zu sagen, dennoch ist zu befürchten, daß angesichts „neuer Mütterlichkeit" in dieser Szene und veränderten „Wert"-Vorstellungen von Natur und Leben die Tendenz in eine sehr reaktionäre Position zur Abtreibung geht.

Genossinnen aus Bremen



Weg mit dem §218!
Weg mit der Bundesstiftung „Mutter und Kind"!
Weiterhin Finanzierung von Abtreibung auf Krankenschein!
Kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für alle!

Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!

Bundesweiter Unterstützerkreis: Bundesweite Koordination der Frauengruppen gegen den § 218, PRO FAMILIA (Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V.), "EMMA" (feministische Frauenzeitung), die zentrale Informationsstelle für autonome Frauenhäuser, Bundesfrauenarbeitskreis der GRÜNEN, Carmen Burian für den GEW-Bundesfrauenausschuß, Fraueninitiative 6. Oktober, Deutsche und Ausländische Frauen / Ausländerinnenkongreß 1984, die Jungdemokraten, VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaft) — Projektbereich Frauen, Kommunistischer Bund (KB), Sozialistischer Hochschulbund (SHB), Gruppe internationaler Marxisten (GIM).

Demonstration gegen den § 218 am 23. Februar in Köln

Die Koordination der Frauengruppen gegen den § 218 ruft zu einer bundesweiten Demonstration auf. Anlaß ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen die Fristenregelung vor 10 Jahren. Schon die Fristenregelung war nur eine Notlösung gewesen, die Tausende von Frauen, die Anfang der 70er Jahre gegen den § 218 gekämpft hatten, der damaligen SPD/FDP-Regierung abringen konnten. Die Fristenregelung trat faktisch nie in Kraft, da sie vom Bundesverfassungsgericht am 25. Februar 1975 für „nicht verfassungsgemäß" erklärt wurde. Dieses Urteil war ein Schlag ins Gesicht aller Frauen! Stattdessen bot man den Frauen das sogenannte Indikationsmodell an, daß sich im Laufe der Jahre als völlig unzureichende Reform erwies. Sogar dieser Minireform wollen die rechten Abtreibungsgegner, ihnen voran die CDU/CSU, nun an den Kragen.

Zu der **Demonstration am Samstag, den 23. Februar** (Beginn 11 Uhr Ebertplatz) rufen neben der **Koordination gegen den § 218** zahlreiche Gruppen auf. Auf der Abschlußkundgebung werden sprechen: **Lisa Degener** von der Koordination gegen den § 218, **Alice Schwarzer, Sylvia Heyer** vom Pro Familia-Bundesvorstand, **Anni Kaufmann,** Vorsitzende des ÖTV-Bezirksfrauenausschuß NRW I und **Erika Hickel,** Mitglied der Grünen im Bundestag.

Mit Arbeitszeitverkürzung und weniger Lohn zu mehr Profiten

Den „Aufstand im Hafen" verspricht die Hamburger IG Metall, wenn auf den Hamburger Werften die Samstagsarbeit eingeführt wird. 1.500 Beschäftigte bei Blohm & Voß warnstreikten am 22. Januar, als der Plan der Einbeziehung der Samstagsarbeit in die Umsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden bekannt wurde. Und mitstreikten Kollegen, die ansonsten sonnabends arbeiten, wenn's um Überstunden geht. Blohm & Voß will nämlich flexibilisieren und Kosten sparen durch Wegfall der Mehrarbeitszuschläge.

Anfang Februar traten auch in den Bosch-Werken Leinfelden und Waiblingen 700 Arbeiter in Warnstreiks gegen unzumutbare Flexibilisierungsforderungen der Unternehmer. Die „heiße Phase" der „zweiten Runde" des letztjährigen Kampfes um die Wochenarbeitszeitverkürzung hat begonnen. Seit Monaten arbeiten Gewerkschaftsfunktionäre in Apparat und Basis sowie Betriebsräte an der Umsetzung der vereinbarten 38,5-Stunden-Woche in Betriebsvereinbarungen.

In endlosen Sitzungen werden Modelle ver- und entworfen, doch längst schon hat die Flexibilisierung, der variable Einsatz der Ware Arbeitskraft für die Organisierung der Betriebsabläufe, auf verschiedenen Ebenen Einzug in die Betriebe gehalten.

Flexibilität ist in, der starre Tarifvertrag ist out. Aber muß das auch gut sein, nur weil es sich schön anhört?

Versuch einer „neuen Sozialpartnerschaft"

Als Pläne des CDU-Wirtschaftsrats und der FDP bekannt wurden, über eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes ein wenig am Vertretungsmonopol des DGB in den Betrieben zu kratzen (durch Änderung des „Minderheitsschutzes" für kleinere Nicht-DGB-Gewerkschaften und Einrichtung von Sprecherausschüssen der Leitenden Angestellten, siehe AK 253), war die Empörung im DGB groß. Von einer *„Kriegserklärung an den DGB"* war die Rede. Das Spitzentreffen des war die Empörung im DGB groß. Von einer *„Kriegserklärung an den DGB"* war die Rede. Das Spitzentreffen des DGB mit der Bundesregierung am 23. Januar wurde denn auch benutzt, energischen Gewerkschaftsprotest beim Bundeskanzler anzumelden. Mittlerweile gibt es Anzeichen dafür, daß die Regierung auf die Pläne verzichten könnte, da auch seitens der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) wenig Interesse an einer solchen Gesetzesänderung zum derzeitigen Zeitpunkt signalisiert worden ist. Möglicherweise haben Befürchtungen des DGB-Vorständlers Bleicher und Hermann Rappes (*„Das wird die Öffnung für Grüne, Alternative und Kommunisten"*, SPIEGEL, 28.1.85) diesen DGB-Erfolg mitbeeinflußt. Was da vom DGB so vehement bekämpft wurde, ist für sich genommen vergleichsweise harmlos. Denn Wahlrechtsänderungen beim Betriebsverfassungsgesetz würden beim derzeitigen Stand der Dinge kaum nennenswerte Verschiebungen zulasten des DGB in den Betrieben bringen; rechte Splittergewerkschaften und linke Oppositionsgruppen dürften von einer solchen Manipulation nur unwesentlich profitieren.

Die gleiche gewerkschaftliche Vehemenz muß man allerdings angesichts einer viel gravierenderen Veränderung im gesamten Lohn-, Tarif-, Arbeitsrechts- und sozialem Schutzsystem vermissen, obwohl die Entwicklung der letzten Monate viel tiefgreifender bisherige gewerkschaftliche Funktionen angreift. Unter dem sympathisch klingenden Stichwort „Flexibilisierung" treten das bundesdeutsche Kapital und seine ihm zur Wende in der Wirtschaftspolitik verpflichtete Bundesregierung an, die Arbeitswelt zu verändern, soziale Errungenschaften aus besseren wirtschaftlichen Zeiten zu beseitigen, und den Gewerkschaften eine neue Rolle zuzuweisen. Die entscheidenden Veränderungen: Tarifvertragliche flexible Arbeitszeitneuregelung seit 1984, gesetzlich neugeregelte Arbeitszeitordnung, „Beschäftigungsförderungsgesetz" genannte Flexibilisierung von Arbeitsrechtsbestimmungen, neuer Jugendarbeitsschutz und Pläne für ein neues Arbeitskampfrecht.

Und die Gewerkschaften? Auf der einen Seite erscheinen sie handlungsunfähig und konzeptionslos gegenüber dieser Entwicklung, gelähmt durch innere Differenzen über den Weg, der zu gehen ist, zwischen dem rechten Flügel um die „Fünferbande" und den übrigen Gewerkschaften. Auf der anderen Seite in ihr Schicksal ergeben, auf Kooperation bedacht (Rappe nach dem Spitzenbespräch: *„Die Gewerkschaften haben inzwischen registriert, daß sie bis 1987 mit dieser Regierung leben müssen"*, Spiegel, 28.1.85) und um Frieden in unfriedlichen Zeiten bemüht; während gleichzeitig die gewerkschaftliche Funktionärbasis der IG Metall sich abmüht, in einer *„zweiten Runde"* des Tarifkampfes vom letzten Jahr *„den Tarifvertrag über die Verkürzung der Arbeitszeit in der Metallindustrie mit Leben zu füllen"* (Hans Mayr, IGM (1). Kein leichtes Unterfangen, wie die bisherigen Ergebnisse zeigen.

Die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals markiert eine neue Entwicklung. Dominant bestimmt wird sie von den Anhängern der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie, die interessanterweise — anders als in den USA und Großbritannien — einen Weg versuchen, ihre Maxime „immer mehr Markt bei immer weniger Staat" **ohne** zentrale Konfrontation mit den Gewerkschaften zu versuchen. Was allerdings wiederum — anders als teilweise in Großbritannien — nur mit Gewerkschaften funktionieren kann, die halbwegs mitspielen. Dies verdeutlicht u.E. noch einmal die gewichtige Rolle, die die rechte „Fünferbande" im DGB als Garant für diesen Kurs spielt. In der tarifpolitischen Alternative Wochenarbeitszeitverkürzung oder Vorruhestandsregelung war die Hauptschwäche der Gewerkschaften die Zerstrittenheit über den zu gehenden Weg. Kapital und Bundesregierung machten sich diese zunutze und ermöglichten über das Vorruhestandsgesetz der „Fünferbande" einen anderen, dem Kapital genehmeren Weg zu gehen (Vorruhestand). Demgegenüber waren es nur die IGM und die IG Druck und mit Verzug die Gewerkschaft Holz und Kunststoff und die HBV, die ernsthaft auf Wochenarbeitszeitverkürzung setzten. Diese wirksam als Bremse gegen die Kapitalstrategie einzusetzen, hätte nur über einen konsequenten Kampf für ihre Umsetzung ohne Flexibilisierung erreicht werden können, was erheblich mehr an Mobilisierung und Einheitlichkeit im DGB erfordert hätte. Als Ergebnis der 1984er Auseinandersetzung steht nun eine Wochenarbeitszeitverkürzung von 1,5 Stunden mit Flexibilisierungskomponente. Mit der Folge, daß die Gewerkschaften wie die IG Durck und IGM, die am ehesten gegen den Kurs des Kapitals mobilisieren könnten, betrieblich mit der Abwehr der Flexibilisierung und dem Aushandeln von Betriebsvereinbarungen vollauf beschäftigt sind. Während auf der anderen Seite führende Repräsentanten der „Fünferbande" politisch den Kooperationskurs des DGB mit der Bundesregierung maßgeblich bestimmen.

Weniger Lohn — längerer Arbeitstag

Daß die zu teure Ware Arbeitskraft schuld an hoher Arbeitslosigkeit und krisenhafter Entwicklung trägt, ist keine neue Behauptung aus dem Kapitalistenlager, hindert dieses trotzdem nicht, sie immer wieder aufzustellen und Überlegungen zur Senkung der Lohnkosten anzustellen. Auf diesem Gebiet sprechen konservative Wirtschaftsvertreter denn auch gern vom amerikanischen und japanischen *„Beschäftigungswunder"*. Gemeint ist damit die wirtschaftliche Entwicklung vor allem unter der konservativen Reagan-Regierung mit der Schaffung von 19 Millionen neuen Arbeitsplätzen in den letzten zehn Jahren. Die Arbeitslosenquote sank von 10,7 % 1982 auf 7,5 % zum Jahresende 1984.

Der ehemalige Bundesbankpräsident Emminger schwärmt von diesem Teil der US-Entwicklung, dessen Basis er in den im Vergleich zur BRD geringeren Arbeitskosten sieht (2). Real ist dieses „Wunder" so verlaufen, daß auf der einen Seite die Industrie modernisiert und rationalisiert hat, während auf der anderen Seite die Beschäftigungslosen zu erheblich schlechteren Bedingungen in anderen Bereichen von Industrie und Handel, vor allem aber im Dienstleistungsbereich eine Anstellung gefunden haben. Wo sieht Emminger das Nachahmenswerte?

— Die Jahresarbeitszeit beträgt in den USA 1.900 gegenüber 1.700 Stunden in der BRD.
— Der bezahlte Urlaub liegt bei 12 Tagen (BRD: 30 Tage).
— Die Jahresarbeitszeit nimmt seit 1983 in den USA zu, die Lebensarbeitszeit wird mit Hinweis auf die Rentenfinanzierung verlängert (eine Perspektive, die auch in der BRD ansteht. Die auf 5 Jahre begrenzte Vorruhestandsregelung ist ausdrücklich als ‚reversibel' — rückholbar — festgelegt).
— Die Lohnnebenkosten betragen in den USA 38 % (BRD: 79 %), in Japan 28 %.
— Es gibt keinen vergleichbaren Kündigungsschutz, in der BRD ist *„das Risiko der Neueinstellung von Arbeitskräften ungleich höher"*.
— Durch geringe Arbeitslosenunterstützung ist die Mobilität der US-Beschäftigten ungleich größer (sie seien *„viel eher bereit, Wohnort und Tätigkeit zu wechseln")*.
— Betriebsräte und Gewerkschaften würden beim Lohn ganz andere Konzessionen machen und *„unterschiedliche Lohnhöhen"* vereinbaren.

Letzteres veranlaßte Wolfram Engels vom BDA-nahen „Frankfurter Institut" über neue Entlohnung nachzudenken: *„Man sollte nach Formen suchen, die das Interesse der Arbeitnehmer mit den Interessen der Unternehmer unmittelbar verknüpfen"*. Durch Erfolgsbeteiligung am Unternehmen hieße das: *„in schlechten Jahren würde allerdings auch der Lohn geringer ausfallen Das entspräche der in Japan verbreiteten Entlohnung"* (3).

Nur sattsam bekannte Einzelstimmen? Einer der „Fünf Weisen" vom Sachverständigenrat, Prof. Armin Gutowski formuliert seine Lohnwünsche so: *„Deshalb muß es einen Lohn geben, bei dem alle, die zu diesem Lohn arbeiten wollen, auch einen Arbeitsplatz finden ... Zum richtigen Lohnniveau gehört infolgedessen die richtige Lohnstruktur, also hinreichend große Unterschiede zwischen den Verdiensten für rare und für reichlich vorhandene Fertigkeiten, damit wirklich alle beschäftigt werden können"* (4). Und im Herbstgutachten 1984 dreier großer Wirtschaftsinstitute werden *„marktorientierte Lösungen"* der Tarifparteien gefordert: *„Die Tarifabschlüsse sollten nach Branchen und Regionen, aber auch nach Qualifikationen differenziert werden ... Zu mehr Differenzierung könnte auch eine Kombination von vergleichsweise niedrigen Lohnsteigerungen mit Gewinnbeteiligung beitragen"* (wie jüngst in der US-Automobilindustrie vereinbart). Um sich gegen *„unvorhergesehene Risiken"* abzusichern, sollten *„Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen erreicht werden, die in Fällen einer betrieblichen Notlage auf Beschluß von Unternehmensleitung und Betriebsrat eine untertarifliche Entlohnung erlauben"* (5).



Ende Juni 1984: Enttäuschung nach 6 Wochen Streik über das Ergebnis

Was hat nun diese marktorientierte Lohnflexibilisierung mit obiger Flexibilisierung zu tun? Klar dürfte dabei sein, daß es überwiegend um eine Senkung des Lohnes geht, daß dem bislang das vielbejammerte „starre Tarifsystem" aber entgegensteht. Grundlage aller Überlegungen der Kapitalisten ist aber, die erhöhten Kosten der Maschinerie infolge der technischen Modernisierung durch Senkung des variablen Kapitals auszugleichen. Gelingt das nicht ausreichend über den Lohn, bietet sich die Verlängerung des Arbeitstages ohne vergleichsweise steigende Lohnkosten an. Kurzfristig erscheint diese Perspektive realistischer, ohne daß damit die der Veränderung beim Lohn aufgegeben wird. Die Arbeitszeitflexibilisierung auf verschiedenen Ebenen soll eine intensivere Nutzung der Maschinen und Anlagen ermöglichen. Die Senkung des Lohnes findet daher überwiegend über die Ausdehnung des Arbeitstages, beziehungsweise der Betriebszeit der Maschinerie statt. Dies steht nicht in Widerspruch dazu, daß sich damit gleichzeitig die individuelle Arbeitszeit der Beschäftigten verringert.

Walter H. Schusser vom Bundesverband der deutschen Industrie hat die Flexibilisierungsstrategie wie folgt beschrieben: *„Aus beschäftigungspolitischen Gründen und aus internationalen Wettbewerbsgründen kann eine weitere Verkürzung der Nutzungsdauer des investierten Kapitals nicht länger verkraftet werden. Es bedarf einer rationelleren und flexibleren Arbeitszeitorganisation, in den Betrieben, die zu einer Ausdehnung der Betriebszeit und damit Steigerung der Kapitalnutzung durch Ausweitung der Beschäftigung führt"*. Die *„Ausweitung der Betriebszeit"* führe zu mehr Beschäftigung durch Teilzeitarbeit. Ziel müsse daher sein, die *„Entkoppelung der Arbeitszeit (der Arbeitnehmer) und Betriebszeit bei gleichzeitiger Ausdehnung der Betriebszeit über die heutige Regelarbeitszeit von 40 Stunden hinaus"* (6).

Und Bernd Hof, Arbeitszeitexperte der BDI, beschreibt den Vorteil angestrebter Flexibilisierung der Arbeitszeit für das Kapital: *„Der Faktor Arbeitszeit kann als variable Größe in die Produktionsplanung eingebaut werden, die Investitionsentscheidungen müssen sich nicht mehr starr an der Länge der Arbeitswoche orientieren"* (7).

Aber wie verwirklichen?

„Beschäftigte verwehren Arbeitslosen den Zutritt".

Feststellbar ist seit Ende 1983 die Verwirklichung der Flexibilisierungsstrategie auf verschiedenen Ebenen. Die im Unternehmerlager entwickelten Vorstellungen hierzu haben Eingang in die Überlegungen des CDU-Wirtschaftsrats gefunden. Nachdem Mitte 1983 Heimo George und Ernst Albrecht ein Strategiepapier zur Verwirklichung der Kapitalvorstellungen vorgelegt hatten, formulierte der Wirtschaftsrat Ende 1983 sein Grundsatzpapier *„Freiheit und Leistung als Strategie für die Zukunft"*. Hieraus schöpft der CDUBundesminister für Arbeit und Soziales, Norbert Blüm, im wesentlichen, wenn er auftragsgemäß eine Reihe von Gesetzen einbringt, deren Ziel es ist „Beschäftigungshindernisse", Arbeitsschutzgesetze und die Arbeitszeitordnung ‚zeitgemäß' zu gestalten. Gleichzeitig bemüht er sich, die Gewerkschaften nicht in die unmittelbare Konfrontation mit diesen Vorhaben zu bringen, sie vielmehr partizipieren zu lassen:

„Das Problem besteht darin, die richtige Grenze zwischen kollektiven Schutzrechten und einer stärker individualisierten, flexibilisierten Gesellschaft zu finden"; denn Blüm *„baut auf das Funktionieren der Sozialpartnerschaft auch in Krisenzeiten"* („Zeit", 7.9.84)

Blüms Philisophie ist einfach: *„Besser weniger Schutzrechte, dafür aber Arbeit, als mehr Schutz ohne Jobs"* (ebenda), und Ottmar Emminger sagt zu Arbeitsplätzen mit geringer Bezahlung: *„Ist es nicht besser, solche Beschäftigungen zu finden, als gar keine?"* Das Übel ist, daß soziale Schutzrechte *„ein unsoziales Klassensystem (schaffen): der Schutz der bereits Beschäftigten verwehrt den Arbeitslosen den Zutritt zur Arbeit"* („FAZ", 11.9.84). *„Was den Arbeitslosen nutzt, kann nicht als sozialer Abbau gewertet werden"*, stellt die CDU *beitslosen den Zutritt zur Arbeit"* („FAZ", 11.9.84). *„Was den Arbeitslosen nutzt, kann nicht als sozialer Abbau gewertet werden"*, stellt die CDU in einer Dokumentation „Arbeitskampf '84" fest.

Gemäß dieser Philosophie wurde im September 1984 im Bundestag der Jugendarbeitsschutz verschlechtert: wird seit dem 22.8.84 eine neue, flexibilisierte Arbeitszeitordnung beraten, die demnächst Gesetz werden soll; wird seit dem gleichen Tag der bislang unsozialste Vorstoß, das „Beschäftigungsförderungsgesetz" beraten und demnächst Gesetz. Allen diesen Vorhaben gemeinsam ist die Beseitigung der die Arbeitsplatzbesitzer schützenden Vorschriften und eine stärkere Verfügung der Unternehmen über die Arbeitskraft. Daher ist die zufriedene Stellungnahme der BDA, daß es sich um einen *„korrespondierenden Schritt neben der Arbeitszeitflexibilisierung"* handele (8), nur zu verständlich.

Mit zeitlichem Verzug verstärken sich bei Kapitalisten und Regierungsparteien die Überlegungen, über eine Veränderung des Arbeitskampfrechts die eh schon reglementierte ‚Tarifautonomie' im Sinne der Einschränkung gewerkschaftlicher Handlungsmöglichkeiten noch enger zu fassen, um sich gegen unliebsame Arbeitskämpfe wehren zu können. Wird hier noch der Weg der gütlichen Einigung der Tarifpartner beschworen, mehren sich gleichzeitig die Stimmen im Lager der Kapitalisten und reifen Vorstellungen innerhalb der Regierungsparteien, diese Beschräönkungen gesetzlich zu regeln.

Vom kollektiven Tarifvertrag zum individuellen Arbeitsvertrag

Bisherige kollektive Tarifverträge — abgeschlossen zwischen den Tarifpartnern Unternehmerverbände und Gewerkschaften — haben für die Beschäftigten keine unerhebliche Schutzfunktion gegenüber unternehmerischer Willkür gehabt. Die Flexibilisierungsstrategie erfordert, diese flexibilitätshemmende Schutzfunktion des Tarifvertrags aufzuweichen. So sehen denn auch maßgebliche Arbeitgebervertreter im Tarifabschluß 1984 weniger einen unmittelbaren Erfolg für die Flexibilisierung, als vielmehr einen wichtigen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Einstieg in die gewünschte Flexibilität. Bedeutsamer, als der unmittelbare Flexibilisierungsschritt von 1,5 Stunden/Woche selber — dessen enge Grenze sich in der betrieblichen Praxis als hinderlich erweist (dazu später) — wird eine andere Voraussetzung als Zukunftsperspektive eingeschätzt. BDA-Arbeitszeitstratege Bernd Hof dazu: Die „*Verlagerung der tarifpolitischen Hausaufgaben in die Betriebe hinein ist die neue Dimension des Abschlusses und nicht etwa die Flexibilisierung selbst*", wie sie im konkreten vereinbart wurde (7). Wie ist das gemeint?

Eine mögliche Antwort im Sinne einer Vision hat der Westberliner Wirtschaftsprofessor Klaus Adomeit gegeben (9). Gewerkschaftliche Tarifpolitik soll zukünftig den Gesamtrahmen für die konkrete betriebliche Ausgestaltung abstecken. Letztlich sieht Adomeit die Gewerkschaften (und das Tarifrecht) tendenziell absterben, da dieser Rahmen mehr und mehr durch Gesamtbetriebsvereinbarungen (deren Keime er in der zunehmenden Zahl von Haustarifverträgen sieht) gesetzt wird. Betriebsräte, gebunden an die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" des Betriebsverfassungsgesetzes, haben die Aufgabe, „*die gesamte Regelung der Arbeitsbedingungen*" vorzunehmen. Diese im Metalltarifvertrag von Georg Leber „*verdientermaßen aufgewerteten*" Betriebsräte stehen „*von der Idee her neben den Gewerkschaften, werden sie aber eines Tages verdrängen.*" Streik- und Tarifrecht hätten ihren Dienst getan und seien „*mit Dankbarkeit zu verabschieden*" ... „*Wie ,Stein schleift Schere', so schleift die günstigere Abmachung den Kollektivvertrag. Ein neu geschaffener Arbeitsplatz, der sonst nicht geschaffen worden wäre, ist ohne Rücksicht auf die vereinbarten Arbeitsbedingungen entgegen der herrschenden Lehre ... als günstig anzusehen*". Daraus folge als Konsequenz „*die Aufwertung des Einzelvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer*".

Nun geht Adomeit mit seinen Vorstellungen sehr weit, er denkt vor. Die betriebliche Realität zeigt aber, daß er gar nicht so danebenliegt. Selbst der geringe Flexibilisierungsspielraum des Manteltvertrages Metall eröffnet zahlreiche, unterschiedliche Möglichkeiten der Lage der Arbeitszeit.

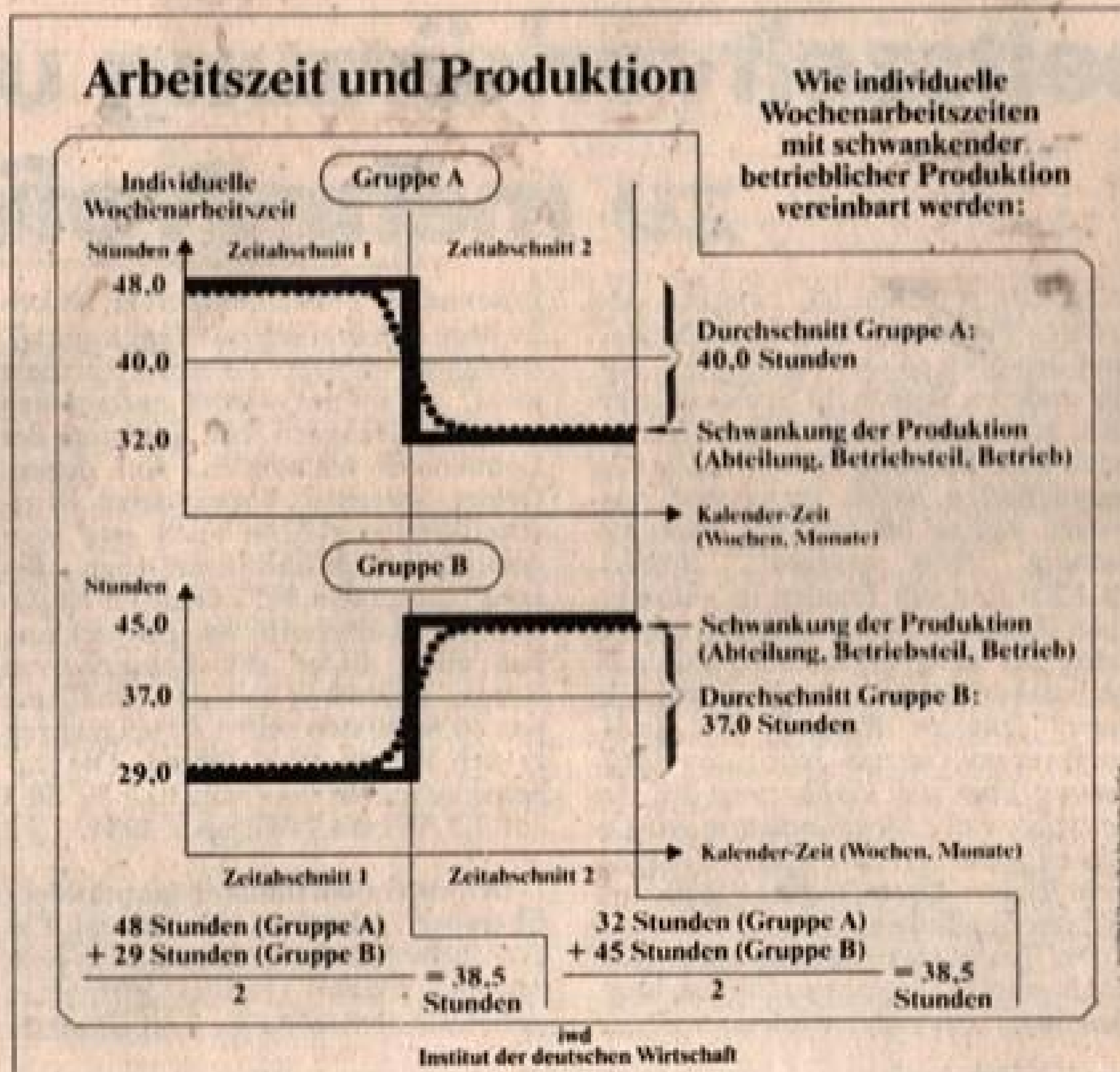
Zunehmend ist als Tendenz festzustellen, daß Betriebsräte auf eigene Faust und unter Umgehung ihrer Gewerkschaft Betriebsvereinbarungen mit den Unternehmern aushandeln. Dies hat bereits die Form angenommen, daß IG Metall-Funktionäre auf gewerkschaftlichen Schulungen mit der Androhung von Klagen gegen einvernehmlich vereinbarte Betriebsabschlüsse arbeiten (wenngleich uns noch kein konkreter Klagefall bekannt ist).

„Baukastensystem der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung"

So nennt Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner die Modelle, die von den Unternehmerverbänden für die Umorganisierung der Arbeit in den Betrieben erwogen werden (siehe auch nebenstehendes Faksimile).

Schusser (6) macht folgende Vorgaben:

„*Erforderliches Instrumentarium zur Stabilisierung der Arbeitsplätze und Reintegration von Arbeitslosen:*
— *Ausweiten der Teilzeitarbeit, breiteres Anbieten individueller kürzerer Vertragsarbeitszeiten — einzeln oder gruppenweise.*
— *Gestaffelter und flexibler Einsatz der Arbeitskräfte mit kürzeren Vertragsarbeitszeiten.*
— *Einführen der Partner-Teilzeitarbeit (Job-Sharing).*
— *Abgeltung von Mehrarbeit durch Freizeit.*
— *Abgelten von Schichtzuschlägen durch Freizeit.*
— *Regelungen für gleitenden Übergang älterer Mitarbeiter in den Ruhestand.*
— *Vorzeitige (wie auch spätere) Pensionierungen mit entsprechenden Malus-(Bonus-)Bedingungen.*
— *Befristete Verkürzung der betrieblichen Arbeitszeit bei zeitanteiliger Reduzierung von Lohn und Gehalt.*"



Kapitalisten-Wunschmodell der Flexibilisierung (aus: iwd-Informationen 50, 13.12.84)

Darüberhinaus sieht das Kapitalistenkonzept vor:
— die Ausdehnung der Samstags- und Wochenendarbeit
— und die Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit.

Gesamtmetall weist vor allem auf die Kernpunkte des Konzepts hin, ohne den die einzelnen Flexibilisierungsmaßnahmen an Wert verlieren: Die volle Auslastung der betrieblichen Arbeitszeit, die nicht identisch ist mit der individuellen Arbeitszeit. Das Ideal wird dabei so formuliert:

„*Es ist vielmehr die Absicht der Neuregelung, die Lage der Arbeitszeit innerhalb bestimmter Grenzen an betriebliche Notwendigkeiten angleichen zu können, ohne daß zusätzliche Kosten durch Mehrarbeit anfallen*" (10).

In diesem Konzept ist die Senkung der individuellen Arbeitszeit unter 40 Stunden als Möglichkeit geradezu Bedingung für die Verwirklichung der Flexibilisierung. Daher ist die Bewertung der Tarifverträge als gewerkschaftlicher Sieg, weil das „Tabu" der 40-Stunden-Woche gefallen ist, auch so unsinnig. Den Unternehmern ging es nicht um die Beibehaltung der 40 Stunden für jeden, sondern allein um die Flexibilisierungsmöglichkeit auf der Basis, daß jeder 40 Stunden arbeiten können muß, daß die Anlagennutzungszeit nicht sinkt. Im Gegenteil geht die Tendenz in einer Reihe Betriebsvereinbarungen sogar dahin, daß entsprechend den betrieblichen Erfordernissen der einzelne auch mehr als 40 Stunden arbeiten kann, und sei es um den Preis, an vier Wochentagen 9, 10 oder mehr Stunden zu arbeiten, um dann in Zeiten schlechterer Auftragslage entsprechend weniger zu arbeiten.
oder mehr Stunden zu arbeiten, um dann in Zeiten schlechterer Auftragslage entsprechend weniger zu arbeiten.
Kirchner hat in einem Interview der „Zeit" (19.10.84) auf die Frage, ob er sich 30 Stunden Arbeitszeit in der Woche vorstellen könne, geantwortet: „*Warum nicht? Das Entscheidende ist, daß wir einmal die Kosten aus einer Arbeitszeitverkürzung verkraften können und zum anderen, daß wir uns die Produktionsmöglichkeiten erhalten, die Anlagen ausreichend lange nutzen können*". Und der Vorstandssprecher des Bundesverbandes Zeitarbeit, Then, prophezeit in der „FAZ" vom 21.8.84, „*daß spätestens 1990 über die Einführung der 32-Stunden-Woche diskutiert wird.*"

Schwierigkeiten mit dem „betrieblichen Egoismus"

Dennoch zeigt sich in der betrieblichen Realität, daß die Vielzahl von ausgearbeiteten Flexibilisierungsmodelle an Grenzen der Verwirklichung stoßen. Generell kann festgestellt werden, daß für zahlreiche Betriebe, ja für die Mehrzahl insbesondere der Mittel- und Kleinbetriebe, der gültige Manteltarifvertrag Metall als zu wenig attraktiv angesehen wird, um tatsächlich voll zu flexibilisieren. Gegenüber einer längerfristigen Strategie der Arbeitszeitflexibilisierung erweisen sich häufig betriebswirtschaftliche Überlegungen als hinderlich. Der offiziell von Unternehmerseite, insbesondere deren Verbandsspitzen, zur Schau gestellte Optimismus zerplatzt in der betrieblichen Praxis vvielfach wie eine Seifenblase. Viele Flexibilisierungen sind bescheiden und minimal. Der Grund liegt sicherlich einmal darin, daß auch die Unternehmen häufig Neuland in der Arbeitsumorganisation betreten müssen. Erheblicher dürfte allerdings sein, daß vor allem in Klein- und Mittelbetrieben sich der Flexibilisierungsspielraum als zu gering erweist, als daß es Kosten und Mühen lohnen würde, innerhalb des vorgegebenen Spielraums flexible Arbeitszeiten zu verwirklichen.

Daher erklärt sich auch, daß Verbandsvertreter der Unternehmer unermüdlich durch die Lande reisen,und an die kollektive Vernunft der Unternehmer appellieren, die „*Chancen dieser Verträge zu nutzen*", die „*langfristige Dimension der Flexibilisierung*" zu erkennen, „*nicht den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen*", zu erkennen, daß heute damit zu beginnen „*den Weg ebnet für weitere kostensparende Arbeitszeitverkürzungen*" etc. Gesamtmetall hatte in seiner „Saarbrückener Erklärung" vom 26.9.84 die Betriebe dazu aufgerufen, „*keine Mühen und Anstrengungen zu scheuen*" und die „*historiche Bedeutung*" der Flexibilisierung zu erkennen.

Aber es erweist sich, daß nicht alles, was im Verband politisch für sinnvoll gehalten wird, betriebswirtschaftlich als richtig betrachtet wird. Nur in Ausnahmefällen wird sich über diese Komponente hinweggesetzt, und mit langfristiger Orientierung, der kurzfristige Aufwand in Kauf genommen.

Auf jeden Fall, so schreibt Bernd Hof, muß mit dem Inkrafttreten der neuen Tarife am 1. April 1985 verhindert werden, daß „*lediglich ein neues, niedrigeres Arbeitszeitniveau festgeschrieben wird*" und erreicht werden, daß „*der Weg für bessere Arbeitszeitformen offen bleibt*". (7)

Welche Flexibilisierungsmöglichkeiten?

Wir wollen uns auf den Metalltarif konzentrieren. Andere seien hier nur kurz erwähnt:

In der **Holzindustrie** sind mehrere Arbeitszeitabkommen abgeschlossen worden, die die 38,5 Stunden-Woche einführten. Am weitestgehenden ist der Vorschlag für Rheinland-Pfalz, der eine Wochenarbeitszeit-Flexibilität **zwischen 36 und 41** Stunden zuläßt, ohne daß die eine Stunde über 40 als Mehrarbeit bezahlt wird. Diese individuelle Differenzierung ist so angelegt, daß 38,5 Stunden im Jahresdurchschnitt für jeden erreicht werden müssen. Eine Absenkung auf 32 Stunden bzw. Anhebung auf 48 Stunden/Woche (als bezahlte Mehrarbeit) ist möglich. Ausdrücklich wird die Gestaltung der Arbeitszeitverteilung an der Auftragslage des Betriebes ausgerichtet. Dieser bislang in seiner Spannbreite weitestgehende Flexibilisierungsabschluß ist in der Gewerkschaft heftig umstritten gewesen.

In der **Druckindustrie** wurde die 38,5-Stunden-Woche ohne individuelle Differenzierung für jeden abgeschlossen. Im Rahmen einer Jahresplanung ist eine ungleichmäßige Verteilung der Tages- oder Wochenarbeitszeit möglich, wobei Auftragslage und Beschäftigungssituation des Betriebes **vorrangig** zu berücksichtigen sind. Erst in ei-
lich, wobei Auftragslage und Beschäftigungssituation des Betriebes **vorrangig** zu berücksichtigen sind. Erst in ei-
nem Fall — bei der „Bergedorfer Zeitung" (Springer) — ist ein betrieblicher Vertrag vereinbart worden, der 10 über das Jahr verteilte Freischichten vorsieht. Die IG Druck und Papier empfiehlt ihren Betriebsräten als Regelfall für Vereinbarungen: alle 14 Tage freitags 3 Stunden eher, oder wöchentlich 1 1/2 Stunden eher arbeitsfrei. Bei Dreischichtbetrieben und in Ausnahmefällen soll alle sechs Wochen ein freier Tag vereinbart werden. Eine Verkürzung um täglich 18 Minuten wird abgelehnt, da der Beschäftigungseffekt hier am geringsten ist. Bezüglich Neueinstellungen erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende Ferlemann, daß es wohl keine geben werde, daß aber 3.000 - 5.000 bestehende Druckarbeitsplätze gesichert werden könnten. Durch Schicht- und Wochenendarbeit (6-Tage-Woche in Zeitungsbetrieben) ist die Druckindustrie bereits jetzt stark flexibilisiert. Der Unternehmensverband Druck sieht eine zusätzliche Flexibilisierung in kapazitätsauslastender, tagesfrischer Einzelauftragsfertigung, für die Teile der Belegschaft abrufbar sein sollen.

In der intensiv von Schichtarbeit betroffenen **Stahlindustrie** hat die IG Metall die 38-Stunden-Woche vereinbart. Hier bleibt die 40-Stunden-Woche in der Realität allerdings erhalten. Die Arbeitszeitverkürzung wird — nach unterschiedlichen betrieblichen Regelungen — mit Freischichten abgegolten. Immerhin führt das dazu, daß Schichtarbeiter faktisch auf fast 60 Tage Jahresurlaub kommen.

Das Hauptinteresse konzentriert sich auf die konkrete Entwicklung in der **Metallindustrie.**

Der Metalltarifabschluß ermöglichte die 38 1/2-Stunden-Woche mit drei Ebenen der Flexibilisierung: 1. unterschiedliche individuelle Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden; 2. gleichmäßige oder ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf fünf Werktage, wobei die 38,5 Stunden im Zeitraum von zwei Monaten als Durchschnitt herauskommen müssen; 3. unterschiedliche Arbeitszeiten zwischen einzelnen Gruppen im Betrieb (Spanne zwischen 37 und 40 Stunden), wobei die 38,5 Stunden im Betriebsdurchschnitt erreicht werden müssen. Dazu regelt der Tarifvertrag: Bei der Arbeitszeitfestlegung „*sind die betrieblichen Bedürfnisse zu berücksichtigen*" und „*die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (darf)*

Fortsetzung nächste Seite

»Eine neue Sozialverfassung abhängiger Arbeit«

Noch in diesem Jahr soll das von Bundesarbeitsminister Blüm entworfene „Beschäftigungsförderungsgesetz" verabschiedet werden. Bei Kritiken im einzelnen äußert sich die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sehr zufrieden darüber, es enthalte eine Reihe „*konstruktiver Ansätze*" und sei ein *wichtiger korrespondierender Schritt neben der Arbeitszeitflexibilisierung*" (Jahresbericht 1984).

Der linke Arbeitsrechtler Ulrich Mückenberger befürchtet stattdessen im Gesamtzusammenhang der Flexibilisierung „*eine neue Sozialverfassung abhängiger Arbeit*". Das Blüm'sche Gesetz sei dabei „*der bislang weitestgehende Versuch*" (1). Aus arbeitsrechtlicher Sicht laufe die jetzige Entwicklung weg vom „*Normalarbeitsverhältnis*" hin zur Flexibilisierung mit weitreichenden Konsequenzen für Lohnabhängige und Arbeitslose. Normalarbeitsverhältnis sei das „*sich in der individuellen Lebensgestaltung konkretisierende gesamtgesellschaftliche Arrangement, das vorsieht, daß die Existenzsicherung der Individuen, ihre private und gesellschaftliche Lebenssituation sich aus ihrer Rolle im Erwerbsleben herleitet.*" Das Normalarbeitsverhältnis läßt sich konkret auch beschreiben als „*dasjenige Arbeitsverhältnis, das optimal die Kriterien erfüllt, an die die geltende Rechtsordnung vorteilhafte Regelungen knüpft (durch Schutzvorkehrungen, Gewährleistungen, flankierende Ge- und Verbote und so weiter).*"

Aus der geltenden Arbeits- und Sozialordnung ließen sich folgende Schutzkriterien herausziehen:
— Dauer der Betriebszugehörigkeit
— Dauer der Beschäftigungszeiten
— Lebensalter
— Vollzeitarbeit
(Die Schutzbereiche des Normalarbeitsverhältnisses sind auf Vollzeitarbeit ausgelegt, alle Abweichungen bringen rechtliche Nachteile mit sich)
— Betriebliche Arbeit
(Je geringer die Anbindung einer Tätigkeit an den betrieblichen Sozialzusammenhang, umso geringer fällt ihr Schutz aus z.B. computergestützte Heimarbeit).
— Betriebsgröße
— Einstufung der Arbeit (Qualifizierungschancen setzen im Regelfall Dauer und Kontinuität eines betrieblichen Vollzeitarbeitsverhältnisses voraus).

Entfallen nun „*einzelne dieser Kriterien, entfällt vor allem das Grundkriterium der Beschäftigungsdauer und -kontinuität, von dem wichtige andere abhängig sind, so tritt das entsprechende Arbeitsverhältnis mehr oder weniger aus der Geltungszone der Arbeits- und Sozialordnung heraus.*"

„*Die historische Leistung des Normalarbeitsverhältnisses besteht darin, in die durch totale Flexibilität begründete Unsicherheit, Unordnung und Unruhe der Lohnarbeiterexistenz sozusagen Korsettstangen von Gewißheit, Voraussehbarkeit und Frieden einzuziehen.*"

Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz wird nun das Normalarbeitsverhältnis, „*wenn es schon als Realität nie bestand, nunmehr auch als ,herrschende Fiktion' offiziell aufgegeben.*" Diese These macht Mückenberger an acht Aspekten deutlich:

1. Art. 1/§ 2 des Entwurfs erleichtert den Abschluß befristeter Arbeitsverträge. Statt der bisher halbjährigen Befristung von Arbeitsverträgen, soll die ein- bzw. zweijährige Befristung möglich werden, was nach den Kriterien Dauer und Kontinuität (s.o.) betrachtet, zwei Klassen von Beschäftigten schafft.
2. Art. 8 ermöglicht, daß Leiharbeiter künftig für sechs, (statt bisher drei) Monate an ein und denselben Entleihunternehmer ausgeliehen werden dürfen. Damit wird die Geltungszone des Arbeitsrechtes schmaler. Außerdem sind wieder die Grundkriterien Dauer und Kontinuität getroffen.
3. Art. 1/§ 4 legalisiert die kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ). Damit wird die Arbeitszeitgewißheit und Dispositionsfreiheit der Beschäftigten beseitigt.
4. Gleiches gilt für Art. 1/§ 5, welcher eine Vertretungspflicht der Job-Sharing-Partner untereinander vorsieht.
5. Art. 2 des Entwurfs schränkt die Sozialplanpflicht gleich doppelt ein. Unternehmen unterliegen ihr in den ersten 4 Jahren ihrer Existenz generell nicht; und bei Entlassungen infolge Betriebsänderungen greift die Sozialplanpflicht erst ein, wenn der Fall einer sog. „Massenentlassung" vorliegt. „*Die Einbuße bzw. die Verringerung von Kompensationszahlungen für Arbeitsplatzverlust wird die Angewiesenheit arbeitslos Gewordener auf einen neuen Arbeitsplatz maximieren und so deren Arbeitsmarktmacht doppelt schwächen*" (Mückenberger).
6. „*Bei der Festlegung des Geltungsbereiches bestimmter arbeitsrechtlicher Schutzgesetze, für die die Betriebsgröße in Gestalt der Beschäftigtenzahl maßgeblich ist, soll in die Ermittlung der relevanten Beschäftigtenzahl die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nicht mehr mit einbezogen werden.*" Diese Neuregelung reizt vor allem die Kleinbetriebe zum Ausweichen auf Teilzeitarbeit und läßt damit Schutzrechte wegen der Länge der Betriebszugehörigkeit „*weiter unanwendbar erscheinen, was sich insbesondere negativ auf die arbeits- und sozialrechtliche Sicherung von erwerbstätigen Frauen auswirken wird.*" (Mückenberger).
7. Kleinbetriebe können sich nach dem Lohnfortzahlungsgesetz (§ 10) einen großen Teil ihrer Lohnfortzahlungsaufwendungen von den Krankenkassen erstatten lassen. In der Ermittlung dieser relevanten Beschäftigtenzahl wird nunmehr die Zahl von Teilzeitbeschäftigten nur noch anteilig, die der geringfügig Beschäftigten gar nicht mehr einbezogen. Damit verstärkt sich die Tendenz zum Ausweichen auf Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung.
8. Art. 7, der Neuregelungen für das Arbeitsförderungsgesetz enthält, ermöglicht in Ziff. 4 „*eine Senkung des Zuschusses der Bundesanstalt für Arbeit an Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Bisher waren zwingend wenigstens 60 Prozent des Tarifentgelts zuzuschießen. Nunmehr ist diese Untergrenze ... nur noch eine Soll-Vorschrift.*" Das hat zur Folge, daß die Entlohnung der ABM-Beschäftigten weiter unter das Tarifniveau sinkt. „*Dies wird sich mittelbar auf das Lohnniveau und dessen Entwicklung auswirken.*" (Mückenberger).

1. Ulrich Mückeberger, „Ein Bruch mit dem Konzept des ,Normalarbeitsverhältnisses' " (Vorabdruck aus dem Buch „Die Industriegesellschaft entläßt ihre Kinder" in „FR", 16.1.85).

Fortsetzung von vorheriger Seite

nicht vermindert werden". Um das zu verhindern, kann die 40-Stunden-Woche beibehalten werden und die Arbeitszeitverkürzung in Form freier Tage errechnet werden. (Wer's genauer wissen will, lese in AK 249, S. 6 nach).

IG Metall: „Flexibilisierung setzt sich nicht durch"

Kaum war der Arbeitskampf im Juni 1984 vorbei, die Arbeitszeitverkürzung vereinbart, galt für viele, vor allem streikbetroffene Betriebe, nicht nur die 40-Stunden-Woche, sondern häufig mehr als die 50-Stunden-Woche. Insbesondere in der Automobilindustrie wurden haufenweise Sonder- und Samstagsschichten gefahren, um die Produktionsausfälle aufzuholen. Überstunden waren an der Tagesordnung, auch wenn in einigen Betrieben Basisgewerkschafter sich dagegen — zum Teil erfolgreich — zur Wehr setzten. So war denn auch bei den Jahresabschlüssen der Automobil- und Metallindustrie von Einbußen kaum die Rede.

Unter der Parole „*Aus 38,5 Stunden für alle 38,5 Stunden für jeden machen*" ist die IG Metall in die zweite, die betriebliche Tarifrunde gegangen. Drei Modelle der betrieblichen Umsetzung hielt sie für akzepabel: 1. Jeden Freitag 1 1/2 Stunden weniger; 2. alle 14 Tage drei Stunden weniger; 3. alle fünf Wochen einen freien Tag. In den Baden-Württemberger Mustervereinbarungen wird zudem der Personalausgleich für die Verkürzung vorgeschlagen und mit 4 % Neueinstellungen veranschlagt („*Anzahl der Arbeitnehmer je Bereich geteilt durch 25*"). Nach den vorliegenden Meldungen spielt dies bei den bisherigen Abschlüssen kaum eine Rolle bzw. liegen Neueinstellungen weit unter diesem Quorum. Der Tarifvertrag schreibt dies auch nicht ausdrücklich vor.

Seit September letzten Jahres veröffentlich die IGM periodisch Erfolgsmeldungen, denn es herrschen „*schlechte Zeiten für die betriebsfremden Ideologen in den Arbeitgeberverbänden*", es gibt keine Flexibilität (Metall, 11.1.85). Ein ums andere Mal wurde erfolgreich „*Spaltung abgewehrt*" (Metall, 25.1.85). Nun kann man zum jetzigen Zeitpunkt schwerlich einen Überblick gewinnen, da viele Verhandlungen noch laufen und der Verkürzungsbeginn erst am 1.4.85 liegt. Dennoch lohnt es, hinter die vordergründige Zweckpropaganda der

Verhandlungen noch laufen und der Verkürzungsbeginn erst am 1.4.85 liegt. Dennoch lohnt es, hinter die vordergründige Zweckpropaganda der

Gewerkschaft zu schauen. Auffällig ist, daß der gesamte oben beschriebene Flexibilisierungsbereich außerhalb des Tarifvertrags keine Rolle für die Gewerkschaft spielt. Ihr Flexibilisierungsbegriff reduziert sich allein auf die Frage, ob es betrieblich gelingt, die Festlegung unterschiedlicher Arbeitszeiten für einzelne Arbeitnehmer oder für Gruppen zu verhindern. In den nachfolgenden Beispielen sind auch die verschiedenen Möglichkeiten der Flexibilisierung enthalten.

1. „Bravo Iveco" jubelten die „Metall-Nachrichten" Baden-Württemberg am 11.1.85, als der Abschluß bei Iveco (Magirus) Mannheim bekannt wurde: 38,5 Stunden für jeden, alle 14 Tage freitags drei Stunden früher frei. Eine Mustervereinbarung? Fast! Verschwiegen wird eine Ausnahmeregelung in der Vereinbarung, die eine Ausdehnung der Arbeitszeit bei Produktionsspitzen ermöglicht. Die Mehrarbeit soll in den folgenden drei Monaten abgebummelt werden.

Jubel auch über den Abschluß bei Stahlbau Lavis (Lavis ist Chef der hessischen Metallunternehmer): Dort wurde die Arbeitszeitverkürzung in Form von 7 Frei-Tagen für alle festgelegt; allerdings: deren Lage kann die Firma entsprechend der Auftragslage festlegen.

Ohne viel Firlefanz vereinbarten die Sozialpartner in einem Haustarif bei VW: Es bleibt bei der 40-Stunden-Woche (auch wenn nominell von 38,5 Stunden die Rede ist). 9 Freischichten werden in 7 Blöcken übers Jahr verteilt. Samstagsarbeit und saisonal schwankende Arbeitszeiten (im Frühjahr samstags, im Herbst 4-Tage-Woche) sind nach Vereinbarung möglich. Faktisch ist bei VW die Jahresarbeitszeit gesenkt worden (ohne Einrechnung von Überstunden).

Die drei genannten, gemäßigten Beispiele gehören zum Jubelstandard der IGM (sie stehen für zahlreiche andere und belegen, daß auch hier der flexiblere Einsatz der Arbeitskraft angelegt ist).

2. Die beiden folgenden Beispiele sind umstritten in der Gewerkschaft: Bei Graetz (SEL) in Bochum wird im ersten Halbjahr die tägliche Arbeitszeit um 18 Minuten verkürzt. (Die IGM erwartet davon keine Neueinstellungen, befürchtet leichtere Rationalisierungsmöglichkeit). Nach dem Betriebs-Sommer-Urlaub wird bis Weihnachten 40 Stunden gearbeitet. Die aufgelaufene Zeit wird um Neujahr in Form von drei Brückentagen abgefeiert. (Diese Regelung verstößt gegen die tarifvertragliche Vorschrift, innerhalb von zwei Monaten die Arbeit über 38,5 Stunden abzubummeln. Brückentage lehnt die IGM ab, da sie wegen allgemeinen Betriebsstillstands Neueinstellungen verhindern und zudem das Ziel des 7-Stunden-Tags nicht mehr ersichtlich wird. Dennoch ist zu erwarten, daß aufgrund der Beliebtheit in den Betrieben solche Brückentage zwischen Feiertagen vereinbart werden).

Bei Voith in Heidenheim wurde neben 38,5 Stunden für jeden 10 Überstunden/Woche als möglich vereinbart (Zuschläge werden ausgezahlt), die, in einem „Topf" gesammelt, bei verschlechterter Auftragslage abgebummelt werden sollen.

3. Die folgenden Beispiele weitergehender Flexibilisierung werden von der IGM abgelehnt und sind umstritten. Im Fall der Firma Stihl hat es bereits die Austragung des Streits vor der Einigungsstelle gegeben (das erste Mal), andere solche Verfahren sind zu erwarten. Unbekannt ist bislang, wie weit solche Abschlüsse in Betrieben bereits getroffen wurden. Gesamtmetall behauptet so etwas, verweigert aber konkrete Auskunft mit Hinweis auf den Schutz der Betriebe vor gewerkschaftlicher Unbill.

In der Firma Stihl (Chef von Gesamtmetall) ist per Einigungsspruch die unterschiedliche Behandlung verschiedener Arbeitnehmer festgelegt: 1985 sollen 27 % der Beschäftigten 40 Stunden arbeiten (Meister, Vorgesetzte, qualifizierte Facharbeiter), 73 % : 37,9 Stunden (macht im Schnitt 38,5). 1986 sollen dann noch 13 % : 40 Stunden arbeiten. Die übrigen 87 % arbeiten dann 38,3 Stunden, d. h.: Für drei Viertel der Belegschaft erhöht sich dann wieder die Arbeitszeit. Vermutlich wird für viele aber weiterhin die 40-Stunden-Woche gelten und die Differenz im Rahmen einer Jahresplanung als Frei-Tage abgegolten.

Bei Blohm + Voß in Hamburg warnstreikten 1500 Beschäftigte gegen den Entwurf der Betriebsleitung, den Samstag jederzeit als Regelarbeitszeit ohne Überstundenausgleich zu verfügen. Als Ausgleich ist ein anderer Wochentag vorgesehen. Um aufs Limit zu kommen, soll zusätzlich die bislang bezahlte Frühstückspause als Pause ohne Bezahlung behandelt werden.

Daimler-Benz will in allen Werken 10 % der Belegschaft (u. a. Lagerarbei-

zahlte Frühstückspause als Pause ohne Bezahlung behandelt werden.

Daimler-Benz will in allen Werken 10 % der Belegschaft (u. a. Lagerarbei-

ter, Bürogehilfinnen und Drei-Schicht-Arbeiter) 37 Stunden, 10 % : 40 Stunden (Ingenieure, Techniker, Maschineneinsteller) und die übrigen 80 % : 38,5 Stunden arbeiten lassen.

Die Firma Senco in Bremen will Frauen 37 und Männer 40 Stunden arbeiten lassen.

Siemens in Augsburg differenziert: 800 Beschäftigte arbeiten 39 Stunden und erhalten zu festgelegten Zeiten 5 freie Tage. 350 (Schichtarbeiter, Schwerbehindferte) arbeiten 37,5 Stunden. Die übrigen arbeiten 39 Stunden und haben freitags 1/2 Stunde früher Arbeitsschluß.

Ganz differenziert will es BBC in Mannheim: 40 Stunden sollen arbeiten: die Beschäftigten in den Lohngruppen 11, 12, K/T 7, AT; 39 Stunden: LG 9, 10, K/T 6 und 56jährige; 38 Stunden: LG 6, 7, 8, K/T 5, Akkordarbeiter, 57jährige; 37 Stunden: LG 3, 4, 5, K/T 1-4, Schichtarbeiter, Schwerbehinderte und Neueinstellungen (letztere werden nach dem 1. April bei verkürzter Arbeitszeit ohne Lohnausgleich eingestellt).

Alle diese Fälle sind umstritten und werden, falls es keine neuen Entwürfe gibt, vermutlich vor die Einigungsstelle getragen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkungen

(1) Hans Mayr, „Erfahrungen und Schlußfolgerungen aus der Tarifbewegung 1984", Gewerkschaftliche Monatshefte 11/84
(2) Otmar Emminger, „Was wir von den Amerikanern lernen können", Aufsatz in „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11.9.84
(3) Wolfram Engels, „Arbeitslosigkeit — woher sie kommt, wie man sie beheben kann", Schriftenreihe Band 5, „Frankfurter Institut", März 1984
(4) Armin Gutowski, „Arbeitslosigkeit — vor allem eine Frage der Lohnpolitik", Schriftenreihe Band 6, „Frankfurter Institut", April 1984
(5) DIW-Wochenbericht, 25.10.84
(6) W.H. Schusser, „Flexibilisierung der Arbeitszeit", Köln 1983
(7) Bernd Hof, „Vorsprung durch Flexibilisierung", Köln 1984
(8) Jahresbericht 1984 der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Köln
(9) Klaus Adomeit, „In Zukunft neue Mittel für Lohnregelungen?", Aufsatz in „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 10.8.84
(10) F.W. Siebel, „Flexible Arbeitszeitgestaltung in der Metallindustrie", Köln 1984

Westberlin vor den Wahlen:

Patt in der AL

Am 10. März finden die Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus sowie den 12 Bezirksparlamenten statt. Von heißem Wahlkampffieber kann derzeit keine Rede sein, denn der Ausgang dieser Wahlen dürfte schon jetzt feststehen: Die CDU mit ihrem amtierenden Bürgermeister Diepgen dürfte zumindest wieder die stärkste Fraktion stellen, gefolgt von einer recht müden SPD mit dem Rechtsaußen Apel an der Spitze, der sich krampfhaft bemüht, nicht allzu viele Stimmen an die CDU und die AL zu verlieren. Die FDP wird sich wohl nach dem 10. März auf ihr außerparlamentarisches Standbein besinnen müssen, während der Alternativen Liste allenthalben ein besseres Wahlergebnis (1981: 7,2 %) vorausgesagt wird.

Besonders alternativ ist die CDU im Wahlkampf hervorgetreten. Sie wirbt kaum mit ihrem Regierenden Bürgermeister, sondern mit Tieren. Unter dem zentralen Slogan „*Berlin ist wieder da*" erscheint u.a. ein Dackel im Großformat mit der sinnigen Unterschrift „*Wir lassen neue Bäume wachsen*" — während nur zu bekannt ist,



Foto: Peter Homann

daß Tonnen von Hundekot ihren alltäglichen Beitrag zum Baumsterben leisten.

Ganz anders die SPD, die ganz auf

daß Tonnen von Hundekot ihren alltäglichen Beitrag zum Baumsterben leisten.

Ganz anders die SPD, die ganz auf ihren Spitzenkandidaten Apel setzt. Unter dem SPD-Motto „*Höchste Zeit, wieder sozial zu wählen*", posiert Apel zwischen Rentnern, arbeitslosen Jugendlichen und Frauen mit der Aussage „*Hans Apel. Er sagt, was er denkt, und tut, was er sagt*".

Die FDP ist bislang kaum in nennenswerte Erscheinung getreten. Nur ihr 'linker' Tiergartener Kreisverband sorgte für Schlagzeilen, da dieser aus Gründen der Neubesinnung auf die Kandidatur im Bezirk verzichtet hatte. Jedem Anarchisten pocht das Herz, wenn er vernehmen muß, daß der Tiergartener Kreisverband seinen Antrag auf Nichtbeteiligung an den Wahlen auf dem FDP-Landesparteitag einbrachte und immerhin ein rundes Viertel der Delegierten hinter sich wußte.

Und die AL? Sie ist immer für Überraschungen gut. Sie stieg in den Wahlkampf mit der Parole „Alles Gute ...", dann mit „Alles Gute kommt ..." und endlich mit „Alles Gute kommt von unten" ein, konzentriert sich auf Stelltafeln und Plakatwände in den U-Bahnhöfen sowie ganz traditionell auf Informationsstände der Basis. Ohnehin schob der Delegiertenrat einem allzu professionellen Wahlkampf rechtzeitig einen Riegel vor, in dem er die Wahlkampfkosten auf 400 000 DM begrenzte.

Die Plakatwände in den U-Bahnhöfen werden nicht gedruckt, sondern in vielen phantasiereichen Motiven in Handarbeit bemalt. Die Themenpalette reicht vom berüchtigten Smog bis hin zu den steigenden Mieten. E i n ganz zentrales Thema gibt es bei keiner Partei, sondern eine recht breite Themenpalette, abgesehen von den tierischen Darstellungen der CDU.

AL und SPD: Nichts entschieden

Die AL hatte am 26.1.85, rund sechs Wochen vor der Wahl, noch ihre Hausaufgaben zu machen. Nachdem die brisante Frage, wie es denn im Falle eines Falles zwischen AL und SPD nach dem 10. März im Falle einer rechnerischen Mehrheit dieser beiden Parteien weitergehen solle, erhielt sich die AL ähnlich wie die beiden um die Weltmeisterschaft spielenden Schachspieler Karpow und Kasparow. Die erste Partie wurde remis gespielt und auch in der zweiten wurde „Patt" vereinbart. Der AL-Mitgliederversammlung lagen insgesamt vier Anträge vor, deren Bandbreite von der Forderung nach Senatorenposten für die AL (Antrag vom Noch-AL-MdB Dirk Schneider) bis hin zur generellen Ablehnung einer Tolerierung eines SPD-Minderheitensenates reichten. Zwei weitere Anträge lagen in etwa dazwischen. In der entscheidenden Abstimmung der etwa 600 anwesenden AL-Mitglieder standen sich schließlich die beiden folgenden Anträge gegenüber:

* In einem Antrag der Mitglieder des Abgeordnetenhauses Köppl, Schulz und Zieger u.a. heißt es zunächst, daß für die Neuausrichtung der Gesamtpolitik für die AL „*auf parlamentarischer Ebene kein Partner sichtbar*" geworden sei. In allen stadtpolitisch wichtigen Fragen würden „*schwerwiegende Gegensätze*" zwischen AL und SPD existieren, die Nähe der SPD zur CDU sei „*weitaus größer als es verbale Oppositionskritiken vermuten lassen*".

Dies werde im Grunde genommen von SPD-Apel bestätigt, der in einem Interview am 30.12.84 im Falle einer rechnerischen SPD/AL-Mehrheit der

Dies werde im Grunde genommen von SPD-Apel bestätigt, der in einem Interview am 30.12.84 im Falle einer rechnerischen SPD/AL-Mehrheit der

CDU ein Tolerierungsangebot machte. Von daher sei es nicht sinnvoll, der SPD überhaupt ein Verhandlungsangebot zu unterbreiten, „*da dies nur falsche Hoffnungen in eine mögliche Zusammenarbeit zwischen AL und SPD setzen würde*". Daher solle lieber verdeutlicht werden, daß eine Stimmabgabe für die SPD die Unterstützung einer verdeckten oder gar offenen Großen Koalition bedeuten würde. „*Die Stimmabgabe für die AL ist die einzige Möglichkeit, gegen die Große Koalition zu protestieren und die oppositionellen Kräfte ... zu stärken*".

Sollte die SPD wider Erwarten ihre diesbezügliche Haltung nach den Wahlen doch noch ändern, so „*wird die AL dann ein politisches Gesprächsangebot von der SPD über eine neue Stadtpolitik annehmen, wenn die SPD die parlamentarische Unterstützung* (von Mindestforderungen, Anm. d. Verf.) *zusagt*".

In dieser letzten Passage klingt etwas Wehleidigkeit durch, daß es an d i e s e r Westberliner SPD liegt, daß nach dem 10. März wohl nichts gehen wird. Gerade die Verfasser/innen dieses Antrags, die ursprünglich öffentliche Verhandlungen mit der SPD gefordert hatten, ohne den politischen Preis einer von ihnen befürworteten Tolerierung zu nennen, können sich daher in die Pose knallharter Nicht-Verhandler (s.o.) begeben, da sie selbst realistisch genug sind zu wissen, daß es dazu nicht kommen wird. Daß am Ende ihres Antrags, im Falle einer „Korrektur" der bisherigen SPD-Stellungnahmen, dann doch noch der Dreh gefunden wurde, ein SPD-Verhandlungsangebot anzunehmen und auf der Basis von AL-Mindestforderungen eine Tolerierung auszuloten, dient den Verfasser/inne/n offenbar vor allem dazu, den Leitgedanken einer Zusammenarbeit mit der SPD innerhalb der AL aufrechtzuerhalten.

* Der zweite Antrag, unterzeichnet vor allem von dem eher „fundamentaloppositionellen" Frauen-GA (GA = Geschäftsführender Ausschuß), war ursprünglich gar nicht als Antrag, sondern als Diskussionsbeitrag gedacht. In diesem Antrag wird eine Aussage nicht so sehr anhand des konkreten Entscheidungsdrucks getroffen, sondern die Inhalte dieses Antrags gehen eher in eine grundsätzliche Orientierung der AL. Die Verfasserinnen und Verfasser sehen in der SPD „*keine gesellschaftspolitische Opposition oder gar Alternative*"; die AL stehe in grundsätzlicher Opposition zum kapitalistischen System und wenn diese „Gesetzmäßigkeiten" unterbunden werden sollen, „*dann müssen wir schlichtweg Systemveränderer sein*". Nachdem die Zusammenarbeit der Westberliner „Oppositionspartei" SPD mit der CDU in der vergangenen Legislaturperiode anhand einiger konkreter Beispiele nachgewiesen wurde, heißt es weiter: „*Wir wissen, daß viele unserer Wähler die Gesellschaft tiefgreifend verändern wollen und gleichzeitig hoffen, das ginge vielleicht ohne besondere Konflikte mit der SPD. Wir dürfen unseren Wählern nicht falsche Hoffnungen als kluge Durchsetzungsstrategien verkaufen, die in Wirklichkeit immer mehr unsere eigene Anpassungsstrategie an die SPD ist*".

Einer Tolerierungspolitik wird eine generelle Absage erteilt, dies sei „*Symptomdokterei*", würde zum „*Ausverkauf radikaler alternativer Inhalte zugunsten einer Realpolitik à la SPD*" führen; die AL würde damit „*quasi die Rolle eines Steigbügelhalters*" einnehmen und „*zusätzlich als systemstabilisierender Faktor in dieser Stadt*" dienen. Die AL dürfe nicht „*das kleinere Übel*" werden.

Soweit die Antragsteller/innen mit der Tolerierungspolitik das Modell Hessen vor Augen haben, ist ihnen nur beizupflichten. Eine g e n e r e l l e Absage der Tolerierungspolitik gegenüber der SPD ignoriert allerdings völlig das Problem, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen und in etwaigen Tolerierungsverhandlungen bzw. -angeboten die SPD öffentlich und nachvollziehbar anhand der Diskussion über brennende stadtpolitische Probleme aufzufordern, „Farbe zu bekennen". Dies hat dann nichts mit Ausverkaufspolitik und „Steigbügelhalterrolle" zu tun, wenn bereits vorher öffentlich seitens der Grünen bzw. der AL klargestellt wird, welche politischen Inhalte nicht zur Disposition stehen bzw. welche Forderungen für unverzichtbar gehalten werden.

Doch die Antragsteller/innen wollen noch mehr, im Kern verlangen sie eine K u r s k o r r e k t u r von der AL:

Wieweit hat uns eigentlich der Parla-

Doch die Antragsteller/innen wollen noch mehr, im Kern verlangen sie eine K u r s k o r r e k t u r von der AL:

„Wieweit hat uns eigentlich der Parlamentarismus gefangen, daß wir glauben, wir könnten über das Parlament die kapitalistischen Krisen positiv beeinflussen? Gesetzmäßigen ökonomischen Krisen kann nicht mit parlamentarischem Reformismus begegnet werden! ... Das Verhältnis der AL zum parlamentarischen Spielbein und zum außerparlamentarischen Standbein hat sich verändert. Die AL muß ihre Schwerpunkte wieder viel stärker auf die außerparlamentarischen Kräfte legen."

Es wird empfohlen, daß sich die AL auf ihre ursprünglichen Ansprüche, die sie immer noch ausmachen, besinnt und „*eine Zusammenarbeit mit der SPD auf jeden Fall weit über die nächsten Wahlen hinaus ausschließt*".

Insgesamt handelt es sich also um einen viel grundsätzlicheren Beitrag mit der Absicht, „gegen den Strom" in der AL in Richtung Verparlamentarisierung und Reformismus zu schwimmen. Dieser Antrag erhielt auf der Mitgliederversammlung der AL ebenso viele Stimmen wie der zuvor skizzierte Köppl-Antrag — ein Beleg dafür, daß diese Grundhaltung innerhalb der AL noch auf recht breiten Zuspruch stößt. Es wäre ein Jammer, wenn dieser Antrag nicht auch in Zukunft ein wichtiger Beitrag im Rahmen einer Debatte über die grundlegende Orientierung der AL sein sollte.

Nun hatte die AL allerdings die Situation, die sie gerade vermeiden wollte: der „system-oppositionelle" Antrag und der Köppl-Antrag hielten sich die Waage, ein Konsens ließ sich angesichts dieses Stimmen-Patts nicht erzielen.

Der AL wird aller Voraussicht nach auch nach dem 10. März die „Gretchenfrage" erspart bleiben. Alles spricht dafür, daß die Westberliner SPD einen CDU-Minderheitensenat zumindest tolerieren wird. Schon aus weltpolitischen Gründen verbieten sich in der „Frontstadt" rot-grüne Experimente.

Daran werden auch linkssozialdemokratische Kräfte und die GIM nichts ändern können, die eine „Koalition gegen rechts" oder eine „Große Koalition" vermeiden möchten.

D./Westberlin

»No Future« im britischen Bergarbeiterstreik?

Was ist los mit dem Streik der britischen Bergarbeiter? 44% sollen schon wieder arbeiten, lauten die neuesten Meldungen aus der Gerüchte-Küche der bürgerlichen Streikgegner. Daß sie den Streik totsagen, ist nicht neu, sondern so alt wie der Streik selbst, elf Monate.

Die herausgegebenen Zahlen sind sicher übertrieben. Folgt man den Meldungen der Kohlebehörde, so sind bei der Weihnachtsgeldaktion bis Ende November 16.000 Bergarbeiter wieder an die Arbeit gegangen (die Gewerkschaft NUM spricht von 8.000). Seitdem in Schüben zu Weihnachten, am Jahresanfang und neuerdings zu jedem Wochenanfang sind es weitere — mehr als 30.000 — gewesen, so die Kohlebehörde.

Legt man diese Zahlen zugrunde, so dürften von den einstmals 145.000 streikenden Bergarbeitern (von insgesamt 186.000) nur noch knapp 100.000 im Streik stehen. Das Abbröckeln des Streiks, sei der Grund für die neuerliche Verhandlungsbereitschaft der NUM, so behaupten die gleichen bürgerlichen Quellen. Diese Verhandlungen sind Anfang Februar erneut gescheitert, bevor sie überhaupt begannen. Die Kohlebehörde wollte als Vorbedingung, daß die NUM die Schließung „unwirtschaftlicher Zechen“ als Verhandlungspunkt unterschreiben sollte; die NUM akzeptierte erneut die Definition der „uneconomic pits“ nicht. Damit hat sich auf dieser Ebene im Streik wiederum nichts bewegt. Die bürgerliche Seite setze, so die Medieninterpreten, auf das Zusammenbrechen des Streiks, das mit der Meldung von über 50% wieder arbeitender Bergleute erreicht sein soll, um dann dem Sieg des Streikabbruchs einen Verhandlungssieg über die Bergarbeitergewerkschaft folgen zu lassen: Die Unterwerfung der NUM unter die Zechenschließungspläne der Regierung und der Kohlebehörde. Und bei aller Zuversicht klingen trotzdem immer wieder skeptische Töne durch, daß so klar doch nicht alles sei.

Für die bundesrepublikanische „FAZ“ (1.2.85) ist „*Der Sieg der Eisernen Lady*“ klar. „*Eine entschlossene Regierung, gründlich auf diese Machtprobe vorbereitet, hat Scargill nach fast einjährigem Krieg abgeschlagen*“, wird Vollzug gemeldet.

Zu früh? Die NUM dementiert und schweigt. Die letzten uns bekannten Zahlen aus ihren Quellen stammen vom Dezember letzten Jahres. Man sollte sich daher vor voreiligen Einschätzungen hüten. Allerdings ist deutlich geworden: Zwar ist der Bergarbeiterstreik im harten englischen Winter nicht eingefroren, er hat aber auch nicht das erreichen können, was ihn über das bisherige Maß hinaus hätte wirksamer werden lassen. Die britische Energieversorgung konnte aufrechterhalten werden. Dies aber scheint am Streik das Zermürbendste zu sein: seine fehlende spürbare Auswirkung in gerade dem Bereich, der doch eigentlich getroffen werden soll. Nicht, daß dieser Streik keine Wirkungen zeigt. Im Gegenteil hat er gravierende wirtschaftliche Folgen. Mehr als dreimal so teuer wie der Falkland-Krieg soll er bislang gewesen sein (von 4 - 5 Milliarden Pfund, etwa 10 - 12 Milliarden DM ist die Rede). Jede Woche soll weitere 300 Millionen Pfund kosten.

Er soll das britische Sozialprodukt um 1%, die Industrieproduktion sogar um 2,5% vermindert haben und die Zahlungsbilanz des Landes soll mit 2,5 Milliarden Pfund durch den Streik belastet sein. Gravierende Verluste werden aus der Stahl-, der Elektrizitätsindustrie und von den Eisenbahnen gemeldet.

Wenn auch mit erheblichen zusätzlichen Kosten konnte die Energieversorgung jedoch aufrechterhalten werden. Dies erfolgte zum einen durch drastische Umstellung des Kohleanteils an der Energieversorgung von 70% vor dem Streik auf ca. 40% derzeit. Den Hauptanteil für die Umrüstung von Kohlekraftwerken trägt das Öl. Ebenfalls laufen alte Ölkraftwerke und ölbetriebene Turbinenkraftwerke auf Vollast. Dadurch wird wöchentlich ca. 1 Million Tonnen Kohle ersetzt. Ca. eine weitere Million Tonnen wird zu zwei Dritteln aus eigener Kohleförderung in nicht bestreikten Zechen und zu einem weiteren Drittel aus Importkohle verbraucht (alle Zahlen ohne Gewähr, da

Fortsetzung nächste Seite

Solidaritätskundgebung Anfang März in der BRD

Zusammen mit den Solidaritätsgruppen der gewerkschaftlichen Basis will der Vertreter der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM in der BRD, Joe Holmes, Anfang März zu einer Kundgebung aufrufen, die der Unterstützung des britischen Bergarbeiterstreiks dienen soll. Damit wird die Konsequenz aus der Verweigerung des DGB gegenüber der NUM gezogen. Letzter Anlaß hierfür war das Platzen eines Gesprächs zwischen Holmes und Breits Privatsekretär beim DGB, Hans Jürgen Beck, Ende Januar. Beck verwei-

Gesprächs zwischen Holmes und Breits Privatsekretär beim DGB, Hans Jürgen Beck, Ende Januar. Beck verwei-

gerte dieses Gespräch. Stattdessen will der DGB nur noch mit dem Gewerkschaftsdachverband TUC reden — Gewerkschaftsbürokraten unter sich. Dem vorausgegangen war die inhaltliche Distanzierung des DGB und einzelner Gewerkschaften von der NUM und einer Solidaritätskonferenz mit Arthur Scargill am 12. Januar in Essen.

Die NUM ihrerseits hat mittlerweile öffentlich einige durch den DGB in die Welt gesetzten Behauptungen und Lügen dementiert und sie richtiggestellt. Anlaß für solche Verdrehungen war die Londoner Resolution von TUC, DGB, der Transportarbeitergewerkschaften aus Belgien, den Niederlanden und Großbritanniens vom 8.12.84, in der proklamiert wurde, „*auf praktischen und effektiven Wegen zusammenzuarbeiten*, *um die zusätzliche Verschiffung von Kohle und Öl nach England zu beschränken*“. Beck hatte in einem Schreiben an die DGB-Gewerkschaften behauptet: „*Auf der Tagung in London zeigte es sich, daß es nicht möglich sein würde, die Verschiffung von Kohle und Öl nach England durch Boykottmaßnahmen auf ein bestimmtes Maß zu begrenzen. Die Entschließung, die am Ende der Tagung verabschiedet wurde ... ist entsprechend flexibel und soll in erster Linie als Schützenhilfe dienen für die britischen Gewerkschaften in der öffentlichen Auseinandersetzung um den Streik der Bergarbeiter.*“ Weiter behauptete Beck: „*Die Vertreter der NUM waren jedoch ebenso wie die Vertreter des TUC der Auffassung, daß alle finanzielle Hilfe über den Solidaritätsfonds des TUC laufen sollte. Einzelaktionen, wie sie von Vertretern der NUM in verschiedenen europäischen Ländern eingeleitet sind, werden offiziell sowohl von der NUM als auch vom TUC abgelehnt.*“ Daher finde auch die Essener Solidaritätsveranstaltung „*weder die Zustimmung des Vorstandes der NUM noch des TUC*“. Schließlich vermeldete er: „*Lebensmittel verderben inzwischen containerweise in einigen britischen Häfen*“, daher sollte die Hilfe auf Spenden beschränkt werden, die auf das Konto des TUC („Miners' Hardship Fund“) eingezahlt werden sollten (Brief von Hans Jürgen Beck vom 14.12.84).

Von der NUM gibt es mittlerweile ein geharnischtes Antwortschreiben mit Datum vom 2.1.85.

Peter Heathfield, Generalsekretär der NUM, an Joe Holmes

Liebe Joe,
Weihnachten habe ich von aktiven Gewerkschaftern in Deutschland, die während unseres Kampfes an Geldsammlungen beteiligt waren, eine umfangreiche Korrespondenz erhalten. Darin ist ein Brief enthalten, der vom 14. Dezember datiert und von Hans Jürgen Beck, einem Funktionär des DGB, gezeichnet ist. Dankenswerterweise fügten sie eine Übersetzung dieses Briefes bei, dessen Inhalt mich tief beunruhigt.

Der Brief bezieht sich auf eine von Norman Willis, dem Generalsekretär des TUC, organisierte Konferenz der Transportarbeiter-Organisation der Niederlande, Belgiens und der Bundesrepublik Deutschland, die das Ziel hatte, unsere Sorge über die beträchtliche Steigerung der Bewegung von Kohle durch europäische Häfen zu erörtern. Hans Jürgen Beck unterstellt in seinem

Steigerung der Bewegung von Kohle durch europäische Häfen zu erörtern. Hans Jürgen Beck unterstellt in seinem

Brief, die Konferenz sei zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich sei, den Export von Kohle und Öl nach England mit Boykottmaßnahmen zu begrenzen. Dies ist eine Verhöhnung der Wahrheit, denn Norman Willis hat den Präsidenten und mich selbst informiert über die Vereinbarung, während des Bergarbeiterstreiks den Transport von Kohle und Öl nach Britannien einzuschränken. In der Tat git es nun reichhaltige Beweise, daß die belgischen Hafenarbeiter diesem Appell gefolgt sind. Er schreibt in seinem Brief ebenfalls, die NUM habe zugestimmt, daß alle finanzielle Unterstützung über den TUC-Solidaritätsfonds laufen solle. Ich kann Dir versichern, daß dies nicht der Fall ist, und es ist immer anerkannt worden, daß der TUC-Fonds eine Ergänzung des Miners Solidaritätsfonds ist, der von Treuhändern, die selbst nicht Bergleute sind, in Sheffield geführt wird, und Norman Willis bestätigt diese Auffassung.

Beck beklagt sich in seinem Brief weiterhin über die inoffizielle Anwesenheit von Vertretern in bestimmten europäischen Ländern. Wie Du selbst genau weißt, hat Dich diese nationale Organisation autorisiert, in ihrem Namen für die National Union of Mineworkers Sammlungen in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen, und ich habe Dir ein entsprechendes Beglaubigungsschreiben geschickt und Herrn Schmidt von IGBE darüber informiert, daß Du in der Bundesrepublik in unserem Auftrag tätig bist. Ich weiß natürlich, daß in anderen europäischen Ländern einzelne Bezirke gebeten worden sind, Vertreter zu entsenden, um über den Bergarbeiterstreik zu informieren, und europäische Gewerkschaften haben finanziell und materiell auf das Anliegen der Bergarbeiter reagiert. Deshalb ist nichts an ihrer Anwesenheit irregulär.

Ich bin ebenfalls betroffen, daß Herr Beck sich dazu entschlossen hat, den Zweck der Konferenz, die Du in der Bundesrepublik Deutschland für den 12. Januar in Essen arrangiert hattest, zu verzerren. Offensichtlich ist in Deinem Versuch, zu informieren und Aktivitäten zu koordinieren, die eine Reihe administrativer Probleme, mit denen Du Dich herumschlagen mußt, beseitigen würden, der Hintergedanke gesehen worden, die Autorität der nationalen Gewerkschaft zu unterminieren. Zu unterstellen, Du habest nicht die Autorität der NUM, zu einer solchen Konferenz aufzurufen, ist einfach unglaublich.

Im Schlußteil seines Briefes, in dem er auf die Notwendigkeit humanitärer Hilfe eingeht, erwähnt er, daß angeblich in vielen Häfen Lebensmittel containerweise verderben. Dies ist eine absurde Unterstellung und könnte nicht weiter von der Wahrheit entfernt sein. Ich hoffe, daß Du bei Deinen künftigen Veranstaltungen in der Lage bist, unseren deutschen Kollegen zu erklären, daß der von Hans Jürgen Beck unterzeichnete Brief eine reine Erfindung darstellt, und meiner Meinung nach zielt er darauf, die hervorragende Unterstützung, die wir von deutschen Gewerkschaftern auf lokaler und Betriebsebene erhalten, zu unterminieren. Ich bin überzeugt, daß Du jede Anstrengung unternehmen wirst, die so entstandene Unwahrheit zu berichtigen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

P. E. Heathfield, Sekretär

Solche klaren Worte sind sicher starker Tobak für Anpassung gewohnte bundesdeutsche Gewerkschaftsbürokraten. Für Beck — sicherlich gedeckt vom DGB-Bundesvorstand — Grund genug, jeden Kontakt zum hiesigen NUM-Vertreter zu verweigern. Solidaritätsarbeit vermittelt über die DGB-Vorstände entwickelt sich für die NUM mehr und mehr zum Hindernislauf. Um so bedeutsamer ist die breite Unterstützung — nicht nur von Gewerkschaftern — der Kundgebung im März.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Das Dilemma der DGB-Jugend:

Das Dilemma der DGB-Jugend:

Jugendarbeit mit angezogener Handbremse

Die DGB-Jugend ist wieder im Gespräch. Nicht wegen spektakulärer Aktionen gegen Kriegsvorbereitung und Jugendarbeitslosigkeit, sonder wegen Absetzung des „ran“-Chefredakteurs. Der DGB-Bundesvorstand beschloß am 10. Dezember, dem Beirat der DGB-Jugendzeitung „ran“ die Suspendierung des Chefredakteurs Dieter Gaarz nahezulegen.

Stein des Anstoßes war eine Satire in der „ran“-Dezemberausgabe. Das Opfer: Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Von einem Photographen war er dabei ertappt worden, als er bei einem Empfang für Olympiateilnehmer einigen Sportlerinnen, offensichtlich in angetrunkenem Zustand, „*eigenhändig Oberweite und Taille nachmessen*“ (wollte). „*Sicherheitsbeamte mußten ihn diskret aus dem Verkehr ziehen.*“ („ran“ 12/84)

Die „ran“-Redaktion hatte das Photodokument zusammen mit einem bissigen Kommentar auf ihrer Satireseite veröffentlicht. Die nötige Ausgewogenheit wurde dadurch hergestellt, daß auf derselben Seite eine Satire zu den Grünen plaziert worden war.

Dem DGB-Chef Ernst Breit war die ganze Sache natürlich wahnsinnig peinlich, so daß er sich bei Weizsäcker sofort formell für die „Verunglimpfung“ („ran“ 2/85) entschuldigte. Die Autorität des Bundespräsidenten und „der Friede der Einheitsgewerkschaft“ sind dem DGB-Vorstand allemal wichtiger als das Recht zum Spott über ihn. Außerdem wollen auch Gewerkschaftsführer sich mal „daneben benehmen“ können, ohne daß das gleich ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt wird.

Der Februar-Ausgabe der „ran“ ist nun zu entnehmen, daß Dieter Gaarz „*in beiderseitigem Einvernehmen ... eine andere Aufgabe im Bund-Verlag übertragen*“ wurde. „*Dieter wollte bereits seit längerem die ‚ran'-Redaktion verlassen (aus Altersgründen). Eingesprungen für ihn ist Wolfgang Römisch ... Ihm wurde die Chefredaktion kommisarisch übertragen.*“

Da wundert mensch sich doch, wie flexibel die „ran“-Redaktion auf solche Zensurpraktiken reagiert. Bei einem ähnlichen Fall vor fünf Jahren war aus Protest immerhin noch die gesamte Redaktion zurückgetreten.

Zu Gaarz' Nachfolger Römisch ist zu sagen, daß mit ihm einer der Hauptträger der Anti-SDAJ/DKP-Kampagne in diese wichtige Stellung einzieht. Römisch war früher Vorsitzender der IG Chemie-Jugend und bis jetzt Redakteur bei der Jugendfunktionärszeitung „solidarität“.

Zensur: Nichts Neues für die „ran“

Die „ran“-Redaktion steckt in dem gleichen Dilemma wie die gewerkschaftliche Jugendarbeit insgesamt. Um den Anschluß an den durch Friedens- und Ökologiebewegung politisierten Teil der Jugend nicht zu verpassen, ist sie gezwungen, ab und zu auch linkere Inhalte zuzulassen, als sie normalerweise im DGB üblich sind. Und obwohl die „ran“-Redaktion versucht, schärfere Kaliber nach Möglichkeit in Satiren oder Cartoons zu verpacken, entweicht sie nicht dem „Big brother“. So führte schon 1979 ein Cartoon gegen das Abtreibungsverbot zur sofortigen Entlassung von zwei Redakteuren und der Amtsenthebung des damaligen Chefredakteurs Dieter Schmidt (jetzt geläuterter Chefredakteur bei „Welt der Arbeit“).

Die damaligen Entlassungen liefen parallel zu der laufenden Kampagne gegen die angeblich von DKP und SDAJ unterwanderte Gewerkschaftsjugend. Ziel der DGB-Rechten war das Abdrängen linker Positionen in der gewerkschaflichen Jugend- und Bildungsarbeit (AK 162).

— So wurden Klassiker der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wie das Buch von Franz Deppe „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ als einseitig verteufelt.

— Aus demselben Grunde wurde im Jahre 1979 eine Broschüre der DGB-Jugend zum Antikriegstag kurz vor der Drucklegung vom DGB-Vorstand verboten.

— Kurz darauf wurde der DGB-Bundesjugendsekretär Hawreliuk entlassen, da er auf einer DGB—Jugendveranstaltung zum Antikriegstag Störversuche anläßlich der Rede des damaligen DGB-Vorsitzenden Vetter nicht

Fortsetzung nächste Seite

PEINLICH

Nach einigen Gläschen Sekt zuviel, schlug Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf einem Empfang für die Olympiateilnehmer aus Sarajewo und Los Angeles über die Stränge. Erst gab er mit seinen sportlichen Erfolgen an („In Berlin bin ich jeden Tag sechs Mal aus dem Stand über die Mauer gehüpft“), später erzählte er schmutzige Witze. Als er dann auch noch – offenkundig stark angeheitert – bei einigen Sportlerinnen eigenhändig Oberweite und Taille nachmessen wollte (Foto), wurde er von Sicherheitsbeamten diskret aus dem Verkehr gezogen. Am nächsten Tag konnte er sich angeblich an nichts mehr erinnern.



Bundespräsidenten „verunglimpft“ (aus „ran“ 12/84 — Chefredakteur von staatsfrommen DGB-Oberen geschaßt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

abgesichertes Material nicht vorliegt).

Hier wirkt sich aus, daß sowohl der Streikbruch in den eigenen Reihen (insbesondere im Bezirk Nottinghamshire, wo nur eine Minderheit mitstreikt), als auch die fehlende Unterstützung anderer Gewerkschaften im Energie- und Stahlbereich ein volles Greifen des Streiks verhindert. Dazu sind die Bergarbeiter allein nicht mehr in der Lage.

So scheint sich der Streik zu einem Wettlauf zwischen der Zeit und den volkswirtschaftlichen Schäden zu entwickeln. Denn: Aller Optimismus der Thatcher-Regierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch sie nicht nur darauf setzen kann, die Bergarbeiter beliebig lange auszuhungern. Immerhin mehren sich in der britischen Industrie die Stimmen, die über die Kosten des Streiks und die Auswirkungen auf die Industrie klagen.

Deshalb: So lange allein Hoffnungssignale aus dem bürgerlichen Lager in fester Zuversicht das Streikende proklamieren, ist das noch lange kein Grund, nicht alles für die Unterstützung der streikenden Bergarbeiter zu mobilisieren. Daß sie durchhalten können ist derzeit die einzig erkennbare Chance, zu einem guten Ergebnis zu kommen.

B&G-Kommission



Lieber schwarzer Rappe als grüner Morgenthau

Der innergewerkschaftliche Funktionärsstreit um das Verhältnis zu den Grünen geht unvermindert weiter. Dabei dominieren die Rechten aus der IG Chemie, der IG Bergbau und der Gewerkschaft Nahrung-Genußmittel-Gaststätten (NGG), die schärfste Abgenzung gegenüber den Grünen wollen. Faktisch ist ihre Linie Praxis des DGB-Bundesvorstands, der mit den „guten'' Grünen aus der Bundestagsfraktion reden will, mit den „schlechten'' Grünen aus dem Bundesvorstand der Partei aber den Kontakt verschmäht. Die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit'' begleitet diese Linie seit einiger Zeit mit wüster Pöbelei gegen die Grünen. Allein die Vorstandsmitglieder der HBV und der IG Druck, Christian Götz und Detlev Hensche, haben sich in der letzten Zeit für Kontakte zu den Grünen ausgesprochen. Wir dokumentieren den Stand der Diskussion.

IG Chemie in Richtung Unvereinbarkeitsbeschlüsse?

Der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, profiliert sich derzeit als oberster Anti-Grüner und bemüht sich, Ausgrenzungslinien zu ziehen. Vor einer gewerkschaftlichen Funktionärskonferenz am 20. Januar warf der sozialdemokratische Befürworter einer großen Koalition den Grünen vor:
— unklares Verhältnis zur Gewalt;
— Vernachlässigung der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik;
— sowie *„ein überdezentralisiertes, vorwiegend industriefeindliches, traditionslandwirtschaftliches, vom Weltmarkt abgekoppeltes Land''* mit ihren ökologischen Forderungen anzustreben, was ihn, Rappe, an den „Morgenthau-Plan'' von 1944 erinnere (siehe auch nebenstehendes Stichwort „Morgenthau-Plan'').

Neu ist Rappes Vorwurf, daß die Grünen versuchten, die Gewerkschaften in eine *„Anti-Industriegesellschaftsrolle''* zu drängen und über ihre gewerkschaftliche Mitarbeit auf eine *„Abschaffung der Apparate''* hinzielen würden: *„Hier könnte ein Vergleich mit kommunistischer Unterwanderungsarbeit nicht unangebracht sein.''*

Ob und wieweit damit in der IG Chemie ähnlich der Anti-K-Gruppen-Kampagne der 70er Jahre und der Anti-DKP-Kampagne 1979 jetzt eine vergleichbare anti-grüne Kampagne folgt, bleibt abzuwarten. Immerhin zeigt der Streit zwischen dem IG Chemie-Bezirksleiter Nordrhein, Walter Gläsner, und dem NRW-Grünen-Vorstandsmitglied Regenstein, daß man in IG Chemie-Kreisen auch administrative Schritte in Erwägung zieht.

Chemie-Bezirksleiter Nordrhein, Walter Gläsner, und dem NRW-Grünen-Vorstandsmitglied Regenstein, daß man in IG Chemie-Kreisen auch administrative Schritte in Erwägung zieht.

Gläsner hatte den NRW-Grünen vorgeworfen, Arbeitsplätze zu verteufeln und eine ganze Industrie ausradieren zu wollen. Regenstein hatte ihm geantwortet, er verbreite nur Vorurteile, weil die NRW-Grünen zum Thema noch gar nichts beschlossen hätten und fragte, ob Gläsner sich an einer SPD-Kampagne zur Einstimmung des DGB gegen die Grünen beteilige. Gläsner hatte daraufhin geschrieben: *„Da Sie Mitglied der GEW sind und da Sie wiederholt ungerechtfertigt dem DGB Machenschaften unterstellen, werde ich eine Kopie Ihres Schreibens und eine meines Antwortschreibens sowohl dem Landesverband der GEW als auch dem DGB-Landesbezirk NRW zur Verfügung stellen''*. Gehören nach den Kommunisten für diese Gewerkschafter bald auch die Grünen nicht mehr zur „Einheitsgewerkschaft''?

Die Klammer: Arbeitsplätze vor Umweltschutz

Längst nicht alle Gewerkschaften schlagen dermaßen heftige Töne gegen die Grünen an wie die IG Chemie und die IG Bergbau. Dennoch besteht in den von Rappe genannten Abgrenzungspunkten starke Übereinstimmung. Der DGB-Vorsitzende Breit hatte in seiner Ablehnung von Gesprächen mit dem grünen Bundesvorstand genannt: *„die Haltung zur Industriegesellschaft und zur Frage des staatlichen Gewaltmonopols''* sowie den Gewerkschaftsausschluß des grünen Bundesvorständlers Trampert, der ihn nicht zum *„geeigneten Gesprächspartner''* mache. Daß das grundsätzliche Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft'' und zur dazugehörigen „Industriegesellschaft'' im DGB vorherrscht, bewies Breit nach Spitzengesprächen mit der Bundesregierung am 24. Januar. Wo es einen Zielkonflikt Umweltschutz/Arbeitsplätze gebe, habe der Umweltschutz nicht prinzipiell Vorrang, ließ er in Abgrenzung zu *„industriefeindlicher''* grüner Politik erklären. Bei Buschhaus wurde diese Maxime bereits praktiziert. Daher ist die Nähe dieser Gewerkschafter zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung allemal größer als zu grünen Vorstellungen.

Ähnlich äußerte sich auch der IGM-Vorsitzende Mayr, der in einem Interview mit der „Zeit'' vom 11.1.85 auf Distanz zu den Grünen ging. Seine Sorge: *„Für mich sind die Grünen gar keine richtige Partei. Denn sie haben kein geschlossenes Programm, an dem sich der Wähler orientieren kann''*. Auf die Frage: *„Und Sie meinen, Arbeitsplätze spielen für die Grünen keine Rolle?''* antwortet er: *„Dafür gibt es doch Beweise''*. Anders als die IG Chemie beweist die IG Metall allerdings mehr Großherzigkeit, wenn sie zukünftig auch grüne Bundestagsabgeordnete, die IGM-Mitglieder sind, zum Bundestagsgesprächskreis der „Metaller'' einlädt.

Im hessischen Konflikt um die Nuklearfabriken NUKEM und ALKEM war für die Gewerkschaften im Zielkonflikt Umweltschutz/Arbeitsplätze *„die Schmerzgrenze überschritten''*, wie es der hessische DGB-Vorsitzende Richert formulierte („FAZ'', 8.1.85). Die Grünen riskierten den *„Bruch mit den Gewerkschaften''*, die deren Verhalten *„im Wiederholungsfall nicht so gelassen hinnehmen''* würden. Richert gehörte zu den Befürwortern des „rot-grünen'' Bündnisses. Dies läßt ahnen, welches einseitige Interesse DGB-Kreise an Gesprächen mit bestimmten Grünen haben. Offensichtlich erwartet man an den „Schmerzpunkten'' mehr Verständnis bei „Realpolitikern in der Fraktion als beim grünen Bundesvorstand.

Derzeit wird im DGB-Bundesvorstand ein Programm *„Umweltschutz und qualitatives Wachstum''* beraten, das bislang noch nicht öffentlich ist. Damit will sich der DGB offensichtlich ökologisch schmücken und andererseits sein neuestes Modethema „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze'' in

das bislang noch nicht öffentlich ist. Damit will sich der DGB offensichtlich ökologisch schmücken und andererseits sein neuestes Modethema „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze'' in

die Öffentlichkeit bringen. Man erwarte keine Wunder. Erst jüngst ließ der DGB sich ganz realpolitisch wieder zum Thema Kernenergie vernehmen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Unter dem Titel *„Keine Kehrtwendung''* (in der Energiepolitik) wird festgestellt, daß *„derzeit unter Versorgungsgesichtspunkten ein Zwang zum Zubau von Kernkraftwerken nicht mehr erkennbar''* ist; der DGB sieht sich dabei in Übereinstimmung mit der Industrie: *„Davon geht offenkundig auch die Energiewirtschaft aus''*.

„Mit Rücksicht auf technologische und exportpolitische Nutzenerwägungen und unter Berücksichtigung langfristiger Energieversorgungsrisiken bedeutet dies aber keine Entscheidung gegen die technologische Weiterentwicklung der Kernenergie, also auch keinen Ausstieg.'' Ausdrücklich wird die Weiterentwicklung des „Schnellen Brüters'' in Kalkar und des Siedewasserreaktors in Schmehausen *„in finanziell vertretbarem Rahmen''* gefordert („Die Quelle'', 12/84).

Empören DGB-Vertreter sich über einen grünen „Ausstieg aus der Industriegesellschaft'', so ist damit die Verteidigung der Industrieinteressen gemeint, wie hier aus ihrer pro-Atomenergie-Argumentation deutlich wird.

„Nicht ausgrenzen, vielmehr reden"

Dies fordert Christian Götz (HBV-Vorstand) in einem Kommentar in der „Welt der Arbeit'' vom 4.1.85. Götz wendet sich dabei gegen die Ausgrenzung der Grünen durch den „WdA''-Chefredakteur Dieter Schmidt, der gegen die grüne „Polit-Kasperei'' polemisierte (vgl. AK 252 und 254). Ausgrenzung sei falsch, man müsse als Gewerkschaft erkennen, daß die Grünen zunehmend Wähler anzögen. *„Das sollten wir nicht schelten und ignorieren.''* Schließlich stellten die Grünen *„viele richtige Fragen''*. Es gäbe auch viel zu kritisieren. *„Aber das ist ja gerade der Sinn von Gesprächen.''* Dann schwenkt Götz allerdings auf die Breit-Linie ein und fordert: *„Beide Seiten sollten auf jeweils unakzeptable Vorbedingungen verzichten''*, was wohl meint, daß die Grünen Breits Ausgrenzung ihres Bundesvorstands schlucken sollten, um dann *„das jetzt Machbare, nämlich ein Gespräch zwischen dem DGB und der Fraktion der Grünen im Bundestag endlich zu realisieren''*.

Morgenthauplan

Henry Morgenthau war der Finanzminister und darüber hinaus auch in anderen Fragen ein wichtiger Berater des Präsidenten Roosevelt. Er entwarf im August/September 1944, als sich das Ende des NS-Staates abzeichnete, den nach ihm benannten Plan zur Behandlung des besiegten Deutschland. In der Zeit vom 1. bis 9. September 1944 legte er vier verschiedene Fassungen dieses Plans vor. Der Morgenthau-Plan sah u.a. vor, Ostpreußen und Schlesien an Polen zu geben, das Saargebiet an Frankreich, Schleswig-Holstein (bis zum Nordostsee-Kanal) an Dänemark. Das Ruhrgebiet sollte internationalisiert werden. Der Rest sollte in einen Nord- und einen Süd-Staat aufgeteilt werden. Große Teile der deutschen Industrie sollten als Reparationsleistungen demontiert werden, und deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter sollten zur Zwangsarbeit in andere Länder deportiert werden Insbesondere sollte das Ruhrgebiet *(„das Herz von Deutschlands industrieller Macht'')* völlig entindustrialisiert werden; die Industriearbeiterschaft und ihre Familien sollten zur „Auswanderung'' in andere Regionen und ins Ausland „ermuntert'' werden. (Dieser Passus, obwohl immanent absolut logisch, fehlt in der letzten Fassung des Plans).

Der Morgenthau-Plan wurde als Grundlage einer Vereinbarung genommen, die Roosevelt und der britische Premier Churchill bei einer Konferenz im kanadischen Quebec am 15.9.44 unterzeichneten. Die Kernformel in diesem Abkommen lautete: *„converting Germany into a country primarily agricultural and pastoral in its character''*, also Umwandlung Deutschlands in ein vorwiegend landwirtschaftliches Gebiet.

Am 23.9.44 teilte das „Wall Street Journal'' in großer Aufmachung Einzelheiten des Morgenthau-Plans mit; es folgten weitere Enthüllungen und Kommentare in der gesamten US-Presse. Die vorherrschende Stimmung war scharf ablehnend. Das Hauptargument war, daß dieser Plan zwangsläufig den deutschen „Durchhaltewillen'' verschärfen werde, somit den Krieg weiter verlängern und mehr Leben amerikanischer boys kosten würde. Roosevelt rückte angesichts dieser Öffentlichkeits-Reaktion schon Ende September wieder von dem Morgenthau-Plan ab, der damit sang- und klanglos in der Versenkung verschwand, ebenso wie die Vereinbarung von Quebec.

In der NS-Durchhalte-Propaganda wurde der Morgenthau-Plan selbstverständlich schnell zum Spitzenreiter, vermutlich mit einiger Wirkung.

In der NS-Durchhalte-Propaganda wurde der Morgenthau-Plan selbstverständlich schnell zum Spitzenreiter, vermutlich mit einiger Wirkung.

„Angst vor den Grünen?"

So fragt Detlef Hensche in der „druck und papier'' vom 7.1.85. Er kritisiert, daß in der gewerkschaftlichen Diskussion um die Grünen an Ausgrenzung nachvollzogen wird, was in den Medien lange Zeit vorexerziert wurde. *„Nunmehr kommt die Frage auf die Gewerkschaften zu. Daß es dabei um mehr geht als um Fragen des Umgangs und Stils, haben zumindest Esser und Strauß erkannt. Sie warnen den DGB vor einer Zusammenarbeit mit den Grünen. Nun, wenn die warnen, spricht manches dafür, daß für uns das Gegenteil richtig ist.''* Den Einsatz der Grünen für Frieden und Umweltschutz hält Hensche bei allen Abstrichen im Detail für Ziele, *„die von allen Gewerkschaften unterstützt werden können und müssen''*. Zum Argument der Arbeitsplatzgefährdung fällt ihm ein, daß *„doch allgemein gilt: Umweltschutz schafft Arbeit''* und ganz gewitzt: *„Wenn hierzulande Arbeitsplätze vernichtet werden, so nicht durch Ausstiegs-Parolen und ähnliche hin und wieder geäußerte Spinnereien — sondern nach wie vor durch Unternehmer und deren Investitionsentscheidungen!''*

Hensche lobt das sozial- und wirtschaftspolitische Engagement der Bundestags-Grünen. Das Aufgreifen der Ausbeutung der Dritten Welt, das grüne Arbeitszeitgesetz und den Entwurf zum Verbot der Aussperrung. Er sieht auch Trennendes, *„Heilslehrer wie Rudolf Bahro''*, und Gefährliches: *„Schon einmal sind hierzulande Zivilisationskritik und Naturideologie zu rechtsradikalen Zwecken mißbraucht worden''*. Nur spreche das alles nicht gegen gewerkschaftliche Kontakte mit den Grünen. Er beweist zudem Verständnis für *„antigewerkschaftliche Vorbehalte''*, denn *„da müssen wir uns auch fragen, was wir selbst dazu getan haben''*. Schließlich *„haben auch wir unsere Leichen im Keller; die Neue Heimat zum Beispiel''*.

Solche Stimmen aus den Gewerkschaften zu den Grünen sind derzeit die große Ausnahme.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

unterbunden hatte. Vetter hatte in der Rede u.a. behauptet, der Überfall auf Polen sei erst durch den „Hitler-Stalin-Pakt'' ermöglicht worden.

— Im Oktober '79 fand dann ein Gespräch zwischen Vetter und Strauß statt, indem u.a. vereinbart wurde, daß in den zentralen DGB-Publikationen die Kritik an Strauß unterbunden werden soll.

Diese anti—linke Kampagne, die Anfang der 80er Jahre wieder abebbte, hat ihre Wirkung bis heute nicht verfehlt. Linke Sozialdemokraten, DKP und SDAJ haben sich mit dem Vorstoß der Rechten wohl oder übel arrangiert und politisches Terrain aufgegeben. Besonders in Bezug auf die Einschätzung der Hauptkriegstreiber ist jede Einseitigkeit gegen den US—Imperialismus sozialdemokratischer Ausgewogenheit (gegen beide Supermächte) gewichen.

DGB-Jugend 1985: Neue Fronten

DGB-Jugend 1985: Neue Fronten

Diejenigen Linken, die Ende der 70er Jahre noch zusammen mit den DGB-Rechten gegen die angebliche Unterwanderung durch DKP und SDAJ zu Felde gezogen sind, müssen sich heute selbst mit den Rechten anlegen, wenn sie nicht jeglichen Anspruch auf eine politische Jugendarbeit aufgeben wollen. So veröffentlichte die „ran''—Redaktion in ihrer Ausgabe vom Oktober 1984 einen „Brief des Monats'' an die „lieben IG Bau-Kollegen''. In diesem Brief geißeln sie einen Prospekt der BSE-Jugend, der mit folgendem Motto Mitglieder wirbt: *„Warum Hanni, Gabi, Mona, Christine und Andrea so für ihre Jungs schwärmen ... weil Peter, Rolf, Christian, Enzo und Karl-Heinz in einer starken Gewerkschaft sind!''*

Auf die Kritik der „ran''-Redaktion folgte eine prompte Reaktion. Der BSE-Vorstand beschloß, sein Großabonnement für „ran'' zu stoppen. Für die Redaktion nicht nur ein politisches, sondern auch ein finanzielles Druckmittel, da die „ran'' nicht über den Einzelverkauf, sondern über die Großabonnements der Einzelgewerkschaften finanziert wird.

Der Kommentar des geschaßten Chefredakteurs Dieter Gaarz zu dem BSE-Vorstandsbeschluß: *„Wer so durch wirtschaftliche Repression Kritiker mundtot machen will und Diskussionen verhindert — das sind ja Methoden, die Gewerkschaften sonst bei Unternehmern anprangern —, der muß sich nicht wundern, wenn die Gewerkschaften an Glaubwürdigkeit bei Jugendlichen verlieren.''* („ran'' 11/84)

Der BSE-Vorstand will von einer Kündigung des Großabonnements inzwischen zwar nichts mehr wissen — verkündet stolz die „ran''-Redaktion (in ihrer Januar-Ausgabe), dafür ist ihr Chefredakteur aber jetzt draußen. CDU-Gewerkschafter und die Rechtsaußen SPDler haben mal wieder ganze Arbeit geleistet.

DGB-Jugend 1985: Alte Probleme — alte Rezepte

Die Glaubwürdigkeit des DGB bei der Jugend ist u.a. auch Thema der „solidarität'' vom November letzten Jahres. Verschiedene *„für die Jugend zuständige Funktionäre''* der Einzelgewerkschaften und des DGB diskutieren über Mitgliederverluste und neue Strategien. Der DGB—Bundesjugendsekretär Klaus Westermann stellt fest, daß der DGB gegenüber 1982 1,3 Prozent der Mitglieder verloren hat, die Gewerkschaftsjugend dagegen 4,0 Prozent. In Abgrenzung zum Institut der Deutschen Wirtschaft macht Westermann nicht die politische Jugendarbeit, sondern im wesentlichen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze dafür verantwortlich. Er belegt diese Einschätzung damit, daß der Mitgliederverlust bzw. Zuwachs der Einzelgewerkschaften mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Branche korrespondiert. Aus seinen Angaben läßt sich ablesen, daß es durchaus auch bei den Einzelgewerkschaften, die eher eine linkere Jugendarbeit machen, 1983 Zuwachs an jugendlichen Mitgliedern gab (bspw. DPG und GEW). Verluste gab es auf der anderen Seite aber auch bei den eher rechten Gewerkschaften wie Textil und Bekleidung und Leder. Soweit die nackten Zahlen.

wachs an jugendlichen Mitgliedern gab (bspw. DPG und GEW). Verluste gab es auf der anderen Seite aber auch bei den eher rechten Gewerkschaften wie Textil und Bekleidung und Leder. Soweit die nackten Zahlen.

Zu den politischen Hintergründen erklärt Westermann, daß nach Meinung der Jugendlichen *„der gestiegenen Sensibilität gerade in ökologischen Fragen ... in den Gewerkschaften nur unzureichend Rechnung getragen''* wird. Außerdem sei die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften als Interessensvertretung durch den Neue-Heimat-Skandal erheblich *„ins Gerede gekommen. Für Jugendliche besteht da kein Unterschied zwischen Lambsdorff und Vietor.''* Westermann vermeidet es tunlichst, seine eigene Meinung kundzutun. Er läßt „die Jugendlichen'' sprechen. Die DGB-Oberen will er nicht vor den Kopf stoßen ...

Horst Klaus vom IGM-Vorstand, stellt in derselben „soli'' fest, daß *„die Attraktivität der Gewerkschaften und ihrer Jugendarbeit ... offenbar auch wesentlich davon ab(hängt), inwieweit wir bereit und in der Lage sind, unsere politischen Positionen in politisch wirksame Aktivitäten umzusetzen.''*

Ingo Lehmann vom Drupa-Vorstand schließlich fordert, den *„jungen Kolleginnen und Kollegen ... ihr Ohnmachtsgefühl''* (in den gewerkschaftlichen Strukturen) dadurch zu *„nehmen, daß wir ihre Mitarbeit in der Gewerkschaft weitgehend autonom zulassen.''*

Bis auf die Autonomieforderung (und die auch nicht uneingeschränkt) sind die oben zitierten Äußerungen im Prinzip alles alte Kamellen. So alt wie die Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Es werden politische Ansprüche formuliert, ohne daß das jedoch in der Praxis grundlegend etwas ändert.

Würde mensch auch nur einen dieser Ansprüche wirklich in die Praxis umsetzen (z.B. „politische Positionen in politisch wirksame Aktivitäten umsetzen'', Horst Klaus), würde dies im grundsätzlichen Widerspruch zu der sozialpartnerschaftlichen Hauptströmung im DGB stehen. Diesen Widerspruch wollen die oben zitierten Gewerkschaftsfunktionäre aber nicht in der Praxis ausprobieren. Leichter läßt es sich damit leben, die politischen Ansprüche hochzuhalten.

B&G-Kommission

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG · Bundeshaus · 5300 Bonn

DIE GRUNEN IM BUNDESTAG
5300 Bonn
Bundeshaus
Fernruf 16-7583
Telex 885589 gruen d

Grüner Alltag in Bonn

Geschichten aus dem alltäglichen Leben des Parlamentarismus

Hier die fünfte Folge unserer Übersicht über die Arbeit der Grünen im Bundestag; wie immer ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

Offizielle Arbeitslosenzahlen viel zu niedrig

Zum Arbeitsmarktbericht für den Monat Dezember und zur offiziellen Arbeitslosenstatistik generell erklärt Eckhard Stratmann:,,*Die von der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegten Zahlen zur offenen Arbeitslosigkeit kommen einem Verschleierungsmanöver gleich. Sie blenden wesentliche Fakten zum tatsächlichen Ausmaß, Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik aus. Neueren Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge lag die Arbeitslosigkeit (offen und verdeckt) im vergangenen Monat unter Einschluß der ,,Stillen Reserve'' deutlich über 3,5 Millionen.*
Immer mehr Arbeitslose ziehen sich resigniert bis zu einer Besserung der Arbeitsmarktlage zurück oder schalten bei der Arbeitssuche das Arbeitsamt nicht mehr ein. Diese ,,Stille Reserve'' der Arbeitslosen hat sich in den vergangenen drei Jahren auf 1,35 Millionen — mehrheitlich Frauen — verdoppelt.
Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern die Bundesanstalt für Arbeit auf, bei ihrer monatlichen Bestandsaufnah-
Die GRÜNEN IM BUNDESTAG fordern die Bundesanstalt für Arbeit auf, bei ihrer monatlichen Bestandsaufnah-
me die Entwicklung der verdeckten Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Es ist zu befürchten, daß diese weiter zunehmen wird, da immer weniger Arbeitslose Unterstützungsleistungen erhalten.
Die aktuellen Daten zur Arbeitsmarktsituation bestätigen nachdrücklich diejenigen, die in der Umverteilung der Arbeit durch Wochenarbeitszeitverkürzungen den entscheidenden Hebel zur Überwindung der Erwerbslosigkeit sehen.'' (8.1.85)

Schlesier und (Groß-)Deutschlandpolitik

Zu den Auseinandersetzungen um das Schlesier-Treffen und zu den großdeutschen Ambitionen der CDU/CSU hat der deutschlandpolitische Sprecher der Grünen, Dirk Schneider (AL Westberlin), eine Reihe sehr scharf gehaltener Erklärungen an die Presse gegeben. ,,Wann redet Dregger von der Auschwitz-Lüge?'' fragt Schneider im Zusammenhang mit Äußerungen Dreggers zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945: ,,*Die europäische Katastrophe am Ende des Zweiten Weltkrieges verbindet Dregger nicht mit den verheerenden Folgen der rassistischen Ausrottungs- und Eroberungspolitik Hitlers, sondern er redet in diesem Zusammenhang nur von der Vertreibung und Unrechtshandlungen an Deutschen. Ursache und Wirkung werden auf den Kopf gestellt, die Täter werden zu Opfern! (...)*
Der Pangermanist Dregger mit seinen gefährlichen Geschichtsklitterungen ist leider kein Einzelfall. Überall bei den ‚christlichen Demokraten' melden sich die Kalten Krieger der Vorkriegszeit: die Deutschen seien wieder einmal zu kurz gekommen, ihnen sei schreckliches Unrecht geschehen: Dreigeteilt — niemals! Kein Verzicht! Keine Anerkennung der Nachkriegsgrenzen! Schlesien heim ins Reich! So lauten die neuen Trends.'' (10.1.85)

Über die Rollenverteilung bei dem Gerangel um das Schlesier-Motto schreibt Schneider am 24.1.: ,,*Ein Revanchisten-Motto wird Regierungspolitik (...) Hupka und die Schlesier-Funktionäre sind nicht bei Trost. Aber ihr politischer Anachronismus und ihre großdeutschen Träume waren ja bekannt. Solange sie deutlich im Abseits bundesdeutscher Politik standen, waren ihre Aktivitäten und ihre Rückgewinnungsambitionen eine Posse auf die Realität in Europa.*
Zu einem gefährlichen Sprengsatz wurde und wird die Sache durch die von Kohl erfolgte Aufwertung der Vertriebenen-Verbände und ihrer Vertreter in den Reihen der CDU-Fraktion. Die Zusage Kohls, auf dem Schlesier-Treffen zu sprechen und damit demonstrativ das Ostlandrittertum der Hupkas als Bestandteil seiner Politik darzustellen, machte das Motto und die politischen Ambitionen der schlesischen Landsmannschaft erst zu einem brisanten Thema bundesdeutscher Politik.'' Kohl und die CDU/CSU würden die Berufsvertriebenen ,,*als Wegbereiter instrumentalisieren.*'' Mit der ,,*großangelegten Geschichtsklitterung*'' zum 8. Mai und den ,,*Rückgewinnungsträumen der schlesischen Ostritter*'' sollten ,,*gesellschaftliche Orientierungspunkte geschaffen werden, die erneut einer Politik des deutschen Nationalismus und der Expansion nach Osten zur Akzeptanz in der Bevölkerung verhilft.*''

,,*Kennzeichnend für Kohls neubelebte Wiedervereinigungspolitik*'', so Dirk Schneider am 31.1., sei auch ,,*die platte Art, mit der Regierungssprecher Boenisch die jüngsten DDR-Ausführungen über die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft abbügelte.*'' — ,,*Das Beharren auf verstaubten Rechtspositionen, dem ‚Alleinvertretungsanspruch' oder der ‚politischen Verantwortung für alle Deutschen' ist*
Rechtspositionen, dem ‚Alleinvertretungsanspruch' oder der ‚politischen Verantwortung für alle Deutschen' ist
35 Jahre nach Gründung der DDR nicht nur unrealistisch und illusionär. Angesichts der erschreckenden geistigen Nähe unverhohlener Revisionsgelüste von Vertriebenenfunktionären mit den Auffassungen namhafter CDU-Politiker bekommt der Regierungskurs eine entspannungsfeindliche und friedensgefährdende Richtung.''

Grüner „Realo" rügt SPD

Die ,,*unklare Haltung der SPD zur Atomenergie*'' hat der zum harten Kern der grünen ,,Realpolitiker'' zu zählende Abgeordnete und umweltpolitische Sprecher, Wolfgang Ehmke, kritisiert. Anläßlich des ,,*verworrenen und widersprüchlichen*'' Auftretens der Sozialdemokraten in der Aktuellen Stunde zur atomaren Wiederaufbereitungsanlage verweist Ehmke die SPD auf ihre eigenen Beschlüsse: ,,*Offensichtlich fand die SPD keine Zeit mehr, ihren Beschluß vom Essener Parteitag (Mai 84) nachzulesen, in dem steht: ‚Deshalb verlangen die Sozialdemokraten, daß über die Versuchsanlage in Karlsruhe hinaus die Technologie der Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstäbe in der Bundesrepublik nicht weiter verfolgt wird.' An der Atomenergie wird die Zerrissenheit der SPD in ihrer Haltung zu den GRÜNEN überdeutlich und auch die Schwierigkeiten jedweder Zusammenarbeit in Hessen oder im Bund, wenn die Sozialdemokraten aus Angst vor einigen rechten Gewerkschaftern ihre Programmaussagen zu Makulatur abstempeln.*'' (25.1.85)

Ein Tag für Afrika

Anläßlich des Spendentages für Afrika am 23.1. begrüßen die Grünen ,,*die Bereitschaft der bundesdeutschen Bevölkerung, akute Nothilfe zu leisten*'' (Gaby Gottwald im Bundestag). 30.000 DM aus der Diätenerhöhung des letzten Jahres wollen sie ,,*zu gleichen Teilen dem Eritrea-Hilfswerk und der SWAPO für ihre Flüchtlingslager in Nyango/Sambia zur Verfügung stellen.*'' Gleichzeitig warnen die Grünen ,,*vor der Illusion, der Hunger in Afrika sei durch Spenden oder Nothilfemaßnahmen zu überwinden.*'' Denn: ,,*Hunger wird gemacht durch falsche Entwicklungspolitik, die die Selbstversorgung in den Ländern untergräbt und die Volkswirtschaften der afrikanischen Länder auf die Weltmarktbedürfnisse ausrichtet. Die Handelspolitik der Industrieländer, die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds und nicht zuletzt eine Entwicklungshilfe, die in afrikanischen Ländern zum Beispiel Blumen- und Gemüseexport fördert — das alles hat diesen Prozeß gefördert und eine Ausrichtung auf Binnenbedürfnisse erschwert. Rüstungsexporte aus den westlichen Industrieländern, aber auch aus der Sowjetunion, werden von den jeweiligen Regierungen genehmigt und kosten die Volkswirtschaften der afrikanischen Länder Milliardenbeträge. Die Europäische Gemeinschaft importiert Getreide als Futtermittel aus Hungergebieten, um sich hier eine ebenfalls milliardenschwere Überproduktion von Fleisch zu leisten.*'' (Gaby Gottwald)

Der Tagesbefehl der Bundeswehr zum 23.1., in dem die Soldaten aufgefordert werden, Geld für die Hungerhilfe zu sammeln, kann die Grünen ,,*nicht überzeugen, solange die bisherige Militärpolitik auf Kosten der Völker der 3. Welt fortgesetzt wird und v.a. solange deutsche Rüstungsgüter und Waffen in die 3. Welt geliefert werden. Die Militarisierung hat in vielen Fällen zu einer Verschärfung des Hungers in Afrika beigetragen. Statt diese Militarisierung zu fördern (z.B. durch eine weltweite Blockpolitik oder durch teure Rüstungsexporte in Hungerländer) müßte die Bundesregierung eine konsequente Friedenspolitik betreiben, denn Frieden ist Voraussetzung für Entwicklung und eine Überwindung des Hungers.*''

Unaufrichtig nennen die Grünen die Maßnahme der Banken, am 23.1. ihre Schalter länger offenzuhalten, um das Einzahlen von Spenden zu erleichtern, da ,,*die gleichen Großbanken fortgesetzt Kredite für das Apartheidregime in Südafrika zur Verfügung stellen und dieses somit in den Stand versetzen, die Unterdrückungspolitik gegen die eigene Bevölkerung wie auch gegen Nachbarstaaten fortzusetzen. Der Hunger in den ‚Homelands' Südafrikas, aber auch in Mosambik und Angola, ist wesentlich auf die südafrikanische Aggressionspolitik zurückzuführen, die von hier aus z.B. durch derartige Kredite unterstützt wird. Aus dieser Verantwortung Konsequenzen zu ziehen wäre der adäquate Beitrag zum ‚Tag für Afrika'.*''(Presseerklärung vom 22.1.)

Keine Hoffnung in Genfer Gespräche

Die Weigerung beider ,,*Blockführungsmächte*'', eine ,,*Abkehr von der Blocklogik*'' zu vollziehen, ist nach Ansicht der Grünen Hauptursache dafür, daß bei den Genfer Gesprächen nichts herauskommen kann.

,,*Das Ziel zukünftiger Verhandlungen, nämlich das nukleare Rüstungswettrennen im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden, weckt unerfüllbare Erwartungen, solange*
* *die antikommunistischen Feindbilder der US-Regierung und ihrer Berater fortbestehen,*
* *beide Seiten künftige Verhandlungen durch weitere Stationierungsmaßnahmen in Europa und anderen Regionen belasten,*
* *das Verhandlungsklima nicht durch konkrete Vorleistungen des einen ohne den Blick auf die andere Seite entscheidend zum Positiven hin beeinflußt wird und*
* *die amerikanische Administration von vornherein deutlich macht, daß zwar über alles diskutiert werden könne, sie aber nicht bereit sei, ihr Star-Programm zu stoppen.*

Da Rüstungswettlauf und Blocklogik sich gegenseitig bedingen, kann Rüstungskontrolle und erst recht Abrüstung nur gelingen, wenn auf politischem Wege Initiativen zu beiderseitiger Blockauflösung gestartet werden. Unter den derzeitigen politischen, militärischen und psychologischen Voraussetzungen sind deshalb keine entscheidenden Impulse in Richtung ‚Abrüstung zu erwarten.'' (9.1.)

„Weltraumforschung ist prinzipiell nicht von Kriegsforschung zu trennen"

Zu den Beteiligungen der Bundesregierung an den europäischen und amerikanischen Weltraumprojekten erklärt die Sprecherin für Fragen der Forschung und Technologie, Sabine Bard.:,,*In erster Linie lehnen die GRÜNEN IM BUNDESTAG das Weltraumforschungsprogramm ab, weil Weltraumforschung prinzipiell nicht von Kriegsforschung zu trennen ist. Zivile Raumfahrtkomponenten können leicht in Kriegsgerät umgewandelt werden. Dies geschieht tatsächlich oder wird geplant, wie die folgenden Beispiele zeigen:*
— Die DFVLR (Deutsche Forschungsgesellschaft für Verkehr, Luftfahrt und Raumfahrt) erwartet, daß Ende der 80er Jahre ein Demonstrationsprogramm durchgeführt wird, ‚bei dem nachgewiesen werden soll, daß die für friedliche Zwecke entwickelten Sensoren nach gewissen Modifikationen auch den neuen Aufgaben (militärische Aufklärungssysteme) angepaßt sind' (Zeitschrift ‚Soldat und Technik', Januar 85).
— Die WEU (Westeuropäische Union), von der Bundesregierung jüngst wieder aktiviert, ‚vertritt die Ansicht, daß das Raumfahrtpotential in der künftigen Kriegsführung eine Schlüsselrolle spielen wird' (Empfehlung Nr. 410 der 30. ordentlichen Sitzung der WEU vom 21.6.84).''

Akzeptieren könnten die Grünen Weltraumforschung nur, ,,*wenn unter Kontrolle der UNO eine internationale, blockübergreifende, gemeinsame und friedliche Nutzung des Weltraums vereinbart wird. Damit würde das berechtigte Mißtrauen zwischen den Machtblöcken auch bei angeblich ziviler Raumfahrt abgebaut.*'' (17.1.)

»In der Stunde der Gefahr zusammenstehn ...«

Einem finsteren Komplott der Supermächte sind die Grünen im Bundestag auf der Spur. Sie fordern von der Bundesregierung rückhaltlose ,,Aufklärung über sowjetischen Marschflugkörper'' (Pressemitteilung Nr. 55/85 vom 31.1.85):

,,Zur eventuellen Fehlprogrammierung eines sowjetischen Marschflugkörpers erklärt Christa Reetz, MdB:

Als ,,erledigt'' betrachten die Supermächte den Vorgang, daß ein sowjetischer Marschflugkörper im hohen Norden Finnlands niederging, der unter Umständen auf Bremen oder Hamburg gerichtet war, wie der britische ,,Daily Express'' meldete. Offizielle Kommentatoren in den USA ebenso wie in der Sowjetunion versuchen seit Wochen, dieses Ereignis möglichst herunterzuspielen.

Die GRÜNEN IM BUNDESTAG haben deshalb heute folgende Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, um Klarheit über diesen unerhörten Vertuschungsvorgang zu erhalten:

1. Kann die Bundesregierung bestätigen oder widerlegen, daß der am 28. Dezember 1984 über Finnland abgestürzte Marschflugkörper infolge einer falschen Computereingabe auf Hamburg oder Bremen gerichtet war und daher von den Sowjets abgeschossen wurde, nachdem sie den Irrum erkannt hatten?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts dieses Vorfalles und angesichts ähnlicher Fälle, bei denen durch Computerpannen Fehlalarme ausgelöst bzw. Raketen fehlgeleitet wurden, die Bedrohung für die Bevölkerung der Bundesrepublik?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wahrscheinlichkeit, daß durch einen solchen Vorfall automatisch militärische Gegenmaßnahmen eingeleitet werden?
4. Beabsichtigt die Bundesregierung, die bundesdeutsche Öffentlichkeit umfassend über diesen Fall aufzuklären? Wenn nein, warum nicht?
5. a) Stimmt nach Kenntnissen der Bundesregierung die Meldung, daß Sowjets und Amerikaner vereinbart haben, über diesen Vorfall zu schweigen, um die Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht zu belasten?
b) Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung eine solche Vereinbarung?''

Einen Tag später wurden einige hundert Kilometer nördlich von Bonn auch die ,,Betroffenen'' initiativ. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU in der Hamburger Bürgerschaft richteten ihrerseits eine Große Anfrage an den Hamburger Senat:

''1. Entsprechen englische Zeitungsberichte, der über Finnland abgestürzte sowjetische Marschflugkörper sei für den Kriegsfall programmiert und auf dem Wege nach Hamburg oder Bremen gewesen, den Tatsachen?
2. Bestand eine Gefahr für die Menschen in Norddeutschland?
3. Sind Wiederholungsfälle zu befürchten und besteht dadurch eine Bedrohung?''

Die GAL, ebenfalls um Unterzeichnung dieser Anfrage gebeten, reagierte mit einer Doppelstrategie. Folgende Mitteilung ging an die Presse:

,,Betr.: Kalte Krieger entwerfen große Anfrage
Sowjetische Rakete mit Kurs auf Hamburg?
SPD und CDU haben die GAL-Fraktion aufgefordert, eine interfraktionelle Anfrage zum Thema ,,Sowjetische Rakete mit Kurs auf Hamburg?'' zu unterschreiben.

Die GAL wird sich an einem solch durchsichtigen Propaganda-Manöver nicht beteiligen.

Die von SPD und CDU verfolgte Strategie ist eindeutig: eine dubiose Zeitungsente soll dazu ausgeschlachtet werden, verlorengegangenes sicherheitspolitisches Terrain des rechten SPD-Flügels und der CDU zurückzuerobern. Zur Erreichung dieses Ziels ist ihnen keine Zeitungsente zu zwielichtig.

Das Schüren der Angst vor sowjetischer Bedrohung bei gleichzeitiger Ausblendung des NATO-Gefährdungspotentials ist der gemeinsame Nenner der Aufrüstungspolitiker Voscherau und Perschau.

Die GAL beteiligt sich an solchen Show-Kampagnen nicht. Gleichwohl ist die GAL interessiert, die Gefährdung der Bevölkerung durch die besorgniserregende Rüstungsmaschinerie in Ost und West seriös zu diskutieren.''

Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU wurden dagegen mit einem freundlichen Antwortschreiben überrascht:

,,Sehr geehrter Herr Voscherau!
Sehr geehrter Herr Perschau!

Im Namen der GAL-Fraktion bedanke ich mich für ihr Angebot, eine gemeinsame Große Anfrage zur Bedrohung Hamburgs durch sowjetisches Kriegsgerät zu zeichnen. Auch wir meinen, daß in der Stunde der Gefahr alle Fraktionen des Hauses eng beisammen stehen sollten und politischer Hader keinen Platz greifen darf.

Mit den von Ihnen vorformulierten Fragen stimmen wir voll überein. Wir möchten aber die Gelegenheit ergreifen, einige thematisch weitergehende Formulierungen, die nach unserer Auffassung problemlos integrierbar sind, vorzuschlagen.

Wir gehen davon aus, daß diese Fragen auf Ihre volle Zustimmung stoßen werden; zumal ihnen die gleichen ,,verläßlichen Quellen'' und somit ein vergleichbarer Glaubwürdigkeitswert zukommen wie Ihren Fragen. Lassen sie uns recht bald ihre Zustimmung zu unserem Fragenkatalog erfahren.

mit freundlichen Grüßen
Rainer Link
Fraktionsgeschäftsführer

Anlage:
Zusatzfragen der GAL

Zusatzfragen zur großen Anfrage

1. bis 3. bleiben unverändert. Es folgt:

4.) Trifft es zu, daß atomwaffenbestückte Sowjet U-Boote (sog. Whisky-Klasse) mehrfach den Isebekkanal durchfahren und hierbei Schiffe der weißen Alsterflotte in bedrohliche Havarie-Gefahren gebracht haben?

5.) Gibt es genauere Erkenntnisse darüber, daß Funktionäre der DKP durch die Sowjetische Botschaft mit sog. Rucksack-A.-Waffen ausgerüstet wurden, die im Spannungsfall an den zentralen Treffpunkten der hanseatischen Bourgeoisie zur Zündung kommen sollen?

6.) Ist der Senat angesichts der gewachsenen Bedrohung bereit, sich auch finanziell an dem sog. ,,star war Programm'' des US-Präsidenten Reagan zur Abwehr feindlicher Raketen aus dem Luftraum zu beteiligen?

NATO mit Kurs auf Irland

Die Republik Irland ist heute das einzige EG-Land, das nicht gleichzeitig auch Mitglied der NATO ist. Zwar würde das südirische Establishment lieber heute als morgen der westlichen Allianz beitreten, wovon sich die südirische Armee u.a. eine Verbesserung ihres Ausrüstungsniveaus und die Regierung eine Höherbewertung des irischen Status im internationalen System erhoffen könnte, doch scheiterte dies bislang an der Unmöglichkeit, den nordirischen Kriegsschauplatz zu befrieden. Solange jedoch NATO-Truppen einen Teil der ,,grünen Insel'' besetzt halten, ist es allein schon aus innenpolitischen Erwägungen heraus jeder bürgerlichen Regierung in Dublin unmöglich, mit dem traditionellen ,,Neutralismus'' offen zu brechen.

Im Dezember 1980 offerierte der damalige südirische Premier Charles Haughey der britischen Regierung und den USA einen ,,deal'', der die Wiedervereinigung der Insel im Austausch gegen die Integration von ,,Nord'' und ,,Süd'' in die NATO vorsah. An die Adresse der NATO-Staaten gerichtet, bedeutet ein derartiger ,,deal'' faktisch, daß der irische ,,Norden'' — wie gehabt — in der NATO verbleibt, während die NATO den ,,Süden'' noch dazu bekommt. Haugheys Nachfolger Fitzgerald setzte diese Bestrebungen konsequent fort, allerdings mit größerem Realismus, wenn er heute akzeptiert, daß für die amtierende konservative Regierung in London ein ,,deal'', der die Entlassung Nordirlands aus dem United Kingdom beinhaltet, auf absehbare Zeit hin nicht in Frage kommt. In Anbetracht der anhaltenden gesellschaftsplitischen Polarisierung im ,,Norden'' (wo die radikalrepublikanische und linkssozialistische Provisional Sinn Féin in den letzten Jahren z.T. imposante Wahlergebnisse erzielte und alle Versuche der Etablierung einer gemäßigten ,,interkonfessionellen Mitte'' als Träger eines Prozesses der Neuanbindung der Insel an den Imperialismus scheiterten) wie angesichts der zunehmenden Instabilität des gesellschaftlichen Gefüges im ,,Süden'' (der zudem noch hinsichtlich seiner politischen Stabilität im hohen Maße von Entwicklungen im ,,Norden'' abhängig ist), setzt London mehr auf den ,,Spatz in der Hand'' als die ,,Taube auf dem Dach''. Dies wiederum hat zur Folge, daß Fitzgerald die Forderungen des südirischen Establishments gegenüber der Regierung in London noch weiter herunterschraubt, als dies sein Vorgänger bereits getan hat. Allerdings ohne Erfolg, wie das Scheitern des jüngsten anglo-irischen Gipfels beweist. Die ,,iron Lady'' weiß sich hier gegenüber ihrem südirischen Amtskollegen am längeren Hebel, der, will er nicht in Nordirland der IRA das Feld überlassen, auf jeden noch so minimalen vorzeigbaren Erfolg angewiesen ist. Die ,,einzigartigen'' Beziehungen zwischen London und Dublin haben so bislang nicht die von Fitzgerald und seinen Vorgängern versprochene Verbesserung der politischen und sozialen Situation der katholischen/republikanischen Minorität im ,,Norden'' zum Ergebnis gehabt, sondern einzig und allein eine verstärkte Kooperation zwischen den südirischen ,,Sicherheitskräften'' und den nordirischen ,,Sicherheitskräften'' (inklusive der britischen Armee) bezüglich der Bekämpfung der IRA, für die die Republik Irland ein logistisches Hinterland ist. Diese Beschränkung der irisch-britischen Beziehungen auf Fragen des ,,Anti-Terrorismus'' liegt ganz im Interesse der Thatcher-Administration, auch wenn das südirische Establishment mit Blick auf die innenpolitisch instabile Situation der Republik ebenfalls an einem effektiveren Vorgehen gegen die IRA interessiert sein muß. Die Thatcher-Administration weiß dies gut für sich auszunutzen. Gegenleistungen für das südirische Entgegenkommen in Sachen ,,Anti-Terrorismus'', etwa Reformen des gesellschaftspolitischen Status Quo im ,,Norden'' hat es bislang noch nicht gegeben.

> *,,Die Situation in Nordirland ist heute noch schlechter als 1969 und es ist evident, daß es keine militärische Lösung geben kann. Die Wurzeln der anhaltenden Krise liegen in der Teilung und es kann keine Fortschritte in Richtung Frieden geben, bevor nicht die Teilung beendet ist. Einer der Hauptgründe, warum Britannien noch immer in Nordirland ist, ist strategischer Natur, da weder die amtierende US-Regierung noch die amtierende britische Regierung die Wiedervereinigung Irlands unter neutralen Vorzeichen akzeptieren wollen. Die britische Bevölkerung hat zu realisieren, daß unsere Truppen nicht primär zum Schutz der Protestanten in Nordirland sind, sondern zum Schutz der NATO.''*
>
> Tony Benn, ,,Guardian'' v. 17.8.1984

Wenn heute, 15 Jahre nach Ausbruch neuerlicher Unruhen in Nordirland zwischen Loyalisten und Republikanern, noch immer britische Truppen im ,,Norden'' der Insel stehen, dann deshalb, um über die Zugehörigkeit der sechs Grafschaften der historischen Provinz Ulster zum United Kingdom den direkten Zugriff der NATO auf die ,,grüne Insel'' zu garantieren. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, das Interesse Londons an einer weiteren Zugehörigkeit Nordirlands zum United Kingdom (und damit auch zur NATO) ausschließlich mit dem unmittelbaren militärischen Wert der Insel zu erklären, und dabei politische und geopolitische Aspekte zu vernachlässigen. Es bedarf nicht unbedingt des irischen Inselterritoriums, zuzüglich zum britischen Inselterritorium, um die vorgesehenen militärischen Einrichtungen (die zum größten Teil logistischer Art sind) zu stationieren. An hervorragender Stelle rangieren im Denken westlicher Politiker und NATO-Militärs die Furcht vor ,,anderen gesellschaftspolitischen Verhältnissen'' in Irland, die die Insel zu einem ,,Störfaktor'' (der sich am Ende gar als ,,Geschwür'' erweisen könnte) an einer von der NATO als ,,sicherheitspolitisch'' evident und sensibel empfundenen Stelle auf dem Globus werden lassen könnte (1).

> **Was bedeutet ,,Kubanisierung''?**
>
> ,,Irischer Republikanismus unter Hammer und Sichel'' lautet die Schlagzeile eines Artikels des konservativen Publizisten Herb Greer im ,,Daily Telegraph'' v. 16.3.84, der sich mit der Linksentwicklung der ,,Provos'' und den Folgen einer ,,Provo-Herrschaft'' für Großbritannien und die NATO auseinandersetzt. Greer warnt (im Zusammenhang mit den EG-Wahlen, die einige Wochen später stattfanden) vor einer *,,linksfaschistischen Machtübernahme''* in Irland nach dem Vorbild Kubas und Nicaraguas.
>
> Anfang November 1983 warnte der damalige Nordirlandminister Prior bereits eindringlich seine Landsleute vor dem Entstehen eines ,,europäischen Kubas'' unmittelbar vor der Haustür Großbritanniens und in einer für die ,,Sicherheit'' der westlichen Allianz sensiblen Region. Irland, so Prior, könnte zum ,,britischen Kuba'' avancieren, wenn es der Sinn Féin gelingen würde, die gemäßigte SDLP bei den Katholiken Nordirlands auszustechen. Sollte Sinn Féin die gemäßigte Konkurrenz bei den EG-Wahlen überflügeln, werde es für London praktisch unmöglich, Nordirland weiter zu regieren. Über den Sinn Fein-Führer Adams äußerte Prior, er besitze die *,,Fähigkeit und den Stil, ein totalitärer Diktator (wie Castro auf Kuba) zu werden''* (nach ,,FAZ'' v.15.11.83).

Irischer ,,Neutralismus'' von 1945 bis heute

Als die Republik Irland 1949 der NATO eine Absage erteilte, wurde in Dublin die Teilung der Insel als hauptsächlicher Rechtfertigungsgrund für die Fortsetzung irischer ,,Neutralität'' angeführt. In einer Antwort auf eine informelle Anfrage der US-Regierung, wie sich die Republik gegenüber einer offiziellen Einladung zur Beteiligung an der geplanten NATO verhalten würde, antwortete Dublin im Februar 1945 in einer Weise, die darauf schließen ließ, daß die irische ,,Neutralität'' durchaus nicht eine ,,ewige'' und prinzipielle Angelegenheit sein muß. Die südirische Regierung betonte ihre ,,demokratische'' und ,,christliche'' Tradition und erklärte des weiteren, sie fühle sich *,,in Übereinstimmung mit den allgemeinen Zielen des vorgeschlagenen Vertrages''*(2). Die Ablehnung einer Mitgliedschaft wurde damit begründet, daß sechs von Irlands *,,nordöstlichen Grafschaften gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit des irischen Volkes von britischen Streitkräften besetzt sind''* und daß als Ergebnis *,,jedes Militärbündnis oder jede Verpflichtung im Sinne gemeinsamer militärischer Aktionen mit dem Staat, der für die unnatürliche Teilung Irlands verantwortlich ist, der einen Teil unseres Landes mit seinen Streitkräften besetzt hält und der in der Nordostecke Irlands undemokratische Institutionen unterstützt, dem irischen Volk völlig zuwider und unannehmbar wäre''*(3).

Weiter heißt es in der Antwort, daß die NATO-Vertragsunterzeichner *,,durch das Angebot ihrer Unterstützung und Vermittlung und durch die Schaffung einer Situation, in der das Problem erörtert werden könnte''*, dazu beitrügen, *,,eine undemokratische und gefährliche Situation zu beenden, und damit einen unschätzbaren Dienst leisteten durch die Stärkung der inneren Harmonie und des Zusammenhaltes der Staatengemeinschaft im Nordatlantik''*(4). Den indirekten Vorschlag der Republik, auf London bezüglich der Situation im ,,Norden'' Druck auszuüben, um so einen Beitritt der Republik zur NATO zu ermöglichen, nahmen die NATO-Vertragsunterzeichner allerdings nicht auf. In einem Aide-mémoire vom 25. Mai 1949 kritisierte die Republik den britischen Versuch, Nordirland durch die Betonung seiner Zugehörigkeit zum United Kingdom in die Verpflichtungen des NATO-Vertrages mit einzubeziehen. Parallel zur Konstituierung der NATO hatte das britische Unterhaus eine ,,Irland-Vorlage'' verhandelt, die bekräftigte, daß Nordirland Teil des britischen Staatsverbandes sei und somit natürlich auch unter den NATO-Vertrag falle. Das Aide-mémoire vom 25. Mai 1949 endete mit der Feststellung, daß die Teilung der Insel das ,,einzige Hindernis'' für einen Beitritt der Republik zur NATO sei. Die USA und andere Signatarstaaten zeigten dann zunächst kein weiteres Interesse, die ,,starrköpfigen'' Iren doch noch zur Mitgliedschaft im Bündnis zu bewegen. *,,Man fand den Fall Irland einfach nicht für wichtig genug, um ihn weiter zu verfolgen, obwohl man sich durchaus vorstellen konnte, daß Irland ein wichtiger Stützpunkt für die U-Bootabwehr und von einiger strategischer Bedeutung sein könnte''(5).* Daß die damals in Dublin des Amtes waltende Regierung ein ,,Nein'' zur NATO-Mitgliedschaft des Landes formulierte, dürfte nicht zuletzt in der Konstellation der Regierungskoalition begründet liegen. Die antikommunistische und konservative Fine Gael-Partei, die auch heute wieder die Regierungsgewalt innehat war auf die kleinere Clann na Poblachta angewiesen, eine Abspaltung von Sinn Féin und der IRA. Clann na Poblachta stellte mit Sean McBride, dem früheren Stabschef der IRA und späterem Begründer von ,,amnesty international'' sowie Friedensnobelpreisträger, den Außenminister der Koalitionsregierung (6).

Für kurze Zeit war dann der Vorschlag eines bilateralen Verteidigungspaktes zwischen den USA und der Republik Irland, quasi als Ergänzung zur NATO, im Gespräch. Favorisiert wurde ein derartiger Verteidigungspakt seinerzeit vom Dubliner Botschafter der USA und Teilen der südirischen Regierung. Die Diskussion um diesen Pakt muß auch vor dem Hintergrund einer sich damals verschlechternden weltpolitischen Lage gesehen werden. Doch kam dann schließlich eine Studie des Nationalen Sicherheitsrates der USA über diese Frage zu dem Schluß, daß die Mitgliedschaft Irlands in einem Verteidigungsbündnis wünschenswert, jedoch nicht von entscheidender Bedeutung sei. *,,In Gesprächen über diese Frage traten irische Regierungsvertreter offensichtlich für eine bilaterale Vereinbarung mit den Amerikanern ein, um amerikanische Militärhilfe zu bekommen, während man sich gleichzeitig aus den Verpflichtungen einer NATO- Mitgliedschaft heraushielt. Die Amerikaner wollten sich auf so etwas nur einlassen, wenn eine dringende Notwendigkeit eines Abkommens mit Irland bestünde. Aber eine solche Notwendigkeit bestand nicht. Darüberhinaus gab es gute Gründe dafür, die ‚kollektive' Natur des Atlantikpaktes nicht durch separate bilaterale Vereinbarungen zu unterminieren, die einen Präzedenzfall schaffen könnten. Die Amerikaner waren auch nicht bereit, ihre ‚besonderen Beziehungen' zu Großbritannien in Frage zu stellen, um sich mit Irland anzubiedern. Auch wenn die Beteiligung Irlands in mancher Hinsicht als nützlich angesehen wurde, so war man nicht bereit, den Preis eines bilateralen Militärbündnisses zu bezahlen''(7).*

Mit der Annäherung der Republik Irland an die EG bzw. der stärkeren Integration des Landes in den kapitalistischen Weltmarkt, erfolgte Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre auch wieder eine Hinwendung zur westlichen Militärallianz. Die Entscheidung für die EG war auch ein logisches Resultat der asymmetrischen und abhängigen Strukturen des irischen Außenhandels, da Großbritannien seinerzeit 75% der irischen Exporte aufnahm und Irlands Importe zu 50% aus Großbritannien kamen. So blieb dem Land ohnehin kaum eine andere Wahl, als der entsprechenden britischen Entscheidung zu folgen. Die ökonomische Situation des Landes zwang die damals regierende Fianna Fail-Regierung zur Aufgabe ihres traditionellen Protektorismus. Der Versuch einer autozentrierten Entwicklung ließ sich aufgrund der — durch die Teilung des Landes bedingten — Enge des irischen Binnenmarktes nicht durchhalten (8). Der industrialisierte ,,Norden'' stand vor ähnlichen Problemen wie der ,,Süden'', da die traditionellen nordirischen Industrien, vor allem Schiffbau und Leinenherstellung, an Bedeutung verloren. Beide Regierungen bemühten sich fortan, mit Steuervorteilen, Finanzierungshilfen, billigen Arbeitskräften und dem ungehinderten Zugang zum heimischen Markt, ausländische Investoren anzuziehen. Auch in Dublin setzte man nun auf eine von außen — per stärkerer Integration in den kapitalistischen Weltmarkt — induziertes ökonomisches Wachstum. Die gleichartige Öffnung des ,,Nordens'' und des ,,Südens'' machte eine ökonomische Kooperation zwischen den beiden irischen Staaten notwendig. Die ökonomische Kooperation diente der Entwicklung des irischen Binnenmarktes, um ihn für das internationale Kapital attraktiver zu machen. Der ökonomischen Kooperation folgte dann als Konsequenz die politische Kooperation: Die ausländischen Investitionen in ,,Nord'' und ,,Süd'' bedurften der Absicherung durch eine Stabilisierung der politischen Lage in ganz Irland.



Der damalige Premier Sean Lemass soll damals in seinem Buhlen nach einer Mitgliedschaft der Republik Irland in der EG so weit gegangen sein, die formelle ,,Neutralität'' seines Landes zur Disposition zu stellen. Im irischen Dail (dem Parlament) wurde erklärt: *,,Wir sind der Auffassung, daß die Existenz der NATO notwendig ist für die Erhaltung des Friedens und die Verteidigung der Länder Westeuropas, einschließlich unseres Landes''* (10). 1962 erklärte sich Lemass anläßlich eines Auftrittes vor dem EG-Ministerrat gar bereit, die Bonner Erklärung der ,,Sechs'' zu unterstützen, die u.a. die Forderung nach einer Stärkung der NATO beinhaltete. *,,Es sieht so aus, als ob die wirtschaftlichen Überlegungen so wichtig und zwingend waren, daß Lemass sogar die Medizin einer NATO-Mitgliedschaft geschluckt hätte, wenn eine solche die Vorbedingung für eine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft gewesen wäre''*(11).

Zwar ist die Republik Irland noch immer nicht formell Mitglied der NATO, doch gerät die ,,Neutralität'' des Landes auch ohne dies schon zur Farce. Andere neutrale Länder West- und Nordeuropas sind u.a. deshalb nicht Mitglied der EG geworden, weil die EG-Verträge die Fortsetzung der Mitgliedschaft auch im Falle eines Krieges vorsehen und die EG-Staaten 33 Millionen Pfund zur Ausrüstung von See- und Luftstreitkräften aufbringen, denen die Aufgabe zufällt, die Fischereirechte der Mitgliedsstaaten notfalls auch unter Anwendung militärischer Gewalt zu verteidigen. Des weiteren sind der formellen ,,Neutralität'' dadurch Grenzen gesetzt, daß 50% des südirischen Außenhandels mit Großbritannien und 79-81% mit dem NATO-Block insgesamt abgewickelt wird, wobei diese Handelsbeziehungen zu einem großen Teil asymmetrisch und zuungunsten einer eigenständigen irischen Ökonomie verlaufen.

Die Militarisierung der ,,grünen Insel''

Will die sowjetische Nordmeerflotte in den nördlichen Atlantik vordringen, um den transatlantischen Nachschub zu stören und sich die Option der begrenzten Seekriegsführung offen zu halten, müßte sie die ,,Flaschenhälse'' von jeweils 300 bis 400 km Breite zwischen Schottland und den Faröer-Inseln, den Faröern und Island oder Island und Grönland durchqueren. Die hochentwickelte Militärtechnologie der NATO und die Masse ihrer See- und Luftstreitkräfte lassen es heute durchaus nicht mehr als aussichtslos erscheinen, Meerengen solcher Breite völlig abzuriegeln. Dabei sieht die Nordmeerflotte der SU von vornherein alt aus: Sie hat schwer mit klimatischen Problemen zu kämpfen, die es ihr nur über die Sommermonate hinweg erlauben, den Seeweg von Murmansk ins Nordmeer mit Überwasserschiffen zu passieren. Ebenso sind andere wichtige Häfen und Werften der Nordmeerflotte sowie der Ausgang aus dem Weißmeer und die Kara-See über die Hälfte des Jahres durch Eis blockiert. Die erste Meerverengung, die die Nordmeerflotte passieren müßte, um etwa ihrer bedrängten baltischen Flotte in der Ostsee von außen zu Hilfe zu kommen, liegt zwischen Nordnorwegen und Spitzbergen mit knapp 1.000 km Breite und wird von der dazwischen liegenden kleinen norwegischen Bären-Insel noch einmal halbiert.

Mit zunehmender Besorgnis registrierte nun die NATO Ende der 70er Jahre die Entwicklung nationalistischer Strömungen in den Ländern des ,,GIUK''-Dreiecks (Grönland, Island, United Kingdom). Irische und schottische Nationalisten forderten die Entlassung ihrer Territorien aus dem britischen Staatsverband. Grönlands Eskimos wollten nicht länger der dänischen Krone unterstehen, ebenso die Bewohner der Faröer-Inseln (12). In allen diesen Ländern, zuzüglich noch Island, korrespondierte dieser ,,periphere Nationalismus'' mit einer gegen die NATO gerichteten Politik. Auch vor diesem (politischen) Hintergrund ist die Entdeckung der sogenannten ,,GIUK''—Lücke zu sehen. Im NATO-Propagandablatt ,,NATO-Brief'' schrieb ein Professor Nil Orvik u.a.: *,,Der wirtschaftliche und soziale Aufschwung ist Anlaß eines neuen Nationalismus auf der Basis der Gruppenidentifizierung, der im nächsten Stadium zu einem stärkeren Ausdruck der politischen Unabhängigkeit verbunden mit Forderungen nach Selbstregierung und in einigen Fällen sogar zum Separatismus führen könnte.''* Erschwerend käme hinzu, *,,daß die nationalistischen Bewegungen von Parteien des linken Spektrums angeführt werden''*. So sei die Situation entstanden, daß *,,die meisten nationalen Einheiten in der nördlichen Peripherie — ob voll souverän oder halb abhängig — in der Lage sind, den westlichen Ländern die Benutzung von Stützpunkten und anderen militärischen Einrichtungen zu gestatten oder zu verweigern''*. Diese Länder könnten nun durch *,,eine Politik der selbstaufgelegten Neutralisierung oder gar durch Bereitstellung von Stützpunkten gegenüber der anderen Seite* aus dem westlichen System und der NATO *,,ausbrechen''*. Problem der USA sei es, daß sie gegenwärtig lediglich über drei Stützpunkte an der nördlichen Peripherie verfüge. Um die nationalistischen und sozialistischen Empfindungen in Grönland und Island nicht weiter zu schüren, schlägt Orvik dann vor, *,,NATO-Basen auf a n g l o - i r i s c h e m Boden''* zu errichten. Diese Basen *,,könnten in erster Linie für multinationale Spezialeingreiftruppen mit Flotten- und Luftlandekomponenten eingerichtet werden''* und das Küstenfeld überwachen sowie die *,,Abhängigkeit von den transatlantischen Seewegen verringern''* (durch die ,,Vorne''-Stationierung von Truppen am westlichen Rand des ,,europäischen Kriegsschauplatzes'') (13).

Irland, geostrategisch betrachtet atlantische Gegenküste zu den USA und ,,Zwischenstation/Sprungbrett'' zum europäischen Kriegsschauplatz, liegt inmitten der transatlantischen Nachschubwege zur ,,europäischen Zentralfront''. Der transatlantische Nach-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schub, der zu 95% maritim erfolgt, ist von zentraler Bedeutung für die Fähigkeit der NATO zur Kriegsführung in Mitteleuropa. In dieser von den NATO-Staaten als sensibel und strategisch bedeutsam empfundenen Region könnte sich ein „neutrales Irland'' als unkalkulierbarer Risikofaktor erweisen, zumal die Überlegungen des Warschauer Paktes auf frühzeitige Unterbrechung des transatlantischen Nachschubs der NATO hinauslaufen. Konservative britische Politiker haben in diesem Zusammenhang wiederholt vor der Möglichkeit gewarnt, daß ein unter radikalrepublikanischer Ägide wiedervereinigtes Irland zu einem vorgeschobenen Posten des Warschauer Paktes avancieren könnte. Sowenig wie die USA in der Karibik und in der Nähe ihrer Schiffahrtswege ein „rotes Nicaragua'' bzw. ein „rotes Kuba'' dulden können, sowenig ist Großbritannien aus denselben geopolitischen und geostrategischen Gründen gewillt, vor seiner Küste und inmitten der transatlantischen Verbindungen ein „rotes'' oder auch nur „neutrales'' Irland zu akzeptieren.

Im Zusammenhang mit der Stationierung von SU-„Backfire''-Bombern auf der Halbinsel Kola wurde Ende der 70er Jahre eine „Lücke'' in der britischen Luftverteidigung ausgemacht sowie eine gestiegene Gefährdung der transatlantischen Nachschubwege konstatiert. Diese „Lücke'' soll nun durch eine stärkere Einbeziehung der gesamten Insel in das Frühwarn- und Kommunikationssystem der NATO geschlossen werden. Auf der „grünen Insel'' und entlang ihrer Küsten dislozierte Kommunikations- und Frühwarnsysteme könnten zudem den Atlantik „aushorchen'' und kontrollieren. Un-

sel'' und entlang ihrer Küsten dislozierte Kommunikations- und Frühwarnsysteme könnten zudem den Atlantik „aushorchen'' und kontrollieren. Un-

ter Experten gilt es als ausgemacht, daß der ideale Platz zum „Aushorchen'' des Atlantiks der Festlandsockel der irischen Küste ist. Das britische „Horchzentrum'' Brawdy (eine Basis der US-Marine in Südwales) steht angeblich bereits in Verbindung mit Sensoren an der Süd- und Westküste Irlands. In Brawdy werden „Unterwassergeräusche'' registriert und auf sowjetische U-Boote hin ausgewertet.

In Nordirland befindet sich schon heute das Royal Air Force-Quartier Bishopscourt (County Down), von dem aus NATO-U-Boote im Atlantik, Helikopter und Transportflugzeuge dirigiert werden. Bishopscourt ist auch Teil des britischen Frühwarnsystems. Hier wurden in den letzten Jahren weitere mobile Radareinrichtungen stationiert, die aufgrund ihrer Mobilität im Konfliktfall auch auf südirischem Territorium zum Einsatz kommen könnten. Neue Radaranlagen wurden auch im grenznahen South Armagh und im County Down installiert. Um die gesamte Westflanke unter Radarkontrolle zu bekommen, bedarf es jedoch noch weiterer Radareinrichtungen südlich des County Down, auf dem Boden der „neutralen'' südirischen Republik. Der US-Horchposten Menwith Hill unterhält bereits Mikrowellenverbindungen in die Republik Irland, über Dead Man's Hill in South Armagh (Nordirland). 1979 verkündete die südirische Regierung einen Fünf-Jahresplan zur Einführung der Telekommunikation. Mit Unterstützung von US-Experten wurde mit dem Bau eines 800 Millionen Pfund teuren Mikrowellensystems begonnen. Preisfrage: Was sollen die Kleinbauern in Donegal und Connemara mit einem derartigen System anfangen? So liegt es nahe, zu vermuten, daß der Aufbau des Systems vor allem im Interesse der NATO erfolgt.

Im General Post Office von Derry (Nordirland) wurden neue Telekommunikationslinien gelegt, die die frühere US-Basis in Waterside (heute eine „Signals Intelligence Communication Station'') mit der RAF-Basis in Bishopscourt (s.o.) verbindet, und somit den „Norden'' an das Radarnetz der NATO anschließt. Eine ähnliche Einrichtung wird angeblich auch auf der anderen Seite der Grenze gebaut, um die Radiostation von Malin Head mit Letterkenny zu verbinden. Diese Verbindung soll wiederum an das südirische „national microwave system'' angeschlossen werden, womit dann London und die NATO auch an der Westküste Irlands über flexible Kommunikationskapazitäten verfügen würden. Die im „Süden'' bereits existierenden Mikrowellen-Empfangs- und Sendestationen können im Falle einer drohenden Ost-West-Konfrontation ohne Probleme in das NATO-Frühwarn- und Kommunikationssystem integriert werden.

Sean McBride hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß im „Ernstfall'' Cruise Missiles in Nordirland disloziert werden. Die mobilen Abschußrampen könnten dann auch über die Grenze in den „Süden'' bewegt werden. 20 bis 30 mögliche Stationierungsorte auf der gesamten „grünen Insel'' seien bei NATO-Militärs bereits im Gespräch. Laut McBride unterhält die NATO bereits heute geheime Waffen- und Munitionsdepots (im Rahmen des „dual-basing''-Systems, das die Voreinlagerung von militärischem Gerät für die Verstärkungskräfte vorsieht) auf irischem Boden. Es sei nicht auszuschließen, daß in diesen Depots auch atomare Sprengköpfe lagern (14).

Durch die „Vorne''-einlagerung/-stationierung von Gerät und Truppen am westlichen Rand des potentiellen „europäischen Kriegsschauplatzes'' könnte die Abhängigkeit von den „verletzlichen'' transatlantischen Seewegen verringert werden. Irland eignet sich auch als Basis für multinationale Spezialeingreiftruppen mit Flotten- und Luftlandekomponenten. Die Einbeziehung der gesamten Insel in die strategischen Planungen der NATO würde das für die NATO unmittelbar verfügbare Territorium im Falle eines auf den europäischen Kontinent und die ihn umgebenden Gewässer begrenzten Krieges in seiner räumlichen Tiefe erweitern. Die irischen Häfen könnten wiederum den NATO-Seestreitkräften zur direkten Kontrolle und Beherrschung des Atlantiks dienen. Der im Südwesten der Republik Irland gelegene Shannon-Flughafen gilt bereits aufgrund seiner großzügigen Start- und Landebahnen als integraler Bestandteil der NATO-Nachschubplanungen für den „europäischen Kriegsschauplatz''.

Ein „europäisches Hintertürchen"?

Die stärkere Anbindung der Republik Irland an die NATO könnte auch durch die „europäische Hintertür'' erfolgen, als „Alternative'' bzw. „Zwischenschritt'' zur formellen NATO-Mitgliedschaft. Als die Westeuropäische Union (WEU) 1954 gegründet wurde, erging auch an die Republik die Aufforderung, sich dem Projekt anzuschließen. Dublin lehnte dies mit Verweis auf die Mitgliedschaft Großbritanniens ab. Als Anfang der 80er Jahre südirische Politiker für einen irischen Beitrag zur westlichen „Verteidigung'' plädierten, und dabei eilig hinzufügten, daß ein solcher selbstredend nur im Rahmen einer EG-Allianz zu vertreten sei, würde dies von der kritischen Öffentlichkeit als indirektes Plädoyer für einen Beitritt zur WEU interpretiert. Ein Beitritt zur WEU würde jedoch einem Beitritt zur NATO durch die Hintertür gleichkommen, da im Art. 4 des WEU-Vertrages ausdrücklich die enge Kooperation mit den militärischen Stäben der NATO betont wird. In Anbetracht der „Europäisierung der NATO'' bzw. der zunehmenden Militarisierung der EG wird eine NATO-Abstinenz bei gleichzeitiger EG-Mitgliedschaft ohnehin zur totalen Farce und Unmöglichkeit. *„Obwohl also die irische Regierung in der Frage der NATO nicht nachgegeben hat, so kann man doch argumentieren, daß die irische Neutralität als Folge einer Reihe von Faktoren, die sich vor allem aus der Mitgliedschaft in der EG ergeben, in Frage gestellt worden ist. (...) Im wesentlichen müssen die Iren also feststellen, daß ein wachsender Druck auf ihre Neutralität ausgeübt wird, der erstens aus einer natürlichen Weiterentwicklung der Politik im Rahmen der Römischen Verträge und zweitens aus der Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit herrührt — Dinge, die die Iren beide unterstützen''* (15).

dsm

Anmerkungen/Quellenhinweise

(1) Siehe hierzu insbesondere folgende neue Studie: Britain's Undefended Frontier: A Policy for Ulster. The Report of an Independent Study Group. Chairman: Sir Patrick Macroy. London: Institute for European Defense & Strategic Studies 1984 (European Security Studies).
(2) zitiert bei Trevor C. Salomon Die Neutralität Irlands — Eine politische Entwicklung?, in: „NATO-Brief", 1/1984
(3) ebenda
(4) ebenda
(5) Salomon, a.a.O.
(6) Sean McBride ist heute engagiert in der Bewegung für irische Neutralität. Er hat in den letzten Jahren zudem wiederholt Anliegen von Provisional Sinn Féin vor Gerichten vertreten, so u.a. im Prozess gegen das südirische Zensur-Gesetz, das Interviews mit Sinn Féin-Funktionären untersagt.
(7) Salomon, a.a.O.
(8) Dies war ja auch ein Hintergrund der „irischen Teilung". Großbritannien verfügte damals über eine Kolonie, in der die Mehrheit der Bevölkerung für nationale Unabhängigkeit eintrat. In dieser Kolonie existierte eine (zahlenmäßig) kleine oligarchische Gruppe (politisch loyal, da am Kolonialsystem ökonomisch partizipierend). Ihre soziale Basis reicht jedoch angesichts der horizontalen und vertikalen Spaltung der Gesellschaft (d.h. in Ulster dominierte die Spaltung der Gesellschaft entlang konfessioneller Grenzen über die Spaltung gemäß sozialer Zugehörigkeit) über das eigene unmittelbare soziale und konfessionelle Milieu kaum hinaus. Die militärische Beherrschung der gesamten Insel erweist sich als zu kostspielig und unpraktikabel. Es genügt, den industrialisierten Teil der Kolonie politisch und ökonomisch einzubehalten. Der nicht industrialisierte Teil bleibt automatisch in ökonomischer Abhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht, da er keine eigenständige und überlebensfähige politische/ökonomische Einheit darstellt. Die Entwicklung der Republik Irland zeigt, daß diese Rechnung für Großbritannien aufgegangen ist.
(9) entfällt
(10) zitiert nach Salomon, a.a.O.
(11) Salomon, a.a.O.
(12) Siehe diesbezüglich auch Benedikt Gröndal, Die Inseln der atlantischen Nordbarriere — Ihre Menschen und ihre Politik, in: „NATO-Brief", 4/1981; Werner Ungerer, Der „Austritt" Grönlands aus der Europäischen Gemeinschaft, in: „Europa-Archiv", Folge 11/1984; Nils Orvik, Die NATO und die nördliche Peripherie, in: „NATO-Brief", 1 u. 2/1980; Jochen Blaschke (Hrsg.), Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, Frankfurt 1980.
(13) Orvik, a.a.O.
(14) Angaben nach „Irish Press", „Sunday Tribune", „MAGILL", „Irish Times", „AN PHOBLACHT/Republican News" (Zeitung der Provisional Sinn Fein), „Troops Out" (Zeitung der britischen „Troops Out Movement").
(15) Salomon, a.a.O.

Weitere Literatur zum Thema: Bill McSweeney, Dilemmas of Irish neutrality, in: Armament & Disarmament Information Unit, Vol.6, No. 5, September-October 1984; ders., Ireland and the Threat of Nuclear War, Dublin 1984; Patrick Keatinge, A Singular Stance: Irish Neutrality in the 1980s, Dublin 1984; ders., A Place among nations: Issues of Irish Foreign Policy, Dublin 1978; Conor Cruise O'Brien, Ireland in International Affairs, herausgegeben von Owen Dudley Edwards, London 1969.

Das westeuropäische Raumfahrtprogramm bis 1995

In einem in der „Welt'' (7.11.84) publizierten Artikel des US-Kriegsministers Weinberger werden die westeuropäischen Staaten aufgefordert, sich an dem „Krieg der Sterne''-Programm der USA zu beteiligen. Die USA planen, einen Kordon weltraumgestützter Raketen gegen die Sowjetunion aufzubauen. Westdeutsche Politiker plädieren seither vermehrt und öffentlich für eine Beteiligung am US-Programm. Zudem sind die Westeuropäer eifrig bemüht, eine unabhängige Weltraumpolitik auszudehnen. Aktueller Beleg war die Konferenz der Europäischen Weltraumorganisation ESA (European Space Agency).



Zugleich mit der Veröffentlichung von Weinbergers Artikel gab die „Welt'' bekannt, daß der Bundessicherheitsrat eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet habe, die sich 1985 zu den strategischen, sicherheits- und industriepolitischen Fragen des US-Programms äußern solle. Bereits zu dem Zeitpunkt wußte die „Welt'' zu berichten, daß *„führende Politiker der Bonner Koalition inzwischen geneigter''* seien, *„auf eine noch nicht bestimmbare Art eine deutsche Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm* (Strategic Defense Initiative, die offizielle US-Bezeichnung — Anm. AK) *anzustreben''*, um *„einen kaum mehr aufholbaren Vorsprung''* der USA *„in der Technologie schneller Computer''* zu vermeiden.

In Pressemeldungen wurde bisher die Zustimmung zu einer westdeutschen Beteiligung vom Generalinspekteur der Bundeswehr, Altenburg, vom CDU-Abgeordneten Todtenhöfer, Strauß und jüngst von Dregger („Weser-Kurier'', 16.1.85) dokumentiert.

Der qualitative Sprung in der Rüstung, der mit einer Verwirklichung des US-Programms getan würde, ist nicht zu leugnen, doch auch unterhalb dieser Planung für die Zukunft ist die Militarisierung des Alls in vollem Gange. Spionagesatelliten zur Überwachung von Raketentests, Rundfunk- und Telefonverkehr, Frühwarn- und Aufklärungssatelliten sind für die moderne Kriegsführung längst unerläßlich geworden. Zwischen der BRD und Frankreich wurde im Oktober 84 die Entwicklung eines Aufklärungssatelliten vereinbart, der auch als neues Leitsystem für französische Atomwaffen dienen könnte (vgl. AK 252). Da auch die ökonomische Bedeutung der Weltraumnutzung ständig wächst, *ist die Erforschung und Nutzung des Weltraums heute zu einem Politikum ersten Ranges geworden. Weltraumpolitik ist, so gesehen, in erster Linie Machtpolitik''* („Europa-Archiv'', 24/84, S. 732 f.).

Da können Westeuropas Imperialisten nicht fehlen. Im Februar letzten Jahres hatte Frankreichs Präsident Mitterand zur Entwicklung einer europäischen bemannbaren Raumstation aufgerufen, die militärische Zwecke erfüllen solle. Auf dem Weg dorthin wurden von den elf Mitgliedsstaaten der ESA (BRD, Frankreich, England, Italien, Schweiz, Schweden, Dänemark, Belgien, Irland, Niederlande, Spanien) auf ihrer Konferenz im Januar wichtige Beschlüsse gefaßt.

Die ESA wird sich an der bemannbaren US-Raumstation beteiligen, die 1992 im All stationiert werden soll. Bis 1995 wird der westeuropäische Abschnitt mit dem Namen Columbus, ein Labor mit Versorgungsteil und Experimentalplattform, mindestens 7,4 Mrd. DM verschlingen. Den größten Anteil wird mit 2,8 Mrd. DM die BRD übernehmen, die zugleich Systemführer ist. Die Durchführbarkeitsstudie wird von MBB/Erno (Bremen) und der italienischen Aeritalia durchgeführt werden.

Dennoch ist das letzte Wort über die westeuropäische Beteiligung noch nicht gesprochen. Erstens hat es in der BRD im Vorfeld Auseinandersetzungen um die Finanzierung des Projektes gegeben, in die sich auch die großen Wissenschaftsverbände einmischten, die den Forschungsetat nicht mit weiteren Mitteln für die Raumfahrt belastet wissen wollen, da anderenfalls die breite Grundlagenforschung gefährdet sei. Umstritten ist unter Wissenschaftlern allgemein der Nutzen bemannter Raumfahrt, so daß nach dem Auftreten größerer Deckungslücken bei dem Projekt dieser Streit neu ausbrechen könnte. Zweitens müssen in den kommenden Monaten mit den US-Amerikanern die genauen Beteiligungsbedingungen ausgehandelt werden. Für die Westeuropäer geht es darum, sich jeglichen Einschränkungen durch die USA bezüglich der durchführbaren Experimente — nach US-Gesetz sind diese genehmigungspflichtig — und der Transportmöglichkeiten — die Westeuropäer sind auf die Benutzung des Space Shuttle angewiesen — zu widersetzen. Selbst Befürworter der Zusammenarbeit sehen wegen der „natürlichen Konkurrenz'' harte Verhandlungen voraus (vgl. „FAZ'', 27.11.84).

Die ESA wird die Weiterentwicklung des Ariane-Programms vollziehen. Der angestrebte Bau der Trägerrakete Ariane 5 bis 1995 soll 7,4 Mrd. DM kosten; der bundesdeutsche Anteil soll 1,7 Mrd. DM betragen. Die Ariane 5 wird mit einer erheblich größeren Transportfähigkeit gegenüber der jetzt eingesetzten Ariane 3 (4,3 Tonnen gegenüber 1,35 Tonnen) ausgestattet sein. Damit wird das westeuropäische Firmenkonsortium Arianespace, das für die kommerzielle Nutzung der Ariane-Raketen zuständig ist, in die Lage versetzt werden, auch große Direktfernseh- und Kommunikationssatelliten im All stationieren zu können. Schon heute ist die Konkurrenzfähigkeit von Arianespace gegenüber entsprechenden US-Firmen so groß, daß Arianespace mit einem Viertel aller kommerziellen Aufträge bis 1990 rechnet.

Eng verknüpft mit der Beteiligung an der US-Raumstation ist der Plan, Ariane 5 mit den technischen Voraussetzungen für die bemannte Raumfahrt auszustatten. Als *„logische Fortentwicklung''* (so westdeutsche Teilnehmer der ESA-Konferenz lt. „FAZ'', 1.2.85) könne dann an den Bau eines westeuropäischen Raumgleiters gegangen werdem. Hinter diesem Projekt (Hermes) stehen militärische Zielsetzungen („SZ'', 16.1.85), die am stärksten von Frankreich betrieben werden. Dennoch haben die anderen ESA-Staaten ohne konkrete Zusagen Zustimmung zu weiteren Entwicklungsarbeiten signalisiert.

Die hohe militärische Bedeutung des ESA-Programms wird durch die Tatsache unterstrichen, daß das US-Kriegsministerium seine Interessen an einer wiederverwendbaren Raumplattform angemeldet hat, die unter Führung von MBB/Erno entwickelt wird und 1988 zum Einsatz kommen soll.

Als Fazit bleibt die Feststellung, daß Westeuropas Imperialisten in der gleichen Zeit, in der sie die Aufnahme der Genfer Verhandlungen über Weltraumrüstung begrüßen, praktische Schritte unternehmen, selbst in eine Stärkeposition gegenüber der SU zu kommen. Kein Wunder, daß diese Aktivitäten in den Warschauer-Pakt-Staaten zunehmend auf Kritik stoßen („Zeit'', 1,2.85).

fo.

Israel
Eine Gesellschaft mit auseinanderstrebenden Kräften

„*Gebt mir die Macht — und ich werde mich um den Rest kümmern!*" (1), warb Rabbi Kahane im israelischen Fernsehen vor den Parlamentswahlen im Sommer 1984 und meinte damit die Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten, weitere Annexionen, um den möglichst rein jüdischen Staat Israel auf ganz Eretz Israel auszudehnen, das für die Partei Rabbi Kahanes vom Nil bis zum Euphrat reicht (2).

Die Wahl Rabbi Kahanes ist ebenso wie die Stärkung der extrem nationalistisch und nationalistisch-religiösen Splittergruppen Ausdruck der zunehmenden Polarisierung der israelischen Gesellschaft. Zwar haben sich seit dem Jerusalem-Besuch Sadats (1977) und besonders seit der Libanon-Invasion (1982) auch die Kräfte stärker herausgebildet und artikuliert, die einen friedlichen Ausgleich mit den arabischen Staaten und den Palästinensern suchen, ohne ihnen allerdings einen eigenen Staat zuzubilligen; sie sind aber vergleichsweise schwach. Seit Jahren gib es eine kontinuierliche Rechtsentwicklung und eine Zunahme des religiösen Fanatismus, besonders seit dem Eroberungskrieg 1967 — und nicht erst seit dem Machtantritt Menachem Begins 1977. Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen im Zionismus selbst begründet, vor allem in der revisionistischen Strömung.

Nicht nur die Wahl Rabbi Kahanes hat die Aufmerksamkeit auf diese Entwicklung gelenkt. Wenige Monate vor den Wahlen wurde „plötzlich" ein „jüdisches Terroristennetz" in den besetzten Gebieten aufgedeckt und weitere schwere antipalästinensische Anschläge verhindert. Jahrelang deckten einflußreiche Kreise in Politik, Militär und Polizei die jüdischen Terroristen; Untersuchungen verliefen im Sande. Jetzt war der vor allem gegen die Palästinenser gerichtete Terror in Widerspruch zur offiziellen Regierungspolitik geraten. Das soll in diesem Teil des Artikels dargelegt werden, ein weiterer Teil soll sich mit den Friedenskräften befassen.

Zum Wahlergebnis

Die beiden großen Parteienblöcke, Likud und Arbeiterblock, verloren bei den letzten Wahlen sieben bzw. drei Sitze an die kleineren Parteien. Rechnet man dem Likud-Block die Sitze der rechtsradikalen (Tehiya, Kach) und der mittleren (Ometz, Jachad) Parteien hinzu, deren Wortführer — bis auf Kahane — ja alle einmal dem Likud-Block angehörten, so reduziert sich diser Verlust auf zwei Sitze. Die Aufsplitterung in verschiedene Parteien ist zum einen die Folge der Rechtsentwicklung des Likud-Blockes zwischen 1977 und 1981. Hurwitz, Weizmann und Dayan verließen deshalb mit ihren Anhängern den Likud-Block und kandidierten auf eigenen Listen. Zum anderen zeigt sie das Anwachsen rechtsextremistischer, nationalistischer Strömungen, denen der Likud-Block vor allem territorial-politisch nicht radikal genug ist.

Die Mandatsverluste des Likud-Blockes bedeuten also keineswegs eine Verlagerung der Wählermeinung zur Mitte o.ä. Das wird auch durch Meinungsumfragen bestätigt, in denen Wähler radikalere Positionen auf territoriale Forderungen und Rechte der Palästinenser äußern als die Parteien, die von ihnen gewählt werden (siehe unten).

Die lautstarken Annexionspolitiker waren immer auf seiten des Likud-Blockes, dessen wichtigste Partei, Cherut, in direkter Nachfolge der zionistischen Terrororganisation Irgun Zwai Leumi (Ezel) steht, die seit 1943 von dem späteren Cherut-Chef Menachem Begin geführt wurde und sich seit ihrer Gründung als Alternative zur Arbeiterpartei und der von ihr geführten Koalitionen, insbesondere in der Außen-, „Sicherheits"- und Territorialpolitik verstand. Im Wahlprogramm zur zweiten Knesset 1951 wurde als „*zentrales Ziel*" der Außenpolitik „*die künstliche Teilung des ewigen Vaterlandes der Juden aufzuheben und alle eroberten Teile der jüdischen Souveränität zurückzuführen*" genannt. Mit „*militärischem Potential*" sollte das transjordanische Königreich Abdallahs (3) „*aus unsererem Lande*" vertrieben werden, um das historische Ziel des jüdischen Volkes und dessen Anspruch auf eine ungeteilte Heimat zu verwirklichen (4).

Im Wahlprogramm des Likud-Blockes 1984 heißt es, daß das Recht des jüdischen Volkes auf Eretz Israel nicht angezweifelt werden könne und Teil „*unseres Rechtes auf Sicherheit und Frieden*" sei, am Ende der in den Camp David-Verträgen festgelegten Übergangsperiode (6) habe Israel das Recht, die Souveränität auf Judäa und Samaria und den Gaza-Streifen auszudehnen, jeder Plan, einen Teil des Westjordanlandes zurückzugeben, werde zurückgewiesen (7).

Die Tehiya-Partei (Bewegung der Wiederauferstehung) hat ähnliche Ziele, allerdings fordert sie eine Revision der Camp David-Verträge und des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages. Diese Verträge waren überhaupt der Anlaß für das Verlassen des Likud-Blockes und die Gründung der Tehiya-
israelisch-ägyptischen Friedensvertrages. Diese Verträge waren überhaupt der Anlaß für das Verlassen des Likud-Blockes und die Gründung der Tehiya-
Partei. Auf die Kach-Partei werden wir unten gesondert eingehen.

Der Arbeiterblock (Arbeiterpartei, Ahdut Haawoda, Mapam) verlor drei Sitze, während die „linksliberale Shinui-Partei (Überbleibsel der Demokratischen Bewegung für den Wandel) einen Sitz hinzugewinnen konnte. Sie beteiligen sich an der Regierung der Nationalen Einheit, während die linkszionistische Mapam vor allem wegen der Aufnahme Ariel Sharons — der immerhin wegen seiner „Mitverantwortung an den Massakern in den Beiruter Palästinenserlagern Salera und Shatila seinen Posten als „Verteidigungs"minister aufgeben mußte — ins Kabinett den Arbeiter-Block mit sechs Sitzen verlassen hat, ebenso wie Yossi Sarid, der sich der Bürgerrechtsbewegung Shulamit Alonis (jetzt drei Sitze) angeschlossen hat.

Diese Verschiebungen werden manchmal als Verstärkung des oppositionellen Lagers, gerade was die Annexionspolitik und die Politik gegenüber den Palästinensern betrifft, bezeichnet. Das stimmt so nicht. Die Mapam vertrat nämlich vor den Wahlen die gleichen territorialpolitischen Positionen wie die Arbeiterpartei: „*Israel wird auf anerkannten, verteidigungsfähigen Grenzen bestehen, die dauerhafte politische Grenzen sein sollen, und wird nicht zu den Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückkehren, die eine Versuchung für die Aggression waren.*" (7) Mit dieser Aussage werden allerdings gleichzeitig die historischen Tatsachen auf den Kopf gestellt: Israel führte 1967 einen Agressionskrieg gegen Ägypten, Jordanien und Syrien, wenn auch wegen der kraftmeierischen Sprüche einiger arabischer Führer in einer außenpolitisch günstigen Situation (7b). Außerdem haben die Arbeiterparteien und ihre Bündnispartner die Frage der Grenzen bei der Staatsbildung bewußt offen gelassen (7c). Im Anschluß an das obige Zitat wird in ihrer Wahlplattform die dauerhafte Lösung für „Judäa, Samaria und Gaza" präzisiert. Das Jordantal und die Umgebung von Jerusalem sowie der südliche Teil des Gaza-Streifens sollen weiter von der israelischen Armee besetzt bleiben, während die Gebiete mit dichter palästinensischer Bevölkerung einem jordanisch-palästinensischen Staat angegliedert werden sollen. Entsprechend diesem Plan werden Siedlungen in den von der Armee endgültig besetzt gehaltenen Gebieten als notwendig für die Sicherheit Israels angesehen. Shinui vertritt ähnliche Standpunkte wie Arbeiterpartei und Mapam (wird trotzdem oft dem fortschrittlichen Lager zugerechnet).

Auch die Bürgerrechtsbewegung spricht nicht von einem Rückzug aus den besetzten Gebieten, sondern will die Anwesenheit der israelischen Armee dort nur zur Aufrechterhaltung des Friedens billigen; die Siedlungstätigkeit allerdings solle begrenzt und der rechtlose Zustand beendet werden.

Einzig die Progressive Liste für den Frieden und die Demokratische Front (unter Einschluß der kommunistischen Rakach) fordern den Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten, gegenseitige Anerkennung und Verhandlungen mit der PLO sowie einen eigenen palästinensischen Staat, außerdem gleiche Rechte für jüdische und palästinensische Bürger Israels, die in einer Verfassung niedergelegt werden sollen (8). Beide Listen errangen sechs Sitze in der Knesset, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß über 50% der is-
sung niedergelegt werden sollen (8). Beide Listen errangen sechs Sitze in der Knesset, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß über 50% der is-
raelischen Palästinenser für diese beiden Listen votierten, ihnen also die weitaus meisten Stimmen eingebracht haben dürften (9).

Das fortschrittliche Lager, immerhin mit zehn Sitzen (neun bei den Wahlen gewonnen plus Übertritt von Yossi Sarid) in der Knesset vertreten, konnte also die Parlamentssitze gegenüber 1981 verdoppeln. Das ist sicher eine positive Entwicklung. Bis zu den Wahlen stand dem jedoch eine zunehmend rechtere Regierungspolitik entgegen (siehe unten); eine Entwicklung, die kaum durch die — ohnehin brüchige — Regierung der Nationalen Einheit durchbrochen oder abgeschwächt werden dürfte.

Diese Rechtsentwicklung wird auch im religiösen Lager deutlich. Vor allem die National-Religiöse Partei hatte seit 1977 erhebliche Stimmenverluste hinnehmen müssen — trotz immer rechterer Positionen ihres Vorsitzenden Josef Burgs. Diese Stimmen kamen den stärker nationalistisch orientierten religiösen Splitterparteien zugute, die aus Abspaltungen der National-Religiösen Partei entstanden sind und zusammen fast doppelt soviele Stimmen erhalten haben wie die National-Religiöse Partei.

Zur Regierung der Nationalen Einheit

Nach wochenlangem Hin und Her wurde die Regierung der Nationalen Einheit gebildet, für zwei Jahre unter dem Ministerpräsidenten Peres (Arbeiterpartei), dann soll der Führer des Likud-Blockes, Shamir, dieses Amt übernehmen. Shamir hatte schon vor den Wahlen von der Möglichkeit gesprochen, eine große Koalition zu bilden, deren Gewinner angesichts der verfahrenen wirtschaftlichen Situation und des wohl notwendigen Rückzuges aus dem Libanon der Likud-Block sein dürfte.

Während der Regierungszeit des Likud-Blockes wuchs die Inflationsrate von 40 auf 400%, in den ersten zwei Monaten unter der neuen Regierung auf 1000%. Die Wirtschaftsministerien liegen in der Hand des Likud, mit Ausnahme des Ministeriums für Wirtschaftsplanung; die geplanten einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen — die vor allem auch von den USA verlangt werden, die in diesem Jahr fünf Mrd. Dollar, meist nicht rückzahlbarer, Wirtschafts- und Finanzhilfe leisten sollen (10) — werden dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten angelastet werden. Der Likud-Block ist außerdem dabei, die traditionell von den Sozialdemokraten kontrollierte „Gewerkschaft" Histadrut zu spalten und deren Einfluß zu brechen. Histadrut ist nicht nur Arbeitnehmervertreter, sondern — seit der britischen Mandatszeit — gleichzeitig Kranken- und Sozialversicherung, außerdem nach dem Staat das größte Wirtschaftsunternehmen. Nach Plänen des Likud-Blockes soll die Histadurt in eine Arbeitnehmer-Vertretung und einen Wirtschaftkonzern aufgespalten werden (11). In diesem Fall würden die schon sieben Jahre in Oppostion stehenden Arbeiterparteien weitere Machtpositionen im Staat verlieren.

In Kürze wird der Vorsitzende der Cherut-Partei neu gewählt. Bei diesen Wahlen hat der jetzige Vorsitzende der Cherut-Partei, Yitzhak Shamir, zwei Konkurrenten, den jetzigen stellvertre-
Cherut-Partei neu gewählt. Bei diesen Wahlen hat der jetzige Vorsitzende der Cherut-Partei, Yitzhak Shamir, zwei Konkurrenten, den jetzigen stellvertre-
tenden Ministerpräsidenten David Levy und Ariel Sharon, der sowohl in der Partei als auch in der Bevölkerung über eine starke Anhängerschaft verfügt. Shamir wurde zwar vor den Wahlen zum Likud-Listenführer gewählt, Sharon erhielt aber immerhin 40% der Stimmen (12). Verlöre Shamir den Parteivorsitz, würde das Koalitionsabkommen hinfällig; in diesem Fall könnte die Regierung der Nationalen Einheit aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Sharon könnte sich in einer solchen Situation als der neue starke Mann anbieten; die große Koalition als eine Übergangszeit zur Vorbereitung des Machtantritt Sharons.

An der jüngsten Regierungskrise hat sich gezeigt, wie brüchig die Koalition schon jetzt ist. Wegen des Streits, ob die Gelder für die religiösen Einrichtungen vom Innenministerium (besetzt von der religiös-fundamentalistischen Schas-Partei (13), die dem Likud nahesteht) oder — wie vorher — vom Religionsministerium (besetzt von der mehr der Arbeiterpartei zuneigenden National-Religiösen Partei) verteilt werden sollen, verließ die Schas-Partei kurzfristig die Koalition, Likud drohte daraufhin Gleiches an, falls die Schas-Partei nicht nachgeben würde. Man einigte sich schließlich auf eine Verteilung der Gelder 60 zu 40 zwischen beiden Ministerien (14).

Ein weiterer Streitpunkt wird die Siedlungspolitik in den besetzen Gebieten bleiben. Im Koalitionsabkommen sind für dieses Jahr fünf bis sechs Neugründungen vereinbart; die Likud-Regierung hatte 27 beschossen. Bei weiteren Neugründungen hat die Arbeiterpartei Vetorecht (15). Die Siedlerbewegung und ihre rechtsextremistischen bzw. terroristischen Organisationen werden darauf sicher keine Rücksicht nehmen, und angesichts ihrer starken Lobby in der israelischen Regierung ist damit ausreichend Zündstoff für die Regierung der Nationalen Einheit gegeben.

Jüdische Terroristen

Jüdische Terroristen

Nur wenige Monate vor den Wahlen wurden israelische Polizei und Geheimdienste immer erfolgreicher bei der Aufklärung antipalästinensischer Terroranschläge, insbesondere der Anschläge auf nichtjüdische religiöse Einrichtungen. Nach Angaben der israelischen kommunistischen Zeitung „Al Ittihad" wurden in den letzen fünf Jahren 138 Anschläge verübt (16). Die wichtigsten waren:

— 2.6.80, drei Bombenanschläge auf die palästinensichen Bürgermeister Bassam Shakaa (Nablus, er verlor beide Beine), Karim Khalaef (Ramallah, schwer verletzt), Ibrahim Tawil (El-Bireh);
— 30.8.81, Explosion in Hebron, ein Toter, vierzig Verletzte;
— 11.4.82, ein angeblich geistesgestörter Jude eröffnete vor der Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg das Feuer, vier Tote, mehrere Verletzte;
— 26.7.83, israelische Siedler feuerten in einen Raum der Islamischen Universität Hebron, vier Tote;
— 8.12.83, Unbekannte schossen in eine Menschenmenge, ein Mädchen wird getötet;
— von Dezember 83 bis Januar 84 wurde eine Serie von Bombenanschlägen auf christliche und moslemische Einrichtungen in Jerusalem verüber;
— 4.3.84, Attentat auf einen palästinensischen Bus nahe Ramallah, sechs Verletzte;
— 27.4.84, unter acht palästinensischen Bussen in Jerusalem wurden — rechtzeitig — starke Sprengstoffladungen gefunden (17).

Man muß davon ausgehen, daß wichtige Kreise der israelischen Polizei, des Militärs und der Geheimdienste sehr genau über die jeweiligen Urheber und auch Planungen der Anschläge informiert waren. Daß gerade die Anschlagserie auf nichtjüdische religiöse Einrichtungen und der Attentatsversuch auf die palästinensischen Busse Anlaß für die Aufdeckung des „jüdischen Terroristennetzes" war, erklärt sich aus den negativen außenpolitischen und nicht übersehbaren innenpolitischen Folgen dieser Anschläge. Mit Sicherheit hätten geglückte Anschläge auf die palästinensischen Busse die Polarisierung innerhalb Israels vorangetrieben und erhebliche Unruhen unter der palästinensischen Bevölkerung ausgelöst. Außerdem gibt es in höchsten Armee- und Regierungsspitzen, die zum Teil die jüdischen Terroristen direkt unterstützen, unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Anschläge für die Durchsetzung der eigenen politischen Ziele geeignet sind und welche nicht.

Daß gerade der damalige israelische Ministerpräsident Shamir grünes Licht für Aufdeckung der Anschläge und Verhaftung „Verdächtiger" gegeben hat, erklärt sich aus den oben genannten Gründen, aber auch aus seiner Konkurrenz zu Sharon, der zum „Untergrund" ganz besondere Beziehungen hat (siehe unten). Shamirs terroristische Vergangenheit ist zwar weniger bekannt als die seines Vorgängers Begin (18), es lassen sich aber ähnlich gute Verbindungen zu den heutigen Terroristen vermuten. Begin jedenfalls soll 1980 persönlich die Untersuchungen über die Hintermänner des Anschlags auf die palästinensischen Bürgermeister verhindert haben. Deswegen trat Abraham Akhitov, Chef des inneren Geheimdienstes Israels (Shin Bet), zurück. Er vermutete schon damals die Urheberschaft der Kach-Gruppe Rabbi Kahanes und der Siedlerorganisation Gush Emunim (19). Vermutungen über diese Zusammenhänge und Aus-
Kahanes und der Siedlerorganisation Gush Emunim (19). Vermutungen über diese Zusammenhänge und Aus-
sagen des Geheimdienstchefs vor Gericht wurden schon 1980 in der hebräisch-sprachigen Presse in Israel veröffentlicht (20).

Vor Gericht gestellt — und z.T. zu recht geringen Haftstrafen verurteilt — wurden drei Gruppen:

Fortsetzung nächste Seite



Jüdisch-arabische Demonstration gegen Kahanes Ideologie in Umm el Fahm.

Fortsetzung von vorheriger Seite

— Im März 1984 wurden Mitglieder der faschistischen Kach-Organisation verhaftet, nachdem sie sechs Palästinenser nahe Ramallah angeschossen hatten.

— Im November fand das Verfahren gegen Mitglieder der Organisation „Terror gegen Terror" wegen der Anschläge auf religiöse Einrichtungen statt. „TNT", ebenso wie die „Rächer" oder die sogenannte Lifta-Gruppe (21) sind messianisch-fundamentalistische Sekten. Der letztgenannten Gruppe wird die versuchte Sprengung der Omar- und Al-Aqsa-Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg zur Last gelegt. Ziel des Anschlags war, einen palästinensischen Massenaufstand auszulösen, der dann von der israelischen Armee niedergeschlagen werden und eine Massendeportation zur Folge haben würde. Nach Zerstörung der Moscheen sollte — nach Wunschträumen der Verhafteten — der „Dritte Tempel" als Symbol des tausendjährigen Reiches und der israelischen Herrschaft errichtet werden (22). Genaue Geheimdienstberichte waren mindestens ein Jahr vor Auffliegen der Gruppe höchsten Polizeibehörden zugeleitet worden.

— Die dritte und wichtigste dieser Gruppen rekrutiert sich aus der Siedlerbewegung in den besetzen Gebieten. Ihre Mitglieder gehören der Gush Emunim-Bewegung Rabbi Levingers an. Zwanzig Mitglieder dieser Bewegung wurden inzwischen folgender Taten angeklagt: Attentat auf die drei palästinensischen Bürgermeister, Anschläge auf das Stadion, die Islamische Universität und zwei Moscheen in Hebron, Sprengstoffanschlag auf die palästinensischen Busse in Jerusalem. Die Angeklagten gaben ihre Taten offen zu, verwiesen aber immer darauf, daß die Sicherheitskräfte vorher informiert gewesen seien, aber nichts unternommen hätten (23).

Gush Emunim und Kach

Auffallend an den Aussagen der Angeklagten und anderer Kech- bzw. Gush-Emunim-Mitglieder ist, daß die Anschläge religiös begründet werden. Die des Anschlags auf die Omar- und Al-Aqsa-Moschee Angeklagten gaben nicht Rache als Motiv an, sondern ihr wirkliches Ziel wäre die Reinigung des Tempelberges von den Greueln des Islam und die Reinigung des ganzen Westjordanlandes in einem Krieg, der sich nach der Reiniung des Tempelberges entwickeln könnte (24). Bei solchen Begründungen können sie sich auf Hetzreden bekannter Rabbiner berufen, angefangen von der Mystifizierung des israelischen Sieges im Sechs-Tage-Krieg 1967 durch den sefardischen Oberrabiner: „*Gott schuf die Welt in sechs Tagen. Ist es nicht ein Wunder, daß er dem Volk von Israel erlaubte, seine Feinde in sechs Tagen zu vernichten?*" (25) bis zu Aufrufen zur völligen Vernichtung der Palästinenser. Dieses „Vertilgungsstadium" beschrieb der — inzwischen verstorbene — Rabbiner Jisrael Hess in der Zeitschrift des Studentenverbandes der religiösen Bar-Ilan-Universität (Bat Kol, Februar 1980) folgendermaßen: Die Palästinenser seien Nachkommen der Amalekiter, deren Vernichtung die Bibel fordere. „*Der Tag wird kommen, wenn wir alle aufgerufen werden, diesen von Gott befohlenen Krieg zur Vertilgung von Amalek zu führen*" (26).

Gush Emunim und Kach benutzen ebenfalls messianische Begründungen, um ihre politischen Ziele zu rechtfertigen. Siedlungen sind für beide Vorläufer der Erlösung. Beide Gruppen rekrutieren sich hauptsächlich aus in den letzten Jahren aus den USA eingewanderten Juden, teilweise aus der „Jewish Defense League" in New York. Hier sollen beispielsweise Mitglieder der Kach-Gruppe eine militärische Ausbildung erhalten haben (27). In Israel gibt es Gerüchte, daß in antipalästinensische Attentate verwickelte Personen verübergehend in den New Yorker Yeshivot untertauchten (28). Von dort werden die Gruppen, insbesondere die Kach, mit Geld versorgt (29). Die religiösen Fundamentalisten (siehe oben) werden mit Hilfe der reichen Baptisten- und Pfingstkirchen-Gemeinden in den USA finanziert, die ebenfalls die baldige Erlösung nach kriegerischen Auseinandersetzungen, der Zerstörung der Moscheen auf dem Tempelberg und die Errichtung eines Dritten Tempels erhoffen. Sie genießen die Unterstützung der moral majority, auf die sich die reaktionäre Politik Ronald Reagans stützen kann, der im übrigen auch in diesen Kategorien zu denken scheint. Der US-Millionär Terry Risenhoover hat eine Jerusalem-Tempel-Stifung gegründet. Nach seinen Vorstellungen schließe das Groß-Israel der Bibel auch bedeutende Teile Syriens, des Libanons und Ägyptens ein (30). In Hebron jedenfalls, der Hochburg der Gush Emunim-Siedler, ziert eine Fotomontage die Häuser der nationalistisch-religiösen Siedler: Jerusalem in Luftaufnahme, doch statt des Felsendoms und der Al-Aqsa-Moschee prangt da der Dritte Tempel (31).

> FR, 6.2.85
>
> **WASHINGTON, 5. Februar (AFP).** US-Präsident Ronald Reagan hat sich am Montag zur Verteidigung der Steigerung des Militärhaushalts auf die Bibel berufen. Vor Geschäftsleuten und Direktoren kirchlicher Rundfunkstationen meinte Reagan, auch die Heilige Schrift spreche für ihn. Er zitierte dazu die Stelle aus dem Lukas-Evangelium, wo Jesus seinen Jüngern das Gleichnis vom König erzählt, der Friedensverhandlungen mit einem doppelt starken Gegner führen muß. Er hoffe, daß sich „Amerika nie in der Lage finden werde, unter solchen Bedingungen mit der Sowjetunion verhandeln zu müssen", meinte Reagan.

Gush Emunim wurde 1967 nach dem Juni-Krieg von Rabbi Levinger gegründet, der lange Zeit in den USA lebte. Schon 1968 erzwang Levinger die Gründung Kirjat Arba am Rande der Stadt Hebron, mitten im am dichtesten besiedelten palästinensischen Gebiet. Der regierende Arbeiterblock ließ der Siedlerbewegung freie Hand, der Führer der Mapam äußerte damals sogar Bewunderung für den „*wundervollen Pioniergeist*" des Gush Emunim (32). 1979 begann der Gush Emunim die Errichtung eines jüdischen Viertels in der Stadt Hebron, hier fanden auch die meisten Terroranschläge statt. Vorläufiges Hauptziel des Gush Emunim ist die forcierte Besiedlung der besetzten Gebiete, verstanden als Beitrag zum messianischen Königreich, „*das kommen wird.*" Die Politik des Gush Emunim wird folgendermaßen begründet: 1967 ermöglichte Gott durch seinen wunderbaren Eingriff in den Sechs-Tage-Krieg die jüdische Souveränität über weitere Gebiete von Eretz Israel. Dieser sprunghafte Fortschritt im messianischen Prozeß werde jedoch durch die mangelnde Entschlußkraft der Regierung stark relativiert. Der Oktoberkrieg sei die direkte Strafe Gottes für das Unterlassen der Besiedlung. Der jetzt begonne messianische Prozeß führe über die partikulär-nationale Einheit zur universellen Erlösung: Alle Juden werden nach Israel zurückkehren, der Staat werde nach dem Religionsgesetz ausgerichtet sein, die Natur werde aufblühen und der Tempel würde aufgebaut usw. usf. Die negative Realität wird als verdeckter Teil des messianischischen Prozesses interpretiert. Auf einem Plakat in der Siedlung Elon Moreh war zu lesen: „*Wenn ihr den Monat finanziell nicht überstehen könnt, wißt, daß dieses Teil der Geburtswehen des mesianischen Zeitalters ist.*" (33). Für Gush Emunim gibt es in den besetzten Gebieten keine „menschlichen Wesen" mit umfassenden Grundrechten, sondern nur Anhänger des Gush Emunim, (jüdische) Verräter und arabische Ungläubige. Rechte sollen auf Grundlage dieser Dreiteilung zugewiesen werden (34).

Gush Emunim beruft sich, ebenso wie die National-Religiöse Partei, auf den früheren ashkenasischen Oberrabbiner Arbaham Jitzhak Kook, der zu den frühesten und energischsten Verfechtern der Vereinbarkeit von orthodoxem Judentum und Zionismus gehörte. Gerade das orthodoxe Judentum war großenteils antizionistisch. Sie argumentierten, daß der Zionismus einer Gotteslästerung gleichkäme, da die Rettung des jüdischen Volkes nur ein Werk Gottes, nicht des Menschen sein könne; dieser habe lediglich Gottes Gebote zu erfüllen (35). Geistiger Mentor des Gush Emunim wie auch der Jugendorganisation der National-Religiösen Partei (zum Teil personell identisch) war bis zu seinem Tode Rabbi Zwi Jehuda Kook, Sohn des Oberrabiners, der Leiter der Jeshiva „Merkas Harav" in Jerusalem war, aus der viele Mitglieder und Führer des Gush Emunim kommen. Des weiteren rekrutiert sich Gush Emunim aus weltlich-nichtreligiösen Anhängern der Groß-Israel-Bewegung, die nach dem Juni-Krieg 1967 gegründet wurde und sich inzwischen in den Likud-Block und die Tehiya-Partei aufgelöst hat (35a).

Viele Gush Emunim-Mitglieder sind in den Siedlungen aktiv oder in Yeshivot in den Grenzgebieten, dort sind sie gleichzeitig Soldaten, eine ansehnliche Gruppe ist mit der National-Religiösen-Partei bzw. deren Abspaltung verbunden (36).

Die Kach-Partei unterscheidet sich nur unwesentlich von dem Gush Emunim, sie wurde zu Beginn der siebziger Jahre von dem Führer der Jüdischen Verteidigungsliga in New York, Rabbi Kahane, gegründet, er zu diesem Zeitpunkt erst nach Israel einwanderte. Die Kach-Ideologie umfaßt drei Hauptelemente hinsichtlich Zionismus und Judentum, besetzte Gebiete und arabische Bevölkerung:

— Alle Juden sollen in ihr Heimatland zurückkehren, da der Haß gegen die Juden sie im Exil bedroht, die Gründung des Staates Israel erfolgte nach dem Ratschluß Gottes, in Israel zu leben ist ein Beweis des wahren Glaubens an Gott.

— Groß-Israel recht vom Euphrat bis nach Ägypten. Das Judentum verbietet, auch nur einen Zoll des Heiligen Landes aufzugeben, das Gott dem auserwählten Volk geschenkt hat. Die besetzten Gebiete müssen mit Israel vereinigt werden, der Rückzug vom biblischen Land ist durch die Religion verboten und bedeutet Rückzug vom Glauben Gottes.

— Alle Araber hassen den Judenstaat, der jüdische Staat kann Araber nie gleichstellen, die hohe arabische Geburtenrate bedroht die jüdische Souveränität, die einzige Lösung sei, die Araber in andere Länder zu vertreiben, sonst gebe es eine blutige Tragödie (37).

Kach stellt noch weitergehende Gebietsansprüche als der Gush Emunim, der sich mit dem britischen Mandatsgebiet Palästina und den Golan-Höhen „begnügen" will und fordert als einzige Partei offen die Vertreibung der Palästinenser aus den besetzen Gebieten, die anderen rechtsradikalen Gruppierungen begnügen sich mit dem Vorenthalt der Menschenrechte. In einem Leserbrief an die Jerusalem Post (3.8.80) begründete Rabbi Kahane die geplante Vertreibung der Araber so: „*Ja, ich will die Araber aus Israel abschieben, und zwar weil ich nicht jede Woche hingehen und ein paar erschießen will, wenn sie sich bis dahin vermehrt haben und Radau machen...*" (38).

Daß Kahane die Unterstützung führender Regierungspolitiker genießt, wurde deutlich, als kürzlich in der Knesset über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit Rabbi Kahanes abgestimmt werden sollte, weil er durch seine Hetzreden in palästinensischen Dörfern für Unruhen und Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Bevölkerung gesorgt hatte. In seltener Einmütigkeit verließen die Spitzenpolitiker des Likud-Blockes und alle Abgeordneten der National-Religiösen- und der Schas-Partei vor der Abstimmung den Saal (39).

Verbindungen zum israelischen Establishment

Die jüdischen Terroristen wurden nach ihrer Verhaftung sofort von verschiedenen Regierungsmitgliedern in Schutz genommen, die zumindest „Verständnis" für ihre Aktionen bekundeten. Am weitgehensten äußerten sich Wissenschaftsminister Neeman (Tehiya) und stellvertretende Knesset-Vorsitzende Aridor. Neeman unterschied zwischen den Anschlägen auf die palästinensischen Busse und auf die Islamische Universität einerseits und den Bombenanschlägen auf die palästinensischen Bürgermeister andererseits. Alle Operationen seien auf der gesetzlichen Ebene zu verurteilen, letztere allerdings weniger „*auf der moralischen Ebene, weil die Siedler sie zu einer Zeit ausführten, wo sie um ihre Sicherheit fürchteten und einschätzten, daß die Regierung nicht für Gesetzesachtung sorgte*". Diese Attentate hätten positive Konsequenzen für Israel gehabt, weil sie zur Auflösung des Nationalen Führungskommitees geführt haben, das „*der offizielle Vertreter der PLO*" in den besetzten Gebieten sei (40). Auch Aridor beschuldigte die Regierung, für die Situation verantwortlich zu sein, weil sie nicht mit genügend harter Hand gegen die Araber vorgehe; er selbst würde einem arabischen Terroristen „*die Augen aus dem Kopf reißen*" (41).

Selbstverständlich genossen die Siedler nicht nur verbale Unterstützung. Seit dem Amtsantritt der Begin-Regierung 1977 wurden sie von den höchsten Armee- und Regierungsspitzen tatkräftig unterstützt. Nach und nach wurde den Siedlern in „Sicherheitsfragen" völlig freie Hand gelassen. Unter dem Generalstabschef Rafael Eytan, der zur Tehya-Partei gehört und nach den Untersuchungen über die Massaker in Sabra und Shatila pensioniert wurde, durften die Siedler eigene Verteidigungseinheiten in den Grenzsiedlungen aufbauen, die ein eigenes Kommando haben und mit Gush Emunim verbunden sind, sie tragen die Uniform der israelischen Armee und werden von ihr mit Waffen versorgt (42), überhaupt darf jeder Waffen tragen und besitzen, der seinen Wohnsitz in den besetzten Gebieten hat (43). Als Eytan Anfang 1983 in einem Verfahren gegen Militärangehörige, die wegen brutalen Vorgehens gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzen Gebieten angeklagt waren, noch als Generalstabschef aussagen mußte, wurden die Praktiken der Militärs mehr als deutlich: „*Wir müssen mit den Aufwieglern rauh umgehen und sie bei jeder Gelegenheit verhaften... Wir wenden die kollektive Bestrafung in den Gebieten an ... Ich gab Befehl, Eltern von Kindern zu bestrafen, die Unruhen verursachen...*" In einem Telegramm Eytans vom 2.5.82 heißt es: „*Die jüdischen Siedler sollten sich bewaffnet umherbewegen, und wenn sie angegriffen werden, sollten sie zurückschießen.*" (44). Angehörige der Grenzeinheiten, denen noch schwerere Taten angelastet wurden, waren nicht angeklagt worden.

In Anwesenheit des Stabschef fand außerdem eine Versammlung der Militärregierung in den besetzen Gebieten unmittelbar vor den Anschlägen auf die Bürgermeister statt. In dieser Sitzung forderten Stabsoffziere, daß den Bürgermeistern des Nationalen Führungskomitees Sprengstoffbriefumschläge zugesandt werden sollten, um den „*Terror im Gleichgewicht zu halten*". Der Vorschlag wurde zwar kritisiert, die Offiziere aber blieben auf ihrem Posten (45). Im Organ des Gush Emunim schrieb Generalmajor Dany Matt, Koordinator für die militärischen Aktionen in den besetzen Gebieten, 1982: „*Personen, die glauben, die Lösung liege in der Errichtung eines palästinensischen Staates, oder die gegen die jüdische Besiedlung von Yesha* (gemeint sind die besetzten Gebiete) *sind, können nicht der Militärregierung in Yesha dienen.*" Vor dem Anschlag auf die Bürgermeister wurde den Siedlern ein Schreiben Matts zugespielt, in dem er die Absetzung der Bürgermeister befahl (45). Verantwortlich für diese Politik war neben den beiden vor allem Sharon, zunächst als Landwirtschaftsminister für die Siedlungspolitik zuständig, dann als Verteidigungsminister direkt für das Militär verantwortlich.

Die Siedler haben ihrerseits immer vollständige Selbstständigkeit und Übertragung der Polizeibefugnisse gefordert. Zum großen Teil hatten sie das praktisch durchgesetzt, bestimmte Siedlungen in den besetzen Gebieten durften von den israelischen Sicherheitsstreitkräften nur nach Einverständnis der Siedler betreten werden (46). Die Siedler drohten in diesem Zusammenhang immer, daß sie, falls ihren Forderungen nicht nachgegeben würde, eine neue Einheit 101 aufbauen würden. Diese berüchtigte Einheit stand unter Befehl von Ariel Sharon und Meir Har-Zion und führte in den frühen fünfziger Jahren im Gaza-Streifen und im Westjordanland „Strafaktionen" gegen Palästinenser durch (47). Damals allerdings gab es noch keinen bewaffneten palästinensischen Widerstand; die „Strafaktion" müssen ganz einfach als Fortsetzung der terroristischen Praxis von Lehi und Ezel (47a) angesehen und als Vorgriff auf den heutigen Terror der Siedler. Interessant ist die Tatsache, daß die israelische Polizei schon Anfang Februar 84, also vor dem großen Schlag gegen das „Terroristennetz" Mitglieder der ehemaligen Einheit 101 verhörte und sich für deren Aktivitäten interessierte. Die Armee zensierte jedoch Berichte von israelischen Journalisten zu diesem Thema (48).

Einstellung der Bevölkerung

Sicher stellen die jüdischen Terroristen nur eine sehr kleine Minderheit der israelischen Bevölkerung dar. Trotzdem handelt es sich nicht um ein Randproblem. Bei einem Teil der israelischen Bevölkerung stoßen die Taten der jüdischen Terroristen durchaus auf Verständnis, und die Mehrheit identifiziert sich mit den Zielen dieser Parteien und Gruppen, auch wenn sie den Methoden gegenüber kritisch eingestellt ist oder sie ablehnt. In Meinungsumfragen der letzten Zeit wurde deutlich, daß die Mehrheit der Bevölkerung radikalere Positionen vertritt, als sie in den Plattformen der von ihnen gewählten Parteien ausgedrückt werden.

Unmittelbar vor den israelischen Parlamentswahlen im Juli 1984 veröffentlichte die israelische Zeitung „Al Hamischmar" (49) eine Umfrage, in der auf die Frage „*Welche Lösung des Problems der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten bevorzugen Sie?*" folgendermaßen geantwortet

Fortsetzung nächste Seite

Eine Shin Beth Geschichte

Ein Brief mit der Adresse ‚für Cohanowitz, Judäa und Samaria' kam im Postamt von Kriyat Arba an. Da keine sonstigen erklärenden Angaben vorhanden waren, kam es im Postamt zu einer Diskussion darüber, was man mit dem Brief machen solle.

Der Postdirektor schlug vor: „*Vielleicht ist der Brief für den Cohanowitz von der Einheit, die den palästinensischen Bürgermeistern die Beine in die Luft gesprengt hat?*"

Welcher Cohanowitz?" erwiderte ein zufällig anwesender Polizist. „*In der Einheit, die die Beine der Bürgermeister in die Luft sprengte, war ein Alperowitz, aber kein Cohanowitz!*" „*Alperowitz war der Mann, der Autos von Palästinensern in Halhoul zerstörte!*" schaltete sich eine Frau ein.

„*Gnädige Frau,*" unterbrach sie der Kommandant der Zivilstreife des Ortes, „*Alperowitz war sowohl in der Einheit, die sprengte als auch in der, die zerstörte. Aber vielleicht ist der Brief für den Cohanowitz, der den palästinensischen Jungen in Sanjil umgelegt hat?*"

„*Was!? Wer ist der Cohanowitz, der den Jungen in Sanjil umgelegt hat?*" fragte überrascht der Polizist. „*Soweit ich weiß, war das Abe Abramson!*"

„*Nein, nein,*" erläuterte der Kommandant der Zivilstreife, „*ich meine den fetten, glatzköpfigen Cohanowitz, der auch ein bißchen hinkt. Der auch das palästinensisches Mädchen am Ortseingang von Hebron umgebracht hat.*"

„*Ach so!*" erinnerte sich der Polizist. „*Du meinst den hinkenden Cohanowitz, den Dicken, der auch den palästinensischen Jungen in Nablus in die Luft sprengte! Ein feiner Kerl, das weiß jeder! Vielleicht ist der Brief wirklich für ihn.*"

„*Meine Herren, Sie haben alle unrecht. Der schreibt seinen Namen mit ‚K': Kohanowitz; und auf dem Umschlag ist der Name mit ‚C' geschrieben. Deshalb muß er Brief für den Cohanowitz aus der Bande sein, die den Markt in Hebron angesteckt hat.*"

„*Gnädige Frau,*" schaltete sich ein Offizier von der Militärverwaltung ein, „*der Markt in Hebron wurde nicht von Cohanowitz angesteckt, sondern von Meirowitz, und deshalb ist der Brief für den Cohanowitz vom Todeskommando, der für den Mord in der Islamischen Universität in Hebron verantwortlich ist.*"

„*Das war nicht Cohanowitz, der das gemacht hat!*" schrie der Kommandant der Bürgerwehr. „*Das Massaker in der Universität haben Barbarowitz und Shohatman* gemacht! Jedes Kind weiß das!*" „*Wirklich?!*" Der Offizier von der Militärverwaltung fühlte sich beleidigt. „*Und wem gehörte der Wagen in der Nähe der Uni? Wer saß drin, am Sprechfunkgerät, als Barbarowitz und Shohatman gingen, um die Sache zu erledigen? Das war Cohanowitz, niemand anders als Cohanowitz!*"

„*Ich meinte den, der tatsächlich geschossen hat,*" erwiderte verärgert der Kommandant der Bürgerwehr.

„*Und ich spreche darüber, wer alles geplant hat, wer das Kommando hatte, wessen Kopf dahinter steckte! Und das war Cohanowitz! Cohanowitz, sonst niemand!*" schrie wütend der Offizier der Militärverwaltung.

Plötzlich rief der örtliche Shin Beth Kommandant von einem Nebenraum. „*Laßt mich endlich schlafen! Die ganze Nacht habe ich ein palästinensisches Kind verhört, das einen Stein auf ein Auto geworfen hatte, und jetzt will ich Ruhe, damit ich schlafen kann!*"

„*Aber für wen ist der Brief?*" rief verzweifelt der Postdirektor.

„*Der Brief ist für den Cohanowitz der morgen in Nablus das Massaker machen wird,*" verkündete die Stimme des Shin Beth Kommandanten aus dem Nebenraum.

„*Woher weißt du das denn?*" fragten alle Anwesenden im Chor.

„*Weil ich ihm den Brief geschrieben habe,*" antwortete mit müdem Murmeln der Shin Beth Kommandant hinter der Wand. „*Und jetzt laßt mich endlich schlafen!*"

* *Wortspiel: Shohat heißt Schlächter, d.Ü.*

Aus: Pressedienst aus Israel Nr. 8

Fortsetzung von vorheriger Seite

wurde: Deportiert sie in die arabischen Staaten: 15%; laßt sie hier leben: 43%; gebt ihnen volle Bürgerrechte im Staat Israel: 15,5%; gebt ihnen das Selbstbestimmungsrecht: 26%. Die Deportationen der Palästinenser aus den besetzten Gebieten wird explizit nur von der Kach-Partei Rabbi Kahanes gefordert, die 1,3% der Stimmen erhielt; in der Meinungsumfrage aber sprachen sich 15% für diese Parole aus.

Für die Standpunkte der Tehya-Partei, die eine Annexion der besetzten Gebiete ohne Bürgerrechte für die Palästinenser fordert, stimmten 40-42%, ohne deutlichen Unterschied bei allen Alters-, Bildungs- und Herkunftsgruppen. Für Deportation sprachen sich vor allem junge Menschen, Juden, die in zweiter Generation in Israel leben und einfache und mittlere Schulbildung haben, orientalische Juden häufiger als Juden aus Europa und den USA aus. Bei der Befürwortung des Selbstbestimmungsrechtes verhielt es sich genau umgekehrt.

Die Wähler der verschiedenen Parteien votierten folgendermaßen:

Wähler von	für Vertreibung	für Anexxion ohne Bürgerrechte	für Selbstbestimmung
Arbeiterblock	5,0%	34,5%	38,5%
Likud	26,0%	51,0%	11,5%
NRP	11,0%	45,0%	23,0%
Jachad (Weizmann)	8,5%	54,0%	16,5%

Von den fortschrittlichen Parteien, Ratz (Bürgerrechtsbewegung) und Schinui, traten nur jeweils die Hälfte für das Selbstbestimmungsrecht ein.

Wurzeln der Rechtsentwicklung

Die Rechtsentwicklung innerhalb der israelischen Gesellschaft (Verfechter einer expansionistischen Politik vertreten in den letzten Jahren zunehmend antidemokratische Positionen) wird — häufig von Arbeiterpartei-Anhängern — mit der Zunahme des orientalischen Bevölkerungsanteils begründet; als „Sündenfall" werden gerade von fortschrittlichen Israelis die Besetzungen im Anschluß an den Sechs-Tage-Krieg 1967 angesehen. Beides ist bestenfalls halbrichtig.

Zunächst zur Frage der orientalischen Juden. Juden aus arabischen Ländern wanderten vor allem nach der Staatsgründung in Israel ein; sie blieben in dem von europäischen Juden beherrschten politischen und sozialen System unterpriviligiert. Schon 1973 machten sie etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung aus (bei Staatsgründung 15%)(50). Vor allem aus innenpolitischen Gründen wählten die orientalischen Juden 1977 mehrheitlich den Likud-Block, der angesichts der dramatischen Verluste des Arbeiterblocks, mit nur vier neuen Parlamentssitzen stärkster Block wurde. Regierungsfähig (mit knapper Mehrheit) wurde der Likud-Block jedoch nur durch die Koalition mit den National-Religiösen, die erstmals seit der Staatsgründung nicht mit dem Arbeiterblock koalierten. Sicher vertreten die orientalischen Juden eher expansionistische Positionen, wie auch aus der oben zitierten Umfrage hervorgeht. Abgesehen davon, daß es auch in dieser Frage bei den orientalischen Juden große Differenzen gibt, je nachdem, aus welcher jüdischen Gemeinde sie kommen, ist das quantitative Anwachsen des orientalischen Bevölkerungsanteils keineswegs die Ursache für die Rechtsentwicklung. Vielmehr ist die politische Richtung, die vertreten wird, stärker abhängig von der Bindung zur Religion, mit wachsender Wechselbeziehung zum Fanatismus und Chauvinismus oder antiarabischen Einstellungen (51). Im letzten Wahlkampf haben ethnische Spaltungen nicht mehr eine so große Rolle gespielt, während die Kluft zwischen säkularem und orthodoxem Judentum größer geworden ist (52).

Von israelischen Kritikern der Regierungspolitik, die sich zum Teil dem Friedenslager zugehörig fühlen, werden der Sechs-Tage-Krieg 1967 und die Besetzung der damals eroberten Gebiete für die Rechtsentwicklung und das Anwachsen des jüdischen Terrors verantwortlich gemacht. Richtig daran ist, daß die nationalistischen Strömungen



Rabbi Mosche Levinger



„Stoppt den Krieg im Libanon, Frieden zwischen Israel und Palästina"

Demonstration des Kommitees gegen den Krieg in Tel Aviv, 6. Juni 1983

enorm anwuchsen. Expansionspolitiker aller Parteien hatten ihre große Stunde. Das fand z.B. Ausdruck in der Gründung der Groß-Israel-Bewegung, zu der sich Politiker fast aller Parteien zusammenfanden (s.o.), und des Gush-Emunim, der durch Errichten von Siedlungen die endgültige Annexion der besetzten Gebiete durchsetzen wollte.

Zwei Strömungen wurden deutlich. Der regierende Arbeiterblock arbeitete an Plänen, die zwar nicht die endgültige Annexion der Gebiete offen zugaben, die aber praktisch auf Annexion hinausliefen. Jüdische Siedlungen sollten um Jerusalem und entlang des Jordantales errichtet werden; Aus „Sicherheitsgründen" mußte dafür den Palästinensern immerhin ein Drittel ihres Landes weggenommen werden. Selbstverständlich sollte die israelische Armee auch weiterhin das Recht haben, dieses Gebiet zu kontrollieren. Ausgespart werden sollten (vorläufig) die dichtbesiedelten arabischen Gebiete. Im Rahmen dieses Konzeptes wurden die Aktivitäten der rechtsradikalen Siedlerbewegung geduldet, wenn nicht te. Im Rahmen dieses Konzeptes wurden die Aktivitäten der rechtsradikalen Siedlerbewegung geduldet, wenn nicht gar begrüßt.

Während der Arbeiterblock mit Sicherheitsinteressen argumentierte, betonten die heute im Likud-Block zusammengeschlossenen Parteien das historische Recht des jüdischen Volkes auf Eretz Israel. Die endgültige Annexion eines Teils der Golan-Höhen, des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes war für sie selbstverständlich. Die Rückgabe des größten Teiles der Sinai-Halbinsel an Ägypten führte zwar zur Abspaltung des rechten Flügels des Likud-Blockes (Tehya-Partei), hat aber die Eingliederung der übrigen Gebiete außenpolitisch abgesichert (1980 Jerusalem-Gesetz, 1981 Ausdehnung der israelischen Souveränität auf die Golan-Höhen).

In der National-Religiösen Partei vollzog sich im Zusammenhang mit dem Aggressionskrieg 1967 ebenfalls ein tiefgreifender Wandel. Schon vor der Staatsgründung arbeiteten die National-Religiösen (damals Misrahi) mit der Arbeiterpartei in verschiedenen Institutionen zusammen. Von der ersten Parlamentswahl an koalierten Arbeiterparteien mit den National-Religiösen, denen für eine Unterstützung der Immigrations-, Staatssicherheits-, Wirtschafts- und Außenpolitik der Arbeiterpartei weitgehende Zugeständnisse in religiösen Fragen gemacht wurden (53), was den Einfluß der Religiösen auf die israelische Gesellschaft stärkte.

Die Führung der National-Religiösen Partei bestand vor dem Sechs-Tage-Krieg darauf, unter Einschluß des von Menachem Begin geführten Gachal-Blockes (heute Likud), ein Kabinett der nationalen Einheit zu bilden. Von diesem Zeitpunkt an drängte vor allem die Jugendorganisation der National-Religiösen Partei darauf, weiter mit dem Likud-Block zu koalieren. Besonders die Jugendorganisation „Junge Garde" verfolgte die expansionistische Siedlungspolitik und sah ihre territorialpolitischen Ziele vom Likud-Block besser vertreten (54). Die schon 1973 angestrebte kleine Koalition mit dem Likud-Block wurde 1977 Wirklichkeit.

Mit dem Likud-Block kam die revisionistische Strömung des Zionismus an die Macht. Die revisionistische Partei wurde 1925 von Wladimir Jabotinsky gegründet, der der Zionistischen Weltorganisation vorwarf, durch fortwährende Konzessionen vom Gründungskurs abgewichen zu sein. *„Das Programm ist nicht kompliziert, das Ziel des Zionismus ist ein jüdischer Staat. Das Territorium — beide Seiten des Jordan. Die Methode — Massenkolonisation. Die Lösung des Finanzierungsproblems — eine Nationalanleihe. Diese vier Grundsätze können ohne internationale Zustimmung nicht verwirklicht werden. Daher ist das Gebot der Stunde — eine neue politische Kampagne und die Militarisierung der jüdischen Jugend in Eretz Israel und in der Diaspora."* Jabotinsky ging davon aus, daß die arabische Bevölkerung Palästinas die jüdische Einwanderung nicht dulden werde, selbst wenn die Zionisten sich auf ein „Minimal-Programm" beschränken würden. *„An einen freiwilligen Ausgleich zwischen uns und den Arabern in Eretz Israel kann man nicht im Traume glauben ... Sie lieben instinktmäßig Eretz Israel mindestens ebenso fanatisch wie wir ... Auch ein friedlicher Ausgleich mit den außerhalb von Eretz Israel lebenden Arabern ist eine Illusion."* Nur hinter einer „Eisernen Wand" könne das jüdische Aufbauwerk vollendet werden. Das hieß für Jabotinsky: Bildung von bewaffneten jüdischen Einheiten, die militärisch von den Arabern nicht zu besiegen sein dürften (55). Im Rahmen dieser Ziele entwickelte Jabotinsky verstärkt diplomatische Aktivitäten. Anhänger der Revisionisten spalteten sich 1931 von der jüdischen Untergrundarmee Hagana ab, die ihnen nicht aktiv genug gegen die Palästinenser und die britischen Mandatsbehörden vorging, und gründete die stinenser und die britischen Mandatsbehörden vorging, und gründete die Terrororganisation Ezel.

Aus Protest gegen die — seiner Meinung nach zu kompromißlerische — Politik des Zionistischen Weltkongresses gründete Jabotinsky 1933 eine eigene Weltorganisation. Anlaß war eine Äußerung des Präsidenten des Zionistischen Weltkongresses, Haim Weizmanns: *„Ich habe weder Verständnis noch Sympathie für die Forderung nach einer jüdischer Mehrheit in Palästina ... Eine solche Mehrheit garantiert keine Sicherheit, und sie ist nicht für die Entwicklung der jüdischen Zivilisation und Kultur notwendig. Die Welt würde diese Forderung lediglich in der Weise verstehen, daß wir die Mehrheit erreichen wollen, um die Araber zu vertreiben."* (56).

Bis zu diesem Zeitpunkt war die jüdische Einwanderung in Palästina sehr gering. Erst die Judenverfolgungen und -vernichtungen durch den Hitler-Faschismus ließen die Einwanderungswelle sprunghaft ansteigen. Zwischen 1892 und 1931 waren weniger als 180.000 Juden nach Palästina ausgewandert; viele hatten Palästina wieder verlassen. Dagegen waren zwischen 1892 und 1920 zwei Millionen Juden aus Europa nach Nord- und Südamerika emigiert (57). Die Äußerung Weizmanns trägt einfach den damaligen Gegebenheiten Rechnung, denn eine aggressive Politik, wie Jabotinsky sie anstrebte, wäre ganz einfach zum damaligen Zeitpunkt nicht durchsetzbar gewesen: die Menschen dafür fehlten. Sie spiegelt vor allem aber auch die Widersprüche innerhalb des zionistischen Lagers wieder. Neben der radikalen Position der Revisionisten gab es Zionisten, die von dem Recht beider Völker, des palästinensischen und des jüdischen, auf Palästina ausgingen; sie gerieten aber rasch in die Minderheit. Die Vorläufer der Arbeiterpartei forderten schon 1906 als Voraussetzung für die Bildung eines jüdischen Staates in Palästina, daß es die entscheidende Aufgabe sei, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Schlüsselpositionen in Eretz Israel zu erobern. Voraussetzung dafür sei: Konzentration des Eigentums in jüdische Hände, Verwirklichung des zionistischen Aufbauwerkes und Eroberung der Arbeit für die Juden (58). Allerdings vertraten gerade die Arbeiterparteien den Standpunkt, dies unter dem Schutz des britischen Mandats zu tun, bis man auf friedlichem(?) Wege die Mehrheit in Palästina erreicht hätte.

Ergebnis all dieser Auseinandersetzungen war schließlich, daß ein rein jüdischer Staat angestrebt wurde — der die Vertreibung der Palästinenser voraussetzte, wobei man sich allerdings in den Methoden, dies durchzusetzen, nicht einig war.

Während des Krieges 1948, mit dem Israel zum ersten mal sein Territorium

Fortsetzung nächste Seite

Wahlen in Israel

Partei/Jahr	1949	1965	1969	1973	1977	1981	1984	Zusammenfassung nach Blöcken 1981	Zusammenfassung nach Blöcken 1984
Arbeiterparteien	Zahl der Knesset-Sitze								
Mapai (Arbeiterpartei)[1]	46								
Mapam	19	8							
Arbeiterblock		45	56	51	32	47	44	47	44
Dasch (Demokr. Bewegung f. d. Wandel, Neugründung Prof. Yadins, Ausdruck des Abwirtschaftens der Arbeiterpartei, koalierte nach Zögern mit Likud, löste sich noch während der Wahlperiode auf)					15				
Likud									
Herut (aus der zionistischen Terrororganisation Irgun Zwai Leumi (Ezel) hervorgegangen)	14								
Liberale	7								
Gachal (Zusammenschluß von Herut und Liberalen)		26	26						
Likud (1973 unter Einschluß weiterer Gruppierungen)				39	43	48	41		
Tehya (rechte Abspaltung des Likuds, zeitweise Koalition)						3	5		
Kach (faschistische Gruppierung Rabbi Kahanes)							1		
Jachad (Neugründung des ehemalig. Likud-Verteidigungsministers Ezer Weizmann)							3	51	47
Ometz/Telem (Neugründung der ehem. Likud-Minister Dayan u. Hurwitz)						2	1	(53)	(51)
Nationalistisch-Religiös									
NRP (National-Religiöse Partei)		11	12	10	12	6	4		
Tami (orientalisch-religiös, unter Führung Abuhazeras, Religionsminister nach 1977)						3	1		
Shas (orientalisch-religiös, dem Likud verbunden)							4		
Morasha (nationalistisch-orthodox)							2	9	11
Orthodox									
Agudat Israel[2]	16	4	4	5	4	4	2		
Poalei Agudat (beide orthodox, nicht nationalistisch)		2	2		1	0	-	4	2
Fortschrittl. Lager									
Schinui-Partei (linksliberal, Abspaltung von Dasch)						2	3		
Ratz (Bürgerrechtsbewegung Shulamit Alonis)				3	1	1	3		
Chadasch-Front (Demokratische Front unter Einschluß der Rakach)						4	4		
Progressive Liste für den Frieden							2	5	9

Folgende Blöcke / Parteien bildeten nach den Wahlen vom 23. Juli 1984 die große Koalition: Arbeiterpartei (die Mapam verließ daraufhin den Arbeiterblock mit sechs Mandaten, ebenso das Arbeiterpartei-Mitglied Yossi Sarid), Likud, Jachad, National-Religiöse Partei, Ometz, Shas, Morasha und die „links-liberale" Shinui.

Nicht berücksichtigt wurden in der Tabelle diejenigen Parteien, die bei den letzten beiden Wahlen keine Sitze mehr erringen konnten oder in andere Parteien oder Zusammenschlüssen aufgegangen sind. Zusammenstellung nach „Ha'aretz", 1.8.84, zit. nach „israel & palästina", 5/84, „Statistical Abstract of Israel" 1982, zit. nach „Staat und Religion in Israel", Hrsg. Karlheinz Schneider, Berlin 1984, S. 134, „Antiimperialistisches Informationsbulletin", September 1984, S. 5, „Neue Zürcher Zeitung", 16./17.9.84. Anzumerken wäre: Nach dem Sechs-Tage-Krieg konnte der Arbeiterblock Stimmengewinne verbuchen, während die Wahlen nach dem Oktoberkrieg 1973 (Dezember 1973) zu starken Stimmenverlusten führten. In der Zwischenzeit hatte der Gachal-Block die einige Tage vor dem Krieg 1967 gebildete Regierung der Nationalen Einheit verlassen, weil er den Arbeiterblock im Zusammenhang mit dem Rogers-Plan und den Waffenstillstandsverhandlungen mit Ägypten möglicher territorialer Zugeständnisse beschuldigte. Der Likud-Block (Gachal plus weitere Gruppierungen) erzielte schon 1973 ganz erhebliche Stimmengewinne, vor allem wegen seiner unnachgiebigen Haltung in territorialen Fragen.

1) bildete 1965 zusammen mit Ahdut Haawoda den Arbeiterblock, dem sich 1968 die Mapam anschloß).
2) haben teilweise zusammen kandidiert, AI unterstützte 1977 die Begin-Regierung parlamentarisch.



Grüne Nahostreise

Nebeneinander, durcheinander, gegeneinander

Am 5. Februar fand in Bonn eine mehrstündige öffentliche Fraktionsdebatte der Grünen statt. Thema: die umstrittene Nahost-Reise im vergangenen Dezember (siehe AK 254).

Gäste referierten: R. Bernstein vom ,,Deutsch-israelischen Arbeitskreis'', J. Böhmer von der ,,Aktion Sühnezeichen'', Dan Diner, Autor u. a. von ,,Israel in Palästina'' (Athenäum) und ,,Keine Zukunft auf den Gräbern der Palästinenser'', sowie ein Mitglied der Bonner Synagogen-Gemeinde, die sich jetzt eine Unterstützung der Grünen bei der Planung einer Gedenkstätte am Ort der ehemaligen Bonner Synagoge verbeten hat.

Von ähnlichen Einladungen an Palästinenser hatte die Fraktion mehrheitlich abgesehen, ihre Anwesenheit wurde zunächst übersehen.

Nebeneinander, durcheinander und gegeneinander: Während die einen über Internationalismus, Unterstützung des palästinensischen Volkes und Probleme der israelischen Gesellschaft h e u t e reden wollten, sahen andere vor allem eine ,,deutsch-interne'' Angelegenheit. Eine Reise nach Israel sei ,,immer auch eine Reise in die Vergangenheit'', meinte Dan Diner: ,,Ich beneide die jungen Deutschen nicht, die an der deutschen Geschichte tragen, obwohl sie keine persönliche Schuld haben''. Den einen ging es um die Antwort auf die vermeintliche Kernfrage ,,*Ist Kritik an Israel erlaubt? Welche Kritik an Israel ist erlaubt?*'' (Überschrift eines Papiers von MdB Jürgen Reents, abgedruckt in einer grünen Dokumentation der Nahost-Reise). Dan Diner hingegen warf das Problem so auf: ,,Sich von Deutschland aus Objektivität in dieser Frage anzumaßen, heißt, sich aus der Geschichte davon zu stehlen''.

Reents begründete die Nahost-Reise mit der Bedeutung, die dieser Konflikt über die Region hinaus für Krieg und Frieden habe. In der BRD gebe es nicht zuviel, sondern zuwenig Solidarität mit den Palästinensern. Die Delegation habe im Nahen Osten keineswegs radikale Forderungen gestellt, sondern sei mit einer ,,Standardausrüstung grüner Überzeugungen'' dorthin gefahren. Nämlich Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon und Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Auch innerhalb der PLO sei die Anerkennung des Staates Israel herrschende Auffassung und selbstverständlich unterstützten die grünen Delegierten den jüdisch / israelisch-arabisch / palästinensischen Dialog. ,,*Wenn jemand vom Existenzrecht zweier Völker, eines jüdisch-israelischen und eines palästinensisch-arabischen, in Palästina spricht, mit unabhängigen Staaten, und die Pflicht auf ein friedliches Zusammenleben dieser beiden Völker und dieser beiden Staaten hinzuerwähnt, wieso soll das ‚einseitig' sein? Und warum um alles in der Welt wird es uns als das gerade Gegenteil von ‚Einseitigkeit' angeboten, zu allererst das Existenzrecht desjenigen Staates immer und immer wieder zu betonen, den es seit nahezu 37 Jahren g i b t , und dessen Grenzen nach eigenem Verständnis höchst unklar sind — und damit das Nachdenken und die Diskussion über das Existenzrecht desjenigen Volkes zu ersticken, das in seinem eigenen Land als ‚Gastarbeiter' gilt*'', fragt Jürgen Reents und weiter: ,,*Wie fordert man ‚sensibel' einen Truppenrückzug aus dem Libanon, wie tritt man ‚sensibel' für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein?*'' (zitiert aus der Dokumentation, s. o.).

Diner, der für die beiden letzten Forderungen bekanntlich ebenfalls eintritt, antwortete, es handle sich gerade nicht um ein Problem der ,,Sensibilität'', sondern um den Umgang von Deutschen mit deutscher Geschichte. Heute existiere in der BRD eine Sehnsucht nach Normalität — trotz oder wegen Auschwitz.

Zur inkriminierten Bezeichnung der Palästinenser als ,,Opfer der Opfer'' gab Diner zu bedenken, ob nicht dialektisch gesehen die Israelis, heute politisch übermächtig, historisch schwach seien und die heute schwachen Palästinenser historisch stark. Konkret kritisierte er an den Grünen, daß sie zwar den ersten jüdisch / israelisch-palästinensisch / arabischen Dialog in der BRD (Oktober 1984) finanziell unterstützt, ansonsten aber nichts davon oder dazu veröffentlich hätten.

Fraktionssprecher Heinz Suhr bezeichnete die Reise als ,,kontraproduktiv''; das habe ihm auch ein israelischer Freund bestätigt. Sensibel forderte er den Rausschmiß von Fraktionsassistent Tilgner (Autor des famosen grün-internen ,,Strategie-Papiers'', welches in der Presse großen Wirbel verursacht hatte) und die Einstellung eines **richtigen Ökologen** ...

Dem schloß sich Nachrücker Jo Müller an, bei welchem der Vorwurf ,,mangelnder Sensibilität'', gemünzt auf die ,,Russenknechte'' G. Gottwald und J. Reents (,,Pflasterstrand'', 12.1.85; s. auch AK 254) wohl weniger aus feinnervigem Weltschmerz als aus trivialen inner-fraktionellen Interessen kommt. Im bekanntlich straight antigermanischen Organ ,,Kommune'' (1/85) ruft er nach einer ,,originär grünen Außenpolitik'' mit den Kriterien Menschenrechte und der Ökologie. Dort erzählt er auch, die grüne Delegation habe ,, *n u r aufgrund heftiger Aufforderung von unserem Pressesprecher Heinz Suhr*'' Yad-Va-Shem besucht, die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus. (J. M. hat vielleicht Personen verwechselt: Bonner Informationen zufolge hat ,,unser Pressesprecher Heinz Suhr'' anläßlich einer entsprechenden Israel-Tour, an der er selbst beteiligt war, die Stätte nicht aufgesucht).

Fischer, der die Kritik an der Nahost-Reise auch als Selbstkritik bezeichnet haben wollte, richtete sich an alle Seiten: ,,Man erbt auch Verbrechen, für die man nichts kann.'' Die Reise sei ein Fiasko gewesen, getragen von einem überzogenen politischen Anspruch. Die Grünen hätten ,,Klein-Kissinger'' spielen wollen. Gaby Gottwald stellte viele Fragen. Wo bliebe beispielsweise die jüdisch-israelische ,,Sensibilität'' gegenüber den Palästinensern? Warum könne man nicht die israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik kritisieren? Die deutsche Vergangenheit diene dazu, alles zu überdecken ...

Schily wies auf die verschiedenen bundesdeutschen Entlastungsmechanismen hin. Von rechts: ,,Das ist der gute Jude, der einen Blitzkrieg führen kann, effizient ist und im übrigen den westlichen Vorposten im arabischen Raum darstellt''. Von links: ,,Israel ist die Speerspitze des US-Imperialismus. In dieser Optik sind alle anderen Staaten antikapitalistisch'', wobei in Wirklichkeit Israel der einzige demokratische Staat in der Region sei.

Ein PLO-Vertreter kritisierte die Diskussion als ,,akademische Auseinandersetzung''. Die Palästinenser hätten sich über die Informationsbereitschaft der grünen Delegation sehr gefreut, zumal es das erste Mal gewesen sei, daß eine offizielle westdeutsche Delegation sich an die Betroffenen bzw. an offizielle Stellen gewandt habe.

Antje Vollmer hob zum Abschluß zu einem bizarren Beitrag ab. Irgendwie war da die Rede von Jerusalem: geteilte Stadt, Berlin: geteilte Stadt. Und überhaupt: hier bei uns keine festen Grenzen, dort keine festen Grenzen; hier Selbstbestimmungsrecht, **z. B. der Schlesier**, dort Selbstbestimmungsrecht. Betroffenheit — Alles ein Kampf?

Ein Wunder — oder doch nicht? — bleibt, daß bei so viel Engagement allerseits, ob für die einen Opfer, ob für die anderen Opfer, es geschehen konnte, daß diese Reise, die immerhin seit 18 Monaten feststand, so schlecht vorbereitet wurde.

E., Ffm.

Leserbrief

Betr.: Artikel über die Nahost-Reise der Grünen

Der Autor dieses Artikels legt eine Unkenntnis über die palästinensische Bewegung an den Tag, die mehr als peinlich ist. Er schreibt, Hawathmeh sei Chef der ,,Demokratischen Allianz'', Habasch Chef der ,,Nationalen Allianz''. Beide Allianzen sind Bündnisse mehrerer palästinensischer Gruppierungen. Zur ,,Demokratischen Allianz'' gehören die ,,Volksfront für die Befreiung Palästinas'' unter Habasch, die ,,Demokratische Front'' unter Hawathmeh, die Palästina-Befreiungsfront und die palästinensische kommunistische Partei. In der ,,Nationalen Allianz'' haben sich die Fatah-Rebellen (Abu Moussa, Kadri, Al Amleh etc.), Saika, Volksfront-Generalkommando und die Volkskampffront zusammengeschlossen. Damit gehören also Habasch und Hawathmeh zum gleichen Bündnis. Da sie immerhin die Führer der beiden größten palästinensischen Organisationen nach der Fatah Arafats sind, ist zu begrüßen, daß der Autor schon mal gehört hat, daß letzterer PLO-Chef ist.

Im übrigen geht aus dem Beitrag nicht hervor, wie der Autor die Reise beurteilt. Zuerst wird das Papier der Grünen zerpflückt, dann die Pressekampagne gegen die Grünen. Fleißarbeit: gut; Aussage: mangelhaft.

Beate Seel (Mitarbeiterin der ,,taz'')

Antwort

Richtig ist in der Tat, daß die PFLP gemeinsam mit der DFLP zur ,,Demokratischen Allianz'' gehört. Richtig ist dann auch (und das kam mir einfach total unwahrscheinlich vor — daher der Fehler), daß die Vertreter der ,,Nationalen Allianz'', mit denen die Grünen ebenfalls zusammentrafen, die von Syrien unterstützten ,,Rebellen'' waren. Diese haben immerhin (nach Beirut) die Palästinenser in Tripoli beschossen. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, weshalb Arafat seinen grünen Gesprächspartnern zunächst erklärte, er habe eigentlich gar nicht mit ihnen sprechen wollen.

Zwei weitere Fehler des Artikels gilt es zu korrigieren. Syrische Truppen befinden sich zwar im Libanon, aber nicht im Südlibanon. Schließlich ist ,,Mapai'' die Peres-Partei und nicht ,,Mapam''.

E.

Fortsetzung von vorheriger Seite

vergrößerte, wurde mit Hilfe von Terroraktionen der größte Teil der palästinensischen Bevölkerung vertrieben. Das Problem, wie man mit einer arabischen Mehrheit im Staat Israel umgeht, stellte sich nicht mehr in einem relevanten Ausmaß.

Unter einer Arbeiterpartei-Regierung wurde 1956 die Suez-Krise ausgenutzt, um Expansionsbestrebungen zu verwirklichen. Nur unter dem Druck der Sowjetunion mußte Israel damals seine Truppen zurückziehen. Gemeinsam mit den USA wurde dann, ebenfalls von einer Arbeiterpartei-Regierung, der Aggressionskrieg 1967 vorbereitet. Das Problem bestand nun darin, daß 1967 zwar eine knappe halbe Million Menschen aus den besetzten Gebieten flohen, eine dreiviertel Million blieb aber zurück. Außerdem konnte der israelische Staat nach dem Juni-Krieg 1967 nicht mehr wie 1948 mit einer massenhaften jüdischen Einwanderung rechnen. Der ,,Sündenfall'' war nicht 1967. Illusionen, man habe eben die Zeit zwischen 1949 und 1967 sich nur mit friedlicher Aufbaupolitik beschäftigt, während die Außenpolitik Nebensache war, k ö n n e n heute nicht mehr aufkommen. Eine Lösung muß versucht werden. Das meinen auch viele Israelis. Mit dem Friedenslager in Israel wird sich der nächste Artikel befassen.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

1. Neue Zürcher Zeitung, NZZ, 15./16.7.84
2. Yael Yishai, Challenge Groups in Israeli Politics, Middle East Journal, Autumn 1981
3. Abdallah ist der von den Briten auf den jordanischen Thron gesetzte Großvater des heutigen Königs Hussein. Diese Anspielung wird nur vor folgendem Hintergrund verständlich: Der Zionistische Weltkongreß legte der Pariser Friedenskonferenz 1919 einen ersten Territorialplan vor, der neben dem heutigen Israel in den Grenzen von 1949 den Südlibanon bis zum Litani-Fluß, die Golanhöhen, das Westjordanland und das Ostufer des Jordans bis zur Hedschas-Bahn und den Gaza-Streifen beanspruchte, also sozusagen ein Mittelding zwischen der von Gott versprochenen kleinen und großen Lösung. Diese Forderung wurde aber unrealistisch, da die Briten schon 1921 Transjordanien vom übrigen Mandatsgebiet Palästina abtrennten und Abdallah auf den Thron setzten (nach Michael Wolffsohn, Politik in Israel, Entwicklung und Struktur des politischen Systems, Schriften des Deutschen Orient-Institutes, Leske-Verlag u. Buderich GmbH, Opladen 1983, S. 252/252)
4. Wolffsohn, a.a.O., S. 79
5. Wolffsohn, a.a.O., S. 244
6. Zeitraum, in dem den Palästinensern Autonomie gewährt werden soll, um anschließend die Entscheidung über die Zukunft des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens zu treffen.
7. dokuments, party platforms on peace and security, in: ,,new outlook'', June/July 1984

7a. Wolffsohn, a.a.O., S. 119/120

7b. Wenige Tage vor dem Juni-Krieg 1967 wurde unter Einschluß des Gachal-Blockes (heute zum Likud-Block erweitert) ebenfalls eine Regierung der Nationalen Einheit gebildet. Sowohl zwischen Israel und Syrien als auch zwischen Israel und Jordanien war es im Laufe der Jahre 1966 und 67 zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. Dabei handelte es sich in der Regel um israelische Übergriffe, die geplante Bauarbeiten zur Ableitung des Jordanwassers verhindern sollten. Ägypten forderte nach diesen Übergriffen und in der Furcht, Israel könne Syrien angreifen, den Abzug der UN-Truppen und setzte die Truppen in Alarmbereitschaft. Die Sperrung und Verminung des Golfes von Aqaba durch Ägypten und ständige Drohungen Nassers, Ziel Ägyptens sei es, Israel zu zerstören, gaben Israel vor der Weltöffentlichkeit das Image, von einer übermächtigen arabischen Armee bedroht zu sein, und den willkommenen Anlaß, mit einem Überraschungsangriff (Zerstörung der Luftwaffe Ägyptens) innerhalb von sechs Tagen die Armeen Syriens, Ägyptens und Jordaniens zu besiegen und den Sinai, die Golan-Höhen, den Gaza-Streifen und das Westjordanland zu besetzen.

7c. Wolffsohn, a.a.O., S. 249. Bei Staatsgründung wurde die Frage der Grenzen Israels bewußt offengehalten. Der damalige israelische Ministerpräsident Ben-Gurion: ,,*Wir beschlossen, uns davor zu drücken (ich benutze absichtlich dieses Wort ... Wir haben nicht gesagt, ‚wir wollen die UNO-Grenzen nicht'; wir haben auch nicht das Gegenteil gesagt. Wir haben dies offengelassen für künftige Entwicklungen.*'' Im 1948 verabschiedeten Gesetz über den räumlichen ,,Jurisdiktions- und Zuständigkeitsbereich'' heißt es: ,,*Jedes im gesamten Staat Israel angewandte Gesetz wird als gültig angesehen in bezug auf das gesamte Gebiet, das den Staat Israel sowie alle Teile von Eretz Israel umfaßt und das der Verteidigungsminister als von Zahal* (israelische Armee) *gehalten erklärt.*''

8. Antiimperialistisches Informationsbulletin, 2/82
9. Das Wahlergebnis, in ,,israel und palästina'', Okt./Sept. 1984
10. taz, 19.12.84
11. Frankfurter Rundschau, FR, 29.10.84
12. taz, 19.4.84
13. Ein Schas-Politiker äußerte kürzlich, der hohe Blutzoll der israelischen Armee im Südlibanon sei ,,göttliche Strafe'' für die angeblich ,,lockere Moral'' der Soldatinnen (NZZ, 22.12.84). Nach Iran, auch Israel zurück ins Mittelalter?
14. NZZ, 22.12.84
15. AIB, Nov./Dez. 84, S. 35
16. taz, 18.6.84
17. Le Monde, LM, 30.11.84
18. Shamir gehörte zur Führungsgruppe der terroristischen Untergrundorganisation Lehi (Stern-Gruppe), er war zumindest mitverantwortlich für die Ermordung des britischen Ministers für den Nahen Osten in Kairo 1944, für die Ermordung Giladis, seines Vorgesetzten in der Lehi, nachdem Stern getötet worden war und für die Ermordung des UNO-Vermittlers Graf Folke Bernadotte. (Israelischer Pressedienst, 8, S. 50). In den fünfziger Jahren war Shamir Vertreter des Mossads in Europa.
19. ,,israel and palestine'', Juni/Juli 84, Paris, zit. nach AIB, Sept. 84
20. z.B. in ,,Haolam Hazeh'', 11.6.80, Zeitung Uri Avneris, zit. nach Journal of Palestine Studies, Herbst 80, S. 142 f.
21. Den Namen erhielt die Gruppe nach der Aufdeckung eines riesigen Waffenlagers in dem verlassenen arabischen Dorf Lifta (NZZ, 10.10.84)
22. taz, 2.11.84
23. LM, 19.9.84, 2.5.84
24. pinchas inbare, underground, political background and psychological atmosphere, in ,,new outlook'', June/July 1984
25. victor cygielman, roots of the jewish terror, in ,,new outlook'', June/July 84
26. taz, 28.8.84
27. taz, 2.11.84
28. Anm. des ,,Pressedienstes aus Israel'', Nr. 9, S. 42. Yeschivot sind Talmud- und Thora-Schulen, die der Ausbildung der religiösen intellektuellen Elite dienten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden diese Schulen für die religiöse Erziehung aller orthodoxen (männlichen!) Juden ausgebaut, um die Ausbreitung allgemeiner kultureller Strömungen und der sozialen Bewegungen einzuschränken. Dies steht im Zusammenhang damit, daß mit Aufkommen des Zionismus sich gerade die orthodoxen Juden organisierten, um ihren Einfluß zu sichern, da der Zionismus einen national-weltlichen Charakter hatte. es gab zwei Strömungen: Misrahi (heute National-Religiöse Partei), der Orthodoxie und Nationalismus versöhnen wollte, und Agudat Israel, die sich lange gegen einen jüdischen Nationalstaat aussprach. Die Leiter der Yeschivot bekamen zunehmenden Einfluß auf die jüdische Orthodoxie. Nach dem Holocaust wurden vor allem in Israel und in den USA Yeschivot aufgebaut.
29. Yael Yishai, a.a.O.
30. taz, 2.11.84
31. NZZ, 6./7.1.85
32. victor cygielman, a.a.O.
33. NZZ, 28.7.84
34. Devorah Kalekin-Fischman, Gush Emunim, in: Karlheinz Schneider (Hrg.), a.a.O.
35. Wolffsohn, a.a.O., S. 33

35a. Zur Groß-Israel-Bewegung schlossen sich die territorialpolitischen Maximalisten von Arbeiterpartei, Mapam, Rafi (rechte Abspaltung von der Arbeiterpartei), Veteranen der militärischen Untergrundorganisation Lehi, Cherut und National-Religiöse Partei zusammen, Wolffsohn, a.a.O., S. 117

36. Devorah Kalekin-Fischman, a.a.O.
37. Yael Yishai, a.a.O.
38. Peter Braunschweig u.a. (Hrg.), Nahost — einander leben lassen, Z-Verlag Basel 1981
39. NZZ, 28.12.84
40. LM, 11.5.84
41. NZZ, 26.5.84
42. Haolam Hazeh, a.a.O.
43. NZZ, 10.10.84
44. Pressedienst aus Israel, Nr. 6, S. 19-31
45. pinchas inbari, a.a.O.
46. Ha'aretz, 2.12.83, Pressedienst aus Israel, Nr. 9, S. 38
47. Ha'aretz, 27.7.83, Pressedienst aus Israel, Nr. 8, S. 15-18

47a. Ezel und Lehi sind Abspaltungen der von der Histadrut gegründeten jüdischen Untergrundarmee Hagana. Ezel trennte sich 1931 von der Hagana, weil deren Verteidigungsmaßnahmen nicht ,,aktiv'' genug waren. Die Mitglieder kamen vorwiegend aus der revisionistischen Jugendorganisation. Jabotinsky, der Führer der Revisionisten übernahm den Oberbefehl, bestand aber auf formaler Trennung von den Revisionisten. Unter Führung Menachem Begins wurde der antibritische Kampf 1943 aufgenommen (Sprengung des King David-Hotels in Jerusalem) und nach der Teilung Palästinas vor allem der antipalästinensische Terror (Deir Yassin).
1937 spaltete sich vom Ezel (Irgun Zwai Leumi = Nationale Verteidigungsorganisation) Lehi (Stern-Gruppe) ab, denen Ezel nicht radikal genug war. In ihrem Grundsatzprogramm ,,Prinzipien der Wiederauferstehung'' wird von der Notwendigkeit gesprochen, das ,,jüdische Herren-Dasein'' im Lande der Errettung wiederherzustellen (Wolffsohn, a.a.O., S. 81). Einer ihrer Führer war nach dem Tode Abraham Sterns der heutige stellvertretende Ministerpräsident Shamir.

48. LM, 8.5.84
49. Al Hamishmar, 20.7.84, nach Pressedienst aus Israel, Nr. 11/12, S.3-8. Al Hamishmar ist Organ der Mapam.
50. Tatsachen über Israel, hrg. von der Informationsabteilung beim Außenministerium, Jerusalem
51. Vgl. Israel Shahak, The Oriental Jews in Israeli Politics, in Middle East International, 15.6.84
52. NZZ, 6./7.1.85
53. Karlheinz Schneider, Judentum zwischen Religionsgesetz und nationalstaatlicher Emanzipation, dargestellt am Verhältnis Staat und Religion, in: Karlheinz Schneider (Hrsg.), Staat und Religion in Israel, DIAK-Schriften Band 8
54. Wolffsohn, a.a.O., S.84 ff
55. Wolffsohn, a.a.O., S. 69-71
56. Wolffsohn, .a.O., S. 63 ff
57. Adams u.a., Nahostkonflikt und Menschenrechte, 1981,Eurabia S.20
58. Wolffsohn, S.41

Der Anfang Januar vorgelegte französische Befriedungsplan für Neu-Kaledonien will der Alternative ,,Frankreich oder Unabhängigkeit'' mit der Formel ,,Frankreich u n d Unabhängigkeit'' entgehen.

Die in Aussicht gestellte ,,Assoziierung'' Neu-Kaledoniens mit Frankreich würde nämlich konkret bedeuten: Die Verteidigung, die öffentliche Sicherheit, die Justiz, das Geld- und Kreditwesen, der Fernverkehr, der Rundfunk, das Fernsehen und das Fernmeldewesen — das alles bliebe in fester französischer Hand.

Der Großraum Noumea, das hauptsächlich von Europäern bewohnte Wirtschaftszentrum der Insel, soll einen Sonder-Status erhalten.

Die Bewohner Neu-Kaledoniens, die nicht die Staatsbürgerschaft des neuen Staates annehmen würden, bekämen ein ,,bevorzugtes Wohnrecht''. In Noumea würden laut Plan die ,,bevorzugt Wohnberechtigten'' auch in den kommunalen Gremien vertreten sein.

Neu-Kaledonien

Unabhängigkeit à la Francaise

Dem vormals gaullistischen und heute sozialistischen Regierungsbeauftragten Pisani ist das ,,wichtigste Kernstück'' eines unabhängigen Neu-Kaledoniens die ,,Wiederaneignung des Gebietes'' durch die melanesische (kanakische) Bevölkerung.

Konkret: Als symbolische Geste, die ihre Vertreibung von der fruchtbaren Westküste im vergangenen Jahrhundert wiedergutmachen soll, werden die Ländereien, die die Kanaken heute bewohnen, in ihr Eigentum überführt.

Nur: Die Fläche der melanesischen Reservate hat sich seit 1907 lediglich um 15 % erhöht, während ihre Bevölkerung von 28.500 auf über 60.000 angewachsen ist.

Einwohner

Neu-Kaledonien zählt heute insgesamt 145.368 Einwohner.

Davon sind 61.870, d.h. 42,56 % Kanaken; 53.974 sind Europäer, in Prozent: 37,12 %; 12.174 kommen aus dem Inselarchipel Wallis und Futuna: 5.319

Einwohner

Neu-Kaledonien zählt heute insgesamt 145.368 Einwohner.

Davon sind 61.870, d.h. 42,56 % Kanaken; 53.974 sind Europäer, in Prozent: 37,12 %; 12.174 kommen aus dem Inselarchipel Wallis und Futuna; 5.319
aus Indonesien; 5.550 aus Tahiti; 6.461 aus unterschiedlichen weiteren Ländern.

Diese Zahlen bedeuten, daß die Kanaken heute eine Minderheit im eigenen Land sind, und weisen auf die besonderen Schwierigkeiten ihres Befreiungskampfes hin.

Die kanakischen Organisationen

Mitgliedsorganisationen der FNLKS:
— Union calédonienne (UC). Die älteste und stärkste Organisation.
— Front uni de libération kanake (FULK).
— Union progressisze mélanésienne (UPM).
— parti socialiste calédonien (PSC).
— Union des syndicats des travailleurs kanaks et exploités (USTKE). 1982 gegründete Gewerkschaft, allen Ausgebeuteten und Unabhängigkeitskämpfern geöffnet.
— Comité des terres de la côte ouest. Kampfstruktur der Stämme der Westküste zur Wiedererobe-rung des Grund und Bodens.
— Comité Pierre Declercq. Demokratisches Komitee, das einen Prozeß gegen die Mörder von Pierre Declerq fordert. Der damalige Generalsekretär der UC wurde 1981 umgebracht.
— Groupe de femmes kanakes et exploitées (GFKEL): Frauengruppe.

Nicht Mitglied der FNLKS sind:
— Parti de libération kanake (PALIKA). 1976 gegründet. Gehörte nicht zur 1979 gegründeten Unabhängigkeitsfront (FI). Beobachterstatus beim Gründungskongreß der FNLKS, berät über einen eventuellen Beitritt.
— Libération kanake socialiste (LKS). Abspaltung aus der PALIKA, gehörte zur FI, verließ diese im Juli 1984, lehnt eine Mitgliedschaft in der FNLKS ab und beteiligte sich an den Wahlen im November 1984.

Eine andere Zahl im Vergleich: Nur 2,35 % der Europäer besitzen 57 % des gesamten Grund und Bodens Neu-Kaledoniens. Im Juli oder September soll ein Volksentscheid stattfinden mit der Fragestellung: ,,*Wünschen Sie die Beibehaltung des Status vom 6. September 1984?*'' (das heißt den Status eines ,,Überseegebietes'' mit eigener Territorial-Versammlung und -Regierung). Oder: ,,*Billigen Sie die Konstituierung Neu-Kaledoniens als unabhängiger, mit Frankreich assoziierter Staat nach Artikel 88 der Verfassung und der Regierungserklärung, wobei diese Assoziierung auf einem Vertrag beruht, der die beiden Staaten verbindet, auf einem gemeinsamen Pakt, der die Beziehungen zwischen den kaledonischen Bevölkerungsgruppen definiert, und auf Kooperationsabkommen, die Kaledonien die Unterstützung Frankreichs bei seiner Entwicklung sichern?*''

Der Präsident der provisorischen FNLKS-Kanaky-Republik, Jean-Marie Tjibaou, bezeichnete den Pisani-Plan als eine ,,*Rede Frankreichs für die Franzosen, zur Garantierung ihrer Interessen und Sicherheiten und zur Aufrechterhaltung der französischen Präsenz auf Neu-Kaledonien.*'' Die kanakische Souveränität werde nur nebenbei erwähnt (nach ,,Le Monde'', 19.1.85). Eine weitere Kritik der FNLKS betrifft den vorgesehenen Wahlmodus, der jedem Franzosen, der länger als 3 Jahre auf der Insel lebt, die Teilnahme an der Abstimmung ermöglicht.

Am 1. Januar 1986 würde dann bei entsprechendem Abstimmungsergebnis die ,,Unabhängigkeit'' Neu-Kaledoniens verkündet werden können. Die FNLKS versichert: ,,*Unser Recht gehört uns, ob der Volksentscheid positiv oder negativ ausfällt — wir werden unsere Forderung weiter erheben*'' (,,LM'', 11.1.85).

Chiracs Filiale auf Neu-Kaledonien, die RPRC, wendet sich ebenso strikt gegen jede Form von Unabhängigkeit wie die derzeitige französische Rechts-Opposition. Denn der Präsident der RPR-Fraktion in der Nationalversammlung hat erkannt: ,,*Alles weist daraufhin, daß der unabhängige neukaledonische Staat ein Satellit der Sowjetunion wäre. Frankreich würde somit der Sowjetunion einen wunderba-*

sere Forderung weiter erheben'' (,,LM'', 11.1.85).

Chiracs Filiale auf Neu-Kaledonien, die RPRC, wendet sich ebenso strikt gegen jede Form von Unabhängigkeit wie die derzeitige französische Rechts-Opposition. Denn der Präsident der RPR-Fraktion in der Nationalversammlung hat erkannt: ,,*Alles weist daraufhin, daß der unabhängige neukaledonische Staat ein Satellit der Sowjetunion wäre. Frankreich würde somit der Sowjetunion einen wunderba-*
ren Stützpunkt mitten im Pazifik schenken'' (,,LM'', 17.1.85).

Giscard wirft die Frage auf: ,,*Zu einer Zeit, in der Frankreich zahllose Ausländer auf seinem Territorium aufnimmt, kann es nicht gerecht sein, einige seiner Bürger in Ausländer zu verwandeln*''. Passend dazu bittet der Präsident der neu-kaledonischen Regionalversammlung, Dick Ukeiwé (RPRC), die Franzosen um Unterstützung, um ,,frei und Franzose'' bleiben zu können (beides ,,LM'', 21.1.85).

In Noumea selber versammelten sich wochenlang allabendlich schweigend hunderte von Menschen unter der französischen Fahne — das nennen sie ,,*Widerstand auf polnisch*''.

15 % hatte die faschistische ,,Front National'' dort bei den vergangenen Europa-Parlamentswahlen erhalten. Hier und da läuft die rechte Mobilisierung: Während sich nach der Ermordung des FNLKS-Generalsekretärs Eloi Machoro und seines Stellvertreters Marcel Nannoro durch Scharfschützen der Anti-Terror-Einheit ,,GIGN'' 2.000 Weiße in Noumea zu einer Jubel-Demonstration versammelten, die lautstark den Tod von Tjibaou forderten, das Haus des Ethnologen Jean Guiart und Büros kanakischer Gewerkschaften in Brand setzten, demonstrierten in Nizza zwischen 3.000 und 5.000 Rechte unter ähnlichen Parolen. Mit von der Partie waren die RPR, die ,,Nationale Union der Fallschirmjäger'', die ,,Union der Kämpfer Nordafrikas''.

Als Tjibaou Mitte Januar nach Frankreich reiste und von Marchais (KPF) sowie Jospin (PS) empfangen wurde, protestierte Chirac (RPR): Die Anwesenheit Tjibaous in der Metropole stelle ,,eine Herausforderung an die Institutionen und die Gesetze der Republik'' dar, der Mann sei verantwortlich für ,,Verbrechen, die nach unseren Gesetzen unter Strafe stehen'' (,,LM'', 24.1.85).

Laut Umfragen sollen 49 % der Franzosen für ein französisches Neu-Kaledonien eintreten, während 33 % von ihnen dessen Unabhängigkeit befürworten. Präsident Mitterrand deutete die Möglichkeit eines gesamt-(!) französischen Referendums hierzu an und erklärte deutlich: ,,*Frankreich will seine strategische Rolle und Präsenz in diesem Teil der Welt aufrechterhalten*''. Insbesondere soll der militärische Stützpunkt in Noumea verstärkt werden. Und zwar ab sofort.

Tatsächlich war die Insel noch nie so durchmilitarisiert wie zur Zeit. ,,Normalerweise'' sind dort, inklusive ziviles Personal, 3.000 Mann stationiert bzw. kaserniert. Heute sind es über 6.000 (3.280 Polizisten, 3.000 Soldaten). Auf 24 Neu-Kaledonier kommt eine Ordnungskraft.

Zunächst wurden die ,,Gendarmes mobiles'' dem Verteidigungsministerium unterstellt, später die ,,CRS'', dem Innenministerium unterstellt, aufgestockt. Hinzu kamen die Soldaten, darunter 500 Fallschirmjäger der französischen ,,Schnellen Eingreiftruppe'' (FAR).

Seit der Ermordung Machoros und Nannoros herrscht auf Neu-Kaledonien Ausnahmezustand. Es ist das erste Mal seit dem Algerienkrieg, daß die französische Nationalversammlung zu dieser Maßnahme greift. Der Verhängung des Ausnahmezustands, der am 27. Januar bis zum 30. Juni verlängert worden ist, wurde allein von den PS-Abgeordneten zugestimmt. KPF und RPR stimmten dagegen, die UDF (Giscard) enthielt sich. Der Ausnahmezustand bedeutet 8 Maßnahmen:



Eine der wenigen Demonstrationen zur Unterstützung der FNLKS in Frankreich, von der LCR aufgerufen. Die Demonstranten riefen: „Mitterrand: denk an Algerien! Die Zeit der Kolonien ist vorbei!"



Eine der wenigen Demonstrationen zur Unterstützung der FNLKS in Frankreich, von der LCR aufgerufen. Die Demonstranten riefen: „Mitterrand: denk an Algerien! Die Zeit der Kolonien ist vorbei!"

— Ausgeh- und Fahrverbot zwischen 23 Uhr und 5 Uhr,
— Verbot öffentlicher Versammlungen von mehr als fünf Menschen,
— Verbot der Flugblattverteilung und Lautsprecherdurchsagen,
— Verbot von Waffenbesitz,
— Verbot von Waffentransport,
— jederzeitige Möglichkeit eines Einreiseverbots,
— jederzeitige Möglichkeit eines Aufenthaltsverbots für ,,Ruhestörer'',
— jederzeitige Möglichkeit von Durchsuchungen.

Derzeit befinden sich rund 150 FNLKS-Mitglieder in Haft, 19 wurden im Laufe der letzten Wochen umgebracht.

Die FNLKS hat ein siebenseitiges Dokument zur Erschießung Machoros und Nannoros veröffentlicht: ,,*Der Pisani-Plan lastet unter einer schweren Hypothek. An den Händen seines Autors klebt Blut. Die Regierung muß diejenigen, die den Schießbefehl gegeben haben, vor Gericht stellen und eine parlamentarische Untersuchungskommission bilden*'' (,,LM'', 16.1.85).

Machoro und Nannoro waren am 12.1. mit 40 weiteren Menschen in einer Farm an der Westküste von 200 ,,Gendarmes mobiles'' umzingelt worden. Von ihnen selber ist kein Schuß gefallen. Sie wurden beide von je einer einzigen Kugel getroffen. Angeblich sollten sie ,,nur kampfunfähig'' gemacht werden ...

Tjibaou qualifizierte diesen Akt als einen ,,barbarischen'', der alles zum Nullpunkt zurückführe, und berichtete:

,,*Wir wissen, daß einige Europäer Sekt getrunken haben nach dem Tode von Eloi Machoro. Für uns bedeutet das, daß es Imperialisten sind, die nur dann aufhören werden, wenn sie das kanakische Volk völlig vernichtet haben*'' (,,*LM*'', *15.1.85*).

Von einer Reise nach Algerien erzählte er: ,,*Ich bin dorthin gefahren, um zu sehen, ob es angesichts der gleichen Kolonialisierung verschiedene Taktiken geben kann. Die schwerwiegenste Aussage der Algerier war: ‚Die Franzosen sind nicht vertrauenswürdig. Wie alle Westler verstehen sie nur die Sprache des Kräfteverhältnisses*'.'' (,,*LM*'', *24.1.85*).

Geschichte der Befreiungsbewegung der Kanaken

Bis 1946 lebten die Kanaken in Reservaten. Erst nach dem 2. Weltkrieg wurde die Ära der sogenannten Assimilierung und Integrierung eröffnet. Vorher durften die Kanaken die Reservate nur verlassen, um unentgeltlich für die Kolonialherren oder die französische Regierung arbeiten zu gehen — nach Abgabe einer Kopfsteuer.

Unter dem Einfluß von Pastoren und Priestern, wurde 1951 die ,,Kaledonische Union'' (,,UC'') gegründet, deren letzter Generalsekretär Machoro war. Sie setzte sich die Bekämpfung des anti-assimilatorischen Rassismus der Kolonialmacht zum Ziel.

Zeitweilig erreichte die ,,UC'' einige soziale Verbesserungen für die Kanaken und die Anwesenheit kanakischer ,,Minister'' in der Regionalversammlung.

Die fortbestehende, seit 1963 wieder verschärfte Marginalisierung der Kanaken auf politischer, kultureller und ökonomischer Ebene sowie die Unnachgiebigkeit der Kolonialherren gegenüber der Forderung nach interner Autonomie, wie schließlich auch der Mai '68 (einige Kanaken befanden sich damals aus Studiengründen in Paris) führten zur Radikalisierung der Bewegung. Nach dem Mai '68 entstanden auf Neu-Kaledonien einige antikolonialistische linke Gruppen, die 1976 zur ,,Kanakischen Befreiungspartei'' (PALIKA) fusionierten.

Anläßlich der Territorialwahlen entstand im Juli '79 ein Wahlbündnis, die ,,Unabhängigkeitsfront'' (FI). Diese setzte sich zusammen aus UC, ,,Kaledonische Sozialistische Partei'' (PSC), ,,Vereinigte Kanakische Befreiungsbewegung'' (FULK) und ,,Progressistische Melanesische Union'' (UPM). Die FI erhielt 34,4 % der Stimmen und 14 der insgesamt 36 Sitze. Bei den kanakischen Wählern selber bekam sie indes 80 % der Stimmen. Im September 1984 wurde jetzt die FNLKS bei 300 Anwesenden gegründet.

Beteiligt waren alle Parteien aus der FI. Es fehlte lediglich die ,,Sozialistische Kanakische Befreiung'' (LKS), die sich auch am Wahlboykott im vergangenen November nicht beteiligte. (Die LKS erhielt 7,3 % der Stimmen und 6 Abgeordnete).

Weiter traten der FNLKS bei: Die ,,Union der Gewerkschaften der kanakischen und ausgebeuteten Arbeiter'' (USTKE), das ,,Forderungskomitee der Westküste'', die ,,Gruppe der kanakischen kämpfenden und ausgebeuteten Frauen'', die Lehrergewerkschaft SELEC.

Am 1. Dezember fand der erste offizielle Kongreß der FNLKS statt, der eine nationale Leitung und eine provisorische Regierung wählte. Die Repräsentativität der FNLKS erwies sich beim erfolgreichen Wahlboykott im November: 50 % Enthaltungen insgesamt, davon 80 % bei den Kanaken selber. Aus der Charta der FNLKS zitieren wir auszugsweise:

,,Diese Charta ist für eine begrenzte Periode geschrieben und unterzeichnet: für die Periode des nationalen Befreiungskampfes, eine Übergangs- und Vorbereitungsperiode für die sozialistische kanakische Unabhängigkeit. Warum nationaler Befreiungskampf?

I. In Erwägung daß,
a) die französische Regierung solidarische Komplizin der Kolonialmacht ist, die sie selbst unterhält,
b) Francois Mitterrand, seit dem 10. Mai 1981 Präsident der Republik, seine Versprechen nicht eingelöst hat, (...)
e) die kapitalistische und imperialistische Ausbeutung Neu-Kaledoniens zugunsten fremder ökonomischer Interessen von Kolonialfrankreich und seinen Verbündeten fortbesteht,
f) die französische Regierung ihre Einwanderungspolitik fortsetzt (...),
schätzt die ,,Unabhängigkeitsfront'' ein, daß das kanakische Volk nun in eine neue Phase des Kampfes für die kanakische Unabhängigkeit eintritt: die des Befreiungskampfes.

Demzufolge beschließt die ‚FI' den Abbruch aller Verhandlungen mit der französischen Regierung, ihre eigene Auflösung und ihre tatkräftige Beteiligung am Aufbau einer ‚Sozialistischen kanakischen nationalen Befreiungsbewegung'.

II. Wir behaupten die Existenz des kanakischen Volkes, das stolz an seiner kulturellen Identität und seinen Traditionen festhält. (...)

III. Die sozialistische kanakische nationale Befreiungsbewegung, FNLKS.
1. Wesen:
Das kanakische Volk alleine ist für seinen nationalen Befreiungskampf verantwortlich. Um diesen erfolgreich durchzuführen, gibt es sich eine wirksame Waffe: die FNLKS.
2. Zusammensetzung:
Alle Unterzeichnenden dieser Charta, kanakische Unabhängigkeitskämpfer, antikolonialistische Nicht-Kanaken, Gewerkschaften, Organisationen, Vereine, Kirchen ...
3. Rolle:
Der nationale Befreiungskampf ist umfassend, er wird gleichzeitig und auf allen Ebenen geführt. Die FNLKS ist also die Sammlung aller Kräfte, die als Ziel die sozialistische kanakische Unabhängigkeit verfolgen. Die FNLKS ist eine Befreiungsbewegung gegen Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus, mit dem Ziel des Sozialismus, der aber im Kampf von den Kämpfern für die Freiheit selbst definiert werden muß.'' (aus: ,,Nouvelle Calédonie — ce que veulent les Kanaks'', Broschüre der LCR).

Eloi Machoro

Als Innenminister der provisorischen Regierung war Machoro für die dreiwöchige Blockade der vom Nickelabbau lebenden Stadt Thio verantwort-

für die Freiheit selbst definiert werden muß.'' (aus: ,,Nouvelle Calédonie — ce que veulent les Kanaks'', Broschüre der LCR).

Eloi Machoro

Als Innenminister der provisorischen Regierung war Machoro für die dreiwöchige Blockade der vom Nickelabbau lebenden Stadt Thio verantwort-
lich.

Ein Bild von ihm ging um die Welt: Wie er am Tag der letzten Wahlen, dem 19.11.84, Wahlurnen mit einer Axt zertrümmerte. Machoro war die Haßfigur Nummer 1 für die Europäer auf Neu-Kaledonien, die ihn in ihren Medien als ,,kommunistischen Funktionär'', als ,,Che Guevara'', ,,Lybien-Mann'' usw. bezeichneten. In einem Interview Anfang Dezember hatte sich Machoro zur Thio-Blockade und den weiteren Perspektiven geäußert (in ,,Rouge'', Zeitung der LCR, Nummer 1139, 14.12.84):

,,*Wir wollten eine Aktion in Thio durchführen, weil diese Stadt an der Westküste schon immer eine der stärksten Bastionen der Feinde der Unabhängigkeit gewesen ist. Der Bürgermeister, Roger Galliot, ist Mitglied der rechtsextremistischen ‚Nationalen kaledonischen Partei' ... Wir sind aus verschiedenen Gegenden hier zusammengekommen, damit die Kanaken, die hier die Mehrheit in der Bevölkerung stellen, die Verwaltung der Gemeinde in ihre Hände bekommen.*

... Wir wollten uns mit den Europäern treffen, um ihnen den Sinn unserer Aktion zu erklären. Leider hatten sie Angst und nur ein Dutzend kam zu uns ... Wir haben ihnen auch erklärt, daß ihre Sicherheit von ihrem Verhalten und ihren Beziehungen zu den Kanaken abhängt ...

Wir haben keinen einzigen Schußwechsel mit Europäern gehabt ... Die sozialistische Regierung betreibt hier eine rechte Politik. Die Rechte hilft ihr, das Territorium unter französischer Abhängigkeit zu halten. Die französische Regierung will Neu-Kaledonien nicht loslassen, aufgrund seines strategischen Werts und seiner Reichtümer. Diese Politik kann hier nur eine einzige Unterstützerin finden: die koloniale Rechte. Die Entkolonisierung steht also weiter auf der Tagesordnung, sie hat noch gar nicht begonnen ... Wir werden nie einen dritten Weg akzeptieren, denn unsere Forderung ist einfach gerecht ... Wir werden die Mobilisierung aufrechterhalten, um gegebenenfalls Errungenschaften zurück zu erobern und um uns auch besser zu organisieren.''

Frankreich-Kommission



Sri Lanka

Die sozialistischen Befreiungskräfte

Interview mit den Liberation Tigers of Tamil

Sri Lanka, das kleine ,,Paradies'' im indischen Ozean, ist seit dreißig Jahren Schauplatz blutiger Pogrome gegen die tamilische Bevölkerungsgruppe (siehe AK 254). Zahlreiche Befreiungsorganisationen kämpfen heute für einen unabhängigen Staat ,,Tamil Eelam'' im Nordosten der Insel. Wir sprachen im Januar mit dem BRD-Vertreter der ältesten Befreiungsorganisation, der LTTE.

Wie stellt Ihr Euch das ökonomische Überleben des unabhängigen Staates Tamil Eelam vor. Das Gebiet, das das tamilische Volk für seine Unabhängigkeit anstrebt, gehört zur ärmsten Region Sri Lankas. Es besitzt keine eigene Energieversorgung, keine ausgebauten Häfen, keinerlei Industrieansiedlungen es gibt keine Flüsse, die die Felder bewässern könnten.

Es ist nicht richtig zu sagen, daß Tamil Eelam keinerlei natürliche Ressourcen hat. Tamil Eelam umfasst etwas weniger als 1/3 der Gesammtgröße Sri Lankas, 8.000 von 25.000 Quadratmeilen. In dieser Region liegen jedoch 50% der Reisanbauflächen und hier werden fast 60% der gesamten Reisproduktion Sri Lankas erwirtschaftet. Zusammengenommen produziert die tamilische Bevölkerung den Löwenanteil der lebenswichtigen Grundnahrungsmittel, und das unter so schwierigen Lebensbedingungen wie es die ethnische Unterdrückung und der permanente Armeeterror mit sich bringen.

Das gleiche gilt für den Fischfang. 2/3 der fischreichen Seegebiete liegen vor den Küsten von Tamil Eelam und sie versorgen die gesammte Insel. Das Bewässerungssystem der tamilischen Bauern beruht traditionell auf Regenwasser und Grundwasserbrunnen. Viele der Bewässerungssysteme verfallen, weil der rassistische Staat keinerlei Gelder zu ihrer Instandhaltung zur Verfügung stellt. Tamil Eelam wird seit nunmehr 30 Jahren unterentwickelt gehalten, fast alle staatlichen Entwicklungsprojekte liegen auf singhalesischem Boden. Heute repariert der singhalesische Staat nicht einmal mehr die Stra-

ten, fast alle staatlichen Entwicklungsprojekte liegen auf singhalesischem Boden. Heute repariert der singhalesische Staat nicht einmal mehr die Stra-

ßen in Tamil Eelam. Die wenigen Entwicklungsprojekte, die in unserem Heimatland aufgezogen wurden und werden, dienen der Neuansiedlung singhalesischer Bauern. Mit dieser Siedlungspolitik versucht der singhalesische Staat das tamilische Volk zur Minorität in ihrem eigenen Heimatland zu machen. Wir werden unzweifelhaft ohne ethnische Unterdrückung und Besatzungsterror unsere Ökonomie wesentlich besser entwickeln können.

Im übrigen liegt an der Küste von Tamil Eelam, in Trincomalee, der beste Naturhafen des indischen Ozeans. Er müßte nur ausgebaut werden. Seit Jahren möchte der US-Imperialismus hier eine Marinebasis einrichten. Die Einrichtung eines solchen Marinestützpunktes wird die tamilische Bevölkerung auf keinen Fall friedlich hinnehmen, er würde eine direkte militärische Bedrohung Indiens darstellen.

Welche Konzeption hat die LTTE für ein nach-revolutionäres Gesellschaftssystem in Tamil Eelam?

Tamil Eelam wird ein unabhängiger, säkularer sozialistischer Staat sein. Ein egalitäres Gesellschaftssystem, das jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen abschafft. In der Außenpolitik werden wir eine Politik der Nicht-Paktgebundenheit verfolgen und dabei mit allen antiimperialistischen Kräften zusammenarbeiten. Unser Befreiungskampf für ein sozialistisches Tamil Eelam wird mit tiefgreifenden sozialen und kulturellen Veränderungen einhergehen müssen. Unser besonderes Anliegen gilt dabei der Unterdrückung der tamilischen Frauen. Wir haben dazu auch ein Buch herausgegeben (,,Women and Revolution''). In allen Anti-Tamilen-Pogromen der letzten Jahrzehnte entlud sich der chauvinistische Haß in massenhaften Vergewaltigungen, in einer grausamen Kombination von Rassissmus und Sexismus. Diese Erfahrungen müssen die tamilischen Frauen jedoch auch mit der singhalesischen Besatzungsarmee machen. So ist es mehrfach vorgekommen, daß tamilische Frauen in Armeecamps verschleppt wurden, und dort furchtbaren sexuellen Folterungen ausgesetzt waren. Nicht zuletzt diese Erfahrungen haben dazu geführt, daß auch Frauen heute mehr und mehr eine aktive Rolle im Befreiungskampf einnehmen. Sie haben dabei erheblich stärkere soziokulturelle Schranken zu überwinden als Männer, denn die Unterdrückung der Frauen gehört genauso zum Alltag unserer Gesellschaft.

Von den indischen Plantagen-Tamilen, die räumlich getrennt von den Sri Lanka Tamilen auf den Felder des Hochlandes leben und arbeiten, wird immer wieder behauptet, daß sie den Befreiungskampf für ein unabhängiges Tamil Eelam nicht unterstützen. 1977 soll der Ceylon Workers Congress, in dem sich viele Plantagen-Tamilen organisiert haben, sogar die rassistische United National Party, die heutige Regierungspartei, unterstützt haben.

Deine Frage kann man mit einem Verweis auf die Geschichte unseres Widerstandes beantworten. 1961 ist ein herausragendes Datum der Geschichte unseres Befreiungskampfes. Zehntausende von Tamilen aus allen Landesteilen beteiligten sich damals an der Kampagne des zivilen Ungehorsam. Durch diese Massenkampagne wurde damals versucht, mit gewaltfreien Mitteln (Besetzungsaktionen, Sitzstreiks etc.) die Organe des Staatsapparates lahmzulegen, um den Forderungen nach föderativer Autonomie Nachdruck zu verleihen. An diesen Aktionen haben sich alle Sektionen der tamil-sprachigen Bevölkerung beteiligt, unabhängig von Kaste oder Religion. Unter anderem reisten tausende Plantagen-Tamilen des Südens in die Nordostprovinzen um militante Solidarität zu beweisen. Der von Dir erwähnte CWC hat 1977 nicht die UNP unterstützt. Der CWC war, wie alle anderen Organisationen und Parteien der Tamilen an der Gründung der Tamil United Front (TUL)

nicht die UNP unterstützt. Der CWC war, wie alle anderen Organisationen und Parteien der Tamilen an der Gründung der Tamil United Front (TUL)

beteiligt. Die TUL benannte sich später in Tamil United Libertion Front (TULF) um. Die in der TULF vertretenen Parteien und Organisationen, einschließlich des CWC, verabschiedeten ein Program mit dem erklärten Ziel für ein souveränes Tamil Eelam zu kämpfen. Unter dieser Forderung wurde der Vorsitzende des CWC, Mr. Thondamon, als Kandidat der TULF für die Parlamentswahlen des Jahres 1977 aufgestellt. Nach seinem Einzug ins Parlament verließ er die TULF und schloß sich der UNP an. Heute bekleidet er einen Ministerposten im rassistischen Kabinett von Staatschef Jayewardene. Kurz gesagt ein Verräter. Die Situation der Plantagen-Tamilen stellt sich heute wie folgt da:

1. gehören sie zu der Gruppe von Tamilen die mit am stärksten unter der langen Reihe von Massaker zu leiden hatten, da sie als Minorität unter der singhalesischen Mehrheit leben und damit besser greifbar waren.
2. der durch den jahrzehntelangen monokulturellen Teeanbau ausgelaugte Boden des Hochlandes und die sinkenden Teepreise entzieht den Plantagen-Tamilen ihre materielle Grundlage. So kannst du heute eine kontinuierliche Absetzbewegung der Plantagen-Tamilen beobachten, täglich kommen neue Familien in den Nordostprovinzen an um sich dort als Bauern niederzulassen. Das Recht der Plantagen-Tamilen auf physische Unversehrtheit, persönliche Freiheit und materielle Sicherheit, läßt sich, wie für alle anderen Tamilen auch, nur in einem unabhängigen sozialistischen Tamil Eelam verwirklichen.

Eine Frage zur Rolle der singhalischen Linken, unterstützt sie den Befreiungskampf des tamilischen Volkes ? Warum glaubt ihr, daß das Selbstbestimmungsrecht Eures Volkes sich nicht im Rahmen einer sozialistischen Revolution für die ganze Insel verwirklichen läßt ?

Weißt Du, die singhalesische Linke ist schnell dabei, wenn es darum geht Protestmärsche zu organisieren, mit Parolen wie ,,wir wollen kein *Masala vadai*'' (eine Snack-Spezialität der Tamilen). Das sind die bitteren Lektionen, die uns die sogenannte singhalesische Linke erteilt hat. Es liegt, glaube, ich an dem historischen Versäumnis der singhalesischen Linken, sich auch unter den arbeitenden Massen der Tamilen eine politische Basis aufzubauen. Dieses fehlende politische Bewußtsein für die Probleme des tamilischen Volkes hat dazu geführt, daß heute keine der singhalesischen Linksparteien, einschließlich der marxistischen, unseren Befreiungskampf unterstützt.



V . Prabakaran, Vorsitzender und militärischer Leiter der LTTE

Welche Aufgabe hätten denn Eurer Meinung nach die progressiven singhalesischen Kräfte?

Welche Aufgabe hätten denn Eurer Meinung nach die progressiven singhalesischen Kräfte?

Wir berufen uns in der Auseinandersetzung mit der singhalesischen Linken auf Lenins Texte zur Nationalitätenfrage und dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Von dieser analytischen Grundlage aus fordern wir die singhalesischen revolutionären Kräfte auf, sich unseren Befreiungskampf zu ihrer eigenen Sache zu machen. Der Bourgeosie in Sri Lanka ist es immer wieder gelungen, durch ihre chauvinistische Hetze gegen das tamilische Volk die Arbeiterklasse zu schwächen und vom Klassenkampf abzulenken, das Entstehen von Klassenbewußtsein zu verhindern. Die Aufgabe der Linken ist es also, diese chauvinistische ideologische Hegemonie der Bourgeosie zu brechen und die singhalesischen Massen im Sinne der demokratischen Rechte unserer unterdrückten Nation zu erziehen. Eine solche Strategie würde die Ausgangsbedingungen für eine Intensivierung des Klassenkampfes durch das singhalesische Proletariat erheblich verbessern. Ein befreites sozialistisches Tamil Eelam wäre dem singhalesischen Proletariat ein revolutionärer Verbündeter im Kampf gegen die eigene Bourgeosie.

Die Liberation Tigers haben in der westeuropäischen Linken, soweit sie dort überhaupt bekannt sind, durch eine Reihe von Anschlägen Aufmerksamkeit erregt. In der englischsprachigen Presse werden diese Anschläge in der Regel als ,,hit and run''-Attacken bezeichnet. Über Eure politisch-militärische Strategie weiß man hierzulande wenig.

Also, mit dem Begriff ,,hit and run'' ist unsere politisch-militärische Strategie jedenfalls nicht zutreffend charakterisiert. Dieser Begriff gehört vielmehr zur breit angelegten Desinformationskampagne des singhalesischen Regimes und der ihm nahestehenden westlichen Bourgeosie-Presse. Dort werden wir in aller Regel als ,,Terroristenbande'' dargestellt. Unser militärisches Ziel beschränkt sich weder darauf, die bloße Konfrontation mit den bewaffneten Kräften des Aggressors zu suchen, noch glauben wir, daß unser revolutionärer Widerstand eine Alternative zu einer Massenbewegung sein kann. Vielmehr sind wir der Meinung, daß der bewaffnete Kampf nur mit der Zustimmung und aktiven Unterstützung der breiten Masse geführt werden darf. Die Geschichte des bewaffneten Kampfes der Tigers umfasst nun schon einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren. Laß mich auf Beispiele des letzten Jahres zurückgreifen. 1984 hat das singhalesische Militär seine Angriffe gegen die unschuldige Zivilbevölkerung eskaliert. Wir sind diesen Ausschreitungen mit einer Guerillaoffensive begegnet. Im Zeitraum von August bis Anfang September haben wir eine ganze Serie von taktischen Verteidigungsschlägen

mit einer Guerillaoffensive begegnet. Im Zeitraum von August bis Anfang September haben wir eine ganze Serie von taktischen Verteidigungsschlägen

vorgetragen. Dabei wurden nach unseren Schätzungen mehr als 100 Armeesoldaten und Polizisten getötet und zahlreiche Militärfahrzeuge, darunter auch Panzerwagen, zerstört. Wir legen Hinterhalte, und begeben uns dann in die offene bewaffnete Auseinandersetzung. Diese Art der Kriegsführung hat zu großer Konfusion und Demoralisierung innerhalb der Reihen unserer Feinde geführt. Die singhalesischen Soldaten sind in der Regel sehr jung und unerfahren, sie leben in einem fremden Land, dessen Sprache sie nicht sprechen und sind sich der Tatsache bewußt, daß sie von unserer Bevölkerung abgrundtief gehaßt werden. Sie haben keine moralischen Beweggründe in diesem Krieg ihr Leben einzusetzen, sondern sind nichts anderes als bezahlte Diener der herrschenden Elite ihrer Nation. Dazu müssen sie mit der permanenten Angst vor einem unsichtbaren Feind leben, der an jedem Ort und zu jeder Zeit zuschlagen kann, und der sie für die Verbrechen an unserem Volk nicht ungestraft davon kommen lassen wird. Die blutigen Vergeltungsaktionen des Militärs haben mittlerweile dazu geführt, daß die gesamte tamilsprachige Bevölkerung, einschließlich der islamischen Gemeinde, sich feindlich gegen das rassistische Regime stellt und sich der Tatsache bewußt wird, ausgerottet und vertrieben zu werden. Die extreme Repression des Regimes erzeugt also selbst die objektiven Bedingungen dafür, daß sich der bewaffenete Widerstand zu einem Volksbefreiungskrieg ausweitet. Unser bewaffneter Kampf entwickelt sich mittlerweile zu einer Massenbewegung, wir wachsen sehr schnell. Für die nähere Zukunft planen wir deshalb unsere Guerillaeinheiten weiter aufzustocken, um schließlich durch die Bewaffnung und militärische Ausbildung von immer größeren Teilen des Volkes eine Volksbefreiungsarmee aufzubauen.

Gibt es denn bereits heute Beispiele von einem gemeinsamen Vorgehen der zivilen Bevölkerung und bewaffneten Einheiten gegen die Angriffe der singhalesischen Armee ?

Ja, mehrere — am 9. April vergangenen Jahres richteten die Truppen der singhalesischen Luftwaffe ein Blutbad unter den Marktbesuchern der Kleinstadt Chunnakam an. Zur Vergeltung legten wir deshalb einen Hinterhalt für einen Armee-Konvoi, töteten 15 Soldaten und verletzten weitere 25 schwer. Die überlebenden Soldaten haben daraufhin die wehrlosen Zuschauer unter Feuer genommen, und sind dann mordend durch die Straßen gezogen. Zu ihrer Selbstverteidigung bauten die Anwohner Straßenbarrikaden. Unsere Guerillaeinheit hat dann Handgranaten an die Anwohner verteilt und die Verteidigung organisiert, sodaß sich das Militär an mehreren Stellen der Stadt zurückziehen mußte. Wir können wirklich nicht passive Zuschauer bleiben, wenn unser Volk abgeschlachtet wird.

Es gibt ja nun auch noch zahlreiche andere Befreiungsorganisationen. Die Beziehungen zwischen den Organisationen scheinen sehr gespannt zu sein. 1982 trugen der Führer Deiner Organisation, Prabhakaran und der Führer der PLOT — Maheshwaran — in Madras sogar eine Schießerei aus. Kannst Du einmal aus Deiner Sicht schildern, was Euch von den anderen Organisationen unterscheidet und wie es um die Versuche, die Organisationen zu vereinigen, steht.

Die Zielvorstellung eines sozialistischen Tamil Eelam ist allen Organisationen gemeinsam, die Unterschiede liegen hauptsächlich im ideologischen Bereich, sowie in der militärischen Strategie. Die LTTE ist die älteste und stärkste aller Organisationen, wir operieren nicht vom Ausland, wie andere Organisationen, sondern leben und arbeiten zusammen mit unserem Volk. Wir glauben nicht an einen finalen Krieg, an das Aufstellen einer Armee die das tamilische Volk befreien wird, sobald sie nur stark genug ist. Stattdessen, wie ich das vorhin schon ausgeführt habe, sind wir der Meinung, daß sich das Volk nur selbst befreien kann. Dafür muß man zusammen mit den Menschen leben und ihre Alltagsprobleme kennen. Anders lassen sich die Massen nicht mobilisieren und für eine sozialistische Revolution gewinnen. Wir sind der Meinung, daß der bewaffnete Kampf schon heute geführt werden muß, die singhalesische Armee modernisiert mit westlicher Hilfe laufend ihre Armee und rüstet auf. Die Bedingungen werden also schlechter je länger man abwartet. Das sind so einige der wichtigen Unterscheidungsmerkmale.

Den wirklichen Masseneinfluss der

Bedingungen werden also schlechter je länger man abwartet. Das sind so einige der wichtigen Unterscheidungsmerkmale.
Den wirklichen Masseneinfluss der

LTTE kannst Du am Erfolg unserer Wahlboykottkampagne des Jahres 83 ablesen. Bei den Kommunalwahlen am 18.Mai 83 sind 90% der stimmberechtigten Tamilen des Nordens unserem Boykottaufruf gefolgt. Die TULF, die sich dem Boykottaufruf widersetzte und trotzdem kandidierte, hatte damit ihren politischen Masseneinfluß endgültig verspielt.

Der von dir erwähnte Führer der PLOT war für eine kurze Zeit leitender Kader unserer Organisation. Er wurde vom Zentralkommitee nach einstimmigem Beschluß ausgeschlossen, weil er grundlegende moralisch-disziplinäre Regeln unserer Organisation verletzt hatte. Diese Regeln einzuhalten ist unabdingbar in einem Kriegszustand, gerade für leitende Kader, die ein Vorbild für andere sein müssen. Zu diesen Regeln gehört zum Beispiel die Selbstverpflichtung aller Guerillakämpfer, sich der Verhaftung durch den Freitod zu entziehen. Im Gegensatz zu anderen Organisationen, die solche Regeln nicht befolgen, haben wir keine Verluste durch unter der Folter erpreßte Geheimnisse zu verzeichnen. Zur Frage der Vereinigungsbemühungen: hier gibt es in letzter Zeit einige Fortschritte zu verzeichnen. Allerdings sind wir nicht der Meinung, das es jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um in Südindien oder im Ausland zu sitzen und die Zeit mit Diskusssionen über Fragen der Kriegsführung zu vertun, während zu Hause unser Volk abgeschlachtet wird. Wir fordern deshalb alle anderen Befreiungsorganisationen dazu auf, in diesem kritischen Stadium der Zuspitzung der revolutionären Situation den bewaffneten Kampf mit uns gemeinsam aufzunehmen und unser Volk gegen den Aggressor zu verteidigen. Das ist die beste Vereinigung, die wir uns vorstellen können.

Wir danken für dieses Gespräch

Der MIR zu den nächsten Aufgaben in Chile

Ausnahmezustand, Repression und Einschüchterung der Massenbewegung einerseits, mehrere spektakuläre bewaffnete Aktionen andererseits — das war die Jahreswende 1984/85 in Chile. Wie stark wurde die Linke von den Regierungsmaßnahmen getroffen? Welche Perspektiven gibt es für die Basisbewegung unter dem Belagerungszustand? Welche Konzepte vertritt die bürgerliche Opposition? Was sind die wichtigsten Probleme und Aufgaben in der nächsten Zeit? Zu diesen und weiteren Fragen nahmen Mitte Januar in Santiago einige Vertreter der Bewegung der revolutionären Linken, MIR, Stellung. Ihre wesentlichen Aussagen sind im folgenden zusammengefaßt. (Anm 1)



Die Linke und die Protestbewegung unter dem Belagerungszustand

Zunächst muß man verstehen, warum der Belagerungszustand vom Regime verhängt wurde. Die nationale Krise hatte sich während des Jahres 84 weiter vertieft. Die Protestbewegung entwickelte sich im Vergleich zu 1983 kämpferischer und radikaler. Die Zahl der Pobladores, die sich am Barrikadenbau und militanten Widerstandsformen während der Proteste beteiligte, nahm zu. Die Entwicklung der politischen Opposition gegen das Regime verlief zugunsten der MDP (Volksdemokratischen Bewegung). Anfang 83 war es noch die Demokratische Allianz (AD), die im wesentlichen die Opposition repräsentierte. Im Verlauf des Jahres 84 nahm der Einfluß der MDP zu, und sie konnte gegenüber der bürgerlichen Opposition erhebliches Terrain gewinnen. Sowohl 1983 als auch 1984 gab es die Perioden der sogenannten Öffnung, auf jeden Fall des ,,Dialogs'' zwischen Regime und Opposition. 1983 konnten damit — mit den Versuchen, Pinochet über Verhandlungen zum Rücktritt und zu einem demokratischen Übergang zu bewegen — noch Hoffnungen und Illusionen verbreitet werden. Die zahlreichen Dialogversuche im September/Oktober 1984 erreichten dieses Ziel nicht. Der Nationalstreik am 30. Oktober, von dem sich die bürgerliche Opposition zwar nicht distanzierte, zu dem sie aber auch nicht aufgerufen hatte, wurde zum größten und entschiedensten aller bisherigen Proteste. Damit begann zugleich eine neue Phase, nämlich die der aktiven Beteiligung von beträchtlichen Teilen der Arbeiterschaft (die noch Arbeit hat) am Kampf gegen die Diktatur.

Die Dialogversuche der bürgerlichen Opposition bewirkten nicht die beabsichtigte Isolierung der MDP, noch die Formierung der kleinbürgerlichen und Mittelschichten. Am Streik beteiligten sich relevante Teile der Einzelhändler, der Transportunternehmer und anderer Sektoren, die traditionell eher der Christdemokratie zuzurechnen sind.

Aus all dem ergibt sich, daß die bürgerliche Opposition mit ihren Verhandlungs- und Dialogangeboten diesmal nicht viel gewonnen hat, aber Gefahr lief, sich von der Basisbewegung zu isolieren. Das Regime seinerseits konnte und wollte bezüglich eines demokratischen Übrgangs vor 1989 nicht viel anbieten. Die Diktatur hat es auch nicht geschafft, trotz einiger Versuche, die politische Rechte zu formieren und sich damit einen (wenn auch kleinen) politischen Rückhalt zu organisieren. Vor diesem Hintergrund, insbesondere dem Aufschwung der Protestbewegung durch den erfolgreichen Streik, wurde der Belagerungszustand verhängt. Was will das Regime damit erreichen?

Drei Ziele sind offenkundig: Erstens geht es darum, die soziale Protestbewegung zu stoppen, zweitens darum, die

erreichen?
Drei Ziele sind offenkundig: Erstens geht es darum, die soziale Protestbewegung zu stoppen, zweitens darum, die

Linke, insbesondere die MDP, zu stören, zu behindern und zu desorganisieren, und drittens darum, die bürgerliche Opposition auf die Knie zu zwingen, um später unter den Bedingungen, die das Regime diktiert, langwierige, ,,demokratische'' Übergangspläne vorzulegen.

Getroffen hat dieses Vorgehen der Diktatur vor allem zwei Ebenen; nämlich die soziale Basisbewegung und die alternativen Kommunikationsmedien. Die Verhaftungen, Relegationen, Massenrazzien und die Präsenz von Zehntausenden von Militärs auf den Straßen haben die Arbeitsfähigkeit der sozialen Organisationen, in manchen Gebieten auch ihre Strukturen getroffen — allerdings nicht zerschlagen. Der Effekt der Einschüchterung der Massenbewegung ist unbestreitbar.

Die Zensur gegen die oppositionellen Zeitschriften und die schärfere Repression im allgemeinen, erschweren die Koordination, die Verbreitung von Agitation und Propaganda, die Organisierung von Versammlungen usw. Dies trifft auch die linken Organisationen und erschwert ihre Arbeit z.T. beträchtlich. Die wesentlichen Strukturen, der ,,Apparat'' und die Verbindungen zur sozialen Bewegung konnten aber aufrechterhalten werden. Dies gilt zumindest für Santiago; in einigen Provinzen, insbesondere im Norden, wurde die MDP stärker getroffen, Verhaftete und Relegierte sind schwerer zu ersetzen, das Auseinanderfallen der Strukturen ist schwerer aufzufangen.

Die Proteste vom 27./28. November unter dem Belagerungszustand haben

Strukturen ist schwerer aufzufangen.
Die Proteste vom 27./28. November unter dem Belagerungszustand haben

gezeigt, daß die Bereitschaft zum Kampf gegen die Diktatur weiterhin vorhanden ist. Die gesamte Linke war sich darüber klar, daß die Massenbewegung durch die Maßnahmen der Diktatur einen Rückschlag erlitten hat. Die Protestaufrufe zum 12. und 15. Dezember wurden praktisch nicht befolgt, weil sie kaum verbreitet und bekannt waren. Absprache und Koordination innerhalb der Oppositionsgremien hatten nicht geklappt, und es fehlte die Kapazität, die Aufrufe zum Protest zu verbreiten, dafür zu agitieren etc. Der Aufruf zum 15. Dezember war eine Initiative der lokalen MDP-Führung Santiagos, die irrtümlich als nationaler Aufruf in internationale Medien gelangte (Radio Moskau etc.). All diese Schwierigkeiten zeigen, daß die Diktatur der Protestbewegung einen Schlag versetzen konnte, indem sie die Bedingungen für den Widerstand erschwert. Belagerungszustand und Repression haben es aber nicht geschafft, das erreichte politische Bewußtsein zurückzuschrauben. Die Überzeugung, daß Protest und Widerstand gegen die Diktatur notwendig sind, ist nach wie vor vorhanden, ebenso wie die Bereitschaft zur aktiven Opposition. Ausdruck davon sind die zahllosen kleinen Aktionen, die seit November beständig stattfinden, Aktionen des zivilen Ungehorsams, Töpfeklappern, Blitzdemonstrationen auf den Straßen, Versammlungen und Veranstaltungen trotz Ausnahmezustand, auch Barrikaden und Stromausfälle. Diese Aktionen sollen von den bewußtesten Teilen der Opposition auch in den (traditionsgemäß eher ruhigen) Sommermonaten Januar und Februar fortgesetzt werden, um die Einschüchterung zu überwinden und um gleichzeitig, neue Kräfte zu sammeln und zu restrukturieren (siehe dazu auch unten).

Die Imperialisten und die Diktatur
Welche „Lösung" gibt es?

Daß die USA Pinochet als eine Art kleineres Übel weiterhin unterstützen, ist klar, darüber kann auch ihre vorsichtig kritische Diplomatie nicht hinwegtäuschen. Die Lage ist aber für die Diktatur, den Imperialismus und die chilenische Monopolbourgeoisie nicht ganz einfach.

Die ökonomische Krise wird sich in diesem Jahr weiter verschärfen. Eine Lösung für die Außenschuld und die zerrüttete Wirtschaft gibt es vorerst nicht. Generell existieren zwei Möglichkeiten für den Imperialismus:

1. die bürgerliche Lösung nach dem Muster von Argentinien/Uruguay, die aber in Chile erhebliche Risiken in sich birgt, weil eine bürgerlich-demokratische Regierung kein Kon-



zept für die Bewältigung der Wirtschaftskrise hat, weil sie unter Ausschluß der MDP und damit unter Ausschluß eines relevanten Teils des Volkes regieren müßte. Eine Zuspitzung der politischen und sozialen Widersprüche in Richtung auf eine revolutionäre Krise wäre unvermeidlich.

2. Pinochet bleibt bis 1989 im Amt, was notwendig zu einer weiteren Polarisierung der politischen Kräfte und der Radikalisierung der Volkskräfte führt. Die relative Stärke der linken, oder genauer der revolutionären Organisationen (die es auf solchem Niveau weder in Argentinien noch in Uruguay gab/gibt) ist für die herrschenden Kräfte die Hauptschwierigkeit bei der Suche nach einem politischen Ausweg.

Entsprechende Widersprüche über das weitere Vorgehen existieren deswegen sowohl innerhalb der Diktatur als auch im State Department, Widersprüche über Ausmaß und Dauer der Repression und des Belagerungszustandes, über Möglichkeiten und Chancen, eine völlige Zerschlagung der Linken zu versuchen (ein Versuch, der offensichtlich z.Zt. nicht riskiert wurde, es wird gestört und behindert, aber nicht ausgeschaltet) und Widersprüche natürlich über die bestmöglichen Formen eines ,,demokratischen Übergangs''.

Diese Widersprüche sind vorhanden, sie sind Ausdruck einer gewissen **politischen** Schwäche der Diktatur, sind aber nicht entscheidend für ihre Ablösung.

Einheit der Opposition und Dialog

Ein engerer Zusammenschluß der Opposition ist heute wichtiger, notwendiger und unverzichtbarer als je.

Mit der einfachen parole ,,Alle gemeinsam gegen Pinochet'' ist es dabei nicht getan, denn Pinochet ist nicht eine einzelne Figur, sondern er repräsentiert den Imperialismus, die chilenische Monopolbourgeosie und die Streitkräfte. Darüberhinaus sind die Oppositionsparteien Vertreter der unterschiedlichen sozialen Klassen, deren gegensätzliche Interessen sich nicht durch die subjektive Bereitschaft zur Einheit wegdiskutieren lassen.

Andererseits sind durch den letzten ,,Schlag'' der Diktatur die Bedingungen für die Zusammenarbeit der Opposition günstiger geworden.

Im September/Oktober hatte es die fieberhaften Verhandlungen um den sogenannten ,,Pacto Constitucional'' (Anm. 2) gegeben. Die rechten Kräfte der Demokratischen Allianz wollten mit diesem ,,Pacto'' eine Grundlage für Verhandlungen mit dem Regime schaffen und (u.a. deswegen) die revolutionären Organisationen — insbesondere MIR und KP — isolieren. Mit Organisationen, die nicht bereit sind, der Gewalt abzuschwören, die Anerkennung aller Kampfformen aufzugeben, könne es keine Gemeinsamkeit geben. Dies wurde in der Diskussion und in der Presse beständig hochgespielt.

Für die Mittelkräfte der Opposition war der ,,Pacto Constitucional'' das Mittel, um eine Art gemeinsamer Minimalplattform zu schaffen. Die MDP und ganz besonders der MIR mußten zusehen, daß sie auf dem diplomatischen Parkett, d.h. auf der Ebene der Spitzengespräche nicht an Boden verlieren und die bürgerliche Opposition einen ,,Pakt'' unter Ausschluß der Linken unterzeichnet.

Die Verhandlungen innerhalb der Opposition über den Pacto Constitucional haben sich durch die Maßnahmen der Diktatur zunächst von selbst erledigt, ebenso wie das Bemühen der rechten Kräfte um einen Dialog mit dem Regime.

Das Konzept der rechten Teile der Demokratischen Allianz bleibt aber auf die nächstmögliche, noch so winzige ,,Öffnung'' orientiert. Einige Teile (die Sektoren um den Christdemokraten Aylwin und um Silva Cimma) sind weiter nach rechts gerückt, sie nehmen Abstand von der Linie der sozialen Mobilisierung und warten auf eine nächste Phase der Verhandlungsbereitschaft des Regimes. Andere Teile der AD und des Sozialistischen Blocks (Radikale Partei, Christliche Linke, Proden mit Jorge Lavandero) rücken näher an die MDP heran.

Diese Situation muß genutzt werden, um einen neuen erweiterten Bezugspunkt oder ein Zentrum der Opposition zu schaffen, das einen breiteren demokratischen Konsens gegen die Diktatur darstellt als die einzelnen, getrennten Blöcke bisher.

Ansatzpunkte dafür sind der gemeinsame Kampf gegen Belagerungszustand, Pressezensur, Relegationen etc. Daraus ergibt sich noch kein langfristiges programmatisches Bündnis, aber eine taktische, konjunkturelle Zusammenarbeit, die Schritt für Schritt ausgebaut werden kann.

Unverzichtbar ist dabei für die MDP: Kein Dialog mit dem Regime, Beseitigung der Diktatur und ihrer Verfassung! Mit allen Kräften, die diese Grundposition teilen, wird die Zusammenarbeit und Vereinheitlichung gesucht.

Klar ist dabei, daß über weitere Grundpositionen der MDP kurzfristig kein Konsens herstellbar sein wird, wie etwa: die Anerkennung aller Kampfformen, Auflösung der CNI, Demokratisierung der Streitkräfte, radikale Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen der Diktatur und Bestrafung der Schuldigen. Auch diese Punkte sind letztlich für die MDP unverzichtbar, die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Oppositionskräften ist aber nicht vom Konsens über all diese Punkte abhängig. Die Zusammenarbeit kann über die gemeinsamen Aktionen gegen die aktuelle Repression und über weniger umstrittene Programmpunkte entwickelt und Schritt für Schritt ausgebaut werden. Dies bleibt eine komplizierte Aufgabe, ihre Lösung ist aber notwendiger denn je und nicht unmöglich.

In diesem Sinne wird an der Vorbereitung weiterer Proteste nach der Sommerpause gearbeitet.

Unzweifelhaft ist, daß die Durchführung von Protesten und erst recht einem Streik schwieriger sein wird als früher (wenn man davon ausgeht, daß der Belagerungszustand im Februar verlängert wird, was anzunehmen ist). Es reicht aber eben nicht, still auf seine Aufhebung zu warten, sondern die Protestbewegung muß sich ihm stellen.

Dazu müssen während der Sommermonate beständig und beharrlich kleine Aktionen durchgeführt werden. Am 12. Februar ist der Jahrestag des traditionsreichen (von Pinochet verbotenen) Gewerkschaftsbundes CUT. Ebenfalls im Februar findet in Vina del Mar das chilenische Schlagerfestival statt — beides wichtige Termine für mehr oder weniger große Aktivitäten.

Ebenso wichtig ist, den legalen Spielraum den sich die Linke in den letzten Jahren erobert hat, zu verteidigen. Dies gilt besonders für Organisationen wie den MIR, aber auch für die MDP insgesamt.

Eine zentrale und dringende Aufgabe besteht darin, die Basisorganisationen zu stärken, neue Impulse für den aktiven Protest zu vermitteln, und die Koordination zu verbessern. Es hatten sich in Santiago (in den verschiedensten Elendsvierteln) und in den größeren Provinzstaaten Koordinationsgremien entwickelt (mesas de concertación), in denen die Vertreter der jeweiligen politischen Organisationen und der Massenorganisationen zusammenarbeiten. Diese mesas de concertación müssen gestärkt und erweitert und überregionale Strukturen geschaffen werden. Das Ziel ist, eine nationale Koordination der Basisbewegung.

Weitere dringende Aufgaben stellen sich im Bereich der Selbstverteidigung und der Milizen. Der Schutz der Protestbewegung gegen die Übergriffe der Repression ist nach wie vor unzureichend. Die vorhandenen Ansätze zur Selbstverteidigung, d.h. die Ausbildung und Organisierung der Pobladores gegen das Eindringen von Polizei und Militär, die entsprechende Organi-

Selbstverteidigung, d.h. die Ausbildung und Organisierung der Pobladores gegen das Eindringen von Polizei und Militär, die entsprechende Organi-

sierung der Studenten, Jugendlichen etc. müssen ausgebaut werden.

Eine Stufe darüber agieren die Milizen des Widerstandes, die in enger Verbingung mit ihrem sozialen Umfeld ständige kleinere Aktionen durchführen. Diese lokalen Milizen, die ihre Arbeit eng an der Situation und den Problemen ihres Gebiets ausrichten, sind vorhanden und sind aktiv, aber noch längst nicht in ausreichendem Maße.

Und schließlich ergibt sich aus der aktuellen Situation die besondere Bedeutung der militärischen Front. Ihre Existenz und Einsatzfähigkeit zeigt sich immer wieder in den zum Teil sehr erfolgreichen Aktionen. Auch dieser Bereich muß gestärkt und erweitert werden. In all diesen Bereichen ist der MIR vertreten und aktiv. Der letzte ,,Schlag'' der Diktatur hat den MIR nicht in besonderer Weise getroffen (schwerer war der Schlag im August, als 7 Mitglieder des Widerstandes von Repressionskräften ermordet und 7 weitere verhaftet wurden). Die Arbeit geht auch in der jetzigen Situation weiter, um die tiefe nationale Krise des Landes in eine revolutionäre Krise zu verwandeln.

M., Lateinamerikakommission

Anm. 1 Der Artikel ist das Ergebnis mehrerer Gespräche, die zu lang waren, um sie in Interview-Form zu bringen. Es handelt sich also nicht um wörtliche Formulierungen der Vertreter des MIR, sondern um eine Zusammenfassung (möglicherweise hier und da auch Interpretation) durch die westdeutschen Gesprächspartner.

Amn. 2 Der Pacto Constitucional wurde von Persönlichkeiten der Opposition ausgearbeitet, dann vom Sozialistischen Block und der Demokratischen Allianz übernommen. Er macht im wesentlichen Vorschläge für die Einrichtung demokratischer Institutionen nach einer Ablösung der Diktatur, geht aber nicht auf Möglichkeiten und Methoden zum Sturz der Diktatur ein.

Letzte Meldung

Die MDP (linkes Parteienbündnis) ist Ende Januar für illegal erklärt worden. Einige Mitglieder der Führung in Santiago wurden inzwischen verhaftet.

Die Verteidiger der drei, von den „Consejos de guerra'' zum Tode verurteilten Genossen (siehe auch AK 254, 255) hatten vor dem Obersten Zivilgericht Widerspruch wegen Unverfassungsmäßigkeit dieser Kriegsgerichte eingelegt. Der Oberste Gerichtshof hat am 29.1. ihre Verfassungsmäßigkeit erklärt: ohne Begründung. Die Anwälte haben wegen der fehlenden Begründung eine Eingabe gemacht. Bis Anfang März ist in Chile Gerichtspause. Um den Kampf für das Leben der Genossen zu unterstützen, bitten wir um Spenden auf das Konto:

E. Hafner
Postscheckamt Hamburg
Kto.-Nr.: 5709 80 - 209
BLZ: 200 100 20
Stichwort: ***Libertad***

Zwei Monate in San Martin

Erfahrungen zweier Arbeitsbrigadisten in einer Kriegszone in Nicaragua

Im Spätherbst vergangenen Jahres fuhr eine Arbeitsbrigade nach Nicaragua. Wir interviewten eine Brigadistin und einen Brigadisten über ihre Erfahrungen während ihres Aufenthalts in San Martin, einem kleinen Dorf im Süden Nicaraguas. Dort arbeiteten sie zusammen mit 17 weiteren Brigadistinnen und Brigadisten für zwei Monate an dem Aufbau einer neuen Siedlung für Kooperativisten und ihre Familien, die sich aus einem weiter südlich gelegenen Dorf (La Union) wegen ständiger Contra-Angriffe zurückziehen mußten. Diese neue Siedlung grenzt an ein schon bestehendes Dorf (San Martin), in dem zur Zeit ca. 400 Menschen leben. Gebaut wird auf dem Grundbesitz der dort ansässigen 17 Mitglieder zählenden Kakaokooperative, für die der Zuzug der Bewohner aus La Union nicht nur eine langersehnte Vergrößerung ihrer Kooperative bedeutet, sondern gleichzeitig eine wesentliche Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des gesamten Dorfes.

Die Situation und der Alltag in Nicaragua werden gegenwärtig durch den Krieg bestimmt, den die Contras gegen das Volk führen. Und mit dieser veränderten Situation müssen auch die Menschen klar kommen, die nach Nicaragua fahren, um dort im Rahmen der Arbeitsbrigaden zu arbeiten.

Ihr wart vor einem Jahr schon einmal mit einer Arbeitsbrigade in Nicaragua. Was ist heute anders als damals?

Ihr wart vor einem Jahr schon einmal mit einer Arbeitsbrigade in Nicaragua. Was ist heute anders als damals?

Es war schon sehr viel anders, verglichen mit unseren Erfahrungen vor einem Jahr, als wir mit der ersten Arbeitsbrigade nach Nicaragua gefahren sind. Damals waren wir 150, nun nur 19. Vor einem Jahr wurden wir noch mit viel Presse verabschiedet, und in Managua von Ernesto Cardenal mit Handschlag begrüßt. Dieses Mal war alles viel nüchterner, auch selbstverständlicher. Unser Gepäck wurde am Zoll gefilzt, und eine Packung Tee eingezogen, da für Nicaragua ein Importverbot für Tee besteht. Auch unser Hinweis, daß wir als Brigadisten da waren, spielte keine Rolle. Wir fühlten uns natürlich nicht schlecht behandelt von der Frente, aber es ist doch ein Zeichen dafür, daß gewissermaßen Alltag eingekehrt ist im Verhältnis zwischen der Soli-Bewegung und der Frente.

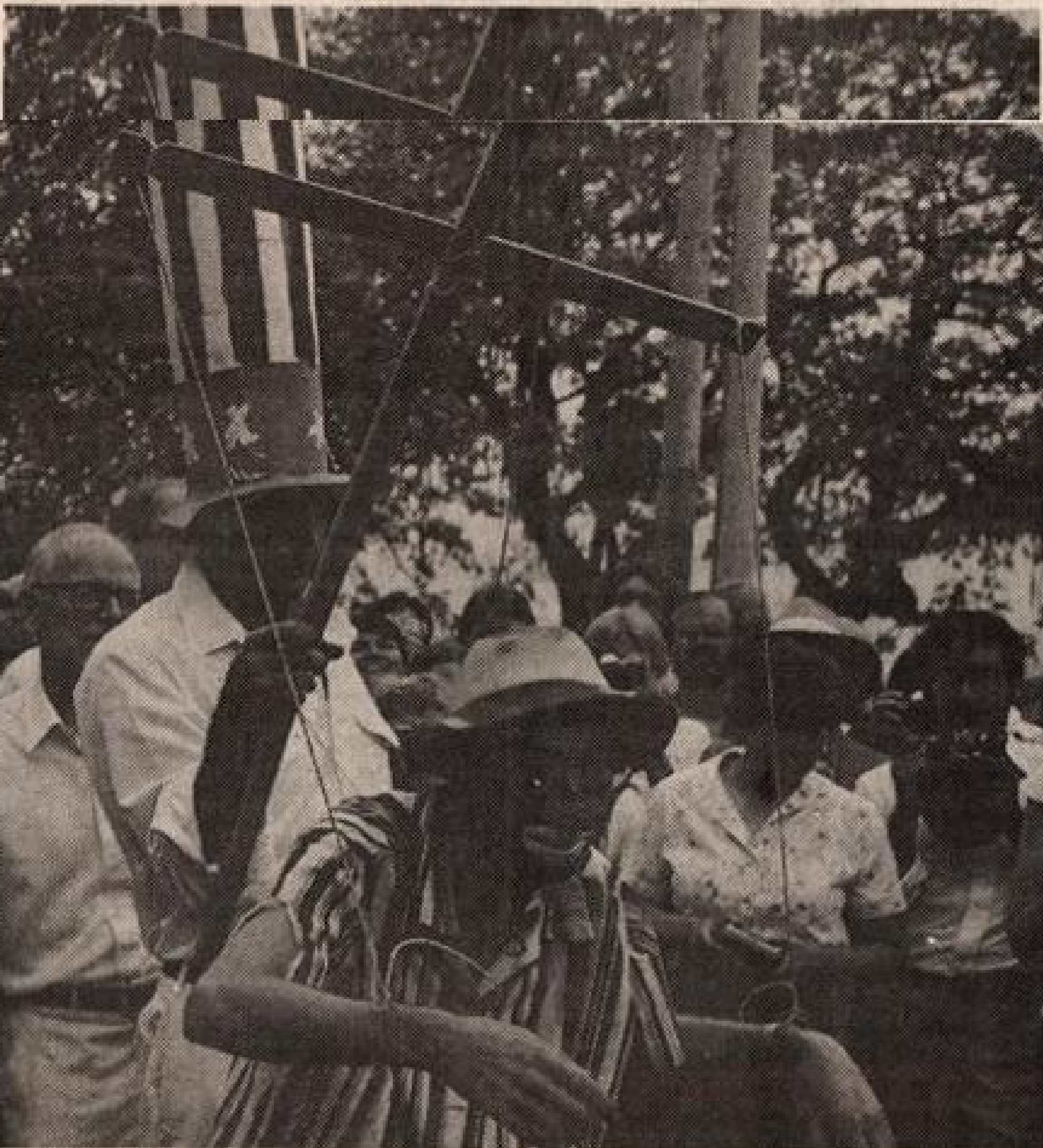
An der Bedeutung der Unterstützung durch Arbeitsbrigaden hat sich nichts verändert. Aber man muß sich doch gefühlsmäßig auf andere Sachen einstellen. Als wir das erste Mal da waren, gab es doch viele Momente, durch die wir einen revolutionären Anstoß durch Treffen mit der Frente erfahren haben, und auch die gesamte emotionale Situation war eine andere. Diesmal hatten wir kaum offizielle Treffen, und das Projekt stand ganz klar im Vordergrund, die Arbeit, die wir dort leisten sollten. Und das ohne große Anleitung durch die Frente, also mehr auf uns selbst gestellt.

Die erste Brigade war von der personellen Zusammensetztung her bestimmt durch Leute aus der Soli-Szene und der Linken ganz allgemein. Ist dies heute anders ...?

Vor einem Jahr fuhren hauptsächlich Leute, die sich schon länger mit, sagen wir, antiimperialistischer Solidaritätsarbeit befaßt hatten. Die Brigade damals bestand aus sehr entschlossenen Leuten, wenn auch unterschiedlicher politischer Richtungen und Strömungen. Die Zusammensetzung unserer „Herbstbrigade" spiegelte dagegen die Tatsache wider, daß die Nica-Solidarität sich sehr verbreitert hat, d.h. unpolitischer geworden ist. Auf unseren ersten Vorbereitungstreffen im Herbst 84 stand für einige im Vordergrund, mal aus der BRD wegzukommen, aus dem ganzen Schlamassel — somit sehr persönlich individuell bezogene Motive. Ich hatte das Gefühl, das sich manche mit der speziellen Situation in Nicaragua heute gar nicht auseinandergesetzt hatten, und vermißte antiimperialistische Positionen bei den Mitfahrenden. Die mangelhafte Vorbereitung auf die Situation vor Ort wirkte sich sofort nach der Ankunft in San Martin aus.

Dieses Dorf liegt in einer Kriegszone, was heißt, daß dort Contra-Angriffe stattfinden und auch während der Zeit als wir dort waren stattgefunden haben. So, und diese Situation traf einige aus heiterem Himmel. Es fiel auch der Satz: „So habe ich mir das nicht vorgestellt!" Die Gruppe war im Großen und Ganzen nicht darauf vorbereitet, daß in diesem Gebiet geschossen wird und daß man selbst angegriffen werden kann. Die Angst war groß und bestimmte gleich zu Anfang nicht nur den Inhalt, sondern auch die Form der Diskussionen. Eine andere Folge war, daß aus diesen Gründen gleich zu Beginn drei Leute von uns San Martin verließen:

In den Vorbereitungstreffen wurde zwar gesagt, San Martin ist ein Ort, der schon überfallen worden ist, daß es aus dem Ort selber Unterstützung für die Contras gibt und einige Familien aus dem Dorf abgehauen sind. Das war uns alles bekannt, aber diese Dinge spielten doch in der Vorbereitung keine ihrer Wichtigkeit entsprechende Rolle. Und der Grund liegt darin, daß es in letzter Zeit schwieriger war, genug Leute für Brigaden zu werben. Man nimmt also jeden und geht lieber das Risiko ein, daß die Leute schon vor Ort mit der Situation fertig werden. So redet man hier in der BRD auch nicht davon, daß es dort überall Waffen gibt — notwendigerweise — daß Mörsergefechte stattfinden, daß dort Leute in der Umgebung ermordet werden. (...) Um der Breite willen werden hier solche Sachen unter der Decke gehalten, und so kommt es zustande, daß Brigadisten und Brigadistinnen total überrascht sind, wenn sie in eine solche Situation in Nicaragua kommen.



Ich finde es auch schwierig, wie man dies hier besprechen will, wie eine „richtige" Vorbereitung aussehen sollte. Aber auf jeden Fall muß man und frau offen darüber reden können, daß auch eine Arbeitsbrigade, sofern sie in eine Kriegszone geht, sich auf eine bewaffnete Verteidigung einstellen muß. Natürlich kommt man damit in den Konflikt mit Bündnisvorstellungen gegenüber Leuten aus der Friedensbewegung.

Aber ihr setzt euch doch seit langer Zeit mit dem Krieg in Mittelamerika auseinander. Ihr mußtet doch Bescheid wissen ...

Wir waren von der Sicherheitslage in San Martin nicht überrascht. Überraschend war für uns nur die Überraschtheit eines großen Teils der anderen. Wir wußten, daß die Bevölkerung des Dorfes gespalten ist, einige unterstützen die Contras, der größere Teil aber die FSLN. Und wie es immer ist, ein großer Teil ist auch indifferent. Ich kann nur sagen, daß jeder und jede, die sich informieren wollte, eigentlich relativ genau wissen konnte, was ihn oder sie erwartet. Für mich ist eindeutig der geringe Grad an Politisierung — die meisten standen gar nicht in politischen Zusammenhängen — verantwortlich dafür, daß man sich nicht die notwendigen Informationen über Nicaragua zugänglich machte.

Welche Konflikte hattet ihr denn innerhalb der Brigade?

Wir waren in San Martin die erste Brigade, die dort jemals war. Wir mußten erstmal das Haus, das uns zur Verfügung gestellt worden war, soweit herrichten, daß wir darin leben konnten. Das heißt natürlich auch, daß wir das Haus so herrichten mußten, daß wir uns vor Contra-Angriffen schützen konnten. Wir haben also ein Refugio (Unterschlupf) gebaut und einen Schützengraben, der ums halbe Haus lief. Ein Mitglied der Brigade fand es „macho-mäßig", dort einen Schützengraben zu bauen. Dies Mitglied war sehr überracht von der Situation vor Ort, und ist auch nach einer paar Tagen in einen Ort etwas weiter weg gegangen, weil es dort sicherer war. So ein Refugio zu bauen war „nicht ihr Ding".

Habt ihr darüber eine Diskussion führen können ...?

Nur schlecht! So individuell, wie viele eben hier in der BRD leben und agieren, so individuell meinten sie auch ihr Handeln in San Martin definieren zu können. Das wurde dann zur Bock-Frage gemacht. Aber genauso wenig wie es eine Bock-Frage für Nicaraguaner ist, sich mit der Waffe gegen die Contra zu verteidigen, genausowenig ist es eine Bock-Frage, sich mit einem Refugio vor Angriffen zu schützen.

Diese Einstellung ist so absurd, so lächerlich, daß ich mich frage, wie kommen solche Leute dahin!

Nun war es aber so, daß dieses Brigadenmitglied seine Meinung im Laufe der Zeit geändert hat. Aber es bedeutet für ein einheitliches Handeln in der Brigade eine sehr schwere Belastung, wenn solche Klärungsprozesse erst vor Ort geführt werden. Denn eigentlich sind wir ja dort, um zu arbeiten. Diese Unterschiede haben bereits am Anfang soviel Porzellan zerbrochen, daß das Zusammenleben der Brigade bis ans Ende nur noch notdürftig funktionierte; was sich u.a. auch auf unsere gemeinsame Arbeit und Arbeitsleistung auswirkte. Sicher, es ist nicht alles hier in der BRD zu klären, dafür ist die Situation in Nicaragua zu andersartig. Aber das Gefälle zwischen der Realität in Nicaragua und den Vorstellungen mancher Brigadisten über die Realität dort ist doch mehr hinderlich als alles andere.

Und zum anderen ist es auch unsicher, ob Menschen gerade in solch einer Situation ihre Meinungen verändern. Es war zum Beispiel auch im Gespräch, daß die Brigadisten einen Anspruch darauf hätten, durch die Sandinisten beschützt zu werden. Es wurde tatsächlich zur Diskussion gestellt, ob man nicht zur Frente in die nächste Provinzhauptstadt gehen sollte, um dort zu fordern, daß von dort ein paar Soldaten zum Schutz der Brigade verlegt werden. Man verstieg sich sogar zu der Äußerung, daß in Nueva Guinea ja „sowieso genug Soldaten rumhängen, die nichts zu tun hätten". Und dies vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Frente zunehmend Probleme hat, genügend Menschen zur Verteidigung des Landes aufzubieten. Und wir wissen ja auch, daß es Versuche gegeben hat und gibt, dies Problem durchaus autoritativ zu lösen, fast könnte man sagen mit Zwangsrekrutierungen. Angesichts dieser Situation zu behaupten, die Soldaten hängen da sowieso nur rum, ist einfach nur infam! Ich würde mich schämen wenn ich mich von anderen Leuten schützen ließe, wo ich das selbst in die Hand nehmen kann. Und diese infame Position war keine Einzelmeinung, fast hätte es eine Mehrheit dafür gegeben. ... Also dann hätte ich mich von der Brigade distanziert.

Ihr hattet ja nun eine andere Position und Einstellung zu dem, was euch dort erwartet. Aber Probleme gab's doch für euch auch ...?

Ich hatte mich schon während der Vorbereitung mit der Frage auseinandergesetzt, wie ich mich in einer Kriegszone oder konkreten Verteidigungssituation verhalten wollte. Ich war auch bereit die Waffe gegebenenfalls in die Hand zu nehmen. Aber nachts alleine im Schützengraben vor dem Haus zu hocken, mit dem Bewußtsein, die Brigade zu schützen, in einer Umgebung, die ich erst kennenlernen mußte - das ist schon eine ganz andere Sache. Natürlich habe ich Angst gehabt; aber es gab Nächte, in denen hatte ich keine Angst, und dann gab es Nächte, da war sie wieder da. Aber ich wollte über diese Angst hinwegkommen, und das geht nur indem man handelt.

In der Brigade selbst führte die Angst nicht zu einem solidarischen Handeln, sondern hatte eine destrukti-

gent nur indem man handelt.

In der Brigade selbst führte die Angst nicht zu einem solidarischen Handeln, sondern hatte eine destrukti-

ve Wirkung. In den Diskussionen entlud sich die Spannung meist durch gegenseitige Aggressionen. Es war nicht möglich, über den Weg einer positiven Auseinandersetzung mit der Situation fertig zu werden. Jede und jeder packte seinen und ihren Psychoscheiß auf den Tisch, so wie's vielleicht mal in der BRD in einer Wohngemeinschaft möglich ist, wo man sich auch mal für eine Weile aus dem Weg gehen kann. In San Martin waren die Fronten von Beginn an so verhärtet, daß für den Rest der Zeit alle Diskussionen dadurch bestimmt waren.

Nun ja, ich habe die Situation als nicht so bedrohlich eingeschätzt, daß die Contra uns direkt angreifen würde. Ich ging davon aus, daß z.B. die Tatsache, daß Eden Pastora von der Konrad Adenauer Stiftung Geld bekommt, ihm gleichzeitig gewisse Auflagen in der Kriegsführung gemacht werden, vielleicht u.a., daß die Internationalisten vom direkten Krieg verschont werden sollten. Andererseits sind die Fronten in solch einem Krieg sehr fließend. Eine Garantie kann diese politische Einschätzung natürlich nicht sein. Insofern ist man mit Verteidigungsmaßnahmen immer auf der sicheren Seite. Und wie der jüngste Zwischenfall bei Pantasma zeigt, sind Brigadistinnen und Brigadisten für die Contra nicht grundsätzlich unantastbar, und mit weiteren Steigerungen muß gerechnet werden (Anfang Februar wurden vier Brigadistinnen von der Contra entführt und vergewaltigt). Darüberhinaus sind ja bei einer weiteren Verschärfung des Krieges Situatibnen nicht undenkbar, in denen sich die Linke oder Mitglieder aus der Solidaritätsbewegung werden überlegen müssen, ob sie nicht als Internationale Brigaden aktiv an der Verteidigung des Landes teilnehmen. Auch diese Brigaden werden — ähnlich wie die Arbeitsbrigaden — wichtig durch ihre politische Funktion, und nicht durch die objektive Verstärkung der Feuerkraft der sandinistischen Armee.

Wie gingen die Bewohner des Dorfes mit der ständigen Bedrohung durch die Contra um ....?

In dem Dorf wohnten ca. 400 Menschen, und von diesen waren unserer Kenntnis nach nur 17 bewaffnet. In dieser Region bewaffnet zu sein, und sich so demonstrativ für die Verteidigung einzusetzen bedeutet für die jeweiligen Menschen eine konkrete Gefährdung durch die Contra. Die Miliz für das Dorf bestand aus Mitgliedern der Kakao-Kooperative. In diesem Dorf gab es mehrheitlich nur Frauen und Kinder. Jugendliche Männer sind so gut wie überhaupt nicht zu sehen gewesen. Wir sprachen mit einem 18jährigen Miliziano. Er sagte, daß ein Teil seiner Freunde im Lande sei zur Verteidigung, und ein anderer Teil seiner früheren Bekannten ist bei der Contra. Und es wäre für ihn natürlich klar, daß bei Contra-Angriffen auch ehemalige Freunde von ihm dabei sein könnten, und ganz sicher auch dabei sind.

Welche Anstrengungen unternahm die Frente, einen politischen Einfluß auf die Bewohnerschaft des Dorfes zu nehmen?

Während unserer Anwesenheit geschah eigentlich wenig, was wir als politische Schulung oder Ausbildung ansehen würden. Selbst die FSLN-Zeitung „Barricada" war in San Martin nicht zu erhalten. Im Gegenteil muß man sagen, daß die Beeinflussung durch die Konterrevolution viel greifbarer ist. Die evangelischen Sekten sind dort sehr aktiv, es finden fast täglich irgendwelche Gottesdienste statt, und hier setzt auch die Contra an. ‚Der Kommunismus ist gegen eure Religion', wird den Dorfbewohnern gesagt, ‚und wir werden euch davon befreien'. Die Frente macht mehr eine Politisierung über konkrete Veränderung der Lebenssituation der Menschen, und versucht so die Menschen für sich zu gewinnen.

Im Süden Nicaraguas, wo auch San Martin liegt, rekrutiert die Contra mehr als im Norden des Landes direkt aus der Bevölkerung. Inhaltlich macht sie diese Politik zunächst über difus christliche Motive, indem sie den angeblichen Atheismus der Frente in den Vordergrund stellt. Und zum anderen klassisch über Geld. Ein Bewohner des Dorfes erzählte, wie sein Bruder von der Contra angeworben worden ist. Als Startgeld sollte er 30.000 Cordobas erhalten. Ein Miliziano, der auch Kooperativen-Mitglied ist, bekommt z.B. im Monat 1.600 Cordobas. Dazu bekommen die Contras ein monatliches Gehalt und Kleidung. In dem Gebiet, in dem wir waren, ist von der Revolution eigentlich wenig angekommen. Die revolutionären Aufstände,

ches Gehalt und Kleidung. In dem Gebiet, in dem wir waren, ist von der Revolution eigentlich wenig angekommen. Die revolutionären Aufstände,

auch schon unter Somoza, spielten sich in ganz anderen Gegenden des Landes ab. Unter Somoza hatten die Menschen in dieser Gegend sogar ein paar Privilegien, sie bekamen ein Haus — die sog. Somoza-Hütte — und ein Stück Land. Und heute wissen die Menschen eigentlich gar nicht, was sie von der Frente haben. Lehrer und Mediziner wagen sich in diese Gegend kaum vor, weil sie natürlich sehr gefährdet sind. Viele verlassen diese Gegend wieder nach kurzer Zeit. Oder halten sich versteckt. In San Martin lebte z.B. eine ausgebildete Krankenschwester, die aber ihrem Beruf aus Angst nicht nachging. Es ist eben keine Seltenheit, daß des nachts die Contras genau solche Menschen aufsuchen, ob Lehrer, Mediziner, Krankenschwester usw., und erschießen.

Die Gegend um San Martin ist natürlich nicht repräsentativ für ganz Nicaragua, sondern mehr für die Kriegszonen im Süden. Aber hier ist es für die Contra schon möglich, Leute für sich zu rekrutieren.

Die Politik der FSLN leidet unter dem Mangel an Menschen, die die Politik den sog. einfachen Menschen vermitteln. In San Martin war z.B. ein 18jähriger als Mitglied der Sandinistischen Jugend verantwortlich für die ideologische Schulung der Miliz. Dieser junge Mann wurde natürlich von den Älteren nicht ernst genommen. Obwohl er der politisch am weitesten Ausgebildete war. Und ein anderes Beispiel: Der Verantwortliche für die Arbeiter mit den Motorsägen war ein 16jähriger Junge, über den die Älteren mit einem leichten Augenzwinkern redeten. So sind diese jungen Leute auf der einen Seite sehr gefährdet, weil die Contra über die eigenen Leute aus dem Dorf weiß, wer was macht, und zum anderen müssen diese jungen Frente-Mitglieder um die Anerkennung kämpfen.

Unter diesen Umständen hat die Anwesenheit einer Arbeitsbrigade gerade in dieser Gegend eine sehr wichtige Funktion. Und es muß immer wieder betont werden, daß diese Funktion nicht allein an der meßbaren Arbeitsleistung gewichtet werden kann, sondern im Vordergrund steht die politische, die solidarische Unterstützung der Menschen in Nicaragua. Aber aufgrund der heutigen Situation muß von der Soli-Bewegung in der BRD übelegt werden, wie die Brigadenarbeit und ihre Zusammenstellung in Zukunft gemacht werden soll. Aus unseren Erfahrungen müßten unbedingt Konsequenzen gezogen werden in die Richtung, eine klare Differenzierung zwischen Projekten, die in Kriegszonen liegen (z.B. San Martin und Pantasma), und solchen, die als sicher gelten (El Pochote). Und daß Menschen hier in der BRD sich den unterschiedlichen Projekten zuordnen, gemäß dem, was sie politisch und moralisch unterstützen wollen und vorallem auch können. Die Unterstützung durch Arbeitsbrigaden sollte unbedingt weitergehen, darüber haben wir keinen Zweifel.

El Salvador

Dialog und Wahlen

Nach den ersten beiden Treffen zwischen der FMLN/FDR und dem Regime El Salvadors im Oktober und November letzten Jahres sieht es so aus, als sei der Dialog zumindest vorerst abgebrochen. Die dritte Begegnung, die unter Vermittlung des Erzbischofs Rivera y Damas für Ende Januar vorgesehen war, fand nicht statt. Voraussichtlich wird es auch bis zu den für März angekündigten Gemeinde- und Parlaments,,wahlen'' zu keinen weiteren direkten Gesprächen kommen. Diese Wahlen richten sich dabei als politisches Manöver nicht nur gegen die Befreiungsfront. Sie sind gleichzeitig ein Austragungsort der in den letzten Wochen erneut mörderisch gewordenen Differenzen innerhalb der Rechten selbst. Wir fassen die Maßnahmen, Äußerungen und Reaktionen der verschiedenen direkt und indirekt am Krieg Beteiligten — von rechts nach links — zusammen.



Organisieren, kämpfen und siegen für die Arbeiterklasse und für das Volk

El Salvadors Ultra-Rechte

,,Der Dialog ist gefährlich und sinnlos und nichts weiter als ein Versuch der Christdemokraten, für die Wahlen im März auf Stimmenfang zu gehen'', kommentierte Roberto D'Aubuisson, Führer der faschistischen ARENA, im Januar (,,SZ'', 8.1.85). Zwar führte die Ultrarechte verbale Attacken gegen die Gespräche, tatsächlich wurden sie von ihr jedoch geduldet. Aber das Bild bleibt widersprüchlich: Im Oktober hatte noch die ESA-Todesschwadron jedem Verhandelnden die Todesstrafe angedroht, während sich D'Aubuisson dagegen in der Kritik auffallend zurückhielt.

rückhielt.

Bei dem zweiten Treffen in Ayagualo war die ESA dann direkt mit dem Vize-Innenminister Nuilla daran beteiligt (s. AK 253). Als schließlich Rivera y Damas im Januar den Papst zum Friedenschaffen einschalten wollte, erhielt er postwendend mehrere Morddrohungen (s.u.).

In praktischer Hinsicht ist die Gangart der Ultrarechten dagegen im Vorfeld der Märzwahlen ungleich schärfer: Eine neugebildete Todesschwadron, das ,,Sonderkommando Brigade Domingo Monterosa'', nahm sich im Dezember nach eigenen Angaben vor, *,,die amtierende Regierung von kommunistischen Elementen zu säubern''* (,,FR'', 18.12.84). Anfang Januar wurde dann Duartes ,,Regierungsbeauftragter gegen die Korruption'', Pedro René Yanes, ermordet.

Duarte bezeichnete die Tat als ein Komplott der ARENA, deren Absicht es sei, zu verhindern, daß der Christdemokrat Yanes als Kandidat auftrete. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden ,,Wahlen'' sind allein im Januar 21 Menschen, darunter viel christdemokratische Funktionäre, von Todesschwadronen umgebracht worden. Diese Morde führen der DC deutlich vor Augen, wie gering ihr Einfluß auf den Staats- und Repressionsapparat ist. Auch die kürzlich bekanntgegebene Verschiebung des Urnenganges vom 17. auf den 31. März deutet darauf hin, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien der äußersten Rechten (ARENA, PAISA und PCN) und der Christdemokratie bei weitem nicht bereinigt sind.

Reagans USA

In der ersten Pressekonferenz nach seiner Wiederwahl betonte Reagan, daß seine Regierung ihre Politik gegen Mittelamerika nicht ändern und *,,weiterhin das Volk von Nicaragua gegen die Gruppe* (er meint die sandinistische Regierung) *unterstützen werde, welche die Macht gewaltsam an sich gerissen habe und die Guerilleros unterstütze, die die rechtmäßig gewählte Regierung von El Salvador stürzen wollen''* (,,FR'', 11.1.85).

Für das Jahr 1985 wird das salvadorenische Regime 426 Mio. US-Dollar wirtschaftliche und 200 Mio. US-Dollar Militärhilfe erhalten. Wann, wie und in welchem Umfang mit diesem Geld der Krieg gegen die Bevölkerung eskaliert wird, liegt zunehmend im Entscheidungsbereich der USA. Offenbar sind sie entschlossen, die militärisch-repressive Linie noch zu verstärken: Anfang Januar erhielt die salvadorenische Armee — gewissermaßen als Weihnachtsgeschenk und zu genau dem Zeitpunkt, als die FMLN einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen hatte — zwei neue US-Spezialflugzeuge vom Typ C-47, die als ,,fliegende MGs'' bezeichnet werden. Mit diesen Flugzeugen, die mit mehreren Maschinengewehren ausgerüstet sind und jeweils 2.000 Schuß in der Minute abfeuern können, soll die Guerilla auch nachts und insbesondere bei ihren Rückzügen bekämpft werden. Darüberhinaus setzen die USA ab Februar ihre ,,Big Pine-Manöver'' mit zunächst 5.000 US-Soldaten in Honduras fort; zur gleichen Zeit soll ein Konvoi von US-Kriegsschiffen unter Führung des Flugzeugträgers Nimitz — der größte ihrer Kriegsflotte — vor den Küsten Mittelamerikas *,,demonstrativ Flagge zeigen''* und *,,die Mission betont sichtbar''* gestalten (,,ides'', 11.1.85).

Duartes Christdemokratie

Das Dilemma der Christdemokratie besteht darin, daß sie keine realen Lösungsmöglichkeiten für den Krieg anbieten kann, ohne in Konflikt mit der äußersten Rechten, der Grundbesitzer- und Kapitalistenoligarchie und den USA zu geraten. Duarte muß sich den-

USA zu geraten. Duarte muß sich den-

noch als Friedensstifter profilieren. Damit hat er aber die Erwartungen gerade der Teile der salvadorenischen Bevölkerung in die Höhe geschraubt, die nicht unmittelbar an dem Krieg beteiligt sind, dessen Folgen aber immer schärfer spüren. Ein sang- und klangloser Abschied vom Dialog dürfte deshalb für Duarte schwierig zu begründen sein. Einen Ausstieg versucht er folglich der FMLN/FDR anzulasten: Unmittelbar nach der 2. Runde in Ayagualo gab Duarte bekannt, die Treffen könnten nur fortgesetzt werden, wenn die Opposition ,,verfassungsgemäße Vorschläge'' macht. Die Verfassung wurde von der rechtsradikalen Mehrheit der Nationalversammlung 1983 beschlossen und schreibt die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse fest.)

Auf der anderen Seite benötigt aber auch die Oligarchie Duarte zumindest als Aushängeschild und muß deshalb der Christdemokratie einen gewissen Handlungsraum zugestehen. Dieses oft widersprüchliche Verhältnis nimmt neben seiner blutigen Seite mitunter komödiantische Formen an: Mit einem neuen Wahlgesetz, das Verwandten des Staatspräsidenten die Kandidatur für Gemeindemandate verbietet, versucht die Ultrarechte die Wiederwahl von Duartes Sohn zum Bürgermeister der Hauptstadt San Salvador zu verhindern. Gegen dieses Wahlgesetz hat Duarte sein Veto eingelegt, wozu er als Staatspräsident lt. Verfassung berechtigt ist. Sein Veto wird allerdings von der rechtsradikalen Mehrheit in der Nationalversammlung seit Wochen schlicht nicht zur Kenntnis genommen. Duartes Kommentar: *,,Ich habe Probleme mit der extremen Linken und extremen Rechten und ich habe Probleme mit der demokratischen Rechten.''* (zit. nach ,,FR'', 8.1.85). Bei so vielen Problemen braucht der Mann Hilfe, und die erhofft er sich u.a. von der internationalen Christdemokratie.

Die internationale Christdemokratie

Auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, die im November letzten Jahres in England stattfand, erörterten Vertreter von christdemokratischen Parteien Lösungsmöglichkeiten für die Konflikte in Mittelamerika. Neben Abgesandten der britischen Tories und der CDU waren u.a. anwesend: Otto Reich, Berater des US-Außenministeriums für Zentralamerika-Fragen; Arias Calderon (Panama), Präsident des Verbandes der Christdemokratischen Parteien Lateinamerikas, und Rey Prendes, Dialogteilnehmer und Minister Duartes. Prendes berichtete *,,von den guten Vorsätzen seines Präsidenten''* und wiederholte, was Duartes Standardrepertoire ist: *,,Wir müssen den Friedensprozeß beschleunigen, sie* (die FMLN) *müssen die Verfassung akzeptieren.''* (,,FAZ'', 16.11.84).

Neben der Notwendigkeit, Projekte für Gewerkschaften, Unternehmer, öffentliche Verwaltung, Medien und So-

Fortsetzung nächste Seite

Honduras: Außenstützpunkt der USA

Interview mit Zenaida Valesques vom Komitee der Familienangehörigen und Verschwundenen

Honduras, hier oft nur als ,,Bananenrepublik'' bekannt, ist nach Haiti das zweitärmste Land ganz Lateinamerikas. Seit 1979, mit dem Sieg des Volkes von Nicaragua über den Diktator Somoza, ist Honduras innerhalb weniger Jahre zum größten militärischen Stützpunkt der USA in der Region aufgerüstet worden. Mit Dollarinvestitionen in Milliardenhöhe schuf sich die US-Administration in Honduras eine militärische Infrastruktur, die ihr mittlerweile alle Voraussetzungen für den schnellstmöglichen Einsatz von US-Streitkräften, sei es zu Wasser, zu Land oder in der Luft in ganz Mittelamerika bietet.

Ein Netz von 10 militärischen Flughäfen und Landebahnen, ausgestattet für die Landung aller Arten von Flugzeugen der US-Luftwaffe, 3 Militärbasen mit einer ständigen Anwesenheit von mindestens 2.000 US-Soldaten, 3 Radarstationen zur Überwachung der ganzen zentralamerikanischen Region, 2 Marinebasen an der Atlantik- und Pazifikküste (nahe der nicaraguanischen Grenze) haben Honduras in ein besetztes Land verwandelt. Das Ausmaß der Aufrüstung ist beispiellos für ein so kleines Land wie Honduras, halb so groß wie die Bundesrepublik, aber mit nur 4 Mio. Einwohnern. Nicht zufällig ist gerade Honduras zu einem so wichtigen strategischen Faktor für die US-Interessen in Mittelamerika geworden. Mit seiner geographisch günstigen Lage (Grenzen zu Nicaragua, El Salvador und Guatemala) werden von Honduras aus gegen Nicaragua und El Salvador die Angriffe durchgeführt. Die Schaltzentrale für die Ausführung aller Operationen ist die mit enormem Personalaufwand von bis zu 600 Angestellten ausgestattete US-Botschaft. Gegenwärtig wird diese Botschaft von einem ehemaligen Vietnamkriegsspezialisten — J.D. Negroponte — geleitet.

Die honduranische Regierung tut alles, damit die USA ihre Interventionsbestrebungen gegen Nicaragua und El Salvador ungestört verwirklichen können. Der zur Zeit amtierende Präsident von Honduras wurde 1981 als erster ziviler Präsident nach 20 Jahren Militärregierungen gewählt. Die Bevölkerung hatte große Hoffnungen in diese erste nichtmilitärische Regierung gesetzt. Sie sieht sich jedoch immer mehr betrogen von der Politik Suazo Cordovas. Die Wirtschaft des Landes befindet sich am Rande des Bankrotts und ist auf ausländische Hilfe angewiesen. Die Auslandsverschuldung ist auf 1,8 Mrd. Dollar angestiegen, und die US-Gelder, die ins Land fließen, werden fast ausschließlich für die Aufrüstung der Armee ausgegeben. Die Militärausgaben für Honduras (fast gänzlich von den USA bestritten) stiegen von 3 Mio. Dollar (1979) auf 118 Mio. Dollar (1984). Dagegen leiden mindestens 50% der Bevölkerung an Unterernährung, von den Kindern sind sogar 80% unterernährt. Um internationale Kredite zu erhalten, muß sich Honduras dem Diktat des IWF unterwerfen. Ein Resultat war die Entlassung von 2.000 Angestellten im öffentlichen Dienst im November des letzten Jahres. 30% der arbeitsfähigen Bevölkerung sind ohne Arbeit.

Auch der politische Druck und die Repression gegen die Bevölkerung waren noch nie so stark wie gerade unter dieser ersten Zivilregierung. Seit 1981 sind 130 Personen verschwunden und nie wieder aufgetaucht, 200 Personen wurden von der ,,Sicherheits''-Polizei entführt, gefoltert und ermordet.

In Honduras sind 2.000 US-Soldaten ständig stationiert, 6.000 US-Soldaten befinden sich dort in einem permanenten Manöver. Dazu kommen Ausbildungslager für 6.000 Soldaten der Armee El Salvadors. Außerdem duldet die honduranische Regierung die Anwesenheit von ca. 10.000 Contras, die mit der Hilfe der CIA gegen Nicaragua operieren. Das Militär Honduras wurde durch die US-Hilfe von 12.000 Mann (1980) auf über 20.000 (1984) aufgestockt.

Zenaida Velasquez ist Mitglied des „Komitee der Familienangehörigen der Verschwunden aus Honduras". Wir sprachen mit ihr Anfang Januar, als sie sich anläßlich einer Veranstaltungsrundreise in Hamburg aufhielt. Das Komitee wurde als eine Antwort auf die neuen Methoden der Repression gegründet. Das Verschwindenlassen von Menschen, Mord, Folter und andere Verfolgung ist eine Politik der Regierung, die formell auf der Doktrin der nationalen Sicherheit begründet ist. Hauptvertreter dieser Politik ist Gustavo Avarez Martin, der seit Januar 1982 den Posten des Militärchefs einnimmt. Er stellt eine der wichtigsten Personen für die Politik der Reagan-Regierung in Honduras dar.

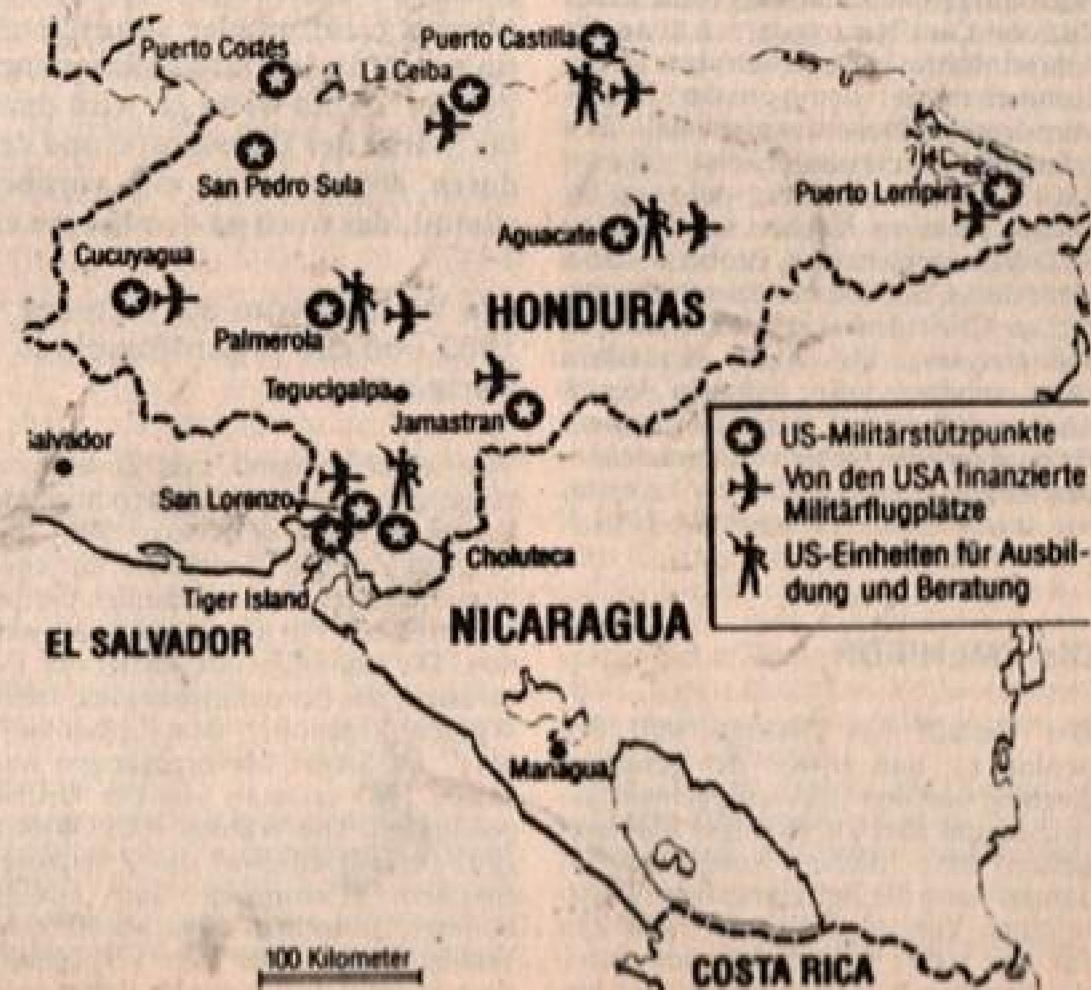
Wie viele Verschwundene gibt es in Eurem Land?

Bekannt sind uns etwa 130 Fälle von Verschwundenen, die wirkliche Zahl dürfte aber weit höher liegen. Von vielen Angehörigen wird aus Angst vor der Repression geschwiegen, besonders auf dem Land sieht es in dieser Hinsicht wesentlich schlechter aus als in den Städten. Außer dem ,,Verschwindenlassen'' gibt es natürlich noch ,,legale'' Methoden. Mißliebige Oppositionelle werden nach einem Antiterrorismus-Gesetz zu meist sehr hohen Strafen verurteilt.

Unsere Organisation ist am 30.11.82 gegründet worden und hat drei Ziele: Erstens: Wiederfindung der Verschwundenen durch die Familienangehörigen. Zweitens: Forderung ihrer Freilassung. Drittens: Bekanntmachung der Repression, sowohl national als auch international, und die Anklage des Verbrechens an der Menschheit.

Die Formen unseres Kampfes sind verschiedenartig, wir versuchen alle Möglichkeiten auszuschöpfen, so z.B. über den obersten Gerichtshof in Honduras die Freilassung von Gefangenen und die Achtung der Menschenwürde einzufordern. Wir organisieren öffentliche Aufrufe als Anzeigen oder im Ra-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung El Salvador

zialarbeit zu fördern, betonte die CDU, daß in Mittelamerika, insbesondere in El Salvador zur Erreichung einer politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Mittelstand unterstützt werden müsse. Die praktischen Vorschläge dieser Konferenz entsprachen im wesentlichen den Vorstellungen des Kissinger-Plans von 1982, der für Mittelamerika die Doppelstrategie der militärischen Stärke unter Einschluß von Reformmaßnahmen fordert. Nach Lage der Verhältnisse in El Salvador taugen solche Reformen aber bestenfalls für Propagandazwecke, denn bislang war keine „Reform'' durchsetzbar, die der FMLN die gesellschaftliche Basis hätte untergraben können.

Ihr Einverständnis mit einer militärischen „Lösung'' und die ihr dabei zukommende Rolle formulierte die CDU so: *„Mit den Militärs haben die Amerikaner zu sprechen; Aufgabe der Europäer ist, einen Mann wie Napoleon Duarte zu unterstützen, auch indem man ihn in Europa gebührend würdigt und unterstützt.''* („FAZ'', 16.11.84).

Die katholische Kirche

Ebenso wie die SPD ist die katholische Kirche international eng mit dem Dialog verbunden. Erzbischof Rivera y Damas fungierte bei den bisherigen Treffen als Vermittler und plädiert für die baldige Fortsetzung der Gespräche. Kurz vor Weihnachten lobte er die FMLN für die Freilassung von 43 Regierungssoldaten und die Verkündung eines einseitigen Waffenstillstandes zwischen dem 24.12. und Neujahr und bezeichnete dies als *„Schritte für eine Humanisierung des Krieges''* („FR'', 18.12.84). Desweiteren forderte der Erzbischof, daß in den staatlichen Gefängnissen die *„gleiche menschliche Behandlung von Gefangenen''* stattfinden müsse, wie sie von der FMLN praktiziert werde. Daraufhin erinnerte ihn eine Todesschwadron sofort mit einer Morddrohung an das Schicksal seines Vorgängers Romero, der 1980 während eines Gottesdienstes niederge-
nes Vorgängers Romero, der 1980 während eines Gottesdienstes niederge-
schossen wurde.

Guillermo Ungo, der Sprecher der FDR, begrüßte die Verurteilung der Gewalt durch die Kirche, wies aber deren Versuche, den Papst einzuschalten, zurück: *„Die Lösung der Probleme in El Salvador hängt nicht von einer Einflußnahme des Vatikans ab, sondern vor allem von Entscheidungen, die in Washington getroffen werden.''* („FR'', 18.12.84).

Die SPD

Im Vorfeld des Dialoges spekulierte die SPD auf Differenzen innerhalb des Oppositionsbündnisses mit dem Ziel, die radikaleren Teile von den eher reformorientierten Kräften zu isolieren. Im Januar 1984 hatte sich der entwicklungspolitische Sprecher der SPD, Uwe Holtz, sehr deutlich in dieser Hinsicht geäußert: *„Wenn man eine Mehrheit haben wolle, müsse man diese* (Duartes) *Christdemokratie als Bündnispartner akzeptieren. Dieses Bündnis müsse die FMLN/FDR oder aber Teile von ihr suchen.''* („taz'', 28.1.84).

Die neue Freundschaft zwischen Duarte und dem SPD-Präsidium besteht seit den „Wahlen'' vom März und Mai '84, aus deren Chaos Duarte als Sieger hervorging. Dieses Spektakel wurde damals von der SPD als „Schritt in die richtige Richtung'' gepriesen. Skeptisch gegenüber einer baldigen politischen Lösung zeigte sich Hans-Jürgen Wischnewski nach seiner Rückkehr aus Nicaragua, wo er an der Amtseinführung Daniel Ortegas teilgenommen hatte: den von der FMLN vorgelegten Dreistufenplan hält Wischnewski interessanterweise deshalb für unrealistisch, weil er mit Duarte nicht zu machen sei. Für den SPD-Vize besteht das Problem dabei nicht darin, daß Duarte als entschieden rechter Christdemokrat einem blutigen Militärregime als ziviler Präsident dient, sondern darin, daß sein *„Spielraum geringer (ist), als viele glauben. Er muß auf die rechts von ihm stehenden Kräfte ebenso Rücksicht nehmen, wie auf die Armee und die USA.''* („Vorwärts'', 19.1.85).

Die FMLN/FDR

Der Verlauf des Dialoges läßt den Schluß zu, daß er von der gesamten Rechten und den USA lediglich als taktisches und eher kurzfristiges Manöver geführt bzw. toleriert wurde. Am 11. Januar hatte die Befreiungsfront Duarte einen Vorschlag über Ort und Zeit für eine dritte Gesprächsrunde durch die Kirche zukommen lassen, der bislang völlig unbeantwortet geblieben ist („ides'', 1.2.85).

Für die FMLN hat der Dialog zweifellos strategische Bedeutung und entsprechend ernsthaft sind ihre Bemühungen, zu substantiellen Verhandlungen zu kommen: *„Der Dialog fordert konkrete Übereinkommen, und um zu konkreten Abkommen zu gelangen, müssen beide Seiten flexibel und kompromißbereit sein. Wir haben unseren guten Willen unter Beweis gestellt, als wir kürzlich dem Erzbischof 43 Kriegsgefangene übergaben; oder als wir einseitig die weihnachtliche Waffenruhe bekanntgaben.''* (G. Ungo, Präsident der FDR, „ides'', 25.1.85). Dieses flexible Vorgehen im Rahmen des Dialoges war von der FMLN/FDR bereits im „Programmvorschlag zur Bildung einer Regierung der breiten Beteiligung'' festgelegt worden, der im Januar '84 veröffentlicht worden war. Die FMLN will offenbar auch weiterhin am Dialog festhalten, selbst wenn wenig dafür spricht, daß sich ihr Plan durchsetzt, so zu einer „Regierung der breiten Beteiligung'' zu kommen. In dem Maße, wie sich dies herausstellt, wird die Polarisationslinie gezogen, entlang derer sich schwankende Kräfte, die an die Christdemokratie und damit noch an das Regime gebunden sind, für die eine oder andere Seite entscheiden müssen.

Die „Wahlen'' im März werden erneut gegen die FMLN/FDR benutzt werden, wie dies zumindest international 1982 und 1984 einigermaßen erfolgreich praktiziert wurde. Guillermo Ungo dazu: *„Wir denken jedoch schon, daß wir diesmal eine aktivere Rolle spielen werden, soweit möglich, und unsere Gesichtspunkte in irgendeiner Weise einbringen ... Es wäre aber verfrüht, jetzt schon darauf einzugehen oder darüber zu spekulieren, da wir noch nicht einmal wissen, wie sich die politischen Kräfte zusammensetzen, die an diesen Wahlen der Rechten für die Rechten teilnehmen werden.''* („ides'', 25.1.85).

Internationalismus-Kommission/ KB/Gruppe Göttingen

Fortsetzung Honduras

dio. Jeden ersten Freitag im Monat findet eine Demonstration auf dem zentralen Platz in Tegucigalpa statt. Wir nehmen auch an Mahnwachen, Hungerstreiks, Messen und Gottesdiensten teil. Von kirchlicher und staatlicher Seite werden wir bisher ignoriert.

Unsere Verurteilung der Situation richtet sich vor allem an internationale Organisationen wie z.B. die Menschenrechtskommission der UN, der Interamerikanischen Kommission der OAS, sowie amnesty international. Besonders wichtig ist für uns natürlich der Kontakt zu den Solidaritätskomitees überall in der Welt.

Wie sieht der Widerstand gegen die totale Abhängigkeit und zunehmende militärische Nutzung durch die USA aus?

Unser Land ist sehr arm und es gibt sehr große wirtschaftliche und soziale Probleme. Die Regierenden liefern das Land vollständig an die USA aus, sie erlauben alle Formen des Eingreifens durch die USA, die Stationierung aller nur erdenklichen Waffen auf dem Boden von Honduras. Aufgrund dieser Tatsachen können wir keine Trennung zwischen der US-Politik und der Situation in unserem Land akzeptieren. Um ihre militärische Präsenz in Honduras abzusichern, unterdrückten die USA jeden Widerstand und jede oppositionelle Volksbewegung. Man darf nicht außer Acht lassen, in welchem Prozeß der sozialen Kämpfe sich die Völker Mittelamerikas befinden. Die Reagan-Regierung versucht gerade durch die Stationierung eines Militärapparates, den Widerstand der Brudervölker in Nicaragua und El Salvador zu brechen. Deshalb nennt man Honduras mittlerweile eine große Abschußbasis oder einen riesigen Flugzeugträger für die konterrevolutionären Aktivitäten der USA in dieser Zone. Die Regierungen in unserer Region sind wegen ihrer miserablen wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage, sich den Vorhaben der USA zu widersetzen. Die US-Regierung droht in solch einem Falle ganz offen mit der Einstellung der „Hilfe'' in Form von Krediten. Diese „Hilfe'' führt aber nur in eine andere Abhängigkeit, denn die Kredite müssen allesamt zurückgezahlt werden.

Gibt es einen Widerspruch zwischen den Interessen der USA und der nationalen Bourgeoisie in Honduras? Und welche Rolle spielt die Linke bzw. die revolutionären Kräfte in eurem Land?

Die nationale Bourgeoisie teilt die Vorhaben der USA in Honduras und Mittelamerika vorbehaltlos, gerade dieser Teil der Bevölkerung bekommt die meisten Kredite zugeschoben. Auf der anderen Seite gibt es aber große Sektoren innerhalb des Volkes, die gegen die Zustände in Honduras protestieren. Es gibt auch einen bewaffneten Kampf gegen die Repression und die Besetzung des Landes, aber dieser Kampf befindet sich noch im Anfangsstadium. Aber wenn die Bedingungen der Menschenrechte heute andere, bessere wären, wäre auch der bewaffnete Kampf nicht notwendig; dieser Kampf erfordert immer große Opfer. Ich bin der Meinung, daß jedes Volk nicht gleich reagiert, z.B. das honduranische Volk nicht so reagiert wie die Völker Guatemalas, El Salvadors oder Nicaraguas. Jedes Land hat seine eigene Geschichte.

Was ist von der Aussage der honduranischen Regierung zu halten, die Contras aus dem Land zu jagen?

Dies ist mehr eine Frage, mit der die Regierung in Honduras Druck auf die USA ausüben wollen. Diese Sache zielt einzig und allein darauf, dem lädierten Image der Regierung — vor allem in der Außenpolitik — ein besseres Aussehen zu verleihen. Die Regierung möchte verhindern, daß Honduras als Land betrachtet wird, von dem aus der Überfall auf Nicaragua vorbereitet und ausgeführt wird. Eine Bedrohung für die Contras stellt diese Aussage nicht dar. Z.B. ist Steadman Fagot in Tegucigalpa ein paar Tage festgehalten worden und dann bezeichnenderweise nicht nach Nicaragua, sondern nach Miami abgeschoben worden. Die USA, an deren Andresse diese „Drohung'' wohl gerichtet war, hat es aber gar nicht nötig, auf irgendwelche politischen oder wirtschaftlichen Forderungen einzugehen. Die nationale Bourgoisie hat sich zu sehr von den USA abhängig gemacht.

Auf der anderen Seite haben wir festgestellt, daß sich die Opposition in Honduras immer weiter verstärkt hat und der Kampf des Volkes immer bewußter wird. Z.B. werden die Kräfte in der Koordination der Volksorganisationen gesammelt, in der sowohl Bauern- als auch Studentenorganisationen und andere Sektoren des Volkes vertreten sind. Dies Komitee hat zwar noch keinen rechtlichen Status erlangt, hat aber eine große öffentliche Anerkennung erfahren.

Eine der Aufgaben für dieses Jahr ist es, die Regierung soweit unter Druck zu setzen, daß eine Untersuchungskommission initiiert wird, mit einem breiten Spektrum von Vertretern aller sozialen Schichten und Organisationen. Dort sollte auch die Kommission der Menschenrechte als auch die COFADEH teilnehmen. Diese Kommission hätte eine größere Glaubwürdigkeit und würde die Regierung auch international unter Druck setzen. Eine andere wichtige Aufgabe besteht für uns darin, einen legalen Status zu erreichen. Darüberhinaus rechnen wir mit der Solidarität hier in der BRD und in der übrigen Welt, die Invasion der USA abzuwehren, deren Opfer wir zur Zeit sind. Das was zur Zeit in unserem Land geschieht ist ein Attentat gegen den Weltfrieden, und darum legen wir einen sehr großen Wert auf die internationale Solidarität. Daß internationale Solidarität Ergebnisse erzielen kann, zeigt die Tatsache, daß aufgrund einer Kampagne von Honduras-Komitees mit Unterstützung der Grünen die Genossin Ines Murillo nach 13 Monaten Gefängnis frei kam und nun hier in der BRD ist.

Muchas gracias compagnera!

Argentinien zwischen Diktatur und Demokratie

Nach mehr als sieben Jahren brutaler Militärdiktatur fanden am 30. Oktober 1983 in Argentinien die ersten freien Wahlen statt. Das Ende der Diktatur hatte jedoch weniger das Aufbegehren der demokratischen Kräfte denn ein anderes Ereignis markiert: Die Niederlage der argentinischen Streitkräfte im Krieg um die Malwinen und der damit für die Militärs verbundene Autoritätsverlust auch auf außenpolitischem und militärpolitischem Gebiet, wo die Junta ihr unübersehbares Versagen in der Innenpolitik zu kompensieren gedachte. Die Wahlen vom 30. Oktober waren unter einem anderen Aspekt von Interesse: Sie beendeten den Mythos vom in freien Wahlen unbezwingbaren Peronismus. Auf die „Union Cevica Radical'' Raul Alfonsins entfielen 52% (= 7,4 Millionen) der abgegebenen Stimmen, hingegen mußte sich die peronistische „Partido Justicialista'' und ihr Kandidat Italo Luder mit 38% der Wählerstimmen begnügen. Seither wird allein noch spekuliert, wie lange es der Regierung Alfonsin gelingt, die Legalität des politischen Systems und der bürgerlich-demokratischen Institution aufrecht- und die Militärs von der Macht fernzuhalten. Hinter den Kulissen wird bereits orakelt, daß Alfonsin nicht einmal die laufende Legislaturperiode überstehen werde.

Findet damit der verhängnisvolle „argentinische Zyklus'' eine Fortsetzung oder eröffnet der Sieg Alfonsins das Tor zu einer neuen Epoche, weg vom Interventionismus des Militärs in der Politik? Erfolgt unter Alfonsin die überfällige Demokratisierung des autoritären Staates und der oftmals nicht minder autoritären Gesellschaft? Symbolisiert die Regierung Alfonsin tatsächlich einen Bruch mit dem „argentinischen Zyklus''? Und wenn ja, wird dann die Tiefe dieses Bruches mehr durch die Stärke der Demokratie und der sie propagierenden Kräfte oder mehr durch die eventuell nur vorübergehende Schwäche des Militärs bestimmt, das noch an den Folgen eines soeben verlorenen Krieges krankt?

Die Wahlen vom 30. Oktober 1983 und die argentinischen Parteien

Von seiner Dynamik und Zusammensetzung her kann das argentinische Parteiensystem zwischen 1946 und 1973 als Zweiparteiensystem mit einer dominierenden Partei, nämlich der peronistischen Partei, bezeichnet werden. Die dominierende Partei der Peronisten, die bis dahin aus allen freien Wahlen gegenüber dem „Radikalismus'' als Sieger hervorgegangen war, wurde 1983 erstmals von der U.C.R. geschlagen. Die Wahlen vom Oktober 1983 bestätigten zwar das Zweiparteiensystem (Peronisten und U.C.R. konnten zusammen mehr als 90% der Wählerstimmen für sich verbuchen), doch ist hinsichtlich der bis dahin gegebenen unumstrittenen peronistischen Dominanz einiges in Bewegung geraten.

Zwar ist Argentinien von den Ländern Südamerikas das „europäischste'', das argentinische Parteiwesen läßt sich jedoch nicht mit westeuropäischen Maßstäben messen. Fast alle westeuropäischen Parteitypen fehlen hier oder sind nur sehr schwach ausgeprägt. Eine originär sozialdemokratische Partei gab es bislang überhaupt nicht. Die KP Argentiniens ist die schwächste Partei ihrer Art auf dem Subkontinent, was historisch gesehen auch mit der hanebüchenen Politik der KP gegenüber dem Peronismus und den syndikalistischen Traditionen der argentinischen Arbeiterschaft zu tun hat. Christliche Demokraten und Liberale existieren lediglich in Form von Splittergruppen. Die „Radikalen'' galten traditionell als Partei von Bürgertum und Kleinbürgertum. Bei den Wahlen vom Oktober 1983 votierten allerdings auch viele Arbeiter, die in der Vergangenheit der peronistischen Partei ihre Stimme gegeben hatten, für den Kandidaten der „Radikalen''. Dies ist nicht nur Ausdruck von ideologischen Verschiebungen in der Partei des „Radikalismus'' selbst, sondern auch eines „Wertewandels'' in Teilen der wählenden Arbeiterschaft, die diesmal nicht ausschließlich nach sozialpolitischen Motiven ihre Stimmen vergab. Resultat dieser Verschiebungen und dieses „Wertewandels'' — gesetzt den Fall, er hält an oder läßt sich zumindest konservieren — könnte mittelfristig die Transformation der U.C.R. (bzw. eines Teils der Partei, der mit „soziallibéralen'' Fraktionen des Peronismus eine „dritte Kraft'' bilden könnte) zu einer sozialdemokratischen Partei sein, die Ähnlichkeiten mit der westeuropäischen Sozialdemokratie aufweist. Sollte dies der Fall sein, so wären die Voraussetzungen für weitere Transformations- und Umstrukturierungsprozesse in der argentinischen Parteienlandschaft gegeben. Beide Parteien ähneln sogenannten „catch all''-Parteiformationen, d.h. sie sind darum bemüht, die Unterstützung einer Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppen zu erlangen. In ideologischer Hinsicht ist die peronistische Partei — wie sie 1983 antrat — eher konservativer als die U.C.R., der, da sie sich u.a. für die Ehescheidung stark macht sowie angeblich mit der Freigabe der Abtreibung liebäugelt, ein „anti-klerikaler'' Geruch anhaftet. Die peronistische Führung suchte im Wahlkampf die Distanz zwischen U.C.R. und Kirche zu nutzen. Sie betonte, der Peronismus habe sich seit ehedem an der katholischen Soziallehre orientiert. Die argentinische Arbeiterschaft fühle katholisch, schon deshalb müsse die Partei, die sie repräsentiere, dem Katholizismus nahe stehen. Der „Kirchenkampf'' von 1955 zwischen Peronisten und katholischer Kirche erwies sich allerdings in dieser Hinsicht als historischer Ballast. Aufgrund ihrer sozialpolitischen Vorstellungen ist die peronistische Partei dennoch nur im eingeschränkten Sinne eine Partei der konservativen Kräfte. Konservative Wählergruppen votierten von daher in der Vergangenheit eher für die „antiperonistische'' U.C.R., was ihnen jedoch mit der „linksliberalen'' Neuorientierung der Partei heute nicht mehr so leicht fallen dürfte wie in der Vergangenheit. Als bindendes ideologisches Element bleibt der Antiperonismus und das Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie, wenn auch letzteres beim rechten Flügel der Partei eher taktischer (antiperonistisch/antipopulistisch und gegen die im Rahmen des Peronismus erfolgte soziale Emanzipation der Arbeiterschaft gerichtet) denn prinzipieller Art ist. In ihren Aussagen zur zukünftigen Wirtschaftspolitik des Landes überwogen in den programmatischen Erklärungen von Peronisten und „Radikalen'' die Gemeinsamkeiten. Beide befürworten Wirtschaftsinterventionen des Staates, ohne deshalb die Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Frage zu stellen. Übereinstimmung existierte auch in der Unzufriedenheit mit der produktiven Entwicklung des Agrarsektors und in der verbalen Bereitschaft zu diesbezüglichen Reformen, um die ungleiche Entwicklung von Agrar- und Industriesektor zu beseitigen. Auf dem Feld der Außenbeziehungen sprachen sich beide Parteien für eine größere Unabhängigkeit des Landes aus. Die weitgehenden Übereinstimmungen in den programmatischen Aussagen bestätigen die These, wonach Differenzen weniger in der Programmatik, denn in der Geschichte beider Parteien, den spezifischen Aktions- und Organisationsformen ihrer Anhänger und den sozialen Schichten aus denen sich ihre Wählerschaft rekrutiert begründet liegen. Auf der Ebene der Aktions- und Organisationsformen und z.T. auch des sozialen Rekrutierungsmilieus hat im Zuge des Wahlkampfes und der Wahlen vom Oktober 1983 eine Annäherung stattgefunden.

Im peronistischen Lager ließen sich bis zur Machtergreifung der Militärs von 1976 die folgenden Fraktionen ausmachen:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

— die Gewerkschaftsbürokratie (zumeist rechtsperonistisch ausgerichtet);
— die sogenannte „rama politica", die vorwiegend aus Personen bestand, die bis 1955 (d.h. z.Zt. der ersten Periode peronistischer Herrschaft, 1946-1955) Regierungsämter bekleidet hatten und ihre Autorität auf langjährige Parteimitgliedschaft und auf mehr oder weniger direkte Beziehungen zu Juan Peron, dem Nestor der Bewegung, gründeten;
— die linksperonistische „Peronistische Jugend", die keine engeren institutionalisierten Beziehungen zum „Rest" der Bewegung unterhielt und kaum Zugang zur „rama politica" und zur Gewerkschaftbürokratie gewann.

Jene Gruppen, die Anfang/Mitte der 70er Jahre den Peronismus unter sozialistischen Vorzeichen zu radikalisieren gedachten und auch mit der peronistischen Regierung der Jahre 1973-76 brachen, sind heute fast vollständig als Folge des Vernichtungsfeldzugs der Militärs aus der politischen Landschaft verschwunden. Tonangebend war parteiintern vor den Wahlen vom Oktober 1983 die „rama politica", die von der Repression der Jahre 1976-1983 am wenigsten tangiert wurde. Der Gewerkschaftsflügel wurde in den Jahren der Diktatur nicht nur durch die massive Eindämmung des gewerkschaftlichen Einflusses auf das soziale Leben (infolge des Zerschneidens der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft), was eine gewisse Demobilisierung zur Folge hatte, geschwächt, sondern auch durch Spaltungen, die z.T. ein Spiegelbild der Auseinandersetzung innerhalb der regierenden Streitkräfte darstellten.

Auch in der U.C.R. waren seit dem Auftreten von Militärregimes „neuen Typus" Verschiebungen im parteiinternen Kräfteverhältnis zu verzeichnen. Die „Erneuerer" der „Movimento de Renovacion y Cambio", die ein stärkeres sozialpolitisches Engagement der Partei forderten, konnten sich bei der Nominierung des „radikalen" Präsidentschaftskandidaten gegen die bis dahin dominierende „Linea Nacional", die an den klassischen (sozialpolitisch liberal-konservativen) Konzeptionen des „Radikalismus" festhielt, durchsetzen. Die Nominierung Alfonsins (1973 hatte sich noch der Kandidat
nal", die an den klassischen (sozialpolitisch liberal-konservativen) Konzeptionen des „Radikalismus" festhielt, durchsetzen. Die Nominierung Alfonsins (1973 hatte sich noch der Kandidat
der „Linea Nacional" gegen die „Linksliberalen" durchgesetzt) wurde durch das Ableben des alten Parteichefs Balbin — wie der Führer der peronistischen „rama politica" und peronistische Präsidentschaftskandidat Luder in den Jahren der Diktatur zeitweise Befürworter eines „zivil-militärischen Paktes" — begünstigt.

Der Sieg Alfonsins

Der Wahlsieg der U.C.R. und ihres Kandidaten Alfonsin fiel unerwartet deutlich aus. Alfonsin gelang es nicht nur, Wähler aus dem Bürgertum und Kleinbürgertum sowie das Reservoir des „Antiperonismus" für sich zu gewinnen, sondern auch Teile der bislang peronistisch hegemonisierten argentinischen Industriearbeiterschaft. So gewann Alfonsin u.a. in den peronistischen Bollwerken im Industriegürtel von Buenos Aires. Die Gründe für den Wahlsieg der „Radikalen" und Alfonsins dürften des weiteren die folgenden gewesen sein:

— Gegenüber seinem farblosen Konkurrenten Italo Luder erwies sich Alfonsin als der fähigere Populist, was in einem Land, dessen politische Kultur jahrzehntelang vom „Caudillismus" und „Populismus" geprägt wurde, von entscheidener Bedeutung sein mußte. Sein populistisches Auftreten stand dabei im krassen Gegensatz zur diesbezüglichen Tradition der Partei. In diesem Zusammenhang war auch bereits vom „Alfonsinismus" die Rede, einer Transformation des „Radikalismus" in eine Bewegung (ähnlich dem Peronismus, der immer mehr Bewegung als Partei war, in den letzten Jahren allerdings eine Entwicklung in Richtung einer modernen politischen Partei eingeschlagen hat), die die politischen Traditionen von „Radikalismus" und Peronismus integriert.

— Sozialpolitische Akzente in der „radikalen" Wahlkampfrhetorik, als Ausdruck von Verschiebungen im parteiinternen Kräfteverhältnis (s.o.), eröffneten Alfonsin einen Zugang zur Industriearbeiterschaft. Die Hinwendung des „Radikalismus" zur Sozialpolitik bedeutete die partielle Auflösung des seit dem Aufkommen des Peronismus (und der sozialen Emanzipation der Arbeiterschaft im Rahmen von Autoritarismus und Populismus) die politische Landschaft bestimmenden Widersprüche zwischen sozialer Emanzipation und bürgerlicher Demokratie unter „sozialdemokratischen Vorzeichen".


Raul Alfonsin

— Alfonsin gelang nicht nur, die Wähler zu mobilisieren, die eine Rückkehr des Peronismus an die Macht verhindern wollten. Nicht wenige Peronisten, die dies auch blieben, gaben Alfonsin (und nicht der U.C.R.!) aus Enttäuschung über die derzeitige Führung der peronistischen Partei ihre Stimme. Sie wählten Alfonsin als den „besseren Peronisten". Dies deutet auf die Möglichkeit von Umgruppierungs- und Umwälzungsprozessen mit weitreichenden Folgen für die argentinische Parteienlandschaft hin, mit Alfonsin als Zentrum einer „dritten Kraft" jen-
lichkeit von Umgruppierungs- und Umwälzungsprozessen mit weitreichenden Folgen für die argentinische Parteienlandschaft hin, mit Alfonsin als Zentrum einer „dritten Kraft" jen-
seits von „traditionellem Radikalismus" und „traditionellem Peronismus". Der „Radikalismus" hatte sich in der Vergangenheit als Gegner der sozialen Emanzipation der Arbeiterschaft dargestellt, während große Teile der peronistischen Arbeiterschaft wiederum vom bürgerlich-demokratischen System ein eher funktionales Verständnis hatten (und dies durchaus nicht immer im positiven „linken Sinne"). Eine derartige „dritte Kraft" wäre, was ihre politisch-ideologische Orientierung anbelangt, am ehesten mit den sozialdomokratischen Parteien Westeuropas zu vergleichen. Allerdings setzen die ökonomischen Verhältnisse einer derartigen Entwicklung enge Grenzen, da eine Integration der Arbeiterschaft in das bürgerlich-demokratische System, mit dessen Grundlagen Alfonsin nicht zu brechen gedenkt, eine progressive Sozialpolitik und eine begrenzte Umverteilung voraussetzt, wozu es jedoch an den dafür notwendigen Ressourcen und ökonomischen Spielräumen mangelt.

— Alfonsin hatte sich in der Zeit der Militärdiktatur als deren konsequenter Gegner und Befürworter bürgerlich-demokratischer Legalität profiliert. Im Gegensatz zu seinem späteren Gegenüber Italo Luder hatte er der Möglichkeit eines zivil-militärischen Regierungsbündnisses immer eine Absage erteilt. Alfonsin verkörperte wie kein anderer Politiker Argentiniens den „Neuanfang", nicht nur im Kontrast zu den diskreditierten Militärs (die bei ihrem Machtantritt versprochen hatten, alles besser zu machen als die diskreditierten Politiker und dann doch versagten), sondern auch gegenüber den Parteiführern und den Führern der korporativen Organisationen der Vergangenheit, denen ein Großteil der Wähler eine Mitschuld am „argentinischen Zyklus" und am Zustand des Landes gab. Alfonsins Behauptung, der Oberbefehlshaber Nicolaides und zwei weitere Generäle bereiteten mit peronistischen Gewerkschaftsführern einen korporativen Pakt vor, der den Peronisten einen erneuten (demokratisch nicht legitimierten) Zugang zur Macht eröffnen und als Gegenleistung den Militärs Straffreiheit für ihre Verbrechen zusichern solle, könnte vor diesem Hintergrund von wahlentscheidender Bedeutung gewesen sein. Damit ließe sich der Wahlausgang auch als deutliche Absage an eine Fortsetzung bzw. Neuauflage einer zivil-militärischen Konspiration gegen die verfassungsmäßige Legalität interpretieren, die in der Vergangenheit ein bestimmendes Moment des „argentinischen Zyklus" war. Sowohl Peronisten als auch „Radikale" haben in der Vergangenheit wiederholt mit dem Militär gegen demokratisch gewählte Regierungen konspiriert.

Die Außenpolitik der Regierung Alfonsin

Waren die amerikanisch-argentinischen Beziehungen zu den Zeiten der Carter-Administration infolge deren „Menschenrechtskampagne" eher
der Regierung Alfonsin
Waren die amerikanisch-argentinischen Beziehungen zu den Zeiten der Carter-Administration infolge deren „Menschenrechtskampagne" eher
getrübt, so verbesserte sich das Klima zwischen Washington und Buenos Aires mit dem Amtsantritt von Ronald Reagan zunächst erheblich. Die Verletzung der Menschenrechte in Argentinien war kein Thema mehr der argentinisch-amerikanischen Beziehungen, stattdessen kamen in Mittelamerika argentinische Folterspezialisten und Offiziere den bedrängten US-freundlichen Armeen zur Hilfe. Die Neuformulierung der amerikanisch-argentinischen Beziehungen war überhaupt das außenpolitische Projekt der Regierung Galtieri. Die Annäherungen zwischen Washington und Buenos Aires vollzogen sich vor dem Hintergrund einer Mitte bis Ende der 70er Jahre erfolgten Relativierung der brasilianisch-amerikanischen Sonderbeziehungen, die sich in der Vergangenheit oftmals gegen Argentinien als Konkurrenten Brasiliens im Ringen um eine Vormachtstellung am „Cono Sur" gerichtet hatten (1). Argentinien diente sich nun den USA als südamerikanischer Eckpfeiler eines symmetrisch zur NATO konzipierten Südatlantik-Paktes (SATO) an, wofür Brasilien, die stärkste Militärmacht auf dem Subkontinent, bedingt durch seine außenpolitische und wirtschaftspolitische Hinwendung zum schwarzafrikanischen Kontinent und zu einigen arabischen Staaten nicht mehr in Betracht kam. Zu den zwischen beiden Regierungen noch vor dem Malwinenkrieg abgesprochenen Details gehörten u.a. die Errichtung einer US-Militärbasis in Patagonien und die Öffnung der argentinischen Erdöl- und Erdgasvorkommen für die US-Energiekonzerne. Vor dem Hintergrund der Wiederannäherung sind auch die eklatanten Fehleinschätzungen der Militärs in der Vorbereitung des Malwinenkrieges zu verstehen, die davon ausgingen, daß die USA sich gegenüber einer Inbesitznahme der Inseln durch argentinische Streitkräfte neutral verhalten bzw. auf ihren NATO-Partner Großbritannien beschwichtigend einwirken würden. Das Verhalten der USA im Malwinenkrieg, die Großbritannien mit Rüstungsgütern und logistischen Einrichtungen Beistand leisteten, was letztendlich von zumindest mitentscheidender Bedeutung für den Ausgang des Krieges gewesen sein dürfte, mußte eine Krise der interamerikanischen Verhältnisse und der interamerikanischen Institutionen nach sich ziehen. Denn ganz offensichtlich stellten die USA NATO-Interessen über den Inhalt des Vertrages von Rio (TIAR) (2). Andererseits hatten die USA wiederholt ihrerseits die interamerikanischen Institutionen und das interamerikanische Vertragswerk in Anspruch genommen, um sich der Unterstützung der lateinamerikanischen OAS und TIAR-Staaten bei Interventionen, die in erster Linie im „nationalen Interesse" der USA lagen, zu versichern (3). Seit dem Malwinenkrieg sind die Forderungen nach einer Strukturreform der Institutionen des interamerikanischen Systems, einer Neubestimmung ihrer Aufgaben und der Verlegung ihres Sitzes auf den Subkontinent vernehmlicher geworden. Bereits seit einiger Zeit kritisieren die lateinamerikanischen Mitgliedsstaaten die Konzentration der Organisation auf „sicherheitspolitische Fragen" und die weitgehende Aussparung von Fragen, die die ökonomische und soziale Entwicklung des Subkontinents betreffen. Die Contadora-Initiative wie die skeptische Haltung der Contadora-Staaten gegenüber der „Carribean Basin-Initiative" — ein ökonomisches Hilfsprogramm mit „sicherheitspolitischen" Vorzeichen — sind Indizien für eine fortschreitende Relativierung des interamerikanischen Systems und seiner partiellen Substitution durch ein intralateinamerikanisches System. In Anbetracht der Abkehr der USA von den internationalen und multilateral agierenden Institutionen (IWF, Weltbank etc.) und des funktionalen Verständnisses der Reagan-Administration von den südamerikanischen Staaten (als mögliche Unterstützer ihrer Mittelamerika-Politik und Teilhaber an einer antikommunistischen Allianz), kann die Regierung Alfonsin von den USA nicht viel erwarten. Dies ist wohl auch mit ein Grund dafür, warum die Regierung an einer Wiederbelebung der historischen Bindungen an die „alte Welt" (Europa) interessiert ist. Für viele Argentinier war es ein Schock, daß das geliebte („Mutterland") Europa, dem immer ein größeres Interesse galt als den geographisch näheren Nordamerikanern, plötzlich geschlossen im „feindlichen Lager" stand, während der lateinamerikanische Subkontinent, mit dem sich Argentinien traditionell weit weniger identifiziert, plötzlich als Unterstützer



„Straßenwohnung" in Buenos Aires

der „nationalen Interessen" Argentiniens auftrat. So unglaublich es auch nach dem Malwinenkrieg anmuten mag: Das Land spekuliert ganz offensichtlich darauf, daß der Demokratisierungsprozeß durch die „Zivilmacht" EG die notwendige äußere Unterstützung erfährt, politisch-ideologisch (Argentinien als Exempel für einen demokratisch-westeuropäischen-„dritten Weg" zwischen antikommunistischer Diktatur und Marxismus auf dem Subkontinent, als Exempel für die Möglichkeit eines alternativen Vorgehens auf dem Subkontinent, das zum Vorgehen der USA in Mittelamerika positiv kontrastiert), aber auch materiell: Sei es durch direkte finanzielle Zuwendungen, Investitionen westeuropäischer Unternehmen, Öffnung des EG-Marktes für argentinische Exportgüter oder aber Fürsprache in den Gremien, in denen die hohe Verschuldung des Landes verhandelt wird. Alfonsin hofft, daß die EG-Länder im Gegensatz zu den USA bereit sind, die politische Dimension der Verschuldungskrise für die argentinische Demokratie anzuerkennen (4).

Vor der neuen Betonung der Beziehungen zur „alten Welt" werden noch die Bemühungen um den Ausbau und die Vertiefung der intraregionalen Beziehungen rangieren. Das bisherige außenpolitische Agieren der Regierung Alfonsin läßt sich heute wie folgt charkterisieren:

— Argentiniens Position im Koordinatensystem der internationalen Beziehungen ist pro-westlich aber zugleich USA-kritisch (5). Die pro-westliche Position wird mehr aus der Befürwortung der parlamentarischen Demokratie, denn des westlichen Wirtschaftssystems („freie Marktwirtschaft") abgeleitet, wobei letzteres selbstverständlich nicht abgelehnt wird. Vorbild sind solche Länder, die über ein bürgerlich-demokratisches Regierungssystem verfügen und nach kapitalistischen Grundsätzen wirtschaften, aber dennoch ein gewisses Maß an „sozialer Gerechtigkeit" verwirklicht haben.

— In Fragen der Außen- und „Sicherheitspolitik" bzw. militärischer Allianzen ähneln die Vorstellungen der Regierung denen der nicht-sozialistischen Mitgliedsstaaten der „Bewegung der Blockfreien" (6).

— Auch auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen orientiert sich die Regierung an den Vorstellungen und Forderungen der „Blockfreien". Es ist denkbar, daß Argentinien in der Gruppe dieser Länder innerhalb der nächsten Jahre eine Führungsrolle einnehmen wird.

— Die „blockfreie" Position Argentiniens ist nicht mit einer Hinwendung zum „tercermundismo" zu verwechseln. Sie versteht sich vielmehr als bewußt „pragmatisch" und „unideologisch" (7).

— Im Demokratisierungsprozeß der „Cono Sur"-Region gedenkt Argentinien eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die Demokratisierung hat somit auch einen außenpolitischen Inhalt. Die Regierung rückt nicht vom argentinischen Führungsanspruch gegenüber den Nachbarstaaten (und indirekt dem gesamten Subkontinent) ab, sie begründet ihn neu, nämlich mit dem demokratischen Vorbildcharakter des Landes. Dies könnte zu neuen außenpolitischen Konfliktkonstellationen führen, zumal dann, wenn die undemokratischen Nachbarstaaten den Demokratisierungsprozeß als ideologische Herausforderung begreifen und sich eine Parallelisierung mit der Krise der Diktaturen einstellt. In einer derartigen Situation könnte sich z.B. Chile genötigt sehen, einen außenpolitischen Konflikt mit Argentinien zu provozieren, um die Überlegenheit des „Militärischen" über das „Zivile" (nach „innen" wie nach „außen") zu demonstrieren. Vor diesem Hintergrund ist auch Alfonsins Haltung zum Beagle-Kanal-Konflikt zu interpretieren: Entmilitarisierung der argentinischen Außenpolitik (bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der „Wehrbereitschaft", aufgrund einer konkurrenzbedingt existierenden Bedrohung durch die Nachbarländer), die noch militarisierter war, als die Brasiliens oder Chiles. Keine Diktatur agierte außenpolitisch aggressiver, als die aus dem Putsch von 1976 hervorgegangene Militärjunta in Buenos Aires (Beispiele: Mittelamerika, Beagle-Kanal, Beteiligung am Putsch in Bolivien, Auseinandersetzungen um Fischereirechte vor der argentinischen Küste bzw. in von Argentinien beanspruchten Gewässern, militärisches Engagement in der Antarktis, Malwinenkrieg). Die friedliche Beilegung des Konfliktes um die Inseln verfolgt den Zweck, eine Kriegsoption zwischen Argentinien und Chile (mit Blick auf die Militärs in beiden Ländern) aus dem Weg zu räumen, sowie den traditionellen „Legalismus" in der Behandlung zwischenstaatlicher Konflikte zu reetablieren. Per Volksentscheid wurden die Ansprüche auf den Beagle-Kanal aus dem Katalog des argentinischen Nationalismus gestrichen, der zudem die Regierung vor dem Vorwurf des „Ausverkaufs nationaler Interessen" absichert. Einen ähnlichen Volksentscheid über die Malwinen hätte die Regierung zweifellos verloren.

Die aktuelle Politik der Regierung Alfonsin dokumentiert auch die enge Verquickung von Innen- und Außen-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

politik in Argentinien. Fast alle außenpolitischen Initiativen erfolgen (z.T. gar primär) auch mit Blick auf die innenpolitische Bühne, auf der die Regierung bislang eher erfolglos blieb.

dietrich schulze-marmeling

Anmerkungen:

1) Die USA haben in der Vergangenheit wiederholt und gezielt Brasilien gegen dessen Konkurrenten Argentinien aufgerüstet, um auf diese Weise auf Buenos Aires Druck auszuüben. So wurden z.Zt. des Zweiten Weltkrieges Waffenlieferungen an Argentinien mit der Forderung nach Kriegseintritt an der Seite der Allierten verknüpft, während gleichzeitig Brasilien, das als einziges Land Lateinamerikas mit einem Expeditionskorps am Krieg in Europa teilnahm, massiv aufgerüstet wurde. Vor diesem Hintergrund entstanden in Argentinien Anfang der 40er Jahre Pläne zur „industriellen Mobilisierung", die dem Land die Möglichkeit der Selbstversorgung (auch mit Waffen) im Falle eines direkten Krieges verschaffen sollten. Denn die Unmöglichkeit von Waffenimporten aus Europa (wo diese für den europäischen Kriegsschauplatz benötigt wurden), die rasante Entwicklung der Waffentechnik bei gleichzeitigem bewaffneten Konflikt und die Blockadepolitik der USA ließen das Ausrüstungsniveau der argentinischen Streitkräfte im internationalen wie regionalen Vergleich absinken.

2) Noch ein Jahr vor Gründung der OAS wurde 1947 der „Tratado interamericano de asistencia reciproca" (TIAR) unterzeichnet, in dem sich die USA und die lateinamerikanischen Staaten zum kollektiven Beistand gegenüber Angriffen extrakontinentaler Mächte verpflichteten. Der Vertrag war von den USA als „sicherheitspolitisches" Instrumentarium ihrer Politik auf dem Subkontinent konzipiert.

3) Am 28. April 1965 landeten US-Marineinfanteristen auf einseitigen Befehl Präsident Johnsons in der Dominikanischen Republik. Erst nach Entsendung der Truppen wandte sich die US-Regierung an die OAS, um eine internationale Legalisierung ihrer Aktion zu erlangen. Das gewünschte Feigenblatt wurde umgehend geliefert. Ebenso wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Bildung einer „internationalen Friedenstruppe", in die das beträchtliche US-Kontingent eingegliedert werden konnte, zustandegebracht. Der Strukturwandel, dem die interamerikanischen Beziehungen in den 70er Jahren ausgesetzt waren, wird deutlich, wenn man die Vorgänge um die US-Intervention in der Dominikanischen Republik mit der OAS-Nikaragua-Debatte von 1979 vergleicht: Der US-Außenminister Vance forderte damals die kollektive Nichtanerkennung des Somoza-Regimes, die Bildung einer OAS-Mission, die bei der Aushandlung einer Übergangslösung in Managua helfen sollte, und die Aufstellung einer „Friedenstruppe" zur Wiederherstellung der „Ordnung" in dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Land. Ein lateinamerikanischer Delegierter nach dem anderen verband die Verurteilung Somozas mit ebenso vehementer Ablehnung ausländischer (gemeint war US-)Einmischung und Intervention. Verabschiedet wurde schließlich von der OAS eine Resolution, in der vom Einsatz „kollektiver Mittel" (etwa „Friedenstruppe") nicht mehr die Rede war. Dies war als Indiz für die zunehmende Abwertung und Funktionslosigkeit der OAS zu werten.

4) Gegenüber dem BRD-Außenminister Genscher äußerte Alfonsin, *„er sei über die Intensivierung der deutsch-argentinischen Beziehungen besonders glücklich, weil die BRD das europäischste Land sei, das er am meisten schätze"* (FAZ v. 19.4.84). Vor dem europäischen Parlament führte Alfonsin u.a. aus, daß es für die Zukunft Europas und Lateina-

tionslosigkeit der OAS zu werten.

4) Gegenüber dem BRD-Außenminister Genscher äußerte Alfonsin, „er sei über die Intensivierung der deutsch-argentinischen Beziehungen besonders glücklich, weil die BRD das europäischste Land sei, das er am meisten schätze" (FAZ v. 19.4.84). Vor dem europäischen Parlament führte Alfonsin u.a. aus, daß es für die Zukunft Europas und Lateina-

merikas von entscheidender Bedeutung sei, die Beziehungen zwischen der EG und dem Subkontinent zu festigen. Die EG diene dem lateinamerikanischen Integrationsprozeß als Vorbild. Alfonsin rief zu verstärkten westeuropäischen Investitionstätigkeiten auf dem Subkontinent auf. Gleichzeitig verlangte er einen besseren Zugang für die lateinamerikanischen Länder zum EG-Markt. Ein stärkeres Engagement der EG in Lateinamerika sei auch ein Beitrag zur politischen Stabilisierung der Demokratie in der Region (nach „FAZ" v. 25.10.84). Die argentinische Regierung hofft somit, daß die EG-Länder die notwendigen „äußeren" (und darüber vermittelt auch „inneren") Voraussetzungen für die angestrebte Etablierung „sozialer" bürgerlicher Demokratien auf dem Subkontinent, als Alternative zu den rechtsradikalen Diktaturen und den „linksradikalen Regimen" (Cuba, Nicaragua) schafft. Sie spekuliert dabei darauf, daß die EG-Staaten (im Gegensatz zu den USA) die Etablierung „sozialer" bürgerlicher Demokratien als das (langfristig) den meisten Erfolg versprechende Mittel betrachten, um einem „Vormarsch des Marxismus" und einer Herauslösung des Subkontinents aus der westlichen Einflußsphäre Einhalt zu gebieten.

5) *„Wir gehören durch unsere Herkunft zum Westen. Aber wir brauchen heute einen größeren außenpolitischen Spielraum. Wir waren einmal Europa, aber diese Bande sind zerbrochen worden, nicht zuletzt durch die Politik der Europäer selbst"* (Innenminister Troccoli, zitiert nach „FAZ" v. 28.11.84). Troccoli äußerte in diesem Zusammenhang des weiteren die Auffassung, *„daß ein demokratisches Argentinien ein wichtiges Bindeglied zwischen Europa und Lateinamerika sein könnte"* (ebenda).

6) Wie andere Länder der „Blockfreien" leitet Argentinien seine „Blockfreiheit" direkt aus den negativen Effekten der Ost-West-Konfrontation ab. *„Wir sind blockfrei, weil wir mit großer Besorgnis die negativen Auswirkungen des Ost-West-Konfliktes auf unsere Länder sehen"* (Außenminister Caputo).

7) „tercermundismo" = Dritte-Welt-Position und Alternative/Gegenstück zum „occidentalismo", d.h. der Zugehörigkeit zur „westlichen Hemisphäre", „westlichen Kultur".

Hungersnot in Äthiopien
»Der Hunger ist die Nahrung der Macht«

Am 23. Januar fand in der Bundesrepublik unter dem Motto „Ein Tag für Afrika — Gemeinsam gegen den Hunger" ein bis dahin noch nie dagewesenes Medienspektakel zugunsten der Hungernden in Afrika statt. Schwerpunkt der Berichterstattung vor und nach dem Afrikatag war Äthiopien. Auslöser für die Aktion waren Bilder eines BBC Fernsehteams über die Hungersnot in Äthiopien, die im Oktober in den ARD-Tagesthemen ausgestrahlt wurden.

Schätzungen zufolge sollen sechs bis sieben Millionen Äthiopier, neuere Meldungen sprechen sogar von 8 Millionen, an akutem Nahrungsmittelmangel leiden. Seit Februar 1984 sollen bereits 300.000 Menschen verhungert sein.

Besonders schlimm ist die Lage der Kinder. Die UNICEF berichtet, daß 500.000 Kinder infolge des Nahrungsmangels bleibende körperliche und geistige Behinderungen davontragen werden.

Darüber hinaus entsteht in dieser Region ein Flüchtlingsproblem bisher nicht gekannten Ausmaßes. Nach offiziellen Angaben der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) sind bisher schon über 1,2 Millionen Äthiopier in den Sudan oder nach Somalia geflüchtet. Hinzu kommen noch mehrere tausend Menschen, die innerhalb des Landes umgesiedelt werden.

Hunger und Dürre sind für Äthiopien kein neues Phänomen. Bereits 1965/66 starben etwa 50 % der Bevölkerung in Teilen der Provinz Wollo im nördlichen Äthiopien. Zwischen 1972 und 1974 soll die Hungersnot in der zentralen Hochebene 200.000 Menschen das Leben gekostet haben.

Sind solche immer wiederkehrenden Hungersnöte allein durch Naturkatastrophen zu erklären?



Hungersnot in Äthiopien

Zweifelsohne ist die seit drei bis vier Jahren anhaltende Dürre ein schwerwiegender Grund für die gegenwärtige Hungersnot in Äthiopien. Allein mit Dürre läßt sich das Ausmaß der Katastrophe jedoch nicht erklären.

Einer der Gründe dafür, daß ausbleibender oder zur falschen Zeit fallender Regen solch heftige Folgen hat, liegt darin, daß Äthiopien eines der ärmsten Länder Afrikas ist. 1980 war das Bruttosozialprodukt pro Kopf (140

Dürre läßt sich das Ausmaß der Katastrophe jedoch nicht erklären.

Einer der Gründe dafür, daß ausbleibender oder zur falschen Zeit fallender Regen solch heftige Folgen hat, liegt darin, daß Äthiopien eines der ärmsten Länder Afrikas ist. 1980 war das Bruttosozialprodukt pro Kopf (140

US-Dollar) nur noch im Tschad niedriger. Grundlage der äthiopischen Wirtschaft ist die Landwirtschaft. Etwa 80 bis 85 % der Äthiopier leben auf dem Lande. Doch auch nach der Revolution von 1974, die eine weitgehende Landreform brachte und zumindest im Süden zu einer Entmachtung der Feudalaristokratie führte, ist Äthiopien mit dem Erbe aus der Zeit des Kaiserreichs unter Haile Selassi konfrontiert. Unter den Feudalbedingungen des Kaiserreichs war nur ein Teil des wirklich fruchtbaren Landes bewirtschaftet worden. Dies hat sich auch heute noch nicht wesentlich geändert, denn nur 15 % des Landes werden bebaut, während 69 % der Fläche Äthiopiens landwirtschaftlich nutzbares Land ist, weil fruchtbare Gebiete im Norden wegen des Krieges nicht bebaut werden können bzw. die notwendige Infrastruktur fehlt.

Bei einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstums von 2,5 % sind die äthiopischen Bauern gezwungen, immer steilere Hänge zu bebauen. Folge davon ist, daß die Erosion um so intensiver voranschreitet und zunehmend fruchtbare Erde verlorengeht. Außerdem müssen Wälder gerodet werden, da Brennholz die einzige Energiequelle auf dem Lande ist. Die noch existierenden und übernutzten Wälder können sich nicht mehr regenerieren und verschwinden immer rascher. Wo einst 40 % des Landes aus Wald bestand, sind heute nur noch 4 % Waldfläche übrig geblieben. Ebenso wird durch Überweidung durch große Viehherden die Grasnarbe zerstört, wodurch weitere fruchtbare Erde durch Erosion verlorengeht. Schätzungen zufolge sollen jährlich eine Billion Tonnen Erde durch Erosion verloren gehen.

Exportproduktion verdrängt Nahrungsmittelanbau

Die überwiegende Anzahl der äthiopischen Bauern arbeitet auf Basis von Subsistenzwirtschaft. Nur ein Viertel der landwirtschaftlichen Produktion wird vermarktet und kommt in den Wirtschaftskreislauf, d. h. drei Viertel werden ausschließlich für den eigenen Bedarf der Bauern produziert. Dies liegt auch daran, daß die Ankaufpreise für Nahrungsmittel staatlich festgelegt sind. Sie sind allerdings so niedrig, daß die Bauern keinen „Produktionsanreiz" für den Markt mehr sehen. So kam es früher schon zu Versorgungskrisen in den Städten. Die äthiopische Regierung begegnete diesem Problem, indem sie begann, zunehmend staatliche Großfarmen auf Kooperativenbasis zu errichten. Diese sind finanziell und damit auch maschinell gut ausgestattet. Sie erhalten einen Großteil der staatlichen Subventionen und sollen hauptsächlich für die Städte und den Export produzieren. Sie erwirtschaften gegenwärtig trotzdem nur 6 % der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion.

Um benötigte Devisen zu bekommen, fördert die äthiopische Regierung den Anbau von Exportprodukten durch besondere Kredite, Saatgut, Maschinen und andere Dienstleistungen. Hauptexportprodukt ist Kaffee, der zwei Drittel der Deviseneinnahmen einbringt. Der Wert des äthiopischen Kaf-

Um benötigte Devisen zu bekommen, fördert die äthiopische Regierung den Anbau von Exportprodukten durch besondere Kredite, Saatgut, Maschinen und andere Dienstleistungen. Hauptexportprodukt ist Kaffee, der zwei Drittel der Deviseneinnahmen einbringt. Der Wert des äthiopischen Kaf-

feexports liegt durchschnittlich bei 650 Mio. DM pro Jahr. Da die Erlöse für Kaffee aber trotz zunehmender und sich verteuernder Importe aus dem Ausland nicht steigen (Haupthandelspartner ist nach wie vor die westliche Welt mit einem Anteil von 60 % mit zunehmender Tendenz), muß immer mehr Land für den Anbau von Exportprodukten bereitgestellt werden. Dadurch geht weiteres Land, das bisher die Existenzgrundlage von Bauern und Hirten war, verloren.

Die Imperialisten unterstützen diese Entwicklung, indem sie diesen Bereich fördern. So gewährte eine EG-Kommission 1982 Äthiopien einen Zuschuß von 63,4 Mio. DM zur Verbesserung des Kaffeeanbaus. Ansonsten halten sie sich merklich zurück. Äthiopien gehört zu den Ländern, die mit knapp 7 US-Dollar pro Kopf die geringste Entwicklungshilfe erhalten (zum Vergleich: Sudan 36,5 US-Dollar, Somalia 119 US-Dollar). Es kommt zu solchem Irrsinn, daß in London Hilfsorganisationen äthiopische Bohnen als Hungerhilfe für Äthiopien angeboten werden.

Der Bürgerkrieg verschärft die Situation

In Äthiopien herrscht Krieg. Seit über 20 Jahren kämpft das Volk von Eritrea für die Unabhängigkeit. Nach internen Auseinandersetzungen unter den Befreiungsbewegungen kontrolliert die EPLF (Eritrean People's Liberation Front) heute den größten Teil Eritreas. Seit 1978 kämpft die TPLF (Tigray People's Liberation Front) für Autonomie in Tigray. Aber auch in anderen Provinzen kämpfen Befreiungsbewegungen gegen die äthiopische Zentralregierung im Vielvölkerstaat Äthiopien.

Nach der Machtübernahme des Militärs 1974 kam es in mehreren Landesteilen und auch in der Hauptstadt zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Zwischen 1975 und 1978 wurde fast die gesamte städtische und ländliche Opposition liquidiert. Im Rahmen des von der Militärregierung proklamierten „Roten Terrors" starben 30.000 Menschen, darunter ein bedeutender Teil der äthiopischen Intelligenz.

Nach der Zerschlagung jeglicher organisierter Opposition im Zentrum hat sich der Widerstand gegen die Zentralregierung weitgehend in nationale Befreiungsbewegungen an der Peripherie verlagert. Äthiopien unterhält die zweitgrößte Armee in Afrika. Der Krieg gegen die Befreiungsbewegungen im Lande verschlingt einen großen Teil des äthiopischen Haushalts. Nach Angaben der EPLF gibt die Regierung 50 % ihres Etats für Verteidigung aus, (hingegen nur 3,2 % für Bildung und 1,3 % für Gesundheit). Allein der Bürgerkrieg in Eritrea soll täglich 500.000 Dollar kosten. Die verstärkten Waffeneinkäufe für den Bürgerkrieg führen zu einem raschen Anstieg der Importe. Um die Waffen bezahlen zu können, müssen weitere Exportanstrengungen unternommen werden, um entsprechende Devisen zu erhalten.

Um die Stärke des riesigen Heeres aufrechterhalten zu können, werden Bauern zum Militärdienst zwangsver-

führen zu einem raschen Anstieg der Importe. Um die Waffen bezahlen zu können, müssen weitere Exportanstrengungen unternommen werden, um entsprechende Devisen zu erhalten.

Um die Stärke des riesigen Heeres aufrechterhalten zu können, werden Bauern zum Militärdienst zwangsver-

pflichtet. Die Bauern können ihr Land nicht mehr bestellen und viele finden im Krieg den Tod. Die EPLF spricht davon, daß viele junge Männer auf dem Lande sich tagsüber verstecken, um der Zwangsrekrutierung zu entgehen.

Der Krieg hat dazu geführt, daß mehr als 43 % der Landbevölkerung, das sind 30 % der Gesamtbevölkerung, in Kriegsgebieten leben. Daß die Hungerkatastrophe eng mit dem Krieg in Äthiopien zusammenhängt, zeigt, daß neben der Provinz Wollo die Zentren der Hungerkatastrophe in den umkämpften Provinzen Tigray und Eritrea liegen. Die Befreiungsbewegungen in Tigray und Eritrea kontrollieren große Teile des Landes. Einiges deutet darauf hin, daß die äthiopische Regierung versucht, was ihr in den letzten Jahren mit Hilfe massiver Kriegsführung nicht gelungen ist, nun mit anderen Mitteln zu erreichen. *„Es besteht der Verdacht, die Regierung habe die Hungersnot außer Kontrolle geraten lassen, um gewachsene Gemeinschaften aufzulösen, Bevölkerungsteile in andere Regionen und kontrollierbare Städte verschieben zu können, alles in der Absicht, den aufständischen Norden zu unterwerfen."* (Aus der amharischen Oppositionszeitschrift „Ethiopia Profile", April 1983, zit. nach „Die Hungernden sind die Nahrung der Macht", Dritte Welt Haus e.V., Bielefeld 1985).

Es gibt Anzeichen, die diesen Verdacht begründen: So haben die Befreiungsbewegungen Eritreas (EPLF) und Tigrays (TPLF) einen Waffenstillstand für die Zeit der Hilfsmaßnahmen angeboten. Die äthiopische Regierung lehnt solche Vorschläge als nicht annehmbar ab: „Mit Terroristen verhandeln wir nicht." — Nach einem Bericht der französischen Hilfsorganisation „Medicins sans frontières" sollen tausende von Hektar Land durch äthiopische Luftangriffe verbrannt worden sein und Dörfer, Bewässerungssysteme und das landwirtschaftliche Zentrum in Tekese zerstört worden sein.

Die äthiopische Regierung hat in der letzten Zeit mit einem großangelegten Umsiedlungsprogramm vom Norden in den Süden begonnen. Bis Ende 1984 sollen bereits 100.000 Menschen umgesiedelt worden sein. Dieses Jahr sollen weitere 500.000 Menschen folgen. Die Regierung sagt, daß sie damit die Existenz von Millionen sichern will. Dies ist aber nur einer der möglichen Gründe für diese Aktion. Offenbar will die äthiopische Regierung die ethnischen Strukturen des Vielvölkerstaates Äthiopien aufbrechen und damit die Befreiungsbewegungen ihrer sozialen Basis berauben. Die Frage, ob die Menschen, die in die Lager und Verteilzentren gekommen sind, sich nun freiwillig oder gezwungenermaßen umsiedeln lassen, verliert an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß viele kurz vor dem Hungertod stehen. Die Umsiedlungen erscheinen auch in einem anderen Licht, wenn man bedenkt, daß es im Norden noch durchaus landwirtschaftlich nutzbares Land gibt. Die Hilfsgüter, die ausschließlich von der staatlichen „Relief and Rehabilitation Comission" (RRC) verteilt werden, werden nur in den Gebieten ausgegeben, die von der Regierung kontrolliert werden. Für die vier bis fünf Millionen Menschen aus Tigray und Eritrea, die von der Hungersnot betroffen sind, dürfte allerdings nur eine sehr geringe Chance bestehen, den Marsch in die Lager der RRC anzutreten. So bleibt ein Teil der Hilfsgüter unverteilt. Dieser soll für den Aufbau der Farmen der Umgesiedelten verwendet werden, denn nach Planungen soll es drei Jahre dauern, bis diese Farmen sich selbst versorgen können.

Düstere Aussichten

Solange in Äthiopien Krieg herrscht, wird gehungert werden. Ein Ende des Konflikts ist aber nicht abzusehen. Die Sowjetunion, die bis 1974 die Befrei-

Düstere Aussichten

Solange in Äthiopien Krieg herrscht, wird gehungert werden. Ein Ende des Konflikts ist aber nicht abzusehen. Die Sowjetunion, die bis 1974 die Befrei-

ungsbewegungen noch unterstützt hatte und für das Selbstbestimmungsrecht der Eritreer eingetreten war, hat danach einen grundlegenden Schwenk zugunsten der äthiopischen Regierung gemacht. Sie hofft, dadurch zu verhindern, daß das strategisch wichtige Horn von Afrika wieder voll in die Hand der Imperialisten gelangt. Aber auch die imperialistischen Staaten haben kein Interesse an einem Sieg der Befreiungsbewegungen in Eritrea und Tigray. Ein Sieg der Befreiungsbewegungen würde eine Einflußnahme auf Jahre zunichte machen. So versuchen die Imperialisten, den Hunger als Waffe einzusetzen und Äthiopien allmählich wieder auf die Seite des Westens zu ziehen. In diesem Sinne äußert sich der US-Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium: *„In den nächsten zwanzig Jahren können Nahrungsmittel unsere stärkste Waffe sein."* Und der bekannte Republikaner Jesse Helms fügt hinzu: *„Nahrungsmittelexporte werden vermutlich unser hauptsächliches außenpolitisches Mittel sein."* (zit. nach „Africa Now", 12/84). Die Chancen für die Verwirklichung der Ziele der Befreiungsbewegungen, z. B. das Referendum über die Zukunft Eritreas, stehen trotz der relativ guten Position der EPLF und der TPLF bei der Bevölkerung nicht gut. Weitgehend ohne internationale Unterstützung sind sie auf sich selbst angewiesen.

Ks., Hamburg

Quellen:
— Die Hungernden sind die Nahrung der Macht, Hrsg. Dritte Welt Haus e.V., Bielefeld, 1985, Preis 7,— DM
— Africa Now, 9/84 und 12/84
— Politisches Lexikon Afrika, München 1984
— Tagespresse 1981 - 1985

Zwischenergebnis zu erstaunlichen Erkenntnissen aus dem Saarland

Zu Lafontaine: »Der andere Fortschritt«

Programmatisches hat derzeit Konjunktur und das sicher nicht zufällig: während das konservative Lager immer noch an den theoretischen Grundlagen für das Wende-Projekt feilt, dabei die Richtung für die nächsten zehn Jahre auspokert, ist man in der SPD dabei, das „neue" Image zu schneidern: das, mit dem die Jugend wieder eingefangen und die alten Kanalarbeiter dennoch nicht verloren werden sollen. Bei den Grünen...das Dilemma ist ja allseits allzu bekannt.

Besonders spannend sind die so entstehenden Bücher in der Regel nicht. Die Verlage Siedler, rororo, konkret verdienen sich trotzdem eine, zumindest, silberne Nase, und jetzt will auch Hoffman & Campe (ja die, die Kubys Stern-Buch zensiert haben und deren beste Autoren daraufhin fortgewechselt sind) in das Geschäft einsteigen. Glotz war schon vergeben, Brandt nicht unumstritten, also durfte Oskar Lafontaine eine Sekretärin an die Schreibmaschine setzen und sich selbst Gedanken über „Der andere Fortschritt" machen. Das in „Spiegel" 5 und 6/85 veröffentlichte Zwischenergebnis ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: **zum einen enthüllt es eine beträchtliche Oberflächlichkeit, wenn nicht Gedankenarmut des Oberenkels in der SPD („natur"), zum zweiten zeigen gewisse sozialpolitische Ansätze des „grünsten Genossen" (wieder „natur") erstaunliche Verwandtschaft zu einer ganz anderen Ecke.**

Völlig losgelöst...

Lafontaine geht in seinen Überlegungen (Behauptungen wäre der genauere Ausdruck) davon aus, daß die Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren nicht in nennenswertem Maße abge-

Ausdruck) davon aus, daß die Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren nicht in nennenswertem Maße abge-

baut werden kann. Er stellt zwar fest: „*Massenarbeitslosigkeit ist nicht schicksalhaft*" (Spiegel 5/85), geht dann aber weiter: „*Die Rahmenbedingungen sehen allerdings nicht günstig aus.*" Jetzt weiß zwar niemand so genau, welche Rahmenbedingungen wofür gemeint sind (vermutlich die für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit), es ist vor allem überhaupt nicht klar, wie solche Rahmenbedingungen zustande kommen, ob schicksalhaft oder beeinflußbar (von der SPD?); aber wir wissen, daß Lafontaine auch für 1990 mit über zwei Millionen Arbeitslosen rechnet. Damit das einerseits nicht zu teuer wird, andererseits die Kosten für die soziale Sicherung(?) anders als bisher verteilt werden, stellt er fest: „*Diese Koppelung des sozialen Sicherungssystems an die Lohnnebenkosten ist nicht mehr sinnvoll.*" Arbeitsplätze würden dadurch nämlich zu teuer: Unternehmen, die Arbeit schaffen (mit oder ohne Waffen) werden im Vergleich zu solchen, die Roboter einstellen (welche bekanntlich nicht sozialversicherungspflichtig sind) benachteiligt. Im Spiegel 36/1983 las sich das so: „*Zweitens haben wir nicht zu hohe Löhne, aber zu hohe Arbeitskosten und zwar wegen der hohen Lohnnebenkosten. Das hindert uns daran, mehr Menschen wieder Arbeit zu geben... Wenn ich dies alles zuasmmenfasse und versuche, es in ein System zu bringen, dann komme ich dazu vorzuschlagen, daß man unser soziales Netz anders finanzieren sollte.*" Der Spiegel-Gesprächspartner, der das propagierte, war allerdings kein Sozialdemokrat, es war Ernst Albrecht, und er wußte auch ganz genau, was er mit dieser Neufinanzierung des sozialen Netzes erreichen wollte: „*Die Lasten des sozialen Netzes zahlt dann das ganze Volk, nicht mehr nur der Arbeitnehmer.*"

Nun war Albrecht damals sehr viel konkreter, als Lafontaine es (vermutlich nicht ohne Grund) in seinem Aufsatz werden will. Albrecht schlug als Quelle für die Neufinanzierung die Mehrwertsteuer vor, eine Idee, die Kurt Biedenkopf in einem anderen Spiegel-Interview für attraktiv hielt. Lafontaine würde diese konkrete Umsetzung seines Vorschlags vermutlich weit von sich weisen — andererseits grenzt er sich auch nicht ab von diesen rechten Vorstellungen, obwohl ihm die strukturellen Ähnlichkeiten bekannt sein müssen. Sein Vorschlag, den er erst drei Seiten später ganz vage andeutet — eine Finanzierung über eine sogenannte Energiesteuer, wie sie in einem anderen Zusammenhang auch in bestimmten grünen Diskussionsrunden regelmäßig auftaucht — ist von den Auswirkungen her außerdem kaum besser: auch die Energiesteuer würde nämlich voraussichtlich auf die Produktpreise umgewälzt werden und dadurch, wie die Mehrwertsteuer, alle Verbraucher belasten.

Von der Erde

Von der Erde

Ähnlich bedenkliche Töne schwingen auch in Lafontaines Überlegungen zum Sozialstaat mit. Dessen Finanzierungskrise will er einerseits durch eine Umverteilung innerhalb des Staatshaushaltes (vom Verteidigungsetat in den Sozialetat — was zwar schön klingt, in der SPD aber sicher nie durchsetzbar sein wird) beheben, andererseits aber auch durch „*die Angemessenheit von Hilfe und Bedürftigkeit und die Verhinderung ungerechtfertigter Inanspruchnahme von Sozialleistungen*". Das paßt sich bruchlos in die seit 1981 (seit dem UNO Jahr der Behinderten) in Gang gebrachte „Mißbrauchsdebatte" ein, die zuletzt zu massiven und folgenreichen Eingriffen ins Schwerbehindertenrecht (dazu „taz", 30.7.84: „Das Phantom der Behinderteninvasion") geführt hat. Materielle Folge: immer weniger Alte und Behinderte (um bei dieser Gruppe zu bleiben, entsprechendes gilt natürlich für alle „vom Sozialstaat bevorteilten" Gruppen) sind in der Lage, ein selbständiges Leben außerhalb der Ghettos zu führen: weil sie sich die Beförderung ins Einkaufszentrum nicht mehr leisten können, weil sie nicht mehr genug Pflegegeld erhalten, weil ihnen Hilfen zur Selbsthilfe (z.B. ein Auto) nicht mehr finanziert werden.

Stattdessen baut Lafontaine auf die unbürokratische und vor allem unentgeltliche Hilfe „nichtprofessioneller Individuen", „Nachbarn und Familie", die „dieses System nicht nur menschlicher, sondern auch effizienter und billiger werden (lassen)". Billig ist wichtig, denn: „*Das Problem vieler alter Menschen ist nicht so sehr materielle Bedürftigkeit, viel mehr leiden sie unter gesellschaftlicher Vereinsamung.*" Das sich materielle Bedürftigkeit und gesellschaftliche Vereinsamung bedingen können, wird er nur deshalb übersehen haben, weil er vor lauter „brandneuer Öko-Literatur auf seinem Schreibtisch" („natur") nicht zum Denken gekommen ist. (Dabei hätte in diesem Fall schon die Lektüre des dünnen Bändchens, „Morgens um sieben ist der Tag schon gelaufen — Alltag im Altersheim", Ffm. 84, schon gereicht). Und wenn ohnedies alle Schlagworte, die von konservativer Seite in den letzten Jahren in die Diskussion gebracht worden sind, naiv und ohne erkennbare Reflektion übernommen werden, darf in „Der andere Fortschritt" natürlich ein Plädoyer für „ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen", das auch in Öko-libertären Kreisen Konjunktur hat, nicht fehlen. Ohne dieses Thema hier erschöpfend zu behandeln (s. auch eine kritische Analyse zur Idee des Mindesteinkommens in der „MOZ" 6/84, S. 28), soviel: die Idee, jedem Staatsbürger ein Mindesteinkommen zu zahlen, stammt von dem rechten Wirtschaftstheoretiker Milton Friedman und sollte in dessen Theorie eine Vereinfachung des Sozialleistungssystems bewirken. Nach Zahlung des Mindesteinkommens, dessen Höhe deutlich unter der Armutsgrenze liegen soll, gibt es keine weiteren Sozialstaat-

stems bewirken. Nach Zahlung des Mindesteinkommens, dessen Höhe deutlich unter der Armutsgrenze liegen soll, gibt es keine weiteren Sozialstaat-

lichen Verpflichtungen mehr. Grüne Theoretiker, z.B. Michael Opielka, haben versucht, durch eine Anhebung des Mindesteinkommens es zu einer Alternative zum Erwerbseinkommen zu machen und damit eine sozialpolitische Lösung für die arbeitspolitischen Probleme im Kapitalismus zu liefern. Das entscheidende Problem, welches ein ausreichend hohes Mindesteinkommen aufwürfe, wäre daß die materielle Existenz völlig vom Wohlwollen des Staates abhinge, der mit erheblich mehr Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten ausgestattet sein müßte (dazu auch K. H. Roth: „Öko-Faschismus?", Referat auf dem Gesundheitstag '84).

Schwebt das Rahahaumschiff

Außer sozialpolitischem Rechtsdrall liefert Lafontaine sonst vor allem Allgemeinplätze. Besonders typisch ist dabei der Anfang seiner Ausführungen.

Da ist die Rede von Massenarbeitslosigkeit und Armut, die zurückgekehrt sind — offensichtlich aus eigenem Antrieb. „*Hungertod, Atomtod, Naturzerstörung und soziale Not sind Ergebnisse menschlichen Handelns*" — Menschen sind wir alle — „*für dessen Folgen die Menschen*" — wir — „*einstehen müssen, zumindest für die Folgen die sie*" — die Opfer? — „*voraussehen können...Da Politik und Gesellschaft ratlos geworden sind*" — Politik und Gesellschaft als ratloses Subjekt? — „*muß die Frage gestellt werden, was wir eigentlich wollen, welche Ziele wir haben.*" Krupp oder Flick oder eine Nicaraguanerin oder ich? „*Wir wollen Hungerkatastrohen nicht. Wir wollen sie vermeiden. Wir wollen den Atomtod nicht. Wir wollen ihn vermeiden.*"

Für ein Rhetorikseminar reicht das nicht aus, zumal es noch über Sätze so weitergeht: Als gäbe es keine Interessenunterschiede, als lebte Lafontaine in einer Volksgemeinschaft mit einem Willen, einer Vorstellung, einer Sehnsucht, einem Bahro und einem Oberenkel... Die in diesem Kontext erschreckende Ungenauigkeit taucht selbst in den „grünen" Teilen des Spiegel-Artikels auf: über eine viertel Million Menschen sollen in der Umweltschutzindustrie beschäftigt sein, „*Umweltschutz läßt die Kassen klingeln*", zitiert Lafontaine freudig erregt Zeitungsschlagzeilen und hätte doch nur Bissingers Vorwort im Februar-Heft von „natur" lesen müssen, um festzustellen, daß alles Tand ist, daß Produkte wie das aggressive Öko-Tau die Kassen ebenso klingeln lassen wie irgendwelche teuren Bio-Nudeln im Kaufhaus, die sich bei genauem Hinsehen als dunkel eingefärbte billige Eiernudeln entpuppen. Kein Wunder also, daß auch seine Auseinandersetzung mit den Grünen ein Niveau erreicht, daß man sich fast Helmut Kohl als Ghostwriter wünscht, damit man wenigstens was zu lachen hat: „*Die demonstrieren, wir regieren*" zitiert Lafontaine Zimmermann und belegt damit ultra-überzeugend, daß Protest ohne Regierungsbeteiligung wirkungslos bleibt.

Seine Zusammenfassung d e r grünen Position lautet: „*Wir wollen keine politische Verantwortung übernehmen, damit wir die herrschenden Zustände nicht politisch verantworten müssen.*" Dagegen weiß Lafontaine noch aus der Grundschule, „*daß eine wirkungsvolle Politik der Verweigerung nur aus der übernommenen Verantwortung möglich ist.*" Willy Brandt, Helmut Schmidt, Johannes Rau und Mr. von Dohnany beweisen es Tag für Tag...

In den Abgrund?

Lafontaine wirkt in seinen Ausführungen wie alles mögliche, nur nicht wie der linksintellektuelle Vordenker einer Volkspartei. Das völlige Fehlen von Analysen von politischen Vorgängen in den letzten Jahren oder Monaten macht die Äußerungen zu einem Sammelsurium von Allerweltsdummheiten, deren ideologischer Gehalt nicht selten aus den rechtesten Ecken des konservativen Gegners geklaubt scheint. Dieser Lafontaine als zukünftiger SPD-Kanzlerkandidat hätte Chancen, ein Oggersheimer von der Saar zu werden. Aber vielleicht tarnt er sich ja auch nur raffiniert.

Siegfried Sinnreich

Bissinger bei »natur«

KOMMENTAR

VON TRITTBRETTFAHRERN UND ANDEREN ZEITGENOSSEN

Ein offener Blick, zuversichtlich — Oskar Lafontaine hat allen Grund, den Leserinnen und Lesern des Februarheftes von „natur" freundlich entgegenzuschauen. „Der grünste aller Genossen" wird über sechs volle Seiten von „natur"-Redakteur Jürgen Schreiber gefeiert und von Fotograf Gerd van Rijn ins denkbar beste Licht gesetzt. Kein Wunder — war „natur"

von „natur"-Redakteur Jürgen Schreiber gefeiert und von Fotograf Gerd van Rijn ins denkbar beste Licht gesetzt. Kein Wunder — war „natur"

schon zu Horst Sterns Zeiten nicht allzu kritisch gegenüber der bundesdeutschen Sozialdemokratie und sogar ausgewählten schwarzen „Grünen" eingestellt, wird sich das mit Manfred Bissingers Antritt als Chefredakteur des teuren Monatsmagazins (8 Mark, 160.000 verkaufte Auflage), programmatisch verfestigen. Die SPD hat ihr Öko-Blatt und der Hamburger Senatspresse-Pensionär von Hans Ulrich Klose darf mit der grünen Fahne wedeln, um die GRÜNEN zu bekämpfen.

Die Lafontaine-Huldigung läßt Stil und Technik offenbar werden: nachdem über drei Seiten ausführlich der Mensch („*kunstsinnig, lesehungrig, Vater des zweijährigen Frederic*") und politische Überflieger („Gegenüber dem amtierenden Provinzialismus am Rhein wirkt der Physiker an der Saar doch wie ein Weltgeist. Von Heraklit bis Hegel kommt ihm keiner aus, wenn er zum Nachteil seiner Gegner mit den Pfunden klassischer Bildung wuchert") gewürdigt worden ist, werden die GRÜNEN in die Mangel genommen: „*In seiner Gegnerschaft zur Atomkraft läßt sich der Physiker sowieso nicht leicht übertreffen ... Verweigerten die Grünen Lafontaine im Ernstfall die von ihm angebotene Koalition, wäre das mit Psychologie zu erklären, aber als Politik kaum noch zu rechtfertigen.*" Kein Wort über grüne Inhalte, die sich von sozialdemokratischen, auch Lafontaine'schen unterscheiden, kein Wort über den Tolerierungskatalog, der auf dem grünen Parteitag beschlossen worden ist, stattdessen die jubelnde Feststellung: „*Knallhart fordert er außer P r o t e s t auch H a n d l u n g !*" (Hervorhebung im Original). Da schlägt das „natur"-Journalistenherz voll zu, das mußte schließlich endlich auch zum zigtausendsten Mal gesagt werden. Wirklich brillant, wie Lafontaine hier wiederholt, was vor ihm nicht nur Biedenkopf, sondern auch schon Vogel, Strauß und was-weiß-ich noch wer (ja, Börner auch) gesagt haben: nicht nur reden, machen muß der Mensch. Das findet auch Willy Brandt, der direkt im Anschluß an das Lafontaine-Portrait vier volle Seiten Platz bekommt. Leicht besorgt und doch so vertrauenerweckend-sympathisch sehen wir ihn im Profil, „unsern Willy", der dann, von Bissinger persönlich befragt, so essentielle Weisheiten zum Besten gibt wie „ *Die SPD muß umfassendere Antworten geben* (als die Grünen, F.) .*Wir können nicht nur oberflächlich daherreden. Wir müssen jetzt, solange wir noch in der Opposition sind, tiefer schürfen.*" Dann, auf der Regierungsbank angekommen, Lasalle sei Dank, können sie sich das tiefe Schürfen wieder schenken, aber jetzt, Willy weiß Bescheid, müssen sie einfach so tun, als ob es ihnen um die „weiterentwickelte ökologische Industriegesellschaft" ginge — schon der

Willy weiß Bescheid, müssen sie einfach so tun, als ob es ihnen um die „weiterentwickelte ökologische Industriegesellschaft" ginge — schon der

Stimmen wegen. Das Dilemma kennt natürlich auch der Befrager und er hakt ein, bohrt unnachgiebig, wie sich das für einen kritischen Journalisten gehört: „*Ein konsequenter Umweltminister hätte es auch bei den Sozialdemokraten nicht sehr leicht gehabt.*" Was ein Understatement, aber man kennt ja schließlich die Probleme der eigenen Partei, allein: wenn er hätte wollen sollen, hätte er letztenendes irgendwie irgendwo auch dürfen gekonnt, der sozialdemokratische Umweltminister, und hat es ihn schon damals nicht gegeben, so wird es ihn in der nächsten SPD-Regierung geben, sicher, bestimmt — sonst schlägt die „natur" aber Krach, und wenn es dadurch bis kurz vor ein Parteiausschlußverfahren kommt. Und wie war das mit dem Hamburger Bürgermeister Klose (SPD), an den erinnert sich der heutige Chefredakteur auch noch. Auch dafür hat Brandt eine Antwort, die Bissinger zufriedenstellt: „*So ist das doch im Leben. Einige wissen halt Dinge ein bißchen früher als andere.*" Da bleibt wirklich nicht mehr viel zu fragen. Nur noch festzuhalten: auch im sonstigen redaktionellen Teil sorgt sich „natur" um das Positive: „Drei junge Frauen retten ein Vogelschutzgebiet" heißt die Story auf Seite 58, auf Seite 94 gratuliert die Redaktion Hildegard Vierkorn: „Wie Frau Vierkorn den Haidholzener Wald gerettet hat", drei Seiten später erfahren wir von Dr. med. Ulrike Hörger, was wirklich gegen Grippe hilft (Heilpflanzen) und angenehm an Köln ist die „Kölner Linie" der dortigen Polizei — da wird die „Berliner Linie" aber traurig sein...

Last not least: in seinem Anfangskommentar schimpft und ätzt Bissinger zwei Seiten lang über Trittbrettfahrer, die auf den Öko-Zug noch rasch aufgesprungen sind, um ihre Millionen ins Trockene zu fahren; GEO ist dabei, das Mindener Tageblatt bekommt einen drauf, TOYOTA, Köhnlechner, FORD, Bissinger kennt keine Gnade, kennt f a s t keine Gnade: er selbst und die SPD bleiben ungeschoren und ... BMW! Zwei Seiten später ist eine riesige Anzeige plaziert: „Der neue BMW 325e ... ein neues eigenständiges Katalysator-Automobil, dessen Umweltfreundlichkeit weit über den Katalysator hinausgeht." Naja — man kann als Chefredakteur ja nicht alles geißeln, warum also die Anzeigenkunden im eigenen Blatt.

Fassanbass

KBW

Öfters völlig daneben

,,Wir haben öfters völlig denebengelegen'', bekennt heute Joscha Schmierer, ehemaliger Sekretär des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, dessen Auflösung unmittelbar bevorsteht. Der AK erlaubt sich zu diesem feierlichen Anlaß einen bescheidenen Rückblick auf den mehrjährigen Linienkampf KB — KBW, eine Auseinandersetzung, die der ,,stern'' einmal als ,,Intimfeindschaft'' unter Kommunisten bezeichnet hat. Nun also: Vorhang zu. Das Stück wird unter neuem Namen weitergehen.



Stöbert man in den alten Texten der neuen Linken, in diesem Falle den Schriften um die Differenzen zwischen KB und KBW, fällt auf, wie früh wesentliche Weichen für ihre spätere Entwicklung gestellt worden sind. Der erste große Streit mit den KBW-Vorläufern Neues Rotes Forum (NRF) und KB Bremen (KBB) drehte sich um die Faschismus-Frage. Dem KB wurde wegen seiner Faschisierungsthese vorgeworfen, davon auszugehen, *,,daß die Handlungen der Bourgeoisie den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte gerade nicht unterliegen, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaftsform beliebig bestimmt.''* (NRF 6/72). Dagegen sei der Kapitalist nur ein ,,Funktionär'', die *,,Charaktermaske des Kapitalverhältnisses, über den sich die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals durchsetzen''*, schrieb die SSG Hamburg (später ebenfalls im KBW) damals. *,,Ob sich die Widersprüche aber so zuspitzen, daß sie in Faschismus umschlagen, ist nur festzumachen, wenn man die der Bewegung innenwohnenden Widersprüche untersucht''* (NRF 6/72). Darin kommt auch schon das berühmte Denken in Kreisläufen zum Ausdruck, welches sich der KBW lange vor den Grünen angeeignet hatte (ob etwas richtig ist, ist nur dadurch festzustel-

Denken in Kreisläufen zum Ausdruck, welches sich der KBW lange vor den Grünen angeeignet hatte (ob etwas richtig ist, ist nur dadurch festzustel-len, daß man die Sache untersucht).

Im Kern ging es um die Frage, in welcher gesellschaftlichen Situation man sich befand. Es war die Zeit des Mißtrauensvotums gegen Willy Brandt, verbunden mit einem revanchistischen Propaganda-Feldzug gegen die Ostverträge. Die ,,Baader-Meinhof-Bande'' war bereits Staatsfeind Nr. 1, und die innere Sicherheit machte rasante Fortschritte. Die NPD, 1968 mit 9,8% in den Landtag von Ba-Wü gelangt, verzichtete auf eine eigene Kandidatur, rief zur Wahl der CDU auf und verhalf ihr in diesem Bundesland über die 50%-Marke. Die Berufsverbote waren gerade wieder eingeführt worden.

All das war für den KBW lediglich eine defensive Reaktion der Herrschenden auf die Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche, also umgekehrt das sicherste Indiz für die Revolutionierung der Volksmassen.

Das bedeutete eine wesentlich optimistischere Sicht des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, als sie der KB vertrat. Dieser Grundwiderspruch durchzog die meisten Auseinandersetzungen zwischen uns und dem KBW. Schon 1972 neigten die KBW-Vorläufer dazu, Streiks und Lohnkämpfe überschäumend hochzujubeln und als Ausdruck fortschreitenden Arbeiterbewußtseins zu werten. Z.B. hieß es in der Bremer ,,Wahrheit'' (KBB) über den damals laufenden britischen Bergarbeiterstreik: *,,Die britische Arbeiterbewegung löst sich zunehmend vom Sozialreformismus — die Bindung an die Labour-Party wird immer brüchiger. Die Mieterstreiks zeigen, daß die Arbeiterklasse beginnt, den Kampf um die Verteidigung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen unabhängig vom Labour-Reformismus zu führen.''*

Allerdings gab es damals auch Widersprüche zwischen KBB und NRF, wobei die Bremer Gruppe tendenziell den vernünftigeren, realistischeren Part vertrat, ja sogar in der Einschätzung des gesellschaftlichen Käftverhältnisses und der Faschismus-Frage dem KB näher stand als den Heidelberger Rrrrevolutionären. Die Aussicht auf eine starke, bundesweite Organisation trübte dann bei den Bremern aber doch die Sicht der Dinge und so bewegten sie sich in ihren Einschätzungen (oder gegen sie?) immer weiter auf das NRF zu. Und vom dem war zu hören: *,,Der Erscheinung nach ist die Bourgeoisie gegenwärtig noch in der Offensive, historich aber und auf längere Sicht bereitet sich die Arbeiterklasse und das Volk auf eine Offensive vor.''* (NRF 3/72). Und nur wenige Monte später hatte die Historie schon einen großen Sprung gemacht: *,,Die Bourgeoisie ist gegenwärtig ideologisch in der Defensive. Sie sieht, daß sich die Arbeiterklasse von ihr zu lösen beginnt und daß ihre Reserve in den anderen Klassen abzubröckeln beginnt. Sind die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie, ihren schwindenden Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückzugewinnen, etwa ein Zeichen der Stärke? Nein, das sind sie nicht. Alle Belege für die angebliche Offensive der Bourgeoisie an der ideologischen Front sind in Wirklichkeit Ausdruck der Bemühungen, gefährdete Positionen zu erhalten und verlorene Positionen zurückzugewinnen.''* (NRF

logischen Front sind in Wirklichkeit Ausdruck der Bemühungen, gefährdete Positionen zu erhalten und verlorene Positionen zurückzugewinnen.'' (NRF

nach den Bundestagswahlen). Was liegt näher, als in so einer hervorragenden Situation kühn an den Aufbau der Avantgarde zu schreiten? *,,Wir meinen, daß die objektiven Bedingungen für die Parteigründung herangereift sind: Eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung.''* (NRF in der Auseinandersetzung mit der KG Köln). Die Partei sei eben einfach ,,auf der Tagesordnung''. Und damit die Partei auch richtig attraktiv, d.h. zum Hoffnungsträger für revolutionäre Wünsche und Erwartungen werden konnte, wurde dieser illusionäre und realitätsferne Kurs auch konsequent ausgebaut. Dazu verabschiedete man bei der Gründung ein Programm, von dem wesentliche Teile mehr oder weniger wörtlich aus dem Programm der SDAPR von 1917 abgeschrieben waren — ein Programm also, das zur Zeit der Doppelherrschaft, kurz vor der Revolution in Rußland, galt. Da tauchten dann die vielbelachten Forderungen auf, die in der BRD Anfang der siebziger Jahre nur skurril wirken konnten: *,,Ersetzung des stehenen Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.''* (Mit der Gelassenheit des Zurückblickenden kann man heute allerdings sagen: Auch in anderen zeitgenössischen Parteiprogammen ist das Element der unfreiwilligen Komik stark vertreten).

Damit hatte sich die Linie des NRF im Block der KBW-Gründer weitgehend durchgesetzt. *,,Die Kommunisten müssen sehen, daß die Volksmassen beginnen, die Initiative des politischn Geschehens an sich zu reißen''*, heißt es im Juni 73 in der ,,NRF-Arbeiterzeitung''. Einen Monat später stand in der neuen Zeitung des nun vereinten KBW, der ,,Kommunistischen Volkszeitung'' (KVZ): *,,Organisierung des Aufschwungs der Arbeiterbewegung zur Offensive gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, das ist die gegenwärtige Hauptaufgabe der Kommunisten.''* Der ,,Ständige Ausschuß des Zentralkomitees'' schrieb in der gleichen Ausgabe: *,,Um festzustellen, ob die Kommunisten in die Offensive gehen können oder die Defensive organisieren müssen, muß sowohl von den bestehenden Kräfteverhältnissen als auch von der Entwicklungstendenz dieses Kräfteverhältnisses ausgegangen werden ... wenn wir nun innerhalb dieses Rahmens das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik Deutschland untersuchen, dann stellen wir fest, daß die Kräfte der Revolution heute nicht nur objektiv den Kräften der Konterrevolution weit überlegen sind, sondern wir stellen auch fest, daß sich auf der Ebene der subjektiven Wechselbeziehung zwischen den Klassen die Kräfteverhältnisse zugunsten der Revolution verändern.''* Dem Überlegenen wächst immer mehr Überlegenheit zu (jedenfalls für ein Weilchen ...).

Die Lage ist hervorragend

Die Lage ist hervorragend

Die rote Traumwelt existiert für den KBW aber nicht nur hierzulande. Ein besonders makabres Beispiel dieser Stimmung liefern seine Veröffentlichungen um den Putsch in Chile am 11. September 1973. Wenige Tage vor dem Putsch — der von klügeren Leuten seit Wochen erwartet und befürchtet wurde — stand in der KVZ: *,,Die chilenischen Volksmassen haben ihre Lehren aus den Niederlagen gezogen. Das chilenische Volk wurde in den letzten Jahren zunehmend geschlossener und kampfbereiter ... Und die Volksmacht wird aufgebaut, selbstständig von der Arbeiterklasse und gegen den bürgerlichen Staat.''* Zwei Wochen später lautete die Überschrift: *,,Das Volk ist nicht besiegt!''* Die Hamburger KBW-Gruppe auf ihrem ersten Flugblatt nach dem Putsch: *,,Das chilenische Volk hat sofort mit aller Kraft den Kampf gegen die Militärdiktatur für Demokratie und Sozialismus aufgenommen und wird ihn mit Sicherheit gewinnen.''*

Die fatale Logik, nach der im KBW Einschätzungen entwickelt wurden, zeigt ein anderes Zitat aus dem Flugblatt: *,,Über die Situation auf dem Lande dürfen Presse und Rundfunk nicht berichten, was darauf hindeutet, daß es dort für die Junta nicht besonders gut aussieht.''*

Noch sechs Wochen später schreibt die KVZ unter der Überschrift: **,,Chile, organisierter Widerstand. Die einheitliche Führung wird hergestellt.''** *,,(...) Die Situation in Chile läßt sich noch nicht eindeutig einschätzen. Sicher ist, daß es der Militärjunta noch nicht gelungen ist, die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes zu zerschlagen und wahrscheinlich ist, daß es ihr auch nicht gelingen wird, die Lage zu stabilisieren und ein konsolidiertes konterrevolutionäres Regime zu errichten.''*

Daß genau das bereits Fakt war, wollte dem KBW nicht in den Kopf. Der KB schreibt damals dazu: **,,Für den KBW darf das nicht so sein, denn die dort vorherrschende Mentalität ist ganz offenbar der unverwüstliche Frohsinn und Optimismus einer religiösen Sekte. Niederlagen sind im Programm nicht vorgesehen, selbst faschistischer Terror beweist ja bloß, wie schwach der Imperialismus ist, wie ,verzweifelt' seine Lage ist usw. Der in dieser Haltung liegende ungeheuerliche Zynismus ist offenbar den meisten Anhängern des KBW gar nicht bewußt.''**

Der Plan war gut ...

Eine Organisation, die auf solche Irrationalitäten aufgebaut ist, hat es naturgemäß schwer, der Realität irgendwann einmal ins Auge zu sehen, auch wenn sie direkt vor ihr steht. Mit einer gewissen Eigendynamik wurden die ,,Einschätzungen'' des KBW immer abenteuerlicher, die Pläne immer radikaler. Ein neues Stadium der Verwirrung erreicht er 1974 im Lauf der Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt und einigen anderen Städten. In Flugblättern hieß es: *,,Der Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen ist stark (...) Überall ist die Empörung über die volksfeindliche Politik des Magistrats groß. .... Heute wissen die meisten Frankfurter, mit wem man es da zu tun hat. Viele handeln schon danach. (...) Dieser Magistrat ist reif! Dieser Magistrat muß weg! — das war die Parole, unter der sich gestern die Menschen zusammengeschlossen haben''* usw. usf.

Dieser Schwachsinn steigerte sich zu regelrechten Schlacht-Plänen, nach denen in verschiedenen Städten die Magistrate oder was sonst die Stadt regierte, zu ,,stürzen'' waren, so u.a. auch in Hamburg. Der geniale (organisationsinterne) Plan der Hamburger KBW-Ortsleitung zum ,,Sturz des Hamburger Senats'' wurde damals vom KB veröffentlicht. U.a. hieß es: *,,In Erwägung, daß (...)*

— es aber noch nicht gelungen ist, das Ziel des Kampfes: Sturz von Senator Klose, erfolgreich zu organisieren und zu erreichen, sondern dieser seine Stellung halten konnte, wozu er Polizeimanöver startete, was die Wut gegen ihn gesteigert hat (...)

— der Senat nach seiner knappen Wiederwahl gegenwärtig gezwungen ist, sich an vielen Punkten verhaßt zu machen, indem er drastische Tariferhöhungen von Strom, Wasser und Gas durchführen will ...

— an all diesen Fronten sich die Gegnerschaft zwischen Volk und Senat

höhungen von Strom, Wasser und Gas durchführen will ...

— an all diesen Fronten sich die Gegnerschaft zwischen Volk und Senat

herstellt und der Staat sowohl als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, als auch als an der Ausplünderung des Volkes direkt Beteiligter zeigt (...)

beschließt die OL: (Ortsleitung, Anm. AK) *1. Der Verband wird auf einen Plan für den Sturz des Hamburger Senats ausgerichtet, dieser Plan wird auf der DK der OG verabschiedet.''* Bis in jede kleinste Einzelheit wurde der Plan ausgearbeitet: Wo und an welchem Ort (Schule, Betrieb usw.) jeder mit welcher Forderung zu stehen und zu agitieren habe usw. usf. So absurd und irrsinnig die ganze Idee war, so handfest und konkret wußte jeder KBWler, was er zu tun hatte.

1975 wurde die linke Diskussion stark beeinflußt durch die Bewegung gegen den § 218, durch Fortschritte der angolanischen Revolution und die Herausbildung der Vaterlandsverteidigung als Strömung der westdeutschen ML-Linken. Alle drei Punkte waren Anlaß und Grund für einen an Schärfe zunehmenden Streit KB gegen KBW. Allerdings war schon bald nach der KBW-Gründung klar geworden, daß mit einer ernsthaften Auseinandersetzung seinerseits nicht mehr gerechnet werden konnte. Nur ganz selten reagierte der KBW auf die zahlreichen Kritiken, die sich mit seiner Politik beschäftigten. In einem solchen Ausnahmefall ging es um erfundene sowjetische Flottenstützpunkte im indischen Ozean — langjährige AK-Leser werden sich erinnern. Die Diskussionen um das militärische Kräfteverhältnis zwischen USA und SU hatten durch die chinesische ,,3-Welten-Theorie'' und deren Übernahme in Teilen der hiesigen Linken neue Nahrung bekommen. Nachdem in der KVZ eine Karte der FAZ mit angeblich 9 Flottenstützpunkten der SU nachgedruckt worden war, um die ,,besondere Gefährlichkeit des Sozialimperialismus'' zu beweisen, dann diese Karte im AK als Lügengebilde westlicher Militärs widerlegt und der KBW mehrmals zu Richtigstellungen aufgefordert worden war, reagierte die KVZ schließlich würdevoll: *,,Der ,Arbeiterkampf' hat 48 Seiten. Einen beträchtlichen Teil dieser Seiten widmet er ,Problemen des ML'. Hier und an anderer Stelle breitet er soviel Unsinn aus, daß es vollständig unmöglich ist, all diesen Unsinn zu widerlegen in einer Zeitung wie der Kommunistischen Volkszeitung. Weil wir nicht auf jeden Unsinn eingehen, beklagt sich der ,Arbeiterkampf''*. Die waren halt durch nichts zu erschüttern, schon gar nicht durch die Wahrheit.

In der Bewegung gegen den § 218 arbeitete der KBW zwar mit, war aber gegen alle feministischen Fehlströmungen gewappnet und blieb standhaft. Das fing schon bei der elementaren Forderung der damals neu entstehenden Frauengruppen zum § 218 an: **,,Abtreibung ja oder nein, das muß Sache der Frauen sein''** konnte der KBW nicht akzeptieren. In der KVZ stand: *,,Nicht um die Gleichberechtigung der Frauen geht es im Kampf gegen den § 218, sondern um die Rechte des Volkes ...''* (6.2.75). Konsequenterweise lautete seine Parole *,,Abtreibung ja oder nein, das muß Sache des Volkes sein''* — und eben nicht der **Frauen**. Dazu verstieg sich der KBW z.B. in solche Begründungen: *,,Es ist ja auch so, daß in unserem Land die Konsequenzen sowohl der Kinderaufzucht als auch der Abtreibung Mann und Frau zu tragen haben''* (KVZ, Ortsbl. HH, 5.6.75). Deshalb sollten auch Mann und Frau gemeinsam *,,demokratisch''* über eine Abtreibung entscheiden. *,,So verhalten sich Millionen, und das ist normal. Die arbeitenden Klassen sind demokratisch und beraten die Frage untereinander.''* Tja, die Welt des Proleten und seiner Familie war für den KBW in Ordnung.

Daß er zur Beschreibung dieses (angenommenen) Tatbestandes in einen überaus traditionalistischen Sprachgebrauch verfiel (,,normal'', ,,Aufzucht'') läßt in Abgründe blicken, vor denen das Auge zurückschaudert...

Der Niedergang ist rapide

Mit dem Thema ,,Angola'' verbindet sich der erstaunlich rasante Niedergang des KBW. Es begann damit, daß er 1975 — trotz einer recht scharfen Abgrenzung gegen die Vaterlandsverteidiger aus der KPD und der KPD/ML — dazu überging, Positionen der VR China in konkreten internationalen Fragen zu übernehmen, so im Fall der sich zuspitzenden Klassenkämpfe in Angola. Faktisch gab der KBW das Erklärungsmuster der ,,3-Welten-Theorie'' wieder, als er schrieb: *,,Wenn heute die Imperialisten ihre Manöver soweit treiben können, die Befreiungsbewegungen gegeneinander zu hetzen, in der Absicht, sie voneinander abhängig zu*

Imperialisten ihre Manöver soweit treiben können, die Befreiungsbewegungen gegeneinander zu hetzen, in der Absicht, sie voneinander abhängig zu

machen, so ist dafür kein objektiver Widerspruch im Volk von Angola verantwortlich.'' Mit den ,,Imperialisten'' waren selbstverständlich USA und SU gemeint. Statt sich zu bekämpfen, sollten sich die Organisationen MPLA, FLNA und UNITA ,,zusammenschließen'' — eine Forderung, die heute in etwa Entsprechung fände in dem Vorschlag, in Nicaragua sollten sich Sandinisten und Contras gegen die ,,Supermächte'' zusammentun. Konsequent weitergedacht führte das zu total reaktionären Positionen in der Afrika-Solidarität, z.B.: *,,Zaire und Sambia sind konsequent gegen die Einmischung beider Supermächte aufgetreten, gegen den Bürgerkrieg und für eine Regierung der nationalen Einheit.''* (KVZ, 19.2.76) Die Herrschenden beider Länder waren bekannt für ihre Abhängigkeit vom US-Imperialismus und ihre Zusammenarbeit mit den südafrikanischen Rassisten. In vielen Afrika-Komitees, in denen KBWler mitarbeiteten oder die sie sogar maßgeblich mit aufgebaut hatten, führte das zu ihrer völligen Isolierung und in der Folge zu einem echten Amoklauf: In verschiedenen Komitees wurde von KBWlern richtiggehend geputscht, Archiv-Material, Spenden-Gelder, Schlüssel u.ä. wurden geklaut. Als Begründung war zu hören, die Mehrheit des Komitees habe eine ,,proimperialistische Haltung'' eingenommen und ,,die Machenschaften der SU beschönigt''.

Diesen Amoklauf, ausgerechnet an dieser Frage und zu diesem Zeitpunkt, konnte sich eigentlich niemand so recht erklären. Aber er trug mehr zum Niedergang des KBW bei als sonstige inhaltliche Verrückheiten. Den Putsch-Aktionen in den Afrika-Komitees folgten immer häufiger Prügeleien und rabiate Drohungen des KBW gegen andere Linke. Seine Ankündigung, Cohn-Bendit nach der Revolution in eine Fischmehl-Fabrik stecken zu wollen, führte zu einer vielbegrüßten Gegen-Aktion der Frankfurter Spontis. Anschließend reichte auf einer Frankfurter Uni-VV der kleine Zwischenruf ,,Fischmehl'' aus, um die anwesenden KBWler zum Ausflippen zu bringen — sie krempelten die Ärmel hoch und schlugen um sich. Der KBW hatte sich vollkommen verrannt.

Stark angeschlagen ging der KBW in die letzte Runde. Sein Zustand änderte aber nichts an der immer noch zunehmenden realitätsfremden Großmäuligkeit. Als der linke Flügel der Anti-AKW-Bewegung im Februar 1977 eine Demonstration in Brokdorf (und nicht nur im abgelegenen Itzehoe) durchsetzte, verkündete der KBW, nachdem er selbst nur schwach für die Demo mobilisiert hatte: ,,Die Kettenhunde der Polizei'' — und damit waren KB und KPD gemeint — hätten die ,,Niederlage des 19.2.'' verursacht. Das ,,Verbre-

Fortsetzung nächste Seite

Betäubungsmittel »Kommune«

Über die Dialektik von Zehnfingerschreiben, Seiteneinstieg

Die Existenz von „Vordenkern“ verweist stets auf dahinterstehende Publikumswünsche. Vordenker kommen einem Bedürfnis nach — sie betreiben Kundendienst. Aber wie schon im kaufmännischen Bereich, so wird auch hier an der Erweiterung des Absatzmarktes gearbeitet. Manche Vordenker liefern eine Ware, die ihre Kundschaft in Abhängigkeit treibt. Es handelt sich dabei vor allem um die großen Strategen, Dialektiker und Weltbildhauer. Ihre Spezialität ist der „große Wurf“, die Kunst, mit wenigen Strichen die Generallinie, den roten Faden, den Rahmen, die Haupttendenz usw. zu beschreiben und dabei alle — aber auch wirklich alle — kleinen Widrigkeiten des Lebens unter den kunstvoll geknüpften Teppich zu kehren. Sie verstehen es, den einfacheren Gemütern fortwährend zu versichern, daß sie mit dem, was sie gerade tun oder lassen, heftig an der großen Weltkurbel drehen und die Kräfteverhältnisse verschieben. Solch ein Service bringt Dankbarkeit hervor.

Mehrere Männer mit den genannten Talenten bieten heute vor allem in Bonn und in Frankfurt ihre Dienste an. Einer davon, der ehemalige Heidelberger SDS-Führer Joscha Schmierer, zeigt monatlich, daß er diese Begabung im Verlauf seiner Verwandlung zum ZK-Sekretär Hans-Gerhard Schmierer und der anschließenden dialektischen Selbst-Aufhebung beider zum *Kommune*-Redakteur Joscha S. zur Vollendung entwickeln konnte.

Sicher, die Metamorphose war und ist mit *inhaltlichen* Brüchen verbunden. Aber so mancher, der vorgestern für radikale Reformen eintrat, gestern den Kommunismus forderte (und möglicherweise damit dasselbe wie vorgestern meinte) und heute „Grundprobleme radikaler Politik heute“ (J.S., *Kommune* 1/85) bespricht, ist sich selber mehr treu geblieben, als es manche wahrhaben wollen, die heute enttäuscht sind, weil sie das jeweils Gesagte „zu ernst“ nahmen. Unter letzteren gibt es nicht wenige, die der allzu elegante „Seiteneinstieg (!) in die grüne Strategiedebatte“ (Schmierer 6/84) anekelt: *„Vom ML-Sektierer zum Pluralisten oder zum Weltuntergangspropheten à la Bahro, das ist nicht mein Weg.“* (Abo-Kündigung der *Kommune*-Leserin B.K. aus Frankfurt, 1/85) Wo aber die Einsicht ausbleibt, daß die Anpassung früherer „Sektierer“ an den Zeitgeist bereits in den alten Dokumenten angelegt ist — das Volk ist gut und die Wahrheit liegt im Prinzip bei der Mehrheit — wird man sich an Unappetitliches schnell gewöhnen müssen. Die Lösung verbliebener Geschmacksprobleme ist nun genau die Spezialität solcher Führerpersönlichkeiten wie J.S. Wo der Alltags-

man sich an Unappetitliches schnell gewöhnen müssen. Die Lösung verbliebener Geschmacksprobleme ist nun genau die Spezialität solcher Führerpersönlichkeiten wie J.S. Wo der Alltags-

verstand des Basismenschen die Bruchteile des vor ihm liegenden Scherbenhaufens von 10-15 Jahren linker Politik nicht mehr zusammensetzen kann und daran schier verrückt wird, taucht der professionelle Macher den Pinsel in den allzeit bereitstehenden Leimtopf der Überkategorien und falschen Analogien. Sätze wie *„In der Geschichte findet sich ja öfters eine gewisse Ironie“* (Schmierer 1/85) leiten in fast jedem Aufsatz von J.S. eine unzulässige Verknüpfung, eine Geschichtsklitterung, eine Beschönigung oder eine Übertreibung ein. Wo in den mit wenigen kühnen Strichen gezeichneten Schmierer'schen Weltbildern der Verstand sich gegen die allzu offensichtliche Vergewaltigung von Logik und Historie sträubt, übermalt J.S. die Bruchstellen mit ihrer Bezeichnung als zwar vertrackte und schroffe — aber halt dialektische Widersprüche (s. 12/84). Daß die Dialektik im Rufe steht, nichts als menschenverachtende Sophistik zu sein, verdankt sich gerade solchen Führerpersönlichkeiten. Wo die eigenen Ideen ausgehen, findet J.S. stets Stoff bei seinesgleichen, z.B. bei dem tschechischen Exil-Henry Miller Milan Kundera. Dessen blödsinnige, aber für bestimmte Zwecke geeignete „Dialektik“ hat es J.S. angetan: *„Damals erkannte ich die magische Bedeutung des Kreises. Tanzt man aus der Reihe, kann man sich später wieder einreihen. Die Reihe ist eine offene Formation. Ein Kreis aber schließt sich, und es gibt keine Rückkehr.“* (*Kommune* 12/84) Ganz außerachtlassend, daß es in so manchem deutschen Lied immerhin heißt: „Die Reihen fest geschlossen ...“, leitet J.S. von Kunderas Tiefsinn gekonnt über zu zunächst „philosophischen“ Betrachtungen über die Bedeutung von Kreis und Linie als Symbole von Rechten und Linken, um dann gegen die veraltete Trennung zwischen recht sund links zu polemisieren. Ohne solche „literarischen“ oder „philosophischen“ Vornwegverdunkelungen kommt J.S. nie aus, aber gerade damit sicherte er sich sein Publikum.

Solche „Denkfiguren“ spielten in der Geschichte des KBW eine erhebliche Rolle. Sie wirkten und wirken wie eine Art Betäubungsmittel mit Suchtwirkung. Sie verhinderten lange das Auseinanderlaufen von Leuten, die bei nüchterner Betrachtung ansonsten festgestellt hätten, daß ihre Interessen gegensätzlich sind. Selbst Leute, die im Zorn oder aus Unlust am Marxismus doch das Weite suchten, haben zumindest diese Denkformen nie aufgegeben. Wenn die jeweiligen Irrtümer verbraucht waren, wurde mit solchen Denkfiguren stets die Klärung umgangen und zum nächsten Irrtum übergeleitet. Retrospektiv erscheint auf diese Weise alles falsche Tun als schrittweise Durchsetzung des wirklich Gewollten. (Selbst diejenigen, die heute zurecht überzeugt sind, im Grunde nie anderes als die jetzigen Ziele angestrebt zu haben, brauchen sich deshalb über Zeitverschwendung nicht allzusehr zu beklagen.)

Man sollte sich darüber im klaren sein, daß der besonders respektlose und unglaublich zynische Umgang mit geschichtlichen Tatsachen und mit Theorien, wie man ihn bei solchen ewigen Führern wie J.S. beobachten kann (Führer, die **immer** und nach **jeder** Wende wieder an der Spitze stehen und sich grundsätzlich **nie** vor ihrem Geschwätz von gestern blamieren), bestimmte Wenden zwar nicht allein und nicht hauptsächlich ermöglicht, aber diese doch erheblich beschleunigt. Im folgenden zwei Kostproben solcher „Denkfiguren“.

Theodor W. Adorno:
Vor Mißbrauch wird gewarnt
(Über den Ursprung der Dialektik in der Sophistik) (...) Es wäre dieser Weißheit letzter Schluß, daß es auf die Personen gar nicht so sehr ankomme, wenn sie nur der gegebenen Konstellation sich anbequemen und das Ihre tun. Um vor derlei Versuchungen sich zu schützen, bedarf die aufgehellte Dialektik des unablässigen Argwohns gegen jenes apologetische, restaurative Element, das doch selber einen Teil der Unnaivität ausmacht. Der dohende Rückfall der Reflexion ins Unreflektierte verrät sich in der Überlegenheit, die mit dem dialektischen Verfahren schaltet und redet, als wäre sie selber jenes unmittelbare Wissen vom Ganzen, das vom Prinzip der Dialektik gerade ausgeschlossen wird. Man bezieht den Standpunkt der Totalität, um ... die Dialektik mit dem Hinweis auf die unüberwindliche Schwerkraft der Fakten zu sistieren.
in: Minima moralia, S. 333; Bibliothek Suhrkamp 1984

auf die unüberwindliche Schwerkraft der Fakten zu sistieren.
in: Minima moralia, S. 333; Bibliothek Suhrkamp 1984

Betäubungsversuch eins:
Ziele, die sich ändern und doch die gleichen bleiben

1977:
„Es ist bekannt, daß der KBW das Büro des ZK nach Frankfurt verlegt. Es ist auch bekannt, daß der Verlag Kommunismus und Klassenkampf in Frankfurt sich ein Haus gekauft hat, von dem unterrichtete Kreise sagen, es hätte 2,7 Millionen gekostet. (...) Die Bourgeoisie faßt das Haus in Frankfurt als eine weitere Kriegserklärung an ihre Herrschaft auf. Genauso haben es auch die Mitglieder des KBW ... aufgefaßt.“ („Kommunismus und Klassenkampf“, 4/77)

1978:
„Zehnfingerschreiben, Rechner-bedienen-können, das Redaktron beherrschen, nach und nach einen Stamm von Setzern und Druckern ausbilden, all das sind Fertigkeiten, die Revolutionäre haben müssen, die heute den bewaffneten Aufstand vorbereiten wollen ...“ (Taktische Resolution des ständigen Ausschusses des ZK des KBW, einstimmig beschlossen am 30.5.78, nach: ebd. 6/78)

Und nun das Betäubungsmittel:
1985:
„In der Geschichte findet sich ja öfters eine gewisse Ironie: All diese nützlichen Sachen, das Haus in der Mainzer Landstraße, die Druckerei und Setzerei konnte der KBW nur in den siebziger Jahren und als Nebeneffekt seiner damaligen, ganz bestimmten Politik zustandebringen, während er das schon damals formulierte Ziel, das alles der Bewegung zur Verfügung zu stellen, erst heute erfüllen kann, wo er sich als politische Organisation mit umfassender politischer Zwecksetzung auflöst und sich darauf beschränkt sicherzustellen, daß das genannte Ziel durch die Belegschaft weiter verfolgt wird.“ (Kommune 1/85).

Man muß diese Denkfiguren schon sehr genau studieren, um das zugrundeliegende Prinzip zu erkennen. Im ersten Schritt wird „die Geschichte“ in ein Subjekt verwandelt, das gewisse Eigenschaften hat, z.B. ironisch zu sein. Sodann führt der ehemalige Geschichtsstudent J.S. objektivistische und deterministische Momente ein:

ein Subjekt verwandelt, das gewisse Eigenschaften hat, z.B. ironisch zu sein. Sodann führt der ehemalige Geschichtsstudent J.S. objektivistische und deterministische Momente ein:

Der KBW konnte die Millionen nur in den siebziger Jahren zustandebringen und nur, weil er so war, wie er war. Beweis: Er hat sie in dieser Zeit angehäuft. Der Sinn dieses Zirkels liegt in der „geschichtsphilosophischen“ Botschaft: Nur weil wir damals so über die Stränge gehauen haben, konnten wir dieses Ergebnis zustande bringen. Nur Fanatiker können Dinge zustande bringen wie diese, und **objektiv** war unser Fanatismus von damals Bedingung der Vernunft von heute. Die alte Stammtisch-Weisheit, nach der nie ein vernünftiger Mensch werden kann, wer nicht in der Jugend einmal Kommunist war, ist Schmierers Anknüpfungspunkt. Jeder weiß sofort, was gemeint ist. Es folgt eine wissentliche Geschichtsfälschung, wiederum in Anspielung auf die „Ironie der Geschichte“, hinter der Vulgärdialektiker üblicherweise noch irgendein „Umschlagsgesetz“ oder ein raffiniertes Zusammenspiel zwischen Möglichkeit, Notwendigkeit und Zufälligkeit vermuten. Die Lüge vom „damals formulierten Ziel“ ist mit den Zitaten von 1977 und 1978 hinreichend bloßgestellt. Die „Ironie“ der aparten Dame „Geschichte“ soll nun darin bestehen, es so eingerichtet zu haben, daß just mit der KBW-Auflösung der (angebliche) Hauptzweck des KBW erreicht ist. Der zehnfingerschreibenden „Belegschaft“ verbleibt „daher“ nur die Aufgabe, über das Wohl der Erfolge zu wachen. Summa summarum: Der Kampf des KBW findet seine Erfüllung und Krönung bei Lichte besehen haargenau in dem, was aus ihm geworden ist, und was aus ihm geworden ist, ist exakt das, was man schon immer wollte.

Das ist Joscha Schmierer! Sein Organ ist die „Kommune“. Die Betäubungsversuche erfolgen zwölfmal jährlich.

Kommunistische Volkszeitung

Kommun~~istische~~ ~~Volkszeitung~~

Kommune

Geschäftliche Empfehlungen

1. **„Es ist natürlich schwierig, an die Unterstützungsbereitschaft unserer Mitarbeiter/innen und Leser/innen zu appellieren, wenn überall durch die Presse geistert, wir schwämmen im Geld ...“**

2. **„Im Märzheft soll das Projekt Mainzer Landstr. 147 ausführlich in der Kommune in Zielsetzung und jetziger Situation vorgestellt werden ...“**

Über die Dialektik von Mutterglück und Faschismus

Betäubungsversuch zwei: Über Leute, die zwar rechts, aber genaugenommen links sind!
Eine gekonnte Anwendung der Methode des Meisters liefert in „Kommune“ 1/85 Gisela Anna Erler (39), diplomierte Sozialwissenschaftlerin und Mitautorin des Wagenbach-Sammelbandes „Die Linke neu denken — Acht Lockerungen“, unter dem einleuchtenden Titel „Putzfrau und Hakenkreuz — ein Kurzschluß“. In sieben logischen Schritten beweißt sie, daß die NS-Frauenschaft trotz gewisser Entgleisungen im Grunde ein Hort der Frauenbefreiung war, und löst damit die Forderung des Geschichtskenners J. Schmierer (43) ein, endlich damit aufzuhören, „rechts und links sauber auseinanderzuhalten“ („Kommune“ 12/84).

Erster Schritt: *„Es gibt diesen dauerhaften, gewöhnlichen Antifaschismus progressiver Kräfte, den wir als Berührungsangst mit dem Volk bezeichnen könnten.“*

Nicht die sind zu kritisieren, die unter Antifaschismus vorbehaltlose Liebe zur BRD-Demokratie verstehen, sondern diejenigen, die es wagen, dem deutschen Volk zu widersprechen und denen die Erler'sche Hetze gegen Außenseiter irgendwie bekannt vorkommt.

Zweiter Schritt: *„Heute deutet die fehlende Souveränität gegenüber dem Geißlerschen Vergleich Nazis-Grüne auf einen unverdauten Widerspruch: Wir haben einige Inhalte und Gefühle neu in politische Bewegung gebracht, die auch (!!) die Nazis zu finsterem Geschäft benutzten. Dürfen wir diese dann auch zur Entfaltung kommen lassen? fragen wir uns bang. Wenige würden sich heute trauen, was z.B. Carl Améry über das Waldsterben sagte: daß da nicht nur der Grundwasserspiegel ... kaputtgeht, sondern daß es auch eine kulturelle Verwüstung in den seelischen Besitzständen der Deutschen hinterläßt!“*

Spätestens bei Einführung des Wortes „Widerspruch“ soll der Verstand überrumpelt werden: Ein Widerspruch ist hier nämlich weit und breit nicht zu entdecken! Frau Erler will mit Hilfe dieses Begriffs ihren frontalen Angriff auf dem Verstand des Lesers abfedern, ihm signalisieren, daß die Dinge komplizierter liegen, als er das in seiner Naivität glauben mag. Wie wenig i h r bang ist und wie wenig i h r es an Mut fehlt, wird sich schon bald zeigen. Im übrigen: So wenige sind es gar nicht, die sich nicht „trauen“ — und man kann sicher sein, wenn es wirklich wenige wären, würde Frau Erler nicht

Fortsetzung nächste Seite



„Industriekritisch und lebensbejahend“: Plakat der NS-Frauenschaft, 1932

Fortsetzung von vorheriger Seite

chen“ des KB hatte darin bestanden, sich bei Anbruch der Dunkelheit den Parolenschreiern des KBW-Häufchens widersetzt zu haben, die dazu aufforderten, die Polizeiketten zu durchbrechen. Dazu behauptete der KBW, *„daß das Baugelände des Kernkraftwerks, daß die Festung Brokdorf am Samstag nah am Fallen war, daß die Massen die Möglichkeit hatten, diese Festung zu erobern und zu schleifen.“* Daß das nicht geschehen sei, dafür müsse man „die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen“. In dem KVZ-Extrablatt wurden namentlich ein KBler und zwei KPD-Mitglieder genannt und ihnen angedroht, sie **„zum passenden Zeitpunkt aufzuhängen“**.

Diese Höhepunkte seiner Karriere konnte selbst ein KBW in den noch folgenden Jahren seiner zerfallenden Existenz nicht mehr überbieten.

M., KB Gruppe Nürnberg

Westdeutsche Linke

Fortsetzung von vorheriger Seite

dazuzählen, schließlich hält sie's mit der Mehrheit. „Trauen" tut sich z.B. die Spinger-Zeitung „Hamburger Abendblatt". Dort lautete die Schlagzeile am 17./18. Nov. 84: „*Was der Wald uns bedeutet: Die Heimat der deutschen Seele*".

Dritter Schritt: „*Die Mär vom ‚falschen Bewußtsein' läßt Frauen auch heute lediglich als leichte Propagandaopfer erscheinen. Und hier griff der Nationalsozialismus mit großem Geschick: (...) Sie bewerteten die Existenz in der Mutterrolle als positiv— und sie gaben reale Finanzhilfen, die sich von denen heutiger Familienpolitik nur dadurch unterscheiden, daß sie die Familienaufgaben als Freude ... definierten. Die ‚Frauenschaft' war nach allem, was wir hören, vor allem eine starke Nachbarschaftsorganisation, wo Mütter vieles fanden, was auch den Ehefrauen von Gewerkschaftsaktivisten häufig fehlte: nämlich praktische Unterstützung, Ansprache und außerhäusliche Aktivität im Alltag. In vieler Hinsicht hat der Nationalsozialismus für Mütter und Hausfrauen mehr positive Öffentlichkeit hergestellt als die progressive Seite dies je wollte ...*"

Daß es ein falsches Bewußtsein gibt, weiß Frau Erler. Man erkennt es leicht daran, daß sie selbst von Leuten spricht, die anderen als was anderes „erscheinen", als sie es für Frau Erler darstellen. Daß falsches Bewußtsein aus verkehrtem Sein entspringt, ist nicht ihr Problem; denn als Maßstab für falsches Bewußtsein gilt ihr ihre eigene Meinung bzw. die Abweichung anderer davon. Ihre Hochachtung vor Leuten, die mit falschem Bewußtsein ihr G e s c h ä f t zu machen verstehen, kann die Autorin kaum verbergen: „großes Geschick" usw. ... Später wird sie deutlicher. Auch in dieser Passage geht es nicht ohne kleine Korrektur der Tatsachen ab. Heutige Familienpolitik würde die Familienaufgaben nicht als Freude definieren. Noch nie eine Verlautbarung vom Minister aller Familien — Geissler — gehört? Noch nie die Aufrufe von Richard von Weizsäcker z.B. in der „Bunten" gelesen? Oder das CDU-Programm „Offensive für die Frau"? Natürlich doch, die Bemerkung sollte ja nur die kleinen Brüche in der Argumentation überdecken. Und noch eine „kleine" Ungenauigkeit fällt auf: die „Frauenschaft", von der Frau Erler „hörte" (im Kampf gegen die Berührungsängste), hieß „NS-Frauenschaft"! Das „N" stand wohl für „Nachbarschaft" und das „S" für „starke" — oder?

Die NS-Frauenschaft — und hier hat Frau Erler recht — organisierte die „praktische Unterstützung, Ansprache und außerhäusliche Aktivität" mit Erfolg. Schon 1934 begann die NS-Kampagne zur „Arbeit der volkswirtschaftlichen Aufklärung und der Erziehung der Frauen zu volksbewußter Haushaltsführung", und dabei ging es um genau die Fähigkeiten, die die *Kommune*-Autorin bei der BRD-Hausfrau so fördern möchte: „Ökologie und Sprasamkeit". Damals hieß das „Kampf dem Verderb" und geübt wurde der sparsame Umgang mit den knapp gemachten bzw. den neuen Haushaltsrohstoffen wie Kaffeersatz u.a. Viel „positive Öffentlichkeit" genoß seinerzeit auch die „weibliche Jugend", die seit 1935 „freiwillig" und bald darauf verbindlich ihr Pflichtjahr in fremden Haushalten oder ihren Arbeitsdienst ableistete. Es muß herrlich gewesen sein — damals, als sich niemand Berührungsängste leisten konnte und niemand isoliert war, sofern er zur Volksgemeinschaft zählte!

Vierter Schritt. Zwar ...: „*Wir wollen nicht herabspielen, daß der Kontext von alledem grauenvoll war, daß es Blockwartinnen, KZ-Aufseherinnen und Sadistinnen gab; daß Frauen gegen ihren Willen entlassen und am Studium gehindert wurden; auch nicht, daß manche (!) Frau den Antisemitismus teilte und viele (!) die Plünderungsprofite aus der Ukraine oder Frankreich genüßlich verzehrten.*"

Wer glaubt, den hier benannten faschistischen Terror mit dem Hinweis einleiten zu müssen, er wolle ihn „nicht herabspielen", empfindet ihn nur als störend für sein eigentliches Beweisziel. Das „auch" und das „zwar" schwingen in jedem Satz mit, und das soll heißen: Dies alles war nicht das Wesen dieser Sache.

Fünfter Schritt. Aber ...: „*Doch (!) gibt es keinen n o t w e n d i g e n Zusammenhang zwischen einer starken (!), selbstbewußten (!), organisierten (!) Nachbarschaft und dem Faschismus. Im Gegenteil (!): gerade, wo versäumt wird, auch Frauen mit diesem*



Vom Putzeimer zur Front. Neue „Sehnsüchte" sind angesägt und damit auch neue Vorbilder. Das Bild zeigt die „emanzipierte" Nazi-Frau, „Flugkapitän" Hanna Reitsch mit Kriegsauszeichnungen.

Lebensmodell und in dieser Lebensphase einen politischen (!) Platz einzuräumen, wo verpaßt wird, die Gesellschaft für sie zu öffnen, ... da werden Frauen immer wieder Anhängerinnen von politischen Komplotten, die sich gegen sie selbst und die Menschheit richten."

Hier haben wir es wieder mit einem richtigen *Kommune*-„Widerspruch" zu tun. Einerseits besteht zwischen NS-Frauenschaft und Faschismus kein notwendiger Zusammenhang. Andererseits laufen uns die Hausfrauen (ein „Lebensmodell") glatt zu den Faschisten über, wenn wir ihnen keine Frauenschaft anbieten, auf deren Fahne steht: **„Stark! Selbstbewußt! Organisiert!"** Die Trommel ruft, die erste Vorsitzende gibt die Tageslosung aus: „Nachbarschaft"! Für Frau Erler müssen das Stricknadelgeklapper an den Universitäten und die Stillgruppen in den Stadtteilen schleunigst unter einen Oberbefehl und vor allem als politische Tätigkeit gesellschaftlich anerkannt werden. Sie glaubt, hier das Bedürfnis nach Volksgemeinschaft heraushören zu können und will den Faschisten den Boden entziehen, indem sie ihnen zuvorkommt. Während die „Kommune"-Soziologin der bundesdeutschen Hausfrau 1985 die dunkelsten Gefühle und Sehnsüchte andichtet und diese — wofür hat man das Fach denn studiert? — k a n a l i s i e r e n will, leugnet sie den nachweisbar n o t w e n d i g e n Zusammenhang zwischen e r z w u n g e n e r und / oder ideologisch h e r g e s t e l l t e r „organisierter Nachbarschaft" einerseits und den Zwecken der Nazis sowie der Existenz von Blockwartinnen usw. andererseits. Daß es nur mit o r g a n i s i e r t e r Mütterlichkeit möglich war, Geburtenzahlen p l a n m ä ß i g von 971.000 im Jahr 1933 auf 1.410.000 im Jahr 1939 anzuheben, ist genauso belegbar wie der Zusammenhang zwischen „starker Nachbarschaft" und politischer Bespitzelung.

Sechster Schritt: „*Die unselige Berührungsangst mit den legitimen Lebensinhalten und -gefühlen vieler, wenn nicht der meisten Frauen, leistet also (!) immer wieder der Rechten Vorschub ...*"

Ein „Also" ist nur die Behauptung eines logischen Beweises, nicht der Beweis selbst. Auch der sachliche Beweis, daß Hausfrauen, denen es an Zuspruch und Lob von Seiten der Öffentlichkeit fehlt, „immer wieder den Rechten" in die Arme laufen, ist nicht geleistet. Die Nazis hatten z.B. schon seit etwa 1938 mit der Propagierung eines a n d e r e n Frauenideals begonnen. Das weibliche „Schlachtfeld" sollten nun nicht mehr Küche und Wochenbett sein, sondern Fabrik und Front. Bekanntlich hat ihnen diese Umstellung der „Sehnsüchte" der Frauen keine Probleme bereitet!

Siebenter Schritt: „*Aus einer Arithmetik von Rentenerhöhungen und Sozialkürzungen ist bei aller Notwendigkeit und Wohlmeinendheit für die Betroffenen weniger Lebenskraft (!) zu ziehen als aus dem positiven Aufgreifen ihrer Sehnsüchte. Diese Sehnsüchte sind heute wie vor 50 Jahren partiell industriekritisch und zugleich lebensbejahend. (...) Rebellion hat viele Formen.*"

Sophismus und Demagogie erreichen hier das Niveau eines Norbert Blüm — übrigens auch einer ohne Berührungsangst gegenüber dem Volk. Zunächst: Von Rentenerhöhungen ist uns nichts bekanntgeworden in letzter Zeit. Oder verwechselt Frau Erler nur Real- und Nominaleinkommen? So oder so, die Frauen ziehen nach ihrer Meinung ihre „Lebenskraft" und Handlungsspielräume ohnehin hauptsächlich aus Sehnsüchten. Heute wie im Jahr 1955 ist die Frau „lebensbejahend" (von einzelnen Blockwartinnen abgesehen) und „industriekritisch". Tatsächlich sind diese beiden Ehrentitel mindestens 50 Jahre alt. Die Nazis übernahmen sie von der Lebensreformbewegung. Am Anfang stand nämlich die Losung: Reform des Verhaltens statt Revolution der Verhältnisse! Die Ideologien der Lebensreform, die Abkehr vom Materialismus und von rationaler Vernunft, die mystische Naturverehrung und die „Industriekritik", die Übertragung von Naturgesetzen auf gesellschaftliche Zusammenhänge und die Verherrlichung der Mütterlichkeit ..., all das hat Hitler beim Verfassen von „Mein Kampf" schon fertig vorgefunden und geprüft, ob man damit Leute gewinnen kann, mit denen sich ein ordentlicher Staat machenläßt. Er hat a l l d a s für gut befunden — auch die „Industriekritik": Landvolk und Landwirtschaft galten ihm als „Hauptträger völkischer Erbgesundheit" und „Jungbrunnen des Volkes". Den Repräsentanten der Lebensreformbewegung, den Maler Fidus, ernannte er 1943 eigenhändig zum Professor. Es stimmt, Rebellion hat viele Formen, unter anderem faschistische. Auch der Kampf der Nazis gegen die „Zinsknechtschaft" war Rebellion. Manche Rebellionen sind eben Konterrevolutionen. Und manche Ex-Linke können — besser: wollen — zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen links und rechts nicht mehr unterscheiden. Der U n t e r s c h i e d ist ihnen unangenehm, deshalb soll er v e r w i s c h t werden und dazu braucht man B e t ä u b u n g s m i t t e l : „Kommune" — zwölf mal im Jahr!

G.J. Hamburg

Literaturhinweis:
— Frauenpolitik im Nationalsozialismus, in: Arbeiterkampf 203 und 207 und die dort zitierte Literatur
— Fidus 1868-1948, Zur ästhetischen Praxis bürgerlicher Fluchtbewegungen, Frecot / Geist / Kerbs; Rogner & Bernhard, München 1972



„Echo der Frau", Dez. 84, Bild

1934 propagierte die „NS-Frauenschaft" die „Erziehung der Frauen zu volksbewußter Haushaltsführung" zwecks Unterstützung der kriegsvorbereitenden Autarkiebestrebungen. 1984 — 50 Jahre danach — propagieren „Bild der Frau", „Frau mit Herz", „Echo der Frau" und andere Zeitschriften das „Energiesparen beim Kochen" (hier „Echo der Frau", Dez. 84). Seit 1973 wird das Energiesparen — erfolgreich — per Propaganda und per Preiserhöhung durchgesetzt. Auch das Energieprogramm der Bundesregierung zielt auf Sicherung der Energiebasis im Kriegsfall: „heimische Kohle", AKWs, Nordseeöl und Verbrauchsreduzierung für den Fall, daß der gewaltsame Zugriff auf OPEC-Öl zeitweise nicht gelingen sollte.

»Das Gefängnis ist sowieso mein zweites Zuhause«

Buchbesprechung: Winnie Mandela »Ein Stück meiner Seele ging mit ihm«

Winnie Nomzamo Mandela, die Frau eines der prominentesten, seit 22 Jahren von den südafrikanischen Rassisten gefangengehaltenen ANC-Führer, Nelson Mandela, ist inzwischen selbst zu einer Art Symbolfigur des schwarzen Widerstandes geworden. Ende 1984 erschien ein Buch (rororo mal wieder sehr aktuell), in dem sie auf sehr persönliche Weise über verschiedene Stationen ihres politischen Lebens erzählt. Der Titel ist sicher nicht dazu angetan, spontan das Interesse Linker, besonders linker Frauen zu wecken. Und an etlichen Stellen, besonders wenn ihre große Bewunderung für ihren Mann zum Ausdruck kommt, wird frau zumindest ein heftiges Unbehagen beschleichen. Trotzdem möchte ich dieses Buch sehr empfehlen, denn es ist gleichzeitig ein fesselnder persönlicher Bericht und eine eindrucksvolle Beschreibung des schwarzen Alltags und der Bedingungen des alltäglichen Widerstandes im heutigen Südafrika.

Winnie Mandela ist nicht der Typ heroischer Kämpferinnen, die mit der Knarre in der Hand in den Untergrund gegangen wäre. Sie ist religiös, macht sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder und wünscht sich manchmal ein ganz normales Familienleben. In den zwei Jahren, in denen sie mit Nelson Mandela zusammenlebte, arbeitete sie politisch in seinem Schatten: *In meinen frühen Jahren war ich nichts anderes als ein Abziehbild, eine Kopie von Nelson; ich war gewissermaßen keine individuelle Persönlichkeit. Wenn ich etwas sagte, dann war es eben Nelsons Frau, die das sagte.*" Seine plötzliche Verhaftung und Verurteilung zu lebenslanger Haft war für sie auch eine politische Krise und Herausforderung. „*Ich verdanke meine politische Entwicklung also eher den Umständen, in die ich hineingezwungen wurde; sie stellten mich überraschend — ohne meinen Willen — ins Licht der Öffentlichkeit.*" Seitdem wurde und wird sie von den südafrikanischen Sicherheitsbehörden ständig terrorisiert. Trotz aller Versuche, sie zu brechen, beteiligte sie sich an der Organisierung verschiedener Widerstandsaktionen und wurde aufgrund ihres unerschütterlichens Willens, für die Rechte der Schwarzen einzutreten, von den Rassisten zum Inbegriff der „schwarzen Gefahr" gemacht. Obwohl sie nie verurteilt werden konnte (z.B. wurde sie der Rädelsführerschaft für den Soweto-Aufstand bezichtigt), wurde sie immer wieder verhaftet und verbringt bis heute einen großen Teil ihres Lebens unter Bann (d.h. streng bewachter Hausarrest in einer abgeschnittenen Region mit äußerst geringen Kontaktmöglichkeiten).

Winnie Mandelas politische Rolle besteht längst unanhängig von dem Image ihres schon fast legendären Mannes. Aus dem Buch sprechen starkes Selbstbewußtsein und Entschlossenheit. Dennoch hat bis heute die Beziehung zu diesem Mann, den sie seit 22 Jahren höchstens einmal im Monat besuchen und mit dem sie keine politischen Gespräche führen darf, für sie eine besondere Bedeutung. Diese für uns wohl befremdliche Haltung drückt nicht nur ein persönliches Verhältniss aus, sondern auch ein sehr emotionales Vertrauen in die politischen Mitkämpfer/innen und Führer/innen, wie es genauso auch Frauen gegenübergebracht wird. (Wie übrigens bei allen anderen politischen Strömungen auch, wird der Frauenarbeit im ANC eine große Bedeutung beigemessen, die ideologische Auseinandersetzung mit den „eigenen" Männern spielt hingegen kaum eine Rolle. Vielleicht hängt das zusammen mit der massenhaften Zerstörung und gewaltsamen Trennung vieler Familien durch die rassistische Politik; gemeinsames Leben und Arbeiten ist nicht der Normalfall.)

Unter Bann in Brandfort

(Es) kam gerade der Postbote mit Eiern, Gemüse und einem Huhn vorbei, das er direkt vom Farmer beim Postamt gekauft hatte. Ich fragte ihn, wie teuer das Huhn sei — er hatte mir angeboten, auch für mich eins zu kaufen —, und kam dafür vor Gericht! Prinsloo (d.i. ihr Bewacher) betrachtete das nämlich als ein „Gespräch mit einer eebannten Person"! Wo sonst in der Welt kann die Frage nach dem Preis eines Huhns wohl als „Förderung des Kommunismus" interpretiert werden — so nämlich lautete dann der offizielle Vorwurf.

Die politischen Gefangenen

Wir haben unerschütterliches Vertrauen, daß er (Nelson Mandela) und die anderen politischen Gefangenen eines Tages zurückkommen, um ihre rechtmäßige Rolle zu spielen und ein schwarz regiertes Südafrika aufzubauen. Es ist unsere Exilregierung, und Nelson ist unser Premierminister auf Urlaub.(S. 221)

In Isolationshaft

Ich war eine Sozialarbeiterin, ich war eine Mutter. Wenn mir jemand ein Gewehr gegeben hätte und mir befohlen hätte, aufs Schlachtfeld zu gehen und zu schießen — ich weiß, daß ich nicht fähig gewesen wäre, es zu tun, und das, obwohl ich in dieser gewalttätigen Situation lebe. ... Aber in der Haft ist etwas mit mir geschehen. ... Heute weiß ich, daß ich schießen würde. ... Das ist etwas, was sie mich gelehrt haben. Der Haß, der mir im Gefängnis entgegenschlug, den ich erst im Gefängnis so kennengelernt habe, war so überwältigend...(S.192/193)

Politische Perspektiven

Die multinationalen Konzerne sind, was uns betrifft, politische Kriminelle in diesem Land. Wenn eines Tages eine schwarze Regierung an der Macht sein wird, muß man mit ihnen umgehen, wie die Geschichte mit solchen Leuten umgegangen ist ... Deshalb ist auch kein Platz mehr für ausländische Firmen hier....(S. 187/188) Das zukünftige Südafrika ... wird ein sozialistischer Staat sein, denn natürlich wird es keinen anderen Weg geben, das Problem des Verhungerns, das wir hier haben, zu lösen. ... Das Land ist reich genug für uns alle ... Wir haben Platz für jeden, sei er schwarz, rosa, gelb oder grün....(S.193)

Offener Brief

Zur nicht vorhandenen grünen Kulturpolitik

Es ist offenbar: Die einen und die anderen beginnen sich zu ärgern. ,,Ins Gerede kommt'', wie unser Autor Fassanbass in AK 254 schrieb, ,,was es nicht gibt: grüne Kulturpolitik ...''. Diesmal ist es Norbert Ney, der seinen Ärger nicht mehr verbergen will.

Norbert Ney weiß, wovon er redet, besonders auch wenn er ,,idyllisch-alternatives'' geißelt. Er war 1975 Mitbegründer der ,,Arbeitsgemeinschaft alternativer Autoren und Verlage'' (AGAV), die seit Jahren ihre jährliche ,,Gegenbuchmesse'' gegen die Frankfurter Buchbörse zelebriert. Seit Gründung der GAL war er aktiv in deren Kultur-AG, hat sich aus deren Arbeit aber inzwischen verärgert zurückgezogen, ,,wie andere meiner Kollegen auch''. Seit '82 war er stellvertretender Vorsitzender, seit Januar '85 ist er Landes-Vorsitzender des Schriftstellerverbandes (VS), Hamburg.

Sein ,,Offener Brief zur nicht vorhandenen grünen Kulturpolitik'' ging an die GRÜNEN in Bonn, Fraktion und Kultur-AG der GAL, sowie ausgesuchte kulturinteressierte Medien und Personen.

,,Mein Problem war es, daß wahrscheinlich von der Fraktion sich keiner bemüht hätte. Hier gibt es auch keinen in der Fraktion, der eine kulturelle Sozialisation genossen hätte, der schon früher in dem Metier gearbeitet hat ... Neben Frieden und Umwelt würde sich Kultur als drittes Standbein der Grünen anbieten. Andererseits muß man die Praxis sehen ...''
resignierter Kulturreferent der GRÜNEN im Bundestag in seiner Rücktrittserklärung, **Paul Pauly**

***

,,Der Kulturreferent der Grünen im Bundestag hat gekündigt, und wie man aus Todesanzeigen erfährt, daß einer gelebt hat, so auch hier. Dieser Paul Pauly hat sogar seinen eigenen Nachruf verfaßt ...''
Hermann L. Gremliza dazu in KONKRET 1/85

***

Es stimmt schon: Gelegentlich kommt auch ins Gerede, was es nicht gibt. Grüne Kulturpolitik ist so ein Fall. Ins Gerede, das heißt ans Licht der Welt kam diese in den letzten Monaten genau zwei mal. Bei der Kulturdebatte des Bundestages kürzlich glänzte sie — durch Fehlen. Unentschuldigt. Nicht mal ein paar Strickerinnen waren zu sehen. Das andere Ereignis war Paul Paulys Rücktritt — siehe oben. Auch da hat niemand öffentlich geklappert. Und das gehört bekanntlich zum Handwerk, wenn man was ,verkaufen' will — und sei es eine eigene Meinung. Wenn man/frau sie hat. Haben die GRÜNEN nicht, kriegen sie wohl auch soooo schnell nicht rein. Damit könnte man/frau sich abfinden. Wer braucht schon ein drittes Standbein? Eben.

Immerhin: Gerüchte gabs — in den Reihen der Hamburger GAL munkelte man. Nachrücker Christian Schmidt habe Interesse bekundet, wenn auch nicht für Kultur als Hauptschwerpunkt seiner Arbeit. Also statt drittem Standbein eher ärgerlicher Pferdefuß. Aufreibende Mehrarbeit mitten im Friedensstreß? Keine Energie mehr übrig bei soviel heroischem Widerstand gegen Atomenergie? Und auch im Feminat alle schon geschluckt vom großen Herrn und Meister Sachzwang? Fällt Kultur in Bonn aus wegen (saurem) Regen? Die Prioritäten, die Startbahn-West, die zubetonierten Lande, Smog, vergiftete Lebensmittel — hat all das nix mit Kultur zu tun? Naja, ruft die Stimme aus dem Hinterbänklergrund, sei doch mit der halben Kulturstelle zufrieden. Besser als gar keine, oder?

Ja, denkste! Auch der halbe Pferdefuß wurde wieder dementiert. Nicht von Christian Schmidt. Der war weder in Hamburg noch in Bonn um die Jahreswende auffindbar, geschweige denn selbst zu sprechen. Dementiert hat das Gerücht — ohne es zu wissen — Walter Schwenninger, Studienrat für evangelische Theologie und Sport aus Tübingen, der Grüne im Sportausschuß des Bundestages. Zwar haben die Grünen auch kein Sportprogramm formuliert, aber Schwenninger fühlte sich zuständig und kompetent (ehemaliger Zehnkämpfer), war aber dennoch etwas traurig. ,,Meine Fraktion hat kein großes Interesse am Sport.''

noch in Bonn um die Jahreswende auffindbar, geschweige denn selbst zu sprechen. Dementiert hat das Gerücht — ohne es zu wissen — Walter Schwenninger, Studienrat für evangelische Theologie und Sport aus Tübingen, der Grüne im Sportausschuß des Bundestages. Zwar haben die Grünen auch kein Sportprogramm formuliert, aber Schwenninger fühlte sich zuständig und kompetent (ehemaliger Zehnkämpfer), war aber dennoch etwas traurig. ,,Meine Fraktion hat kein großes Interesse am Sport.''

Der völkerverbindende Charakter des Sports aber sei wichtig, sagte er, dadurch könne ein Zipfelchen Kommunikation zwischen Ost und West erhalten werden. Er hat begriffen, daß Sport mehr ist als Bundesliga. Im Frühjahr aber wird er hinausrotiert. Er hat Christian Schmidt als Nachrücker gewonnen — auch für den Sportausschuß. ,,Ein interessanter Fall'', sagt Schwenninger, denn: Christian Schmidt fiel vor Jahren beim Schulsport vom Reck und ist seitdem querschnittsgelähmt und auf den Rollstuhl angewiesen.

Eine Zwischenlagerung der Kultur bei den GRÜNEN in Bonn ist also vorläufig vom Tisch. Anläßlich der nächsten GRÜNEN RAUPE wird man sie wieder aus dem Mottenkeller holen und mit Weihrauch besoffen machen.

***

,,Kultur finge wohl mit der Einsicht an, daß alles mit allem zusammenhängt; daß wir kein Gewicht unseres alltäglichen Lebens verschieben können, ohne am Netz des Ganzen zu ziehen. Es gibt keine Gnade für eine Kultur, die nicht lernen kann, sich ihrer Opfer, also ihrer selbst zu erbarmen; und das Leben, das wir einander heute schuldig bleiben, findet morgen nicht mehr statt.''
ADOLF MUSCHG in der FR

***

Was mich so auf die Palme bringt ist dieser linkisch-ignorante Umgang mit kulturellen Facetten, die nicht für Wahlkampfrummel ausbeutbar sind, nicht lautstark mit 40.000 Watt auf Bühnen stattfinden oder buntschillernd und nicht selten dilettierend als Stadtteil-Theatergruppe bei Veranstaltungen ,an der Wahlfront' einsetzbar sind.

Mich ärgert nicht nur diese Funktionalisierung, hinter der kein wirkliches Interesse steht, sondern auch die blindwütige Verkürzung von Kultur: was uns nicht interessiert, ist bürgerliche Kultur und muß abgeschafft werden; zumindest die staatlichen Subventionen ... Diese Verkürzungen und Redundanzen werden dann von selbsternannten Kulturfunktionären zu Negativ-Selbstbestimmungen einer sog. ,,alternativen'' Kultur mißbraucht, welche sich leider allzuoft bloß als idyllisch-alternaive erweist.

Ein Kultur-Fundamentalismus, der auf jegliche Qualitätsansprüche kurzsichtig verzichtet und damit in der Bodenlosigkeit eines bürgerlichen ,Kultur für alle'-Begriffs verschwindet, wo Kultur für jeden gemeint sein könnte.

Meine subjektive Ungeduld hat objektive Hintergründe. Zwei Jahre lang quälte ich mich durch Sitzungen jener sog. Kulturfachgruppe der Hamburger GAL. Zwei lähmende Jahre, in denen über die Kampnagel-Fabrik diskutiert wurde und, wenns hoch kam, über ein paar kleine Theater und ihre Probleme. Die angesprochenen leiseren Facetten, die nachdenklicheren, tiefergehenden Bereiche — wie z.B. Literatur — ging völlig den Bach runter. Die Leute klinkten sich wieder aus, resignierten, um sich nicht auch lähmen zu lassen. Zurück blieb — kopfgelähmt — die GAL-Kulturfachgruppe. Der Ansatz wurde Schrott. Ein Leserbrief von dem Buchhändler Michael Koppe aus München an die TAZ-Kulturredaktion (Februar 1984) über das Manko der kulturellen TAZ-Berichterstattung ähnelt sehr dem Manko der GAL, der GRÜNEN:

,, ... auch und gerade von einer radikalen linken Tageszeitung erwarte ich Qualität. Als Buchhändler ist mir dabei besonders das Feuilleton besonders wichtig. Es muß sich an dem (sehr guten) der FAZ messen lassen können, auch wenn die Schwerpunkte inhaltlich (aber auch formal) sicher anders gesetzt sein müssen. Deshalb hat mir die Rezension von Bolz über ,Haag, der Fortschritt der Philosophie' sehr gut gefallen. Sie ist fachlich kompetent, ämusant zu lesen und kommt ohne die sonst oft übliche, unnötige, aufgeblasene Terminiologie aus. Daß, um die Rezension eines schwierigen philosophischen Textes angemessen verstehen zu können, gewisse fundamentale philosophische Grundkenntnisse Voraussetzung sind, versteht sich von selbst. Die Bemerkungen der Säzzerin zeigen aber nun leider, woran Euer Kulturverständnis (und das großer Teile der linken Szene) immer noch krankt: an paranoischen Berührungsängsten und einer entsprechenden Vogel-Strauß-Politik gegenüber dem sog. bürgerlichen Kulturbetrieb. Und zwar nicht, weil man ihn in seiner Aufgeblasenheit durchschaut hätte, sondern aus Dummheit und Ignoranz. Die schlechtesten Waffen im Kampf für eine kulturrevolutionäre Veränderung! ... (die wären) Gefühl und Schärfe, Intelligenz und Sensibilität. Nicht als alternative Schrebergärtner, sondern als Hechte im (bürgerlichen) Karpfenteich werden wir was verändern. Daß aus Hechten oft Karpfen werden, ist kein Gegenargument. Ich wünsch mir von Euch einen Kulturteil, der von Hechten nur so wimmelt! ...''

***

,,Die Literatur ist schließlich ein unabhängiger politischer Weg zur Wahrheit, wie die Wissenschaften es auch sind ... Die Pilotfunktionen, Indien zu suchen und dabei Amerika zu entdecken, muß die Dichtung haben, sonst stirbt sie ... eigene Programmierungen überwinden, sich kundig machen, die Logik der Herrschaft im Rücken packen! ... sensibel und rigide sein. ... z.B. daß man nachfragt, den Gründen auf den Grund geht, Öffentlichkeit herstellt ... dem bloß vagabundierenden Denken abhold ... eins wird nicht aussterben: das Erzählen — und der Spaß daran ...''
Zitate von Hermann Peter Piwitt/FR

Gute Literatur, um beim Genre zu bleiben, (denn es gibt durchaus objektive Kriterien für Qualität, auch wenn alternative Alltagsschreiber und Literaturpostämtler das nicht wahrhaben wollen — nicht nur formale oder ästhetische Kriterien), gute Literatur ist vielleicht meßbar an einem Satz von George Orwell:

> ,,Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.''

Gute Literatur, um beim Genre zu bleiben, (denn es gibt durchaus objektive Kriterien für Qualität, auch wenn alternative Alltagsschreiber und Literaturpostämtler das nicht wahrhaben wollen — nicht nur formale oder ästhetische Kriterien), gute Literatur ist vielleicht meßbar an einem Satz von George Orwell:
,,Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.''

Eine Polemik — vielleicht als Untergattung des Essays zu sehen — gehört zu den leider aussterbenden Arten der bundesdeutschen Literatur. Dies ist eine — mit der Absicht verbunden, den GRÜNEN zu sagen, was sie nicht hören wollen.

Zum 1. Bundeskongreß der Grün/Alternativen zur Kulturpolitik in Hamburg im Januar 1984 gab es ein kurzes Aufflackern von Gedankenaustausch. Ein paar Sätze seien hier zitiert. Zuerst der Hamburger Kulturdeputierte Christoph-Joachim Schröder:

,,Allein aus arbeitsökonomischen Gründen wäre es Blödsinn, statt aus den geschichtlichen Quellen zu schöpfen, sich an die Rinnsale grüner Borniertheit, Originalitätssucht und Antikommunismus zu halten ... meist (sind) die Programme, Manifeste und Theorien der Künstler(initiativen) weiter, als viele grün-alternative kulturpolitische Tapsigkeiten. Von ihnen müssen wir lernen und uns in die laufenden aktuellen Diskussionen einschalten als Mitkämpfende. Kunst ist keine Sphäre jenseits der gesamtgesellschaftlichen Kämpfe, kein wertneutraler Erholungsfreiraum, der an sich frei von allen Interessen nur von guten oder bösen Absichten gesteuert wird ... Kunst, und zwar vor allem als System, ist seit Anbeginn ihrer öffentlichen Wirksamkeit ein Teil der Klassenkämpfe ... Mehr noch: Sie, die Kulturschaffenden, sind die Hauptkraft des kulturpolitischen Kampfes, und die grünen Politiker müssen sich als Lernende und Helfende begreifen mit einer Bescheidenheit, die den geringen Möglichkeiten von Befreiungsaktivitäten in Parlamenten und staatlichen Gremien angemessen ist.

Und nun Joachim Lenger: (zum Begriff ÜberLebensKultur)

,,Das ,Überleben' ist stets ein vom Tod gezeichnetes Leben, und eine Kultur, die hier entsteht, ist gerade nicht die utopische, sondern die allzu gewöhnliche, nämlich die herrschende: eine Kultur des Mangels, der Bedürftigkeit, der Selbstbeschränkung, der schlichten Demut und Innerlichkeit ... so hat die Sinnlichkeit, wie sie grün oder alternativ kursiert, im gleichen Maß ihre Sprengkraft verloren, wie sie sich in die Überlebensstrategien, den Mangel und die Innerlichkeit einbinden ließ ...''

Schließlich Peter Schütt: (Kulturbewegung aber kein Kulturbegriff)

,,Es geht einfach darum, die Kräfte ausfindig zu machen, die eine ,umfassende kulturelle Emanzipation', wie sie die Grünen wollen, tragen und durchsetzen können. Wenn, wie in der Hamburger Arbeitsgruppe Literatur, der gewerkschaftliche Schriftstellerverband meistens als ,Klüngel der Etablierten' abgetan wurde, wenn der Ruf nach einer IG/Kultur und Medien als ,basisfremd' abgelehnt wird, muß der Verdacht naheliegen, die Grün-Alternativen wollten sich in der kulturpolitischen Öko-Idylle einnisten und sich für die Jahre bis zum Abbruch des neuen Jahrtausends mit Literaturpostämtern, Kulturkneipen und Kleinkunstläden zufrieden geben ... Die medienpolitischen Vorstellungen und Vorschläge der gewerkschaftlich organisierten Schriftsteller, Journalisten und Rundfunk-, Fernsehfilm- und Filmarbeiter haben sie (die Grünen) nicht erreicht ... Kulturpolitik läßt sich nicht im grünen Treibhaus der Spontaneität machen. Sie ist ein Teil der gesamten politischen Auseinandersetzungen. Es gibt keine Kultur im Grünen, außerhalb der politischen Entscheidungsfelder, und erst recht kann es keine Kulturpolitik abseits von tages- und weltpolitischen Kämpfen geben.''

Soweit hier Zitate von drei äußerst unterschiedlich **politischen** Positionen aus. Erstaunlich dennoch, wie viele Ähnlichkeiten und radikale Forderungen in allen zu finden sind.

Ich habe diesen Katalog von Zitaten ganz gezielt und bewußt zur Lektüre hier aneinandergereiht, um zu zeigen, wie weit das Nachdenken unter Kulturschaffenden **und** -kritikern schon einmal war, ohne von den GRÜNEN allerdings wahr- und aufgenommen worden zu sein. Von den Bonnern, soweit sie sich schriftlich äußern, will ich einen **einzigen** Satz dagegen stellen, um das Manko in den Köpfen der grünen Politiker dort deutlich und rabiat darzustellen:

,,So rücken wir zusammen in Wohngemeinschaften, abends in kleinen Gruppen, erdhockend oder im Gras, sind gern still miteinander.''
(Maren Manon-Grisebach in ihrer ,,Philosophie der Grünen'', S. 24)

***

Eigentlich versagt sich hier jeder Kommentar. Andererseits reizt es mich, noch ein paar Seiten lang ähnlichen Schwachsinn zu zitieren, besonders aus dem Buch von Petra Kelly. (Lamuv-Verlag)

Aber gleichzeitig hört man, daß sich eine Kulturpolitische Informationsstelle gegründet hat. Nicht in Bonn, sondern in Marburg. Nicht über die oben angerissenen Fragen, sondern mit den Arbeitsgruppen Theaterpolitik, Kulturarbeit auf dem Lande, Soziokultur, Lokalradios. Wieder nicht in Kontakt mit uns Kulturschaffenden, sondern mit ,entsprechenden kulturpolitischen Arbeitsgruppen' und zur Vorbereitung eines kulturpolitischen Ratschlags im Mai oder Juni 85. Na bravo! Wie ,unser kultureller Alltag' aussieht, interessiert keinen. Jede Woche werden hunderte von Gruppen nach Bonn gekarrt, wo sie von den Bundestagsabgeordneten betreut und informiert werden. Auch die grüne Fraktion hat sich dieser Tradition angeschlossen, denn so können — auf Kosten des Staates — Verbindungen und Kontakte hergestellt, vertieft und genutzt werden. Auf die Idee, uns Kulturschaffende mal nach Bonn einzuladen, kam noch keine(r) dort. Klaro, w e r sollte auch mit uns diskutieren?
Eben!

Günter Amendt hat kürzlich in KONKRET geschrieben: *,,Mich interessieren die Bedingungen, unter denen Kultur entsteht und die*

Interessen, unter denen sie verwertet wird. Neuem bin ich aufgeschlossen. Neu ist für mich, was für mich neu ist. Manches ist mir so entgangen. Manches ist mir so erspart geblieben. Angst, etwas zu verpassen kenne ich nicht, Angst, Zeit zu vergeuden umso mehr. Zeit ist für einen freien Unternehmer, der ich als mehrwertsteuerpflichtiger Kulturschaffender bin, money.''

Recht hat er. Und ich frage mich, warum ich meine wertvolle Zeit dazu und damit vergeude, mir Eure Köpfe, Ihr GRÜNEN, zu zerbrechen, die Ihr das **umgekehrt** schön bleiben laßt.

Vielleicht wirklich vor allem deshalb, damit ich Euch einmal sagen kann, was Ihr nicht hören wollt.

Vielleicht aber auch vor allem, um meinen Kopf einmal richtig ,aufzuräumen' und, damit ich mir beim nächsten Mal darüber besser im Klaren bin, ob ich zu Euren Tagungen, Versammlungen und Kongressen überhaupt kommen soll, wenn ich wieder mal in der Einladung lese:

> Einladung zur 7. ordentlichen Bundesversammlung der GRÜNEN:
> Zur Organisation: Schlafplätze
> Kinderbetreuung
> ... und ein bißchen Kultur

***

Norbert Ney
Käthnerort 59
2000 Hamburg 76
Tel. 040/299 72 42

Jean Paul Sartre, 1905 - 1980
Sartre und die Politik



Sartre redet vor den Arbeitern von Renault-Billancourt anläßlich der Verhaftung von Alain Geismar — einer der Führer der „GP", („gauche prolétarienne")

„ ... Das ist der Mensch, wie wir ihn begreifen: der totale Mensch, der b e f r e i t werden muß durch Erweiterung seiner Wahlmöglichkeiten. In bestimmten Situationen ist nur für Alternativen Raum, deren eine der Tod ist. Wir müssen es so weit bringen, daß der Mensch unter allen Umständen das Leben wählen kann" (J.-P. Sartre, „Der Mensch und die Dinge", rororo 4620, S. 168-169).

Vier Ereignisse prägten Sartres politisches Engagement: Der zweite Weltkrieg, der darauffolgende **Vier Ereignisse prägten Sartres politisches Engagement: Der zweite Weltkrieg, der darauffolgende** **Kalte Krieg, der antikoloniale Befreiungskampf und die Studentenrevolte der 60er Jahre. Abgesehen von einem kurzen Versuch (1948-49) gehörte der jahrzehntelange Wortführer eines libertären Sozialismus nie einer Organisation an, ob parlamentarischen oder außerparlamentarischen Wesens. In der „Kritik der dialektischen Vernunft" hat Sartre allerdings die Notwendigkeit einer „permanenten Revolution" gegen Staat, Parteien, Bürokratien und Gewerkschaften postuliert, ausgeführt durch basisdemokratisch handelnde Gruppen, den sogenanten „groupes en fusion".**

Sartre, 1905 in Paris geboren, wuchs bei seinen Großeltern auf. Die Schulbildungskultur seines Großvaters, Charles Schweitzer, prägte ihn stark.

Das Kind Sartre, „Poulou", kann sich sein Leben nur als Schriftsteller vorstellen. Der achtjährige schreibt Romane: „*Das erste Heft, das ich vollschrieb, enthielt eine Geschichte mit dem Titel: ‚Für einen Schmetterling'. Ein Gelehrter — nebst Tochter und einem jungen bärenstarken Forschungsreisenden — zog der Mündung des Amazonasstromes entgegen auf der Suche nach einem kostbaren Schmetterling. Die Fabel, die Personen, das Detail der Abenteuer, sogar den Titel hatte ich einer Erzählung in Bildern entlehnt, die vor einigen Monaten erschienen war ... Ich hatte nicht den Ehrgeiz veröffentlicht zu werden, sondern dafür gesorgt, bereits von vornherein gedruckt zu sein und ich schrieb keine Zeile, die nicht sanktioniert war durch mein Modell*" („Die Wörter", rororo 1000, S. 80-81).

Er wird dabei von Mutter und Großmutter ermuntert: „*Meine Mutter (...) lockte die Besucher ins Eßzimmer, damit sie sehen konnten, was der junge Schöpfer an seinem Kinderpult trieb, ich tat so, als daß ich die Gegenwart meiner Bewunderer auch nur bemerkt hätte (...) Sogar Mami ermunterte mich und sagte: ‚Wenigstens ist er artig und macht keinen Lärm'*" („Die Wörter", S. 82). Schriftsteller sind in seinen Vorstellungen Helden, „fahrenden Rittern" verwandt:

„*Wenn der Schriftsteller lange genug lebte, kam es unweigerlich dahin, daß er den Brief eines Unbekannten empfing, der ihm d a n k t e; von diesem Augenblick an hörten die Dankesschreiben überhaupt nicht wieder auf, häuften sich auf seinem Schreibtisch, lagen überall im Zimmer herum; fremde Leute kamen übers Meer, um ihn zu begrüßen, nach seinem Tode veranstalteten die Mitbürger eine Sammlung, um ihm ein Denkmal zu errichten. In seiner Geburtsstadt und manchmal in der Hauptstadt seines Landes trugen Straßen seinen Namen*", wußte Sartre aus Lexika- und Nachruflektüren („Die Wörter", S. 95-96). Kurzum: „*Ich war ein Schriftsteller, so wie Charles Schweitzer ein Großvater war: von Geburt an und für immerdar*" (ebda., S. 97).

Als Student an der „Ecole normale supérieure" teilt er die modische Haltung einer sogenannten „Oppositionsästhetik". „*Vor dem Krieg verstand ich mich einfach als Individuum, ich sah keinerlei Verbindung zwischen meiner individuellen Existenz und der Gesellschaft, in der ich lebte. Am Ende meiner Studienzeit hatte ich daraus eine ganze Theorie gemacht: Ich war ‚nichts als ein Mensch', das heißt der Mensch, der sich Kraft der Unabhängigkeit seines Denkens der Gesellschaft entgegenstellt, der der Gesellschaft nichts schuldet und über den die Gesellschaft nichts vermag, weil er frei ist. Auf dieser Ansicht basierte alles, was ich vor 1930 dachte und schrieb, mein ganzes Leben. Vor dem Kriege hatte ich keine politische Meinung und ging auch nicht wählen ... Ich selbst betrachtete es als meine Aufgabe zu schreiben, und ich sah im Schreiben absolut keine gesellschaftliche Tätigkeit. Ich hielt die Bürger für Schweine und glaubte, dieses Urteil begründen zu können, was mich nicht daran hin-* *keit. Ich hielt die Bürger für Schweine und glaubte, dieses Urteil begründen zu können, was mich nicht daran hin-**derte, mich an eben diese Bürger zu wenden, um sie durch den Dreck zu ziehen*" („Selbstporträt mit 70 Jahren", in: „Sartre über Sartre", rororo 4040, S. 211).

Paul Nizan, sein Schul- und Studienfreund, bricht aus dieser Anschauungswelt aus, fährt nach Aden, und tritt anschließend in die KPF ein. Fortan warf er Sartre eine unpolitische Haltung und mangelndes Engagement vor. Nizan, der u.a. bei der „Humanité" mitarbeitete, verließ die KPF 1939 wegen des Hitler-Stalin-Paktes. 1940 starb er im Alter von 35 Jahren beim Rückzugsgefecht von Dünkirchen. Sieben Jahre später protestierten Sartre und 25 weitere französische Schriftsteller gegen eine Verleumdungskampagne der KPF gegen Nizan. 1960 wurde Nizans Buch „Aden Arabie", erstmals 1932 veröffentlicht, neu aufgelegt — mit einem Vorwort von Sartre, das so endet:

„*Hier sein erstes Buch. Man glaubte, der Erdboden habe es verschlungen, es ersteht auf, weil ein neues Publikum danach verlangt. Ich hoffe, daß man uns bald seine beiden Meisterwerke zurückgibt: ‚Antoine Bloyé', die schönste, die lyrischste aller Grabreden, und ‚Die Konspiration'. Aber es ist nicht falsch, mit dieser nackten Empörung zu beginnen: am Anfang aller Dinge steht zunächst die Weigerung. Jetzt mögen die alten Leute sich entfernen und einen Halbwüchsigen zu seinen Brüdern sprechen lassen: ‚Ich war zwanzig. Niemand soll sagen, das sei die schönste Zeit des Lebens'.*" (Paul Nizan, „Aden", „Die Wachhunde", Rowohlt Paperback, S. 44).

Indes beteiligte sich der Student Sartre an einer politischen Aktion, wofür er sich auch eine Disziplinarstrafe zuzog: Er protestierte gegen die obligatorische vormilitärische Ausbildung.

1933/34 lebt Sartre als Stipendiat des „Institut francais" in Berlin. Wie viele andere auch hält er die nationalsozialistische Bewegung und Hitler für eine vorübergehende Erscheinung. Die Wahlen in Frankreich von 1936, in denen die Volksfront als Siegerin hervorging, läßt er an sich vorbeigehen. Er bewundert die Volksfront von ferne: „*Wir standen auf dem Gehsteig und sahen die Aufmärsche der Volksfront an uns vorbeiziehen, und im Zug gingen unsere Freunde mit; wir waren außerhalb, abseits, und wir fühlten es*" („Sartre über Sartre", S. 212).

Zwei Ereignisse erschütterten seine politische Passivität: der spanische Bürgerkrieg und das Münchner Abkommen. „*Ich hatte Deutsche kennengelernt und mit ihnen gesprochen* (anläßlich seines einjährigen Aufenthalts in Berlin — Anm. AK), *ich hatte Kommunisten gesehen, die sich vor den Nazis versteckt halten mußten. Damals hatte ich dem in politischer Hinsicht keinerlei Bedeutung beigemessen, aber es hat doch schon Wirkungen auf mein Denken und mein Leben gehabt — nur begriff ich es noch nicht. Nazideutschland brachte mich einfach in Wut — und da es in Frankreich Doumergue — einen sogenannten harmlosen Faschisten —, die Ligen, die Feuerkreuzler usw. gab, bezog ich kurz nach meiner Rückkehr aus Deutschland eine Position, die mich Nizan und meinen kommunistischen oder sozialistischen Freunden nahebrachte, das heißt eine antifaschistische Position*" („Sartre über Sartre", S. 212). Literarisch schlägt sich das nieder in „Le Mur" und dem Roman „Le sursis" („Der Aufschub"). Die 1939 veröffentlichte Erzählung „L'enfance d'un chef" („Die Kindheit eines Chefs") — Geschichte der Disziplinierung eines Unternehmersohnes durch die faschistische „Action francaise" — gilt als seine erste politische Schrift.

Wenn er sich als „antibürgerlicher und individualistischer" Schriftsteller bis dahin ganz wohl fühlte, so „zerbrach das alles mit einem Schlag" (ebda. S. 213), als er im September 1939 seinen Einberufungsbefehl bekam und später in Kriegsgefangenschaft in Trier geriet.

„*Der Krieg hat mein Leben regelrecht in zwei Teile geteilt. Er brach aus, als ich vierunddreißig Jahre alt war, und endete, als ich vierzig war — das war für mich die Zeit des Übergangs von der Jugend zur Reife. Zugleich zeigte mir der Krieg gewisse Aspekte meiner selbst und der Welt. Zum Beispiel lernte ich damals die tiefe Entfremdung der Gefangenschaft kennen und auch die Beziehungen zu Menschen, den Feind, den wirklichen Feind, nicht den Gegner, der in derselben Gesellschaft lebt wie man selbst und einen mit Worten angreift, sondern den Feind, der einen verhaften und einsperren lassen kann, indem er einfach bewaffneten Männern ein Zeichen gibt*" (ebda.,S. 213).

Nach seiner Freilassung aus der deutschen Kriegsgefangenschaft (1940 bis April 1941) arbeitet Sartre wieder als Gymnasiallehrer in Paris. Von 1941 bis 1944 beteiligt er sich, mehr oder weniger marginal, an Aktivitäten der französischen Résistance. Zunächst bemüht er sich um die Initiierung einer Widerstandsgruppe von Intellektuellen, „Socialisme et liberté". Eine Frau aus der Gruppe wird verhaftet, stirbt später bei der Deportation, und die Gruppe wurde von Sartre selber aufgelöst.

Er arbeitet bei der illegalen Presse mit, insbesondere bei den „Lettres francaises", ist Mitglied im „Comité national des écrivains" und im „Comité national du théâtre", beides dem Generalrat der Résistance angeschlossene Organisationen. Das hindert die KPF indes nicht daran, ihn als sogenannten „agent provocateur" zu denunzieren und ihn zu verleumden, er sei als ein Schüler Heideggers Nazianhänger.

1943 erscheinen „Les Mouches" („Die Fliegen") und „L'Etre et le Néant" („Das Sein und das Nichts") — beides von der deutschen Besatzungsmacht genehmigt. Ebenso von der Zensur genehmigt, wurden 1943 „Les Mouches" und 1944 „Huis Clos" („Bei geschlossenen Türen") aufgeführt.

„*Die Widerstandsbewegung war eine wahrhafte Demokratie: für den Soldaten wie für den Befehlshaber gab es die gleiche Gefahr, die gleiche Verantwortung, die gleiche absolute Freiheit in der Disziplin. So wurde im Schatten und im Blut die stärkste Republik gegründet. Jeder ihrer Bürger wußte, daß er allen verpflichtet war, und daß er nur auf sich allein zählen konnte; jeder von ihnen erfüllte in der vollkommensten Verlassenheit seine historische Rolle und seine Verantwortung. Jeder von ihnen unternahm es, gegen die Unterdrücker, frei und unwiderruflich er selbst zu sein. Und indem er in seiner Freiheit sich selbst wählte, wählte er die Freiheit aller*" („Sartre — ein Film", A. Astruc und M. Contat, Rowohlt, S. 49).

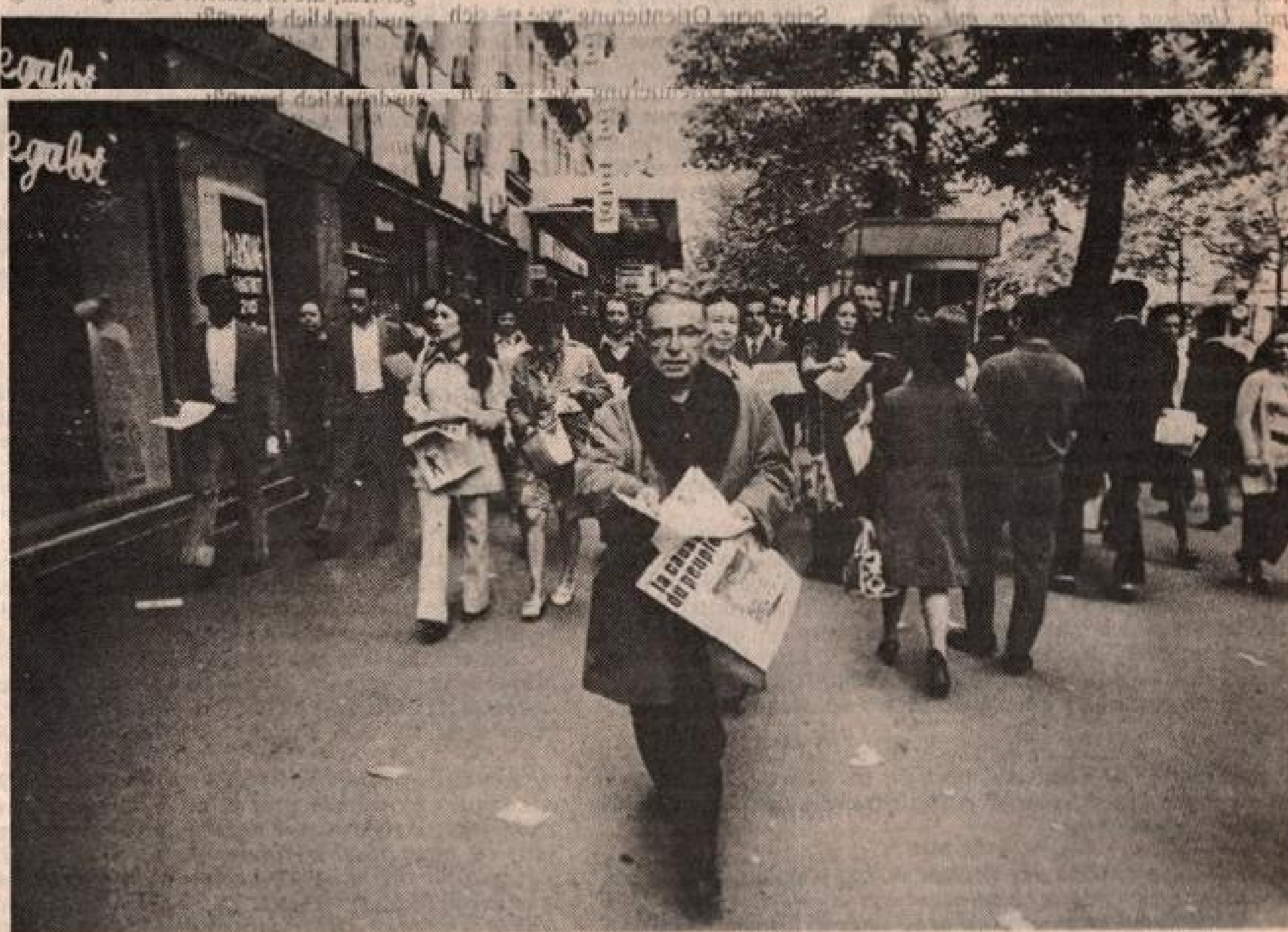
In diesen Jahren veröffentlicht Sartre in „Comoedia" (besetzte Zone) und in „Cahiers du Sud" (unbesetzte Zone) Artikel über Camus, Melville, Giraudoux, Bataille, Ponge — er nimmt lebhaft am literarischen Leben von Paris teil.

Nach Beendigung des Krieges gründet Sartre 1945 die Zeitschrift „Les Temps Modernes".

„*Die Okkupation hat uns unsere Verantwortung gelehrt. Da wir durch unsere bloße Existenz auf unsere Zeit einwirken, beschließen wir, daß diese Einwirkung gewollt sein wird. Wohlgemerkt: es kommt vor, daß ein Schriftsteller sich für einen bescheidenen Teil um die Zukunft kümmert. Aber es gibt auch eine unbestimmte und nur begriffliche Zukunft, die die ganze Menschheit angeht, und über die wir überhaupt nichts wissen: wird die Geschichte ein Ende haben? Wird die Sonne erlöschen? Wie wird der Mensch im sozialistische Regime des Jahres 3000 leben?*

Solche Träumereien überlassen wir gerne den Verfassern von Zukunftsromanen: allein die Zukunft u n s e r e r Epoche soll Gegenstand unserer Bemühungen sein; eine begrenzte Zukunft, die sich kaum davon abhebt — denn eine Epoche ist wie ein Mensch zuallererst eine Zukunft. Sie besteht aus seinen laufenden Arbeiten, seinen Unternehmungen, seinen kurz- und langfristigen Plänen, seinen Revolten, seinen Kämpfen, seinen Hoffnungen: Wann wird der Krieg enden? Wie wird man das Land wieder aufbauen? Wie wird man die internationalen Beziehungen gestalten? Welche sozialen Reformen wird es geben? Werden die Kräfte der Reaktion siegen? Wird es eine Revolution geben und wie wird sie aussehen? Diese Zukunft machen wir zu unserer Zukunft, eine andere wollen wir nicht haben (...) Kurz, unsere Absicht ist es, zu bestimmten Veränderungen in der Gesellschaft beizutragen, die uns umgibt. Darunter verstehen wir nicht die Veränderung der Seelen: die Führung der Seelen überlassen wir gerne den Autoren, die ihre spezialisierte Kundschaft haben (...) Unsere Zeitschrift wird auch zu den künftigen politischen und sozialen Ereignissen Stellung nehmen. Sie wird dies nicht p o l i t i s c h tun, daß heißt im Sinne einer Partei. Aber sie wird sich bemühen, die Auffassungen von Menschen aufzudecken, der die dargelegten Thesen entspringen, und sie wird ihre Ansichten entsprechend der hier vertretenen Auffassung äußern. Wenn wir halten können, was wir uns versprechen, wenn wir erreichen, daß einige unserer Leser unsere Ansichten teilen, werden wir keinen übertriebenen Stolz empfinden; wir werden uns lediglich dazu beglückwünschen, beruflich ein gutes Gewissen wiedergefunden zu haben, und auch dazu, daß, wenigstens für uns, die Literatur wieder das geworden ist, was sie immer hätte bleiben sollen: eine gesellschaftliche Funktion" (Vorstellung von „Les Temps Modernes", in: „Der Mensch und die Dinge", rororo 4260, S. 159-161).

Mit den Mitarbeitern von „Les Temps Modernes" veranstaltet Sartre 1947 eine politische Sendereihe im Radio, in der er für eine sozialistische Blockfreiheit eintritt und in gleicher Weise gegen Gaullisten und KPFler polemisiert.



Sartre verkauft „La Cause du Peuple"

1948 gründen unter anderem David Rousset (ein ehemaliger Trotzkist) und Sartre das „Rassemblement démocratique révolutionnaire" („Demokratische revolutionäre Sammlung", RDR), eine basisdemokratisch konzipierte Sammlungsbewegung, der sowohl Individuen wie auch Gruppen beitreten können.

Das „RDR" tritt für einen sozialistischen dritten Weg zwischen den Blöcken ein und für die Unabhängigkeit der Kolonien.

„*Es ist an der Zeit, den Sozialismus zu einer Realität zu machen, die die vorbehaltlose und furchtlose Zustimmung all derer findet, die die feigen Kompromisse der einen und den blinden Gehorsam der anderen ablehnen ... Demokraten, mit allem, was dieser Terminus stets an Volkssiegen einschließt, Siegen über die Willkür, die Staatsräson, den Obskurantismus von Menschen und Systemen. Revolutionäre, weil die kapitalistische Demokratie nur noch Herrschaft der Reichen und Knechtschaft der Armen bedeutet, weil sie, immer hinfälliger, das, was von ihr noch übrig ist, dem Faschismus zu*

Kultur



Sartre in Ägypten, neben der Statue eines Pharaos



Sartre in Ägypten, neben der Statue eines Pharaos

überantworten droht und damit für lange Zeit alle Hoffnungen auf die Zukunft begräbt ... Frankreich kommt es zu, erneut den Hoffnungsschrei von Saint-Just in die Welt hinauszurufen: ‚Das Glück ist eine neue Idee in Europa'. Und ihn zu ergänzen mit dem Aufruf von Marx von vor hundert Jahren: ‚Proletarier und freie Menschen aller Länder, vereinigt euch!'. Damit 1948, wie 1848, von uns der Ruf nach einer erneuerten und in der sozialen Gerechtigkeit verankerten Freiheit komme'' (Aufruf des Komitees für das „Rassemblement démocratique révolutionnaire", Februar 1948, in: „Krieg und Frieden", Bd. I, rororo 4904, S. 9)

Vom März 1948 bis zum Oktober 1949 beteiligt sich Sartre an sämtlichen Aktivitäten des „RDR" und schreibt in dessen Zeitung „La Gauche — RDR" mit. Einige Mitglieder des Vorstands vertreten pro-amerikanische Positionen; zwar gelingt es Sartre auf einer Vollversammlung, die Gruppe zurückzudrängen, er tritt dann allerdings aus, und der RDR überlebt das Ganze nur noch kurze Zeit.

Die KPF richtet gegen Sartre wüste Angriffe — er wird als „Lakai des US-Imperialismus" dargestellt — und bemüht sich, die Aufführung seines Stückes „Les Mains sales" („Die schmutzigen Hände") in Frankreich wie im Ausland zu verhindern (Uraufführung 1948). In drei Schriften begründet Sartre seine Ablehnung der KPF bzw. des sogenannten „realen Sozialismus": 1944: „Über den Existenzialismus", 1946: „Materialismus und Revolution", 1947: „Was ist Literatur?". 1950 unterzeichnet Sartre einen Artikel von Merleau-Ponty gegen die sowjetischen Straflager. Der Beginn des Koreakrieges, 1950, führt allerdings zu Differenzen zwischen den beiden.

Sartre gewinnt die Überzeugung, daß nach dem Scheitern der Politik einer sozialistischen Blockfreiheit sich für das sozialistische Lager entschieden werden müsse; Merleau-Ponty scheidet 1953 aus der Redaktion der „Temps modernes" aus.

Im Januar 1952 beteiligt sich Sartre an der Kampagne der KPF zur Freilassung des Matrosen Henri Martin, selbst auch Mitglied der KPF. Martin wurde aufgrund seiner Aktivitäten gegen den Indochinakrieg 1951 vom Kriegsgericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Um die Wiedereröffnung des Prozesses zu erreichen, publizierte Sartre eine Dokumentation („Wider das Unrecht. Die Affäre Henri Martin", rororo 5096). Im Juni wurde der KPF-Fraktionsvorsitzende Jaques Duclos verhaftet (im Zusammenhang mit der „Brieftauben-Affäre" und im Anschluß an eine verbotene Demonstration gegen den US-General Ridgway, mitverantwortlich für den Einsatz chemischer Waffen im Korea-Krieg). In einer heftig umstrittenen Artikelserie „Die Kommunisten und der Friede" nimmt Sartre für die KPF, die CGT und die Außenpolitik der Sowjet-Union Partei (siehe „Krieg und Frieden", Bd.I, S. 75-301).

Seine neue Orientierung, wie sie sich auch in „Les Temps Modernes" niederschlägt, führt zum Bruch mit Albert Camus und Merleau-Ponty, der ihm einen „Ultra-Bolschewismus" vorwirft.

1952 nimmt Sartre am Wiener Weltfriedenskongreß teil.

„Wir würden kein Ende finden, wenn wir die Trennungen, künstlichen Grenzlinien, falschen Türen und falschen Fenster, die unhaltbaren Übereinkünfte und Abstraktionen zitieren wollten, die sich nur durch die Gewalt halten. Wir haben in der Mehrheit weder das Wissen der Techniker noch die Kompetenz der Diplomaten; aber wir haben ihnen gegenüber einen riesigen Vorteil: wir sind konkret.

Die Sprecher der Völker sagen uns nicht, daß bestimmte Vorsichtsmaßnahmen dazu zwingen, diese Trennungen, die die Welt zerreißen und die durch Besatzungstruppen geschützt werden, aufrechtzuerhalten. Sie sagen uns, daß sie die Grenzlinien, die Zonen, die Trennungen und die Armeen nicht mehr ertragen können, und sie werden uns als erste sagen, wie man dem abhelfen kann'' (Rede von Sartre bei der Eröffnung des Wiener Kongresses, in „Krieg und Frieden", Bd. II, rororo 4973, S. 52-58).

Erstmals 1954 bereist Sartre die Sowjet-Union und gibt dazu ein begeistertes Interview. Er wird Vize-Präsident der Freundschaftsgesellschaft „France-URSS"; 1955 beteiligt er sich am Weltfriedenskongreß in Helsinki. Bei den Parlamentswahlen im Februar 1956 gibt Sartre der KPF seine Stimme. Einen Monat später stimmen die KPF-Abgeordnetenden Sondervollmachten in Algerien mit zu.

Noch 1975 verteidigt Sartre in einem Interview seine damalige Weggenossenschaft mit der KPF: *„Die UdSSR — mit all den Fehlern, die sie hatte und die wir kennen — war immerhin bedroht, sie war noch nicht stark genug, den Vereinigten Staaten in einem Krieg standhalten zu können, und sie wollte daher den Frieden. Deshalb konnten wir uns mit der Haltung der Kommunisten identifizieren: im wesentlichen warfen sie den USA dasselbe vor, was wir ihnen vorwarfen".* („Sartre über Sartre")

Sartre distanzierte sich von der KPF und verläßt die Gesellschaft „France-URSS" anläßlich des Ungarnaufstands 1956. Er bleibt indes Mitglied des der KPF nahestehenden „Nationalen Schriftsteller Komitees" und der Friedensbewegung.

Unter dem Titel „Das Gespenst Stalins" publiziert er eine Analyse des Ungarnaufstands und seiner Zerschlagung. Allerdings schreibt er dort auch: *„... Das Bündnis mit der Kommunistischen Partei Frankreichs ... kann kein anderes Resultat haben, als die letzten Chancen der Einheitsfront zu kompromittieren. Unser Programm ist klar: trotz hundert Widersprüchen, inneren Kämpfen, Massakern ist die Entstalinisierung im Gang; das ist die einzig wirksame Politik, die im gegenwärtigen Moment dem Sozialismus, dem Frieden, der Annäherung der Arbeiterparteien dient: Mit unseren Möglichkeiten von Intellektuellen, die von Intellektuellen gelesen werden, werden wir versuchen, zur Entstalinisierung der Kommunistischen Partei Frankreichs beizutragen''.*

Bis 1966 reist Sartre mehrfach in die SU, nimmt an Kongressen teil, trifft sich mit Schriftstellern und Künstlern und wird mehrfach von Chruschtschow empfangen. Mit dem Auftreten der Befreingsbewegungen in der Dritten Welt verliert das bisherige Entscheidungsdilemma USA/SU an Bedeutung. Etwa gleichzeitig mit seiner Distanzierung von den „realen Sozialisten" beginnt Sartres Engagement gegen den Algerienkrieg. Einen Höhepunkt stellt das „Manifest der 121" dar über das Recht zur Befehlsverweigerung im Algerienkrieg und zugunsten von „Réseau Jeanson", das zur direkten illegalen Unterstützung der FNL in Frankreich übergegangen war. Auf Intervention von de Gaulle selber wird Sartre jedoch nicht angeklagt. Angeblich soll de Gaulle gesagt haben: *„Voltaire verhaftet man nicht''.*

1960 wird die „Kritik der dialektischen Vernunft" veröffentlicht, eine Interpretation des Stalinismus und Theorie der Notwendigkeit permanenter Revolution durch basisdemokratische Gruppen.

Zweimal, 1961 und 1962, werden auf das Haus, das er bewohnt, Bombenattentate verübt. 1964 lehnt er den Nobelpreis ab.

Ein Jahr später beginnt sein Engagement gegen den Vietnam-Krieg. 1967 präsidiert er das Russell-Tribunal

belpreis ab.
Ein Jahr später beginnt sein Engagement gegen den Vietnam-Krieg. 1967 präsidiert er das Russell-Tribunal zu den Kriegsverbrechen in Vietnam. Im gleichen Jahr reist Sartre nach Ägypten und Israel, um den Dialog zwischen ägyptischen und israelischen Linken zu fördern. 1948 hatte er, im Gegensatz zu einem großen Teil der linken Intelligentzia, die israelische Staatsgründung ausdrücklich begrüßt.

„Ich habe mir zwar immer gewünscht und wünsche es noch heute, daß das Judenproblem im Rahmen einer Menschheit ohne Grenzen seine endgültige Lösung findet, aber da keine gesellschaftliche Entwicklung das Stadium der nationalen Unabhängigkeit umgehen kann, muß man sich freuen, daß ein autonomer israelischer Staat die Hoffnungen und die Kämpfe der Juden aus aller Welt legitimiert. ... Für die Juden ist es die Krönung ihrer Leiden und ihres heroischen Kampfes; für uns bezeichnet es einen konkreten Fortschritt hin zu einer Menschheit, in der der Mensch die Zukunft des Menschen sein wird'' (Juni 1949, in: „Krieg und Frieden", Bd. I, S. 19). 1967 verleiht ihm die Universität Jerusalem die Ehrendoktorwürde.

Zum endgültigen Bruch mit den Ländern und Anhängern des „realen Sozialismus" bewegen Sartre die Unterdrückung des sogenannten Prager Frühlings und die Haltung von KPF und CGT gegenüber der Studentenbewegung im Mai 68.

„Alle, die die Studenten beschimpft haben, haben nicht gesehen, daß die Studenten eine neue Forderung, nämlich die nach Souveränität, erhoben.

In einer Demokratie müssen alle Menschen souverän sein, das heißt über ihr Tun entscheiden können, nicht einzeln, jeder in seinem Winkel, sondern gemeinsam ... Che Guevara hat gesagt: ‚Wenn auf der Straße außergewöhnliche Dinge passieren — ist das Revolution'. Bei uns hat es keine Revolution gegeben, aber außergewöhnliche Dinge haben sich ereignet; wir müssen versuchen, sie zu verteidigen'' („Der neue Gedanke vom Mai 68", in: „Mai 68 und die Folgen", Bd. I, S. 54, 56).

„Meiner Ansicht nach war die Mai-Bewegung die erste umfassende soziale Bewegung, die für kurze Zeit etwas verwirklicht hat, was der Freiheit nahekommt, und die davon ausgehend versucht hat zu begreifen, was reale Freiheit ist. Aus dieser Bewegung sind Menschen hervorgegangen — ich zähle mich dazu — die zu dem Schluß kamen, daß man nun versuchen muß, positiv zu beschreiben, was das ist: Freiheit, verstanden als politisches Ziel'' („Sartre über Sartre", S. 216).

Allen wichtigen Aktionen der entstehenden linksradikalen Gruppen schließt sich Sartre nach dem Scheitern des Mai 68 an. Von 1970 bis 1974 engagiert er sich besonders für die sich entwickelnde linke Gegenpresse und übernimmt die nominelle Herausgabe einer ganzen Serie linksradikaler Zeitungen wie „Révolution!", „La cause du peuple" usw.

1973 gründet er „Libération" mit und übernimmt dort die formelle Herausgabe.

„Ohne jemals der ‚Gauche Prolétarienne' anzugehören, (...) näherte ich mich nach und nach bestimmten Positionen der Maoisten an ... Ich fing an, mit den Redakteuren über ganze Ausgaben und Artikel der ‚cause du Peuple' zu diskutieren. Zuletzt gab ich selbst eine oder zwei Nummern zusammen mit verschiedenen Mitarbeitern heraus'' („Die Zeremonie des Abschieds", S. de Beauvoir, Rowohlt, S. 478).

Später, wie bereits erwähnt, wurde Sartre auch Herausgeber der „Libération": *„Ich nahm an, weil ich dachte, es könnte ein wirklicher Fortschritt sein, eine im eigentlichen Sinn linksextreme Zeitung zu haben und darin schwarz auf weiß unsere Meinung zu jedem Ereignis zu sagen''* (ebda., S. 479).

Als „La Cause du Peuple" verboten und ihre ehemaligen Herausgeber angeklagt und inhaftiert wurden, gingen Sartre und S. de Beauvoir selber auf die Straße und verteilten die Zeitung.

Trotz Alters und angegriffener Gesundheit beteiligte er sich an gewaltsamen Demonstrationen, an Besetzungen und ähnlichem mehr, beispielsweise an einem von der „Roten Hilfe" organisierten Gegen-Prozeß in Lens, anläßlich einer Explosion in einer Kohlengrube, bei der 16 Menschen das Leben verloren hatten. Einen Monat später wurde ein Bombenattentat auf den Sitz der Gruben-Leitung verübt.

Rund 60 Menschen nahmen an diesem „demokratischen Volkstribunal" teil, auf welchem Sartre einer der Richter war, und billigten das Urteil, wonach die Bergbaugesellschaft „schuldig des Mordes" wäre (siehe: „Ein Betriebstribunal", in: „Der Intellektuelle und die Revolution", Luchterhand, S. 58-80).

Oder er ging vor die Tore von Renault-Billancourt und sprach vor Arbeitern zur Verhaftung von Alain Geismar: *„Es gibt einen dritten Grund, warum ich vor euch sprechen wollte: nämlich ich bin ein Intellektueller, und es hat vor nunmehr einem Jahrhundert das Bündnis des Proletariats und der Intellektuellen gegeben. Es stellte eine radikale Kraft dar. Seit Anfang dieses Jahrhunderts besteht es nicht mehr; wir müssen es wieder zustande bringen. Arbeiter und Intellektuelle müssen es verwirklichen — nicht, damit die Intellektuellen den Arbeitern gute Ratschläge erteilen, sondern um eine neue einige Masse zu bilden, die den Standpunkt der Intellektuellen verändert, die sich in ihrem Handeln selbst umwandelt und damit eine feste und gefürchtete Vereinigung schafft. Die Tatsache, daß ihr mich angehört habt, ist ein Anfang.*

Ich danke euch dafür. Wir müssen uns auch aus anderen Anlässen wieder treffen. Für den Augenblick sage ich euch nur: ‚Befreuen wir Geismar' '' (ebda., S. 149-150).

In dem bereits erwähnten Interview „Selbstporträt mit siebzig Jahren" (1975) erklärte Sartre:

„Natürlich habe ich in meinem Leben eine Menge Fehler begangen, kleine und große, die verschiedene Ursachen gehabt haben mögen. Aber im Grunde hat es jedesmal, wenn ich einen Fehler machte, daran gelegen, daß ich nicht radikal genug war."

E., T., Ffm



Sartre und Vladimir Dedijer anläßlich der 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals im November 1967 in Kopenhagen zu den Kriegsverbrechen in Vietnam

Nachtrag

In der Serie ,,Liberale Post-Moderne/Kleine Enzyklopädie der Neuen Rechten'' (siehe AK 252, 253, 254) fehlen zwei Stichworte, die wir hiermit nachtragen wollen.

Virginia-Schule

Häufige Bezeichnung der Schule des Public Choice + von Buchanan + und Tullock +.

Wilson, Edward O. (geboren 1929)

Professor für Entomologie (Insektenkunde) an der Universität Harvard seit 1964. Wilson ist der Gründer und bekannteste Vertreter der Soziobiologie +. Sein Ausgangspunkt ist eine systematische Studie über Insekten-Gesellschaften (,,Insect Societies'', 1971), später beschäftigte er sich mit der Tier-Gesellschaft überhaupt. Bekannt wurde er durch das Buch ,,Sociobiology: the new synthesis'' (1975), bevor er sich spezifischer mit der menschlichen Gesellschaft auseinandersetzte (,,L'humaine nature'', 1978; ,,Genes, Mind, Culture'', 1980).

Frankreich-Kommission

Onkruit vergeht nicht

Anfang Januar enthüllte Onkruit Einzelheiten des niederländischen Beitrags zum NATO-Manöver Reforger 1985, die aus Dokumenten hervorgingen, die Mitte November bei dem Einbruch beim Geheimdienst CID erbeutet worden waren (s. AK 253, S. 9). Anscheinend rechnete man bei der NATO nun mit Störaktionen gegen das Manöver. Ein Korrespondent der britischen Militärzeitschrift ,,Armed Forces'', der voller Begeisterung einen US-Militärtransport von Rotterdam nach Frankfurt begleitete, war jedenfalls schwer enttäuscht, als derartige Aktionen beim Beginn des Manövers (Mitte Januar) ausblieben. Während die NATO-Soldaten der extremen Kälte trotzten (und z.T. durchhielten bis sie umfielen), seien die Onkruitler/innen halt doch bloß *,,Schön-Wetter-Demonstranten''*.

Stoker, Kolumnist der sozialdemokratisch orientierten ,,Volkskrant'', verteidigte daraufhin, als *,,geheimer Rekrut der antimilitaristischen Armee Onkruit''*, die Gescholtenen. Die Antimilitaristen seien eben *,,Soldaten mit Verstand und gutem Geschmack''* und würden, anders als ihre Gegner, sich nicht extremer Kälte aussetzen: *,,Unkraut vergeht nicht, blüht aber nicht im Winter.''*

Dem wiederum wurde widersprochen in einem Pressekommunique, mit dem eine kämpfende Onkruit-Einheit namens ,,Orchideen und Eisblumen'' die Verantwortung für die eisige Kälte übernahm. In dem Bekennerschreiben heißt es u.a.: *,,Seit etwa zwei Wochen stören wir die NATO-Übungen Reforger mit Kälte, Schnee und Glatteis. Mithilfe hochwertiger Technologie (Kalter Krieg) aus Sibirien ist es uns gelungen, den Imperialisten diese Kostprobe schlechten Wetters zu servieren (...) Unser Ziel ist es, das Kriegsmaterial der amerikanischen Besatzungsarmee zu sabotieren. Das ist angesichts der enormen Verspätung der verschiedenen Teile des Manövers gelungen. Wenn unsere Forderungen — sofortiger Abzug aller uniformierten Yankees und Abschaffung aller Waffen — nicht erfüllt werden, werden wir unsere Aktion so lange fortsetzen, bis es den Reforger-Truppen genauso ergeht wie den faschistischen Horden 1942/43 in Stalingrad.''*

(Quelle: die ,,Volkskrant'' — Ausgaben vom 31.12.84, 3.1., 16.1., 17.1. und 19.1.85)

Niederlande-Kommission

Inhalt

Antimilitarismus
»Genf eine echte Chance geben ...
— Denkanstöße aus der DKP« ....S. 6



Das Ergebnis der Weihnachtsspendensammlung

Der diesjährige Spendenaufruf für den AK hat bis Anfang Februar ein Ergebnis von 43.425 Mark eingebracht. Wir danken allen Spendern, und für alle, die bis jetzt noch nicht dazu gekommen sind, geben wir noch einmal das Spendenkonto bekannt:

Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00
Konto-Nr. 4 806 104 00



M., Krummhorn	50.-
KB/Gruppe Nürnberg	3500.-
Ch.	500.-
U., Bochum	100.-
KB/Gruppe Bremerhaven	300.-
G., Hoechberg	400.-
C.B.	30.-
R., Heidelberg	100.-
H.B., Ockershausen	30.-
A.E., Hannover	50.-
C.B., Hamburg	5000.-
V., Pulheim	600.-
Antimil Göttingen	2000.-
BO Eimsbüttel	300.-
Antirep-Zelle	40.-
BO Barmbek	300.-
Gesundheitsbereich	60.-
E., Hamburg	300.-
M., Stuttgart	300.-
Bo., Altona	40.-
Th., Hamburg	140.-
Hr., Hamburg	150.-
KB/Gruppe Braunschweig	320.-
KB/Gruppe Bremen	1100.-
D.K., Bremen	50.-
Buchladen Gegenwind	100.-
U., Antimil	100.-